REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 344 · 1.7.1992

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 63 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Hinter den Konstrukten steht das LKA (Zum Prozeß gegen Ralf und Knud)
2. Mehr als nur ein Fußballspiel
3. Todesschüsse auf Asylbewerber
4. "Euer Platz ist die Hölle." Widerstand und und Repression in Türkisch-Kurdistan. Ein Delegationsbericht
5. § 218: Bundestagsmehrheit für faulen Kompromiß
6. Mannheim-Schönau - Hoyerswerda zieht Kreise
7. Schönmann Sauberhuber: Sozialer Patriot statt Nationaler Sozialist
8. BeLAGERn gegen AbschiebeLAGER (Reutlingen)
9. Rassistische Überfälle der Polizei auf Flüchtlingsunterkünfte bei Dresden
10. Zwischen Frakasso und ökologischem Woodstock (Umweltkonferenz in Rio)
11. Schering sponsert Umweltmagazin. Rede von Ralf Strömer auf der Aktionärs- Hauptversammlung der Schering AG
12. Herrschaftsstrukturen werden gesichert. Thesen der Autonomen Ökologie-AG Wuppertal zur UN-Konferenz in Rio
13. Bericht von einer Reise nach Auschwitz, Frühjahr 1992 - Tjark Kunstreich
14. Wir fordern die sofortige Freilassung und Rehabilitierung von Gerhard Bögelein!
15. Wiedereintritt in die Geschichte? Der BRD-Imperialismus auf der Suche nach dem Platz an der Sonne
16. Atomonopoly Osteuropa. Imperialistische Planspiele für die Atomindustrie vor dem WWG
17. Osteuropa - El Dorado der Atomindustrie
18. StudentInnenproteste an den ostdeutschen Hochschulen - Claudia Gohde
19. Mieten in Ostdeutschland auf Weltniveau. Volksbegehren für Mietpreisstopp in Dresden gefordert - Claudia Gohde
20. Unentschieden, aber nicht mehr offen. Vom Hochschulkampf an der und um die Berliner Humboldt-Universität
21. Power von der East-Side? Das Für und Wider einer ostdeutschen Sammlungsbewegung von Claudia Gohde
22. Stasi informiert I: Geschichtsaufarbeitung in Deutschland
23. Stasi informiert II: Über den Irrtum des Ostlers und die Selbstentmündigung des kritischen Westlers
24. Laßt Bernd Rößner raus! Appell der Verteidiger und der Verteidigerin
25. "Gemeinsam die richtigen Antworten finden." Rede von Günter Sonnerberg auf der Demo am 20.6.92 in Bonn
26. Vom Wettlauf mit der Zeit (Kuba)
27. Verhandlungen suspendiert. Die Politik der Guerilla Kolumbiens (Teil 3)
28. "... hier ist es leichter Guerillagruppen aufzubauen als Gewerkschaften ..." Interview mit Asdrúbal Jiménez (EPL, Kolumbien)
29. Jugoslawische Lösung
30. Gibt es eine Linke in Rußland? Interview mit Kagarlitzky und Buzgalin (Übersetzung aus "Il manifesto")
31. Linke in Rußland - eine Skizze
32. Karabach und der Pantürkismus
33. "Der Friedensprozeß ist festgefahren." Gespräch mit dem Leiter der palästinensischen Verhandlungsdelegation, Haidar Abdel Shafi
34. Jitzchak folgt Jitzchak (Kommentar zu den Wahlen in Israel) - Klaus Mellenthin
35. Los Angeles: "Die Mehrheit der Beteiligten bezeichnet es als eine Rebellion." Interview mit Mike Davis (aus: Cov. Act. Inf. Bull.)
36. Auschwitz: Ein verzerrter Antikapitalismus? Zu Moishe Postones Theorie des Antisemitismus
37. Der Anti-Imperialismus als höchstes Stadium des falschen Anti-Kapitalismus

38. Über den sozialdemokratischen Objektivismus des Herrn Kurz - Gerd Kuhnen und Holger Schlüter
39. Abschied von Arbeiter-Marxismus und Wertform (Rezension von Robert Kurz: Der Kollaps der Modernisierung)
40. Wir müssen so radikal sein wie die Wirklichkeit. Erklärung der Revolutionären Zellen
41. Nicht die konstruktive Debatte, die Abgrenzung stand im Vordergrund. Brief der RedakteurInnen der Mehrheit an die Gruppe K
42. Eine abschließende Antwort. Zum Brief der RedakteurInnen der "Ex-KB-Mehrheit" von den RedakteurInnen der Gruppe K
43. Pragmatismus als Politikersatz? Anmerkungen zur Bilanz der Gruppe K. von Andreas Skrypietz
44. Das Ende des AK - Zukunft einer neuen Publizistik? Bericht vom Bundestreffen der Gruppe K in Berlin
45. Wie ein Dieb in der Nacht. John Cornwells Buch über den Tod von Papst Johannes Paul I.
46. Kampf zweier Linien im Vatikan?
47. "Schweiz wir kommen". Neonazis und ihre Hintergründe in der Schweiz (Buchbesprechung)
48. Farbe bekennen. Beschluß der 14. ordentlichen Bundesversammlung der GRÜNEN in Berlin am 16.5.92 (Auszug: Asylrecht)
49. Yo! Rap Revolution (Buchbesprechung)
50. Unsere Sommerbuch-Empfehlung: Die Enttarnung eines Nahost-Experten - Klaus Mellenthin
51. Quelldatei 25.htm
52. Quelldatei 44.htm
53. Quelldatei 47.htm
54. Auf Kuba beginnt der Wettlauf mit der Zeit
55. Auf Wiedersehen nach den Ferien!
56. Zusammenbruch
57. Rassistischer Mob und deutsche Polizei - Hand in Hand
58. Atomopoly auf dem WWG
59. Power von der East-Side?
60. Fauler
61. Antisemitismus
62. Quelldatei rio.htm
63. Das Ende des ak - Zukunft einer neuen Publizistik?

1. Hinter den Konstrukten steht das LKA (Zum Prozeß gegen Ralf und Knud)

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:52

Seit fünf Monaten läuft der Prozeß gegen Knud Andresen und Ralf Gauger vor dem Landgericht in Itzehoe. Zur Erinnerung: Das "Pinneberger Bahnattentat" vom Juli letzten Jahres - das zur Anklagekonstruktion des hinreichenden Tatverdachts des Mordversuchs und des schweren Eingriffs in den Bahn- und Schienenverkehr gegen die beiden führte - fand nach den Aussagen der Hamburger Staatsschutzbeamten einige Tage nach der Räumung des Flora-Parks im Hamburger Schanzenviertel und der anschließenden Polizeibelagerung des Viertels statt.

Was, wo, wirklich geschehen sein soll und wer die "Täter" waren, ist noch ungeklärt. Eindeutig ist, daß Knud und Ralf nichts damit zu tun haben und daß der bisher vor Gericht vernommene Leiter des LKA-Observationstrupps, Martens, nicht gerade dazu beiträgt, den Glauben in die Rechtstaatlichkeit der Observationsmethoden, Polizeizeugenpräparierungen und Gerichtsinszenierungen der politischen Art wiederherzustellen.

Im Gegenteil: Im Gerichtssaal entsteht zunehmend der Eindruck, nicht Knud und Ralf, sondern Martens sitzt auf der Anklagebank wegen offensichtlicher Falschaussagen. Begleitet durch seinen, von der Innenbehörde beigeordneten und bezahlten Anwalt, Scholle, und durch die begrenzte Aussagegenehmigung vor Entlarvung geschützt, bringt dieser Garant eines "fairen Verfahrens" doch einiges der interessierten Öffentlichkeit zu Gehör: angebliche Unklarheiten und Verwechslungen der observierten Personen, ein falsch datierter und größtenteils geschwärzt präsentierter Observationsauftrag, wöchentliche Vor- und Nachbereitungstreffen mit seinen Vorgesetzten, Beratungen mit den restlichen drei LKA-Belastungszeugen während der trauten Schminkstunde im Polizeihochhaus, im Büro des stellvertretenden Dienststellenleiters der Observations- und Aufklärungseinheit im LKA 331 Lütjens ...

Ob dieses Auftreten des verantwortlichen Einsatzleiters eine Taktik des LKA ist, sich in Nebenfragen zu widersprechen, um den eigentlichen Tatvorwurf glaubwürdiger zu machen, wird sich in den nächsten Verhandlungstagen nach der Sommerpause herausstellen. Bei allem "sich nicht erinnern" und "irren" von Martens, bleibt jedoch eines felsenfest bestehen: Am 29. Juli 1991 will er, im Detail genau, mit vor Entsetzen sich weitenden Augen gesehen haben, daß Knud und Ralf in 375 Metern Entfernung um 17.30 Uhr an einem schönen Sommertag Betonplatten auf Schienen gelegt haben sollen.

Inzwischen berichten einige Lokalzeitungen in Schleswig-Holstein und auch die "Hamburger Morgenpost" über die Aussagen und das Verhalten des Staatsschutzbeamten skeptischer, halten die Möglichkeit, diese Staatsschützer seien Lügner, für allmählich wahrscheinlich.

Richter Selbmann aber zeigt sich bisher von der Demontage der Glaubwürdigkeit eines zentralen Belastungszeugen unbeeindruckt. Ein auf Falschaussagen insistierendes LKA, eine am Mordvorwurf festhaltende Staatsanwältin und ein verurteilungswilliger Richter machen eine Verurteilung von Knud und Ralf weiterhin möglich und verhindern die Beantwortung der eigentlich brisanten Fragen: Was ist wirklich am 29.7.1991 in Pinneberg passiert? Und mit welchen Mitteln geht der Staatsschutz gegen politische GegnerInnen vor, aktualisiert am Beispiel der Flora-Park-Räumung?

Nach einer kurzen Sommerpause des Gerichts wird der Prozeß am 20. Juli 1992 fortgesetzt.

ZF, Gruppe K

2. Mehr als nur ein Fußballspiel

Rubrik: Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/54.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:54

Schmach und Schande! "Jetzt lachen alle über die Deutschen", schrieb "Bild" am Tag danach und zeigte sich - noch eine kleine Sensation - fast schon als guter Verlierer: "Im Göteborger EM-Finale hatten die Dänen mehr Dampf drauf, spielten wie im Rausch, gewannen sensationell 2:0."

Unbegreiflich für die Experten vom Schlage der Breitner, Rummenigge und Merkel - und eine echte Herausforderung an den linken (Fußball-)Verstand - ist vor allem die Frage: Wie kommt es, daß die sonst so penetrant selbstherrlichen deutschen Elitekicker bei dieser EM über weite Strecken Angsthasenfußball gespielt haben; während die selbstkritischen Dänen - "wir haben Luft für 90 Minuten, 30 pro Spiel" hatte Flemming Povlsen vor der EM zu Protokoll gegeben - mutig aufspielten und sich von Spiel zu Spiel steigerten? Die von Luis Cesar Menotti, dem Trainer der argentinischen Weltmeistermannschaft von 1978, geprägte Gegenüberstellung von "linkem" und "rechtem" Fußball gilt hier insoweit, als die deutsche Niederlage eine Niederlage des "rechten" Fußballs ist, den Menotti als "Domestizierung eines wilden, kreativen Spieltriebs durch eine buchhalterische Input-Output-Logik" definiert (zitiert nach Dietrich Schulze-Marmeling: "Linker" und "rechter" Fußball, proletarischer und bürgerlicher Fußball; unveröffentlichtes Manuskript).

Ob der dänische Fußball als "links" bezeichnet werden kann, soll einstweilen dahingestellt bleiben. Immerhin fielen mehrere dänische Spieler, die in der Bundesliga unter deutschen Trainern bisher eher "rechten" Zweckfußball gespielt haben, bei der EM durch überdurchschnittlichen Spielwitz auf.

Es ist eine immer wieder zitierte Binsenweisheit, daß für die Leistungen von Fußballprofis "das Umfeld" mitentscheidend ist. Dazu gehören allerdings nicht nur Verein, Trainer, Management und Publikum, sondern auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Daß Sport, vor allem Fußball als Massensport Nr. 1, die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist oder sein kann, wurde beim Gewinn des Weltmeistertitels durch deutsche Mannschaften zweimal anschaulich bewiesen. "Wir sind wieder wer", hieß es 1954; der schwarz-rot-goldene Jubel 1990 knüpfte an die nationalistische Begeisterung nach dem Fall der Mauer noch einmal an, ja übertraf sie zum Teil sogar. Bei der EM 1992 sollte nach einem Ausspruch des Strauß-Intimus Beckenbauer bewiesen werden, daß "wir" nach dem Anschluß der DDR und der Eingliederung ihrer besten Kicker in die Nationalelf "auf Jahre hinaus unschlagbar sind" - nicht nur auf dem Fußballfeld. Tausend Dank an die Dänen, daß daraus nichts geworden ist. Die belächelten Außenseiter, deren Sieg nach dem dänischen Votum gegen die Maastrichter Verträge europaweit auch von den EG-Gegnern bejubelt wird, haben noch ein weiteres positives Zeichen gesetzt: einen Teil ihrer Siegprämie werden die dänischen Spieler für die Opfer des jugoslawischen Bürgerkriegs spenden.

Und was trieben die Deutschen nach der Niederlage? "Schweizer sind alle doof", schimpfte Mannschaftskapitän Brehme mit Blick auf den Schiedsrichter. Ex-DDR-Star Doll rebellierte nachträglich: "Der Zaun vor unserem Quartier erinnerte mich an die Zeiten vor dem Fall der Mauer". Und "Bild"-Kommentator Breitner analysierte messerscharf: "Vor den Deutschen hat doch jetzt keiner mehr Angst". Weiter so, Deutschland!

Js.

3. Todesschüsse auf Asylbewerber

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:42

Hamburg, Anfang Juni: Der Ägypter Osama Mohamed bekommt Streit mit einem Busfahrer, der sich geweigert hatte, ihn gegen 50 Mark vor seine Haustür zu bringen, und zerschlägt mit seiner Krücke Scheiben des Busses. Kurz darauf wird er auf der Straße von der über Funk alarmierten Polizei gestellt, es kommt zu einer Schlägerei, bei der alle zu Boden gehen. Dem 22jährigen, dessen Asylantrag kurz zuvor abgelehnt worden war und dem die Abschiebung angedroht worden war, wenn er nicht bis 29. Juni das Land verlassen hat, gelingt es, dem Polizeibeamten die Waffe zu entreißen und zwei Schüsse abzugeben. Geschoßsplitter von Querschlägern verletzen den Polizisten.

Über den weiteren Ablauf gehen die Darstellungen auseinander: Einmal soll der Ägypter zum Streifenwagen gerannt sein und von dort aus die Waffe auf die Kollegin des Polizisten gerichtet haben. Nach einer anderen Version sei zunächst sie zum Streifenwagen gelaufen, Osama Mohamed sei ihr gefolgt, sie habe sich auf der Beifahrerseite aus dem Wagen gerollt und "sofort geschossen". Jedenfalls habe laut Polizeibericht die Polizistin das Magazin auf den hinter dem Steuer sitzenden Ägypter leergeschossen. Dann habe sie nachgeladen und die Waffe an ihren (verletzten) Kollegen weitergereicht, der nochmals zwei Schüsse auf den Mann abgegeben habe. Dieser wurde von drei Kugeln in Oberschenkel, Unterleib und Rücken getroffen.

Die kurz darauf eintreffende Verstärkung ballerte - anstatt dem im Sterben liegenden Osama Mohamed zu helfen - erst einmal mit Maschinenpistolen drauflos. Angeblich zielte sie auf die Reifen des Wagens - getroffen wurde laut Polizeibericht der Kofferraum, an dem auf Tatortfotos jedoch keine Einschüsse zu sehen sind. Ein Notarzt konnte nur noch den Tod des Mannes feststellen.

Das weitere Agieren der Polizei entsprach dem üblichen Schema bei derartigen Anlässen. Noch vor jeder Untersuchung des Ablaufs erklärte ein Polizeisprecher: "Die Kollegin befand sich in einer eindeutigen Notwehrsituation." Die beiden Polizisten wurden dienstunfähig geschrieben und von der Öffentlichkeit abgeschirmt.

Die polizeilichen Ermittlungen stehen nun kurz vor dem Abschluß, die Notwehrversion wird voll aufrechterhalten, obwohl noch nicht einmal geklärt ist, wer den tödlichen Schuß abgegeben hat, geschweige denn, daß es eine einleuchtende Darstellung des Ablaufes gibt.

Wieso startete der Ägypter nicht den Wagen (an dem der Zündschlüssel steckte), um zu fliehen? Kam er dazu gar nicht mehr, weil er bereits schwer getroffen war? Wieso wurde von der Polizei so oft auf den im Auto Sitzenden geschossen, während dieser keinen einzigen Schuß mehr abgab - obwohl er ja angeblich die Waffe auf die Polizistin gerichtet hatte? Selbst "Bild" (6.6.92) fragte sich: "Kann das Notwehr sein?" Wieso finden sich zwei Einschußlöcher an der Fahrerseite des Wagens, während die Polizistin laut Polizeibericht von der Beifahrerseite aus auf den Ägypter schoß? Und vor allem: Warum trafen alle Schüsse Osama Mohamed von hinten?

Die Ergebnisse der sicherlich angestellten ballistischen Untersuchungen, die eine Rekonstruktion des Ablaufs zuließen, werden bisher geheim gehalten. Spielt man die bruchstückhafte offizielle Version in Gedanken durch, scheint es völlig unglaubwürdig, daß der Ägypter in Notwehr erschossen wurde. Nach dem Nachladen die Waffe an den Kollegen weiterzugeben bedeutete in jedem Fall eine zusätzliche Gefährdung, zumal wenn dieser - wie berichtet wird - verletzt neben dem Wagen am Boden lag. Eine Situation, in der dazu Luft war, hätte auch genutzt werden können, um erstmal Deckung zu suchen und Osama Mohamed zur Aufgabe aufzufordern. Eine solche Aufforderung, die Waffe wegzuwerfen und sich zu ergeben, hat es aber offenbar zu keiner Zeit gegeben.

Wenn die offizielle Version stimmt (laut FR vom 5.6.92 hat die Polizistin nur drei Schüsse abgegeben, was für den Ablauf noch weit mehr Fragen aufwerfen würde), war Mohamed bereits von mindestens einer Kugel erheblich verletzt, als das Magazin der Polizeipistole leergeschossen war. Wenn er zu diesem Zeitpunkt tatsächlich noch hätte schießen wollen und können, warum sollte er es nicht spätestens dann getan haben? Wenn aber nicht, dann existierte die Notwehrsituation nicht mehr, die die Polizei behauptet.

Die Schlußfolgerung drängt sich auf, daß offenbar die Polizistin den Mann bereits so schwer angeschossen hatte, daß keine akute Bedrohung mehr bestand und sie gefahrlos die Waffe an ihren Kollegen weiterreichen konnte. Damit entfiele jede Rechtfertigung für weitere Schüsse. Dennoch schoß der (nach polizeilichem Ehrenkodex durch den Verlust seiner Waffe schwer getroffene) Polizist noch - mindestens - zwei Mal. Hat er einfach die Gelegenheit wahrgenommen, seine offene Rechnung an Ort und Stelle zu begleichen?

anti-rep Hamburg

4. "Euer Platz ist die Hölle." Widerstand und und Repression in Türkisch-Kurdistan. Ein Delegationsbericht

Widerstand und Repression in türkisch Kurdistan - Ein Delegationsbericht

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:32

Im Juni fuhr eine Delegation bundesdeutscher Asten auf Einladung des kurdischen StudentInnenverbandes in den türkisch besetzten Teil Kurdistans.

Schon unser Reiseziel weckte die Neugier des türkischen Staatsschutzes: Diyarbakir ist Kriegsgebiet. Die unauffälligen Herren, die sich bereits auf dem Atatürk-Flughafen in Istanbul in Lauschabstand um uns herumdrückten, sollten uns die nächsten zehn Tage begleiten oder es zumindest versuchen.

"Was wollt ihr denn in Diyarbakir?", will ein Mann in Diyarbakir von uns wissen. "Rumfahren, uns die Gegend angucken", antworten wir. Im Laufe der Reise ist uns diese stereotype Antwort in Fleisch, Blut und Träume übergegangen. "Ich sage euch ganz ehrlich, ich würde mich das nicht trauen. Da herrscht nur Gewalt... Aber vielleicht ist es nicht schlecht, wenn ihr da hin fahrt. Gute Reise." Wie uns ein Dolmetscher erklärte, hatte er uns damit seine Solidarität entgegengebracht. Wir begannen uns daran zu gewöhnen, die kleinen Zeichen und Bedeutungsunterschiede in Sprache und Gestik zu entschlüsseln, die eine allgegenwärtige Repression notwendig macht. Lieber jeder/jedem Fremden mit drei Portionen zuviel Mißtrauen begegnen, lieber unhöflich schweigen als zuviel rumquatschen.

In Diyarbakir gelandet, empfing uns nur ein kurdischer Freund. Die anderen warteten in Batman. Der Flughafen ist im allgemeinen für Linienflüge geschlossen, weil von hier aus die türkische Luftwaffe täglich Angriffe auf irakisches Gebiet fliegt. Ein Abkommen zwischen der Türkei und dem Irak ermöglicht es, "innere Feinde" auch bis zu 30 Kilometern außerhalb der eigenen Staatsgrenze zu verfolgen. Offiziell gelten die Attacken Ausbildungslagern der PKK. Tatsächlich richten sie sich auch gegen die südkurdische Zivilbevölkerung.

Schon am Nachmittag hatten wir das erste Treffen mit StudentInnen aus Diyarbakir. Offen formulierten sie ihr Selbstverständnis: "Unser Studium tritt hinter der politischen Situation zurück, es gibt wichtigere Fragen als die akademischen." Und: "Wir müssen die Befreiungsbewegungen auf der ganzen Welt genau studieren, um aus ihren Fehlern zu lernen. Die meisten haben sich von anderen Staaten abhängig gemacht und konnten deshalb nicht überleben. Wir haben uns früher mehr an Moskau, Albanien oder China orientiert und dabei die Realität vor unserer eigenen Haustür aus den Augen verloren." Aber auch ihre Forderungen an uns verschwiegen sie nicht. "Wir erwarten von euch alle Arten von Unterstützung, materielle, aber vor allem politische. Aber wir verlassen uns nicht darauf. Wir können nur auf die Stärke unseres Volkes und unseres Kampfes vertrauen. Das mag mühselig sein, aber es ist unsere einzige Chance." Solche Formulierungen vernahmen wir immer wieder.

Die Universität - ein blutiger Elfenbeinturm

Am nächsten Tag holperten wir per Sammeltaxi über die einzige Verbindungsstraße zur Uni, einem fürchterlichen Betonklotz 17 Kilometer vor der Stadt. Unsere kurdischen Freunde erklärten, sie sei extra so angelegt, damit nichts aus der Uni nach außen dringe. So wurde zum Beispiel Ende Mai eine Demonstration auf dem Campus von der Polizei mit Waffengewalt beendet. Dabei trieben Polizisten einen Studenten bis in den zweiten Stock eines Gebäudes. Als er keine Möglichkeit zur Flucht mehr hatte, sprang er in die Tiefe. KommilitonInnen brachten ihn sofort ins Krankenhaus. Er entkam den Sicherheitskräften, ist aber seither gelähmt.

Rektor, Verwaltung und große Teile des Lehrpersonals kollaborieren mit den türkischen Behörden. Sie liefern Informationen über oppositionelle StudentInnen und dulden brutale Übergriffe. "Mein Job hängt an einem seidenen Faden", sagte uns eine regimekritische Dozentin, "aber das wäre bei jeder anderen Arbeitsstelle genauso." Als sie in einer Lehrveranstaltung das Thema "Gesetzgebung in Gebieten unter Ausnahmezustand" behandelte, kommentierten die erstaunten StudentInnen: "Was ist los, Frau Professorin? Ist heute etwa die

Revolution ausgebrochen?" Üblicherweise finden sich auf dem Lehrplan so brisante Themen wie "Das Heiratsrecht im Osmanischen Reich".

Hintergrund: Der türkische Staat und die KurdInnen

Neben der Strategie, dem kurdischen Befreiungskampf mit Staatsterror zu begegnen, verfolgt die türkische Regierung seit letztem Jahr den Plan, durch scheindemokratische Maßnahmen dem Kampf die militante Spitze zu nehmen. Sprache und Kultur der KurdInnen sind jetzt nicht mehr verboten. Im Zuge der ersten Wahlen nach dem Militärputsch 1980 wurde eine kurdische Partei, die HEP (Partei der Arbeit des Volkes), zugelassen, mit dem Hintergedanken, so die kurdische Bevölkerung von der PKK zu spalten. Die erhoffte Wirkung trat nicht ein: Die 22 Abgeordneten nutzten das Parlament als Plattform für den Befreiungskampf. Sie zeigten offen die kurdischen Nationalfarben, was nach türkischer Rechtsprechung einem separatistischen Affront gleichkommt. Deshalb erhob der türkische Generalstaatsanwalt Anklage, den Abgeordneten droht die Todesstrafe.

"Wir sind alle Produkte des Widerstandes, ob wir nun an der parlamentarischen, juristischen, journalistischen oder militärischen Front kämpfen", erklärten uns Mitglieder der HEP. "Wir müssen jeden Freiraum besetzen, den der türkische Staat uns bietet, um unsere Forderungen zu erkämpfen." Wieweit neben unterschiedlicher Form des Kampfes die Ziele von HEP und PKK vereinbar sind, ist uns in den Gesprächen nicht völlig klar geworden. Während zum Beispiel die HEP einen Ausgleich am Verhandlungstisch noch für möglich hält, scheinen PKK-Mitglieder da anderer Meinung zu sein. Auch ist nicht klar, inwieweit sich die HEP an der von der PKK anvisierten kurdischen Nationalversammlung beteiligen wird.

Während die Türkei im Ausland den Mythos von demokratischer Erneuerung aufrecht zu erhalten sucht, terrorisiert sie weiterhin die Bevölkerung im türkisch besetzten Teil Kurdistans. Entgegen aller Behauptung ist Verhaftung immer noch gleichbedeutend mit Folter, sind innerhalb des ersten halben Jahres der Demirel-Regierung bereits so viele Menschen umgebracht worden wie in einem Jahr der Özal-Regierung. So die Auskunft einer Mitarbeiterin des Menschenrechtsvereins IHD. Konterguerilla, Polizei und Militär ermorden täglich schätzungsweise zehn Menschen, die wenigsten davon sind Guerilleros.

Was Staatsterror praktisch bedeutet, sollten wir während unserer Reise noch erfahren. Nach einem gemeinsamen Essen mit unseren kurdischen FreundInnen in Diyarbakir wurde ein Student, der kurz vor uns das Restaurant verließ, auf der Straße verhaftet. Einfach so. Am selben Tag sprachen wir mit dem linken Journalisten Hafiz Akdemir. Er hatte uns über seine Recherchen zur Konterguerilla, einer im Ausland ausgebildeten Spezialeinheit, berichtet. Vier Tage später war Hafiz tot. Ermordet von eben jener Terroreinheit der türkischen Polizei.

Hafiz hatte für die unabhängige Tageszeitung Özgür Gündem gearbeitet. Er hatte uns von den Schwierigkeiten der Zeitungsarbeit berichtet. Zum Beispiel wurde von den bisher 80 Ausgaben der Wochenzeitung Yeni Ülke die Hälfte durch die Zensurbehörde eingestampft. Die Druckerei mußte gewechselt werden, wer die Zeitung verbreitet, kann sich leicht Ärger einhandeln. Hafiz war gerade 27 Jahre alt. Neun Jahre davon verbrachte er in türkischen Knästen.

Morde an Menschen, die im Widerstand aktiv sind, haben immer wieder zu massenhaften Protesten geführt, die das Militär fürchtet. Zu der Beerdigung von Cengiz Altun, der wenige Wochen zuvor ermordet worden war, kamen 150.000 Trauernde. Diesmal wäre mit etwa 200.000 Menschen zu rechnen gewesen. Um das zu verhindern, dachten sich die Sicherheitskräfte eine besondere Strategie aus: sie entführten die Leiche und inszenierten eine Beerdigung unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Stadt - Land - Berge Ein Volk von Terroristen?

Drei Tage lang fuhren wir durch das 40.000 Quadratkilometer große Botangebiet mit der "heimlichen Hauptstadt" Cizre. Die Stadt hatte einst wegen ihrer geographischen Lage große Bedeutung. Sie liegt an der alten Seidenstraße nahe der irakischen Grenze. Seit dem Handelsembargo der UNO gegen den Irak ist die einstige Metropole verödet. Der Ölschmuggel ist das einzige, womit noch Geschäfte zu machen sind. Das Öl wird in überdimensionalen Reservekanistern unter LKWs über die Grenze geschafft. Von den versprochenen infrastrukturellen Reinvestitionen, für die die Türkei fette Finanzhilfen kassiert hat, konnten wir keine Anzeichen entdecken. Dafür viele Spuren des Massakers, welches das Militär während der Newroz-Feierlichkeiten anrichtete. Überall sind Einschußlöcher - in Schaufenstern, an Friedhofsmauern und immer wieder an

Häuserwänden. Nur die Gebäude der Sicherheitsbehörden sind auf wundersame Weise verschont, was in merkwürdigen Gegensatz zu der offiziellen Behauptung steht, die Schießereien hätten zwischen Militär und PKK stattgefunden.

Der Alltag der Menschen ist vom Widerstand geprägt: Um uns versammelt sich im Nu eine Horde Kinder, die Finger zum Victory-Zeichen gestreckt, und skandiert lauthals "Biji PKK", es lebe die PKK.

Dorfschützer, die mit dem türkischen Staat kollaborieren, beklagten sich in einem Interview mit uns über die aufmüpfigen EinwohnerInnen Cizres: "Einkaufen gehen können wir dort nicht. Die würden uns nicht einmal einen Fetzen Papier geben." Wenn türkische Soldaten etwas kaufen wollen, haben häufig "ganz plötzlich" alle Geschäfte geschlossen.

Das Botangebiet hat eine lange Tradition von Widerstand. Früher waren dort die Behidans ansässig, eine Fürstenfamilie aus dem kurdischen Widerstand. Heute operiert die Guerilla in den Bergen. In vielen Gesprächen mit "ganz gewöhnlichen" BewohnerInnen der Dörfer bezogen die Menschen immer wieder eindeutig Position. Hier der Auszug eines Gesprächs:

Frage: "Warum haben sie euer Dorf zerstört?"

Antwort: "Weil wir uns geweigert haben, einen Dorfschützer zu stellen." (Anmerkung: Dorfschützer werden vom Militär dafür bezahlt, daß sie die Soldaten mit der Region vertraut machen, Stellungen der Guerilla verraten und ihr Dorf PKK-frei halten. Sie werden vom Staat verbeamtet und können diese Arbeit nicht kündigen) Sie haben gesagt, ‚in drei Tagen seid ihr hier raus, sonst könnt ihr euch auf alles gefaßt machen`. Wir haben sie gefragt, wohin wir gehen sollen. Sie antworteten: ‚Euer Platz ist die Hölle`. Wir haben hier mit zehn Familien, also etwa 300 Menschen, gelebt. Nachts haben sie das Dorf umzingelt und am Morgen angegriffen. Mit 4.000 Soldaten, Raketen, Handbomben, Panzern und Cobra-Kampfhubschraubern. Vorher raubten sie noch die Sachen, die sie gebrauchen konnten. Außerdem folterten sie uns."

"Wann war das?"

"Vor zwei Monaten."

"Was macht ihr jetzt?"

"Wir leben in anderen Dörfern. Wir würden gerne zurück gehen, aber wir dürfen nicht. Der Gouverneur sagt ja, aber das Militär sagt nein. Wir dürfen auch nicht arbeiten. Sie sagen, wenn ihr hier eure Felder bestellt, werden wir auf euch schießen."

"Es heißt, daß ihr mit der PKK Terroristen unterstützt?"

"Das hat damit nichts zu tun. Die PKK unterstützt uns, sie verteidigt uns vor den Angriffen des Militärs und kämpft gegen die Unterdrückung. Wir unterstützen die PKK, unser letztes Brot würden wir der Guerilla bringen."

"Warum geht ihr nicht zur Guerilla?"

"Es gibt auch andere wichtige Sachen. Jeder tut, was er kann, das tun auch wir."

"Andere wichtige Sachen" meint vieles. Der Widerstand reicht buchstäblich vom Kleidungsstück bis zum Volksaufstand. So begegneten uns immer wieder die kurdischen Nationalfarben grün, gelb, rot. Kopftücher, Gürtel, Mofas, Blumengestecke - ja selbst Lollies gibt es in diesen Farben. Das ist dem türkischen Staat dann doch zu bunt. Das türkische Parlament erwog ernsthaft, die subversiven Ampeln in Kurdistan zu entschärfen - rot, gelb, blau statt rot, gelb, grün.

Frauen im Befreiungskampf

Eine zentrale Rolle im Befreiungsprozeß des Volkes spielen die Frauen. Doppelt unterdrückt sowohl durch Nationalität als auch ihres Geschlechts wegen, beginnen sie, mit ihrer Aktivität im Befreiungskampf auch ihre Befreiung als Frauen zu erkämpfen. Das bringt die patriarchal und islamisch geprägten Strukturen ziemlich durcheinander. Wir erlebten, wie Männer uns den Tee servierten, weil Frauen lieber sitzenblieben um sich mit uns zu unterhalten. Mädchen kritisierten ihre Mütter beim Kochen und steckten sich selbstbewußt im Beisein älterer Respektspersonen Zigaretten an.

Frauen im Befreiungskampf sind mit spezifisch sexistischer Repression konfrontiert. Vertreterinnen des Patriotischen Frauenverbandes berichteten uns davon, daß sie nach den Newroz-Massakern in die Krankenhäuser gegangen sind, um Blut zu spenden. Man wollte sie dort nicht durchlassen und beschimpfte sie als "PKK-Nutten". Folter bedeutet für Frauen immer auch sexuelle Demütigung, also "Entehrung". Auch in der kurdischen Gesellschaft ist die "Ehre" einer Frau höchstes Gut und gleichzeitig zentrales Mittel ihrer Unterdrückung. Ist eine Frau "entehrt", sind es ihre Angehörigen mit ihr. Sie haben nämlich versäumt, auf sie aufzupassen, beziehungsweise waren zu schwach, ihre "Ehre" zu verteidigen. Bisher hatte die Bewegung sowohl aus Scham als auch aus Propagandagründen die Existenz weiblicher Gefangener tabuisiert. Diese Ehrvorstellung geriet zunehmend in Konflikt mit der Realität von Frauen im Befreiungskampf. Die Menschen bekennen sich inzwischen zu ihren Märtyrerinnen, selbst wenn diese geschändet worden sind. Sie loben die aufrechte Haltung, die Kämpferinnen selbst unter der Folter bewahren. Wir fragten Dorfbewohnerinnen: "Wie wollt ihr verhindern, daß euch nach der Unabhängigkeit Kurdistans eure Freiheiten und Rechte wieder abgenommen werden?" "Wir werden uns nichts schenken lassen, sondern weiter kämpfen", war die Antwort.

Persönliches Fazit

Die Haltung der bundesdeutschen Linken zum Befreiungskampf in Kurdistan ist zwiespältig. In Diskussionen und Veranstaltungen sind vor allem zwei Richtungen erkennbar: Kritisch, aber solidarisch eingestellte Menschen fragen nach dem Verhältnis von nationaler Befreiung und sozialer Revolution, zwischen Führungsrolle der PKK und dem Volk. Andere lehnen eine Unterstützung des Befreiungskampfes ab. Sie verweisen darauf, daß die PKK autoritär bzw. stalinistisch sei. Sie bemängeln, daß die Bewegung im Kampf um eine ausschließlich nationale Unabhängigkeit steckenbliebe. Aus heutiger Sicht der Dinge meinen wir, eine Veränderung in der PKK feststellen zu können. Auch wir kritisieren hierarchische Momente in der Struktur der Partei. Doch scheinen diese unter den gegebenen Bedingungen auch eine Berechtigung zu haben, der wir nicht einfach unsere Sicht entgegenhalten wollen. Unser Eindruck war, daß ein überwältigend großer Teil der Bevölkerung hinter dem Befreiungskampf der PKK steht. Von einer einseitigen Funktionalisierung der Massen kann nicht die Rede sein.

Bisher stellt sich der Kampf als antikoloniale Bewegung gegen die türkische Besatzungsmacht dar. Werden die KurdInnen ihrem selbst gestellten Anspruch gerecht werden und die soziale und politische Umstrukturierung der gesamten Region leisten? Dies würde die imperialistiche Kräfteverteilung nicht nur im arabischen Raum erschüttern. Hier zeigt sich die internationale Sprengkraft des Konflikts.

Aber auch im Inneren der Bewegung entsteht eine eigene Dynamik, wie das Beispiel der Frauenbefreiung zeigt. Dieser Dynamik mag das Programm der PKK hinterherhinken. Wir meinen, es ist ein Bewußtsein für das Problem vorhanden. In dem Maße, wie sich die PKK als fähig erweist, dem nationalen Befreiungskampf eine soziale Dimension zu verleihen, wird sie ihrem Anspruch, eine sozialistische Politik für die Region zu vertreten, gerecht.

jek, Bremen

Delegationsaufruf

Am 15. August vor acht Jahren nahm die PKK den bewaffneten Kampf auf. Es ist zu befürchten, daß der türkische Staat wie schon beim Newroz-Fest dieses Datum zum Anlaß nimmt, um Massaker anzurichten. Deshalb ist es wichtig, daß sich zu dieser Zeit möglichst viele BeobachterInnen in Kurdistan aufhalten. Dadurch werden zum einen Massaker erschwert, zum anderen ermöglicht dieses eine autentische Berichterstattung.

Nähere Informationen erhaltet ihr unter: Kurdischer StudentInnenverband, c/o Hevkom, Von-Gall-Str. 2, 4630 Bochum 1, Tel: 0234-9536101.

5. § 218: Bundestagsmehrheit für faulen Kompromiß

Rubrik: Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:45

Ende Juni hat der Bundestag ein neues Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch verabschiedet. Der sogenannte Gruppenantrag von FDP, SPD und einigen CDU-Abgeordneten bekam mit 357 von 657 abgegebenen Stimmen eine eindeutige Mehrheit. In der Öffentlichkeit wird dieses Gesetz nun als großer Erfolg gefeiert. Tatsache ist aber: Dieses Gesetz ist eine Zumutung für Frauen, denn es bedeutet weiterhin Kriminalisierung, Zwangsberatung und Entmündigung.

Nachdem man fast ein Jahr lang den § 218 aus der öffentlichen Diskussion herausgehalten hatte, war in den letzten Wochen alles ganz schnell gegangen, um gar nicht erst Zweifel an diesem Machwerk aufkommen zu lassen und um mögliche Proteste zu verhindern. Für die autonome Frauenbewegung blieb somit kaum Zeit, ihre Kritik an dem Gruppenantrag in die Öffentlichkeit zu tragen und wirksamen Protest zu organisieren. Der sogenannte "Kompromiß"-Antrag wurde über die Medien als Fortschritt gegenüber der alten Regelung und als das "einzig Machbare" dargestellt. Und darin liegt die doppelte Niederlage, denn es ist der Frauenbewegung nicht gelungen, diese Meinung in der öffentlichen Debatte aufzubrechen und ein klares Nein zu diesem faulen Kompromiß ansatzweise zu verankern.

Ohne Beratung droht Strafverfolgung

Das neue Gesetz mit dem gewaltigen Namen "Gesetz zum Schutz des vorgeburtlichen/werdenden Lebens, zur Förderung einer kinderfreundlichen Gesellschaft, für Hilfen im Schwangerschaftskonflikt und zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs (Schwangeren-und Familienhilfegesetz)" beinhaltet weiterhin die Strafverfolgung mit den § 218 und § 219 (wenn auch in etwas geänderter Form).

So heißt es unter § 218 Abs.(1) nach wie vor: "Wer eine Schwangerschaft abbricht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft." Die Strafvorschriften sind nur dann "nicht anzuwenden", wenn der Abbruch innerhalb der ersten zwölf Wochen vorgenommen wird. Die Schwangere macht sich dennoch strafbar, wenn sie sich nicht mindestens drei Tage vor dem Abbruch in einer Beratungsstelle hat zwangsberaten lassen (§ 219). Nach Meinung der Strafrechtsprofessorin Monika Frommel ist die Neuregelung für die Verteidigung sogar noch schlimmer als die Rechtslage nach altem bundesrepublikanischen Gesetz. Bei der in den Altbundesländern gültigen Notlagenindikation hatte das Gericht in einem §-218-Prozeß beweisen müssen, daß sich die Frau vor dem Schwangerschaftsabbruch nicht in einer Notlage befunden hatte. Dies sei für das Gericht schwierig gewesen. Dagegen sei es leicht nachzuweisen, wenn sich die Frau nicht beraten ließ, und dies stellt jetzt einen eindeutigen Strafrechtstatbestand dar (siehe ND vom 2.6.92).

Darüberhinaus sind alle Strafandrohungen in ihrer bisherigen Höhe erhalten geblieben.

Eine Fristenregelung, die keine ist

Es ist schon erstaunlich, wie dieses Gesetz dem von Rita Süßmuth vorgestellten "Lebensschutzgesetz" ähnelt. Zwar wird uns dieses Gesetz jetzt keck als Fristenregelung verkauft. Bei sorgfältiger Betrachtung stellt sich allerdings heraus, daß hier bewußt irregeführt wird. Geblieben ist die sogenannte medizinische Indikation und auch die sogenannte eugenische Indikation, als hätte es nie eine Diskussion um die Behindertenfeindlichkeit der eugenischen Indikation gegeben. Sie ist wortwörtlich dem alten Gesetz entnommen und durch die Zwangsberatung ergänzt worden.

Weggefallen ist die Indikationsstellung durch einen Arzt im Falle der sogenannten "Notlagenindikation" und im Falle der kriminologischen Indikation. Statt dessen muß sich die Frau jetzt nach einer reglementierenden Zwangsberatung, die massiv verschärft worden ist, selbst eine Indikation stellen und diese auch selbst verantworten. "Verantwortungsbewußte eigene Gewissensentscheidung" heißt das jetzt, nicht zu verwechseln mit dem Selbstbestimmungsrecht der Frau! Bis kurz vor der Verabschiedung des Gesetzes hatte es um diesen Punkt mit der CDU-Gruppe Verhandlungen und letztendlich Zugeständnisse von seiten der SPD und der FDP gegeben. Die CDU-Abgeordneten hatten ihre Zustimmung zu dem Kompromißentwurf von FDP und SPD davon abhängig gemacht, daß die Frau sich in einer "Not- und Konfliktlage" befinden muß, um die "Fristenregelung" (straffreier Abbruch innerhalb der ersten zwölf Wochen) wahrnehmen zu können. So einigte man sich in den Verhandlungen auf eine Formulierung des SPD-Politikers de With. Der schlug vor, in einem

gesonderten Paragraphen auf die Beratungspflicht, den Inhalt der Beratung und damit auf die "Not- und Konfliktlage" zu verweisen. Im § 219 (Beratung der Schwangeren in einer "Schwangerschaftskonfliktlage") heißt es jetzt: "Die Beratung dient dem Lebensschutz durch Rat und Hilfe für die Schwangere unter Anerkennung des hohen Wertes vorgeburtlichen Lebens und der Eigenverantwortung der Frau. Die Beratung soll dazu beitragen, die im Zusammenhang mit der Schwangerschaft bestehende Not- und Konfliktlage zu bewältigen. Die Beratung soll die Schwangere in die Lage versetzen, eine verantwortungsbewußte eigene Gewissensentscheidung zu treffen ..." (FAZ vom 6.6.92, Hervh. Sy.). Die Grenzen zur Indikationsregelung werden damit immer verschwommener. Zwar ist der Arzt jetzt aus der Verantwortung entlassen, und darum ging es den Politikern wohl auch. Die Ärzteschaft hatte gegenüber dem Gesetzentwurf jedenfalls weitgehend Zustimmung geäußert. Dafür ist die gesamte Verantwortung den Frauen selbst aufgebürdet worden. Nach Aussagen der SPD soll diese "Selbstindikation" nicht gerichtlich überprüfbar sein. Was passiert aber z.B., wenn eine Frau sich hat "konflikt"-beraten lassen, weil das Gesetz es so verlangt, anderen Personen gegenüber aber äußert, daß sie sich gar nicht in einer "Konfliktlage" befindet oder fühlt. Wird diese Frau dann vor den Kadi gezwungen? Warum sollten Richter, die, wie in Memmingen, schon die Indikationsstellung von Ärzten für unrechtmäßig erklärt haben, jetzt anders urteilen ?

Zwangsberatung massiv verschärft

"Nur mittels staatlich kontrolliertem Gewissens-TÜV wird der Frau eine verantwortliche Entscheidung zugebilligt" schreiben die "Frauen gegen den § 218 - Bundesweite Koordination" in einem Flugblatt.

Wie in den Richtlinien der CDU/CSU-regierten alten Bundesländern wurde das Beratungsziel auf den "Lebensschutz" festgeschrieben. Außerdem wird der zu beratenden Frau eine "Not- oder Konfliktlage" unterstellt, der es nach dem Gesetzgeber endlich beizukommen gilt. "Wir reden von Konflikt- und Notlage und machen damit deutlich, daß ein Schwangerschaftsabbruch nichts Normales ist", freute sich der CDU-Abgeordnete Friedrich Pflüger, nachdem man sich mit FDP und SPD geeinigt hatte. Und Inge Wettig-Danielmeier (SPD), Verhandlungsführerin im Sonderausschuß mit dem infamen Namen "Schutz des ungeborenen Lebens" war "rundum glücklich" mit dem "Kompromiß", weil die SPD es "verhindert" hatte, daß die Frau ihre Konfliktlage auch noch darlegen muß (siehe taz vom 6.6.92). Auf Vorschlag der SPD und FDP wurde auch noch der Satz mitaufgenommen "Die Beratung trägt zur Vermeidung künftiger ungewollter Schwangerschaften bei." Dies solle dazu beitragen, daß in dem Beratungsgespräch die gesamte Lebenssituation der Frau besprochen werden könne. (Na vielen Dank!)

Nach dem neuen Gesetz besteht die Aufgabe der Beratung außerdem in der "umfassenden medizinischen, sozialen und juristischen Information der Schwangeren." Und daran knüpft die nächste Schweinerei an. Im § 2 (Beratung) werden die "Informationen" im einzelnen aufgezählt. Neben Informationen über "soziale und wirtschaftliche Hilfen" z.B. bei der Wohnungs- und Arbeitssuche (bitte keinen Lachkrampf kriegen) sollen die Beratungsstellen auch über die "physischen und psychischen Folgen" eines Abbruchs und die damit verbundenen "Risiken" informieren. Der Mythos von den angeblichen Spätfolgen einer Abtreibung wird also mit Zustimmung der SPD munter weiterverbreitet. Zudem muß über "rechtliche und psychologische Gesichtspunkte im Zusammenhang mit einer Adoption"(!) informiert werden. Wenn eine Beratungsstelle sich weigert, dieser "Informationspflicht" nachzukommen, verliert sie nach dem neuen Gesetz ihre Anerkennung! Darüber kann sich sogar die CSU freuen, die schon seit langem versucht, eine Verschärfung der Beratungsrichtlinien auch in anderen Bundesländer durchzusetzen.

Traurig ist, daß es gegen diese eindeutige und drastische Verschärfung der Zwangsberatung, die keinen anderen Zweck erfüllt, als die Frauen psychisch "weichzuklopfen", und die das "Aus" für fortschrittliche Beratungsstellen bedeuten kann, kaum Proteste gegeben hat. Haben fortschrittliche Kreise noch vor einigen Jahren erfolgreich gegen das geplante "Beratungsgesetz " protestiert, wurde jetzt unter dem angeblichen Druck einer zu verabschiedenden Neuregelung offenbar jede Kröte geschluckt.

Mit dem neuen Gesetz könnte außerdem eine weitere Verschärfung bei der Krankenkassenfinanzierung angesteuert werden. So besteht lt. § 24b der Anspruch auf Leistungen nur bei einem "nicht rechtswidrigen" Schwangerschaftsabbruch. Dieses sind nach dem neuen § 218 Abs.(7) und (8) aber nur Abbrüche nach medizinischer und eugenischer Indikation, während alle anderen Abbrüche "nur straffrei" sind. Auf dieser Unterscheidung reiten die Abtreibungsgegner aber schon seit Jahren herum, um die Krankenkassenfinanzierung zu kippen. Noch immer steht hierzu eine Klage vor dem

Bundesverfassungsgericht aus. Sollte die Klage durchkommen, könnte dies bedeuten, daß die selbst-entschiedenen Abbrüche auch selbst bezahlt werden müssen.

Das einzig Machbare?

Es wurde in den letzten Wochen immer wieder behauptet, daß dieser "Kompromiß" trotz aller Mängel eine Verbesserung für Frauen bedeute und daß man/frau deshalb aus Pragmatismus dem Gruppenantrag von FDP, SPD und CDU-Abgeordneten zustimmen müsse. Die Ober-Feministin Alice Schwarzer hatte alle diejenigen, die das nicht so sehen, als "Verräterinnen" bezeichnet (siehe EMMA vom Juni 92), und die taz-Redakteurin Andrea Seibel meinte: "Es hätte viel schlimmer kommen können" (taz vom 6.6.92).

Rechnet Frau aber mal genau nach, was unterm Strich bleibt, dann ist für die Gesamtheit der Frauen in der Praxis keine Verbesserung zu erwarten. Den Frauen in den neuen Bundesländern, und das sind immerhin 22 Prozent, wurde die Fristenregelung genommen und statt dessen die Paragraphen 218 und 219 mit Strafverfolgung und Zwangsberatung verpaßt - also eine eindeutige Verschlechterung geschaffen! Christina Schenk vom Unabhängigen Frauenverband weist zudem darauf hin, daß in Anbetracht dessen, daß in Ost-Deutschland 51 Prozent aller vom Bund geförderten Beratungsstellen den Kirchen unterstellt sind und nur 19 Prozent von Pro Familia getragen werden, die Beratung in den neuen Bundesländern ganz schnell zur Gehirnwäsche werden kann ("Freitag", 22.5.92). Aber auch für Westfrauen bringt das neue Gesetz unterm Strich keine Verbesserung. Zwar fällt die Indikationsfeststellung durch den Arzt weg. Dafür werden aber im Gegenzug die gravierenden Änderungen bei der Zwangsberatung vor allem für die Frauen in Hessen, NRW, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und in den nördlichen Bundesländern eine Verschlechterung bringen. Für die Frauen in Bayern und Baden-Württemberg, die die erniedrigende Zwangsberatung durch die Länderrichtlinien schon seit Jahren kennen, ändert sich in diesem Punkt nichts. Für sie fällt zwar auch die Indikationsfeststellung durch den Arzt weg, aber das nützt ihnen relativ wenig. Sie finden zur Zeit eh' keinen Arzt oder ein Krankenhaus, die den Abbruch nach einer Notlagenindikation durchführen. Krankenhäuser, die sich weigern, einen Abbruch nach der Notlagenindikation durchzuführen - und das betrifft nicht nur kirchliche -, werden dies bei einer wie auch immer gearteten "Fristenregelung" sicherlich erst recht tun. Hier müßte ein ganz anderes Gesetz her, das die Länder verpflichtet, für ausreichende Abbruchmöglichkeiten zu sorgen. Die Frauen im Süden werden also weiterhin ins Ausland fahren müssen oder in den Norden, wo sie sich jetzt ebenfalls einer verschärften Zwangsberatung gegenübersehen. Da können sie sich dann von einer Hamburger Beraterin über "Hilfen zur Wohnungssuche oder Arbeitsplatzsuche" informieren!

Dieses Gesetz wird für die Frauen weiterhin Erniedrigung und Entmündigung bedeuten. Drohende Kriminalisierung, ein Wettlauf gegen die Zeit und die Hürden von Zwangsberatung und Kliniksuche sind geblieben. Diese "Fristenregelung" hat auch nichts mit der Fristenregelung zu tun, die 1974 von der sozialliberalen Koalition verabschiedet wurde und die bis zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts kurze Zeit Gesetz war. Die Bezeichnung "Fristenregelung" ist irreführend. Sie soll lediglich über einen faulen Kompromiß hinwegtäuschen. Besonders perfide ist, wenn die SPD jetzt behauptet, sie hätte alles getan, was möglich gewesen wäre. "Da hat sich's ausgekämpft, liebe Waltraud! Was glaubst du, was wir seit November letzten Jahres getan haben?" ist die Antwort von Inge Wettig-Danielmeier auf eine Kritik der Grünen Waltraud Schoppe. Wie ist es dann aber zu erklären, daß die SPD vor allem auf die Zustimmung und den "Kompromiß" mit CDU-Abgeordneten orientierte. Rein rechnerisch hätten nämlich FDP und SPD zusammen mit den Grünen/Bündnis'90 und der PDS mit 343 Stimmen auch eine Mehrheit im Bundestag gehabt. Mal abgesehen von einigen Ost-CDUlern, die sich auch für eine Fristenregelung ausgesprochen hatten. Aber auch dazu hatte die Dame aus der SPD eine Antwort parat: Auch in den Fraktionen von SPD und FDP gäbe es ein Dutzend Abgeordnete, die einer Fristenregelung nicht zustimmen würden (siehe taz vom 3.6.92). Sie vergißt allerdings zu erwähnen, daß es auch SozialdemokratInnen gibt, wie die ASF-Hamburg, die sogar schon den von FDP und SPD ausgehandelten "Kompromiß" abgelehnt hatten und weiterhin auf einer Streichung des § 218 bestanden. Aber wenn man sich schon in der großen Koalition übt, muß man natürlich alle Angebote von links zugunsten einiger Stimmen aus dem konservativen Lager ablehnen.

Die Frauenbewegung hat es der SPD aber immerhin zu verdanken, daß die Arbeit gegen den § 218 in den nächsten Jahren wieder schwieriger wird. Es wird wieder eine Klein-klein-Arbeit erforderlich sein, um deutlich zu machen, daß diese "Reform" keine ist. Abgesehen davon ist ohnehin noch unklar, ob dieses Gesetz nicht noch mehr nach rechts verschoben wird, denn die CSU hatte angekündigt, vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen, falls eine "Fristenregelung" vom Bundestag verabschiedet wird.

Sy.

6. Mannheim-Schönau - Hoyerswerda zieht Kreise

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:24

Was ist der Unterschied zwischen Hoyerswerda und dem Mannheimer Stadtteil Schönau? Zunächst einmal der: Die Stadt in der ehemaligen DDR erlangte im Herbst 1991 nach pogromartigen Angriffen auf das dortige Flüchtlingswohnheim nationale und internationale Publizität. Der versuchte Angriff auf das und die inzwischen wochenlange Belagerung des Sammellagers(s) für Asyl-Suchende durch einen rassistischen Bürgermob auf der Schönau Ende Mai wird dagegen kaum noch wahrgenommen; sei es, weil dergleichen inzwischen zur Normalität im neuen Deutschland gehört, sei es aus bewußter Selbstzensur der Medien (es geht um das Ansehen Deutschlands), sei es, daß es von Staatsseite eine Strategie gibt, durch eine gezielte Umlenkung der öffentlichen Wahrnehmung (auf "linke Reisechaoten") den eigentlichen politischen Inhalt, den aktiven Rassismus "normaler" Bürger(innen) unter den braunen Deckel zu kehren.

Es gibt neben der fehlenden Öffentlichkeit andere Brüche zu den Ereignissen des Herbstes 1991. Gravierender aber sind die Ähnlichkeiten und gar Verschärfungen, die vielleicht als ein Lehrstück (neu)deutscher Realität und wichtiger Diskussionspunkt für Linke angesehen werden können. Dieses soll hier von der Seite der unmittelbaren Geschehnisse und von Staatsseite her ebenso beschrieben werden, wie es lohnt, Reaktionen, Auseinandersetzungen, Verunsicherungen und das Aufkommen neuer Fragestellungen aus der Konfrontation mit realexistierendem Rassismus auf Seiten der Linken anzusprechen.

Ein rassistischer Mob - erste Eindrücke

Aufgeschreckt durch die Nachricht von der pogromartigen Belagerung des Flüchtlingswohnheimes auf der Schönau am Abend vorher (s.u.), fahren wir am Freitag abend, den 29.5., in diesen Vorort im Mannheimer Norden hinaus. Ort des Geschehens: Die Lilienthalstraße vor dem Haupttor des Sammellagers, eine ehemalige Kaserne, in der seit Februar 92 ca. 250 Flüchtlinge für jeweils etwa vier Wochen untergebracht werden. Die Szenerie: Das etwa 40 Meter breite Haupttor ist gesichert durch eine Polizeikette. (Im Laufe des Abends rücken aus dem nicht einsehbaren Innenhof weitere Polizeikräfte nach.) Der Zaun um das Gelände ist inzwischen durch einen zweiten im Inneren ergänzt; ebenso ist Drahtverhau vor den Fenstern an der Straßenseite angebracht. Die BewohnerInnen, vornehmlich Menschen aus den Kriegsgebieten Jugoslawiens, aus Kurdistan und aus Ghana wagen nur aus weiterer Entfernung und mit ängstlichen, ratlosen Gesichtern einen Blick auf das Geschehen vor ihrer Unterkunft. Dieses ist in seiner perversen Mischung aus Brutalität und "Normalität" in der Tat mehr als angsterzeugend. Ca. 300 Menschen aller Alterstufen, vornehmlich deutsche Männer, versammeln sich happeningartig und mit rassistischer Entschlossenheit. Getroffen hat sich hier der stubenhockende "Protestwähler", der hier zum (potentiellen) Schläger wird: "Normal"bürger in Bermuda-Shorts, in lockerer Freizeitkleidung, Bierbüchsen in Plastiktüten, pöbelnde Bierbäuche, ganze Familien auf sommerabendlichem Ausflug. Wo Gruppen zusammenstehen, artikuliert sich eine Stimmung aus dummer selbstmitleidiger Pose und aggressiver Möchtegern-Entschlossenheit: "Wir haben im Winter nichts zu heizen, und die kriegen jeden Morgen das Frühstück ans Bett gebracht"; die Polizei schütze jene, die deutsche Frauen vergewaltigen; Parolen werden gerufen: "Wir wollen keine Asylantenschweine", "Wir wollen keine Ausländerschweine"; Meinungen werden ausgetauscht: "Nur ein toter Neger ist ein guter Neger", "Jawohl", gröhlt der Chor. Und natürlich: allenthalben der "Deutsche Gruß".

Je länger der Abend, desto bedrohlicher wird die Stimmung. Liegt es hieran, liegt es an den inzwischen eingetroffenen Fernsehteams? Jedenfalls räumt die Polizei später mittels einer vorrückenden Kette und dem Abgreifen von ca. 20 Personen die Straße. So verlagert sich das Geschehen an die Absperrungen und wird gleichzeitig wütender. "Stasi"-Rufe ertönen. Das heißt hier soviel wie: Die Polizei unterdrückt "uns Deutsche" bei der Verfolgung "unserer berechtigten" Anliegen. Daß die hier beschriebene Stimmung nicht nur auf die Lilienthalstraße beschränkt ist, merken wir später bei einem Gang durch die Straßen dieses Stadtteils.

Zwei Dinge, die einen Bruch zu Hoyerswerda kennzeichnen, sollen hier zunächst festgehalten werden. Ein unmittelbarer Angriff auf das Gebäude fand nicht statt, weil die Polizei dieses "schützte", was natürlich kein Schutz vor verbaler und psychischer Gewalt ist. Zum anderen, und das ist vielleicht für uns gravierender, bedurfte es in Schönau nicht der "Anleitung" organisierter Faschos oder Hools. Der deutsche Spießer erhob

sich vielmehr von selber zu öffentlichem und aktivem rassistischen Auftreten. Das wird auch aus der Vorgeschichte zum bisher Beschriebenen deutlich.

Die Vorgeschichte

Die Schönau ist ein Arbeitervorort im Norden Mannheims. Bei Wahlen hatten traditionell die SPD und die KPD/DKP die Nase vorn. (Der einzig verbliebene DKP-Stadtrat, Walter Ebert, wurde hier gewählt. Zur Rolle der DKP: s.u.) Bei der Landtagswahl im April 1992 allerdings konnten hier die REPS mit fast 17% den größten WählerInnenanteil aller Mannheimer Stimmbezirke einfahren. Mit dem Terminus vom Arbeitervorort allerdings die typischen Mietskasernen zu assoziieren, wäre falsch. Vorherrschend sind nicht gerade noble, aber immerhin zweistöckige Reihenhäuser mit kleinem Vorgarten sowie 4-5-stöckige Mehrfamilienhäuser, immer wieder umgeben und aufgelockert durch Grünanlagen. Das gilt sowohl für die ältere Bebauung (Anfang des Jahrhunderts) wie auch für eine Neubausiedlung. Allerdings gibt es z.T. auch regelrechte Elendsquartiere, 1-2-Zimmer"Wohnungen§, in denen ganze Familien leben müssen. Die Gendarmerie-Kaserne, heute "Landesunterkunft für Asylbewerber", liegt im Stadtrand, ist aber dennoch relativ ins Ortsbild integriert. Alles in allem würde mensch vielleicht in normalen Zeiten von einer beschaulich-biederen Atmosphäre sprechen. Das stimmt allerdings z.T. wohl nur auf den ersten Blick. Die Arbeitslosigkeit ist hier überdurchschnittlich hoch. Zudem weist die Schönau eine relativ hohe Kriminalitätsrate auf, was v.a. auf die hier zu findende Drogen-, Dealer- und Zuhälterszene zurückzuführen ist.

Zumindest in großen Teilen der Bevölkerung stieß das Sammellager von Anfang an auf Ablehnung. Als ein "Begründungs"strang wurde schnell eine - zwar unhaltbare aber ins rassistische Bild passende - Verquickung der Flüchtlinge mit eben genannten Szenen konstruiert. Das läßt sich u.a. im lokalen Anzeigenblatt ebenso nachvollziehen wie auf den Leserbriefseiten der Mannheimer Lokalpostille "Mannheimer Morgen" (im folgen: MM). Wie weit die rassistische "Argumentation" inzwischen geht, belegt, daß ein - wohl ehemals linker - Schönauer Sozialarbeiter am 9.4.92 im MM einen Artikel unter der Überschrift "Erfolgreiche Jugendarbeit vor dem Aus" veröffentlichen konnte, in dem er pöbelte, daß die Flüchtlinge "aufs engste mit der Rauschgiftszene verzahnt" seien.

Menschen aus der Mannheimer "Initiative Freie Flüchtlingsstadt" sagen vor diesem Hintergrund, daß eine Zuspitzung der Situation um das Sammellager schon lange absehbar gewesen sei. Der unmittelbare Anlaß aber ist vielleicht für das Ineinandergreifen von Rassismus und Sexismus sehr charakteristisch.

Die Zuspitzung Ende Mai 92

Am Abend des 26. Mai zog erstmals eine noch kleine Gruppe vornehmlich deutscher Männer vor das Flüchtlingswohnheim. Verantwortlich dafür war das Gerücht von der Vergewaltigung einer 16-jährigen Schönauerin durch einen Flüchtling aus dieser Unterkunft. Daran stimmt, daß es diese Vergewaltigung tatsächlich gab. Nur war der Vergewaltiger kein Heimbewohner, sondern ein dunkelhäutiger Amerikaner aus der ortsansässigen Zuhälterszene, der einen geklauten ghanaischen Paß bei sich hatte. Das wurde so auch an den folgenden Tagen von Bullen, Stadtoberen (in Flugblättern) und Medien (MM) veröffentlicht. Aber selbst das konnte den Selbstlauf des Gerüchts nicht mehr stoppen. Es war an den folgenden Tagen in aller Männer-Munde. Mannheimer Frauen schrieben dazu in einem Flugblatt: "Ausgelöst wurde der Übergriff (auf die Unterkunft; vo) durch ein Gerücht, nach welchem ein Asylbewerber angeblich eine Frau aus der Schönau vergewaltigt haben sollte. Wir fragen uns: Welcher Mann schert sich ansonsten um die alltäglichen sexuellen Gewalttaten gegen Frauen in deutschen Ehebetten, Kinderzimmern oder auf der Straße. Nur die Vorstellung, ein ‚Fremder' könnte die ‚eigene' Frau vergewaltigen - sprich: den eigenen Besitz schädigen - , veranlaßt deutsche Männer zum hochgerüsteten Schulterschluß."

Die Szenen des 26. Mai wiederholten sich am folgenden Tage. Seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte der offene Rassismus am Donnerstag, den 28. Mai, im Anschluß an ein Vatertagsfest. 400 Normalbürger belagerten in Pogromstimmung und in Lynchjustizstimmung die ehemalige Kaserne. Neben den schon oben zitierten Parolen wird die an diesem Abend vorHERRschende Stimmung vielleicht am besten durch die folgende wiedergegeben: "Ihr brennt heute noch". Das es "nur" zu Flaschenwürfen auf die Unterkunft kam, ist wohl v.a. auf die schnell auch aus anderen Bundesländern zusammengerufenen starken Polizeikräfte zurückzuführen. Jedenfalls meinte selbst eine herbeigeeilte CDU-Stadträtin schockiert: "Die wollen ein Opfer sehen." (MM 30.5.92)

Gleichzeitig aber mit dieser Zuspitzung begann auch die Politik der Verharmlosung, Entschuldigung und Instrumentalisierung des rassistischen Pöbels durch Stadtobere und deren Schreiberlinge. Der MM sprach am 30.5. von "angetrunkenen Jugendlichen", zu denen sich eine große Zahl Schaulustiger gesellt hätte.

Insbesondere ist hier aber auf den Mannheimer OB Widder zu verweisen, der zusammen mit Gestalten wie etwa Kronawitter oder Fahrtmann ("am Kragen packen und raus damit" ist sein Vorschlag zur "Lösung des Asylproblems") die Speerspitze jener spießig-fremdenfeindlichen SPD-Politik bildet, die z.B. seit langem eine Änderung des Grundgesetzes hinsichtlich des Asylrechts fordert. So verlangte auch der Mannheimer Gemeinderat, in dem die SPD die Mehrheit hat, schon im Herbst 1991 eine Änderung des Art. 16 des Grundgesetzes.

Am Abend des 28. Mai gesellte sich Widder unter den rassistischen Mob, "um sich die Klagen der Schönauer über die Asylbewerber anzuhören" (MM, 30.5.) und um diese zu beruhigen. In die Unterkunft, zu den bedrohten Flüchtlingen, ging er an diesem Abend nicht ... Am 29. Mai dann ließ der OB einen Brief auf der Schönau verteilen, in dem er sich an die "beunruhigten (Hervorh.: vo.) Bürgerinnen und Bürger vor der Landesunterkunft für Asylbewerber" wendet. Darin bittet er die "liebe(n) Mitbürgerinnen und Mitbürger (...) eindringlich, sowohl in Ihrem eigenen Interesse, als auch im Interesse der Stadt insgesamt um Besonnenheit." Flüchtlinge haben wohl keine Interessen zu haben. Ansonsten, so legt der Mannheimer OB nahe, kann er den deutschen Pöbel aber gut verstehen. Kein Wort der Verurteilung der Ereignisse der vorherigen Tage. Vielmehr verwies er darauf, eine Besprechung mit dem Land einberufen zu haben, um zu einer "Entspannung der Situation auf der Schönau" beizutragen. Zu diesem Zwecke seien eine Reihe von "Sofortmaßnahmen" beschlossen worden: "Provokationen" und "Lärmbelästigungen" seitens der Flüchtlinge würden unterbunden, der Pförtnerdienst verstärkt. "Bewohner der Sammelunterkunft, die gegen die Anweisungen verstoßen, müssen die Sammelunterkunft unverzüglich verlassen." Dem deutschen Männer-Pöbel sichert er zu, daß keine alleinstehenden Männer mehr in die Unterkunft aufgenommen werden sollten.

So werden Täter zu Opfern und Opfer zu Tätern, ganz im Sinne einer rassistischen deutschen Ideologie. Der Brief liest sich insgesamt etwa so: Ihr habt Recht, aber bleibt ruhig, der Staat vertritt eure Interessen besser.

In der Tat kann mensch sich fragen, was eigentlich die staatlich vollzogene und weitergehend intendierte Asylpolitik von dem Mob auf der Straße unterscheidet. Wäre Widder nicht OB, könnte er auch zumindest eine Flasche werfen. Natürlich macht es für die Flüchtlinge noch immer einen Unterschied, staatlich geregelter Abschottungs- und Abschiebepolitik oder unmittelbar lebensbedrohend rassistisch motivierten "Normal"bürgern oder Faschos ausgesetzt zu sein. Der Unterschied sollte nicht übersehen werden und ist für die Flüchtlinge ein ganz realer, auch wenn viele von Ausweisung bedrohte dann, zeitversetzt, nach der Abschiebung ebenfalls in lebensbedrohende Situationen gebracht werden (wie etwa in die Türkei oder den Irak zurückgeschickte Kurden). Auf ideologischer Ebene, so meine These, sind jedoch reale Gemeinsamkeiten zwischen staatlicher Abschottungs- und reglementierter Zuzugspolitik (zum Zwecke der Anwerbung von für die deutsche Wirtschaft nötigen Arbeitskräften) einerseits und dem rassistischen Mob andererseits zu finden. Zugespitzt liegt diese ideologische Gemeinsamkeit in der Parole "Deutschland den Deutschen". Das in gelebter Gemeinschaft bisher "nur" gebrüllte "Wir wollen keine Ausländerschweine" drückt in der Umkehrung genau dieses aus und konstituiert - sozusagen - den deutschen Volksstaat von unten ebenso, wie er über eine völkische Staatsbürgerdefinition (Deutscher ist, wer deutschen Blutes ist) von oben behauptet wird. Widder drückt diese Gemeinsamkeit in der Täterentschuldigung und durch sein Verständnis für die "Sorgen" der "lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger auf der Schönau" (gemeint sind eben Deutsche) aus. Genauer: Eigentlich sind die randalierenden Rassisten für ihn ja gar keine Täter, sondern er stellt sie als Opfer dar. Die Situation der real bedrohten Flüchtlinge hält er nicht einmal der Besorgnis wert.

Allerdings ist er bereit, mit äußerster Brutalität auch gegen Menschen mit deutschem Paß vorzugehen. Das sind jene, die den deutschen Mob auch so benennen und ihre Solidarität mit den Flüchtlingen bekunden.

Gegen "linke Reisechaoten" und "Krawallmacher"

Staatliches Interesse, das über die ideologischen Gemeinsamkeiten mit und allem Verständnis für den deutschen Bürgermob hinausgeht, scheint es aber zu sein, die Realität von alltäglichem Rassismus in Deutschland möglichst wenig öffentlich werden zu lassen. Das ist schon seit Hoyerswerda durch das tendenzielle Verschwinden von Berichten über rassistische Übergriffe in der veröffentlichten Meinung zu

beobachten, obwohl mensch doch in jeder Landeskriminalstatistik sich vom Gegenteil überzeugen könnte. Insofern mußte die Polizei vor der ehemaligen Kaserne "aufräumen", wenn dies auch vergleichsweise zahm und um Verständnis heischend geschah: Kein Abend, an dem die Bullen nicht zunächst mit dem Bürgermob ganz locker geredet hätten.

Unvergleich härter dagegen die Polizeiaktionen gegen linke Solidarität mit den Flüchtlingen. Seit dem 2. Juni organisierten vornehmlich Frankfurter Anti-RassistInnen Wachen vor der Flüchtlingsunterkunft. Diese wurden schon am ersten Abend von Schönauer Bürgern angemacht und z.T. tätlich angegriffen. Als sie sich wehrten, griff die Polizei ein und verhaftete, wie an den folgenden Abenden, einige der ihre Solidarität mit den Flüchtlingen bekundenden Menschen. Widder, die Stadtverwaltung, die Bullen und die Medien bastelten sich nun ihre neuen Täter zurecht. "Linke Reisechaoten", "Krawallmacher", "Politrocker". Zu Opfern wurden kurzerhand die Schönauer als Ganze erklärt, die sich der Gewalt der "angereisten Chaoten" zu erwehren hätten. Dementsprechend wurde auch gegen eine für den 6. Juni geplante Demo auf der Schönau gewettert. Diese Kriminalisierung von antirassistischem Protest ist wiederum in der Berichterstattung des MM seit dem 3.6. nachzuvollziehen. Gleichzeitig kam dort die Pogromstimmung auf der Schönau nicht einmal mehr als "angetrunkene Jugendliche" vor.

Es spricht einiges dafür, daß das, was von Staatsseite und deren Schreiberlingen an verleumderischer Hetze und gewalttätiger Repression im Verlaufe von zwei Wochen geboten wurde, nicht nur dem brutalen profil- und machtgeilen Gehabe einiger Provinzfürsten zuzuschreiben ist. (Das ist OB Widder sicher auch, aber wer ist das in seiner Position nicht?) Vielmehr deutet vieles auf politisches Kalkül hin. Wenn Mannheim-Schönau schon öffentlich werden sollte - was natürlich immer auch mit einer Demo angestrebt wird -, dann sollte der Öffentlichkeit ein anderer "Skandal" als der eigentliche - der rassistische Bürger-Mob - präsentiert werden. Neben der schon erwähnten Berichterstattung des MM kann dies auch an der Kriminalisierungsstrategie von Stadtverwaltung und Polizei im Zusammenhang mit der für den 6. Juni geplanten ersten Demo auf der Schönau aufgezeigt werden. Diese Demo sollte Solidarität mit den Flüchtlingen und Protest gegen die rassistische Belagerung ausdrücken.

Noch am Mittwoch, dem 3. Juni, gab es von einem Beamten des zuständigen Ordnungsamtes die Auskunft, daß eine Demo wohl genehmigt werden würde (man kenne sich ja), wenn auch wahrscheinlich nicht in der Lilienthalstraße direkt vor dem Sammellager. Am Donnerstag dann hieß es, daß mensch nunmehr gar nichts mehr sagen könne, daß Ganze sei von OB Widder zur "Chefsache" gemacht worden. D.h., nun spätestens wurde es politisch auf höchster Ebene behandelt. Im Laufe des 5. Juni wurde bedeutet, daß eine Demo auf der Schönau verboten werden würde. Die Verbotsverfügung kam dann etwa um 15.00 Uhr, zu einem Zeitpunkt, an dem, selbst wenn alle Beteiligten es gewollt hätten, eine überregionale Mobilisierung nicht mehr rückgängig gemacht werden konnte. Eine Klage gegen das Verbot wurde am Freitag abend in erster Instanz abgewiesen.

Der Versuch eines deeskalierenden Gesprächs mit der Einsatzleitung der Polizei wurde Freitag brüsk abgelehnt. Die Polizeiführung stehe voll hinter der Linie des Mannheimer OB. Um ein Desaster auf der Schönau zu vermeiden, diskutierten wir nun für den Fall einer Verbotsbestätigung in der zweiten gerichtlichen Instanz über eine Spontandemo in der Innenstadt, auf dem Paradeplatz. Daß eine polizeiliche Prügelorgie, egal wo, schon längst geplant war, ahnten wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht richtig.

Dies wurde allerdings im Verlaufe des Samstags sehr deutlich. Mehrere Versuche einer erneuten Kontaktaufnahme mit der Einsatzleitung scheiterten im Laufe des Morgens. Das erste Gespräch im "Führungsbunker" (offizielle Bezeichnung der Polizei) gegen 16.00 Uhr ergab gar nichts außer der Aussage, daß für das gesamte Mannheimer Stadtgebiet Demoverbot herrsche und dieses auch durchgesetzt werden sollte. Zu diesem Zeitpunkt versuchten wir schon an den Straßensperren, die Leute in die Innenstadt umzumobilisieren. Bezeichnend für das, was geplant war, und worauf die Bullen offensichtlich schon lange eingestimmt waren, der Satz eines Beamten an der Sperre: "Fahrt nur auf den Paradeplatz, da werden wir euch schon in die Parade fahren." Im "Führungsbunker" bedauerte man die Ummobilisierung in die Innenstadt, da man uns auf der (relativ abgelegenen) Schönau "besser im Griff" gehabt hätte. Was damit gemeint war, machte Einsatzleiter Grentrupp fünf Minuten vor der polizeilichen Gewaltorgie deutlich. Er wolle, so der Lakai des Mannheimer OB wörtlich auf eine entsprechende Frage, "die militärische Lösung". Bei dem polizeilichen Angriff, der erfolgte, ohne daß irgend etwas passierte und der bezeichnenderweise nur mit Knüppeln und ohne Schilder durchgeführt wurde, wurde dann als erstes auf Leute eingeschlagen, die sich schon wieder vom Platz zurückzogen. Was dann an Brutalität folgte, habe ich selten gesehen. Leute wurden in Hauseingänge

getrieben und minutenlang geprügelt, auf übereinanderfallende Menschen wurde eingeschlagen, zu Hilfe eilende Ärzte wurden abgedrängt ... Es waren über drei Stunden lang gesichtslose Prügelmaschinen am Werk. Es gab an diesem Tag über 140 Verhaftungen, mehr als 20, z.T. schwer, Verletzte.

Wichtiger als die Beschreibung dieser Szenen ist mir hier noch einmal, das politische Kalkül herauszustellen, daß sich dann auch in der Medienberichterstattung widerspiegelte. Die Rede war von "Krawallen in der Mannheimer Innenstadt"; auch wurde die Polizei schon einmal kritisiert. Der Rassismus auf der Schönau kam nicht oder bestenfalls in Nebensätzen vor. Selbstkritisch, bei allen Schwierigkeiten, muß festgestellt werden, daß auch wir das nicht öffentlich rüberzubringen vermochten.

Das eben beschriebene Szenario wiederholte sich ähnlich in der folgenden Woche, sowohl, was das Geschehen auf der Schönau betrifft als auch für die am 13. Juni dort geplante Demo. Ein besonders abstoßendes Beispiel für das öffentlich repressive Klima sei hier dennoch erwähnt. Die Schreibtischtäter des MM ließen sich es nicht nehmen, in einem Artikel am 13. Juni fein säuberlich, wie es deutsche Tradition ist, Absatz für Absatz, die Namen der AnmelderInnen der inzwischen wieder verbotenen Demo samt deren Adressen zu veröffentlichen. Das ist nun allerdings nichts anderes als Aufruf zur Lynchjustiz.

Am 13. Juni selbst herrschte in Mannheim Ausnahmezustand. Bullensperren an allen Zufahrtsstraßen, Wannen an relevanten Straßenbahnhaltestellen, an die 200 Verhaftungen in Straßenbahnen, an den Sperren, auf offener Straße oder im Umkreis des mehr oder weniger umstellten Bahnhofs, Erstürmung einer linken Szenekneipe. In Karlsruhe wurden ca. 300 Leute am Losfahren gehindert. Auf Autobahnen wurden viele Ankommende mit dem Verweis auf eine drohende Verhaftung zur Umkehr genötigt.

Daß dann doch noch zwei Demos zustande kamen, eine mit etwa 300 Leuten in einem der Schönau benachbarten Stadtteil, eine andere, mit ca. 2500 Leuten in der Innenstadt, ist vor diesem Hintergrund sicher ein Erfolg. Gut war auch die Unterstützung und Beteiligung, die die größere Demo insbesondere in einem mehrheitlich von ausländischen Menschen bewohnten Stadtteil erfuhr.

Trotzdem sollte nicht übersehen werden, in welch beschissener Position sich AntirassistInnen gegenwärtig, hier in Mannheim bespielhaft vorgeführt, befinden. Diese Position ist angesiedelt zwischen einem breiter werdenen rassistischen gesellschaftlichen Grundkonsens (siehe z.B. Asyl-Debatte), einem zuweilen aktiven, aber unorganisierten rassistischen Bürgermob (siehe Schönau oder Hoyerswerda), staatlicher Repression (auch am 13. Juni hätte die Polizei noch härter agieren können) und organisierten, aktiven Faschos (die - zum Glück - bisher in Mannheim in diesem Zusammenhang noch nicht relevant aufgetaucht sind). Bei alledem ist überhaupt noch unberücksichtigt, wie wir mit den Flüchtlingen zusammen politisch arbeiten könnten.

Wie mit dieser Situation umzugehen ist, darauf hat wohl noch niemand eine Antwort, und da gibt es viel zu diskutieren. Das hat die reale Situation in Mannheim noch einmal ganz anders gezeigt, als es die, für uns eher theoretische, Debatte um Hoyerswerda vermochte. Und damit wären wir bei der Diskussion, die die Entwicklung in Schönau in den Linken auslöste.

Linke Reaktionen

"Wir wollen Männern und Frauen in dem Flüchtlingswohnheim unsere Solidarität zeigen (...) Weiter ist unser politisches Ziel, diesen deutschen Mob zu zerstreuen und von den Straßen Schönaus zu vertreiben. Eingestandenermaßen geht es dabei nur um die Einschüchterung, die rassistische Denkstruktur der Bevölkerung ändern wir dabei nicht. (...) Es muß deutlich werden, daß Rassismus nicht mehr ohne persönliche Risiken ausgelebt werden kann." So heißt es in einem von Frankfurter AntirassistInnen formulieren "Aufruf zur Vertreibung des Deutschen Mobs aus den Straßen von Schönau", mit dem auch für die Demo am 6. Juni mobilisiert werden sollte.

Unter anderem diese Sätze mußten für einen Streit unter Mannheimer Linken herhalten, bei dem es scheinbar überwiegend um Formalismen ging - Ort der Demo, Terminierung, bundesweit oder lokal? -, bei dem aber doch inhaltliche Fragen und Streitpunkte den Kern bildeten. Dieses will ich hier versuchen aufzuzeigen, nicht zuletzt, weil es im Zusammenhang von antirassistischer Politik eine Diskussion ist, die wohl auch andernorts geführt werden muß.

Mensch kann Sätze wie die oben zitierten maulhuberisch finden. Das sind sie aus mehreren Gründen. Erstens können wir mit unseren, eher schwachen Kräften mit Sicherheit nicht gewährleisten, Abend für Abend den

rassistischen Mob vor der Unterkunft "zu vertreiben", zumal Schönau für die Zukunft keine Ausnahme sein dürfte. Zum zweiten kann es schon gar nicht Sache von allen Menschen sein, die mensch politisch für dieses Ziel gewinnen will. Insofern ist die sprachliche Formulierung hier vielleicht eher abstoßend. Zu kritisieren ist auch, daß die Frankfurter dieses Flugblatt samt einer schon für den 6. Juni geplanten Demo auf einem Mannheimer Plenum präsentierten, ohne die Möglichkeit des gemeinsam diskutierten Beschlusses zu lassen. Damit erschien das ganze auch sehr elitär und oktroyiert. Inhaltliche Diskussionen, aus denen heraus - bei allem Zeitdruck - ein gemeinsames Aktionskonzept hätte entstehen müssen, wurden erschwert.

Das faktisch die Demo am 6. Juni nur von wenigen Mannheimer Kräften, um nicht zu sagen: Menschen, mitgetragen wurde, hatte auch mit diesem Vorgehen zu tun. Ebenso gab es aber einen inhaltlichen Dissens. Der machte sich z.B. an der Frage fest, ob mensch den Mob auch Mob nennen dürfe. Das sei letztlich politikunfähig, weil doch in Rechnung zu stellen sei, daß auch viele SchönauerInnen von sozialem Elend, Sozialabbau ... betroffen seien und eine politische Arbeit genau hier ansetzen müsse. Zu kritisieren sei darum v.a. die unsoziale Politik des Staates. Eine Demo dürfte sich nicht gegen die SchönauerInnen - was in dieser Ganzheit im übrigen niemand angestrebt hatte - wenden und solle darum auch nicht auf der Schönau stattfinden, sondern beim politischen Adressaten (Innenstadt, Rathaus). Neben der Ablehnung der Demo-Ortes wurde so auch noch gleich der Demo-Termin kritisiert. Der 6. Juni sei allein schon deshalb zu kurzfristig gewählt, weil es gelte, vorher mit Büchertischen, Veranstaltungen ... - auch auf der Schönau - entlang der "eigentlichen" Problematik für diese Demo zu mobilisieren. Überhaupt brauche eine erfolgreiche Mobilisierung längere Zeit.

Letzteres Argument kam nun aber von Menschen, die es noch während des Golfkrieges gut verstanden, innerhalb von 2-3 Tagen, manchmal innerhalb eines halben Tages, (große) Demos anzuleiern. Es geht also doch um was anderes. Ich will es hier einmal so zuspitzen: Während des Golfkrieges ging es um eine vermeintliche Bedrohung des deutschen Vorgartens. Die rassistische Belagerung ging real vom deutschen Vorgarten aus. Jenseits dieser - zugegeben verkürzten - Polemik steckt dahinter eine Schwierigkeit von antirassistischer aber auch antifaschistischer Politik. Das typische oben-unten-Grundmuster (unter sei immer das Volk in seiner Gänze) stimmt hier einfach nicht. Linke müssen sich aber mit komplexeren und komplizierten gesellschaftlichen Zusammenhängen auseinandersetzten, zumal in einem Land mit einer Vergangenheit, wie sie es die deutsche ist. Klar, da haben alle erheblichen Nachholbedarf und es gibt da viel zu diskutieren.

Mir kommt es aber auf die Perspektive an, unter der wie diese Diskussion führen. Es ist nun einmal schlicht auch eine Frage des Blickwinkels und der Wahrnehmung. Und da ist mir nun allerdings erst einmal die politische Mobilisierung gegen den tumben Mob vor dem Heim und Solidarität mit den Flüchtlingen wichtiger als irgendein Sozialabbau. Alles andere führt zu einer Täter-Opfer-Verdrehung und Täter-Entschuldigung, bei der rassistische Strukturen bestenfalls als Nebenwiderspruch auftauchen.

Mit welch verdrehter Optik mensch an die Sache herangehen kann, zeigt ein Flugblatt, das übrigens von BefürworterInnen einer Demo auf der Schönau geschrieben wurde. Aufgemacht wird dies mit der grandiosen Überschrift "Rebellion ist gerechtfertigt. Aber so geht es nicht". Und dann: "Die Dummheit und Feigheit, mit der einige SchönauerInnen versucht haben, ihre Wut über die Verhältnisse gegen Schwächere auszuleben, ist absolut widerwärtig." Immerhin ist's "widerwärtig". Aber was soll der Hinweis auf die "Wut auf die Verhältnisse"? Als ob es denen darum ginge und sich nicht ganz einfach rassistische Grundstrukturen äußerten. Wie immer wieder tauchen auch hier die Täter als verführte Opfer auf, die zudem auf einen besseren Weg zu bringen seien. "Es bieten sich viele Ziele an: Makler, Chefs, Politiker, Banken, Bullen etc." Mag ja alles sein. Aber was machen wir, wenn sich die Menschen partout in den Kopf gesetzt haben, ihre Rebellion rassistisch auszuleben? Politische Sozialarbeit mit aktiven Rassisten?? Liebe Genossinnen und Genossen! "Aber so geht's nicht!" Diskussion ist gerechtfertigt! - nein: angesagt.

Politische Sozialarbeit könnte mensch eigentlich der DKP überlassen, wo doch deren einziger Vertreter im Mannheimer Stadtrat, Walter Ebert, exakt auf der Schönau gewählt wurde. Doch bei dieser Partei wird's ganz gruslig. Eine Woche lang äußerte sie sich vernehmbar überhaupt nicht. Stimmt nicht. Ebert gab eine - nicht im Zusammenhang stehende - Pressemitteilung über die Problematik der steigenden Mieten im Allgemeinen heraus. Doch dann wartete mensch doch noch mit einer "Extra-Ausgabe" des "blickpunkt" auf. "Stadt, Land und Bund müssen endlich die sozialen Probleme auf der Schönau lösen! Kein Belagerungszustand und keine Vorurteile gegen die Schönauer" machte diese Blatt an die "Liebe(n) Mitbürgerinnen und Mitbürger auf der

Schönau" (das hatten wir doch schon einmal) auf. "Beleidigung und Bedrohung der ausländischen Bürger" werden zwar verurteilt, aber, ach, die wahren Täter sitzen eben doch woanders: 1. "Wir wehren uns gegen die pauschale Beschimpfung unseres Stadtteils als rassistisch und gegen den Versuch, unsere(!) Bürgerinnen und Bürger von außen, womöglich noch mit Gewalt, belehren zu wollen". 2. "Politiker und Konzernbosse wollen Verantwortung abwälzen".

Sollen wir darüber jetzt auch noch diskutieren? Ein Vorschlag zur Güte: Machts lieber mit Widder. Das ist für uns und für euch nervenschonender und bündelt, bündnispolitisch ganz breit, die Kräfte für euch schon irgendwie richtiger.

Und auf der Schönau?

So wenig wie die rassistische Belagerung der Flüchtlingsunterkunft unvermittelt angefangen hatte, so wenig ist die Situation jetzt entschärft. Der Mob hat sich an die Bullensperren zurückgezogen, wenn auch nicht mehr so zahlreich. Dafür tauchen jetzt schon einmal "normale" Bürger mit Knüppeln bewaffnet in der Nähe der Unterkunft auf. Aus fahrenden Autos werden an einer anderen Ecke des ehemaligen Kasernengeländes rassistische und auf Rache sinnende Parolen gerufen. "Wir kriegen euch", ist eine davon. Geht mensch nur zu zweit durch die Straßen Schönaus, so besteht die Gefahr, verprügelt zu werden, was schon passierte. Weiterhin kann die Unterkunft offensichtlich nur durch massive Polizeipräsenz geschützt werden. Wahrscheinlich wird also noch wieder aus Mannheim zu hören sein. Und wenn nicht von hier, dann von andernorts. Es ist beschissen, das so zu schreiben. Aber einstellen, in unseren Aktionen, unseren Diskussionen und unserer Politik, müssen wir uns schon drauf. Leider.

vo., Mannheim

7. Schönmann Sauberhuber: Sozialer Patriot statt Nationaler Sozialist

Rubrik: Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:15

Mit einer satten 90%-Mehrheit wurde der Vorsitzende der Republikaner, Franz Schönhuber, auf dem Parteitag am 13./14. Juni in Deggendorf/Bayern erneut zum Parteivorsitzenden gewählt. Im Gegensatz zu früher , als Schönhuber schon einmal abgewählt worden war, gab es dieses Mal keinen Gegenkandidaten, und seine Wiederwahl hätte allenfalls an ihm selbst scheitern können. Er selbst hatte nämlich vor Jahresfrist angekündigt, nicht mehr kandidieren zu wollen. Doch auf der Welle des Erfolgs, nach den Wahlergebnissen von Baden-Württemberg und Berlin, wollte der REP-Vorsitzende davon nichts mehr wissen.

"Vor dem Fluß wechselt man die Pferde nicht", war sein Kommentar. Damit waren die kommenden Wahlen inclusive der Bundestagswahl 1994 gemeint, bei der dann der Erfolg der Republikaner komplett gemacht werden soll. Endlich - so Schönhuber - müsse auf der rechten Seite des politischen Spektrums eine bundesweite Kraft neben der CSU etabliert werden - eben die REPs.

Wir sind keine Nazis...

"Hier unten sitzt das andere, bessere Deutschland" - so feierte Schönhuber seine Partei; insbesondere wurde er nicht müde, sich von jenen ehemaligen REP-Gruppierungen abzugrenzen, an denen er selbst vor zwei Jahren auf dem Parteitag in Ruhstorf fast gescheitert wäre: Jene Kräfte um den ehemaligen Adlatus des DVU-Vorsitzenden Dr. Gerhard Frey, Harald Neubauer, der mittlerweile in der "Deutschen Liga" mit alten NPD-Funktionären sein politisches Heil zu finden sucht. Er - so Schönhuber auf dem Parteitag - habe die Republikaner vollständig umgekrempelt, als er sie von allen "Extremisten" befreit habe. "Mit Radikalinskis, Skins, Heil-Schreiern, die sich selbst Neonazis nennen, wollen wir nichts zu tun haben." Er - so Schönhuber weiter - habe der Partei "Zugang zu Kreisen eröffnet, die uns bisher reserviert gegenüberstanden."

In der Tat: Im Gegensatz zu früher fällt es heute schwer, ehemalige NPD-Funktionäre bei den REPs als Funktionsträger wiederzufinden, und die Kreise, die der Partei bislang eher reserviert gegenüberstanden, sitzen heute im Vorstand der Republikaner.

Prominentestes Beispiel ist dabei der württembergische Vorsitzende Schlierer, der aus der konservativen Kaderschmiede des "Studienzentrums Weikersheim" hervorgegangen ist, in dem rechtskonservative CDU-Größen (u.a. Filbinger) schon seit Jahren an den Grundlagen einer neuen rechten Kraft basteln.

Auch die übrigen neuen Stars der Partei sind allesamt nicht nazistisch vorbelastet. Sie kommen mehrheitlich aus der CDU, es sind aber auch prominente Überläufer aus der SPD zu finden wie der ehemalige Würzburger SPD-Bürgermeister Zeitler oder auch Werner Müller, noch unter Willy Brandt und Helmut Schmidt Ministerialdirektor und Chef der Abteilung Inland im Bundespresseamt.

Wie das Personal sind auch die offiziellen Äußerungen der Partei sorgfältig darauf abgeklopft, keine allzugroße Nähe zur NS-Symbolik sichtbar werden zu lassen. So hat Schönhuber z.B. in den Äußerungen zur Ausländerpolitik vermutlich recht, wenn er angesichts der rassistischen Tiraden des NRW-Ministers Farthmann (SPD) behauptet, daß dieser als Mitglied der Republikaner sofort als untragbar ausgeschlossen würde.

...sondern soziale Patrioten

Natürlich ist diese Partei rassistisch, bis auf die Knochen deutschnational, revanchistisch. Welcher Geist in dieser Partei zu Hause ist, wird u.a. an ihrem neuen Schlagwort vom "Sozialpatriotismus" deutlich, das die Zusammengehörigkeit aller "Deutschen" unter sozialen Aspekten formuliert. Patriotisch und sozial - das ist im republikanischen Neusprech die Wiederholung des "Nationalsozialistischen" Gedankens. Und statt für die "Brechung der Zinsknechtschaft des (jüdischen) Kapitals", wie es in der Weimarer Republik bei rechten Gruppierungen hieß, mobilisieren heute die REPs gegen die Einführung einer europäischen Währung als einem "gigantischen System zur Ausbeutung der arbeitenden Menschen", welches das deutsche Volk zur "ewigen Zahlknechtschaft" verurteile.

Schönhuber und Co. beschwören den Mythos von "Deutschland" und treffen damit offenbar genau ins Stammtischherz, wo gegen die jahrzehntelange "Umerziehung" eine "bejahende Einstellung zu Volk, Staat, Nation, Heimat und Vaterland" eingefordert wird. Und dieser Mythos von "Deutschland" ist Anziehungspunkt für Menschen, die die etablierten Parteien zur Lösung der sozialen Spannungen zunehmend für inkompetent halten. Wohnungsnot, Kriminalität, die auseinanderklaffende soziale Schere (Umverteilung nach oben), die Korruptheit der politischen Klasse, die Unfähigkeit der bisherigen Politik, die "multikulturelle Gesellschaft" praktisch durchzusetzen - hier liegt die Wurzel von Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung, als deren rechtspopulistische Wortführer sich die REPs anbieten. Und anders als vor 20 Jahren bei der NPD ist kaum zu erwarten, daß durch kurzfristige Maßnahmen die REPs oder eine ähnliche politische Strömung marginalisiert werden könnte. Damals hatte es ausgereicht, daß die CDU bestimmte ideologische Positionen des Nationalismus und des Kalten Kriegs erneut besetzte, um die NPD unter 1 % zu drücken, ein Prozeß, der sich angesichts der realen Widersprüchlichkeit, aus denen die REPs Kapital schlagen, kaum wiederholbar ist.

Wie weiter am rechten Rand?

Vorläufig scheint es so, als ob im Gerangel um die Etablierung einer rechten Partei im bundesrepublikanischen Parteienspektrum die Republikaner die Nase vorne hätten. Auf der Woge der jüngsten Erfolge scheinen die Konkurrenzunternehmungen DVU, NPD oder "Deutsche Liga" abgeschlagen. Auch die Ankündigung der DSU, sich eventuell über das Gebiet der ehemaligen DDR hinaus nach Westen auszubreiten (mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegen die REPs), scheint kaum mehr als ein Gedankenspiel.

Meinungsumfragen räumen den REPs für die nächsten Bundestagswahlen gute Chancen ein, und auch die Ablehnung in der ehemaligen DDR scheint in den letzten Monaten erheblich abzunehmen. Für die Mannen um Schönhuber ist die Perspektive klar: Bis zu 20% bei den nächsten Landtagswahlen in Bayern, Koalition mit der CSU und dann der Durchmarsch nach Bonn. Und - ob es uns paßt oder nicht - mehr als je in den letzten 25 Jahren scheint es heute wahrscheinlich, daß dies nicht nur Wunschträume ewiggestriger Hitlernostalgiker sind, sondern eine reale Perspektive rechter Politik, angesichts der die Linke bislang einigermaßen hilflos dasteht.

E./Hamburg

8. BeLAGERn gegen AbschiebeLAGER (Reutlingen)

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:35

Bleiberecht für alle Flüchtlinge in der Bundesrepublik, in ganz Europa - offene Grenzen - forderte am 17. und 18.6. auf dem Reutlinger Marktplatz ein breites linkes Bündnis von 20 Reutlinger und Tübinger Gruppen gegen Abschiebelager, von Frauengruppen über antifaschistische, internationalistische, antirassistische, autonome Gruppen, das Anti-EG-500-Jahre-Conquista-Plenum bis hin zu Asylzentrum, Flüchtlingsunterstützergruppen und evangelischer Studentengemeinde. Ein großes symbolisches Lager mit Zelten, Absperrungen, Gittern holte das am Rande der Stadt Reutlingen in den freigewordenen Franzosenkasernen entstehende Flüchtlingsabschiebelager auf den Marktplatz ins Zentrum der Stadt und ins Bewußtsein der Reutlinger BürgerInnen und belagerte gleichzeitig das Rathaus als verantwortliche Stelle.

Das neue Asylverfahrensgesetz

liefert das Instrumentarium zur Internierung, Ablehnung und Abschiebung von Flüchtlingen binnen sechs Wochen. Schon ab 1.7.1992 soll dafür in Reutlingen als erste von vier baden-württembergischen sog. Bezirkssammelstellen die Ypernkaserne mit Verwaltungsgebäuden bereitgestellt werden. Keines dieser Lager soll weniger als 500 Menschen fassen. Baden-Württemberg, jetzt in der großen Koalition aus CDU und SPD, übernimmt damit auch weiterhin seine traurige Vorreiterrolle bei der Demontage des Asylrechts und der Abschreckung von Flüchtlingen durch menschenunwürdige Behandlung.

Selektion bei der Ankunft

Nach dem neuen Asylverfahrensgesetz werden künftig Flüchtlinge gleich nach ihrer Ankunft in der ZAST (Zentrale Anlaufstelle) in Karlsruhe von Verwaltungsrichtern selektiert und getrennt in sogenannte "offensichtlich unbegründete" und "begründete" Fälle. Während von der Minderheit der "begründeten Fälle" vielleicht noch einige wenige asylrechtlich anerkannt werden, bedeutet dies für die als "offensichtlich unbegründet" eingestuften Flüchtlinge Abschiebung. Einzig um den Schein der Rechtstaatlichkeit zu wahren, werden diese Menschen in die sog. Bezirkssammelstellen - eine davon in Reutlingen - verschoben. Da die Asylanträge der Flüchtlinge in den Abschiebelagern von vorneherein als "offensichtlich unbegründet" beurteilt werden, sind sie auch in der Öffentlichkeit vorverurteilt: Wer angeblich ohne Grund in die BRD gekommen ist, soll auch schnell wieder abgeschoben werden. Tatsächlich wird aber nach dem Asylverfahrensgesetz gerade denjenigen Flüchtlingen "Asylmißbrauch" vorgeworfen, die in Todesangst vor Krieg und Bürgerkrieg fliehen. Asylanträge von Flüchtlingen aus Jugoslawien oder aus Kurdistan gelten als "offensichtlich unbegründet", wenn sie "nur" fliehen, "um einer Notsituation oder einer kriegerischen Auseinandersetzung zu entgehen" (§30). Aus Flüchtlingen mit existentiellen Fluchtgründen werden sogenannte Scheinasylanten, die Asylmißbrauch betreiben: einfach per Definition! Im Sechs-Wochen-Schnellverfahren werden die Flüchtlinge dann wieder außer Landes geschafft. (1)

Das Sechs-Wochen-Schnellverfahren

ist die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl. Die Anhörung vor dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge soll zeitgleich mit der Stellung des Asylantrags erfolgen. Diese Sofortanhörung wird der Situation der Flüchtlinge in keiner Weise gerecht: Erfahrungsgemäß können sie nicht sofort nach Beendigung der Flucht lückenlos ihre - oft traumatische - Lebensgeschichte wiedergeben. Viele Flüchtlinge verschweigen zunächst auch bewußt wichtige Details ihrer Verfolgungsgeschichte, weil die Offenlegung politischer Aktivitäten vor Behörden für sie immer eine Gefährdung bedeutet. Für Frauen ist es unter diesen Bedingungen fast unmöglich, über Flucht vor sexueller Gewalt und Unterdrückung zu sprechen.

Die Flüchtlinge, die kein Deutsch sprechen, haben nicht einmal das Recht auf eineN qualifizierteN DolmetscherIn. Ein sogenannter Sprachvermittler, also z.B. ein anderer Flüchtling, der ein bißchen Deutsch radebrechen kann, tut's auch (§ 17). Auch der Rechtsbeistand, den Flüchtlinge dringend vor der Anhörung benötigen, ist durch die Sofortanhörung und Kasernierung quasi unmöglich gemacht.

Einschränkung der Rechtsmittel

Erfolgt die zu erwartende Ablehnung des Asylantrags, so ist die Ausreisefrist nur noch eine Woche. Innerhalb einer Woche müssen abgelehnte Flüchtlinge eineN RechtsanwältIn finden, die oder der zwei Klagen beim Verwaltungsgericht erhebt: Erstens Klage dagegen, daß die oder der Geflüchtete als "offensichtlich unbegründet" eingestuft wurde, und zweitens Klage dagegen, daß der Flüchtling abgeschoben wird (§36,72). Die RechtsanwältInnen müssen sich binnen einer Woche in die Akten einarbeiten, die sie nicht mehr in die Kanzlei geschickt bekommen, sondern nur noch persönlich bei Gericht einsehen dürfen, und zwar nur dann, "wenn ausgeschlossen werden kann, daß sich das Verfahren dadurch verzögert" (§80). Alle Beweise, die nach dieser einen Woche vorgelegt werden, werden nicht mehr berücksichtigt. (§72). Das bedeutet eine beispiellose Aushöhlung der in Art.19 GG abgesicherten Rechtsweggarantie. RechtsanwältInnen werden faktisch aus dem Verfahren ausgeschlossen. Sollte es trotz allem gelingen, Einspruch zu erheben, so bleibt nach erneuter Ablehnung kein Rechtsmittel mehr, und es droht die sofortige Abschiebung.

Es wird den Behörden nicht schwerfallen, mit diesem Instrumentarium in fast beliebiger Zahl "offensichtlich unbegründete Fälle" zu produzieren - Fälle von "Asylmißbrauch". Eine Voraussetzung muß dabei aber erfüllt sein: Der Staat muß den fast unbeschränkten Zugriff auf die Flüchtlinge haben, möglichst rund um die Uhr. Dafür gibt es Lager!

"Konzentration der Flüchtlinge in Lagern"

Das Gesetz schreibt vor, daß alle Flüchtlinge ins Lager müssen. Sie erhalten keine Geld- sondern nur Sachleistungen, sind kaserniert, von der Bevölkerung völlig isoliert, unterliegen einem Arbeitsverbot. Trotz ihrer unerträglich schlechten Situation sind sie damit verstärkt dem Vorwurf des Absahnens und der Faulheit ausgesetzt und Zielpunkt von rassistischen Angriffen.

Die neuen Lager besitzen jedoch gegenüber früheren Sammellagern deutliche Tendenzen in Richtung Internierung der Flüchtlinge: So werden ausnahmslos alle Flüchtlinge über 14 Jahren erkennungsdienstlich behandelt (§16). Die Flüchtlinge sind verpflichtet, für die Behörden "erreichbar zu sein" (§47). Die Lagerleitung kann den Flüchtling festnehmen und auf richterliche Anordnung in Haft nehmen, wenn sie annimmt, daß die Abschiebung sonst "wesentlich erschwert und gefährdet würde" (§57). Die "richterliche Anordnung" kann auch gleich im Lager erlassen werden, weil das Gesetz die Einrichtung von Lagergerichten ermöglicht (§81).

Der "Reutlinger Generalanzeiger" zitiert dazu aus einem Kundgebungsbeitrag der Aktionstage auf dem Marktplatz: "Um die Greuel des Nationalsozialismus nicht zu verharmlosen, wollen die etwa 20 Tübinger und Reutlinger Gruppen keine Parallelen zwischen damals und heute ziehen; das könne man getrost den Politikern überlassen, die ja von einer ‚Konzentration der Flüchtlinge in Lagern` sprächen." (2)

Lager - alles unter einem Dach

Im Lager sind alle für die Abwicklung des Asylverfahrens notwendigen staatlichen Instanzen unter einem Dach. Bundesamtsentscheider und Verwaltungsrichter werden so zu Kollegen. Die Unabhängigkeit der Rechtsprechung ist nicht einmal durch räumliche Trennung pro forma vorhanden. Auch die Abschiebepolizei ist im Lager untergebracht. Die Bevölkerung, Nachbarn, UnterstützerInnen-Gruppen und RechtsanwältInnen bleiben draußen. Jeder Widerstand von Flüchtlingen gegen ihre Abschiebung wird im Keim erstickt.

Das neue Asylverfahrensgesetz bedeutet einen einzigartigen Einbruch in die Substanz des Rechtsstaates, es bereitet die völlige Beseitigung des Asylrechts vor. Die Abschottungspolitik, die die Bundesregierung im Schengener Abkommen für ganz Europa mit entwickelt hat, soll dann endlich auch in der BRD zur vollen Geltung kommen.

Widerstand

gegen die Abschiebelager

Gegen diese menschenverachtende Politik hat sich in Reutlingen/Tübingen ein erfreulich breiter Widerstand organisiert.

Go-in beim Gemeinderat

Bei einem go-in haben Mitglieder des Bündnisses vom Reutlinger Gemeinderat gefordert, die Zusage für die Einrichtung des Lagers zurückzunehmen und die baulichen Maßnahmen sofort zu stoppen. Reutlingen macht

sein gutes Geschäft mit dem Lager, denn die Stadt kassiert Miete vom Land für die Unterbringung in den Kasernen. Gleichzeitig werden die BewohnerInnen des Lagers zu 100% auf die verordnete Aufnahmequote angerechnet, Reutlingen wird also keine anderen Flüchtlinge unterzubringen haben.

Schreibtischtäter

im Regierungspräsidium

Eine Woche vor den Marktplatzaktionen besuchten Mitglieder des Bündnisses das Regierungspräsidium, das in der Nachbarstadt Tübingen residiert, und forderten den Amtsleiter des Referats 18, zuständig für das Lager, auf, zur Diskussion herauszukommen. Ein Transparent mit der Aufschrift "Abschiebelager in RT (Reutlingen) - Schreibtischtäter im RP (Regierungspräsidium)", flog mittels Gasluftballons vor die Fenster des Referats 18. Die Angestellten wurden in Flugblättern aufgefordert, im Lager und in der Verwaltung den Dienst zu verweigern.

BeLAGERn auf dem Marktplatz

Am 17.6.1992 wurde auf dem Reutlinger Marktplatz ein großes Lager aufgebaut. Zelte und Bauzäune veranschaulichten den Lagercharakter, Ausstellungen, politisches Straßentheater, Aktionskunst, Lieder des Ernst-Bloch-Chores mit seinem Programm "eigentümlich fremd - unser rassistischer Alltag", Infostände, Büchertische, Flugblätter boten vielfältige Informationen. Nach dem internationalen Kinderfest mit Theater und Musik wurde der Marktplatz besetzt gehalten und das Rathaus belagert. Am Abend fand unter freiem Himmel eine Informationsveranstaltung zum Thema "In Gesetze gegossener Rassismus - Asylverfahrensgesetz und Abschiebelager" statt. Nach Einbruch der Dunkelheit zeigte eine Dia-Show die Kontinuitäten kolonialistischer Politik und Gewalt von 1492 bis 1992, von den Massakern bei der Eroberung Lateinamerikas und anderer Trikontländer bis hin zur Jahrhunderte andauernden Ausbeutung und ökonomischen und ökologischen Zerstörung dieser einst reichen Länder, zeigte Lebensumstände und Fluchtgründe der Menschen und Widerstand dort und hier.

Die BelagerInnen verbrachten die Nacht auf dem Marktplatz, unbehelligt von Polizei oder Neonazis, und setzten am nächsten Tag ihre Aktionen fort mit einer Matinee mit Musik, einem antirassistischen Forum mit der Stuttgarter Stadträtin Shahla Blum, workshops, Straßentheater, der Wandmalerei von chilenischen und peruanischen Flüchtlingen zu "500 Jahre Conquista und Widerstand". Eine Kundgebung beendete am späten Nachmittag die Belagerung.

Offene Grenzen

Alle diese Aktionen verhindern die Einrichtung der Abschiebelager nicht. Es ist jedoch gelungen, die am Stadtrand so leicht aus dem Bewußtsein der BürgerInnen verdrängten Lager ins Stadtzentrum zu holen. Wir konnten den Marktplatz, der in Reutlingen lange Zeit Treffpunkt neonazistischer Gruppen war, mit unserer Präsenz und unseren Inhalten besetzen. Das erfreuliche Interesse der Bevölkerung an den Aktionen und den Flugblättern gibt uns die Hoffnung, durch Informations- und Aufklärungsarbeit der AusländerInnenfeindlichkeit und Asylhetze begegnen zu können und unsere Forderungen in der Bevölkerung breiter bekannt zu machen.

Diese Forderungen stellte auch die landesweite Demonstration in Karlsruhe, an der am 20. Juni 600 Menschen teilnahmen und die von einem Bündnis von über 30 antirassistischen, antifaschistischen, internationalistischen, kirchlichen und FlüchtlingsunterstützerInnengruppen getragen wurde.

* Gegen Internierungs- und Abschiebelager!

* Für die Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention!

* Asylrecht für alle, die aus religiösen, ethnischen, rassistischen, sexuellen und politischen Gründen verfolgt werden oder aus Not und Elend, Krieg und Bürgerkrieg fliehen!

* Gegen Entrechtung und Abschiebung - Bleiberecht für alle!

* Grenzen auf für alle, die fliehen müssen!

gaf., Tübingen

Anmerkungen:

1) vgl. dazu: ak 339: Asylverfahrensgesetz - Kampfgesetz gegen Flüchtlinge

ak 339: Schnelle Abschiebung. Sechs-Wochen-Frist in Baden-Württemberg

ak 340: Asyl in Verbannung

2) GEA, 19.6.1992

9. Rassistische Überfälle der Polizei auf Flüchtlingsunterkünfte bei Dresden

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:46

In der Nacht vom 11. auf den 12. Juni 1992, gegen 3.30 Uhr, stürmten 90 Polizeibeamte in Kampfanzügen, maskiert, mit gezückter Waffe, im Zusammenhang mit einer Razzia gegen insgesamt drei Flüchtlingsheime (Vogelmühle/Kreis Flöha, Frankenberg), das Wohnheim in Gränitz (Nähe Freiberg/Sachsen).

Besonders in Gränitz gingen die PolizistInnen mit großer Brutalität gegen die Flüchtlinge vor. Durch die kirchliche Gruppe "Cabana" und Jost Hess (langjähriger Mitarbeiter von "terre des hommes") wurde folgendes bekannt: PolizistInnen mit heruntergeklapptem Helmvisier und Hunden umstellten das Wohnheim, in dem 50 Flüchtlinge leben, und stürmten mit Rufen wie "Scheißasylanten", "Raus hier" das Haus. Die BewohnerInnen dachten sofort an einen Überfall von Neonazis und versuchten, die Türen zuzuhalten. Zum Teil wurden diese dann eingeschlagen, mit Schlagstöcken wurden Menschen verprügelt, ein Kurde zusammengeschlagen und "erheblich verletzt". Jost Hess berichtete, Frauen seien von ihren Kindern weggerissen und - "egal wie bekleidet" - ins Erdgeschoß des Hauses gebracht worden. Ein Kind, das seine Mutter umarmen wollte, wurde von einer Polizistin zu Boden geworfen. "Die Männer hätten sich mit gespreizten Beinen an der Wand aufstellen müssen, wobei sich die Beamten einen Spaß daraus gemacht hätten, ihnen mit den schweren Einsatzstiefeln auf die Zehen zu treten." (FR, 12.6.) Teilweise wurde die Einrichtung verwüstet.

Der Kreis-Gesundheitsdezernent Köhler bestätigte auf Grund eines amtsärztlichen Gutachtens, daß Blutergüsse und Verletzungen festgestellt wurden, "die durchaus auf bestimmte Vorgehensweisen der Polizei zurückzuführen sein könnten." (ND, 13.6.)

Der obligatorische "Verdacht auf massiv begangene Straftaten", der diese gewalttätigen, rassistischen Überfälle rechtfertigen sollte, bestätigte sich nicht. "Kein Diebesgut wurde gefunden."

Kriminaldirektor Hans Schmid, Leiter der Polizeidirektion Freiberg, hatte die Razzien angeordnet und ließ die Abläufe auf Video festhalten. Ein "erfahrener Polizeirat" habe den Einsatz geleitet; es sei "zu einer Widerstandshandlung gekommen, die durch die eingesetzten Kräfte gebrochen werden mußte." (FR, 12.6.)

Sachsens Innenminister, Heinz Eggert (CDU), schaltete sich mit einer Woche Verspätung öffentlich ein. Er legte einen vorläufigen Bericht über die Ereignisse vor, in dem klargestellt wird, daß die zeitgleichen Razzien notwendig geworden seien, "nachdem sich in der Gegend Straftaten gehäuft hatten." (TAZ, 19.6.) Wie auch sein Untergebener, Kriminaldirektor Hans Schmid, blieb er den Nachweis schuldig. "Oberster Grundsatz" der Einsätze sei "die Eigensicherung" der PolizistInnen gewesen. Und außerdem sei das Ganze "äußerst exakt" verlaufen, wie die Auswertung der Videoaufzeichnungen der Polizei belegten und die Vorwürfe seien unberechtigt. Der "ungeheuerlichen Anschuldigung" (Eggert) - Frauen wurden nur mit Unterwäsche bekleidet zusammengetrieben, mit entblößtem Oberkörper - begegnete der Innenminister mit der Verhaftung einer Frau, "die als Wortführerin auftrat." (TAZ, 19.6.)

Die Proteste von kirchlichen MitarbeiterInnen und des Mitarbeiters von "terre des hommes", die von den Medien kaum aufgegriffen wurden, haben dazu geführt, dieses brutale Einsatzkonzept der Polizei öffentlich zu machen. "Es wird mit Sicherheit nicht die letzte Aktion gewesen sein", kündigte der verantwortliche Kriminaldirektor in Freiberg schon an und sein oberster Dienstherr, Innenminister Eggert, stellte der Öffentlichkeit seine Initiative in der Innenministerkonferenz vor, "die Anträge kriminell gewordener BewerberInnen beschleunigt zu bearbeiten, um diese abschieben zu können."(TAZ, 19.6.)

ZF, Gruppe K

Quellen:

FR, 12.6.1992; ND, 13.6.1992; TAZ, 19.6.1992

10. Zwischen Frakasso und ökologischem Woodstock (Umweltkonferenz in Rio)

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Brasilien · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:29

Der ungedeckte Scheck

Die meist umstrittenste Frage, was nämlich die Säuberung der Erde kosten und wer sie bezahlen soll, endete in einer unverbindlichen Formulierung: die Teilnehmerländer der Rio-Konferenz wollen "so schnell wie möglich" 0,7% ihres Bruttosozialproduktes in einen internationalen Umweltfond einzahlen. Das Weltbruttosozialprodukt wird z. Zt. auf 15 Billionen US Dollar geschätzt, 20% davon entfallen allein auf die USA. Sollten die reichen Industrieländer Wort halten, müßten sie an den Umweltfond zukünftig 100 Mrd. US-Dollar überweisen, das 50-fache des jetzigen UN-Haushaltes. Allein Brasilien stände mit 3,5 Mrd. US-Dollar in der Schuld, was exakt der Betrag ist, den die brasilianische Regierung 1991 an Zinsen für ihre Auslandsschulden zu zahlen hatte.

Aber die Zahlungsmoral der ehrenwerten Gesellschaft läßt zu wünschen übrig: für das laufende Jahr des UN-Haushaltes hat die USA - immerhin noch für 25% des Haushaltsvolumen zuständig - noch keinen Pfennig seines 555.026.876,- US-Dollar hohen Beitrages gezahlt, Japan schaffte 16% seines Beitrages auf den Tisch zu legen. Im gesamten Zeitraum zwischen 10/91 und 4/92 wurden bei einem errechneten Haushalt von US-Dollar 1,8 Billionen an die UNO mit 988 Millionen gerade die Hälfte der Beiträge überweisen.

b., Rio/Recife

(Zahlen nach Jornal do Brasil v.14.06.92)

Ökosplitter

Reaktion eines deutschen Mitgliedes der Regierungsdelegation aus dem Bereich der Nichtregierungsorganisationen (NGO) auf das Angebot zu einem Erfahrungsaustausch mit brasilianischen Umweltgruppen: "Bloß das nicht, das Ganze ist hier sowieso so brasilienlastig. Für uns ist das Wichtigste hier das Gespräch mit unseren Politikern innerhalb der Delegation."

Ein indischer Dolmetscher bei dem Versuch, mit Mitgliedern vom Stamme der Javae ein freundliches Wort zu wechseln: "Die Botschafterin hier ist aus Indien, von wo euer Name ‚Indianer` herkommt." Die Antwort des Javae: "Wir wissen, daß dieser Name, den der Weiße uns gab, ein geografischer Irrtum ist, aber das macht nichts, wir alle sind Kinder des Schöpfers und damit Brüder." (10.6. Journal do Brasil)

Der Gouverneur von Amazonas, Gilberto Mestrinho (PMDB), der durch Aussagen wie: "Greenpeace sind für mich Ökofaschisten" von sich reden machte, überraschte während der Konferenz in Rio die ausländischen Journalisten mit der Behauptung, daß es weder Abholzungen noch Brandrodungen in Amazonas gäbe. "Brände in Amazonas gibt es nur im Juni aufgrund der Sao Joao Feste." (Hierbei werden ähnlich den Osterfeuern große Holzstöße abgebrannt.) Dies ungeirrt der Tatsache, daß offizielle brasilianische Untersuchungsergebnisse nachweisen, daß im vergangenen Jahr 1,4% des Kohlendioxids der Atmosphäre aus Bränden in Amazonas resultierte.

Ronald Biggs, legendärer Posträuber der 60er Jahre und Wahlbrasilianer in Rio, seit er den Fängen Interpols dank der Zeugung eines brasilianischen Kindes entkommen konnte, durfte für die Dauer des Erdgipfels seinen verblaßten Stern täglich eine Stunde im Morgenradio strahlen lassen: Er gab Touristen Tips, wie sie sich vor Überfallen schützen können.

Kommentar eines Mitgliedes der lateinamerikanischen Wirtschaftskommission: "Wie soll man etwas vorhersehen. Brasilien hat in sieben Jahren acht Wirtschaftspläne, vier Währungswechsel, 60 Preis- und Gehaltspolitiken erlebt. Die längste Frist in diesem Land ist der nächste Tag."

Auf dem Erdgipfel der Superlative durfte auch ein historischer Diskussionsmarathon besonderer Art verzeichnet werden: vier Stunden brauchten die Delegierten bei der Diskussion des Kapitels über Technologietransfer von Nord nach Süd innerhalb der Agenda 21, um einen Konsens zu erzielen, ob ein strittiges Komma bleibt oder gestrichen wird.

Heimlich still und leise war auch die bundesdeutsche Antiterroreinheit GSG 9 in Rio mit dabei. Unter ihrer Führung ließen die Brasilianer in ihrer nationalen Polizeiakademie in Brasilia die Spezialagenten ausbilden, die die Sicherheit der ausländischen Staatschefs gewährleisten sollten. Deutsche Wertarbeit: weltweit gefragt. (Jornal do Comercio v. 8.6.92)

Ökosplitter

Reaktion eines deutschen Mitgliedes der Regierungsdelegation aus dem Bereich der Nichtregierungsorganisationen (NGO) auf das Angebot zu einem Erfahrungsaustausch mit brasilianischen Umweltgruppen: "Bloß das nicht, das Ganze ist hier sowieso so brasilienlastig. Für uns ist das Wichtigste hier das Gespräch mit unseren Politikern innerhalb der Delegation."

Ein indischer Dolmetscher bei dem Versuch, mit Mitgliedern vom Stamme der Javae ein freundliches Wort zu wechseln: "Die Botschafterin hier ist aus Indien, von wo euer Name ‚Indianer` herkommt." Die Antwort des Javae: "Wir wissen, daß dieser Name, den der Weiße uns gab, ein geografischer Irrtum ist, aber das macht nichts, wir alle sind Kinder des Schöpfers und damit Brüder." (10.6. Journal do Brasil)

Der Gouverneur von Amazonas, Gilberto Mestrinho (PMDB), der durch Aussagen wie: "Greenpeace sind für mich Ökofaschisten" von sich reden machte, überraschte während der Konferenz in Rio die ausländischen Journalisten mit der Behauptung, daß es weder Abholzungen noch Brandrodungen in Amazonas gäbe. "Brände in Amazonas gibt es nur im Juni aufgrund der Sao Joao Feste." (Hierbei werden ähnlich den Osterfeuern große Holzstöße abgebrannt.) Dies ungeirrt der Tatsache, daß offizielle brasilianische Untersuchungsergebnisse nachweisen, daß im vergangenen Jahr 1,4% des Kohlendioxids der Atmosphäre aus Bränden in Amazonas resultierte.

Ronald Biggs, legendärer Posträuber der 60er Jahre und Wahlbrasilianer in Rio, seit er den Fängen Interpols dank der Zeugung eines brasilianischen Kindes entkommen konnte, durfte für die Dauer des Erdgipfels seinen verblaßten Stern täglich eine Stunde im Morgenradio strahlen lassen: Er gab Touristen Tips, wie sie sich vor Überfallen schützen können.

Kommentar eines Mitgliedes der lateinamerikanischen Wirtschaftskommission: "Wie soll man etwas vorhersehen. Brasilien hat in sieben Jahren acht Wirtschaftspläne, vier Währungswechsel, 60 Preis- und Gehaltspolitiken erlebt. Die längste Frist in diesem Land ist der nächste Tag."

Auf dem Erdgipfel der Superlative durfte auch ein historischer Diskussionsmarathon besonderer Art verzeichnet werden: vier Stunden brauchten die Delegierten bei der Diskussion des Kapitels über Technologietransfer von Nord nach Süd innerhalb der Agenda 21, um einen Konsens zu erzielen, ob ein strittiges Komma bleibt oder gestrichen wird.

Heimlich still und leise war auch die bundesdeutsche Antiterroreinheit GSG 9 in Rio mit dabei. Unter ihrer Führung ließen die Brasilianer in ihrer nationalen Polizeiakademie in Brasilia die Spezialagenten ausbilden, die die Sicherheit der ausländischen Staatschefs gewährleisten sollten. Deutsche Wertarbeit: weltweit gefragt. (Jornal do Comercio v. 8.6.92)

Die Indianerfrage - außerhalb der offiziellen Tagesordnung

Wieder einmal mehr sind die Indianervölker die Verlierer. Just als sich die Regierungschefs aus allen Winkeln der Erde am gemeinsamen Tisch in Rio versammelten, um die ökologischen Probleme des Planeten zu diskutieren und nach Alternativen für den Schutz der Natur sowie nach Möglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung zu suchen, war es den Indianervölkern nicht zugestanden, ihre Forderungen, Meinungen und Erfahrungen im Rahmen der offiziellen Konferenz darzulegen. Sie trafen sich gesondert vom 25.-30. Mai im eigens hergerichteten Aldeia "Kari-Oca" und vom 31.5.-12.6. im NGO-dominierten "Forum Global" der Parallelkonferenz. Rund 200 Indianerführer aus der ganzen Welt waren zusammengekommen und diskutierten in 180 verschiedenen Sprachen ihre Kritik am weißen Zivilisationsmodell. Die zentralen Forderungen, die in der "Erdcharta der Indianervölker" zusammengefaßt wurden, drehten sich um die Absicherung der Reservate, Bereitstellung neuer Gebiete sowie die Beteiligung der Indianer an politischen Entscheidungen und die Anerkennung ihrer Rolle als Naturschützer.

Fünf Minuten

für die Indianer

"Der weiße Mann muß das Volk der Indianer hören, wir wollen an der Errichtung einer neuen Welt mitwirken," forderte der brasilianische Repräsentant im Weltrat der Indianervölker, Marcos Terena, angesichts der fünf Minuten Redezeit, die die UNO den Indianern im Plenum eingeräumt hatte. "Als die Rechnung gemacht war, gestand der weiße Mann den Indianern fünf Minuten zu, um mehr als 262 Millionen Minuten Geschichte zu resumieren, die 500 Jahre Leid beinhaltet haben für die Indianer, seit dem sich die Europäer aus das Meer begaben und entdeckten, daß die Welt nicht vor ihrer Haustür aufhörte." Als Repräsentant der 92 Indianerstämme aus fünf Kontinenten, die sich im Kari-Oca getroffen hatten, überreichte er die Ergebnisse ihrer Diskussion den Repräsentanten der UNO.

Die brasilianische Regierung hatte sich beeilt, pünktlich zum "Erdgipfel" den Caiapó-Indianern ein Gebiet in der Größe Spaniens und Portugals als Reservat zuzuweisen, das größte den Indianern in Brasilien bislang zugestandene Territorium. Aber diese publikumswirksame Aktion verschwieg, daß bis heute über 50% der Gebiete, die die Indianer seit Urgedenken in ihrem Besitz hatten, nicht gesichert sind. Und daß die Probleme so einfach auch nicht zu lösen sind, erläutert ein Teilnehmer der Konferenz: "Auch wenn wir das Recht auf Reservate gewinnen, so bedeutet das nicht, daß wir als Indianerstämme von den Regierungen und Autoritäten des Landes anerkannt und respektiert werden. Unsere Ländereien werden weiterhin von den Weißen überrollt, Fazendeiros und Goldsucher weigern sich, unsere Gebiete zu räumen und ihre Maschinen abzuziehen."

Zur Überraschung der brasilianischen Medien beschlossen nun die in Rio versammelten Indianervölker für 1993 eine neue Offensive anläßlich des von der UNO deklarierten "Internationalen Jahr der Indianervölker".

Sie fordern einen freien Zugang zu den staatlichen Universitäten ohne Eingangsprüfung, die Schaffung eines Indianerstaates und die Übernahme der Verwaltung der FUNAI, der brasilianischen staatlichen Indianerschutzorganisation. "Wir sind es leid, bevormundet zu werden", erklärt Marcos Terena und erläutert, daß sie sich um eine Verfassungsreform bemühen werden, um einen neuen brasilianischen Bundesstaat zu schaffen, der aus der (symbolischen) Einheit der ursprünglichen Territorien bestehen soll, mit einem Gouverneur, der aus der Wahl der 180 heute noch in Brasilien lebenden Stämme hervorgehen soll. "Der Indianer muß wieder der Beherrscher seines eigenen Landes werden." (Marcos Terena)

Der "Fall Paiakan" -

die Hand des weißen Mannes beim Schutz der Indianer

Die in Rio stattgefundenen Diskussion - ungeachtet aller politischen Differenzen untereinander - hat für die Sache der Indianer nicht nur Erfolge gebracht, sondern auch einen schweren Rückschlag erlitten. Mitten in die Konferenz platzte die Wochenzeitung "Veja" mit der Titelstory "Der Wilde". Es ging um die Vergewaltigung und Folterung einer 18-jährigen weißen Frau. Die Tat soll von einem Indianerpaar begangen worden sein. Der Täter war mit seiner Frau direkt nach der Tat in den Aldeia seines Stammes geflohen und hält sich seitdem dort verborgen.

Was diesen Fall aber für die brasilianischen und auch internationalen Medien so interessant machte, war nicht so sehr die traurige Tatsache einer Vergewaltigung und auch nicht die schmerzliche Feststellung, daß die Sache der Indianer einen schweren Rückschlag inmitten der weltweiten Diskussion um ihre Rechte erlitt.

Es war im Grunde auch noch nicht einmal bedeutend, daß die Tat von einem Indianer an einer Weißen begangen wurde. Was Aufsehen erregte war die Person des Beschuldigten. Paulinho Paiakán war ein bekannter Indianer-Repräsentant, der sich auf internationalem Parkett bewegte und 1989 den UN-Preis Global 500 verliehen bekam für seinen Kampf um die Rechte der Yanomani. Der Besitz diverser Scheckkarten, zweier Jahreswagen, eines Privatflugzeuges und einer Parabolantenne machte ihn für die einen suspekt, die anderen standen politisch im Widerspruch zu seiner Rolle, den Verkauf der natürlichen Ressourcen wie Holz und Gold im Gebiet der Caiapós zu managen. Er fakturierte über seinen Heilpflanzenhandel in London direkt in Dollar und hatte durch seine Aktivitäten nicht nur seinem Stamm Reichtum, sondern vor allem auch den Weißen in seiner Umgebung Arbeit und Auskommen besorgt. Für einige Gruppen, wie Friends of the Earth, waren dies Gründe, die Zusammenarbeit mit Paulinho Paiakán vor einiger Zeit einzustellen.

Was die öffentliche Diskussion um den Fall weit über Brasiliens Grenzen hinaus so bedauerlich macht, ist die Tatsache, daß der isolierte Gewaltakt eines Indianers und seiner Frau dafür herhalten muß, entweder

sämtliche Klischees des "guten" und des "bösen Wilden" aufzuwärmen oder aber sinnlose Aufrechnungen zu betreiben, wieviele Gewalttaten bis hin zur Ausrottung ganzer Stämme die Indianer in 500 Jahren Geschichte über sich ergehen lassen mußten oder welche Greueltaten in den letzten Jahren von Indianern an Weißen begangen wurden.

Von dieser Art der Stigmatisierung ist leider die Umweltbewegung auch nicht frei, die nur zu gerne in den Indianervölkern den "guten Wilden" sucht, ohne zu sehen, daß diese Betrachtungsweise von Weißen auch gerne benutzt wird, um anschließend jedwede tugendhafte Eigenschaft des Indianers zu leugnen.

Die Frage, wie so oft, lautet ganz einfach: Wem nützt die gegenwärtige Diskussion? Dem Opfer sicherlich nicht, es dürfte daran interessiert sein, daß eine individuell begangenen Tat nach den bestehenden Gesetzen be- und verurteilt wird.

Schützenhilfe leistet diese Debatte allenfalls denen, die ein politisches Interesse daran haben, die Konflikte zwischen Weißen und Indianern anzuheizen und die Unverträglichkeit des Zusammenlebens beider Kulturen nachzuweisen. Für sie vollzieht sich z.Zt. ein lebendiger Beweis ihrer Urteile, wenn die Zeitungen die Mitglieder des Caiapó-Stammes in Kriegsbemalung zeigen, ihre Wohngebiete innerhalb der Reservate für Weiße gesperrt wurden und im Jornal do Brasil vom 17.6.92 zu lesen war, daß die ersten Tausend weißen Arbeiter in den Gebieten der Caiapós festgehalten würden. Es mag vielleicht zum Bild passen, daß die Caiapós in ihrem Gebiet diejenigen sind, die den Weißen Arbeit geben und nun von der zivilen Gesellschaft hier in Brasilien wieder auf das zurecht gestutzt werden sollen, was sie sehen will: die Wilden.

Wie sagte doch Marcos Terena: "Die Kultur von Euch funktioniert irgendwie nicht gut."

b., Rio/Recife

Zwischen Frakasso und ökologischem Woodstock

Die einen hatten es befürchtet, die anderen sowieso nie anders erwartet: Die UN-Konferenz "Umwelt und Entwicklung" - der Erdgipfel von Rio de Janeiro - hat außer einer Anhäufungen von Superlativen und viel Prominenz nichts Verbindliches gebracht, was der Zukunft des Planeten und seinen Bewohnern dienen könnte. Zwar hatten sich erstmals in der Geschichte der Menschheit über 100 Staatschefs aus aller Welt an einen Tisch gesetzt, aber es blieb beim Diskurs über die schönen Absichten in Sachen ökologischer Erneuerung.

Die abgeschlossenen Verträge zur Artenvielfalt, zum Klimaschutz und die Agenda 21 als Herzstück des ökologischen Reinemachens auf dem Planeten, blieb weit hinter den Erfordernissen zurück. Den Schlüssel zur Kasse der internatioalen Gelder behielten die Industrieländer auch weiterhin in der Hand. Die nationalen, vor allem wirtschaftlichen Interessen der reichen Nationen ließen im Rahmen der UNO keine größeren Zugeständnisse an die Forderungen der Entwicklungsländer zu. Die Weltordnung wurde einmal mehr zugunsten des Nordens gerettet.

Die USA - eindeutig der Buhmann der Konferenz - zeigte sich sichtlich zufrieden mit dieser Rolle. Bush nutzte seinen Auftritt im UN-Plenum, um sich mit seiner Rede direkt an die heimische Bevölkerung zu wenden: "Es geht nicht an, daß die USA für andere die Rechnung bezahlen soll."

Wer erwartet hatte, daß der Weltgipfel den Reifegrad einer Zivilisation ausdrückt, die sich bewußt ihrer Verantwortung für den schonenden Umgang mit den natürlichen und menschlichen Ressourcen stellt, wurde enttäuscht.

Was bleibt ist zumindest die Tatsache, daß, heute, 20 Jahre nach der ersten Umweltkonferenz in Stockholm heute die Existenz und die Sorge um seine Zukunft Eingang in die,ökologische Diskussion gefunden hat. Natur ist nicht mehr der "Wert an sich" man spricht von "Umwelt und Entwicklung", was den Menschen als handelndes Subjekt in der Umwelt anerkennt. Und anzumerken ist auch, daß die pointierte Kritik eines Veteranen wie Fidel Castro am Entwicklungsmodell der Industrieländer zur meistapplaudiertesten Rede gezählt wurde.

Ökologisches Woodstock

Während auf der nördlichen Erdhälfte in Europa von den Nichtregierungsorganisationen laute Kritik an den Ergebnissen zu vernehmen ist und die Konferenz rundweg verdammt wird, stellt sich erstaunlicherweise für Umweltgruppen und soziale Bewegungen in der Dritten Welt der gleiche Prozeß als Erfolg dar. Wie dieser Unterschied? Nehmen wir Brasilien als Beispiel.

Für die brasilianischen NGOs war der Beschluß der UNO, eine Konferenz "Umwelt und Entwicklung" in Rio durchzuführen, der Startschuß, sich in der Rolle einer Bürgerrechtsbewegung (sociedade civil) ein Forum zu schaffen, in dem eigene Positionen zu den Themen der Konferenz erarbeitet werden sollten. Diese Initiative mündete schließlich auch in dem Projekt der parallel zum UN-Treffen stattfindenden NGO-Konferenz, dem "Forum Global". Vom Mai 1990 bis April 1992 fanden acht nationale Treffen statt, in denen sich ein weit geöffnetes Spektrum, das von Umweltgruppen, sozialen Bewegungen (Frauen, Indianer, Schwarze) über Gewerkschaften, Gummizapfer bis hin zu Stadtteilkomitees und kulturellen und religiösen Gruppen reichte, zusammenfand.

Gemeinsam unterzogen sie sich der schwierigen und langwierigen Aufgabe, ein gemeinsames inhaltliches Dokument zu erarbeiten, das nicht nur die Umweltsituation des Landes analysierte und das gegenwärtige Entwicklungsmodell einer Kritik unterzog, sondern auch Alternativen und Lösungen aufzeigte. Das im April verabschiedete Dokument "Umwelt und Entwicklung: Eine Vision der NGOs und der sozialen Bewegungen" ist nun Ausdruck dieses nationalen Diskussionsprozesses von immerhin 1.500 beteiligten Gruppen, der trotz zahlreicher interner Streitigkeiten, die aufgrund der Heterogenität der Gruppen gar nicht zu vermeiden waren, zu einem konstruktiven Ergebnis geführt hatte. Die anfänglichen Schwierigkeiten zwischen Umweltgruppen und sozialen Bewegungen haben sich zugunsten eines produktiven Diskussionsprozesses aufgelöst und zu einem neuen sozialen Bündnis geführt, das die wichtigen Gewerkschaftsgruppen Brasiliens einschließt. Bemerkenswert - und für bundesdeutsche NGOs sicher besonders interessant - war an dem Diskussionsprozeß des brasilianischen Forums, daß in ihrem Bericht auch Aussagen über die Industrie und die Probleme der Städte enthalten sind. Es wurde großen Wert darauf gelegt, die sozialen und ökologischen Fragestellungen zu Verknüpfen und so auch die Vielfältigkeit der am Forum Beteiligten auszudrücken.

Dieser Ansatz hat sich schließlich als wichtiger Mechanismus erwiesen, die Organisationen der Bürgerrechtsbewegung zu stärken und ihre Arbeit zu öffnen für einen Kampf im weitesten Sinne für die Verbesserung der Lebensbedingungen, wobei die Einbindung der Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielte.

Auf dem internationalen Vorbereitungstreffen der NGOs in Paris im letzten Herbst kamen mehr als 800 Gruppen aus aller Welt zusammen, um Erfahrungen auszutauschen und über den Aufbau eines internationalen Informations- und Kommunikationsnetzes zu diskutieren. Nur 20% der Anwesenden kamen aus der Ersten Welt.

Dabei gab es Stoff genug für eine Zusammenarbeit zwischen nichtsstaatlichen Gruppen aus Ersten und Dritten Welt: Die brasilianische Umweltgruppe ASPAN sorgte in Paris für internationales Aufsehen mit ihrer Enthüllung über die Pläne zum Bau einer Giftmüllverbrennungsanlage im Nordosten Brasiliens. Lieferant des Giftmülls: die Ersten Welt!

In Rio wurde hierzu im Rahmen des Forum Global die Möglichkeit für Gruppen wie ASPAN geboten, fachliche Arbeitsgespräche zu führen und konkrete Aktions- und Kooperationsabkommen mit NGOs, anderer betroffener Länder zu schließen.

Auch ein anderes Beispiel mag verdeutlichen, wie das für manche nur bunte Spektakel der Ökotouristen auch als Forum genutzt wurde, kritische Stimmen der Welt zu Wort kommen zu lassen, um ihre Kritik an den ungleichen Beziehungen zwischen Nord und Süd zum Ausdruck zu bringen. Die in Rio von Journalisten aus aller Welt umlagerte Kenianerin Wangari Mathari wurde einstimmig von den NGOs des Forum Global auserwählt, um als Sprachrohr aller auf dem Plenum der UN-Konferenz die Position der NGOs zu vertreten. Man war der Meinung, daß niemand besser als sie in der Lage sei, zum Ausdruck zu bringen, daß die ökologische Bewegung der 3. Welt gewillt ist, aus ihrem Schattendasein herauszutreten und an den Entscheidungen mitzuwirken.

Wangari Mathari, Präsidentin des Greenbelt Movement, hat durch ihr ökologisches Engagement auf kommunaler wie auf internationaler Ebene von sich Reden gemacht und wurde am Vorabend der letzten Vorbereitungskonferenz der UNO in New York von den kenianischen Autoritäten verhaftet und gefoltert. Sie

kam frei und trug ihre Mitteilungen in Rio vor ein internationales Publikum: Die ungleichen Beziehungen zwischen Nord und Süd wiederholen sich in den internen Beziehungen der Dritte-Weltländer und keine der beiden Situationen kann isoliert von der anderen gelöst werden.

500 Jahre Kolumbus

Während in der Bundesrepublik die Szene den Blick zurück auf 500 Jahre Kolonialismus senkte, diskutierte die Bürgerrechtsbewegung in Brasilien ihre Umwelt- und Lebensbedingungen als Ergebnis von 500 Jahren Unterdrückung und Fremdbestimmtheit, um aus dieser Analyse ein politisches Programm für die Zukunft zu formulieren.

Dieser Aspekt der Umweltkonferenz in Rio und ihre Auswirkungen auf die Stärkung von sozialen und Umweltbewegungen scheint in den deutschen 3. Welt- und Umweltgruppen gar nicht so klar geworden zu sein.

Es ist auch interessant, daß es ein Verdienst der brasilianischen Gruppen ist, daß neben der Klimafrage, die eher die deutsche Umweltbewegung beschäftigt, die Bedrohung der Artenvielfalt durch Patentierungsbestrebungen großer Multis der Pharma- und Agroindustrie in das Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit gerückt zu haben.

Dies hat auch die Notwendigkeit vergrößert, daß sich im nichtstaatlichen Bereich durch eine engere internationale Vernetzung und Kommunikation neue Kooperationsformen zwischen NGOs der 1. und der 3. Welt herausbilden, die allerdings voraussetzen über den nationalen Tellerrand der Politik hinwegzuschauen.

Mit der Umweltkonferenz in Rio haben die bundesdeutschen 3. Welt- und Umweltgruppen eine Chance verpaßt, sich in diese Debatte der NGOs einzuklinken. Die deutsche Regierungsdelegation wurde auch auf Seiten der Nichtregierungsorganisationen sichtbar von Hinterbänklern gebildet. Wie sagte doch so treffend ein Delegationsmitglied: "Mir ist das alles hier so brasilienlastig. Wir sehen unsere Aufgabe hier in erster Linie darin, auf die Politiker in unserer Delegation einzuwirken und das Gespräch mit ihnen zu suchen."

b., Rio/Recife

11. Schering sponsert Umweltmagazin. Rede von Ralf Strömer auf der Aktionärs- Hauptversammlung der Schering AG

Rede auf der Aktionärs-Hauptversammlung der Schering AG

Rubrik: Umweltpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:06

Ende Mai wurde bekannt, daß die Schering AG die Herausgeber des "öko-Test"-Magazins dabei unterstützt, in Deutschland die Zeitschrift des Washingtoner Worldwatch-Instituts erscheinen zu lassen. Diese Sponsortätigkeit des Pharmakonzerns erscheint vor dem Hintergrund der umwelt- und gesundheitsgefährdenden Praktiken Scherings zunächst als ein plumper Versuch sich ein ökologisches Image zu verschaffen.

Nicht nur Schering, sondern auch andere Chemie- und Pharmaunternehmen haben erkannt, daß es besser für sie ist, nicht Ziel öffentlichen Drucks zu werden. Sie kümmern sich deshalb um die Akzeptanz gegenüber ihren Produkten und Produktionsstätten. Nur so hoffen diese Konzerne es vermeiden zu können, sich wirklichen und wirkenden Umweltschutzmaßnahmen unterwerfen zu müssen. Mit der Verkündung von "Umweltleitlinien", der Herausgabe von "Umweltmagazinen" und der oberflächlich demokratischen Beteiligung der Öffentlichkeit durch Meinungsumfragen versuchte auch Schering in der Vergangenheit den Eindruck zu erwecken, der Konzern sei sich einer Verantwortung für ökologische Fragen bewußt. Giftmüllverbrennung in Bergkamen, Bodenverseuchung in Berlin und Wolfenbüttel, die Vermarktung umwelt- und gesundheitsgefährdender Produkte, verdeutlichen jedoch, daß es sich dabei lediglich um eine geschickte Öffentlichkeitsarbeit dieses Konzerns handelt, die im Interesse des Profits versucht, die wahren Ursachen von Umweltzerstörung zu verschleiern. Schon seit längerem werden für diese Akzeptanzschaffung sogar Psychologen eingesetzt, mindestens aber geschulte Fachleute, die den Bürgern den Eindruck geben sollen, ihre Interessen würden berücksichtigt.

In Bergkamen zum Beispiel geschieht die Akzeptanzschaffung für die neue in Planung befindliche Giftmüllverbrennungsanlage des Konzerns in enger Absprache mit der Genehmigungsbehörde, der Regierungspräsidentin in Arnsberg. So wurden aus Gründen der besseren Akzeptanz in der Öffentlichkeit einige Gutachten nicht, wie für Planfeststellungsverfahren üblich, von Schering in Auftrag gegeben, sondern von der Behörde. So sollte der Eindruck eines unabhängigen Verfahrens erweckt werden. An Inhalt, Zielsetzung und Beauftragten des Gutachtens änderte sich natürlich nichts. Behörde und Schering geht es lediglich darum, die Planung, das Genehmigungsverfahren und den Bau des neuen Giftofens recht schnell durchzusetzen, rechtssicher zu machen, wie es diese Fachleute nennen, das heißt, mögliche Einsprüche oder Klagen gegen die Giftmüllverbrennungsanlage von Anfang an als unzulässig darzustellen.

Das Sponsern dieses neuen Magazins läßt sich vordergründig in die lange Kette von Maßnahmen zur Akzeptanzschaffung für umweltbelastende Produkte und Anlagen einordnen.

Doch es geht um mehr: Ziel dieses und auch anderer Konzerne ist die Schaffung einer neuen Unternehmensethik - einer Ideologie, die die ökologische Frage nutzt, um den Zugriff auf neue Märkte zu ermöglichen und die diesen Zugriff zugleich moralisch rechtfertigt.

Das World-Watch-Institut, dessen Zeitschrift mit Hilfe von Schering Geldern ins Deutsche übersetzt wird, spielt eine wichtige Rolle bei den Bemühungen der Politik, der Ausbeutung und Unterwerfung der Menschen in der sogenannten "3. Welt" unter neuen, ökologischen Vorzeichen eine moralischideologische Rechtfertigung zu verschaffen. Es geht ihnen dabei um die Schaffung einer sogenannten ökologischen Weltordnung - wie es das World-Watch-Institut nennt - einer Weltordnung, ohne die die Erde den Ansprüchen der Menschheit nicht gerecht werden könne.

World-Watch zeichnet ein Bild, das der Welt den Untergang prophezeit, wodurch sie nur durch einschneidende Zwangsmaßnahmen der "Weltgemeinschaft" gerettet werden könne. Es gehe, so der Präsident von World-Watch, um die "Überlebensfrage der Menschheit". Dieses Bild, das von den wahren Verursachern der ökologischen Krise ablenkt, indem es behauptet, alle, die Verbraucher wie die Konzerne, der Norden wie der

Süden hätten gleichen Anteil an der ökologischen Krise, ist heute von besonderer Aktualität. Auf den sogenannten "Erdgipfel" in Rio, der gestern begonnen hat, werden die reichen kapitalistischen Industrieländer ihre Vorherrschaft gegenüber den armen Ländern der sogenannten "3. Welt" mit Hilfe von "Umwelt"verträgen ausdehnen. "Überbevölkerung" ist das Stichwort, bei dem die Verwicklung von Schering deutlich wird. Denn das, was in Rio geschieht und wofür World-Watch und andere den Weg ebnen, kann Schering nur recht sein. Und diesmal verschleiert es Schering noch nicht einmal. In der Anzeige des Konzerns in der ersten deutschsprachigen Ausgabe des World-Watch-Magazins schreibt die Pharma-Abteilung, daß sowohl die Herausgeber des "öko-Tests" wie die Schering AG von dieser ungewöhnlichen Partnerschaft etwas hätten. Schering habe ein "natürliches Interesse an Forschung und Informationen zu ökologischen Zusammenhängen und insbesondere zur Bevölkerungsentwicklung und Familienplanung" und leiste "konkrete Beiträge" für "aktive Familienplanung".

Was hier gesagt wird, ist reiner Zynismus. Wer, wie es die Schering AG hier schreibt und wie es der Herausgeber des neuen Magazins Lester R. Brown offen propagiert, einen Zusammenhang von Ökologie und "Bevölkerungsentwicklung" herstellt, gibt die Hauptschuld an Umweltzerstörung und Klimaveränderung nicht der Industrie in den kapitalistischen Staaten - nicht den Herren z.B. hier auf dem Podium - sondern der Bevölkerung in der sogenannten "3. Welt". Die "Überbevölkerung" sei Schuld an der sogenannten "ökologischen Katastrophe" ist die These, Bevölkerungskontrolle und Vernichtung ist die Konsequenz. Und Schering hat diese Lösung im Angebot. Als größter europäischer Hersteller von Kontrazeptiva und Beteiligter an Geburtenkontrollprogrammen in der "3. Welt" winkt dem Konzern das große Geschäft, wenn sich die durchsetzen, die den Armen und nicht etwa der Armut in der "3. Welt" den Kampf ansagen. Zwangsterilisationsmaßnahmen waren schon in der Vergangenheit keine Seltenheit, ihre Ausdehnung auf große Bevölkerungsgruppen (nämlich den Armen) der "3. Welt" ist seit langem geplant. Als Beispiel hat Ute Sprenger in ihrem Beitrag "Das große Geschäft mit den kleinen Hormonbomben" in unserem Buch (1) die Bergvölker in Thailand genannt, wo Schering unter Mißachtung der Lebensbedingungen der dort wohnhaften Frauen das Langzeitverhütungsmittel Norplant vermarktet - ein Implantat, das die Betroffenen über einen Zeitraum von fünf Jahren quasi sterilisiert.

Ralf Strömer, Schering-Aktions-Netzwerk (SchAN)-Vertreter

(1)SchAN/H. Mathews (Hg.): Schering - die Pille macht Macht. Berichte über die Geschäfte von Schering, Schmetterling-Verlag, Stuttgart 1992, 198 S., 22,80DM

12. Herrschaftsstrukturen werden gesichert. Thesen der Autonomen Ökologie-AG Wuppertal zur UN-Konferenz in Rio

Thesen der Autonomen Ökologie-AG zur UN-Konferenz in Rio

Rubrik: Umweltpolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:07

1. Die UN-Konferenz "Umwelt und Entwicklung" findet vor dem Hintergrund einer sich dramatisch zuspitzenden globalen ökologischen "Krise" statt. Die Ozonschicht verschwindet, die Erdatmosphäre heizt sich auf, der Tropenwald wird abgeholzt, die Wälder in den industrialisierten Erdregionen sterben großflächig ab, weltweit werden Gewässer und Böden nachhaltig vergiftet, Bodenerosion und Verwüstung schreiten voran, atomarer und chemischer Giftmüll - zum Teil über Jahrtausende toxisch wirksam - werden in unüberschaubaren Mengen angehäuft. Hochdotierte, streng rational ausgebildete, über ein hochtechnisiertes und weltweit installiertes Meß- und Kommunikationssystem verfügende NaturwissenschaftlerInnen verbreiten "Weltuntergangs"-Szenarien.

2. Die Zuspitzung der globalen ökologischen Situation ist den weltweit herrschenden politischen Kräften (G7-Staaten) - schon seit längerem - bekannt. Unbestritten ist die Feststellung, daß das herrschende "Wohlstands"-Modell der führenden industrialisierten Staaten mit seiner Produktions- und Konsumweise nicht auf die Regionen der sogenannten 3. Welt übertragbar ist, weil dies zum sofortigen globalen Öko-Kollaps führen muß. Die Möglichkeiten zur fortgesetzten Belastung der Umwelt sind im globalen Maßstab bei Strafe des Unterganges zum knappen Gut geworden. Wie um andere knappen Güter auch hat mit der Durchsetzung dieser Erkenntnis auch der globale Verteilungskampf um das Recht auf weitere Umweltbelastung begonnen. Die UN-Konferenz ist Ausdruck dieses Kampfes auf der Ebene der internationalen Diplomatie unter Führung der G7-Staaten. Die G7-Staaten werden auf dieser Konferenz versuchen, ein von ihnen in Grundstrukturen entwickeltes politisches, ökonomisches, technologisches und militärisches Konzept international sanktionieren zu lassen, d.h. in international verbindliche Verträge gießen zu lassen. Dieses Konzept verfolgt das Ziel, die globale Umwelt-"Krise" unter Beibehaltung der international und national etablierten Herrschaftsstrukturen für die G7-Staaten beherrschbar zu halten. Dieses Konzept muß als Öko-Imperialismus gekennzeichnet werden.

3. Einzelne Elemente öko-imperialistischer Politik sind:

- Auf der ideologischen Ebene: die Neuauflage der alten Wir-sitzen-alle-in-einem-Boot-Ideologie. Ansatzpunkt dieser Ideologie ist meist die Behauptung, wir - gemeint ist damit die Weltbevölkerung - wären alle gleich betroffen von der globalen Umweltkatastrophe. Fortgeführt wird dann, wir müßten darum alle zusammen an der Lösung dieses Problems arbeiten, um schließlich darauf zu kommen, daß nur die führenden Industriestaaten über die technologischen und ökonomischen Möglichkeiten verfügen würden, dieser Krise HERR zu werden. Damit schließt sich der Kreis, um rechtfertigen zu können, daß die ökologische Krise unter Beibehaltung der etablierten Herrschaftsstrukturen gelöst werden muß. Da ist dann auf einmal von Umweltpartnerschaft die Rede - von Partnerschaft also gerade mit den Ländern, die bis auf den heutigen Tag gnadenlos mörderisch ausgepreßt werden - ausgepreßt durch den politischen und ökonomischen Druck zur Rückzahlung angeblicher Schulden und durch den rücksichtslos gierigen Raubbau an den in der sogenannten 3. Welt vorhandenen Rohstoffen, zu ungerecht betrügerischen Weltmarktpreisen, die darüberhinaus alles andere als die "ökologische Wahrheit" sagen. Ebenfalls auf der ideologischen Ebene wird die Bevölkerungs"explosion" in der sogenannten 3. Welt als Ursache und ein Ansatzpunkt zur Lösung der ökologischen "Krise" ins Bewußtsein gebracht. Zu den unnütz Essenden kommen dann noch die ökologisch zerstörerischen Menschenfluten aus der "3. Welt".

- Auf der ökonomischen Ebene: Die Verhinderung industrieller Entwicklung in der sogenannten 3. Welt (u.a. mit Hilfe der sogenannten Schuldenkrise).

- Auf der militärischen Ebene: die Schaffung von militärischen Einheiten zum angeblichen Schutz des globalen Öko-Systems.

- Und in den G7-Staaten selbst: die Schaffung der sogenannten "ökosozialen" Marktwirtschaft und geschlossene Grenzen für alle Armuts- und Umweltflüchtlinge.

4. Die UN-Konferenz "Umwelt und Entwicklung" wird voraussichtlich ein weiterer Schritt hin zur Durchsetzung eines (dann auch ökologisch legitimierten) Weltregimes unter der Führung der G7-Staaten sein. Es scheint so zu sein, als könne dieser Prozeß nur durch die Konkurrenz der G7-Staaten untereinander (z.B. verweigert die US-Regierung bis heute verbindliche Co-2-Reduktionszusagen) oder durch "starke" "3. Welt"-Staaten (z.B. China und Indien) blockiert werden.

5. So richtig und notwendig internationale Abkommen zur Abwendung unabsehbarer ökologischer Katastrophen weltweit sind, muß eine Teilnahme an und der konstruktive Dialog im Rahmen der UN-Konferenz, die unter dem imperialistischen Diktat der G7-Staaten steht, abgelehnt werden, weil sie nur die bestehenden weltweiten Herrschaftsverhältnisse auch auf das Gebiet der Ökologie ausdehnt und vor allem für die Menschen in der sogenannten "3. Welt" nur zu einer Vertiefung und Verlängerung ihrer elendigen materiellen Lebenssituation führen kann.

Wuppertal, 25.1.92

13. Bericht von einer Reise nach Auschwitz, Frühjahr 1992

Autor: Tjark Kunstreich · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:13

Dieser Reisebericht kann durchaus im Zusammenhang mit den Ereignissen in anderen Gedenkstätten gelesen werden in denen - wie in Sachsenhausen der Fall - die Geschichte verfälscht und verdreht werden soll.

Allerdings ist Vorsicht geraten mit allzu schnellen Urteilen: Die Frage, wie in der Gedenkstätte Auschwitz etwas verändert werden soll oder nicht, ist vor allem eine, die die jüdischen, polnischen und anderen Überlebenden unter sich klären müssen. Dieser Reisebericht versteht sich so als eine Absage an jede Intervention, sei es staatlicherseits oder von Institutionen, wie der Kirche.

In Deutschland kann zudem nicht oft genug daran erinnert werden, was die Wehrmacht und die SS auf ihrem Weg in die Sowjetunion an Verwüstung und Vernichtung angerichtet hat. Und daran, daß auch die heutige Situation immer noch mit von diesem Vernichtungsfeldzug bestimmt ist. Nicht zuletzt werden diese historischen Tatsachen verdrängt - und die Verdrängung findet ihre Entsprechung im verbreiteten antipolnischen Ressentiment.

In Sachsenhausen geht es um die Gleichsetzung von Opfern und Tätern durch die Einrichtung von Gedenkstätten für die nach 1945 Internierten. In Auschwitz hingegen geht es um die Frage, wie den unterschiedlichen Realitäten des Lagers und damit des Nationalsozialismus als Ganzem, entsprochen werden kann.

Außerdem spielt eine Rolle, daß jetzt Konflikte explodieren, die 40 Jahre lang unter der Decke der "Ost-West-Konfrontation" begraben waren. Es geht um Fragen, die schon immer seit 1945 anstehen und für deren Beantwortung der Raum nicht vorhanden war. Er ist jetzt allerdings auch nicht da. Und darin besteht die Hauptschwierigkeit: Wer jetzt meint, zum Beispiel ganz "unbefangen" die Zahl der Opfer diskutieren zu müssen, läßt sich auf die Strategie der Geschichtsverfälscher und -verdreher ein.

Daß dies auch in Polen und der ehemaligen Sowjetunion passiert - in Ländern, die heute noch zerstört sind und unter den Folgen des Überfalls leiden - hat zum einen mit dem gestiegenen Einfluß der BRD und der Abhängigkeit dieser Länder von der BRD zu tun. Zum anderen aber auch damit, daß das Gedenken an die Shoah vor allem vom jeweiligen Verhältnis zum Staat Israel bestimmt war: So mußten 1967 nach pogromartigen Ausschreitungen in Polen viele der verbliebenen Juden das Land verlassen.

Schon nach 1946 kam es in Kielce und anderswo zu Pogromen, nach denen 60% der etwa 500.000 überlebenden polnischen Juden das Land verlassen mußten.

Viele Menschen sind heute spontan empört, wenn sie von den Vorgängen in den Gedenkstätten hören. Empörung reicht nicht. Es muß darum gehen, herauszufinden, welche Bedeutung das Erinnern für uns hat. Es geht hier nicht nur um eine moralische Dimension - sondern für die Linke auch um die eigene Geschichte.

Heidi Schulz, Gefangene aus der RAF, schreibt:

"Unser Erinnern muß von einem Begriff dieser Geschichte und Wirklichkeit getragen werden, und ein Teil der politischen Praxis heute sein, in der um ein Geschichtsbewußtsein von unten gekämpft wird. Gegen Geschichtsverfälschung und Verdrehung müssen wir genauso kämpfen, wie um eine neue Wirklichkeit. Um eine neue Wirklichkeit auch aus den globalen und innergesellschaftlichen Umbrüchen.

Es gibt nicht nur ihre, sondern auch unsere Kontinuität - und ob der Staat endlich damit anfängt, mit gesellschaftlichen Widersprüchen politisch umzugehen, also anders als in den Nachkriegsjahren und besonders in den letzten 25 Jahren, wird auch davon abhängen: Wie, und mit welcher Entschiedenheit alle linken Kräfte in dieser jetzt aktuellen Entscheidungssituation präsent sind, politisch aktiv werden." (1)

Dieser Reisebericht ist entstanden zwischen dem 15. und 21. März 1992. Im nachhinein wurde er bearbeitet und von Genossinnen und Genossen durchgesehen, die auch an der Reise teilnahmen. Einige von uns waren

sehr gespannt, welche Veränderungen es in den vergangenen Jahren gegeben hatte; wir waren bereits 1989 und 1990 in der Gedenkstätte Auschwitz gewesen.

Sonntag, 15. März 1992

Wir kommen mittags an. Am Nachmittag gegen wir durch Oswiecim, die Stadt Auschwitz. Untergebracht sind wir in der Jugendbegegnungsstätte, einer bundesrepublikanischen Stiftung, die 1987 eröffnet wurde. Hier werden die meisten deutschen Reisegruppen untergebracht.

Oswiecim hat sich verändert wie die meisten Städte in Osteuropa: Statt der Denkmäler für die ruhmreiche Rote Armee sind jetzt überall die Insignien des westlichen Sieges zu sehen. In Polen allerdings wurden die Überreste besonders radikal entfernt: die sozialistische Zeit wird vor allem als sowjetische Besatzungszeit, die aktuellen Veränderungen um so mehr als Befreiung empfunden.

Die Tafeln, die an die Verbrechen der Deutschen erinnern, sind nicht entfernt.

Am Abend dann ein erstes Gespräch mit einem polnischen Mitarbeiter der Jugendbegegnungsstätte. Sofort kommt das Gespräch auf die Veränderungen in der Gedenkstätte. Voller Empörung wird berichtet, "die Juden sind ein Problem, sie lassen sich nicht von polnischen GedenkstättenmitarbeiterInnen durch die ehemaligen Lager führen".

Das können wir nicht überprüfen, es hat aber eine Vorgeschichte.

Im Juli 1990 veröffentlicht die Gedenkstätte Auschwitz eine Studie ihres Mitarbeiters Francisek Piper unter dem Titel: "Auschwitz - wieviele Juden, Polen, Zigeuner wurden umgebracht". In der Studie kommt Piper zu dem Schluß, es seien nicht, wie bisher behauptet, vier Millionen Juden, sondern knapp eine Million in Auschwitz vergast worden; insgesamt schätzt er die Zahl auf 1,5 Millionen Tote. Gleichzeitig betont Piper: "Die Zahl der Opfer von Auschwitz wird niemals genau ermittelt werden können." (2) Wozu dann aber diese Studie?

Ein knappes halbes Jahr später werden in Auschwitz-Birkenau - auf Anordnung der polnischen Regierung - die Inschriften des Monuments in Birkenau entfernt, auf denen in 19 Sprachen die Zahl von vier Millionen Opfern zu lesen stand, und daß sie von den Nazis ermordet wurden.

Die offizielle Begründung für diese Denkmal-Schändung war die "falsche Zahl", es müsse jetzt von einem Denkmalrat entschieden werden, welche neue Inschrift auf die Tafeln kommt. Sowohl das Internationale Auschwitz-Komitee als auch andere internationale Verbände protestierten gegen dieses Vorgehen. Heinz Galinski nannte es eine "Verhöhnung der Überlebenden".

Es ging wohl weniger um die Zahlen selbst; befürchtet wurde und wird eine Relativierung der Verbrechen, die in Auschwitz am jüdischen Volk begangen wurden.

Jetzt ist eine neue Inschrift in der Diskussion, die sehr schlicht sein soll und die Zahl 1,5 Millionen Menschen beinhalten wird. Mit dem Zusatz: "... vor allem Juden". Die Täter werden in diesem Entwurf nicht genannt.

Die Behauptung, die "Auschwitz-Lüge" müsse wissenschaftlich widerlegt werden, hält zuguterletzt als Argument für dieses Vorgehen her. Das Gespräch mit dem Mitarbeiter der Jugendbegegnungsstätte verläuft sich in der allgemeinen Auseinandersetzung um die Frage, wem Auschwitz "gehört".

Montag, 16. März 1992

Führung durch die Stadt Oswiecim. Wir fahren mit dem Bus raus bis zum ehemaligen IG Farben-Werk. Von außen können wir die Ausmaße des Werks nur erahnen. Auch hier steht ein Mahnmal, von dem die Zahl abgenommen wurde, und das zur Zeit keine Beschriftung hat. Dort, wo das Lager Auschwitz III (3) war, steht heute ein Kulturhaus. Wir gehen dann durch das Viertel, welches die Deutschen gebaut haben.

IG Farben hatte eine Gesamtplanung, was mit dem Ort zu geschehen habe. Neben dem Werk war dies eine ganz neue Stadt. Das Viertel besteht aus schlichten Bauten, durch die gerade Straßen gezogen wurden. Es erinnert an Wolfsburg oder Ludwigshafen. Das Werk, das nach der Befreiung erst vom polnischen Staat in Betrieb genommen wurde, soll bald geschlossen werden, weil es die ganze Gegend verpestet, erzählt uns der Mitarbeiter der Jugendbegegnungsstätte. Wir gehen durch das deutsche Viertel, in dem heute größtenteils die Werksarbeiter wohnen, zur Altstadt. Die meisten Straßen, so wird uns erklärt, bauten die Deutschen, um kurze

Wege von den Lagern zur IG Farben-Baustelle zu haben. Wir kommen an einer neuen Kirche vorbei. Die Menschen, die hier leben, haben Jahre dafür gekämpft. Es fällt auf, daß die Kirche im Vergleich zu ihrer Umgebung extrem protzig ist. Diese Kirche sei auch ein Zeichen der nationalen Wiedergeburt Polens nach der Befreiung vom Stalinismus und der russischen Fremdherrschaft - so wird es von vielen Menschen gedacht und empfunden, erklärt uns der Stadtführer.

Die Polen haben immer ein bißchen außerhalb der Stadt gelebt, die Juden, nach unterschiedlichen Angaben zwischen 30 und 50% der Bevölkerung von Auschwitz, in der Stadt. Das klingt nach Verdrängungsprozessen und nach reichen Juden, die die armen Polen an den Rand der Stadt gedrängt haben. Später sehen wir dann das alte Ghetto. Zunächst aber gehen wir noch am alten Jüdischen Friedhof vorbei, der von den Nazis geschändet wurde: Die Hälfte der Grabsteine wurden zum Bau einer weiteren Straße durch die Stadt benutzt. Heute leben noch zwei Juden in Oswiecim.

Das Ghetto von Auschwitz, das südlich vom Stadtkern liegt, ist heute eine einzige Baustelle, alle Häuser sind verfallen. Es sind sehr kleine, sehr alte Häuser, und nichts erinnert an die, die hier einst gewohnt haben. Wir gehen an einem etwas größeren Wohnhaus vorbei. Hier wohnte der jüdische Wodka-Fabrikant H., dessen Familie jetzt das Haus zurückerhält, das ihr vor 53 Jahren genommen wurde.

Es wird für Reisegruppen aus Israel und andere Juden (es ist immer nur von "den Juden" die Rede: "die Juden bekommen das Haus wieder", "die Juden bekommen die Synagoge wieder") die kleine Synagoge wiedereröffnet. Die große Synagoge ist 1940 zerstört worden, wie große Teile des Ghettos.

Mit den Steinen der zerstörten Häuser wurden die Gebäude des Lagers Auschwitz I um ein Stockwerk aufgestockt.

Die kleine Synagoge dient heute als Lagerraum und die Fenster sind vermauert. Wir haben sie uns selbst angesehen, nachdem die Führung beendet war. Der Eindruck verstärkt sich, daß die Rückgabe jüdischen Besitzes so etwas wie der schale Beigeschmack der als ansonsten von den meisten PolInnen positiv bewerteten Entwicklung ist.

Am Nachmittag besichtigen wir das Stammlager Auschwitz I, ursprünglich eine Kaserne. Im Vorhaus, dem ehemaligen SS-Kasino ist ein Kino untergebracht und wir sehen uns die Neufassung des Filmes an, der im wesentlichen aus Aufnahmen besteht, die kurz nach der Befreiung des Lagers durch die Rote Armee gemacht wurden. Vorher fahren wir allerdings noch am Kloster auf dem Gelände des ehemaligen KZ vorbei. Ein etwa zehn mal fünf Meter hohes Holzkreuz begrüßt alle BesucherInnen der Gedenkstätte. Um dieses Karmeliterinnenkloster hatte es schon viel Streit gegeben.

Der vorgesehene Kompromiß - die Karmeliter-Nonnen ziehen in die Nähe der Gedenkstätte und die katholische Kirche baut eine eigene Begegnungsstätte in die Nähe - wird gerade unterlaufen: Davon, daß das Kloster verlagert wird, ist nicht mehr die Rede, "schließlich ist das Gelände doch nie Teil des Lagers gewesen". Fakt ist, das Gelände sollte Teil des Lagers werden, die Gebäude wurden nicht mehr fertiggestellt. Aber hier haben KZ-Häftlinge geschuftet und sind zu Tode gekommen. Nicht nur katholische, nicht nur polnische. Die Baustelle der christlichen Jugendbegegnungsstätte ist riesig und wirkt wie eine Baustelle für ein Luxushotel.

Der Film, der seit den fünfziger Jahren gezeigt wurde, und der von ehemaligen Häftlingen gestaltet wurde, wie die gesamte noch zu besichtigende Ausstellung, hat nichts ausgelassen an den Grausamkeiten der Verbrechen. Im wesentlichen besteht er, auch heute noch, aus Bildern von ehemaligen Häftlingen, die der ärztlichen Kommission vorgeführt werden (werden, weil die meisten hereingetragen oder -geführt werden).

Der neue Film enthält neben den neuen Zahlen zarte Relativierungen was das Ausmaß der Vernichtung angeht, und ist so auch um die grausamsten Stellen gekürzt.

In der Führung durch die Ausstellung, die seit den fünfziger Jahren unverändert ist: Von ehemaligen Häftlingen gemacht, ist sie noch von der Unaussprechlichkeit des eigenen Erlebens geprägt, ganze Ausstellungsräume zeigen nur die übriggebliebene Habe der Opfer: Ein Saal mit Koffern, ein Saal mit Waschutensilien, ein Saal mit Schuhen, ein Saal mit Prothesen, ein Saal mit Haar und mit dem Stoff, welcher zu einem hohen Anteil aus Menschenhaar gemacht wurde. Ein Saal zeigt das Modell einer Gaskammer von Birkenau und eine Vitrine mit Zyklon B-Dosen. Es gibt einen Saal mit Gebetstüchern und einen mit Brillen.

Die Fotos, die der Lagerwiderstand machen konnte, Häftlinge der Sonderkommandos, die die Leichen aus den Gaskammern zerren und sie verbrennen mußten, hängen auf Lebensgröße vergrößert an der Wand. Auf Lebensgröße: Häftlinge, die einen Scheiterhaufen aus Leichen verbrennen, weil die Krematorien überlastet waren.

Die Ausstellung soll jetzt verändert werden. Sie soll - neben den Sälen mit den übriggebliebenen Sachen der Ermordeten - die Verhältnisse objektiver darstellen.

Damit gemeint ist vor allem eines: Immer häufiger ist in der Literatur von einer "polnischen Phase" und einer "jüdischen" die Rede. (4) Die polnische ist die erste, von 1940 bis 1942. In diesen Jahren wurde hier ein großer Teil der polnischen Intelligenz ermordet. Ab 1942 war die Mehrheit der Häftlinge jüdisch, und die Realität des Lagers war geprägt von der Massenvernichtung der Juden.

Das Problem bei dieser Einteilung ist, daß es zum einen natürlich vor 1942 in Auschwitz jüdische Häftlinge und z.B. sowjetische Kriegsgefangene gab, als auch nach 1942 viele polnische Häftlinge, so auch die Opfer der "Umsiedlungsaktion" von Zamoc, die sofort nach Ankunft im Lager vernichtet wurden. In der ,,polnischen" Phase wurden vor allem Intellektuelle und PolitikerInnen eingesperrt, Menschen, die für das heutige Polen nationale Symbole sind. Auschwitz steht in Polen für das Ausrotten der politischen Klasse.

Es wird dabei nicht erwähnt, daß sich darunter auch Kommunisten und Juden befanden, oftmals beides gleichzeitig.

Abgesehen davon, daß selbstverständlich eine Veränderung der Ausstellung in Auschwitz in Richtung polnisch-nationalistisch indiskutabel ist, muß es allerdings Möglichkeiten geben, die besondere politische und historische Qualität von Auschwitz für Polen deutlich zu machen - gerade auch den deutschen BesucherInnen der Gedenkstätte, denen die Verbrechen in Osteuropa immer noch unbekannt sind.

Daß dies nicht zu einer Relativierung führen darf, wie sie tendenziell anklingt, ist vor allem ein Problem, wenn die wirklich unterschiedlichen Wahrnehmungen der Geschichte von Auschwitz per Regierungsdekret gegeneinander gestellt werden, wie es im Falle des Monuments von Birkenau geschehen ist.

Die Berichte der Überlebenden unterscheiden sich sehr stark - nach Zeit und vor allem nach Nationalität bzw. der von den Nazis vorgenommenen rassistischen Zuordnung. Polnische Häftlinge, die in der ersten Zeit und auch später ins Lager I kamen, berichten grundsätzlich anders über die Lagerrealität als jüdische Häftlinge. Es waren auch real unterschiedliche Welten für sie: so differenziert waren die Programme der Lagerleitung.

Es kann nicht darum gehen, diese Wahrnehmungen bewerten zu wollen. Fraglich ist allerdings, ob die zum Teil schon vorgenommenen Bewertungen - zum Beispiel die Ausgrenzung der Sinti und Roma - die Ausstellung nicht schon sowieso zu einem Balanceakt der Wahrnehmung für die heutigen BesucherInnen machen.

Die Qualität der - noch - existierenden Ausstellung über die Geschichte des KZ Auschwitz liegt zweifellos darin, daß Opfer und Täter vorkommen und die Toten nicht namenlos bleiben. Das ist das Verdienst der Ausstellung von 1955.

Dienstag, 17. März 1992

Führung durch Birkenau. Mit dem Bus dorthin zu fahren, eröffnet uns als erstes den Blick auf die bekannteste Darstellung des Lagers: die Bahngleise zum Tor, hinter dem die Rampe liegt.

Am Ende dieser Rampe liegt das Denkmal, das jetzt keine Inschriften mehr trägt. Unten hängt ein Plan von Birkenau, und vom Wachturm aus ist ein Großteil des Areals zu erkennen, das zum Lager Bir- kenau gehörte. Ein Teil der Baracken ist gut erhalten und ein anderer wird saniert. Birkenau ist immer eine Baustelle. Ehemalige Häftlinge bemängeln, daß jetzt in Birkenau Gras wächst, was zu Zeiten des Lagers nicht so war. Für die meisten jüngeren Besucher sind jedoch andere Fragen entscheidend: Vor allem die Größe des Lagers und die gesprengten Krematorien. Die Gaskammern wurden bis auf eine von der SS zerstört, die letzte wurde während des Häftlingsaufstands im Oktober 1944 gesprengt.

Was noch steht, sind die beiden Frauenlager und ein Teil des Aufnahmekomplexes, die "Hygieneabteilung". Das "Zigeunerlager" steht nicht mehr und auch das Familienlager - für Juden aus Theresienstadt angelegt, die

dort auf ihre Vergasung warten mußten - ist nur noch durch die Überreste der Stacheldrahtumzäunung zu erkennen.

Der Rundgang führt durch das Frauenlager und dann zu den Krematorien und den Aschefeldern. Letzte Station ist der Aschesee, ein ursprünglich natürlicher Teich, in den die Häftlinge der Sonderkommandos die Asche der Ermordeten schütten mußten. Bei einer bestimmten Sonneneinstrahlung ist die Asche heute noch deutlich zu erkennen.

Die Aschefelder sind eine große Lichtung, die sich beim "Weißen Haus", der ersten Gaskammer in Birkenau befindet. Auf dem ganzen Feld sind große weiße Kreuze und Davidsterne verteilt. Für viele Polinnen und Polen ist dies ein Heiligtum, weil in diesem "Weißen Haus" Edita Stein, eine Jüdin, die zum Katholizismus konvertiert war, vergast wurde. An sie erinnert auch ein Grabstein - an einer Stelle, an der Zehntausende Namenlose - und vor allem Juden - vernichtet wurden.

Auch hier, wo angesichts des Ausmaßes von Vernichtung jeder Satz der falsche ist, sind deutlich die Spuren der heutigen Auseinandersetzung zu erkennen. Der Grabstein ist neu, ebenso die Anzahl der Holzkreuze. 1989 standen dort zwar auch schon welche, aber nicht in der Menge.

Hinter dem Aschefeld - heute eine Wiese - liegt der Ehrenhain, unter dem sich die Massengräber für die sowjetischen Kriegsgefangenen befinden. Dorthin gehen nur Gruppen aus der ehemaligen Sowjetunion, erklärt uns die Mitarbeiterin der Gedenkstätte.

Am Aschesee vorbei ist die ehemalige Kommandantur von Birkenau zu erkennen - vor allem an dem riesigen Holzkreuz auf dem Dach, denn es befindet sich heute ein Franziskanerkloster in dem Gebäude.

Gegen solches Vorgehen der katholischen Kirche, die mit massiver Präsenz christlicher Symbole an Orten der Vernichtung Seelsorge für die Toten betreiben will, richteten sich viele Proteste, bis hin zur Besetzung des Vorgartens des Karmeliterinnenklosters am Stammlager. Doch auch die anschließenden Verhandlungen konnten offenbar nicht verhindern, daß die katholische Kirche mit Unterstützung der polnischen Regierung ihre Christianisierung der Toten von Auschwitz fortsetzt.

In der polnischen Geschichte waren die katholischen Kirchen oft die einzigen Orte, in denen in Zeiten der Spaltung und Besetzung polnisch gesprochen wurde - diese historische Entwicklung ist es unter anderem, die heute eine Unterscheidung zwischen polnischem Nationalismus und Katholizismus unmöglich macht - jedes Kreuz ist ebenso Nationalheiligtum wie die Fahne. Insofern ist es nicht die Kirche an sich, die dort auf den Aschefeldern ihre Politik betreibt. Es ist auch der polnische Staat, und es geht darum, welche Rolle Auschwitz als Gedenkstätte im neuen Polen spielen kann.

Mittwoch, 18. März 1992

Arbeit im Archiv. Zum ersten Mal fällt uns eine Tafel auf, die zu einem dem Ort angemessenen Verhalten aufruft: "Hier haben Menschen Menschen großes Leid zugefügt." Kein Wort, wer wem.

Bei der Arbeit im Archiv fällt uns auf, daß sich bis auf die Qualität der Kopien nichts verändert hat. Das Archiv besteht aus Berichten und Aussagen ehemaliger Häftlinge, aus den übriggebliebenen Materialien, die die SS nicht mehr mitnehmen oder vernichten konnte, und aus Berichten und Aussagen Dritter, z.B. von den sowjetischen Militärärzten oder den Fotos, die die Britische Luftwaffe vom IG Farben-Werk und auch von Auschwitz-Birkenau gemacht hatte. Aus der Zeit des Lagers existieren noch Kassiber des Widerstands, meist auf jiddisch oder polnisch.

Das Archiv ist in einer Baracke des ehemaligen Stammlagers untergebracht und keines der Dokumente kann sachgerecht aufbewahrt werden.

Es ist der Improvisationsfähigkeit der MitarbeiterInnen der Gedenkstätte zuzuschreiben, daß nicht schon sehr viel kaputt gegangen ist. Es gibt nicht einmal eine richtige Heizung, in großen Teilen der Ausstellung sogar gar keine.

Die Gedenkstätte finanziert sich vor allem über die Führungen und den Verkauf von Büchern aus dem eigenen Verlag. Die staatliche Unterstützung ist nicht hoch, allerdings bekommt Auschwitz eine der höchsten staatlichen Unterstützungen für Museen in Polen überhaupt.

Allein um zu verhindern, daß die Hinterlassenschaft der Ermordeten, die in der Ausstellung zu sehen ist, verrottet, ist eine eine Zentralheizung erforderlich. Dafür wird jetzt Geld gesammelt. Benötigt werden, nach einer Aufstellung einer US-Stiftung, 42 Millionen Dollar allein dafür, daß nicht alles verfault.

Die Bundesregierung hat jetzt angeblich die Hälfte davon, etwa 40 Millionen DM, zugesagt. Das Geld ist bisher nicht da, angeblich, weil noch kein Etat gefunden wurde, der dies trägt. Es gibt aber auch eine andere Erklärungsmöglichkeit: Daß die Bundesregierung versucht, Einfluß auf die Gedenkstätte zu gewinnen.

Konkret geht es dabei um die sogenannten Länderausstellungen. Jedes Land, aus dem Häftlinge in Auschwitz interniert waren, hat eine Ausstellung in Auschwitz I, dem ehemaligen Stammlager. Daneben gab es noch eine Ausstellung "Deutscher Widerstand", die von der DDR betreut wurde. Sie sollte schon 1988 erneuert werden, dazu ist es dann nicht mehr gekommen. Die Ausstellung existiert nicht mehr.

Schon damals gab es Bestrebungen, eine deutsche Auschwitz-Stiftung zu realisieren, die zum einen ein Shoah-Dokumentationszentrum in der BRD errichten sollte, zum anderen war immer im Gespräch eine BRD-Ausstellung im Rahmen der nationalen Ausstellungen als Dependance in Polen aufzumachen.

Hiergegen gab es Protest. Auschwitz ist an sich eine Dokumentation deutscher Verbrechen, die bisherigen Ausstellungen sind den Opfern vorbehalten. Allein die Vorstellung, neben der Jüdischen Ausstellung, die keine nationale ist, eine deutsche zu haben, ist vielen ehemaligen Häftlingen unerträglich. Und nicht nur ihnen.

Es ist auch ein Zeichen der Zeit, daß die BRD sich anmaßt, ausgerechnet in Auschwitz Bedingungen zu stellen.

Das Geld wird dringend benötigt: Neben dem Erhalt der Materialien und des Archivs geht es auch um die 150 Gebäude, die renoviert werden müssen, und um die Herrichtung von 250 Ruinen.

Alles nur, es sei noch einmal betont, um den jetzigen Stand zu halten und die Gedenkstätte nicht dem Verfall anheim zu geben.

Notwendig wäre auch eine EDV-Anlage, um die etwa 5.000 Anfragen nach Verschwundenen, die auch jetzt noch in jedem Jahr eingehen, einfacher beantworten zu können. Bis jetzt ist der Suchdienst ein großer Raum mit einer unüberschaubaren Anzahl von Karteikästen.

Samstag, 21. März 1992

Die letzten zwei Tage vergingen mit Archiv-Arbeit, von der jetzt nicht die Rede sein soll, und mit Besuchen der Länderausstellungen.

Chor der Tröster

GÄRTNER SIND WIR, blumenlos gewordene

Kein Heilkraut läßt sich pflanzen

Von Gestern nach Morgen.

Der Salbei hat abgeblüht in den Wiegen -

Rosmarin seinen Duft im Angesicht der neuen Toten verloren - Selbst der Wermut war bitter nur für gestern.

Die Blüten des Trostes sind zu kurz entsprossen

Reichen nicht für die Qual einer Kinderträne.

Neuer Same wird vielleicht

Im Herzen eines nächtlichen Sängers gezogen.

Wer von uns darf trösten?

In der Tiefe des Hohlwegs

Zwischen Gestern und Morgen

Steht der Cherub

Mahlt mit seinen Flügeln die Blitze der Trauer

Seine Hände aber halten die Felsen auseinander

Von Gestern und Morgen

Wie die Ränder einer Wunde

Die offenbleiben soll

Die noch nicht heilen darf.

Nicht einschlafen lassen die Blitze der Trauer

Das Feld des Vergessens.

Wer von uns darf trösten?

Gärtner sind wir, blumenlos gewordene

Und stehn auf einem Stern, der strahlt

Und weinen.

Nelly Sachs (aus: Fahrt ins Staublose, Gedichte, 1961)

14. Wir fordern die sofortige Freilassung und Rehabilitierung von Gerhard Bögelein!

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:30

Am 18. Mai 1992 wurde der 69jährige Gerhard Bögelein von der 22. Strafkammer des Landgerichts Hamburg zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt. Die Begründung des Gerichtes: Heimtückischer Mord an einem ehemaligen NS-Wehrmachtsrichter im Jahre 1947.

Dieses Urteil ist aus verschiedenen Gründen ungeheuerlich:

- Der nun zu lebenslänglicher Haft verurteilte Gerhard Bögelein war aktiver Widerstandskämpfer gegen den deutschen Faschismus; er war Befehlsverweigerer, Deserteur, Überläufer zur Roten Armee und kämpfte auf Seiten der Sowjetunion gegen den Faschismus.

- Der getötete NS-Wehrmachtsrichter hat zwischen 1943 und 1945 zwischen 120 und 170 Todesurteile unterschrieben und war noch 1947 ein überzeugter Nationalsozialist.

- Die Ermittlungen und Zeugenbefragungen, auf die sich das Verfahren stützt, wurden zum großen Teil Anfang der 50er Jahre von einem ehemaligen NS-Volksgerichtshofs-Richter vorgenommen.

- Fast sämtliche Zeugen der Staatsanwaltschaft waren durchweg überzeugte Nationalsozialisten. Gerhard Bögelein selbst streitet die ihm vorgeworfene Tat ab.

- Gerhard Bögelein war bis zur "Wiedervereinigung" der beiden deutschen Staaten DDR-Bürger und wurde kurz danach - schwer krank und haftunfähig - zwangsweise ins Hamburger Untersuchungsgefängnis verbracht.

Die Verhaftung, die seit Dezember 1990 andauernde Haft von Gerhard Bögelein, die Anklage und das Urteil gegen den alten Antifaschisten sind unerträgliche Anzeichen für eine nachträgliche Verfolgung des antifaschistischen Widerstandes gegen das NS-Regime. Der Prozeß ist ein Beispiel für die bundesdeutsche Geschichtsfälschung, die aus den NS-Tätern Opfer machen will und aus den Menschen, die sich aktiv dem Faschismus entgegenstellten und die Mörder zur Rechenschaft zogen, Verbrecher.

Wir sind empört und entsetzt über dieses Urteil und fordern alle demokratischen und antifaschistischen Menschen im In- und Ausland auf, sich für die sofortige Freilassung und Rehabilitierung von Gerhard Bögelein einzusetzen.

Bitte schicken Sie die unterschriebene Protesterklärungen bis 1. September 1992 an die Prozeßgruppe Kielhorn/Bögelein c/o: Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes, Lindenallee 54, 2000 Hamburg 20 Spenden Sie für die Solidaritätsarbeit und Verteidigungskosten: Solidaritätskonto Gerhard Bögelein, Konto 1228/128 938, Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50

ErstunterzeichnerInnen, Stand 18. 6. 1992

Renate Albers, Berlin / Knud Andresen, Student, Hamburg / Helga Apel, Berlin / Fietje Ausländer, Publizist, Weener / Gabi Bauer, AK-Redakteurin, Hamburg / Ingeborg Bauer, Hamburg / Petra Bauer, Hamburg /Brigitte Becker, Hamburg / Rolf Becker (IG Medien), Hamburg / Ortrud Beckmann, Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes, Hamburg / Friedrich Beinroth, Tischler, Hamburg / Esther Bejarano, Sängerin, Vorstandsvorsitzende des Auschwitz-Komitees in der BRD e.V., Hamburg / Olaf Berg, Hamburg / Herbert Berger, Vorruheständler, Berlin / Heike Bettermann, Journalistin, Hamburg / Karen Blum, Hamburg / Andreas Böder, Neumünster / Simone Borgstedte, Hamburg / Anja Boysen, Schülerin, Neumünster / Hans-Joachim Braun, Berlin / Lars Breuer, Hamburg / André Brie, Sozialwissenschaftler, Stellvertretender Vorsitzender der PDS, Berlin / Hartmut Brückner, Tischler, Hannover / Dietmar Bruns, Hamburg / Ike Büscher, Hamburg / Hannelore Bujack, Berlin / Maria Elena Capristo, Hamburg / Emil Carlebach, Vizepräsident des Internationalen Buchenwald-Komitees, Frankfurt/M / Dr. Hans Coppi, Sprecher antifa-Bund der Antifaschisten, Berlin / Carsten Dallat, Zivildienstleistender, Hamburg / Juo Darmann, Hamburg / Friedhelm Daunert, Berlin / Ruth Daunert, Berlin / Michael Dietiker, Gefangener aus dem antiimperialistischen Widerstand, z.Z. Justizvollzugsanstalt

Butzbach / Sonja Deuter, sozialpolitische Sprecherin, Hamburg / Dr. Lutz van Dick, Autor, Hamburg und Amsterdam / Manfred Dzeick, Dozent, Hamburg / Thomas Ebermann, Journalist, Hamburg / Heinrich Eckhoff, AK-Redakteur, Hamburg / Barbara Ede, Hamburg / Ursula Ehrhardt, Rechtsanwältin, Hamburg / Marlies Engel, Schauspielerin, Hamburg / Klaus Engelhart, Hamburg / Ursel Ertel, Dokumentarin, Hamburg / Sabine Fischer, Berlin / Dr. Ursula Fischer, Mitglied des Bundestages PDS/Linke Liste / Elfriede Fliegner, Berlin / Vera Friedländer, Schriftstellerin, Berlin / Wolfgang Friedler, stellvertretender Vorsitzer des Berlin-Brandenburgischen Bildungswerkes, Berlin / Regina Fröhlich, Hamburg / Prof. Dr. Georg Fülberth, Hochschullehrer, DKP-Stadtverordneter, Marburg / Evelyn Gampig, Angestellte, Berlin / Harald Gampig, Berlin / Irmgard Gebauer, Berlin / Meike Gebrich, Studentin, Hamburg / Gunnar Geertz, Erzieher, Großhansdorf /

H. Geffke, Berlin / I. Geffke, Berlin / Margret Geitner, Diplom-Politologin, Hamburg / Christian Geissler, Schriftsteller, Dollart / Doris Gercke, Autorin, Hamburg / Hinrich Germs, Neumünster / Norbert Gestring, Bremen / Renate Göllner, Journalistin, Wien / Claudia Gohde, PDS-Bundesvorstand, Hamburg und Berlin / Peter Gingold, ehemaliger Widerstandskämpfer der Resistance, Sprecher der Interessengemeinschaft ehemaliger deutscher Widerstandskämpfer, Frankfurt/M / Christiane von der Groeben, Journalistin, Hamburg / Gregor Gysi, Mitglied des Bundestages und Parteivorsitzender der PDS, Berlin und Bonn / Daniel Haller, Hamburg / Heinz-W. Hammer, Essener Initiative zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges / Olaf Harms, Gesamtbetriebsrats-Vorsitzender, Versicherungskaufmann, FGV-HBV, Hamburg / Wiebke Hass, Hamburg / Helene Hauke, Leipzig / Karl Hauke, Mitglied des Landesvorstands Sachsen der Interessengemeinschaft der Verfolgten des Naziregimes, Leipzig / Käte Helbig, Berlin / Walter Helbig, Berlin / Gudrun Hendricks, Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Essen / Andreas Herzau, Fotojournalist, Hamburg / Prof. Dr. Uwe Jens Heuer, Mitglied des Bundestages PDS/Linke Liste / Dr. Barbara Höll, Mitglied des Bundestages PDS/Linke Liste / Prof. Dr. Günter Holl, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Berlin / Günter Hoppe, Berlin / Annette Huneke, Hamburg / Almut Intemann, Bremen / H. Irrling, Berlin / Karla Irrling, Berlin / Petra Jacquin, Ärztin, Hamburg / Ali Jansen, Gefangener aus dem antiimperialistischen Widerstand, z.Z. Justizvollzugsanstalt Schwalmstadt / Barbara Jasemi, Berlin / Heinz Jeetz, Berlin / Lucia Jeetz, Berlin / Ulla Jelpke, Mitglied des Bundestages PDS/Linke Liste / Cornelia Jeske, Hamburg / Maike Jobst, Hamburg / Anke Kähler, Hannover / Dietmar Keller, Mitglied des Bundestages PDS/Linke Liste / Eugen Kessler, Präsidiumsmitglied der Lagergemeinschaft Dachau e.V. in der BRD, München / Christian Ketteler, arbeitslos, Hamburg / Christina Kielhorn, Rentnerin, PDS, Berlin / Karl Kielhorn, Rentner, PDS, Berlin / Daniela Kleiner, Hamburg / Michael Kniebel, Hamburg / Angelika Kischkat, Erzieherin, Hamburg / Bettina Kleiner, Hamburg / Ansgar Knolle-Grothusen, Diplom-Ing., DKP, Hamburg / Tatjana Köcknitz, Hamburg / K. König, Berlin / E. Koppusch, Berlin / M. Koppusch, Berlin / Lothar Krassalk, Rentner, Berlin / Helga Krohn, Berlin / Claus Küchenmeister, Schriftsteller, Siethen / Vera Küchenmeister, Schriftstellerin, Siethen / Marion Küpker, Autodidaktin, Hamburg / Christina Kukielka, Wissenschaftlerin, Hamburg / Karin Kunstreich, Personalratsvorsitzende, Hamburg / Prof. Dr. Timm Kunstreich, Sozialistisches Büro, Hamburg / Tjark Kunstreich, Vorstandsmitglied im Auschwitz-Komitee in der BRD, Hamburg / Werner Lamottke, Hamburg / Ellinor Lang, Antiquarin, Hamburg / Harald Lange, VVN-BDA, DKP, Hamburg / Dr. Helga Lange, Berlin / Werner Lange, Rentner, Berlin / Roman Langer, Student, Hamburg /

Andrea Lederer, Mitglied des Bundestages PDS/Linke Liste / Martin Lemke, Rechtsanwalt, Hamburg / Katja Leyrer, Autorin, Hamburg / Mark Leyrer, Schüler, Hamburg / Meike Leyrer, Schülerin, Hamburg / Dr. Kurt Libera, Dozent und Historiker, Kleinmachnow / Werner Liedtke, Pfarrer, Aktion Sühnezeichen, Berlin / Britta Linden, Hamburg / Paul Linden (Gewerkschaft Bau Steine Erden), Hamburg / Erika Linden, Hamburg / Ludwig Lugmeier, Schriftsteller, Bunde / Ursula Luhn, Autorin, Dollart / Dr. Dorothea Maetzing, Berlin / Prof. em. Dr.phil. Rudolph Maetzing, Berlin / Angela Marquardt, Mitglied im Parteivorstand der PDS, Berlin / Christiane Maßmann, Studentin, Hamburg / Hans-Jürgen Meier, Berlin / Katrin Meinecke, Hamburg / Karl-Heinz Meise, Ingenieur, Berlin / Ingrid Meissner, Hamburg / Isabel Meyer, Hamburg / Marc Meyer, Taxifahrer, Hamburg / Mathias Meyers, Redaktion clockwork 129 a, Mainz / Alfred Meysenbug, Grafiker, Hamburg / Hans Modrow, Mitglied des Bundestages PDS/Linke Liste, Ministerpräsident a.D., Berlin und Bonn / Harald Möhring, Hamburg / Rolf Moll, pädagogischer Mitarbeiter, Hamburg / A. Müller, Rentner, Berlin / Imken Müller, Fremdsprachensekretärin, Hamburg / Gerhard Murfi, Berlin / Bernd Neumann, Hamburg / Gertrud Nicolaisen, Rentnerin, Hamburg / Claudia Northe, Studentin, Hamburg / Roman Obrist, Hamburg / Willi Oertel, Bremen / Anne-Katrin Olbrich, parteilose Stadtverordnete für Aktionsbündnis PDS, Dresden / Peggy Parnass, Autorin und Gerichtsreporterin, Hamburg / Marion Pein, Rechtsanwältin, Hamburg / Dagmar Pelzer, Deputierte der

Justizbehörde, Hamburg / Sabine Peters, Schriftstellerin, Dollart / Claus Petersen, Hamburg / Lynn Phillips, Studentin, Neumünster / Rainer Puck, Lehrer, Hamburg / Ingeburg Radebuch, Berlin / Björn Radke, Scan-Operator, Hamburg / Walter Radomski, DKP Essen-Karnap / Dr. Andrey Reder, Wissenschaftlicher Mitarbeiter PDS/Linke Liste, Bonn / Norbert Reichel, Zimmermann, Hamburg / Ute Reinfeld, Hamburg / Kristin Rettig, Hamburg / Friedel Riemer, VdN, Berlin / Kurt Riemer, VdN, Berlin / Rainer Rolands, Berlin / Bernhard Rosenkötter, Gefangener aus dem antiimperialistischen Widerstand, z.Z. Justizvollzugsanstalt Butzbach / Norbert Rositzka, Berlin / Karl Heinz Roth, Historiker, Hamburg / Claudia Roth, Mitglied des Europaparlaments DIE GRÜNEN, Bonn und Brüssel / Jonny Schanz, arbeitslos, Hamburg / Carsten Scharpff, stellvertretender Vorsitzender Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, Kreis Altona, Hamburg / Hans Schinder, Berlin / Helga Schinder, Berlin / Florian Schmaltz, Mitglied im Beirat des Auschwitz-Komitees in der BRD e.V., Hamburg / Dr. Jürgen Schneider, Rechtsanwalt, Hamburg / Gerhard Schreit, Schriftsteller, Wien / Werner Schulz, Berlin / Kerstin Schulze, Hamburg / Doris Schumacher, Ärztin, Leer / Thomas Schumacher, arbeitslos, Leer / Frank Schumann, Journalist, Berlin /

Günther Schwarberg, Journalist, Hamburg / Christiane Schwarz, Hamburg / Gertrud Seidel, Rentnerin, Berlin / Dr. Ilja Seifert, Mitglied des Bundestages PDS/Linke Liste / Anita Sellenschloh, ehemalige Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus, Hamburg / Angela Senftleber, Hamburg / H. Senftleben, Berlin / Irmgard Senftleben, Berlin / Udo Sierck, Autor, Autonom Leben, Hamburg / Susanne Simon, Bremen / G. Sommer, Rentner, Berlin / Udo Spengler, Geschichtslehrer, Hamburg / Miriam Steland, Göttingen / Inge Sternberg, Hamburg / Jörg Stoll, Berlin / Rainer Stolz, Hamburg / Ingrid Strobl, Autorin, Köln / Marily Stroux, Fotografin, Hamburg / Stefanie Stüber, Hamburg / Otto Sucke, Berlin / Nikos Theodorakopolos, Hamburg / Rainer Trampert, Hamburg / Alfred Tulpe, Berlin / Charlotte Uhrig, VdN, Berlin / Jürgen Venk, Hamburg / Hans Erich Viet, Filmregisseur, Dollart / Lisa Vogel, Hamburg / Klaus Weinhauer, Historiker, Hamburg / Thomas Weiß, Berlin / Elsa Werner, Hamburg / Ludger Weß, Biologe, Hamburg / Gisela Wiese, Vizepräsidentin der deutschen Sektion der internationalen katholischen Friedensbewegung Pax-Christi, Hamburg / Hanna Weyler, Rentnerin, Leer / Birte Wichmann, Hamburg / Livia Wichmann, Hamburg / Renate Wilkens, Berlin / Hannelore Witkofski, Sozialpädagogin, Hamburg / Sabine Wittkopf, Redaktion piranha, Hamburg / Kurt Wittenberg, Hamburg / Steffi Wittenberg, Hamburg Gunnar Zessin, Arbeitsgruppe Antirassismus ImmigrantInnen-Flüchtlingspolitik der PDS, Berlin / Günter Zint, Museumsdirektor und Fotograf, Hamburg

Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AG/R) / Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD / Redaktion Angehörigen-Info, Hamburg / antifa-Bund der Antifaschisten, Landesverband Berlin / Antifa-Altona, Hamburg / Antifa-Gruppe Rendsburg / Antifa-Jugendfront, Hamburg / Antifa Neumünster / Antifa-Rahlstedt, Hamburg / Antifa-Schanzenviertel, Hamburg / Antirassistisches Telefon, Hamburg / Antirassistisches Zentrum, TU Berlin / Anti-Weltwirtschaftsgipfel-Bündnis, Hamburg / Archiv der Sozialen Bewegungen, Hamburg / Atze, Antifaschistische Zeitung, Kiel / Autonome Infogruppe Kiel / Autonome KommunistInnen Marburg / Autonomes Info Café Zapata, Kopenhagen / Avanti-Projekt undogmatische Linke, Kiel / BesetzerInnenkollektiv Wrangelstraße, Hamburg / Bewohnerinnen der B 41, Neumünster / Bund der Atheisten, Hamburg / Café & Buch, Buchhandlung, Hamburg / Confront-Druck, Hamburg / Die Dessertöre - Totale Kriegsdienstverweigerer, Hamburg / Die Druckerei, Buchhandlung im Schanzenviertel, Hamburg / DKP, Gruppe Westliche Innenstadt, Hamburg / DKP, Kreisverband Neumünster / Eibajalla e.V., Hamburg / EX-KB-Mehrheit, Hamburg / Forum Berliner Linke e.V. / Fotosatz Ulla Penselin, Hamburg / Frauenbildungszentrum Denk't'räume, Hamburg / Gegenwind-Redaktion, Kiel / Hafenstraße-Plenum, Hamburg / Hamburger Studienbibliothek / Infobuchladen Schwarzmarkt, Hamburg / Infoladen Brunnenstraße, Ostberlin / Infoladen Omega, Neumünster / Infoladen Theprax, Rendsburg / Internationale Brigade José Marti (Kuba) / Komitee gegen den imperialistischen Krieg, Hamburg / Konkret-Redaktion, Hamburg / Krass Ladengruppe, Kiel / Kulturzentrum Reichshalle, Neumünster / L'Chaim, Gruppe jüdischer Lesben und Schwuler, Berlin / Medienpädagogisches Zentrum e.V., Hamburg / Missing Link, Versandbuchhandlung, Bremen / Palästinagruppe Bremen / Pax Christi, Gruppe Hamburg / Prozeßgruppe Neumünster / Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes, Hamburg / Readergruppe Antifa-Ratschlag Dresden / Rote Flora-Plenum, Hamburg / Rote Hilfe e.V. BRD / Rote Hilfe, Ortsgruppe Hamburg / Rote Hilfe, Ortsgruppe Kiel / Schanzen Ini West, Hamburg / Schanzenstern, Übernachtungs- und Gasthaus, Hamburg / SDAJ Hamburg / Solidaritätsgruppe Ralf und Knud, Hamburg / Sozialistische Arbeitergruppe, Hamburg / St. Pauli-Archiv, Hamburg / Tegetthof-Plenum, Hamburg / Verlag Libertäre Assoziation (VLA), Hamburg / Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, Ortsgruppe

St.Pauli-Altona, Hamburg / Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN/Bund der Antifaschisten, Ortsvereinigung Bramfeld/Steilshoop, Hamburg / VVN Bund der Antifaschisten, Neumünster / Willi Bredel-Gesellschaft/Geschichtswerkstatt, Hamburg

15. Wiedereintritt in die Geschichte? Der BRD-Imperialismus auf der Suche nach dem Platz an der Sonne

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:14

Seit Oktober 1990 wird von einschlägigen Ideologen und Politikern daran gearbeitet, aus 45 Jahren BRD eine "Zwischenepoche" deutscher (National)Geschichte zu machen. Die Folge einer deutschen Großmachtpolitik, die Teilung Deutschlands, wird zum nun abgeschlossenen "Sonderweg" erklärt. Die Mahnung des Faschismus hat damit ebenfalls ihren Abschluß gefunden, das neue Deutschland ist von der "Ära Hitler" zeitgeschichtlich abgetrennt. Die um die DDR vergrößerte Bundesrepublik muß vom "demokratischen Rechtsstaat" zum wiedererstandenen "deutschen Nationalstaat" samt ideologischem Erbe mutieren - und auf den "Sonderweg" muß die "Normalisierung" folgen. Doch an das unrühmliche "Dritte Reich" läßt es sich schlecht anknüpfen, eher an die spät vereinigte aufstrebende Industrienation, die um die Jahrhundertwende einen "Platz an der Sonne" verlangte. Die endgültige "Heimführung" der Preußenkönige, die Restaurierung des Brandenburger Tores - "Deutschland ist nach wie vor, oder wieder neu, das Bismarck-Reich, allerdings in der Form, die ihm die Adenauer-Republik gegeben hat", so der Berliner Historiker Arnulf Baring, der einen Einblick in die Denkrichtung erlaubt. (1) Er konstatiert, die BRD rutsche wieder "in die alte Zwangslage zwischen Ost und West". Baring sieht Deutschland auch politisch vor ähnlichen Herausforderungen stehen wie weiland das Deutschland Kaiser Wilhelm II. Damit es diesmal seine Chance nutzen kann, muß die Lageeinschätzung maßvoller sein und die Analyse optimiert werden. Vor Größenwahn hüte der Deutsche sich, doch Opferbereitschaft und Tapferkeit werden wieder gefragt sein. Die Deutschen hätten sich nach 1945 zu einseitig neu orientiert und einfach das Gegenteil dessen, was vorher galt, für richtig gehalten, so Baring in seinem Gespräch mit dem Verleger Wolf-Jobst Siedler. "Es ist 1945 mehr vom Wagen gefallen, als uns gut tut. Einiges muß aufgehoben und noch einmal sorgfältig bedacht werden." Und er wirft die Frage auf, ob "uns Bismarck oder Stresemann künftig noch - oder wieder - etwas zu sagen (haben)?" Geschichte dürfe sich schon gar nicht bei uns weiterhin "reduzieren auf das schlimme Dritte Reich." Im folgenden will ich einen Blick auf das werfen, was Baring und andere gerne wieder aufpolieren würden.

Die am stärksten ins Auge fallende Parallele zum Wilhelminischen Deutschland ist das Bemühen, zur mitteleuropäischen Hegemonialmacht, ja möglichst zur Weltmacht aufzusteigen.

Die gewaltigen Produktivkraft-Aufschwünge der letzten drei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts und ein Bevölkerungswachstum, das Deutschland absehbar zum bevölkerungsreichsten Land Europas machen würde, trieben seinerzeit verschiedene Ideologien von der Berechtigung expansiver Weltpolitik hervor. Deutschland müsse gleichberechtigt an die Seite der drei konkurrierenden Weltmächte USA, Rußland und Großbritannien treten. Die Formel, Deutschland sei ökonomisch ein Riese, politisch dagegen ein Zwerg, hat Franz Josef Strauß populär gemacht, doch sie hätte auch vor 80 Jahren gepaßt. Die Wiedervereinigung war insofern eine ähnliche Zäsur wie der Krieg von 1871 für das spät geeinte Deutschland - der ökonomischen Potenz soll(te) spätestens jetzt zur politischen Bedeutung verholfen werden. Dies setzt(e) voraus, daß die deutsche Außenpolitik nicht mehr dem "altgewohnte(n) Maß von deutscher Rücksicht und Selbstlosigkeit" folgte (der "Alldeutsche" Heinrich Claß im September 1914) sondern "allein das Wohl und die Notwendigkeiten des deutschen Volkes zum Maßstab" nahm (Claß). BRD 1992: "Unsere wirtschaftliche, technologische und finanzielle Leistungsfähigkeit lassen eine Selbstbeschränkung deutscher Außenpolitik nach dem alten Muster nicht mehr zu". Deutschland müsse sich der Realität seiner Macht stellen, so Volker Rühe als Legitimation für autonome außenpolitische Versuche. Treffend hat Arthur Heinrich die neue deutsche Außenpolitik in den "Blättern" charakterisiert: "Die außenpolitischen Prämissen der vormaligen Bundesrepublik, Selbstbeschränkung, Zurückhaltung, Hemmungen, sich zu exponieren, Rücksichten, werden unter dem Obertitel unzeitgemäßer Niedlichkeiten abgeschrieben." Unter diesem Blickwinkel ist es auch kein Zufall, daß Forderungen, die "vor einem Vierteljahrhundert noch als Auswuchs des Militarismus, als Kriegshetze oder Chauvinismus verdammt ... durch die Entwicklung bestätigt wurden" (Claß 1914). Ja nun, vor 25 Jahren galt die Forderung nach einem weltweiten Agieren deutscher Soldaten, einem Sitz im UN-Sicherheitsrat oder nach Streichung des Asylrechts aus dem Grundgesetz auch als Chauvinismus.

Der Auftritt auf der Weltbühne wird vorbereitet

Als Voraussetzungen einer deutschen Weltmachtrolle galten vor 80 Jahren das militärische Gleichziehen mit Großbritannien (eine Flotte für Deutschland), die Schwächung Rußlands sowie die Erweiterung Deutschlands um "Mitteleuropa". Die Flotte von gestern ist die Atomwaffe von heute: Die Debatte um weltmachtgemäße Waffen, die politischer und ökonomischer Macht erst die nachdrückliche Geltung verschaffen können, hat die Scheuklappen abgelegt. Angefangen bei Baring, der in verschiedenen Veröffentlichungen die Frage aufwarf, "ob wir auf die Dauer, bei der großen Verletzlichkeit unseres Landes, um diese Waffen herumkommen?", bis zu Augstein, der jüngst in einem Spiegel-Kommentar (2) damit drohte, daß Deutschland sich (natürlich "widerwillig") in "den Besitz von Atomwaffen bringen" müsse, sollte ihm kein "gleichberechtigter Platz in einem kollektiven Verteidigungssystem" eingeräumt werden.

Die vor 80 Jahren ersehnte und mit dem ersten Weltkrieg in einen ersten Angriff genommene "Dekomposition" Osteuropas ist der BRD sozusagen in den Schoß gefallen. Heute ist "Rußland die Herrschaft an der Ostsee" (Baltikum) entrissen, der Herrschaft über seine "Vasallenvölker" (Polen, Ukraine) beraubt und "mit seinem Gesicht nach Osten gerichtet", d.h. so geschwächt, daß es "hinfort keinerlei Einfluß mehr in Osteuropa, auf dem Balkan ..." haben würde. (Kriegszieldenkschrift von Heinrich Claß, Sept. 1914 (3))

Ein Mitteleuropa unter deutscher Führung

Die Idee der Erweiterung Deutschlands um einen Kordon ihm politisch und wirtschaftlich ergebener Staaten, die Grundlage der Gleichberechtigung mit den anderen Weltmächten sein sollte, wurde von Alldeutschen bis zu Nationalliberalen seit Ende des 19. Jahrhunderts propagiert und erlangte insbesondere in den Jahren vor Kriegsbeginn Bedeutung. Walter Rathenau hatte dann in den ersten Kriegstagen in einer Denkschrift dem Kaiser seine Überlegungen vorgetragen: Nur ein durch "Mitteleuropa" verstärktes Deutschland sei in der Lage, sich zwischen den Weltmächten Großbritannien, USA und Rußland als ebenbürtige Weltmacht zu behaupten. Für Claß als einen Vertreter der "Alldeutschen" sollte Mitteleuropa "nach dem Krieg ein großes, einheitliches Wirtschaftsgebiet sein, ... das schlechthin jedem anderen gegenüber seine wirtschaftspolitische Unabhängigkeit wird wahren und durchsetzen können." Im März 1915 wurde unter Beteiligung nahezu sämtlicher namhafter Industriekonzerne und der Deutschen Bank zum Zwecke der Propagierung der deutschen Mitteleuropakonzeption in Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei die "Reichsdeutsche Waffenbrüderlicher Vereinigung" (später Großdeutsche Arbeitsgemeinschaft) gegründet, der sowohl Reichskanzler Bethmann Hollweg und Stresemann wie auch Naumann und ab 1919 Theodor Heuß angehörten.

Der erste Weltkrieg, d.h. die kriegerische Variante, brachte jedoch nicht den Durchbruch, den die BRD auf ökonomischem Weg nach 1945 erreichte und die Planungen von Reichskanzler Bethmann Hollweg Wirklichkeit werden ließen (aus dem "Septemberprogramm" von 1914): "4. Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes ... unter Einschluß von Frankreich, Niederlanden, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und eventuell Italien, Schweden, Norwegen. Dieser Verband, ... unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren."

Die BRD als "Motor" der europäischen Einigung - damals wie heute kam der deutsche Führungsanspruch als Fürsorge für die europäische Einigung daher. "Deutschland streitet für den europäischen Gedanken. Damit aber gewinnt Deutschland auch das Recht, das Haupt einer europäischen Staatengemeinschaft zu werden. Diese Föderation unter deutschem Schutz und deutscher Verantwortung mit ... Kohlenstationen und Kabeln in aller Welt, ist in ihrer Gesamtheit das große, imperialistische Deutschland ..." (aus: "Die Weltmacht" v. Okt. 1914 (4)). Imperialistische Ambitionen nimmt mann nicht mehr in den Mund, doch auch für Helmut Kohl ist klar, "unsere Geschichte und unsere geographische Lage in der Mitte Europas geben uns eine größere Verantwortung." (Bundeskanzler Kohl am 13. März 91 vor dem ASPEN-Institut (5))

Kern der "Mitteleuropa"-Idee war eine Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Deutschlands und Österreich-Ungarn, das sich als ehemaliger Teil des "Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation" mit seinem überwiegend deutsch geprägten Kernland Altösterreich als Bundesgenosse zur Vertretung gemeinsamer "deutscher Interessen" anbot. Entscheidender noch war seine Funktion für die südosteuropäischen Aspirationen Deutschlands als "Brücke in den Balkan" und Landweg nach Kleinasien

sowie als gleichzeitiger "Damm gegen das Slawentum". Aufgrund der inneren Schwäche der Donaumonarchie wegen ihrer Nationalitätenprobleme war für die Vertreter der Mitteleuropa-Idee klar, daß Deutschland die politische und ökonomische Führung in diesem nach außen als "gleichberechtigt" deklariertem Bund haben würde und Österreich-Ungarn sich im wesentlichen nach deutschen Interessen zu richten habe. Um dieses "Kernbündnis" wurden in den verschiedensten Denkschriften unterschiedliche Länder herumgruppiert.

Der nationalliberale Friedrich Naumann ging in seiner Schrift "Mitteleuropa" (6) davon aus, daß Italien, "die nordischen Mächte", Rumänien, Bulgarien, Serbien, Griechenland, Holland und die Schweiz eines Tages "Mitteleuropa" bilden könnten. Die verbündete Türkei jedoch könne in den "Kern von Mitteleuropa" nicht hineingehören (Naumann), da sie ein "Volks- und Wirtschaftsgebiet sehr anderer Art (sei), südländischer, orientalischer, altertümlicher und menschenärmer" - die Argumentation kommt einem recht bekannt vor. Daneben brauche Mitteleuropa (östlich) "angrenzende Agrargebiete, denen der Zutritt zum Wirtschaftsbündnis ermöglicht werden solle, es brauche eine Erweiterung seiner nördlichen und südlichen Seeküste und Anteil am überseeischen Kolonialbesitz."

Über die Methoden zur Schaffung eines von Deutschland dominierten Mitteleuropa gingen die Vorstellungen auseinander. Für die "Alldeutschen", um 1890 zunächst eine rechtsaußen liegende politische Minorität, die zum ersten Weltkrieg hin ihren Einfluß über die Schwerindustrie (die sich die russischen Kohle- und Erzvorkommen aneignen wollte) hinaus bis auf den Reichskanzler und den hinter ihm stehenden Teil der Regierung, die übrige Industrie sowie den Landwirtschaftsverband ausdehnen konnten, war eine territoriale Vergrößerung Deutschlands durch einen Krieg Voraussetzung für eine deutsche Weltmachtrolle. Sie gingen dabei von einem Waffengang mit Rußland aus, der die Annexion des Baltikums, sowie eine Angliederung des russischen Kongreßpolens und der Ukraine in der einen oder anderen Form ermöglichen sollte. Weiter ging noch die Denkschrift August Thyssens vom 9. September 1914, der darüberhinaus die Einverleibung des Dongebietes mit Odessa, die Krim sowie das Gebiet um Asow und den Kaukasus forderte, um das deutsche Rohstoffpotential für die Zukunft sicherzustellen.

In Erwartung eines schnellen Sieges über Frankreich wurden zu Kriegsbeginn immer umfangreichere Annexionen im Westen ins Auge gefaßt. Reichskanzler Bethmann Hollweg ging beispielsweise in seinem "Septemberprogramm" mindestens von der Angliederung Hollands sowie des französischen Erzbeckens von Longwy Briey aus (Hauptziel der deutschen Schwerindustrie), Luxemburg sollte deutscher Bundesstaat, Belgien ein deutscher Vasallenstaat werden. Ein mitteleuropäischer Zollverein wurde für diese Kreise zunehmend ein Nebenprodukt der annexionistischen Vergrößerung des deutschen Wirtschaftsgebietes. Jene Länder, die man nicht direkt annektieren wollte, sollten notfalls zwangsweise in den mitteleuropäischen Zoll- und Wirtschaftsverbund einbezogen werden. Gerade in Bethmann Hollwegs "Septemberprogramm", das die Ideen führender Industrieller, Politiker und Militärs repräsentierte, wird deutlich, daß der Zweite Weltkrieg letztlich der Versuch einer erfolgreicheren Neuauflage des Ersten Weltkrieges war - die faschistischen Kriegsplanungen gucken, samt Rassismus und Antisemitismus, bereits aus allen Löchern der Denkschriften der Stinnes, Krupp, Thyssen u.a. an den Kaiser.

Für Naumann (und beispielsweise auch Bethmann Hollwegs Stellvertreter Dellbrück) war ein mitteleuropäischer Wirtschaftsverbund als Ergebnis von freiwilligen Bündnisverträgen eine Alternative zu einer annexionistischen Politik Deutschlands. Naumann ging davon aus, daß die ins Auge gefaßten Länder sich nicht gerne Deutschlands Führung anschließen würden, aber daß der Zwang der sich entwickelnden Weltwirtschaft und die innerimperialistische Konkurrenz ihnen keine Alternative lassen würde. "Kleinstaaten, die keinen Zollkrieg durchführen können, ... (müssen) in Zukunft bei einer der großen Weltfirmen (Weltmächte) eingeschrieben sein, sobald die Oberfirmen sich gegenseitig noch viel mehr als vor dem Kriege voneinander abschließen." Auf dieses Kalkül wird heute ebenso gebaut: Baring stellt 1991 fest, "daß sich in der modernen großräumigen Industriewelt so kleine Gebilde wie Estland, Lettland, Litauen, aber auch Slowenien und Kroatien kaum auf eigene Faust behaupten können. Der Versuch völliger Unabhängigkeit kann doch eigentlich gar nicht gut gehen, kann leicht scheitern. Irgendwo müssen diese Kleinstaaten doch unterschlüpfen. Aber wo?" Nun ja, aus irgend einem Motiv muß die BRD so eifrig Geburtshilfe für diese "Unabhängigkeiten" geleistet haben. Doch Baring treibt die Sorge um, daß die Deutschen diese angeblich vom Ausland ihnen zugedachte Verantwortung nicht übernehmen wollen. Während die Linie der Alldeutschen im Zweiten Weltkrieg ihre zweite Niederlage erlitt, erweist sich die u.a. von Naumann repräsentierte Variante indirekter Dominanz als die historisch erfolgreichere und überraschend aktuell. Er empfahl in seinem Buch "Mitteleuropa" 1915,

Deutschland solle den anderen Staaten seine "Finanz- und Organisationskraft" anbieten, ohne Zwang auszuüben, weil nur so "ein Erfolg" denkbar sei und Deutschland nicht in den Verdacht gerate, "ihre Geschäfte überwinden" (übernehmen) zu wollen. "Wer hier nicht taktvoll und weitblickend vorgeht, kann Unendliches verderben." Auch Naumann ging es letztlich um den gleichen "Erfolg" wie den Alldeutschen: eine deutsche Hegemonie in Mitteleuropa. "Niemand von uns und auch von unseren Nachbarn zweifelt, daß die wirtschaftsorganisatorische Seite der Sache von den Deutschen geleitet werden kann, wenn sie überhaupt menschenmöglich ist." Wenn er Zweifel am Vorhandensein der nötigen politischen "Elastizität" anmeldet, da Deutschland als junges Weltvolk noch zu nahe an der Enge der Kleinstädterei und Kleinstaaterei sei und die Achtung vor anderen, mit denen man zusammenarbeiten wolle, nicht selbstverständlich sei, so muß man feststellen, daß er in Baring einen würdigen Apologeten gefunden hat. Auch er fürchtet, daß Deutschland sich die (selbstverständlich durch "die Umstände aufgedrängte") "Führungsrolle - und damit die größere Verantwortung für das Ganze, für Europa" durch fehlenden "Takt" verscherzt. Baring steht für eine politische Denkrichtung, die propagiert, aus der deutschen Geschichte zu lernen, um in einem neuen, diesmal politisch klügeren Anlauf die eigentliche Bestimmung Deutschlands als mitteleuropäischer Hegemonialmacht zu realisieren. Der Versuch, dieses Ziel mit dem Ersten und Zweiten Weltkrieg zu erreichen, der Faschismus, werden bei dieser Betrachtungsweise zu bloßen Entgleisungen der Politik aufgrund mangelhafter Analyse "unserer" Möglichkeiten und Grenzen: "Wenn wir unsere eigenen Interessen definieren, die Lehren unserer früheren Fehlschläge beherzigen, werden wir wissen, was wir bescheiden, aber auch energisch zu tun haben werden."

Westbindung

oder Mitteleuropa?

Mit dem Zerfall der Sowjetunion und dem Souveränitätszuwachs für die BRD haben sich Möglichkeiten und Umfeld bundesdeutscher Außenpolitik verschoben. Nach der Entbindung Osteuropas aus der sowjetischen Hegemonie steht im europäischen Einigungsprozeß eine grundlegende Entscheidung an: Erweiterung der EG, was eine Renationalisierung politischer Entscheidungen zur Folge haben dürfte, oder die langfristige Belassung Osteuropas auf dem Stand der EG-Assoziierung und dafür eine stärkere politische Verklammerung der führenden westlichen EG-Staaten. Eine Entscheidung für eine baldige Vergrößerung der EG konterkariert die derzeit noch wortreich angestrebte politische Integration (Herstellung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik) und dürfte den Kampf um die Vormachtstellung zwischen den EG-dominierenden Ländern BRD, Frankreich und Großbritannien verschärfen. Gewinner wird derjenige sein, der sich eigene Allianzen in der EG schaffen kann, d.h. seine Position mit einem "Kordon ihm politisch und ökonomisch ergebener Staaten" stärken kann.

Die BRD hat große Chancen, Sieger des Wettlaufes zu werden. Da dürfte sich auch die Fürsprache für die Aufnahme Österreichs in die EG rentieren, die, bei mancherlei politischer Interessensidentität, einen Zuwachs an Macht für den "deutschsprachigen Raum" garantiert. Österreich versucht mit seinem Engagement in den angrenzenden östlichen Staaten (Slowenien, CSFR, Ungarn) historische Bindungen aus der Zeit der k.u.k.-Monarchie wiederzubeleben. Der politische Gleichklang mit der BRD reicht insofern auch über gemeinsame ökonomische und politische Interessen in diesen Ländern, ein gemeinsames Vorgehen im Falle Jugoslawien bis zu einer Vorliebe fürs auswärtige Deutschtum. Österreich ist seit dem Zweiten Weltkrieg "Schutzmacht" der deutschsprechenden Italiener in Südtirol und heimst dafür den Beifall der hiesigen Rechten ein.

Um die Frage der Bedeutung der EG - weniger des gemeinsamen Marktes als vielmehr der politischen Union - gibt es in den herrschenden Kreisen eine Debatte und ein Ausloten von Spielräumen und Grenzen für risikoreiche, den EG-Zusammenhalt tendenziell sprengende bundesdeutsche Alleingänge - angefangen vom Zehn-Punkte-Programm "zur Überwindung der Teilung Deutschlands" 1989 bis zu den jüngsten Versuchen, den Zerfall Jugoslawiens durch Nachhilfe bei der (auch ins Kalkül gezogenen militärischen) Herauslösung der nördlichen Republiken zu befördern. Das Pendeln zwischen Vorpreschen und Rückzug beim Agieren im Falle Jugoslawien macht beispielhaft deutlich, daß Bonn bestrebt ist, sein Gewicht für eine Ausrichtung der Außenpolitik der EG nach deutschen Vorstellungen einzusetzen, und hierfür auch das zeitweilige Ausscheren aus der Gemeinschaft als Druckmittel gebraucht. Daß Bonn künftig seine Politik nicht mehr mit Paris und London auf einen Nenner zu bringen gedenkt, machte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes deutlich: "Die Zeiten, als Bonn die sogenannte Konvoi-Rolle spielte und den anderen folgte, sind vorbei." Eine Politische

Union könnte die Möglichkeit eigenständiger deutscher Machtpolitik und Profilierung einschränken. So wird, bei aller Pro-Europa-Rhetorik mit dem Drängen auf eine schnelle osteuropäische Erweiterung damit gespielt, den "Ballon der Politischen Union wie unter Überdruck zerplatzen" zu lassen. "Dann bliebe, was für alle das Nützlichste ist: Eine große, den Wohlstand verbreitende Freihandelszone ... mit der Beschränkung auf eine Freihandelszone Groß-Europa wäre der harte Zweck der Integration, die Kontrolle Deutschlands, aufgegeben." (7) Debattiert werden jedoch auch die Gefahren einer Aufgabe der reinen Westbindung. "Der Versuch, deutschen Einfluß in Europa zu stärken durch eine Politik der Machtbalance im System der Nationalstaaten, durch das Offenhalten von ‚Optionen` nach Westen wie nach Osten, bleibt zu kompliziert, um auf Dauer erfolgreich sein zu können. Ein Deutschland, dessen Verankerung in den westlichen Gemeinschaften gelockert wäre, würde bei den Nachbarn des Landes in der Mitte Europas wieder den Verdacht wecken, die Deutschen könnten den Verlockungen einer alternativen Option nachgeben und ausscheren." (8) Die Begründung einer Westbindung bleibt bestehen, doch ihre Notwendigkeit ist vor dem Hintergrund des radikal gewandelten weltpolitischen und europäischen Gefüges relativiert. Mit dem Bezug der ökonomisch und politisch vor dem Ruin stehenden Staaten Osteuropas eröffnen sich der BRD neue Orientierungsoptionen. Vor diesem Hintergrund kann eine Osterweiterung der EG die Bedingungen für ein auch politisch im deutschen Einflußbereich stehendes (östliches) Mitteleuropa heranreifen lassen.

Doch das finanzielle und politische Engagement in Osteuropa ist eine mit großen Risiken behaftete, sich bestenfalls langfristig auszahlende Option, die gewaltige ökonomische Expansionsmöglichkeiten und großen politischen Einfluß einbringen kann, aber auch die Verstrickung in militärische Interventionen bei dem Versuch, die eigenen politischen und ökonomischen Investitionen und das neue Gefüge zu sichern. "Eine gefährliche Mischung, so lehrt die Geschichte, die leicht den Boden abgibt für abenteuerliche, für risikobereite, für katastrophenträchtige Politik." (9)

Von der Förderung der Industrie Abstand nehmen ...

Die Frage, welche Ziele die herrschenden politischen und industriellen Kreise in Ost(mittel)europa Anfang des Jahrhunderts realisieren wollten, läßt sich anhand der Kriegszieldebatte nachvollziehen. Die direkte oder indirekte Erweiterung Deutschlands nach Osten war in erster Linie ökonomischer Ersatz für koloniale Eroberungen, auf die sich insbesondere Englands Großmachtstatus gründete. Abgestützt wurde der Versuch, "die alten Staatsgrenzen Osteuropas zu sprengen" durch den "Rückgriff auf das auswärtige Deutschtum." (10)

Koloniale Eroberungen hat die BRD nicht mehr nötig - ihr direkter Zugriff auf den Weltmarkt (und die Bedeutung westlicher Länder als Abnehmer ihrer Exporte) mindert die Bedeutung der osteuropäischen Märkte. Trotzdem gibt es verblüffende Parallelen zwischen der Kriegszieldebatte und dem heutigen wirtschaftlichen Engagement der BRD in diesen Staaten.

Dafür läßt sich sehr schön die "Niederschrift über den Stand der Verhandlungen zur Gründung eines Finanzierungssyndikats für den Osten" aus dem Mai 1918 (zitiert (3)) heranziehen: "Es wurde deshalb in Aussicht genommen, einen umfassenden Plan auszuarbeiten, welche Maßnahmen erforderlich seien, um Deutschland eine wirtschaftliche Vormachtstellung für die Zukunft in dem Gebiet des früheren russischen Kaiserreiches zu sichern. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die Einflußnahme auf die großen Verkehrsunternehmungen (Eisenbahnen ... und Wasserstraßen). Ferner ist eine Beteiligung an Bergwerks-, Industrie- und Baumwollunternehmungen vorgesehen, sowie jede Art von Rohstofferzeugung ..., dagegen wird gewünscht, von einer direkten Förderung der russischen Industrie Abstand zu nehmen." So versuchte die Reichsregierung im (heute ökonomisch völlig uninteressanten) Serbisch-Mazedonien sich für die dort engagierte Dresdner Bank, die Deutsche Bank und die Deutsche Erdölgesellschaft ein Vorrecht auf die Erforschung und Erschließung von Kupfer, Kohle, Gold und Ölschiefer und weiterer Bodenschätze zu sichern. Der Entwurf eines "Friedensvertrages" vom Mai 1918 verpflichtete beispielweise die Republik Transkaukasien, die "Ausbeutung sämtlicher durch Bergbau zu gewinnender Bodenschätze Transkaukasiens dem Staate vorzubehalten und ausschließlich einer Gesellschaft zu übertragen, deren Anteile je zur Hälfte (später wurden 75% für Deutschland anvisiert) Transkaukasien und Deutschland zufallen." Die Ausfuhr der Bodenschätze durften von Transkaukasien weder "durch Verbote noch durch Zölle" beschränkt werden. Eingeschlosssen waren dabei für Deutschland und die Türkei auch die Verwaltung des Hafens von Batum, später auch der Häfen Poti und Baku. In Ergänzungen wurde zusätzlich der anteilige Erwerb der Erdölpipelines anvisiert.

Gegenüber den im Frieden von Brest-Litowsk aus der Sowjetunion herausgelösten baltischen Staaten und dem zu schaffenden Königreich Polen wollte Deutschland seine Machtposition für den Abschluß einer Militärkonvention, eines Zollvertrages sowie eines Eisenbahn-, Schiffahrts-, Post- und Telegraphenabkommens nutzen, was diese Bereiche praktisch den entsprechenden deutschen Stellen unterstellt hätte. Die Realisierung dieser Vorhaben bei einem Sieg im Osten hätte dem deutschen Imperialismus faktisch die Verfügungsgewalt über Rohstoffe und die politische, militärische und ökonomische Infrastruktur Osteuropas gesichert. Militärische Pressionen hat Deutschland anno 1992 nicht nötig, um zu erreichen, daß osteuropäische Regierungen ihm Wirtschaft und Infrastruktur ihrer Länder in die Hände legen wollen. Doch das für diese Länder letztlich ruinöse Konzept von Abkommen und Beteiligungen ist das gleiche wie vor 90 Jahren: Von einer Modernisierung oder "Förderung der Industrie", die an den Bedingungen und Interessen Osteuropas orientiert sind, wird Abstand genommen. Joint-Ventures in diesem Bereich sind immer noch eine vernachlässigbare Größe, wiewohl die Lohnkosten durchaus mit Ländern des Trikont vergleichbar sind. Das Engagement der bundesdeutschen Wirtschaft beschränkt sich im wesentlichen auf die Schaffung oder Modernisierung von Infrastruktur und Dienstleistungen (Telekommunikation (beispielsweise in den GUS-Staaten), Erdöl/Erdgaspipelines, AKW plus Zuleitungen in der CSFR - was diese Länder technisch und ökonomisch an die BRD kettet und lästige Konkurrenten abhängt) oder Unterstützung bei der Exploration und Ausbeutung von Rohstoffen, an denen man selbst partizipieren will. Dieses Vorgehen gilt auch für Polen, die CSFR und Ungarn, die am stärksten politisch konsolidiert sind und jene von der Bundesregierung diktierten "Rahmenbedingungen" für auswärtige Investitionen (Gewinntransfer, Möglichkeit mehrheitlicher Übernahme von Unternehmen etc.) weitgehend realisiert haben. Nicht zu vernachlässigen ist in diesem Zusammenhang auch der Einfluß der BRD bzw. der westlichen Länder über den IWF via Schuldenpolitik auf die Finanz- und Sozialpolitik in Osteuropa.

Die von Naumann, Rohrbach u.a. in der Kriegszieldebatte verfochtene Selbständigkeit ökonomisch schwächerer Staaten, d.h. ihre Nichtannexion, garantierte damals wie heute den Erfolg dieser Politik, soweit sich eine Abhängigkeit von Deutschland durchsetzen ließ. Denn sie ermöglicht(e) realitiv ungestörte und optimale Ausbeutungsbedingungen, die der jeweiligen Regierung die sozialen und politischen Lasten der Ausbeutung von Menschen und Ressourcen überläßt.

Illustrieren lassen sich die Vorteile dieser Nichtannexionspolitik an den Überlegungen, die für ein wiederhergestelltes Polen angestellt wurden. Erwogen wurde u.a. ein autonomes Königreich Polen, welches durch Bündnis und Militärkonvention mit Deutschland oder Österreich-Ungarn verbunden werden sollte. Jene "österreichische Lösung" sollte Deutschland von der Last der Verwaltung und Verantwortung für unwillige Untertanen befreien. Bethmann Hollweg erklärte eine Annexion Polens zum "nationalen Unglück durch die Millionen fremdvölkischer Untertanen". Durch Bestätigung der vollen Gewerbefreiheit für Deutsche in Polen samt dem Recht, uneingeschränkt Grund und Boden zu erwerben, durch Sicherstellung der während der Besatzungszeit durch Deutsche erworbenen Bergwerksrechte und die unbehinderte Rohstoffausfuhr sowie Unterstellung der polnischen Eisenbahn und der Binnenschiffahrt "unter ausschließlicher Führung deutschen Kapitals" strebte Deutschland stattdessen die tatsächliche Versicherung eines sich wie auch immer gestaltenden polnischen Staates an. Die in verschiedenen Denkschriften darüberhinaus geforderte "Sicherung des Arbeiterexportes aus Polen" sollte zusätzlich die uneingeschränkte Ausbeutung der Menschen garantieren.

Eroberung und Erhaltung "deutscher Vorposten"

Entgegen häufiger Annahme wurde die "Vereinigung des Deutschtums" nicht erst vom deutschen Faschismus als Legitimation seiner Raub- und Eroberungszüge herangezogen. Sie tauchte bereits in der Kolonisierungs- und Vertreibungspolitik des Ersten Weltkrieges auf, ideologisch läßt sie sich in den Vorkriegsdebatten der "Alldeutschen" nachweisen. So wurde beispielsweise der Einmarsch in den Ostseeprovinzen (Baltikum) und in Litauen propagandistisch mit der Forderung begleitet, man dürfe "die Deutschen ..., die dort 700 Jahre unter schwersten Kämpfen treu in härtestem Vorpostendienst ausgeharrt haben, nicht unerlöst lassen". Wie später im Faschismus war bereits im Ersten Weltkrieg die direkte territoriale Aneignung "deutsch besiedelter" Gebiete engstens mit Rassismus, Antisemitismus und zwangsläufig mit Deportationsplänen "blutsfremder Völker" verbunden. Die auf die (im Ersten Weltkrieg mangels Erreichung der Kriegsziele nur geplanten) Deportationen folgende Germanisierung sollte die eroberten Teile Osteuropas unverrückbar an Deutschland ketten und jeglicher Revision die Grundlage nehmen.

Die BRD knüpfte nach dem verlorenen Krieg an die Deutschtumspolitik der Weimarer Republik an. Sowohl nach 1918 wie nach 1945 verbot sich die Forderung nach militärischer Annexion, sie wäre für die Förderung und Erhaltung der deutschen Minderheiten in Europa kontraproduktiv gewesen. Der "eiserne Vorhang" erschwerte der BRD die in den zwanziger Jahren zwar illegale, aber mögliche finanzielle und ideologische Unterstützung in Form von Zeitungen u.ä. an das "auswärtige Deutschtum". Da seine Assimilation in Osteuropa bereits weit fortgeschritten war und diese "Vorposten" damit unwiderruflich verloren gewesen wären, beschränkte sich die BRD zunächst darauf, mit dem Drängen auf ihre Ausreise Politik zu machen. Dies hat sich nach der Öffnung in Polen und dem Wegfall der sowjetischen Hegemonie radikal gewandelt. Politische Betriebsamkeit und das Bemühen, sich in die einheimische Industrie einzukaufen bzw. deutsch dominierte Betriebe zu gründen, sind quer zum Trend im ehemaligen Oberschlesien, in Böhmen und an der Wolga zu verzeichnen - denn dort kann man auf "Deutschstämmige" zurückgreifen. Ebenso wie in den zwanziger Jahren wird auch heute zusätzlich auf die Wiederansiedlungsmöglichkeit ehemals dort lebender Deutscher gedrängt, mithin auf die Ausweitung dieser "deutschen Kolonien".

Bonn nutzte die fatale ökonomische Lage Polens und seine Verschuldung, um ihm die politische und wirtschaftliche Reorganisation der deutsch sprechenden Minderheit abzuringen. Mittels deutscher Schulen, Rundfunkstationen, Zeitungen, einer eigenen politischen Vertretung wird die Orientierung auf Deutschland als der "eigentlichen Heimat" und Oberschlesien als Teil derselben erfolgreich revitalisiert. In den von Vertriebenenverbänden und rechtsaußen stehenden Mitgliedern von CDU/CSU organisierten Kundgebungen wird die alte "Vorpostenmentalität" beschworen, die Forderung nach Rückgabe Oberschlesiens an Deutschland kann dort heute legal erhoben werden. Die Rationalität der Deutschtumspolitik, in die jedes Jahr mehrere Milliarden gesteckt werden, hat Gustav Stresemann 1925 einleuchtend erläutert: "Es liegt auf der Hand, welchen Wert in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Beziehung die Erhaltung dieser Minderheiten und ihrer deutschen Gesinnung für das Reich haben muß. Politisch werden sie berufen sein, als Mitträger der Politik eines fremden Staates die Politik dieses Staates in einem für das Deutsche Reich günstigen Sinne zu beeinflussen; kulturell werden sie der geborene Vermittler für die Ausbreitung und das Verständnis deutscher Kultur und deutscher Wertanschauung bei ihrem Staatsvolke dienen; wirtschaftlich werden sie nicht nur selbst Absatzgebiete für deutsche Industrieprodukte und Lieferungsgebiete für in Deutschland benötigte Rohstoffe sein können, sondern zugleich auch wertvolle Stützpunkte für die Propaganda der deutschen Wirtschaft im Auslande ...". (Ihre Gefährdung und ihre Bedeutung) " ... zwingt das Reich dazu, alles zu tun, um sie im Kampf um die Erhaltung des Deutschtums zu unterstützen und hierbei kein Mittel unversucht zu lassen, auch dann, wenn die Wirksamkeit der Hilfe nicht mit voller Sicherheit vorauszusehen ist und der erhoffte Erfolg langsam eintreten kann". Die gestern wie heute gleichen Forderungen für den Erhalt des Deutschtums wirken für sich genommen nicht revanchistisch. Stresemann bezeichnete die Forderung nach "Anerkennung des Bestehens eines Naturrechtes jeder nationalen Minderheit auf kulturelle Selbstverwaltung und vor allem auf eigennationale Gesinnungsschulen" als "Kernpunkt dessen, was für die deutschen Minderheiten in Europa zu erkämpfen ist", doch sie ergeben keinen Sinn ohne die Hoffnung auf "Schaffung eines Staates, dessen politische Grenze alle deutschen Volksteile umfaßt, die innerhalb des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes in Mitteleuropa leben und den Anschluß an das Reich wünschen." (12)

Stresemanns Kalkül gilt gestern wie heute: Auch die BRD gibt nicht jedes Jahr Milliarden zur Unterstützung der deutschen Minderheiten aus kulturellen oder sonstwie rein menschenfreundlichen Gründen aus. Gerade im Falle "Oberschlesiens" (wo noch die größte deutsche Minderheit in einem relativ geschlossenen Gebiet lebt) gibt es eine offizielle Unterstützung für territorialen Revanchismus. Aus Reihen der Vertriebenen wurde u.a. für eine faktische Loslösung dieser Gebiete von Polen via "Europäisierung" geworben, spekuliert wird damit, daß auch Teile der polnischen Bevölkerung in der Hoffnung auf materielle Besserstellung einer solchen Option zustimmen.

Die Mottenkiste wird

geöffnet und gelüftet

Der Aufbruch zur mitteleuropäischen Hegemonialmacht bedurfte und bedarf bestimmter politischer Bedingungen und einer entsprechenden ideologischen Untermauerung, die die Untertanen hinter die Führung schart(e). Politisch konstitutiv ist die Integration jeder ernsthaften Opposition, ein bei den Grünen erfolgreich abgeschlossener Prozeß, den Fritz Fischer (10) für die Sozialdemokratie vor dem Hintergrund von sozialer Integrationspolitik und äußerlicher Machtentfaltung des Kaiserreiches beschrieben hat.

Ideologisch wurde vor dem Ersten Weltkrieg auf Nationalismus, Militarismus und den Glauben an eine (wahlweise kulturelle oder rassische) Überlegenheit der Deutschen gesetzt - daran wollen Baring u.a. heute anknüpfen.

"Die glänzende Kette der preußisch-deutschen Waffenerfolge in drei relativ kurzen und rasch aufeinanderfolgenden Kriegen, aus deren letzten das Reich triumphierend hervorgegangen war, hatten einen nationalen Stolz in Deutschland entstehen lassen, in dem sich die lang aufgestaute Sehnsucht nach Macht, Ansehen und Geltung widerspiegelte", schreibt Fritz Fischer über das Kaiserreich (13). Für den Nationalliberalen Friedrich Naumann war der deutsche Nationalismus "nichts anderes als der berechtigte Trieb des deutschen Volkes, seinen Einfluß auf der Erdkugel auszudehnen" (1897), denn - so zehn Jahre später - bestimmte Nationen hätten eben das Führungsrecht, wie die Geschichte "entschieden" habe. Norbert Blüms "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein" oder ähnliche Anwandlungen neudeutschen Nationalstolzes reichen Baring jedoch nicht aus. Er beklagt, die Vorstellung einer deutschen Identität, einer historischen Kontinuität sei vollständig verschwunden und fordert die Reanimation des abhanden gekommenen "Wehrwillens" oder deutscher "Tapferkeit" - der indirekt positive Bezug auf deutsche Geschichte und deutschen Militarismus wird es künftig auch erlauben, den kriegerischen Unterwerfungsversuchen Europas etwas abzugewinnen.

Die hierzulande (noch) verbreitete Abneigung, sich an Kriegen zu beteiligen, bereitet ihm Sorge: Daß die Deutschen den "Frieden heute für einen Anspruch (halten), den man einfach im Sessel sitzend einfordern kann", und die Bereitschaft fehlt, "mit Leib und Leben für die Freiheit und Sicherheit unseres eigenen Landes zu sorgen ... Selbst bei unmittelbarer Gefahr an unseren Grenzen wären viele nicht bereit, Haus und Hof, Weib und Kind mit Waffengewalt zu verteidigen". Na ja, lieber Baring, so lief es mit dem Krieg auch unter Bismarck nicht mehr, aber es unterstreicht doch wirkungsvoll die Mahnung, daß "wir Deutschen ... jetzt erwachsener, ernster und tapferer werden" müssen. Denn zu einer nicht nur ökonomischen, sondern auch politischen Großmacht gehören nicht nur die entsprechenden Waffen, sondern auch die Motivation, diese zu gebrauchen. Mit Auschwitz muß auch der Widerwille, in anderen Ländern mit deutschen Gewehren einzumarschieren, auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen werden. Baring deutet schon mal an, daß "die Deutschen" darauf vorbereitet werden müssen, die politischen und ökonomischen Interessen im neuen deutschen Vorfeld Osteuropa abzusichern: "Die junge Generation kann sich deutsche Soldaten nur als imperialistische Eroberer vorstellen ... sie wird noch viel lernen müssen". Z.B. daß deutsche Soldaten auf ein "Hilfeersuchen Polens an Deutschland" dort Ordnung schaffen müssen.

Vor allem müssen wir aus die Sicht abstreifen, immer nur everybodys darling zu sein: "Viele Deutsche ahnen dumpf, daß auch wir zwangsläufig Fehler machen werden, sobald wir uns jenseits unserer Grenzen draußen in der Welt stärker engagieren. Dann werden nämlich ... auch deutsche Fahnen verbrannt werden ..." (1) Deutsche Alleingänge werden in näherer Zukunft trotzdem nicht zu erwarten sein. Denn als Lehre aus der Geschichte für diese "allerletzte Möglichkeit deutscher Außenpolitik" wird gelten: nie mehr allein und möglichst auch nie mehr ohne passable Legitimation. Beidem dient "unsere größere Verantwortung" bezüglich der Mitte Europas." (9) Baring hängt sich mit seinem Vorstoß, auch ideologisch wieder eine deutsche Kriegführung zu ermöglichen, sehr weit aus dem Fenster. Gleichzeitig überschlagen sich die Planungen für eine künftige militärische Interventionsfähigkeit Westeuropas. Die BRD kann hier aus historischen Gründen nicht zu weit vorpreschen, nicht zuletzt aus innenpolitischen Erwägungen aber wird der Prozeß der aktiven deutschen Kriegsteilnahme "scheibchenweise" mit "Gewöhnungseffekt" (erst Friedenssicherung, dann Kampfeinsatz über Blauhelme, dann Grundgesetzänderung etc.) gestaltet.

Zwischen dem Wilhelminischen und dem wiedervereinigten Deutschland gibt es eine ganze Reihe Brüche. Nicht zuletzt auch, weil die offen militaristisch-rassistische Linie, vor dem Ersten Weltkrieg im Streit mit der im weitesten Sinne Naumannschen Position, mit dem Sieg über den Faschismus eine schwere Niederlage erlitt. Doch man muß sich vor Augen halten, daß Deutschland auch im Jahr eins der Vereinigung keineswegs auf seiner Reise zur Großmacht angekommen ist. Der Blick auf eine heute vielfach beschworene Vergangenheit könnte helfen zu untersuchen, wohin die Reise gehen soll. Wiederholungen der Geschichte im Gewand des zwanzigsten Jahrhundert sind nie auszuschließen.

sab./Gruppe K

Anmerkungen:

(1) Arnulf Baring, Deutschland was nun?, Berlin 1991

(2) Spiegel 13/1992 v. 23.3.92

(3) Zitiert nach Reinhard Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals, Köln 1977

(4) Grabowsky, Die Weltmacht vom Oktober 1914, zitiert nach (3)

(5) Europa Archiv S.15/16 1991

(6) Friedrich Naumann, Mitteleuropa, Berlin 1915

(7) H. Kremp, Die Welt v. 20.6.91

(8) Günter Nonnenmacher, FAZ v. 7.5.92

(9) Martin Bennhold, Deutschland und die "Dekomposition" Osteuropas, Blätter für deutsche und internationale Politik

(10) Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1967

(11) Zitiert nach (3)

(12) Gustav Stresemann, Die außenpolitische Notwendigkeit einer den Bedürfnissender deutschen Minderheiten in Europa entsprechenden Regelung des Minderheitenrechtes innerhalb des Reiches, 13.1.1925, zitiert nach (3)

(13) Fritz Fischer, Krieg der Illusionen, Düsseldorf 1969

16. Atomonopoly Osteuropa. Imperialistische Planspiele für die Atomindustrie vor dem WWG

Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft; Osteuropa allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/08a.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:08a

Vom 6. bis 8. Juli treffen sich die Herren dieser Welt zu ihrem Weltwirtschaftsgipfel in München und werden dort ein Thema ganz oben auf die Tagesordnung setzen, das von der Linken dieses Landes, in den 70ern noch heiß umkämpft, jetzt schon seit geraumer Zeit auf dem Abfallhaufen der eigenen Geschichte deponiert wird; bewegungspolitisch bot das Thema keinen Ansatz für radikale gesellschaftliche Veränderungsprozesse mehr. Es geht um die Nutzung der Atomenergie.

Gerade die deutsche Linke hätte allen Grund - die Verantwortung allemal - die hier anlaufenden Planungen beim Namen zu nennen. Denn es ist der deutsche Imperialismus, der das Thema Atomenergie im Interesse seiner Expansion nach Osteuropa auf die Tagesordnung des Weltwirtschaftsgipfels gepuscht hat. Was außenpolitisch an Jugoslawien sichtbar wurde, bekommt hier atompolitisch-ökonomisch ein Gesicht: der Anspruch auf eine neue Rolle in der Welt. Auch hier werden dabei erhebliche Widerstände und Widersprüche, innerimperialistisch insbesondere gegenüber dem US-Imperialismus, überwunden.

Was in Osteuropa n Atomkraft zu verdienen ist, wie die Planungen insbesondere des deutschen Imperialismus für die Atomenergie in Osteuropa konzipiert sind und wie das Thema auf den WWG gebracht wurde, soll im folgenden nachgezeichnet und analysiert werden. Aus dem Artikel ausgegliedert findet sich ein Überblick, wieviele Atomkraftwerke und was an Ausbauplänen für Atomkraft es in den Ländern Osteuropas selbst gibt.

Seit über einem Jahr wurde in den verschiedensten Gremien der imperialistischen Staaten an Studien für ein Nachrüstungsprogramm der osteuropäischen AKWs gearbeitet. Auf mehreren internationalen und nationalen Fachkonferenzen wurden die Probleme dieses Mammutprojektes diskutiert. Mittlerweile sind die Pläne geschmiedet und in der Presse wird nach großen Worten gesucht, mit denen sie publikumswirksam unter die Leute gebracht werden können.

Nachrüstungsdebatte Atomenergie - Konzepte und Programme

Statt neues zu erfinden verlegte man/frau sich dabei auf altbewährtes. Heinz-Jürgen Schürmann vom "Handelsblatt" prägte den Vergleich, "ein internationaler Impuls ... der im Sinne des Marshallplans nach dem 2. Weltkrieg wirken müßte", sei nötig (HB 18.9.91), eine Sprachregelung, der sich die SPD-Bundestagsfraktion angeschlossen hat. Ein "Energie-Marshallplan der EG für Osteuropa" sei gefordert. (FAZ 27.3.92) Nur GAUweiler versuchte noch etwas Abwechslung in die Debatte zu bringen, indem er von einem neuen "Jahrhundertvertrag", der hier anstände, lallte. (FR 16.3.92) Wir empfehlen Atomonopoly.

Interessant für die imperialistischen Planungen ist dabei nicht nur die Zahl der Atomkraftwerke insgesamt, sondern wichtig ist darüber hinaus die Aufschlüsselung dieser Gesamtstatistik nach Kraftwerkstypen, denn daran entscheidet sich, wo wieviel zu verdienen ist; was stillzulegen ist, wo Ersatz zu schaffen ist, was zu sanieren ist, und wo neu zu bauen ist. Dabei ergibt sich für die GUS und das übrige Osteuropa ein höchst unterschiedliches Bild.

Der erste bedeutsame Unterschied: Die berüchtigten Tschernobyl-Reaktoren, von der Typ-Bezeichnung RBMK, stehen nur in der GUS. Nach der jetzt beschlossenen endgültigen Stillegung der drei in Tschernobyl seit der Katastrophe von 1986 noch weiterbetriebenen Blöcke 1-3 arbeiten mit diesem Reaktortyp heute noch 13 AKWs in den Staaten der GUS. (Tab. 1) Der zweite bedeutsame Unterschied: Die Atomprogramme der übrigen osteuropäischen Staaten bauen hauptsächlich auf Reaktoren vom Typ WWER-440, von denen in der GUS nur noch ganze acht Blöcke in Betrieb sind. Das Atomprogramm der GUS fußt neben den RBMK-Reaktoren schon vorwiegend auf der nächstfolgenden Reaktorgeneration vom Typ WWER-1000 mit derzeit 16 Reaktoren. (Tab. 1) Bei den WWER-440 ist im Detail nochmal zu differenzieren nach einer älteren Baureihe, mit der Zusatzbezeichnung W-230 aus den sechziger Jahren, und einer in den siebziger Jahren modernisierten Baureihe mit der Zusatzbezeichnung W-213. Beide Typen sind von der UdSSR in die osteuropäischen Staaten exportiert worden.

Bei den in den Gremien der imperialistischen Staaten erarbeiteten Konzepten für die Nachrüstung dieser AKWs lassen sich zwei Schienen deutlich voneinander abgrenzen, stehen dabei aber nicht im Widerspruch zueinander:

- Auf der einen Seite steht das sogenannte PHARE-Programm (Pologne, Hongrie Assistance et Reconstruction Economique), das von der EG in enger Kooperation mit der Atomkraftbetreiberorganisation WANO (World Association of Nuclear Operators) konzipiert wurde und sich insbesondere auf die Nachrüstung von WWER-440/230, aber auch auf eine Nachbesserung der "nuklearen Sicherheit" der RBMK-Reaktoren, konzentriert. (s. atw 4/91 u. ET 4/92)

- Auf der anderen Seite steht ein weit darüber hinausweisendes umfassendes Nachrüstungsprogramm, das insbesondere von der Bundesregierung, offensichtlich in enger Zusammenarbeit mit den Reaktorbauern der Siemens, gepuscht wird. In diesem Programm gelten die RBMK-Reaktoren, wie auch die Reaktoren der WWER-440-Serie älterer Bauart (Typ W-230), als nicht nachrüstbar.

Das steht nur scheinbar im Widerspruch zum PHARE-Programm und wird lediglich einer - mehr oder weniger zu Recht - für dumm gehaltenen Öffentlichkeit vom Bundesumweltminister Töpfer so verkauft. Wenn dieser immer wieder mal publicity-trächtig mit der Forderung auftritt, diese Reaktoren müßten im Grunde sofort abgeschaltet werden, meint er nur, sie müßten durch andere Reaktoren neuerer Bauart - WWER-1000, bzw. West-AKWs -, ersetzt werden. Konkret beteiligt sich derzeit aber auch die Bundesregierung noch selbst an dem Programm von WANO und EG. Seit Dezember 1991 mit 230 Mio. DM auf den Weg gebracht, wird in diesem Programm zur Zeit konzentriert an der Nachrüstung der Uralt-Schrottreaktoren im bulgarischen Kosloduj gearbeitet. Die Ersatzteile kommen aus den bauartgleichen Reaktoren von Greifswald. Sie wurden unentgeltlich von der deutschen Bundesregierung zur Verfügung gestellt und werden von Spezialisten aus Greifswald zur Zeit in Kosloduj eingebaut; in Reaktoren, die nach den großmäuligen Verlautbarungen Töpfers nie wieder ans Netz gehen sollten. (ET 4/92)

Am 24. Januar dieses Jahres legte die Bundesregierung ihre Vorschläge für ein Nachrüstungsprogramm der AKWs in Osteuropa vor. In der anschließenden parlamentarischen Debatte darum hatte die SPD dem, außer ein Gefasel von einem "Energie-Marshallplan für Osteuropa", mit dem "langfristig" der Ausstieg aus der Atomenergie vorbereitet werden sollte, nichts entgegenzusetzen. Aufmerksam wurde in der FAZ zur Kenntnis genommen, daß sich diesmal auch "der umweltpolitische Sprecher der FDP-Fraktion Baum, der sich energiepolitisch bisher eher als Kernenergie-Gegner zu erkennen gegeben hatte", vehement an die Seite Töpfers stellte. (FAZ 25.1.92)

Das Programm wurde offensichtlich seit über einem Jahr im Brain-Trust der Bundesregierung, in der "Stiftung Wissenschaft und Politik" in Ebenhausen, vorbereitet. Bereits am 3. bis 5. Juli 1991 fand dort eine Fachtagung gemeinsam mit dem "Institut für Europa" aus Moskau, zum Thema "Europäische Energiepolitik und die Sowjetunion" statt, zu dem, wie ein Tagungsbericht in den "Energiewirtschaftlichen Tagesfragen" informiert, "ein handverlesener Kreis aus Politik, Administration, Energiewirtschaft und Wissenschaft der Sowjetunion und Deutschlands" geladen war. (ET 10/91)

Das Programm, das letztlich zusammengezimmert wurde, differenziert nach den vier Reaktortypen in Osteuropa, und läßt sich wie folgt zusammenfassen:

- Für die RBMK-Reaktoren erweise sich ein "wirtschaftlich vertretbares Nachrüstkonzept" als schwierig; sie müßten stillgelegt und anderweitig ersetzt werden.

- Bei der ersten Generation der WWER-440-Reaktoren scheine "ein befristeter Weiterbetrieb auf der Basis begrenzter Ertüchtigungsmaßnahmen" möglich. Die Schätzkosten lägen hier bei 75 bis 80 Mio. DM.

- Die zweite Generation der WWER-440-Reaktoren seien bei Schätzkosten von 250-300 Mio. DM pro Reaktor nachrüstbar.

- Die WWER-1000-Reaktoren könnten "auf westliches Sicherheitsniveau ertüchtigt" werden, wobei sich Schätzkosten von 160 bis 200 Mio. DM ergäben. (atw 2/92)

Abgewickelt werden sollten die Nachrüstungen in einem Stufenprogramm über fünf Jahre. Die Gesamtkosten für diese erste Sanierungsphase werden von der Bundesregierung, übereinstimmend mit den Berechnungen

der Siemens, auf 12 bis 15 Mrd. DM geschätzt, wobei rund 4 Mrd. DM auf die aus dem Westen kommende Meß- und Leittechnik entfielen und von den Ländern Osteuropas in Devisen aufgebracht werden müßten. Starke Abweichungen ergeben sich bei den Schätzungen, wenn über diese erste Sanierungsphase hinaus die Kosten des Gesamtnachrüstungsprogramms, in das auch Stillegungen und Ersatzbauten von Kraftwerken einzurechnen sind, abgeschätzt werden. Hier werden Zahlen in Größenordnungen von 20, bis 50, bis 100 Mrd. DM gehandelt. Es fiel aber auch schon mal das Wort "eine Billion" (Gauweiler). (FR 16.3.92)

Das sind Programme einer Größenordnung, die von den osteuropäischen Ländern nicht nur in der derzeitigen ökonomischen Verfassung unmöglich zu finanzieren sind. Das war von Anfang an klar. Sie übersteigen auch die Möglichkeiten einzelner imperialistischer Staaten. Im "Handelsblatt" wurde so denn auch schon im September letzten Jahres "ein westliches Hilfsprogramm mit einer einigermaßen ausgewogenen Verteilung der Lasten auf die westeuropäischen Volkswirtschaften, aber auch auf die USA und Japan" gefordert. (HB 18.9.91) Finanzierung heißt dabei natürlich nicht, daß die imperialistischen Staaten vor haben die "Sanierung" zu bezahlen. "Die Last der Sanierung", so machte auch Töpfer von anfang an klar, "sollen die Betreiber, also unsere östlichen Nachbarn tragen." Er gehe "auch hier vom Verursacherprinzip" aus. (FAZ 5.2.92) Die Frage, um die es nur geht, lautet: wer stellt die Kredite bereit. Ein durchaus kniffliges Problem, denn kein Imperialist finanziert gerne die Profite der Konzerne des Anderen. Und das wissen alle: die Aussichten auf Profite sind hier für die Deutschen, allen voran Siemens am größten.

Die Deutsche Atom-Initiative zum WWG - oder wie landet man einen Coup

Bereits im Februar kündigte Töpfer in einem Interview mit der "Hannoverschen Allgemeinen" eine Initiative der Bundesregierung für ein international zu koordinierendes Nachrüstungsprogramm der osteuropäischen AKWs auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Juli in München an. (FAZ 19.2.92) Doch der Funke wollte nicht überspringen. So sehr auch die "Interessen aller Industriestaaten" beschworen wurden (das "unter Sicherheitsaspekten schwächste Glied", so die RWE, könne "über die Zukunft der gesamten Kernenergienutzung entscheiden"), so sehr auch selbst hartgesottene Atommanager anfingen, AKWs (sei's auch nur in Osteuropa) als "tickende Zeitbomben" zu brandmarken, oder eine "nukleare Risikogemeinschaft" entdeckt wurde, die um eine "finanzielle Sicherheitspartnerschaft" zu ergänzen sei, die Stimmung gegenüber dem deutschen Drängen blieb eisig. Am 13. März titelte die "Wirtschaftswoche" schon verzweifelt: "Die Sanierung der osteuropäischen Atommeiler stockt. Deutsche Konzerne fürchten um ihr Geschäft." Angesichts solch drohender Gefahr sah sich nach dem Bundes- schließlich auch noch der Bayrische Umweltminister GAUweiler gezwungen, einzugreifen - ob unterstützend, oder kontraproduktiv, bleibt allerdings wohl eher die Frage. Persönlich vom russischen Präsidenten Jelzin nach Moskau eingeladen, "um mit ihm über die Versorgung der Bevölkerung mit Atomstrom zu sprechen", brachte er die mühsam auf internationale Ebene gehievte Angelegenheit wieder auf europäisches Niveau und damit letztlich auf den Kern: auf deutsches Interesse. Sein Vorschlag lautete: Radikaler Ersatz der 16 auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion betriebenen Tschernobyl-Reaktoren vom Typ RBMK durch Neubau von Atomkraftwerken nach westlichen Sicherheitsstandards durch "westeuropäische Firmenkonsortien". Das ganze, so GAUweiler, werde 50 bis 60 Milliarden Mark kosten. "Die Finanzierung müsse durch Beteiligung der deutschen Firmen an GUS-Energieunternehmen und an deren Gewinnen abgesichert werden." Das gebe "ein berechenbares Geschäft" und für die Menschen in der GUS Arbeit durch "ein gigantisches wirtschaftliches Investitionsprogramm". (FR 16.3.92) So einfach macht sich also die Sache von Bayern aus.

Am 25. März kam die, von Töpfer eigentlich erst für den Weltwirtschaftsgipfel angekündigte, Initiative der Bundesregierung schließlich doch schon vorzeitig. Der Auslöser war der in der Nacht zuvor gemeldete erneute schwere Unfall im russischen Atomkraftwerk Sosnovy Bor bei Leningrad, bei dem die Erinnerung an Tschernobyl plötzlich hautnah noch einmal spürbar wurde. Mit dem Unfall wehte den Deutschen diesmal nicht der "Mantel der Geschichte", sondern "ein Wink des Schicksals" um die Nase. Auch dieser wurde ergriffen; die "Gunst" der Stunde prompt genutzt, einer Welt in Schrecken die eigene Botschaft möglichst eindringlich zu übermitteln.

Gefordert wurde jetzt, daß das Thema Atomenergie bei den Gipfelgesprächen über die Lage der GUS zum "Schwerpunktthema der Beratungen" gemacht würde und umfassend "ein Energieprogramm vereinbart werden müsse". "Nur durch eine internationale Koordinierung von finanziellen, personellen und technischen Hilfsmaßnahmen könne die Energiekrise dieser Staaten gemildert und später auch überwunden werden." (FAZ 26.3.92) Für die Finanzierung wurde in diesem Zusammenhang die oftmals gehandelte Variante Investitionen

gegen Stromlieferungen für die GUS-Staaten verworfen. Die Absage kam dabei ausgerechnet vom Vorstandsvorsitzenden des Bayernwerkes, Holzer, der genau diese Finanzierungsform für die Kooperation seines Unternehmens mit dem Elektrizitätsverbundunternehmen der CSFR, Slovenské Energetick Podniky (SEP), u.a. zur Finanzierung des Weiterbaus des AKW Mochovce eingefädelt hatte: "Westliche Partner, die ihre Mitfinanzierung an osteuropäischen Kraftwerken durch Gegenlieferungen von Strom ausgleichen wollten", so Holzer, "müßten sich darüber im klaren sein, daß auf lange Sicht nicht so viel Strom nach Westen verkauft werden könne, wie Kapital gebraucht werde." (FAZ 26.3.92) Die FAZ sekundierte der Initiative in bewährter Manier, indem sie die Spalten ihres Wirtschaftsteils dem Ebenhausener Institutdirektor Michael Stürmer für einen Leitkommentar unter dem doppelbödigen Titel "Unser Selbstinteresse im Osten" öffnete. (FAZ 26.3.92)

Mit der Initiative kam der Optimismus zurück. An den deutschen Börsen wurden "mit Blick auf den enormen Sanierungsbedarf osteuropäischer Kernkraftwerke" prompt wieder "Kraftwerkssanierer empfohlen". In der Empfehlung der DG-Bank heißt es dabei ganz unverblümt: "Der größte Teil der Aufträge werde - weil von Deutschland maßgeblich finanziert (was sich noch erst zeigen wird; r.k.) - an deutsche Unternehmen gehen. Anleger sollten an den Kraftwerksbauer KWU denken, eine Tochtergesellschaft der Siemens AG. Nutznießer der Entwicklung seien neben Siemens aber auch Deutsche Babcock (Kesselbau), KSB (Pumpen), Lurgi, KHD und die Hoechst-Tochtergesellschaft Uhde (Anlagenbau und Verfahrenstechnik)." (FAZ 4.4.92)

Am 10. April stand das Thema auf der Tagesordnung des Europaparlaments. Das Ergebnis war eine Entscheidung ganz im Sinne der deutschen Initiative. Die EG wurde aufgefordert "mehr Mittel als bisher zur Verbesserung der Sicherheit der Atomanlagen in der ehemaligen Sowjetunion bereitzustellen", wobei es gleichzeitig einen Rüffel für die EG-eigene Initiative - das PHARE-Programm - gab. Die Gemeinschaft sollte ihre Anstrengungen "auf jene Anlagen konzentrieren, bei denen ein den westlichen Normen vergleichbarer Sicherheitsstandard zu erreichen sei". (TAZ 11.4.92) Mit diesem Anspruch verkauft sich das Nachrüstungsprogramm, das von der Bundesregierung vorgelegt wurde.

Als der wohl bedeutendste Durchbruch für die deutsche Atominitiative ist aber wohl eine Entscheidung zu werten, die am 14. April auf der zweitägigen Jahreskonferenz der Osteuropa-Bank in Budapest fiel. Jacques Attali, der Chef der Bank und seit 1981 Wirtschaftsberater des französischen Präsidenten Mitterand, überfiel den Gouverneurs-Rat der Bank mit der - wie es hieß - "etwas überraschenden Vorlage": Bei der Bank solle ein "Sonderfond" eingerichtet werden, der über die Gewährung von Vorzugskrediten seine Mittel zur Sanierung der Atomkraftwerke Osteuropas und der Umwelt, wie zum Aufbau der Infrastruktur und zur Konversion der Rüstungsindustrie Osteuropas einsetze. Der etwas überrumpelte Gouverneursrat hat ein "unverbindliches Mandat" zur Prüfung des geforderten Sonderfonds erteilt. Theo Waigel, der als Bundesfinanzminister an der Jahreskonferenz der Bank teilnahm, erklärte sofort die Befürwortung des Projektes durch die Bundesregierung. "Zur Verbesserung der Kernreaktorsicherheit in den osteuropäischen Reformstaaten sollten bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Osteuropa-Bank) besondere Bedingungen für die Kreditaufnahme geschaffen werden." Darüberhinaus konnte Waigel gleich betonen: "Außerdem befürwortet sie (die Bundesregierung; r.k.) bilaterale technische Hilfsprojekte in Zusammenarbeit mit der Bank." (FAZ 15.4.92) Es läßt sich wohl nur schwer der Eindruck verwischen, daß alles ein wenig wie ein deutsch-französischer Überraschungscoup aussieht; der beiden Staaten, die die größten Interessen in Osteuropa haben. Frankreich ist nach den Deutschen mit ihren Konzernen Framatome und EdF ja ebenfalls rege im osteuropäischen Atomgeschäft engagiert. Für den weiteren Gang der Dinge ist Waigel jetzt auch noch bestens positioniert. Am Schlußtag der Konferenz wurde er "in Nachfolge seines holländischen Amtskollegen Wim Kok zum neuen Vorsitzenden des Gouverneursrates der Osteuropa-Bank gewählt". (FAZ 15.4.92)

Imperialistische Widersprüche in der Finanzierungsfrage und ein Fazit

Ungeteilte Zustimmung wollte bei der Banker-Tagung zu diesem Überraschungscoup nicht aufkommen. Die Reaktion der G-7-Mitgliedsländer als Hauptfinanziers der Bank war, wie die FAZ berichten mußte, sogar "mehrheitlich negativ". Insbesondere die britische und die amerikanische Delegation wandten sich in Stellungnahmen gegen diese "Schaffung eines gesonderten Spezialfonds mit Vorzugskrediten". Die britische Delegierte soll in ihrem Vortrag wissen lassen haben, "daß ihre Regierung die Rolle der Bank strikt in regional ausgewogener ‚Hilfe zur Selbsthilfe` und in der Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Privatinitiative" sähe. Der amerikanische Vertreter soll die Pläne Attalis schon am Vortag entschieden zurückgewiesen haben. Sein Stellvertreter, der Unterstaatssekretär im Schatzministerium David Mulford,

meinte in seinem Statement "daß man mit Investitionen in die Konversion von Rüstungsunternehmen eine Menge Geld verlieren werde." (FAZ 15.4.92)

Mittlerweile soll Großbritannien dem Vorstoß der Bundesregierung im Vorfeld des Münchner Gipfels in allgemeiner Form "wachsende Zustimmung" entgegenbringen - was immer das für die Finanzierungsfrage heißen mag. Neben Frankreich sei unter den europäischen Staaten auch Belgien positiv gestimmt. Außereuropäisch gäbe es Zustimmung aus Kanada und nach dem Besuch Umweltminister Töpfers im April in Tokio jetzt auch aus Japan. "Der größte Unsicherheitsfaktor", so die "Welt", "heißt Washington." Aber auch hier erwarte man, "daß die USA nicht beides - Erdgipfel in Rio und Wirtschaftsgipfel in München - durch ihre starre Haltung platzen lassen wollen." (Welt 27.4.92)

Seit dem 1. Mai ist klar, daß vom Münchner Gipfel irgendeine Initiative zur Nachrüstung der osteuropäischen Atomkraftwerke ausgehen wird, denn seit diesem Tag arbeitet eine von den "Sherpas" der Gipfelteilnehmer eingesetzte "G-7-Arbeitsgruppe für das Nuklearprogramm". Auf dem AußenministerInnentreffen am 24. Mai in Lissabon wurde es noch einmal bestätigt. Die Hauptschwierigkeit für die Einigung auf ein gemeinsames Programm dürfte dabei wohl weiterhin in der Finanzierung liegen.

Mit dem Beschluß zur Einsetzung einer "G-7-Arbeitsgruppe" hatte die Bundesregierung ein bei dem Essener Professor Dieter Schmitt in Auftrag gegebenes Finanzierungskonzept aus der Tasche gezogen, das einen Zuschuß- und einen Kreditprogrammmteil enthält. (Welt 27.4.92) Mit den Zuschüssen von 1,5 bis 2,5 Mrd. DM sollen vor allem Sofortmaßnahmen für Frühwarnsysteme und Reaktorsicherheit finanziert werden. Das Kreditprogramm zielt auf die Einschaltung der Osteuropa-Bank, die mit der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg kooperieren könne. Da die Weltbank keine Nuklearprogramme finanziert, könne sie nur bei der Finanzierung von konventionellen Ersatzkraftwerken für die stillzulegenden Reaktoren vom Tschernobyl-Typ herangezogen werden.Der letzte Stand: Die "G-7-Arbeitsgruppe" soll für den Gipfel einen "Fünfstufen-Vorschlag" erarbeitet haben. Der sieht für kurzfristige Hilfen bisher die Einrichtung eines Fonds von 700 Mio. Dollar vor. Der Streit um die Rolle der Osteuropa-Bank ist noch nicht ausgetragen. Gegenüber dem deutschen und französischen Drängen auf Einschaltung der Bank bestehen Japan, die Vereinigten Staaten und Kanada weiterhin auf bilateralen Hilfen. (FAZ 9.6.92)

Atomonopoly hat erst begonnen.

(Übernommen aus atom 39, die dieser Tage erscheint; rh., Gruppe K)

Tab.1: AKWs in der GUS in Betrieb (nach Reaktortypen gegliedert)

Bezeichnung Standort Typ Betriebsbeginn

Ignalina-1 Sniekus/Lit RBMK-1500 5/1985

Ignalina-2 RBMK-1500 8/1987

Kursk-1 Kursk/Rus RBMK-1000 10/1977

Kursk-2 RBMK-1000 8/1979

Kursk-3 RBMK-1000 3/1984

Kursk-4 RBMK-1000 2/1986

Smolensk-1 Desnogorsk/Ru RBMK-1000 9/1983

Smolensk-2 RBMK-1000 7/1985

Smolensk-3 RBMK-1000 6/1990

Sosnovy Bor-1 Leningrad/Rus RBMK-1000 11/1974

Sosnovy Bor-2 RBMK-1000 2/1976

Sosnovy Bor-3 RBMK-1000 6/1980

Sosnovy Bor-4 RBMK-1000 8/1981

Nowo-Woronesch-3 Woronesch/Rus WWER-440/230 6/1972

Nowo-Woronesch-4 WWER-440/230 3/1973

Kola-1 Murmansk/Rus WWER-440/230 12/1973

Kola-2 WWER-440/230 2/1975

Kola-3 Murmansk/Rus WWER-440/213 12/1982

Kola-4 WWER-440/213 12/1984

Rowno-1 Kusnetsovsk/Ukr WWER-440/213 9/1981

Rowno-2 WWER-440/213 7/1985

Balachowo-1 Saratov/Rus WWER-1000 5/1986

Balachowo-2 WWER-1000 1/1988

Balachowo-3 WWER-1000 4/1989

Kalinin-1 Udomlya/Rus WWER-1000 6/1985

Kalinin-2 WWER-1000 3/1987

Kmelnitzki-1 Neteshin/Ukr WWER-1000 8/1988

Nowo-Woronesch-5 Woronesch/Rus WWER-1000 2/1981

Rowno-3 Kusnetsovsk/Ukr WWER-1000 5/1987

Saporoschje-1 Energodar/Ukr WWER-1000 4/1985

Saporoschje-2 WWER-1000 10/1985

Saporoschje-3 WWER-1000 1/1987

Saporoschje-4 WWER-1000 1/1988

Saporoschje-5 WWER-1000 10/1989

Südukraine-1 Konstantinovka/Ukr WWER-1000 10/1983

Südukraine-2 WWER-1000 4/1985

Südukraine-3 WWER-1000 12/1989

Bjelojarsk-3 Swerdlowsk/Rus SNR-600 11/1981

Dimitrowgrad-350 Shevchenko/Kas SNR-350 7/1973

Bilibinsk-1 Bilibino/Rus EGP-12 1974

Bilibinsk-2 EGP-12 1975

Bilibinsk-3 EGP-12 1976

Bilibinsk-4 EGP-12 1977

Troitsk-4 Troitsk/Rus RBMK-100 1960

Troitsk-5 RBMK-100 1961

Troitsk-6 RBMK-100 1963

Tab.2: AKWs in der GUS in Bau (nach Reaktortypen gegliedert)

Bezeichnung Standort Typ Betriebsbeginn (geplant)

Balachowo-4 Saratov/Rus WWER-1000 ?

Balachowo-5 WWER-1000 ?

Balachowo-6 WWER-1000 ?

Bashkir-1 Agidel/Rus WWER-1000 ?

Bashkir-2 WWER-1000 ?

Kalinin-3 Udomlya/Rus WWER-1000 1993

Kalinin-4 WWER-1000 1996

Kmelnitzki-2 Neteshin/Ukr WWER-1000 1992

Kmelnitzki-3 WWER-1000 1993

Kmelnitzki-4 WWER-1000 1995

Kola-5 Murmansk/Rus WWER-1000 ?

Kola-6 WWER-1000 ?

Kostroma-1 Buy/Rus WWER-1000 1996

Kostroma-2 WWER-1000 1998

Rostow-1 Wolgodonsk/Rus WWER-1000 ?

Rostow-2 WWER-1000 ?

Rostow-3 WWER-1000 ?

Rostow-4 WWER-1000 ?

Rowno-4 Kusnetsovsk/Ukr WWER-1000 1996

Saporoschje-6 Energodar/Ukr WWER-1000 1992

Südukraine-4 Konstantinovka/Ukr WWER-1000 1993

Kursk-5 Kursk/Rus RBMK-1000 ?

Ignalina-3 Sniekus/Lit offen ?

Bjelojarsk-4 Swerdlowsk/Rus SNR-800 1996

Südural-1 Tscheljabinsk/Rus SNR-800 ?

Südural-2 SNR-800 ?

17. Osteuropa - El Dorado der Atomindustrie

Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Osteuropa allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:08

Über die Anzahl der Atomkraftwerke in Osteuropa kursieren seit Jahren die unterschiedlichsten Zahlen, weil die Informationsbasis mit vorläufigen und endgültigen Stillegungen immer stark schwankte. 1987 wurde die Zahl von der "atomwirtschaft" noch mit 73 Blöcken angegeben. Mittlerweile schwanken die Zahlen zwischen 59 im März 1992 vom "Handelsblatt" (26.3.92) gezählten Blöcken und 67 von der "atomwirtschaft" nach dem gemeldeten Stand vom September 1991 dokumentierten Blöcken. (atw 11/91)

Und wer hat nun richtig gezählt? - Es ist wohl egal, denn mit der Zeit rinnt letztlich alle Zahlenspielerei dahin. Nach unserer Zählung bleiben zur Zeit in der GUS noch 46 Atomkraftwerke für den potentiellen GAU in Betrieb. Dazu kommen noch zwei in Bulgarien, vier in Ungarn und acht in der CSFR, was zusammen summa summarum für die tägliche Katastrophe von heute 60 AKWs ergibt. Ganz aus den Augen zu verlieren sind aber die vier derzeit stillgelegten Uralt-Reaktoren in Kosloduj Bulgarien auch noch nicht. Mit einer Wiederinbetriebnahme kann durchaus noch zu rechnen sein (siehe unten). Mitzurechnen für die Zukunft sind dann nur noch weitere 34 atomare Blöcke im Bau; davon 26 in der GUS (siehe Tab. 2) und acht im übrigen Osteuropa.

Genau diese letzteren Planungen in die Zukunft sind für die imperialistischen Expansionsstrategien nach Osteuropa natürlich mindestens ebenso interessant, wie die bereits laufenden Anlagen, bei denen es vorrangig um die Frage Sanierung, Modernisierung, oder Abschalten geht. Sie zeigen, der Atomwahn in den herrschenden Eliten der Länder Osteuropas selbst ist ungebrochen, und zwar weit über das real existierende ökonomisch-industrielle Potential der dortigen nationalen Ökonomien hinaus.

In Bulgarien gibt es diesbezüglich für die Atomindustrie ein bereits halbfertiges Atomkraftwerk mit zwei Blöcken auf der Donau-Insel Belene. Das ist offiziell wegen heimischer Proteste zwar aufgegeben. Hinter vorgehaltener Hand sollen Beamte jedoch weiterhin eine nukleare Zukunft für die Bauruine ventilieren. (s. FAZ 15.4.92) Bereits im November 1991 kündigte der stellvertretende Leiter des bulgarischen Staatskomitees für Energie, Dimitar Nowakow, auch schon mal den Erwerb eines weiteren WWER-1000 Reaktors an, der baugleich mit den beiden neuesten Reaktoren von Kosloduj, im Jahr 2000 ans Netz angeschlossen werden solle. (FR 26.11.91)

Weiter scheinen konkrete Gespräche bereits in Rumänien und Ungarn gediehen. Rumänien, das in Osteuropa mit seinem Atomprogramm immer schon eine Sonderrolle einnahm, weil es auf den Import kanadischer Schwerwasser-Reaktoren setzte, hat die Kooperation mit der kanadischen Atomindustrie intensiviert. Gleichzeitig wurde aber mittlerweile auch ein Rahmenabkommen zwischen der ABB-Mannheim und rumänischen Unternehmen zur Gründung von fünf Gemeinschaftsunternehmen in den unterschiedlichen Bereichen, u.a. einem Gemeinschaftsunternehmen zwischen der ABB AG und dem Bukarester Betrieb für Kraftwerksreparaturen abgeschlossen. (atw 1/92) Auch in Rumänien laufen seit Jahren neue Standortplanungen für ein atomares Großkraftwerk mit einer installierten Leistung von 2500 MW, dessen Realisierung jedoch offen ist. (s. atw 3/91)

Für Ungarn wurde im Februar dieses Jahres öffentlich, daß hier die französische Electricité de France (EDF) und die deutschen Konzerne Preußen-Elektra und Bayernwerk über ein Atomkraftwerksprojekt verhandeln. Unter dem Namen "Europäisches Projekt für Ungarn" wird hier an einem Programm zur Modernisierung der ungarischen Stromversorgung gearbeitet, das auch ein neues Atomkraftwerk mit zwei Blöcken à 1000 MW einschließen soll. (TAZ 4.2.92) Dieser Bauauftrag wäre dem 1990 von Siemens und Framatome SA gegründeten Gemeinschaftsunternehmen Nuclear Power International (NPI) sicher.

Über den Stand des Atomprogramms und den Fischzug der Siemens AG in der CSFR haben wir ja schon in einer früheren Ausgaben des ak (Nr. 339) ausführlicher berichtet, was hier nicht nochmal wiederholt werden soll. Soviel ist klar. Die CSFR wird nicht nur zu einer Art ausgelagertem Standort für in Deutschland derzeit politisch noch nicht wieder durchsetzbare Atomprojekte, sondern kann, als der derzeit am weitesten ausgebaute Stützpunkt der deutschen Atomindustrie für die Expansion nach Osteuropa gelten. Das wird von Siemens auch ganz offen so ausgesprochen: "Von dort aus können wir zusammen mit dem Stammhaus jedes

Sanierungsvorhaben bei Kernkraftwerken im früheren Ostblock angehen", frohlockte Wulf Bürkle, Leiter des Geschäftsgebiets nukleare Energieerzeugung bei Siemens KWU nach dem Einkauf bei Skoda Energo. (Wirtschaftswoche 13.3.92)

Hier nur noch einige aktuelle Ergänzungen. Wurde nach dem Sturz der sozialistischen Regierung im Spätherbst 1989 bezüglich der ehrgeizigen Ausbaupläne in der Atomenergie zunächst eine "Denkpause" eingelegt, muß heute wohl festgestellt werden, daß sich die Atomlobby mittlerweile auf ganzer Linie durchgesetzt hat. Die Pläne zum Ausbau der Atomenergie von einem Anteil an der Elektrizitätsproduktion von derzeit ca. 27 Prozent auf 50 Prozent sind wieder aufgenommen worden. Auf der Großbaustelle für das Atomkraftwerk Temelin wird weitergebaut. Ein Consultingunternehmen, das mit einer Durchführbarkeitsstudie für die Errichtung weiterer Atomkraftwerke nach der Jahrtausendwende beauftragt wurde, hat erste Kontakte zu den Reaktorbaufirmen Siemens, Mitsubishi, ABB, Westinghouse und Framatome aufgenommen. Als möglicher Baubeginn wurde das Jahr 2006 genannt. (Börsenzeitung 7.3.92) Zumindest eines der hier anvisierten Projekte dürfte wahrscheinlich der Bau eines Hochtemperaturreaktors sein. Und da erhofft sich allen voran, wahrscheinlich nicht zu unrecht, Siemens, den Zuschlag zu bekommen.

GUS - Gigantomanie for ever

Der ganz dicke Brocken für die Atomindustrie in Osteuropa ist allerdings die GUS, wobei eine gesicherte Einschätzung nur sehr begrenzt möglich ist. Und auch hier nicht nur, weil die entscheidenden Weichestellungen erst auf dem WWG in München fallen werden und hier noch Widersprüche am Wirken sind. Auch in der GUS selbst ist in Anbetracht der ökonomischen Situation mehr offen als berechenbar. Schon zu Zeiten der noch bestehenden UdSSR waren Einschätzungen aufgrund der chronischen Probleme bei der Nichterfüllung der Pläne, gerade auch beim Atomausbau, schwierig. Die Pläne für den forcierten Ausbau der Atomenergie waren bereits im Planjahrfünft 1981/85 verfehlt worden. Und auch 1986/90 lag das Ausbauvolumen weit unter den - nach Tschernobyl deutlich zurückgenommenen - Zielvorgaben. Zudem entwickelte sich nach Tschernobyl in Ansätzen ein, wenn auch bescheidener und braver, erster "Widerstand" gegen die atomaren Planungen; insbesondere dort, wo neue AKWs direkt in Großstadtnähe den Menschen vor die Nase geklotzt werden sollten. So ruhten 1991, nach Angaben des Ministers für Atomenergiewirtschaft und Industrie, Witali Konowalow, Projektierung und Bau von AKWs im einer Größenordnung von 100.000 MW.

Die letzten, noch zu UdSSR-Zeiten aufgestellten Ausbaupläne für den Zeitraum 1991/95 sahen die Inbetriebnahme zusätzlicher AKW-Kapazitäten von 7.000 MW vor. Für das Plan-Jahrfünft 1996/2000 sollten dann nochmal 12.600 MW angestrebt werden; für die zuvor gehegten Ausbaupläne waren das höchst bescheidene Zielvorgaben. Erst ab dem Jahr 2000 meinte man/frau das Ausbau-Tempo dann wieder stark erhöhen zu können und die Kapazitäten bis 2010 von den für's Jahr 2000 angestrebten 57.000 MW auf 100.000 bis 150.000 MW zu verdoppeln bzw. knapp zu verdreifachen; womit man/frau schließlich wieder bei der ursprünglichen Gigantomanie angelangt wäre.

Allein um die für das Jahr 2000 angestrebten 57.000 MW auch nur annähernd zu erreichen, müßten alle zur Zeit noch in Bau befindlichen AKWs der UdSSR rechtzeitig bis zum Jahr 2000 fertiggestellt werden, einschließlich der ambitionierten Brüterprojekte. Und alle zur Zeit in Betrieb befindlichen AKWs, natürlich einschließlich aller RBMK-Reaktoren vom Tschernobyl-Typ, aber auch einschließlich der schrottigsten Uralt-Reaktoren vom Typ WWER-440 aus den 60er Jahren, müßten dazu mit durchgeschleppt werden. Wie und woher die dann noch bis zum Jahr 2010 angestrebten weiteren schlappen 50-100.000 MW aus dem Boden gestampft werden sollten, bleibt wohl für immer eines der unergründlichen Geheimnisse sowjetischer Planungsbürokratie.

Nach dem Auseinanderbrechen der UdSSR stellt sich für die Republiken die energiepolitische Situation nun völlig neu - sollte man/frau meinen. Was von der alten Gigantomanie in Sachen Atomenergie überlebt, bleibt allerdings offensichtlich auch weiterhin eine gruselig spannende Frage. Ein neuer "Trend hin zum Verständnis der Notwendigkeit der Atomenergie" vor allem bei Entscheidungsträgern, darunter Parlamentsabgeordneten, wie ihn Witali Konowalow vier Jahre nach Tschernobyl bereits wieder aufkommen sah, scheint sich in der Tat weiter zu verfestigen. In einer ganzen Reihe von Gebieten gibt es schon parlamentarische Beschlüsse für den Bau neuer AKWs. So in Woronesch, Kursk, Murmansk, Tscheljabinsk, Semipalatinsk und Ost-Kasachstan. Diese Beschlüsse reichen für einen Zubau von AKWs mit einer Gesamtleistung von 12.000 MW. (Nachrichten für Außenhandel 18.6.91)

Während der Eröffnungssitzung der Jahrestagung Kerntechnik '92 im Mai dieses Jahres, hat der Stellvertreter des russischen Ministers für Atomenergie in Moskau, Sidorenko, jetzt erstmals eigene Zahlen für die Russische Föderation genannt: "Es sei zu erwarten", so der Stellvertretende Minister, "daß die Kernkraftwerke in der Russischen Föderation im Jahr 2000 eine Gesamtleistung bis zu 25.000 MW und im Jahr 2010 bis zu 43.000 MW hätten." (FAZ 6.5.92)

Da von der projektierten Kapazität der gegenwärtig in der ehemaligen UdSSR in Betrieb und in Bau befindlichen AKWs, die sich auf insgesamt rund 54.000 MW hochrechnen läßt, 60 Prozent an die Russische Föderation fallen, und, wie oben schon ausgeführt, die derzeit in Betrieb und Bau befindliche Kapazität ungefähr an das alte Planungsziel des Jahres 2000 heranreicht, läßt sich leicht ein Vergleich der bisherigen bürokratischen Planungen zu den neuen marktwirtschaftlichen Zielsetzungen herstellen. (Zu den Zahlen vgl. ET 10/91) Die alte Planvorgabe beliefe sich, auf das Gebiet der Russischen Föderation dieser Art hochgerechnet, auf rund 33.000 MW.

Angesichts der aktuell katastrophalen ökonomischen Situation der GUS, mit einer nahezu kollabierten technologisch-industriellen Struktur, hält sich - so muß wohl festgestellt werden -, die neue marktwirtschaftliche Zielvorgabe von 25.000 MW, die immerhin auch noch einen Zubau von ca. 4-5.000 MW erfordern wird - bei Durchschleppen aller WWER-440 und RBMK-Reaktoren versteht sich - im Vergleich mit dem alten Planziel doch ganz beachtlich. Und auch die Zielvorgabe für das Jahr 2010 mit einer Kapazität von 43.000 MW bemüht sich, mit einer ungefähren Verdoppelung der heutigen Kapazität, hart an den alten bürokratischen Planvorstellungen dranzubleiben. Da wird die "invisible hand" neuer marktwirtschaftlicher "Vernunft" wohl schon eine besondere Handvoll "Wohlfahrt" über der neuen Nation ausschütten müssen, damit dieser Wunsch in Erfüllung geht.

Vier modernisierte Reaktorlinien sollen im atomenergetischen Gruselkabinett Rußlands in Zukunft weiterentwickelt werden: Ein KKW-92 mit 1000 MW Leistung, das eine modernisierte Version des WWER-1000 in Saporoschje sein soll; ein Kernheizwerk des Typs AST 500, das nach Prinzipien der "inhärenten" Sicherheit konzipiert in der Nähe von großen Siedlungen errichtet werden soll; eine Weiterentwicklung der WWER-440 und 1000 mit einer mittleren Leistung von 630 MW; und auch die Brütertechnologie soll weiterhin eine Zukunft haben. Das Ziel heißt hier, jetzt marktwirtschaftlich geschult, einen "wettbewerbsfähigen" Brutreaktor zu entwickeln, der im Jahr 2010 gebaut werden soll. (FAZ 13.5.92)

Was von all dem in der Zukunft verwirklicht werden wird, entscheidet sich heute allerdings wohl nicht mehr so sehr in Moskau, sondern eher demnächst in München, auf dem Weltwirtschaftsgipfel der Großen dieser Welt. Und zu denen gehört in Moskau heute ja wohl niemand mehr.

18. StudentInnenproteste an den ostdeutschen Hochschulen

Autor: Claudia Gohde · Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:38

Seit dem Mai gärt es an den ostdeutschen Hochschulen. Vereinzelt wurden von den StudentInnen Demonstrationen und Vorlesungsboykotts organisiert. Am 4. Juni fand an einer Reihe von Hochschulen ein Aktionstag mit unterschiedlich großer Beteiligung statt. Die Proteste der StudentInnen richten sich gegen die Schließung von Fachbereichen und Studiengängen, gegen die Überführung ihrer selbstgewählten Vertretungsorgane - die direkt gewählten StudentInnenräte - in das parlamentarische System der Verfaßten Studentenschaft, gegen die Reduzierung des Lehrpersonals und die Dequalifizierung des Studiums.

Nach wie vor befinden sich die Hochschulen in den neuen Bundesländern in der Übergangsphase. Für diese Zeit, das heißt mit zeitlicher Befristung, wurden sogenannte Hochschulerneuerungsgesetze verabschiedet, die im wesentlichen drei Effekte produzieren (sollen):

1. Die Angleichung an das Hochschulrahmengesetz der BRD, wobei in der Regel die darin enthaltenen Spielräume in konservativer Richtung ausgestaltet wurden.

2. Die personelle Erneuerung des Lehrkörpers, das heißt die Schaffung eines "politisch bereinigten", zahlenmäßig deutlich verkleinerten und systemkonformen Hochschulpersonals.

3. Die Reduzierung akademischer Breitenausbildung, Einführung von Zulassungsbeschränkungen aller Art, Orientierung auf SpezialistInnenausbildung.

Neben strukturellen Änderungen wird die ehemalige Hochschullandschaft der DDR drastisch reduziert. Aus den ehemals 54 Einrichtungen sollen nun 12 Universitäten und 20 Fachhochschulen - Neugründungen einbegriffen - werden.

Die personelle Erneuerung vollzieht sich nach dem Prinzip, daß die Lehrberechtigung in der DDR berufener Hochschullehrer grundsätzlich angezweifelt wird. Dafür findet zum einen eine flächendeckende Überprüfung mit Hilfe der berüchtigten Fragebögen aller HochschullehrerInnen und MitarbeiterInnen statt, in der geprüft wird, welche "Hochschullehrer nicht über die erforderlichen Voraussetzungen für ihre Tätigkeit verfügen" (75 des Hochschulerneuerungsgesetzes von Sachsen). Kriterien sind: "Funktionen und andere Aktivitäten in politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere Tätigkeit in bezirks- kreis- und hochschulbezogenen Gliederungen, Ausbildung und Tätigkeiten in Bildungsstätten, Tätigkeit in Kaderkommissionen, Kampfgruppen und Disziplinarausschüssen" (78 ebenda). Zum anderen sind zwei Kategorien von HochschullehrerInnen geschaffen worden: Erstens die "Professoren neuen Rechts", oder auch "HRG-Professoren". Damit sind diejenigen bezeichnet, die entweder in der alten BRD oder Westberlin berufen wurden oder im Ergebnis eines Verfahrens übergeleitet oder übernommen wurden oder aber kommissarisch beauftragt werden (an der TU Dresden sind z.B. inzwischen 21 ProfessorInnen "widerruflich mit der Wahrnehmung eines Professorenamtes 'neuen Rechts' beauftragt". Zweitens gibt es ProfessorInnen alten Rechts. In dieser Gruppe befinden sich alle nach DDR-Recht berufenen, soweit sie nicht übernommen worden sind. Sie werden im Gegensatz zu den ProfessorInnen neuen Rechts geringer eingestuft, die ersten in C4- und C3-Besoldungsgruppen, die zweiten in C1- oder C2-Gruppen. Bei grundlegenden Entscheidungen wie Berufungen, Fragen der Forschung oder Lehre ist stets die Mehrheit der Stimmen der "Professoren neuen Rechts" maßgeblich. Alle Hochschulerneuerungsgesetze enthalten umfassende Regelungen zu Entlassungen, wobei folgende Gründe vorgesehen werden: Abwicklung, Wegfall des Berufungsgebietes, fehlende Eignung nach Änderung des Berufungsgebietes, persönliche Nichteignung, ungenügende fachliche Kompetenz, Tätigkeit für das MfS/MfNS, finanzielle Gründe und Anpassung der Personalstruktur an die der alten Bundesländer. Während solche Entscheidungen fast alle in Kommissionen getroffen werden, in denen HochschullehrerInnen aus den alten Bundesländern die Mehrheit bilden, wurden für die politische Überprüfung gesonderte Personal- oder "Ehren"kommissionen gebildet, deren Mitglieder vom/von der zuständigen MinisterIn berufen werden. Diese Kommissionen sollen nicht nur überprüfen, sondern auch selbständig Ermittlungen durchführen.

Für die StudentInnen sind nahezu keine Regelungen getroffen worden. Die Anerkennung von Studienabschlüssen als gleichwertig den in Westdeutschland erworbenen Abschlüssen wird unterschiedlich gehandhabt. Im einen Fach wird ein Studienbeginn schon im Jahr 1985 akzeptiert, in einem anderen Fach darf mensch frühstens im Jahr 1989 begonnen haben zu studieren, um zu einem bundesweit vollwertig anerkannten Examen zu kommen. Besonders schwer trifft es diejenigen, deren Studiengänge auslaufen und in der zukünftigen Struktur nicht mehr vorhanden sind. Teilweise handelt es sich sogar um Fachrichtungen, die erst nach der Wende eingerichtet worden sind, die nun kurzfristig wieder eingestellt werden. Zwar bestehen auf dem Papier Regelungen, die es den StudentInnen ermöglichen sollen, ihr Fach zu Ende zu bringen, in der Praxis sieht es so aus, daß die entsprechenden HochschullehrerInnen von einem auf den anderen Tag entlassen werden und damit die Prüfungsdurchführungen in Frage gestellt sind, die vorgesehenen Stellen zur Beendigung angefangener Studien nur zu einem Drittel realisiert werden und den StudentInnen die Wahl bleibt, entweder den Studienort zu wechseln oder abzubrechen.

Die Hochschulen der DDR waren erheblich personalintensiver und sollen nun auf das BRD-übliche Maß, nach dem auf 23 StudentInnen eine Hochschulangestellte kommt, reduziert werden. Durch die erheblich kleineren Hochschulen und Fachbereiche und durch ihre Ausrüstung, die einen höheren Bedarf an technischem Personal erfordern, bedeutet eine Radikalreduzierung wie an der Universität Rostock von 3.326 auf 1.783 Stellen eine so drastische Einschränkung des Lehrangebots, daß sich immer mehr StudentInnen im Interesse, einen qualifizierten Abschluß zu erlangen, mit dem Gedanken tragen, lieber an einer westdeutschen Universität zu studieren; in Mecklenburg/Vorpommern sind dies bereits über 60%.

Die neuen aus dem Westen importierten HochschullehrerInnen sind häufig dritte Garnitur, die im Westen keine Chance auf einen aussichtsreichen Posten hatten und nun im Osten glauben, sich eine Universität oder einen Fachbereich nach ihren Vorstellungen einrichten zu können. Viele StudentInnen sind nicht bereit, sich in die Rolle der dankbaren und eifrigen HörerInnen zu begeben. Sie genießen einerseits die Möglichkeiten eines weniger verschulten Studiums als in der DDR, machen andrerseits ihre fachlichen Ansprüche gelten und lassen die Wessis spüren, daß ihr fachliche Ausbildung häufig qualifizierter war, als die neuen HochschullehrerInnen annahmen.

In der Wendezeit haben sich an fast allen Hochschulen neue Gremien der akademischen Selbstverwaltung und Mitbestimmung gebildet, die eine größere Einflußnahme der StudentInnen ermöglichen als es das Hochschulrahmengesetz der BRD vorsieht. In der Regel existieren direkt, d.h. nicht über Listen, gewählte StudentInnenräte. In linken Kreisen gilt es als verpönt, nun auch an den Universitäten parteiabhängige Gruppen zu bilden, die mehr ihrer Partei als den Interessen der Studierenden verpflichtet sind. Folgerichtig kandidierte zu den Wahlen nach dem neuen Hochschulgesetz an der Humboldt-Universität eine Liste "StuVe", die sich aus Mitgliedern und BefürworterInnen des alten StudentInnenrates zusammensetzte, und erreichte zusammen mit einer Liste "Konstruktiver Boykott" die meisten Stimmen. Hochschulgruppen des RCDS, der Liberalen und der Jusos sind nahezu bedeutungslos. Studentische Verbindungen und Burschenschaften entstehen aller Orten, mischen sich aber offen politisch kaum ein. An einigen Orten gibt es PDS-assoziierte Hochschulgruppen, z.B. in Berlin die HDS (Hochschulgruppe des Demokratischen Sozialismus), in der Regel beteiligen sich aber die der PDS nahestehenden oder angehörenden StudentInnen an der Arbeit der StudentInnenräte. Andernorts entstanden unabhängige linke Hochschulgruppen, wie in Rostock der SSB (Sozialistischer StudentInnenbund), die der PDS nahestehen. Die Beteiligung an diesen Gruppierungen, aber auch an den StudentInnenräten ist rapide zurückgegangen. Das Interesse an Organisierung ist gering, wenn auch linke Strukturen noch die meisten Mitgliederzahlen aufweisen.

Die Protestaktionen der letzten Wochen haben denn auch bei den AktivistInnen viel Frust hinterlassen. Im Unterschied zum Westen gibt es keine "Politprofis" und keine linke Geschichte, die die Hochschulpolitik linker Gruppierungen in der BRD häufig zum routiniert betriebenen Geschäft gemacht hat. Die Aktionsbereitschaft speiste sich aus unmittelbarer Betroffenheit und Not der Beteiligten, die z.T. nicht wissen, wo, bei wem und ob überhaupt sie in zwei Wochen ihre Prüfungen ablegen sollen, ob ihr Fachbereich nach den Sommerferien noch existiert und wo ihr Studiengang eventuell weitergeführt wird. In Rostock wurde zwei Wochen lang der Lehrbetrieb stillgelegt. Die StudentInnen fuhren nach Schwerin zu den Landtagssitzungen und stießen auf vollständige Ignoranz. In anderen Städten kam es zum Teil deshalb nicht zum Streik, weil die Beteiligung an Urabstimmungen mit immerhin über 40% unter dem selbstgesetzten Limit von mindestens 50% lag. So blieben viele Aktionen spontan und flauten schnell wieder ab. Versuche gemeinsamer Treffen zwischen ost- und

westdeutschen StudentInnen verliefen bislang relativ unbefriedigend. Die Wessis hatten kaum Interesse für die ostdeutschen Probleme und finden die Ossis häufig unpolitisch, mit der Hochschulsituation im Westen konnten die Ossis wiederum wenig anfangen. Solidaritätsaktionen im Westen blieben aus, wenn auch einzelne Kontakte zwischen StudentInnenvertretungen mittlerweile geknüpft wurden.

Dennoch entsteht im Osten ein wenig mehr an Selbstbewußtsein und Widerstandsgeist. Gerade unter den jüngeren Linken haben sich viele um Erneuerung und Geschichtsaufarbeitung bemüht, obwohl sie die geringste Last der Verantwortung tragen. Sie haben die geringste Veranlassung in "Demut und Dankbarkeit" die aus dem Westen kommende Misere hinzunehmen. In dem Wissen, daß an den Hochschulen die zukünftigen Führungskräfte einer Gesellschaft ausgebildet werden, befürchten sie nun, daß mit einer Hochschulausbildung zweiter Klasse der Zustand, daß alle Entscheidungsfunktionen von Westimporten besetzt werden, auf lange Zeit fortgeschrieben wird. Es ist vielleicht nur eine Frage der Zeit, daß die StudentInnen aus dem Osten ihre Ansprüche mit mehr Nachdruck und unüberhörbar vortragen.

Claudia Gohde

19. Mieten in Ostdeutschland auf Weltniveau. Volksbegehren für Mietpreisstopp in Dresden gefordert

Volksbegehren für Mietpreisstop in Dresden gefordert

Autor: Claudia Gohde · Rubrik: DDR-Anschlußfolgen · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:16

Am 23. März begann die PDS in Dresden mit einer Unterschriftensammlung für einen Volksentscheid zum Thema Mietstop. Am 2. Juni erfolgte die Übergabe von etwa 51.000 Unterschriften. Mittlerweile liegen rund 56.000 Unterschriften vor. Zur Einleitung eines Volksentscheids müssen mindestens 10% der Wahlberechtigten, das sind in Dresden etwa 38.500, unterschreiben. In dem Volksbegehren wird zweierlei gefordert: Zum einen soll die Stadt Dresden bis zum 31. Dezember 1994 in den ihr gehörenden Wohnungen auf Mieterhöhungen über den derzeit zulässigen Höchstsatz hinaus verzichten, falls die Steigerungen nicht durch eine Anpassung der Wohngeldregelung abgefangen werden. Zum zweiten soll die Stadt Dresden den Wohnungsbaugenossenschaften Grund und Boden unentgeltlich überlassen, um die Mieten nicht zusätzlich zu belasten. Die Stadt, die sich bislang geweigert hatte, Verwaltungsgrundsätze für die Durchführung von Volksbegehren zu erlassen, wird das Volksbegehren vermutlich mit der juristischen Argumentation ablehnen, daß Haushaltsbelange durch Volksentscheide nicht angetastet werden dürfen.

Deutschland

wächst zusammen ...

Seit dem Dezember 1990 bis zum Dezember 1991 sind die Mieten in Ostdeutschland um durchschnittlich 400% gestiegen. Diese Erhöhungen kamen im wesentlichen durch die Einbeziehung der Nebenkosten in den Mietzins zustande. Diese Belastung wurde bislang noch abgefedert, weil bis zum September das laut Richtlinien des Einigungsvertrages vereinbarte Wohngeldsondergesetz in Kraft ist, nach dem Wohngeld auch für Nebenkosten bezogen werden kann. Wenn im Oktober dieses Gesetz ausläuft, werden die MieterInnen das nachdrücklich zu spüren bekommen, denn die Nebenkosten machen - u.a. wegen defekter Heizsysteme, mangelnder Wärmedämmung etc. - den größeren Teil der Miete aus.

Nun sollen zum 1. Januar 1993 auch die Kaltmieten erhöht werden. Derzeit betragen die Mieten in Ostdeutschland im Durchschnitt ca. DM 2,00 pro Quadratmeter. Der Mieterbund erwartet eine Erhöhung von DM 1,20 bis 2,80. Das Bundesbauministerium bestätigt, daß an einen Sockelzuschlag von DM 1,50 mit Ab- und Zuschlägen von DM 0,30 gedacht ist, zuzüglich soll je nach Zustand des Hauses ein Obolus von DM 1,00 pro Quadratmeter erhoben werden. Wenn die Erhöhung und der Wegfall des Wohngeldsondergesetzes zusammenkommen, werden die Mieten in Ostdeutschland Westniveau erreichen.

... die Mieten wachsen mit

Die CDU verspricht sich von Mieterhöhungen eine Ankurbelung der Wirtschaft: "Wir müssen darauf achten, daß die Lohnsteigerungen nicht in erster Linie zum Kauf weiterer Westwaren genutzt, sondern dem ostdeutschen Wirtschaftskreislauf zugeführt werden. Das wäre bei einer Mieterhöhung für Instandhaltung und Sanierung weitgehend der Fall, da ja die Aufträge vorrangig an hiesige mittelständische Betriebe gehen." (Hans Reckers (CDU), Staatssekretär im sächsischen Finanzministerium, "Sächsische Zeitung" 1.4.92). Doch eine weitere Mieterhöhung würde allerdings kaum der Sanierung und Modernisierung zugute kommen, sondern direkt an die Banken fließen um Altschulden abzutragen.

Der Wohnungsbestand in Ostdeutschland ist zum größten Teil Eigentum der Kommunen, bzw. von Wohnungsbaugenossenschaften. Allein in Dresden wohnen 80% der MieterInnen in Wohnungen, die der Kommune gehören oder deren Gesellschafterin sie ist. Die Wohnungsbaugenossenschaften, in der Regel NachfolgerInnen der kommunalen Wohnungsverwaltungen der DDR, hatten aus dem DDR-Staatshaushalt erhebliche Subventionen bekommen, die ihnen jetzt als Schulden angerechnet werden. Der allergrößte Teil der Mieten wird jetzt von den VermieterInnen dafür aufgewendet, diese Schulden oder zunächst vielmehr die Zinsen abzutragen. Im Durchschnitt sind pro ehemalige genossenschaftliche oder volkseigene Wohnung

15.000 DM Altschulden beim Bund anzunehmen; zusammen betragen die Altschulden etwa DM 52 Milliarden. Bislang besteht für den Kapitaldienst noch ein Moratorium bis 1993. Wie diese Summe dann aufgebracht werden soll, weiß weder der sächsische Staatssekretär im Finanzministerium, Hans Reckers (CDU) noch die Bundesbauministerin. Bereits jetzt tragen die VermieterInnen bis zu 75% der Mieteinnahmen zur Bank. Die CDU argumentiert, daß die Altschulden real wären und eine Abtretung nicht in Frage käme. Das Volksbegehren fordert statt dessen eine Übereignung von Grund und Boden an die Wohnungsbaugenossenschaften.

Die entscheidende Forderung des Volksbegehrens aber ist die Erlangung eines Mietstops, wenn das Wohngeld nicht angeglichen wird. Die Stadt Dresden hatte mit der massiven Zustimmung der BürgerInnen zu der PDS-Initiative offensichtlich nicht gerechnet. Noch 1989 waren in der Kommunalverfassung die Möglichkeiten zu Volksbegehren und Volksentscheid verankert worden. Die Stadt weigert sich seitdem, Verwaltungsvorschriften für die Durchführung zu erlassen. Im März begann die PDS mit ihrer Unterschriftensammlung. Sie sammelte zunächst in den eigenen Reihen, bekam innerhalb von zwei Wochen 8.000 Unterschriften zusammen und wandte sich dann an die Öffentlichkeit. Dabei gelang es, die vielen passiven und in sich zurückgezogenen Mitglieder zu motivieren und zu mobilisieren, denn an die 70% der Unterschriften wurden durch Hausbesuche, nur 30% bei öffentlichen Infoständen erreicht. Die Regionalpresse berichtete relativ sachlich, die Stadt stellte sich bis zum Schluß taub. Als bereits 42.000 Unterschriften gesammelt waren, erklärte der Oberbürgermeister Herbert Wagner (CDU) gegenüber der "Morgenpost": "Mietstopp bedeutet Sanierungsstopp und den weiteren Verfall der Häuser. Die Nationalsozialisten hatten schon einmal den Mietstopp eingeführt und die Kommunisten ihn fortgeführt. Die Folgen sind bekannt." (MoPo 22.5.92) Die PDS hat der Stadtverwaltung eine Frist zur Entscheidung bis zum 2. Juli gesetzt und noch immer trudeln Unterschriften ein. Für den Erfolg eines Volksentscheides wäre eine Beteiligung von über 50% und davon wieder eine einfache Mehrheit für die Forderung notwendig. Die Chancen ständen also nicht schlecht angesichts des allgemeinen Unmuts über die zunehmende Mietbelastung. Die Stadt beruft sich darauf, daß ein Volksentscheid, der in das Haushaltsrecht eingreift, unzulässig sei. Mag sein, daß sie damit juristisch durchkommt. Die PDS wird auf alle Fälle klagen. Daß plebiszitäre Demokratieelemente dort ihre Grenze finden sollen, wo es ums Eingemachte geht, stößt auf den Unmut der BürgerInnen. Einige findige Köpfe haben schon herausgefunden, daß ein Volksentscheid auch autonom von den BürgerInnen selbst durchgeführt werden könnte. Wenn dann tatsächlich die dafür notwendigen 25%, das sind ca. 100.000 Unterschriften, zusammenkämen, geriete die Stadt unter erheblichen Druck, ob sie ihren Kurs weiter durchhalten kann.

Claudia Gohde

20. Unentschieden, aber nicht mehr offen. Vom Hochschulkampf an der und um die Berliner Humboldt-Universität

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:39

Als die gute Alma Mater noch den Namen des feisten Preußenkönigs Friedrich Wilhelm trug, da war ihr Ruf unvergleichlich. Fichte und Hegel, Marx und Heine, Ranke und Mommsen, Koch und Virchow, Stöcker und Treitschke, Plank und Einstein, Lenin und Liebknecht, alle, alle und noch mancher mehr war an diesem Ort. Unter dem alten Namen sind an dieser ersten Hochschule Deutschlands 38 Nobelpreise und die Bücherverbrennung erdacht und wahr geworden. Die Umbenennung nach den humanistischen Gründern dieser Berliner Universität hat die Vertreibung von Havemann und Bahro nicht unmöglich werden lassen. Allerdings sind dann zum Ausgleich auch keine Nobelpreise mehr errungen worden.

Das begriffliche Chamäleon "Erneuerung"

Die Humboldt-Universität lag nicht nur auf der Karte mitten in der DDR. Sozialistischer Anspruch und sozial-stalinistische Realität hatten sich gründlich auseinander entwickelt und die allgemeine Vorstellung, daraus noch etwas Neues machen zu wollen, ist heute kaum noch zu verstehen. Am ehesten läßt sich diese vielleicht dadurch erklären, daß die Beschäftigten und Studierenden der Humboldt-Universität sich als Angehörige derselben verstanden und auch immer wieder bezeichneten. Dieser Ausdruck von eher verwandtschaftlicher als arbeitsrechtlicher Beziehung ist auch jetzt noch nicht völlig erloschen und erschreckt nach wie vor so manchen mobilen aber bindungslosen westdeutschen Importwissenschaftler. Die Beziehung sollte eben nicht einfach zerstört sondern, positiv gedacht, erneuert werden. Die Zauberformel dafür hieß Demokratisierung des Hochschulbetriebes. Gemeint waren damit allgemeine Erhöhung der studentischen Mitbestimmung, Autonomie der Hochschule gegenüber Staat und SED, inhaltliche Verbesserung der Ausbildung und unbedingte Öffentlichkeit in allen die Hochschule und ihre Angehörigen betreffenden Fragen.

Erstmals wurden diese Vorstellungen auf der unangemeldeten Demonstration auf dem Uni-Campus Mitte Oktober 1989 laut. Dabei wandte sich der Unmut der versammelten mehreren Tausend Studenten vorerst nur gegen die Monopolstellung der FDJ bei der Vertretung der Studierenden gegenüber der Universitätsleitung. Die Auseinandersetzung um den Platz der FDJ im Hochschulbetrieb brachte zum einen die baldige Krise und Selbstauflösung der sozialistischen Jugendorganisation ins Rollen, und mit der per Urabstimmung vollzogenen Bildung eines Studentenrates Mitte November 1989 wurde zum anderen eine Reform der Universitätsverfassung und die Neuwahl aller Leitungsgremien auf den Weg gebracht, die unter anderem die Verteilung der Mandate nach dem Modell vier Professoren, drei StudentInnen, zwei Mittelbauangehörigen und ein Techniker neu regelte. Auch im Studienbetrieb bemühte sich die Universitätsleitung, den allgemeinen Forderungen nach Reformen nachzukommen. Bereits Ende November 1989 wurde das bisher obligatorische Grundlagenstudium des Marxismus-Leninismus abgesetzt und sollte durch ein reformiertes politikwissenschaftliches "Studium Generale" ersetzt werden.

Mit dem fortschreitenden Zusammenbruch der DDR war es für die Universitätsleitung dann auch kein Problem mehr, andere Relikte der alten Hochschulpolitik, wie etwa den obligatorischen Sportunterricht, Zivilverteidigung und Reservistenausbildung innerhalb des Studienbetriebes, einfach abzuschaffen. Eine breite Austrittswelle aus der SED erfaßte vor allem den Lehrkörper. Das Bemühen, sich in den abzeichnenden neuen Umständen einzurichten, wurde auf allen Leitungsebenen der Universität immer deutlicher.

Der erste Versuch

Das beste Beispiel für die neue Wendehalspolitik war der Rektor der Universität, Professor Hass. Noch während der Oktoberdemonstration auf dem Universitätsgelände, war er dankbar für das Bemühen der FDJ, die 6000 protestierenden Studenten in sieben oder acht Hörsäle zu dezentralisieren. So wurde der von ihm in Reserve gehaltene Einsatz der im Keller des Hauptgebäudes bereitstehenden Kampfgruppen der Arbeiterklasse überflüssig und der Universität blieb eine Konfliktlösung nach dem Muster "Himmlischer Frieden" auf dem Campus im letzten Augenblick erspart. Das gab dem Mann die Möglichkeit, nun seine

Dialogfähigkeit und Toleranz der geteilten Wut der Studentenschaft mit geübter Rhetorik entgegenstellen und sich als reformwilliger Partner darzustellen. Mit dem Übergang vom Wendeherbst zum deutschen Winter suchte natürlich auch Professor Hass nach neuen Perspektiven für sich und sein Amt. FDJ, SED und deren Kampfgruppen hatten sich an der Universität schon längst aufgelöst und auch er hatte sich nach 19 Jahren stalinistischer Fremdbestimmung von seinem Parteibuch leichten Herzens trennen können. Der neue Erneuerungsplan des selbst geläuterten Rektors war denkbar einfach: Der VEB Wissenschaft (Zitat: "Die Zeit") sollte in eine G.m.b.H. umgewandelt und Hass ihr Manager werden. Nur was Geld bringt, sollte noch an der Universität einen Platz haben. Die nicht nur in seinen Augen belasteten Gesellschaftswissenschaften, die relativ sozialen Studienbedingungen und auch die umfangreichen studentischen Mitbestimmungsrechte im Hochschulbetrieb waren in diesem Erneuerungsmodell nicht vorgesehen. Unterstützung erhielt Professor Hass für diese Pläne vor allem aus den noch ausländischen Bundesministerien für Wissenschaft und Bildung der Herren Riesenhuber und Möllemann. Unter den gegebenen Mehrheitsverhältnissen war allerdings nicht mit einer breiten Zustimmung zu rechnen und es wurde deshalb auch gleich wieder in alter Art hinter verschlossenen Türen verhandelt und versucht, einfach Tatsachen zu schaffen. Als die Vermarktungspläne vor allem durch die studentische Zeitung "Unaufgefordert" und den Studentenrat aufflogen, blieb Magnifizenz nichts weiter übrig, als auch die letzte studentische Forderung an ihn zu erfüllen. Er trat zurück.

Nicht nur der Fall Hass bewies, daß es nicht ausreichen konnte, eine Status- und Verfassungsreform an der Humboldt-Universität durchzuführen. Die informellen Strukturen wurden davon nicht berührt und eine inhaltliche Reform des Studiums und die dazu nötige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der Universität kamen so nicht in Gang. Eher war es so, daß aus der Demokratisierung die ehemals verantwortlichen Kader neue Legitimation für sich zogen. Also wurde das getan, was in deutschen Landen immer geschieht, wenn die Situation unübersichtlich wird: Es wurden Kommissionen gebildet. Sie sollten die wissenschaftliche und menschliche Eignung der Lehrkräfte für einen reformierten Hochschulbetrieb prüfen, neue Wege zur qualitativen Umgestaltung von Forschung und Lehre erarbeiten, Vorstellungen zur Effektivierung und Entbürokratisierung der Verwaltung entwerfen und die Vergangenheit der Universität offenlegen und neu bewerten. Allein in der letzten Aufgabe lag soviel Zündstoff, daß die Gefahr von neuerlichen Intrigen und Denunziationen nicht ausgeschlossen war. Hinzu kam, daß sich inzwischen die Einsicht durchgesetzt hat, daß es wohl ohne personelle Konsequenzen, sprich Entlassungen, nicht mehr abgehen würde. Alles im allem ein Programm für Jahre, und Zeit war dafür praktisch keine mehr vorhanden, denn Währungsunion und Einigungsvertrag wiesen bereits in eine ganz andere Richtung.

Auf dem Rechtsweg

in die Sackgasse

Mit dem Einbruch der BRD in das Alltagsleben der Humboldt-Universität bekam die Auseinandersetzung um ihre Erneuerung sofort eine neue Qualität. Die Konfliktlinie verlief plötzlich nicht mehr zwischen alt und neu in der Universität, sondern zwischen der Universität und der herrschenden politischen Macht.

Die allgemein als unvermeidlich verkündete Anpassung der Hochschulgremien auf das Westniveau des Bundeshochschulrahmengesetzes vollzog sich dabei noch mit Murren, wurde aber hingenommen. Die damit verbundene erhebliche Dezimierung der Mitbestimmungsrechte war vor allem für den Studentenrat ein Problem, warf ihn aber noch nicht aus der Bahn. Als einziges nicht durch die Vergangenheit belastetes Gremium der Universität und als Motor der inneren Reformen hatte er auch weiterhin größeren Einfluß als die formalen Mitbestimmungsrechte ihm einräumten. Auch stützte sich der Rektor in den zunehmend schärfer werdenden Auseinandersetzungen im eigenen Haus und vor allem mit der nun zuständigen Westberliner Senatsverwaltung für Wissenschaft immer wieder auf das Votum der Studentenschaft und deren inzwischen traditionell ablehnender Haltung gegenüber politischer Einflußnahme von außen. Somit erbrachte die Rechtsangleichung noch nicht die vom rot-grünen Senat gewünschte Neubestimmung der politischen Verhältnisse an der Universität und für den Anfang auch noch keinen Einfluß der Landespolitik auf die Entscheidungen der Universität.

Es folgte der Abwicklungsbeschluß des Senats für die als belastet eingestuften geisteswissenschaftlichen Bereiche. Für die betroffenen Fachbereiche bedeutete diese Entscheidung laut Einigungsvertrag die sofortige Entlassung aller Beschäftigten, vom Professor bis zur Sekretärin und Einsetzung eines vom Senat bestimmten Gründungsdekans, der dann jeweils seinen Fachbereich nach der Konzeption des Senats neu besetzen sollte.

Wie der Studienbetrieb auf diesem Wege aufrechterhalten werden sollte, ließ der Beschluß offen. Die Universität klagte als einzige ostdeutsche Hochschule gegen dieses Verfahren. In einem über ein Jahr andauernden Rechtsstreit erhielt die Humboldt-Universität nach einstweiliger Verfügung (zur Aussetzung des Beschlusses) und nach mehreren Instanzen doch Recht und die Abwicklungsmaßnahmen wurden zum Teil rückgängig gemacht.

Die Rechtsstreitigkeiten nahmen dann auch unter der inzwischen in Berlin regierenden Großen Koalition kein Ende. Ausgangspunkt dafür war wieder ein Gesetz aus der Senatsverwaltung für Wissenschaft. Denn nach der Niederlage vor Gericht wurde nun ein nur für Ostberlin geltendes Hochschulergänzungsgesetz eingebrachte, das eine eindeutige Verlagerung der Entscheidungsrechte über Berufungen, Studien- und Prüfungsordnungen, weg von den akademischen Gremien der Hochschulen und hin zum Senator erwirken sollte. Faktisch wurden damit den Ostberliner Hochschulen der Status von Rechtssubjekten per Dekret aberkannt. Die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen diese politisch motivierte Ungleichbehandlung der Ostberliner Hochschulen ist noch nicht abschließend verhandelt. Zuvor wollte der Berliner Senat, allerdings ohne Erfolg, noch vor dem Oberverwaltungsgericht feststellen lassen, daß die Universität nach diesem Gesetz überhaupt kein Klagerecht mehr besitze.

Rektor Fink bemühte sich trotz dieser ungeklärten Lage zwischen den verschieden Interessengruppen in- und außerhalb der Universität zu vermitteln. Für den aus Stuttgart abkommandierten Wissenschaftssenator Ehrhardt, der zum Thema Befehls- und Kommandogewalt promoviert hat, mußte ein solches Verhalten wie eine bewußte Provokation wirken. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß hier echte klassische Feindschaft zwischen einem Wessi und einem Ossi entstand. Der Vorwurf der Stasi-Tätigkeit stand somit in folgerichtiger Logik und daß auch hier die Gerichte nicht den Standpunkt der Politik teilten und die Kündigung des Professors Fink für rechtswidrig erklärten, verwundert nun doch.

Frühling, Sommer, Herbst

und Winkler

Heinrich August Winkler gilt als einer der führenden bundesdeutschen Zeithistoriker der Gegenwart und seine Arbeiten werden allgemein der deutschen Sozialgeschichte zugeordnet. An der Universität Freiburg im Breisgau galt er als roter Historiker, was wohl eher das Klima an dieser Bildungsstätte beschreibt, als daß es dem Manne gerecht wird. Er selber hat sich in der Öffentlichkeit als rechter Sozialdemokrat bezeichnet und gilt inzwischen an der Humboldt-Universität Berlin als klassischer Fall des akademischen Ostlandfahrers, der mit hoher Mission und unerbittlichem Willen ausgezogen ist, um der ostdeutschen Wissenschaft zu neuem Ansehen zu verhelfen.

Zum Wintersemester 1991/92 nahm H.A.W. als einer der ersten neuberufenen westdeutschen Professoren seine neue Lebensaufgabe an der Berliner Humboldt-Universitäten, in Angriff. Seinen Ruf nach Berlin verdankte er dem Wissenschaftssenator, einem ehemaligen Kommilitonen aus gemeinsamer Zeit an der Westberliner Freien Universität, und der Empfehlung der vom Senator eingesetzten Struktur- und Berufungskommission für das Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität. Dieser Kommission wiederum, sitzt der Nestor von H.A.W., Gerhard A. Ritter, vor. Ritter war unter anderem der Herausgeber der mehrbändigen "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", in deren Rahmen H.A.W. drei "Ziegelsteine", mit einem Umfang von über 2400 - zweitausendvierhundert - Seiten, zur Geschichte der Weimarer Republik, veröffentlichen konnte. Ein Schelm, wer dabei an Seilschaften denkt.

Das war aber bei weitem nicht die einzige bemerkenswerte Besonderheit der Struktur- und Berufungskommissionen an der Humboldt-Universität. Ursprünglich als Instrument der Abwicklung geschaffen, sollten sie nach dem Absturz dieses Plans die wissenschaftliche Qualifikation der Mitarbeiter prüfen und Vorschläge zur Neugestaltung des Lehr- und Forschungsprogrammes, einschließlich von Berufungsvorschlägen machen. Das erschien den Universitätsreformern durchaus in ihrem Sinne und wäre auch möglich gewesen, wenn nicht der Senator an seinen Abwicklungsplänen festgehalten hätte. So entwickelte sich die Evaluation an der Universität trotz Beteiligung von Humboldtianern bald zur Inquisition. Dabei kam es unter dem Dauerfeuer der Medien und der teilweise durch den Kalten Krieg geprägten politischen Urteilsmuster der beteiligten westdeutschen Professoren zu zum Teil lächerlichen Situationen. So wurde eine gerade gekürte Preisträgerin eines bundesweiten Wissenschaftswettbewerbes der

Max-Plank-Gesellschaft für wissenschaftlich nicht geeignet erklärt und die als erstaunlich gut bewertete Arbeit eines jungen Historikers in ihrer Autorenschaft in Zweifel gestellt, weil die westdeutschen Herrschaften nicht glauben wollten, daß die dafür nötigen Kenntnisse der englischen Sprache in der DDR überhaupt erworben werden konnten. Die politische Motivation für ein derartiges Verhalten formulierte der Stuttgarter Historiker Jäckel gegenüber seinem Ostberliner Kollegen Petzoldt so: "Früher waren Sie aus der DDR und wir aus der BRD, da war vieles möglich, jetzt sind Sie nur noch Kommunist und ich bin Sozialdemokrat, da ist nichts mehr möglich."

Das unmittelbare Ergebnis dieser Vorgehensweise war, daß vor allem der junge und talentierte Nachwuchs zu großen Teilen die Universität verließ. Wer blieb und auch noch eine positive Einschätzung erhielt, ca. 40-50% pro Fachbereich, wurde auch nicht glücklich. Besonders in den geisteswissenschaftlichen Bereichen setzte eine Berufungspolitik ein, die unter zehn Neuberufenen nur einen ostdeutschen Wissenschaftler berücksichtigte und dann auch häufig nur auf niedrig dotierten Stellen oder in Hilfsdisziplinen. Die Berufungsverhandlungen zeigten bald, daß es der Mehrheit der westdeutschen Wissenschaftler nicht um die Neugestaltung der Universität, sondern um ihre in der BRD seit Jahren eingeschränkten Karrierewege ging. Gehaltsforderungen von 12.000 bis 14.000 DM und die Auseinandersetzung um Bürogrößen, die selbst für westdeutsche Maßstäbe unverschämt sind, standen völlig im Vordergrund.

In all diesen Punkten war auch Heinrich August Winkler kein Kind von Traurigkeit. Im Gegenteil, er konnte für sich in den Verhandlungen vier wissenschaftliche Mitarbeiter, 240 Monatsstunden à 18 DM für studentische Hilfskräfte, zwei Sekretärinnen und insgesamt fünf geräumige Büroräume erwirken. Von der technischen Neuausstattung seien hier nur 50.000 D-Mark Bibliotheksgeld außerhalb des Jahreshaushalts für die Neuberufung erwähnt. In einer Beziehung unterschied sich aber H.A.W. von seinen sonstigen westdeutschen Kollegen, er benötigte keine drei oder vier Semester von der Annahme des Rufs an die Humboldt-Universität bis zum Antritt der Lehrtätigkeit. Dafür beteiligte er sich sofort an der Personaldebatte. In die Auseinandersetzung um die Stasi-Vorwürfe gegen Rektor Fink schaltete er sich durch eine Stellungnahme in der in Ostberlin viel gelesenen FAZ ein. Mit der auch dem Wissenschaftssenator eigenen Fremdheit beschrieb er die Situation und vor allem die Studierenden an der Universität als von der PDS ferngesteuert und beschuldigte alle, die seine Haltung nicht teilten, der Komplizenschaft mit der Stasi. Dabei war Fink wegen seiner oft nachgiebigen und dann häufig zu spät kämpferischen Haltung schon längst an der Universität umstritten. Aber mit solch einem Handstreich kurz vor den Neuwahlen an der Universität wollte keiner, außer H.A.W., zu tun haben.

Seine Einsetzung als kommissarischer(!) Direktor des Institutes für Geschichtswissenschaften betrieb er auch auf ähnlich sensible Art. Er überging einfach die akademischen Gremien, die auf einer Wahl bestanden und konnte eine Verfügung des Senators erwirken, daß im Sinne des Ergänzungsgesetzes Wahlen erst nach abgeschlossener Erneuerung nötig und Neubesetzungen von Leitungsaufgaben nur von verbeamteten, also westdeutschen Professoren erfolgen können. Als sich dies alles langsam zum Skandal entwickelte, besonders aber das starke süddeutsche Schwergewicht in der Berufungspolitik und der fast völlige Verzicht auf Frauen und ostdeutsche Bewerber, offensichtlich wurden, unterstützte er die Berufung einer neunundfünfzigjährigen Wissenschaftlerin von der Akademie der Wissenschaften der DDR. Die sichere Emeritierung der neuen Professorin in einem Jahr macht dann ja wieder alles möglich für eine genehme Neubesetzung.

Mit der neuen Rechtslage und der einsetzenden Finanznot in Berlin, konnte das wissenschaftspolitische "Wünsch-Dir-was" nicht mehr fortgesetzt werden. Überhaupt wurde H.A.W. mit der Universität und vor allem den StudentInnen nicht recht warm. Er fühlte sich von Anfang an wie belagert, denn niemand hatte ihn freudig begrüßt, und unterstützt hatte ihn auch niemand. Bei diesem unterschwelligen Boykott kam aber nie zur Sprache, daß H.A.W. immer ein Befürworter eines Tabula rasa war und auch so handelte. Selbst seine studentischen Hilfskräfte hatte er sich aus Freiburg mitgebracht. Was ihm aber eigentlich nur begegnet war, ist eben jenes trotzige Schweigen gewesen, an dem schon die SED schier verzweifelte und das auch jetzt nicht zu überwinden war. Immer wieder versuchte sich Winkler als großer Kulissenschieber im Spiel um die Macht, mußte aber mittlerweile manchen Rückzieher machen. Eines aber wird auch er nicht verhindern: Die Neuwahlen in den Fachbereichen finden im Herbst nun doch statt, ohne daß es zuvor gelungen ist, das Volk aufzulösen.

PGP/Ostberlin

21. Power von der East-Side? Das Für und Wider einer ostdeutschen Sammlungsbewegung von Claudia Gohde

Das Für und Wider einer ostdeutschen Bewegung

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:50

Schon seit Monaten lag es in der Luft, daß sich der Widerspruch zwischen Ost und West eine Bewegungsform suchen würde. Mehrere Ereignisse der letzten Wochen werden die Geburt der Idee von einer ostdeutschen Bewegung beschleunigt haben: Die Abstimmung über die Brandenburger Verfassung geriet zu einer Abstimmung Ost gegen West, Diestel gegen Fink, der Berliner Wahlerfolg der PDS wurde als Zeichen erstarkenden Ost-Selbstbewußtseins gedeutet, die Abgeordneten der CDU-Fraktion im Bundestag bildeten eine eigene Interessenvertretung, die Minireform des § 218 (für den Westen) wäre ohne die Existenz der fortschrittlicheren Fristenlösung der DDR nicht denkbar gewesen. In Rostock wurde bereits die erste Ost-Partei, der "Ostdeutsche Bund" gegründet, die Anhaltinische DSU-Fraktion als parteienübergreifendes Sammelsurium Ausgetretener aus anderen Parteien, versteht sich als ostdeutsche Interessenvertretung, und mit größerem Einfluß agiert seit Anfang des Jahres eine "Gesellschaft für Bürgerrechte und Menschenwürde", die sich auch den Ossi-Interessen verpflichtet fühlt.

Keine Frage, der Konflikt zwischen Ost und West ist real vorhanden, wenn er auch manchmal kaum objektivierbar ist. Ein Arbeitsloser im Westen unterscheidet sich u.U. von seiner ostdeutschen Leidensgefährtin nicht unbedingt durch geringeren Lebensstandard, aber die subjektiv-psychische Belastung ist im Osten viel stärker. Dazu kommt natürlich, daß ein Phänomen wie Arbeitslosigkeit im Osten - im Gegensatz zur West-BRD - nicht zu verdrängen ist und fast jede Familie betroffen ist. Besonders für die Wanderer zwischen den Welten von Ost und West gibt es kaum eine Begegnung, in der nicht der Ost-West-Gegensatz ausgesprochen oder unterschwellig, als Vorwurf, Problem oder nur als Witz virulent ist. Kommt nun der von Linken lang erhoffte Protest aus dem Osten gegen die Einführung des Kapitalismus oder "nur" eine Bewegung für die Angleichung der Lebensverhältnisse?

"Wessi-Stiefel in der Gefühlswelt der Osssis"

Wer das Copyright für die Idee einer ostdeutschen Bewegung beanspruchen kann, ist nicht mehr auszumachen. In einem Interview der "Wochenpost" vom 14. Mai 1992 war Peter-Michael Diestel, seinerzeit DSU und Innenminister der letzten DDR-Regierung, dann CDU und Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer im Brandenburgischen Landtag, völlig unvermittelt gefragt worden, was für und was gegen eine ostdeutsche Partei spräche. Er antwortete darauf, daß die Spezifik Ostdeutschlands noch lange berücksichtigt werden müsse; dies zu gewährleisten, da läge die Chance für eine ostdeutsche Partei. Dagegen spräche, daß alte Gräben aufgerissen würden. Wörtlich sagte er: "Ich favorisiere ja dieses Modell der Ostpartei nicht. Ich möchte in der CDU nicht aufgeben, weil ich glaube, daß sich die Vernunft irgendwann einmal durchsetzen muß. Aber diese Überlegung wird von allen Seiten diskutiert und ganz massiv an mich herangetragen. Auch an andere übrigens: an de Maizière, Gysi und andere." Und auf die Nachfrage der "Wochenpost", ob die Ostpartei dann nur eine Drohung sei: "Zunächst einmal haben Köpfe, die das überlegen, in allen Landtagen des Ostens sehr, sehr offene Ohren dafür. Aus allen Fraktionen. Leute, die sagen, die müssen endlich mal ihre Kommißsstiefel aus unserem Denken, aus unserer Gefühlswelt rausnehmen. Über die Landtage könnte man ein solches Modell durchaus durchziehen und hätte dann eine Plattform." Das Interview blieb weitgehend unbeachtet. Erst zwei Wochen später und nach der Berliner Kommunalwahl, als der PDS-Vorsitzende Gregor Gysi in einem Pressehintergrundgespräch nach seiner Meinung zu Diestels Äußerung gefragt wurde und daraufhin über eine Stunde die Notwendigkeit und Vorzüge einer parteiübergreifenden ostdeutschen Bewegung erörterte, wurde die Presse hellhörig und das Thema Ostpartei erreichte die Schlagzeilen.

Informelle Kontakte zwischen ostdeutschen SpitzenpolitikerInnen verschiedener Parteien - so auch zwischen Diestel und Gysi - sind nicht ungewöhnlich. Immerhin kommen viele von ihnen aus den Blockparteien. Selbst die Phase der größten Ausdifferenzierung in der Wendezeit zwischen ProtagonistInnen des Anschlusses und

GegnerInnen des Einigungsvertrages war wiederum konstitutiv für eine gemeinsame Geschichte der Runden Tische und der letzten Volkskammer, die für die meisten - gerade im Verhältnis zur westdeutschen Politkultur - eine positive Erfahrung des argumentativen und aufeinander bezogenen Austausches war. Und was sie heute noch außer der gemeinsamen Geschichte eint, ist, daß alle gegenüber den westlichen PolitikerInnen kaum etwas zu melden haben. Während die einen nur eine angemessenere Beteiligung an der "Macht" ohne Anbiederung an die westlichen Herren wünschen, reklamieren die anderen eine humanere Gestaltung der Lebensverhältnisse für die Menschen in Ostdeutschland. Mehrfach wurde auch schon die Idee, den "Runden Tisch" wiederzubeleben oder die letzte Volkskammer wieder zusammenkommen zu lassen, geäußert. Ersteres scheitert daran, daß maßgebliche VertreterInnen wie Wolfgang Schnur und Ibrahim Böhme mittlerweile wegen ihrer früheren IM-Tätigkeit als diskreditiert gelten, zweites krankt daran, daß die Volkskammer letztlich das Organ war, das selbstbestimmt den Anschluß organisierte.

Peter-Michael Diestel gilt als schillernde Persönlichkeit. Als letzter Innenminister der DDR besorgte er nicht nur die Übergabe etlicher Stasi-Geheimdienstunterlagen an den BND, sondern er zeichnete auch dafür verantwortlich, daß MfS-Akten nach Moskau oder auch ganz verschwanden. Wesentlich stand er für einen Kurs, die DDR an innenpolitische Standards der BRD anzugleichen, wozu Geheimdienste und Polizei mit besonderen Befugnissen ausgestattet werden sollten, womit er sich als wertvoller Partner für westdeutsche Sicherheitsfanatiker empfahl. Daß diejenigen, mit denen er eine reibungslose Überführung in das westdeutsche System organisierte, nun ebenfalls abgewickelt, entlassen und ihnen die Renten gekürzt werden, hat Diestel heute zu einem Fürsprecher der ehemaligen bewaffneten Organe werden lassen. Daß er letztendlich oberster Dienstherr einer für die Übernahme in die BRD unbrauchbaren und unerwünschten Menschengruppe gewesen sein soll, desavouiert seine Rolle im Vereinigungsprozeß - so facettenreich sind manchmal die Motive. Und spätestens seit Diestel den Fraktionsvorsitz in Brandenburg wegen seiner zustimmenden Haltung zur Brandenburger Verfassung abgeben mußte und ein erbitterter Machtkampf zwischen ihm und seinem Landesvorsitzenden und Westimport Ulf Fink im Gange ist, sieht Diestel sich als Streiter für ostdeutsche Interessen gegen westliche Arroganz und sucht nach Gleichgesinnten.

"Komitees für Gerechtigkeit"

Ein kleiner Kreis von bislang nicht genannten Prominenten unter Mitwirkung von Peter-Michael Diestel und Gregor Gysi arbeitet zur Zeit an einem Aufruf für eine ostdeutsche Interessenbewegung. Den Erklärungen der Beteiligten zufolge beschreibt ihre Initiative folgende Intentionen:

Auf allen Ebenen der Gesellschaft sollen "Komitees für Gerechtigkeit" gebildet werden. Ihre Aufgabe ist, Mißstände vor Ort zu bilanzieren und an die Parlamente Forderungen nach Behebung dieser Mißstände heranzutragen. Mit Hilfe der Komitees soll die Struktur für eine Bewegung geschaffen werden, in der nicht Parteien sondern Personen das Sagen haben sollen und die vermutlich in etwa die Form von Bürgerinitiativen annehmen werden.

Der zweite Gedanke ist der, eine eigene Körperschaft im Osten zu bilden, die neben den gesetzlich und verfassungsmäßig vorgesehenen Organen, die Belange der Menschen in Ostdeutschland vertritt. Da mit dem Einigungsvertrag der eine Vertragspartner untergegangen ist, fehlt nun eine Institution, die auf die Einhaltung des Einigungsvertrages dringt, gegen negative Auslegungen angeht und eventuell sogar Zusatzverhandlungen führt, die z.B. einen Sitz in der Treuhand hat und die Rolle eines Kontroll- und Initiativorgans einnehmen könnte.

Die Gründe für eine ostdeutsche Vertretung sind vielfältig. Bei den realen Interessenkonflikten - "Aufbau Ost statt Ausbau West" (Biedenkopf) - ziehen die Menschen aus Ostdeutschland allemal den kürzeren. In allen herkömmlichen gesellschaftlichen Organisationsformen, seien es Parteien, Gewerkschaften, Verbände oder parlamentarische Vertretungsorgane, sind die OstlerInnen in der Minderzahl. Jede Formation hat die Mehrheit ihrer Klientel, die sie bedienen muß, im Westen. Selbst 20% im Osten würden noch nicht einmal einen Sitz im Bundestag bringen. In den Entscheidungspositionen des Ostens sitzen Wessis, wer von den Ossis eine Führungsposition einnehmen will, muß sich in fast allen Bereichen von Wessis auf Herz und Nieren, auf Vergangenheit und Eignung prüfen lassen. Die Menschen in Ostdeutschland sind in fast allen Bereichen benachteiligt. Sie haben in der Regel nicht das Kapital, um sich am Immobilienverkehr beteiligen zu können, das Prinzip "Rückgabe vor Entschädigung" reduziert sogar noch die Anteile, die sie einbringen könnten. Ebensowenig können sie Investitionen tätigen. Aber auch aus dem Westen sind die Investitionen in

versprochener Höhe ausgeblieben. In vielen Bereichen der Produktion sind Kapazitäten durch EG-Norm festgelegt, die durch die Alt-BRD bereits ausgeschöpft worden sind, wie in der Landwirtschaft oder bei den Werften; aus der Landwirtschaft der DDR haben 80% der Beschäftigten ihre Arbeit verloren. Die Löhne sind auch in Bereichen, wo die Arbeitsleisunt gleich hoch ist wie im Westen, wie z.B. im Gesundheitswesen, niedriger. Die Mieten schießen in die Höhe, ohne daß die Einkommen mithalten. RentnerInnen haben im Schnitt real eine gleichhohe Rente wie in der DDR aber zig-fache Mietkosten. Eine qualitative Verbesserung ist nicht absehbar.

Vereinigung

der VerliererInnen?

Die Initiative für eine ostdeutsche Bewegung will neben der materiellen Misere gegen die Demütigung und Ausgrenzung der Ostdeutschen antreten. Diestel reklamiert: "Ich möchte nicht, daß riesengroße Menschengruppen ausgegrenzt sind, ich sage: Fünfundneunzig, achtundneunzig Prozent der Ostdeutschen haben das Recht, sich mit Stolz und Würde angetan in der deutschen Einheit zu bewegen" (Freitag, 26.6.92). In manchen Erklärungen der Initiatoren klingt der Gedanke einer ostdeutschen Identität oder sogar ein Hauch von Autonomie an. Doch worauf gründet sich diese Identität? Die positiven Werte der DDR-Gesellschaft sind vielfach gebrochen. Dem Empfinden, daß das Leben in der ehemaligen DDR insgesamt sicherer und überschaubarer - vom Arbeitsplatz über die Wohnung bis zu den sozialen Sicherungen - war, steht gerade bei den Jüngeren die Vielfalt individueller Gestaltungs- und Erfahrungsmöglichkeiten gegenüber. Die Segnungen der Marktwirtschaft hat die Mehrheit der Ossis am 18. März 1990 selber gewählt; da dieses Wirtschaftssystem nur von den wenigsten grundsätzlich in Frage gestellt wird, beschränken sich die Forderungen auf mehr Teilhabe am Reichtum bzw. nach sozialer Abfederung. Kaum eineR der nach der Berliner Kommunalwahl befragten PDS-WählerInnen wollte DDR-Verhältnisse wiederhaben, wenn auch vielfach auf die Errungenschaften der DDR verwiesen wurde. DDR-spezifische politische Erfahrungen, die positiv verbucht werden, stammen ausschließlich aus der Wendezeit, aber Volkskammer und Runder Tisch lassen sich aus oben genannten Gründen nicht reaktivieren. Persönlichkeiten, die ein Stück DDR-Stolz verkörpern könnten, sind fast ausnahmslos angeschlagen, wie Heinrich Fink oder Katrin Krabbe. Aber genau an ihnen baut sich der Frust auf. Darüber hinaus mischen sich konservative Elemente mit fortschrittlichen. Nicht umsonst erhalten rechtsextremistische Gruppen teilweise eben auch von ehemaligen SED-Kadern Zulauf. Die Angst vor zunehmender Kriminalität, vor Drogen, Sekten und ein zunehmender Rassismus sind ebenso Ausdruck der Unzufriedenheit.

Was die Ossis in ihrem Aufbegehren gegen den Westen eint, ist das Gefühl, verraten, verkauft und verletzt zu sein. Bislang hat sich "ostspezifischer" Protest, das heißt für den Erhalt von etwas, nur an wenigen Fragen Bahn gebrochen: Der Kampf um den Erhalt des Jugendradios DT 64, gegen die westdeutsche § 218-Regelung und die Solidaritätsbekundungen für Heinrich Fink. Symptomatisch sind symbolische Auseinandersetzungen: Für das DDR-eigene grüne Ampelmännchen gegen das westliche Designermännchen, für den Erhalt des grünen Rechtsabbiegerpfeils gegen die doofen Wessis, die trotz Pfeil bei rot stehen bleiben. Das, was positiv an der DDR erlebt wurde, die sozialen Errungenschaften, das vom Staat "Behütetsein" in der positiven Variante (wobei die repressive Seite nicht unterbewertet werden soll, aber für ganz viele nicht so unmittelbar erfahren wurde), der höhere Stellenwert von Kultur, das sind alles Werte, die sich nur schwer in konkrete Forderungen packen lassen, und wenn - wie z.B. als Staatsziel in der Brandenburgischen Verfassung das Recht auf Arbeit -, dann werden sie vom Kapitalismus auf absehbare Zeit schlichtweg nicht eingelöst werden können.

Was könnte eine Bewegung, die auf dem Frust aufbaut und die Gedemütigten und Entrechteten sammelt, ohne konkrete gemeinsame Ziele angeben zu können, ausrichten? Wird es eine Bewegung für die schnelle Angleichung, für mehr Investitionen, für mehr Polizei auf den Straßen, eine Bewegung von Ostdeutschen, die ihre Rechte gegen die von AusländerInnen und ImmigrantInnen stellt, die die Privilegien der Westdeutschen gegenüber den osteuropäischen Staaten und der Dritten Welt teilen will, die Arbeitsplatzbeschaffung gegen Umweltschutz stellt? Geeinigt haben sich die InitiatorInnen auf eine deutliche Absage an Rechtsextremismus und AusländerInnenfeindlichkeit. Gregor Gysi betont, daß es nicht darum gehen darf, die eine Minderheit gegen die andere auszuspielen und die globalen Probleme zu vernachlässigen. Die Probleme in Ostdeutschland seien insofern nicht nur regionalspezifisch, als sie im Laufe der Zeit Rückwirkungen auf den Westen haben würden. Als Beispiele nennt er Deregulierung im gewerkschaftlichen Bereich, weitere

Reallohnsenkungen, Demokratieabbau und Erstarkung des Rechtsextremismus. Darüber hinaus gelte es, die Parteienverdrossenheit und Politiküberdrüssigkeit aufzunehmen und Formen der Selbstorganisation zu finden, in denen die Menschen selbstbestimmt ihr Leben in die Hände nehmen. Mit solchen Aussagen setzt Gysi, der weiß, daß eine "Interessenvertretung Ost" viele Konflikte in sich birgt, andere Akzente als Diestel. Dessen Vorstellungen bleiben schwammig, seine Forderungen sind allgemeiner (Beschleunigung der Integration der Ostdeutschen in die BRD), als Noch-CDU-Mitglied wird er sicher kaum für radikale Änderungen zu haben sein. Sicher stünde Gysi ihm gegenüber für eine kapitalismuskritische Strömung, doch welche Dynamik eine ostdeutsche Bewegung letztlich entfaltet, hängt davon ab, wem es gelingt, seinen/ihren Einfluß geltend zu machen.

Reaktionen

"Nostalgieverein" (Gerd Poppe), "Blockflötenorchester" (Sebastian Pflugbeil) und "Sammelbecken nostalgischer Einheitsfrontfanatiker" (René Althammer) schallt es der Initiative von VertreterInnen der Bürgerbewegungen entgegen. Sie befürchten eine Rückkehr zu alten Denkschablonen, daß der Feind im Westen steht, oder schlimmer: Die Anwälte de Maizière, Diestel und Gysi verkörperten die alten Seilschaften, die nun wieder zur Macht drängen (Freya Klier) und schlimmstens: Diestel könnte "wie weiland der Duce" ein Menschenheer von zwei Millionen ehemaligen SED-Mitgliedern anführen, eine Perspektive auf ein Schrecken ohne Ende. (Henning Pawel in der "taz", 6.6.92)

Die ehemaligen Bürgerbewegten spüren, daß eine ostdeutsche Bewegung den Ansatz der Bürgerbewegungen im Herbst 1989, der versuchte eine erneuerte DDR-Identität aufzubauen, aufgreifen könnte. Möglicherweise ist es dazu viel zu spät, wie auch Friedrich Schorlemmer meint, denn die Perspektive nach vorne ist eigentlich real nicht vorhanden. Die Bürgerbewegungen haben sich heute fast vollständig darauf zurückgezogen, Ostidentität über ihre Form von Geschichtsaufarbeitung zu demonstrieren. Spätestens mit der geplanten Fusion mit den Grünen steht auch für Bündnis 90 das Zusammenwachsen im Vordergrund. Eine Umfrage der Zeitung "Super" (mit entsprechender Vorsicht zu genießen) ergab bei den AnhängerInnen von Grüne/Bündnis 90 die größte Zustimmung zu einer Ostpartei.

Von rechts wird der Rückgriff auf alte Parolen schon praktiziert. Das meistgebrauchte Verdikt heißt "Spalterpartei". Eine Ostpartei würde die Spaltung nur vertiefen und alles noch schlimmer machen. Nach ihrem Wahldesaster in Berlin ist die CDU allerdings gefordert, die realen Konflikte zwischen Ost und West in irgendeiner Form aufzunehmen. Nur die braune Sauce von Volksgemeinschaft und Einheitsgedusel taugt für den Alltag nicht viel. Das Wort von den alten Seilschaften geht auch schwerer von den Lippen, müssen F.D.P und CDU doch Rücksicht auf die "Blockflöten" in den eigenen Reihen nehmen.

Der stellvertretende Vorsitzende der PDS, André Brie wendete sich dagegen, "einfach gegen Westdeutsche zu sein (...) Ostdeutscher Populismus bringt uns langfristig überhaupt nichts" (Berliner Zeitung, 6.6.92), wirklich verantwortlich sei die Bundesregierung. In der PDS war zunächst die Befürchtung ausgebrochen, daß die PDS nun in eine "Ostpartei" überführt werden sollte. Nachdem die Parteigründungspläne von den InitiatorInnen mehrfach dementiert wurden (sich aber dennoch hartnäckig in der Presse halten), hoffen viele Parteimitglieder darauf, durch die Mitarbeit in einer solchen Bewegung ihre Isolation weiter aufbrechen zu können. Die sich als linke KritikerInnen verstehenden PDSlerInnen und SympathisantInnen befürchten dagegen, daß der Druck zu Realpolitik und Populismus zunimmt, daß die PDS-Mitglieder die Basis für eine Prominentenriege abgeben sollen, die mit linker Politik nichts am Hut hat und daß dem Ansatz der PDS, Ossi-Unzufriedenheit mit linker Politik zu verknüpfen (womit die BerlinerInnen bei der Wahl erfolgreich waren) die linke Spitze abgebrochen wird.

Die InitiatorInnen haben auch Westdeutsche aufgefordert, ihren Protest zu unterstützen. Bislang ist die ostdeutsche Misere im Westen weitgehend unbeachtet geblieben. Da hat die Drohung mit einer Ostpartei zwar ein paar PolitikerInnen aufgerüttelt, doch für die Mehrheit der Westdeutschen hat sich durch die Vereinigung nur wenig geändert, das Interesse am Osten geht gegen Null, Solidarität ist ein Wort für Sonntagsreden. Die Konflikte im Osten sind durchaus kapitalismustypisch, könnte man sagen. Dennoch kommt keineR daran vorbei, daß die kapitalistische Gesellschaft im Verhältnis von Ost und West kraß unterschiedliche Gesichter hat. Selbst eine Bewegung, die nur darauf aus wäre, eine gleichberechtigte Verteilung des Reichtums in der BRD zu erlangen, würde an die bekannten Grenzen stoßen. Und es wäre aus der Tradition von SozialistInnen und KommunistInnen nicht der schlechteste Ansatz, diesen Konflikt politisch aufzugreifen. Vom Westen aus ist

es geboten, abzuwarten, wie sich diese ostdeutsche Sammlung entwickelt, in welche Richtung sie ihre Dynamik entfaltet und wie sie die Konflikte zu Ausdruck bringt.

Daß die gesellschaftliche Entwicklung Formen annimmt, bei denen unter Umständen noch ganz neue und andere Ideen des politischen Eingreifens geboren werden müßten, zeigt der Kommentar eines sich der radikalen Linken zurechnenden Kritikers. Am 15. Mai 1992 schrieb Georg Fülberth im "Freitag": "Die drei großen Parteien müssen damit rechnen, daß sich quer zu den Linien, die sie seit Jahren zwischen sich gezogen haben, zwei neue Formationen gebildet haben: die Liga West und die Liga Ost. die uneingestandene Parole der ersteren lautet: ‚Gegen die Kosten der Wiedervereinigung und gegen die Kosten Europas!` Letztere denken das Umgekehrte (vielleicht minus Europa). Da die Gründung linker Parteien gegenwärtig sinnlos ist, würden sich die früher übriggebliebenen progressiven Personen ein ideologiekritisches Verdienst erwerben, wenn sie, statt ihre alten Projekte weiterzuführen, sich an einer Spaltung der Rechten beteiligen würden, indem sie die ‚Liga West` und die ‚Liga Ost` selbst aktiv betrieben. Die Nennung der wirklichen Wünsche der Leute würde der Ausländerfeindlichkeit zumindest in den beiden Ligen den Boden schmälern und diese scheußliche Ideologie den ‚Republikanern` sowie der Rest-SPD und der Rest-CDU überlassen."

Claudia Gohde

22. Stasi informiert I: Geschichtsaufarbeitung in Deutschland

Rubrik: Stasi-Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:22

Die DDR ist hin, der Sieg in der deutsch-deutschen Systemauseinandersetzung hätte für die BRD nicht glänzender ausfallen können. Die Geschlagenen büffeln Demokratie und Marktwirtschaft und stellen glaubwürdig unter Beweis, daß sie ihre Lektionen gut gelernt haben. Das vielbejubelte Subjekt der ostdeutschen Revolution, das Volk also, weiß, daß es 40 Jahre umsonst gelebt hat, die vielbeschworene DDR-Identität reduziert sich auf Ressentiments gegen den Besser-Wessi und der Sehnsucht nach Club-Cola und der echten Thüringer Landleberwurst. Außer einigen unverbesserlichen Westlinken hatte niemand etwas gegen die Wiedervereinigung, im Osten schon gar nicht. Es wurde lediglich über das Wie, die Kosten etwa, das Tempo und ähnliches diskutiert - einen harmonischeren Start ins große Deutschland hätte sich eigentlich keiner wünschen können.

Trotzdem sind die Sieger nicht großmütig, statt das Kapitel DDR zu den Akten zu legen wird im Staatsleichnam herumgestochert, Verantwortliche ausfindig gemacht, Berufsverbote in einem Ausmaß verhängt wie es die BRD nicht einmal in den 70er Jahren kannte, Ehrenrenten gekürzt, Prozesse angestrengt, Staatsmänner in Haft genommen. Wo es nicht gegen Lebende geht, sind es die Toten, an die nichts erinneren soll: Straßen die umgewidmet werden, Denkmäler, die geschliffen werden, Gedenkstätten, die zwar nicht geschlossen werden, aber ihres ursprünglichen Sinnes beraubt, jetzt eher geeignet sind, die Täter zu ehren als die Opfer. Dieses emsige Tun firmiert unter dem Namen Geschichtsaufarbeitung und es geschieht ungehindert. Wie schon bei der Eingemeindung der DDR wird keine Kritik am Vorgang selbst laut - selbstverständlich muß aufgearbeitet werden - es rumort wieder nur auf dem Markt der Meinungen: Welche Aufarbeitung hätten's denn gern? Mehr theologisch wie Schorlemmer und die Tribunalritter es empfehlen, ehrlich und konstruktiv und bitte ohne Ausgrenzungen wie die PDS es sich wünscht, inquisitorisch aber umso befreiender nach Art der Bürgerbewegungen und der Gauck-Behörde oder mit Augenmaß wie die westdeutschen Parteien es sich wünschen, die noch ein paar andere vordringliche Aufgaben etwa auf außenpolitischen Gebiet im Auge haben und die Verselbständigung des aktuellen Prozesses befürchten.

Geschichte aufarbeiten bedeutet bei allen Beteiligten Geschichte verurteilen. Ob die PDS und einige andere nur ein Tribunal wünschen, das symbolisch ein Urteil über die Geschichte und damit natürlich auch ihre Repräsentanten spricht, oder ob das Tribunal eine Ergänzung zum viel handfesteren Tribunal, den Strafgerichten nämlich, darstellen soll wie der Rest der Aufarbeiter es fordert, macht in der Sache keinen Unterschied mehr. Gewünscht ist die justizförmige Abwicklung von Geschichte und das setzt die Akzeptanz eines staatlichen Systems voraus - wer sonst soll Recht gewähren und durchsetzen können. Das unterstellt ebenfalls, daß die Herrschaft, auf die Bezug genommen wird, nicht nur besser ist, als die, über die zu Gericht gesessen werden soll, sondern auch das juristische Instrumentarium, mit dem Mielke und anderen beizukommen ist, parat hat und es nur anzuwenden braucht. Gefunden werden muß also die verwerfliche Tat, für die das System DDR stand und die individuelle Zurechenbarkeit dieser Verbrechen an seine Staatsmänner. Das Interesse der Aufarbeiter konzentriert sich auf zwei Komplexe: die sogenannten Mauermorde und den Geheimdienst der DDR, den Stasi-Komplex. Regierungskriminalität heißt das Justiz-offiziell.

Mehr noch als die Stasijagd sind die sog. Mauermorde ins Zentrum des Interesses der Strafverfolgung gelangt. Die über 100 totgeschossenen Grenzgänger an der Grenze zur BRD sollen dafür herhalten, die DDR als Staat zu einer kriminellen Vereinigung zu erklären und die für die Grenzsicherung verantwortlichen Staatsorgane abzuurteilen, vom Mauerschützen bis hinauf zum Staatsratsvorsitzenden. Vor gut einem Jahr hat diesem Komplex in der Linken kaum einer Bedeutung beigemessen. Im Gegenteil, es wurde eher so etwas wie Schadenfreude darüber laut, daß der Staat, besser die Justiz sich in dieser Sache nun endgültig überhoben habe und an ihren eignen rechtsstaatlichen Grundsätzen scheitern würde. Als der Rechtsstaat zeigte, wozu er fähig ist und in Berlin den ersten Mauerschützenprozeß im September 91 eröffnete, gingen die meisten Linken davon aus, es werde eine Gerichtsfarce aufgeführt, die in Freisprüchen, bestenfalls Bewährungsstrafen enden werde. Als im Januar gegen einen der Beteiligten wegen Totschlags eine dreijährige Haftstrafe ohne Bewährung verhängt wurde, sagte keiner mehr etwas.

Ganz ähnlich die Sache Mielke, Honecker, Keßler und andere zu der kürzlich eine 900 Seiten starke Anklageschrift präsentiert wurde. Die irre Hoffnung, die BRD habe an Prozessen gegen den nationalen Verteidigungsrat in Wirklichkeit kein Interesse, ist zwar längst blamiert, über die Tragweite dieser Unternehmungen macht sich anscheinend aber kaum einer eine Vorstellung.

Das Rechtsverständnis der Ankläger von Senatorin Limbach (SPD) und ihre Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bis zum letzten Lohnschreiber von FAZ bis taz sieht ungefähr so aus: Die Sicherung der Landesgrenze, wie Mauerbau und Grenzbefestigungen DDR-amtlich heißen, sei ein verbrecherischer Akt gegen die eigene Bevölkerung, verstoße gegen internationales Recht und stünde in der Welt einzig da. Dem Hinweis, daß der Schußwaffengebrauch an der Westgrenze der DDR auf einem ordentlichen Gesetz beruhte, das von einem souveränen Staat beschlossen und verkündet wurde, wird damit begegnet, daß offensichtliches Unrecht von einem verbrecherischen Staat jederzeit in Gesetzesform gegossen werden könne und deshalb noch nicht Recht sei. Was nun Recht sei, versuchen die einen anhand der Uno-Menschenrechtscharta und der Helsinki Akte, die beide von der DDR unterschrieben worden waren, nachzuweisen. Diese schrieben eindeutig das Recht auf Freizügigkeit fest, dagegen hätte das Grenzregime der DDR verstoßen. Die anderen und das ist wohl die Mehrheit, zieht die Gründungslegende des autoritären Rechtsstaats BRD heran, wonach der Faschismus nur deshalb so leichtes Spiel gehabt habe, weil die Weimarerer Politiker und Juristen sich ausschließlich ans formale Recht gehalten hätten und dadurch Gesetzesfetischisten geworden seien, die jede Barbarei unterstützt hätten, wenn sie nur in Gesetzesform auftauchte. Zu unterscheiden sei zwischen formalem Recht und seinem materialen, substanzhaften Kern, der quasi übergesetzlicher Natur ist und jedermann immer erkennbar sein müsse und gegen den zu verstoßen kein Staat ein Recht habe. In der BRD nennt sich das FDGO als Wesenskern der Verfassung und meint im wesentlichen die Menschen und Freiheitsrechte. Gegen diesen Katalog habe die DDR in eklatanter Weise verstoßen.

Zunächst mal zu den Menschenrechten. Tatsächlich gewährte die DDR nicht nur durch ihre Unterschrift unter völkerrechtliche Verträge, sondern auch qua Verfassung Freizügigkeit. Hat sie gegen diesen Grundsatz verstoßen? Dazu einen kleinen Auszug aus einem Gesetz:

"§ 9: Zum Gebrauch von Schußwaffen Berechtigte. Bei Anwendung unmittelbaren Zwanges ist der Gebrauch von Schußwaffen nur gestattet: (...)

2. den Beamten des Grenzaufsichtsdienstes des Grenzabfertigungsdienstes, des Zollfahndungsdienstes und des Bewachungs- und Begleitdienstes."

"§11: Die in § 9 genannten Vollzugsbeamten können im Grenzdienst Schußwaffen auch gegen Personen gebrauchen, die sich der wiederholten Weisung, zu halten oder die Überprüfung ihrer Person oder der etwa mitgeführten Beförderungsmittel und Gegenstände zu dulden durch die Flucht zu entziehen versuchen."

Diese Zitate stammen aus dem "Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes" vom 10. März 1961. Ein Gesetz, das vor dem Mauerbau verkündet wurde und das Grenzregime des freiheitlichen Deutschlands festschreibt, besonders hinsichtlich der Kompetenzen seiner Bundespolizei, des BGS.

Das DDR-Grenzgesetz von Anfang der 70er Jahre liest sich nicht zufällig fast wortgleich. Es meinte auch genau das gleiche wie das Gesetz über den unmittelbaren Zwang der BRD: Den Anspruch des Staates, niemandem das freie Passieren der Landesgrenze zu gestatten und diesen Anspruch wie jeden anderen staatlichen Anspruch im Zweifel mit Waffengewalt durchzusetzen. Ich habe leider keine genaue Zahlen über die vom BGS produzierten Toten an den Grenzen der BRD zu Österreich oder Frankreich. Aus einigen Pressemitteilungen geht jedenfalls hervor, daß im Zeitraum von 1961 und 1989 an den Westgrenzen der BRD eine ähnlich hohe Zahl illegaler Grenzgänger abgeschossen wurde wie an der Westgrenze der DDR.

Hier ist eine Zäsur nötig. Eine der jämmerlichsten Methoden, sich mit DDR-Geschichte zu beschäftigen ist der Systemvergleich. Von links lief der Systemvergleich gerne darauf hinaus zu betonen, die Ankläger aus der BRD hätten kein Recht gegen die Zustände in der DDR zu hetzen, schließlich liege im eigenen Lande genug im Argen. Diese Methode des Aufrechnens beinhaltet als dritte Größe den unausgesprochenen geheimen Wunsch nach dem besseren Staat, dem des demokratischen Sozialismus, des dritten Weges oder wie auch immer. Wenn hier zur Verdeutlichung vergleichsweise abstrakter Sachverhalte aus dem Bereich der Staatstheorie zum Zwecke der Veranschaulichung gelegentlich verglichen wird, dann nicht mit dem

konstruktiven Zweck, einen besseren Staat zu finden, sondern mit dem ausschließlich destruktiven, der Staatskritik.

Zurück zum Grenzregime. Offensichtlich behält sich jeder Staat vor, seine Grenzen zu bewachen und niemanden unkontrolliert passieren zu lassen. Dieses Recht wird wie jedes Recht mit der Androhung tödlicher Konsequenzen gegen jedermann, der sich darüber hinwegsetzt verbunden. Gegen die DDR wird vorgebracht, sie hätte im Gegensatz zur BRD die legale Ausreise, egal ob zu Urlaubszwecken oder wegen Auswanderung in erheblichem Maße eingeschränkt, wenn nicht ganz untersagt, während in demokratischen Ländern - die BRD voran - dieses Recht jedermann zustehe.

Bekanntlich existieren Rechte des Bürgers gegen den Staat nie ohne Einschränkung und einige Rechte gibt es so gar nicht, wie der Alltagsverstand sie sich vorstellt. Der Menschen- und Völkerrechtsbruch der DDR wegen Verstoßes gegen die Freizügigkeit gibt es nicht. Freizügigkeit meint nicht das Recht, das eigene Land nach Gutdünken zu verlassen, sondern lediglich das beschränkbare innerhalb des eignen Landes nach Belieben Wohnsitz zu nehmen. Es gibt auch keine völkerrechtliche Vereinbarung - schon gar keine von der DDR unterschriebene, die das freie Fluten von Staatsbürgern unter Schutz stellen würde.

Das Recht auf Ausreise wird in der BRD gewährt, aber nicht als Freizügigkeit, sondern als Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit gemäß Artikel 2 Grundgesetz. In einem Standardkommentar heißt es dazu lapidar: "Die Beschränkung der Ausreise ist nur aus zwingenden Gründen zum Schutze überragender Gemeinschaftsgüter zulässig." Das wichtigste Gemeinschaftsgut war schon immer die Aufrechterhaltung der staatlichen oder verfassungsmäßigen Ordnung, wie es auf bundesrepublikanisch heißt. Dieser Grundsatz gilt für jeden Staat und wird im Fall drohenden Zerfalls rigoros angewendet. Die DDR hat zum Wohle der Gemeinschaft Republikflucht unterbunden - zu Recht, wenn der staatliche Überlebensanspruch als Meßlatte zugrunde gelegt wird, und eine andere gibt es nicht, wenn über Staaten verhandelt wird - die BRD behält sich dieses Recht selbstverständlich vor. Der Unterschied besteht also wesentlich darin, daß die DDR Ernstfall gemacht hat, auf einem Gebiet wo die BRD es nicht nötig hatte. Die Folgen sind, was die wesentlichste Kategorie bei der Begutachtung von Staaten anbelangt, die staatlich produzierten Leichen, nicht so gravierend unterschiedlich. An der Westgrenze der DDR sind mehr Menschen totgeschossen worden als an den BRD Grenzen, sehr wesentlich - in Zahlen - fällt dieser Unterschied nicht aus. Daß es sich bei den vom BGS Getöteten vorwiegend um Leute handelte, die auf einer Fahndungsliste standen oder schmuggeln wollten und weniger um Ausreisewillige, kann nur in den Köpfen von hundertfünzigprozentigen Staatsbürgern (also der Mehrheit) einen Unterschied ausmachen.

Dieser Umstand scheint den Geschichtsaufarbeitern auch aufgefallen zu sein und sie bauen den zweiten großen Angriff auf die DDR auf den Mauerbau auf. "Mit dem Bau der Mauer wurde gleichsam die Leibeigenschaft zur Staatsdoktrin erhoben", stellt Joachim Gauck in seinem Buch "Die Stasi-Akten" fest. Den DDR Bürger sei das Gefühl, wehrlos in der Falle zu sitzen überkommen. Für jeden, der nicht Märtyrer im Kampf gegen das System sein wollte, folgert Gauck, sei Anpassung die Strategie des Überlebens geworden. Ein zur Unterwerfung erzogener und anpassungswilliger Mensch sei der DDR-Bürger geworden, deshalb sei es ihm auch so schwer gefallen, bei der Stasi nicht mitzumachen, wenn er dazu aufgefordert wurde. In den Worten Gaucks liegt mancherlei richtiges. Daß die Leibeigenschaft des Bürgers an den Staat Staatsdoktrin der DDR gewesen sei ist ebenso richtig wie das von ihm beschriebene Gefühl des Bürgers, in der Falle zu sitzen. Was Gauck übersieht und übersehen muß, ist die allgemeine Nutzanwendung seiner Thesen für staatliche Systeme überhaupt. Natürlich ist der Mensch mit der Beendigung der persönlichen Leibeigenschaft im Feudalismus nicht in die Freiheit entlassen worden, sondern in einen neuen gesellschaftlichen Zustand, in den Status des Staatsbürgers. Als solcher hatte er seinen inneren Schweinehund zurückzustellen und sich als Citoyen im Zweifel gegen seine eignen Interessen ums Gemeinwohl verdient zu machen. Das äußerte sich zu keinem Zeitpunkt in dem behaupteten Zustand der Freiwilligkeit. Dem wurde und wird nachgeholfen durchs Gesetz, dem sich zu unterwerfen erste Bürgerpflicht ist. Ausgeliefert zu sein an abstrakt vermittelte, jedermann als Abstraktum betreffende Zwänge, denen zu entgehen nicht möglich ist, ist das tägliche Erlebnis des Bürgers im Rechtsstaat. Das trifft also für den Bürger im sozialistischen Rechtsstaat wie die DDR einer war genauso zu wie für den Bürger des freiheitlich demokratischen. Der Unterschied liegt einzig darin, daß der Bürger-West emigrieren darf, wenn es ihm nicht mehr gefällt und ein größeres Angebot an potentiellen Gesetzgebern zur Auswahl hat. Daß er in der Regel nicht emigriert, es sei denn als Rentner in den Süden, liegt daran, daß er anderswo wieder Staatsbürger werden muß und dabei materiell schlechter fährt als in der Heimat. Daß die

Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Konstellationen von Herrschaft dieselbe nicht abschafft und noch nicht einmal wirklich verändert, äußert er beständig am Stammtisch mit der freilich folgenlosen Floskel: "Die machen mit uns doch sowieso was sie wollen." Der Systemunterschied und nach BRD-Lesart der Unterschied zwischen Rechts- und Unrechtsstaat macht sich also nicht an der Wirklichkeit bzw. Potentialität von Herrschaft fest, sondern am freiwillig erbrachten Zuspruch der ganz überwiegenden Mehrheit durch regelmäßigen Wahlgang und die damit verbundene Zustimmung zu einer der freiheitlich demokratischen Blockparteien, ergänzt durch die ständige Aneignung der Leitsätze aus den Leitartikeln der jeweils bevorzugten Tageszeitung von Bild über FAZ bis taz.

Dem Konsens liegt die Einsicht zugrunde, daß es Sachzwänge gebe, die nicht verhandelbar seien. Daß Vollbeschäftigung zum Beispiel nur bei entsprechender Konjunktur machbar sei und die läßt sich nicht wählen; daß Lohnzuwachs und Sozialetat vom Wirtschaftswachstum abhängig sind und in der Wirtschaftskrise gekürzt werden und ähnliches mehr. Das wirklich verhandelbare, über das sich die öffentliche Meinung zankt, ist nicht die Tatsache, daß einzusparen sei und jeder kürzer treten müsse, sondern die Frage, ob man lieber Kindergartenplätze streicht oder die Krankenkassensätze heraufsetzt. Der Staat, so scheint es, steckt nur den Rahmen ab und ist dabei seinerseits beschränkt. Die gewichtigen Gründe fürs Handeln liegen außerhalb des Diskutierbaren - es gibt keine Alternative. Dieses entscheidende Gesetz der demokratisch verfaßten Gesellschaft war in der DDR offiziell nicht in Kraft. Der sozialistische Markt war geplant und, so lautete das Versprechen, werde nicht nur keine Arbeitslosigkeit zulassen, sondern auch dafür sorgen, daß vom Kindergartenplatz bis zum persönlichen Konsum alles beständig besser werde, besser letztlich als in der BRD. Der Garant dafür war der große Wirtschaftsplaner, der Staat, der sich entsprechend seinen Zuspruch wesentlich saurer verdienen mußte als die BRD, die für Wirtschaftskrisen bekanntlich nicht verantwortlich ist, sondern nur für die Verwaltung des Sachzwangs.

Dem DDR-Bürger mußte es folglich so scheinen, als sei das in vieler Hinsicht bescheidenere Resultat seiner Nationalökonomie nicht Folge schlechterer Weltmarktkonkurrenzfähigkeit der DDR verbunden mit erheblichen Sozialleistungen, sondern Produkt der Mißwirtschaft ihrer Obrigkeit, die sie beständig an der BRD maßen. Die Antwort war konsequenterweise nicht die Hoffnung, daß ein Staatsratsvorsitzender Krenz die Sache besser machen werde als Honecker, sondern die Gewißheit, daß nur Demokratie und freie Marktwirtschaft ihre Bedürfnisse befriedigen könnten. In der DDR stellte sich also ein innerer Loyalitätsverfall her, den keine öffentliche Verlautbarung mehr aufhalten konnte.

Die Demokratie-Bewegung war geboren und die Stasi war die Antwort des Staates. Wo der Staat schon nicht mehr darauf hoffen konnte, die Leute wieder wirksam einzubinden, verließ er sich aufs Alles-Wissen und forschte seine Bürger aus. Der Geheimdienst betrieb in den letzten Jahren klandestine Meinungsforschung, deren Ergebnisse nicht veröffentlicht werden konnten. Er war überall und versuchte zum Teil über seine Agenten in der Opposition mitzudiskutieren, zum Teil durch Drohung und Angebote die Widerspenstigen gefügig zu machen, zum Teil durch Repression das schlimmste zu verhüten. Wo in der BRD der stumme Zwang der Verhältnisse in der Demokratie in der Regel durch offene Repression nicht durchgesetzt zu werden braucht, weil das demokratisch vergesellschaftete Subjekt ihn längst verinnerlicht hat, mußte die DDR ihre falsche Behauptung, die Ökonomie sei vernünftig geregelt, mit dem genauso hilflosen wie monströsen Versuch bezahlen, die nötige Zustimmung der Staatsbürger geheimdienstlich zu organisieren. Mit dem Erfolg, daß der IM im Bürgerzirkel seinen Auftraggebern nichts mitzuteilen hatte, was nicht eh schon bekannt war und nichts unternehmen konnte als ein gut Stück konsensual mitzudiskutieren, um nicht aufzufliegen. Mit der Folge, daß viele aufs bösartigste gerufmordete IMs zu recht für sich in Anspruch nehmen können, Anteil an der sanften Revolution gehabt zu haben. Wie der Mittelbau in der Partei, war auch ein beachtlicher Teil der Staatssicherheit alles andere als Schutzschild des Sozialismus, sondern eher Garant für den schleichenden Übergang in eine andere - irgendwie demokratischere Gesellschaft.

Davon unbeeindruckt hält sich von den berufsmäßigen Märtyrern aus dem Bündnis 90 und der Evangelischen Kirche bis tief hinein in eine demokratisch sich definierende Linke, das Gauck-Wort von der Leibeigenschaft an den Staat und dem zutiefst undemokratischen Charakter der DDR. Aufarbeitung der Geschichte ist ihnen Bemühung um Gerechtigkeit und demokratische Kultur durch schonungslose Offenlegung der undemokratischen Vergangenheit. Jetzt, wo der letzte KZ-Arzt im Grab liegt, alle faschistischen Wirtschaftsführer tot sind und nach dem Mordgehilfen Schwammberger kein KZ-Wächter mehr vor Gericht zu erwarten ist, wird das Mitscherlich-Wort von der Unfähigkeit zu trauern und dem Nicht-Umgang mit der

NS-Vergangenheit wohlfeil. Kein Problem hat der Leitartikler in der FAZ oder im Tagesspiegel, darüber zu lamentieren, was damals, nach 1945, alles unterblieben ist, in Sachen Geschichtsaufarbeitung. Um so nötiger sei es, dieses Vorgehen in Sachen DDR-Aufarbeitung nicht zu wiederholen, sondern konsequent zu bleiben. Ihr eigentliches Anliegen taucht schon im Nebensatz auf, wo sie unisono nicht müde werden zu betonen, daß Faschismus und DDR nicht vergleichbar seien, sie also wie jeder schlechter Lügner den Gegenüber durch ihre eigenen Unschuldsbeteuerungen auf die Wahrheit stoßen. Unbegriffen bleibt ihnen die Wirklichkeit einer staatlich verfaßten Gesellschaft, weil außerhalb der Kritik das politökonomische System aus Marktwirtschaft und Demokratie bleibt. Der tägliche Zwang, der konstitutiv ist für jeden der hier lebt, von dem sich frei zu machen nur in der theoretischen Bemühung und irgendwann in der revolutionären Tat möglich ist, ist ihnen gänzlich unbekannt bzw. erscheint als sein Gegenteil: Als Freiheit, Freiheit der Wahl, von Regierung, Wurstsorte, Urlaubsort etc. Die Freiheit liegt ihnen in der dauernd erbrachten Zustimmung zum Bestehenden. Das Bestehende bezieht seine übergesetzliche moralische Natur aus den Grundrechten, der FDGO und die firmiert als die Lehre aus der Geschichte des Totalitarismus. Als Verfechter des totalsten aller Staatssysteme machen sie die zwei historischen Gegenmodelle Faschismus und Sozialismus gleich im Totalitarismus-Vorwurf, der fürs BRD-Selbstverständnis seit den frühen 50er Jahren maßgebend ist. Daß die Gestapo und die Stasi dann identisch werden, die Grenze zwischen NSDAP und KPD beziehungsweise SED fließt und das größte KZ der Welt eben jener Leibeeigenschaftsstaat hinter Mauer und Stacheldraht war, ist die fast notwendige Konsequenz eines Denkens, das Emanzipation mit Mitbestimmung verwechselt und den runden Tisch mit der Überwindung des Staates. Die Ahnung, daß der sozialistische Etatismus Marke Realsoz ein zwar theoretisch verkorkster, praktisch wenig überzeugend realisierter und notwendig gescheiterter Versuch war, aus der Welt des stummen Zwangs auszubrechen, der letzlich die fabrikmäßige Vernichtung von Menschen erst ermöglicht, scheint endgültig verschüttet. Den gescheiterten realsozialistischen Ausbruch, der sich dann doch in den Kategorien jenes Systems vollzog, das man zu überwinden angetreten war, also Nationalstaat, Demokratie und Warenproduktion, gleichzusetzen mit der barbarischen, faschistischen Konsequenz eines Systems, dessen demokratische Spielart jetzt so verbissen abgefeiert wird, ist der eigentliche Kern deutscher Geschichtsaufarbeitung. Der Kampf dagegen ist nicht mit gutartigen Appellen und Gedenkminuten für die Opfer des Faschismus voranzubringen, sondern nur in schonungsloser Staatskritik und die bezieht die Kritik der Demokratie mit ein.

jw./Westberlin, Gruppe K

Am 29.5. dieses Jahres haben GenossInnen von der Gruppe K, der radikalen Linken, Westberlin und vom Arbeitskreis Imperialismus, Hamburg in Berlin unter dem Titel "Stasi informiert" eine "Diskussionsveranstaltung über Stasi, Staat und Opposition" abgehalten. "Tränenreiche Prominenz aus den Bürgerbewegungen wird auf dem Podium genauso fehlen wie der antifaschistische Oberst vom MfS, der endlich einmal aufklärt, wie es wirklich war", hatten die Veranstalter versprochen. Statt dessen wurde in der, dem/der ak-LeserIn aus Artikeln von Gruppe-K-RedakteurInnen bekannten zynischen und herzlosen Art von Berufssektierern zur Sache gesprochen. Also nicht über Sascha Anderson, sondern über Staat und Demokratie, nicht über den Stasi-Vorwurf gegen Gregor Gysi, sondern über die falschen Hoffnungen demokratischer Sozialisten in den besseren Staat, nicht über die Leiden der Zonis, sondern über den Nutzen, sie allesamt unter Generalverdacht zu stellen und über dieses größere Land, daß sich anschickt so viele andere Länder aufzuarbeiten.

Weil dergleichen maßlose Verzerrungen den ak-Lesern dank des für die Zeitung und ihre Leser so segensreichen Hinauswurfs der Gruppe K in Zukunft mit Sicherheit erspart bleiben werden, werden in diesem letzten Dach-ak, zum Abschied zwei der vier Referate dieser Veranstaltung dokumentiert.

jw./gruppe k

23. Stasi informiert II: Über den Irrtum des Ostlers und die Selbstentmündigung des kritischen Westlers

Rubrik: Stasi-Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:23

Es gibt heute zwei Motive, die ein westdeutscher Untertan, wenn er sich witzig oder gar satirisch, in seinen verächtlichen Gehässigkeiten gegen seinen ostdeutschen Mituntertan besonders gern benutzt: die Banane und jenes erstaunt-bornierte: "So haben wir uns das aber nicht vorgestellt!" - der Stoßseufzer des Ostlers, der zum ersten Mal "Marktwirtschaft erfahren" (Stolpe) hat, und und zwar so, wie sie von ihren Betreibern gemeint ist.

Steht die Banane als Symbol für bisher im Osten entbehrten westlichen Luxus, zeigt sie aber auch den "blöden Affen", den man mit ihr aus dem Urwald lockte. "So haben wir uns das nicht vorgestellt!", zeigt dem arroganten Besserwessi nur die abgrundtiefe, weil unbegründete Naivität der Ostler. Nun hat sich der Ostler aber durchaus etwas, und nicht gerade wenig, vorgestellt, als er für den schnellen Anschluß seines Landes an die BRD stimmte. Von der westlichen Marktwirtschaft versprach er sich das, was die östliche, geplante Variante des Marktes ihm vergeblich in Aussicht gestellt hatte: die Teilhabe an den Konsummöglichkeiten westlicher Industriestaaten, durchaus auf der Grundlage einer Lohnarbeiterexistenz. Die nationalistische Komponente einer "Wiedervereinigung" schien ihm für dieses Versprechen noch ein besonderes Ticket zu verschaffen. Ging man nicht im Osten wie im Westen davon aus, daß die Zugehörigkeit zu einer "Nation", welche mit nebelhaften Begriffen wie "gemeinsame Geschichte", Kultur, gar "gemeinsamer psychischer Verfassung ihrer Mitglieder" umschrieben wurde, eine gleichsam übermaterielle Grundlage hat. Konnte der Ostler daher nicht erwarten, von seinen westlichen Stammesbrüdern rücksichtsvoller behandelt zu werden, als Deutsche dies mit anderen Ausländern gemeinhin tun?

Nun, der brave Ostler hat sich geirrt. Den weiteren Verlauf dieser Geschichte kennt man. Die Industrie des vorher geplanten Marktes ist unter der Wirkung seiner freien Kräfte eine unproduktive geworden. Die in ihr sich für Lohn nützlich Machenden sind auf einmal das, was sie in einer freien Marktwirtschaft gewöhnlich sind: variables Kapital, Verwertungsmittel in der Wertverwertung, und zwar nur in der Menge, wie sie auf dem derzeitigen Stand der Produktivität des westdeutschen Kapitals benötigt wird. Das bedeutet Arbeitslosigkeit für sehr viele. Der Erhalt der arbeitslosen Ost-Arbeitskraft wird nach Maßgabe westlicher Sozialgesetzgebung geregelt, das heißt, nur solange Aussicht auf baldige Vernutzung besteht.

Schlechte Aussichten also, und allen Grund für: "So haben wir uns das aber nicht vorgestellt!"

Nun ist eine materielle Spekulation auf Staatsbürgerschaft und Nationalität, wie sie unser Ostler, mit für ihn tragischen Folgen, vorgenommen hat, für die reale Definitionsinstanz solch obskurer Dinge, dem staatlichen Souverän, äußerst suspekt. Ein materielles Interesse, wie das des Ostlers nach Bananen, Autos und dem Geld für Auslandsreisen, hat sich als Partikularinteresse dem staatlich definierten Gemeinwohl unterzuordnen und dieses zu befördern. Mit diesem geht aber bisher nicht einmal die Erhaltung des alten DDR-Sozialstandards konform. So wird unserem Ostler zwar noch immer gelegentlich zugute gehalten, daß er die erste friedliche und demokratische Revolution in der deutschen Geschichte zustande gebracht habe, doch Grund für mehr Belohnung als einmal im letzten Jahr kostenlos verteilte Briefmarken ist das nicht. Wenn er dann darauf hinweist, daß er 40 Jahre gelitten und gedarbt habe, schließlich hat die öffentliche Meinung seines neuen Souveräns dies auch die ganze Zeit lang vertreten, wird er korrigiert. Dies nicht ohne eigenes Verschulden, wird ihm entgegengehalten, er habe auch falsch gelebt. 40 Jahre individuelle Schuld und Verstrickung werden aufgedeckt. Und in der Tat, 16 Millionen neue Untertanen hat der BRD-Staat, 16 Millionen deutsche Blutsbrüder als neue Mitbürger haben seine bisherigen Untertanen dazubekommen. Deutsche zwar, aber doch solche, die 40 Jahre lang, im allgemeinen widerspruchsfrei, für das Staat gewordene Unrecht gearbeitet und darüber hinaus all das getan haben, wofür ein Staat seine Bürger schätzt.

Daß sie dies für den "Unrechtsstaat" getan haben, wird ihnen nun, da sie von ihm erlöst sind, zum Verhängnis. Der Generalverdacht der Stasi-Mitarbeit wird gegen sie gehegt, und von der demokratischen Öffentlichkeit unter Mitarbeit staatlich anerkannter, professioneller Stasi-Opfer auch gepflegt.

Die Stasi, früher die dilettantische Geheimtruppe einer Obrigkeit, die sich als unmittelbare Verkörperung des Arbeiter- und Volkswillens begriff, und sich deshalb mit dem stummen Zwang zum Geldverdienen für ihre

Bürger nicht begnügte, sondern politisch-moralisches Engagement für ihre staatlichen Segnungen erwartete, diese Stasi ist heute als begriffliches Phantom das Damoklesschwert über dem Kopf des Ostlers, der treuherzig glaubt, als Heim-ins-Reich-Gekehrter auch Ansprüche anmelden zu dürfen.

Solche darf er aber nur als Opfer haben. Und daß er ein solches war, muß er nachweisen. Früher einmal galt jeder Bewohner des sogenannten Ostblocks, sofern er nicht Führungsmitglied der Regierungspartei war, als Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft. Er erwarb sich damit nicht nur das Anrecht auf politisches Asyl im freiheitlich-demokratischen Vorposten BRD, auch staatliche Geldmittel als Starthilfe in die marktwirtschaftliche Konkurrenz wurden ihm gewährt. Im Gegensatz zu den Opfern der demokratischen Hinterhöfe, denen schon immer prinzipiell der Verdacht des "Scheinasylantentums" entgegenschlug.

Doch nach der Kapitulation des früheren Ostblocks haben seine Bewohner keine Chance mehr, auch post festum ihre Opferrolle in ihrer Gesamtheit zu bewahren und für sich nutzbar machen. In der demokratischen Öffentlichkeit hebt die realsatirisch anmutende Debatte über "Täter und Opfer zugleich" an. Da muß jemand schon sehr genau nachweisen, daß er immer nur Opfer war. Bezeichnenderweise ist ja gerade in Kreisen ehemaliger "Bürgerrechtler" die Stasi-Paranoia und IM-Jagd zur Ergötzung des Publikums besonders ausgeprägt.

Ein wirkliches Opfer des "Unrechtsstaates" ist nach heutiger Definition nur jemand, der nicht nur jeglichen Kontakt zur Stasi verweigerte, sondern darüber hinaus weitgehend auf das verzichtete, was jeder brave Bürger in jedem anständigen Staat nicht nur als sein Lebensmittel, sondern, weil er doch ein braver Bürger ist, auch als Sinn und Zweck desselben ansieht: Arbeiten und der Versuch, Karriere zu machen. Darum finden wir unter den heutigen Profi-Stasi-Opfern besonders viel glücklose Literaten und verbitterte Kleinstadtpfarrer, denen ihr Herrgott mit der DDR ein dornenreiches Betätigungsfeld beschert hatte.

Nun könnten linksradikale Kritiker der deutschen Verhältnisse, wenn sie sich der zweifelhaften Freude am Rechtbehaltenhaben hingeben würden, zufrieden sein: Die Spekulation des Ostlers auf den freien statt geplanten Markt, auf Demokratie und Nation als Mittel zum Wohlergehen hat sich nicht gelohnt. Doch die Gewißheit, daß ein Großteil jenes Leipziger Pöbels, der Ende 89 mit "Deutschland einig Vaterland" auf die Straßen zog, heute in wenig enthusiastischer Stimmung herumlümmelt, verschafft kaum Genugtuung.

Das selbstverschuldete Elend unseres Ostlers korrespondiert nämlich auf tragikkomische Weise mit der geistigen Selbstentmündigung der kritischen Intelligenz Westdeutschlands, die seit den späten 60ern den zunehmend als "eigenen" begriffenen Staat mit den notwendigen ideologischen Innovationsideen belieferte. Ihr letztes Produkt vor der Wende war der Habermas'sche "Verfassungspatriotismus". Diese kritische Intelligenz, die sich im wesentlichen als eine linke verstand, war schon lange auf den demokratischen Hund gekommen. Sie hatte ihre alten Demokratieillusionen bezüglich wahrer Demokratie, die beispielsweise erst im Sozialismus verwirklicht sei oder sich in Volks-Räten und schließlich Basisdemokratie verkörpern soll, dahingehend korrigiert, daß im Prinzip der repräsentativen parlamentarischen Demokratie die gute und vernünftige Herrschaftsidee ausgedrückt sei.

Mit dem Prinzip der Herrschaft gab es dabei kaum Probleme. Eher damit, daß Linke sich auf konkrete, aktuelle Herrschaftsformen ihrer politischen Gegner positiv beziehen sollten, hatte man anfangs geringfügige Schwierigkeiten. Diese zu lösen, war jedoch ein relativ kleines Problem für Leute, die es gewohnt waren, in historischen Kategorien zu denken. Es wurden schließlich die Gespenster ihrer eigenen Vergangenheit, die ihre Parteinahme für die modernste Form staatlicher Herrschaft legitimierten. Dem demokratischen Staat dachten sie fortan die Aufgabe zu, seine Bürger vor den Stalins und Pol-Pots dieser Welt zu schützen. Die westdeutsche Linke als geistige Spätheimkehrerin saß bereits in den Startlöchern der Stasi-Jagd als die SED Ende 89 abdankte.

Eine fundamentale Herrschaftskritik, eine radikale antistaatliche Position, eine Kritik an Warenproduktion und Warenverwertung, die deren Aufhebung zum Zwecke hat, hatte diese Linke, wenn überhaupt, trotz mancher radikaler Phrase, nur vereinzelt am Rand hervorgebracht.

Die heutige, demokratisch gewendete Linke ist das armselige Endprodukt einer Entwicklung, an deren Ausgangspunkt eine falsche Kritik kapitalistischer Verhältnisse stand. Falsch, weil diese nicht als die Herrschaft des Wertes, als durch die fetischhafte Macht eines im Grund irrationalen Prinzips über die reale Welt produziert, begriffen wurde. Kapitalismus wurde als die falsche Wirkung der Gesetzmäßigkeiten des

Wertes verstanden. Dieser wurde als rationales Prinzip begriffen, dessen Beherrschung und Steuerung durch Veränderung der Besitzverhältnisse und politische Macht zu bewerkstelligen sei. So verwundert es nicht, daß es gerade die Basiselemente kapitalistischer Ökonomie sind - Warenproduktion, Lohnarbeit und Markt -, die sinnvoll und planmäßig angewendet im Verein mit richtig verstandener Demokratie schon immer zum theoretischen Fundus des sozialistischen Alternativ-Kapitalismus gehörten.

Was nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus endgültig ist, was sich aber schon Jahre vorher nicht verbergen ließ, die Niederlage der geplanten Wertproduktion in der Konkurrenz mit ihrem Original, war für die Linke Anlaß, sich ihrerseits endgültig den Originalen von Sozialismus und Volksdemokratie zuzuwenden: Marktwirtschaft und FDGO.

Doch der Generalverdacht, unter dem die Brüder und Schwestern im Osten stehen, trifft auch die gewendeten westlichen Ex-Linken. Schließlich haben sie wichtige Jahre ihres Lebens damit verbracht, für Ziele einzutreten, die ihr heute fraglos anerkannter Souverän schon immer als verfassungsfeindlich und totalitär geächtet hat. Sie stehen also wie die Ostler unter Beweispflicht. Und dieser kommen sie nach besten Kräften nach. War kurz vor der Wende der sogenannte "Historikerstreit" mit einem Sieg der "Verfassungspatrioten" über die "Revisionisten" ausgegangen, so haben sich nach Wende und Wiedervereinigung die ideologischen Bedürfnisse verändert, und die Ideologieproduktion stellt sich darauf ein.

Für eine Weltmacht, wie die BRD sie jetzt darstellt, ist ein unbefangenes Verhältnis zu ihrer Vergangenheit notwendig geworden. Da die Ungeheurlichkeit der deutschen Verbrechen während des Nationalsozialismus, besonders die Vernichtung der europäischen Juden, die Brutalitäten und Schlächtereien gewöhnlichen staatlichen Funktionierens weit in den Schatten stellte, wurde sie von Konkurrenten wie Verbündeten gern gegen außerökonomische Weltgeltungsansprüche der BRD ins Feld geführt.

Weil Deutschland den 2. Weltkrieg erst jetzt mit mehr als 40jähriger Verspätung gewonnen hat, wird nun verspätet aber gründlich die deutsche Geschichte neu gedeutet. Hieß es bisher, "im deutschen Namen" sei, quasi von extraterrestrischen Phantomen, "Unrecht geschehen", so ist es heute das Unrecht des Totalitarismus, das auf seine Opfer fiel. Die Opfer der Deutschen und ihre deutschen Mörder werden, auf eine die Opfer verhöhnende Weise, vereint. Der SS-Killer, der sich bei Kriegsende nicht rechtzeitig in den Westen absetzen konnte, in Gefangenschaft geriet, dort möglicherweise bestraft, vielleicht sogar hingerichtet wurde, soll heute ebenso als Opfer totalitären Terrors begriffen werden, wie, und hier muß man vielleicht "noch" sagen, seine Opfer.

Die Umwidmung der in der DDR als antifaschistische Gedenkstätten betriebenen Ex-KZ-Gelände in Gedenkstätten für "Opfer des Totalitarismus" und die dazu geführte Debatte illustrieren deutlich, wie das läuft.

Es ist nicht so, daß bei dieser Debatte die gesamte Hillgruber-Nolte-Riege, also für den aufgeklärten Zeitgenossen die Schurkentruppe aus dem "Historikerstreit", auftreten würde. Die Akteure sind häufig Personen, die aus linken Umfeldern stammen, und die Blätter wie TAZ und Freitag als Publikationsforen benutzen.

Das neue Deutschland bietet der gewendeten Linken ausreichend Möglichkeiten, ihre Bußfertigkeit unter Beweis zu stellen. Die Stasi-Jagd, zu deren ersten spektakulären Höhepunkten übrigens die öffentliche Verteilung sogenannten Stasi-Listen, Namen und Adresse angeblicher Stasi-Mitarbeiter, durch TAZ-Redakteure und Ostberliner "Bürgerrechtler" gehörte, ist nur der Anfang gewesen. Längst sind exlinke Antitotalitaristen an manchen Fronten des Weltgeschehens für die deutsche Sache ideologisch aktiv. Am Beispiel Jugoslawien kann man bestaunen, wie die TAZ sich in Sachen "Serbien muß sterbien" und dem Engagement für völkisch-autoritäre Bewegungen und Kleinstaaten von der FAZ schon lange nicht mehr übertreffen läßt.

Die in diesem Vortrag aufgestellte Analogie zwischen dem Ostler und westdeutschen Ex-Linken muß hier aufgegeben werden. Daß gemeinsame Spätheimkehrerschicksal ist nur ein vorübergehendes. Während der Ostler, als Bewohner unproduktiver Ländereien, ein durch Armut geprägtes Pariaschicksal vor sich hat, steht dem gewendeten Linken, wenn er denn wendig genug ist, eine glänzende Zukunft bevor.

Für die verbliebene und vielleicht neu entstehende radikale Linke bedeutet das, den Ostler als Aufzuklärenden ernst zu nehmen, und den gewendeten Ex-Linken als, leider verächtliches, Objekt der Waffe der Kritik zu begreifen.

kw., Radikale Linke Westberlin

24. Laßt Bernd Rößner raus! Appell der Verteidiger und der Verteidigerin

Appell der Verteidiger und der Verteidigerin von Bernd Rößner

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:43

In tiefer Sorge um die Gesundheit und das weitere Schicksal unseres Mandanten, des Gefangenen Bernd Rößner, rufen wir dringend dazu auf, für seine Entlassung

- beim Bundespräsidenten Herrn Richard von Weizsäcker,

- bei der Bundesregierung, zu Händen des Bundeskanzlers Herrn Helmut Kohl,

- bei der Bundesjustizministerin Frau Sabine Leutheusser-Schnarrenberger,

- beim Generalbundesanwalt Herrn Alexander von Stahl

sofort zu intervenieren. Diesen Appell sehen wir zur Zeit als unser letztes Mittel, um etwas zu seinen Gunsten zu bewegen.

Bernd Rößner, der im April 1975 verletzt festgenommen wurde und seitdem in Haft ist, ist nach langjähriger Isolation seit 1983 ununterbrochen krank.

Wir, seine Verteidiger und seine Verteidigerin, wissen es durch unseren Kontakt mit Bernd Rößner. Aber es steht auch seit Mitte 1983 schon aufgrund fortlaufender Vermerke in der Gefängnis-Krankenakte fest. Im Oktober '83 stellte eine auswärtige Ärztin einen sehr schlechten Allgemeinzustand, erhebliches Untergewicht, kaum tastbaren Puls fest. Im September '84 notiert die Anstaltsärztin Konzentrationsstörungen und allgemeines Unwohlsein, das auf die fast 10jährige Einzelhaft zurückzuführen sei. Schwere Konzentrationsstörungen stellt die Gefängnisärztin seitdem bis zum Herbst '88 regelmäßig fest. (Spätere Eintragungen in der Krankenakte, aus der wir auch nur die in den behördlich eingeholten Gutachten enthaltenen Zitate kennen, sind uns nicht bekannt.)

Neben körperlichen Krankheitssymptomen spielen in der Krankenakte auch weitere psychische Beschwerden eine Rolle. Im Juli '88 kommt die Anstaltsärztin zu dem Ergebnis, daß aus allgemeinärztlicher Sicht Haftunfähigkeit vorliege.

Über die körperlichen Krankheiten unseres Mandanten kennen wir nur zufällige und bruchstückhafte Untersuchungsergebnisse, weil er nie von einem Arzt seines Vertrauens untersucht werden durfte. Noch in diesem Jahr ist ein Antrag von uns auf eine solche Untersuchung von der JVA Straubing, wo er seit Anfang 1979 inhaftiert ist, abgelehnt worden. Als Ergebnis z.B. der Untersuchungen des Psychiaters Prof. Saß von 1988/89, die aber keine internistischen und Labor-Untersuchungen umfaßten, werden in seinem Gutachten von 1989 aufgeführt: deutlich reduzierter Allgemeinzustand, Sensibilitätsstörungen, Lähmungen und Muskelschwund vorwiegend am rechten Arm und an beiden Beinen, deutliche Ödeme an beiden Beinen mit dunkler Pigmentierung der Haut. Bernd Rößner selbst hat gesagt, er fühle sich krank, seine Augen und seine Atmungsorgane seien kaputt, irgendwo sei sein ganzer Organismus kaputt; und: Er sei von Kopf bis Fuß ein siechendes Skelett, das sich dahinraffe.

Die von der Bundesanwaltschaft und von der Gefängnisleitung beauftragten psychiatrischen Sachverständigen, die Bernd Rößner seit Ende 1988 untersucht haben, kommen in ihren Gutachten von April '89 und Januar '92 zu dem Ergebnis, daß unser Mandant schwer krank ist. Nach dem Gutachten der Psychiatrie-Professoren Dr. Foerster, Dr. Luthe und Dr. Leygraf vom 27.4.89 lag schon damals bei unserem Mandanten "zweifellos" eine schwere Erkrankung i. S. d. § 455 Abs. 4 StPO vor; die Sachverständigen erklären, daß bei einer Fortführung der bisherigen Vollzugssituation ein weiteres Fortschreiten, zumindest aber eine zunehmende Chronifizierung des Zustandsbildes zu erwarten sei, und empfehlen die Schaffung einer "therapeutischen Situation", die "in einer Institution des Regelvollzugs" nicht zu erreichen sei und deren Schwerpunkt auf einer verstärkten zwischenmenschlichen Kontaktaufnahme liegen solle.

Nach einem Gutachten des Psychiaters Prof. Dr. Wilfried Rasch vom 22. Mai '92, das die Verteidigung der Bundesanwaltschaft vorgelegt hat, müssen "alsbald Maßnahmen eingeleitet werden, die den speziellen Anforderungen des Falls entsprechen", wenn Bernd Rößner jemals gesund werden soll.

Für Bernd Rößner steht ein Platz in einer therapeutischen Einrichtung zur Verfügung, die nach unserer - von der Verantwortung für unseren Mandanten getragenen - Überzeugung geeignet ist, ihm die Bedingungen zu geben, wieder zu sich zu kommen und gesund zu werden. Hierüber haben wir die Bundesanwaltschaft Anfang Mai '92 informiert, und dies ist seitdem auch dem Bundesjustizministerium bekannt.

Für uns, die wir Bernd Rößner kennen und die wir aus unserer anwaltlichen Arbeit mit den gesundheitlichen Auswirkungen der Isolation vertraut sind, ist evident, daß vor allem seine psychischen Beschwerden Folgen der Isolation sind. Wir meinen, daß seine Freilassung, also die Beendigung der krankmachenden Gefängnissituation, die wesentliche Bedingung für seine Gesundung ist und ein großer Schritt auf diesem Weg wäre.

1990 wurde eine Strafaussetzung zur Bewährung nach 15 Jahren Haft (§57a StGB) für Bernd Rößner vom OLG Düsseldorf abgelehnt. Bei der gerichtlichen Anhörung hatte er auf die Fragen des Gerichts und der Bundesanwaltschaft geantwortet. Auf die Frage, "ob er sich eine Situation vorstellen könne, bei der er erneut einen bewaffneten Kampf gegen das herrschende System aufnehmen könnte", erwiderte er: Bei einer Machtübernahme des Faschismus könne er sich einen bewaffneten Widerstand vorstellen. Hierauf stützte sich das OLG Düsseldorf bei seiner negativen Sozialprognose und führt an, daß Bernd Rößner "sich unter bestimmten, seiner Einschätzung unterliegenden Bedingungen auch vorstellen kann, sich in bewaffnetem Widerstand in der Bundesrepublik Deutschland zu betätigen".

In den Gesprächen mit der Bundesanwaltschaft und dem Bundesjustizministerium, die wir seit Anfang April '92 führen, spielen Fragen der Sozialprognose für unseren Mandanten keinerlei Rolle mehr, da für alle Seiten - zumal in der neuen politischen Situation - klar ist, daß bewaffnete Politik für ihn nicht in Frage kommt. Trotzdem bewegt sich nichts für ihn. Jede weitere Woche und jeder weitere Tag im Gefängnis vergrößern die Gefahr, daß es bei ihm "tatsächlich zur Verbüßung einer lebenslangen Freiheitsstrafe kommt" (Zitat aus dem Gutachten von Prof. Rasch vom 22.5.92).

Der formale Rahmen für eine sofortige Haftentlassung von Bernd Rößner ist gegeben. Im Januar 1991 hat seine Mutter einen Antrag auf Begnadigung an den Bundespräsidenten gerichtet; das Verfahren ist im Herbst 1991 förmlich eröffnet worden. Der Fortgang dieses Verfahrens ist aber blockiert, weil die Bundesanwaltschaft - gedeckt vom Bundesjustizministerium - die erforderliche Stellungnahme nicht abgibt. Am 3. 6.92 haben wir außerdem einen Antrag auf Unterbrechung der Strafvollstreckung wegen Haftunfähigkeit nach §455 StPO gestellt.

Statt ihre Stellungnahme im Gnadenverfahren abzugeben, stellt die Bundesanwaltschaft seit Anfang April Forderungen an unseren Mandanten, die mit seiner von dieser Behörde selbst anerkannten Krankheit unvereinbar sind. Zunächst wurde eine bessere Integration und Kooperation im Vollzug verlangt. Sodann bestand die Bundesanwaltschaft auf einem 4-6monatigen Aufenthalt unseres Mandanten in einer geschlossenen psychiatrischen Anstalt zur angeblichen gesundheitlichen Vorbereitung in die von uns vorgeschlagene Einrichtung - von uns wurde erwartet, unseren Mandanten dazu zu überreden. Gleichzeitig arbeitete die Bundesanwaltschaft nach eigenem Bekunden an neuen Vollzugsplänen. Jetzt wer den "Gegenleistungen" unseres Mandanten durch Teilnahme an der Gefängnisarbeit für eine Entlassung verlangt und gefordert, daß er vor seiner Entlassung in eine therapeutische Einrichtung durch Mitarbeit im Gefängnis beweisen müsse, daß er für eine Therapie die Eignung besitze.

Wir klagen die Bundesanwaltschaft an, daß sie von Bernd Rößner - der seit nunmehr neun Jahren trotz seiner Krankheit und gegen die auch für ihn immer noch geltenden Sonderhaftbedingungen mit letzter Kraft darum kämpft, seine Würde und seine Identität zu wahren - entweder buchstäblich in den letzten Wochen oder Monaten seiner über 17jährigen Gefangenschaft erzwingen will, sich doch noch zu unterwerfen; oder die Absicht ist, ihn auf unabsehbare Zeit in der Unsichtbarkeit der Psychiatrie zu vergraben. Hierfür gäbe es Gründe; denn Bernd Rößner ist für jeden sichtbar durch die Isolation gezeichnet.

Wir klagen auch das Bundesjustizministerium an, das die Linie der Bundesanwaltschaft deckt.

Im Januar 1992 wurde der auf höchster justizpolitischer Ebene diskutierte Plan zur "Normalisierung" der Situation der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand veröffentlicht und eine Entlassung von Gefangenen in Aussicht gestellt, bei denen dafür die zeitlichen Voraussetzungen vorliegen, d. h. die mehr als 15 Jahre der lebenslänglichen Strafe oder 2/3 der Zeitstrafe im Gefängnis verbracht haben. Die kranken Gefangenen, darunter Bernd Rößner, wurden an erster Stelle genannt. Der damalige Bundesjustizminister Kinkel sprach von "Versöhnung". Inzwischen hat die Erklärung der RAF vom 10. 4. 92, tödliche Aktionen für einen neuen politischen Prozeß einzustellen, und die Erklärung der Gefangenen, daß sie diese Entscheidung unterstützen, einen Einschnitt in der über 20jährigen Geschichte der Haftbedingungen der politischen Gefangenen möglich gemacht.

Dieser ganze Prozeß wird durch die Verzögerungstaktik der Bundesanwaltschaft im Verfahren von Bernd Rößner bewußt blockiert. Keine weitere Gefangene, kein weiterer Gefangener wird entlassen werden, solange Bernd Rößner nicht draußen ist. Die Gefangenen, deren Entlassung jetzt möglich wäre, werden ihre notwendige Zustimmung verweigern; das ist der Bundesanwaltschaft und dem Bundesjustizministerium bekannt. Aber auch von der Bundesanwaltschaft ist die für ihre Entlassung erforderliche positive Stellungnahme nicht zu erwarten, wenn sie sie für den schwer kranken Gefangenen Bernd Rößner verweigert.

Es geht um eine politische Entscheidung, die von den dafür Verantwortlichen jetzt getroffen werden muß.

Die Verteidiger und die Verteidigerin von Bernd Rößner: Peter Tode (Wohlde), Anke Brenneke-Eggers (Hamburg), Iñigo Schmitt-Reinholtz (Nürnberg)

Wir unterstützen diesen Appell und möchten Sie bitten, entweder eine eigene Stellungnahme an die Adresse der zuständigen staatlichen Organe zu schicken oder/und durch die Unterzeichnung des Appells Ihre Zustimmung auszudrücken. Bis Ende Juni werden Unterschriften gesammelt und dann den Zuständigen zugeleitet.

Arbeitskreis "Drinnen und Draußen", Celle; Margit Czenki, Filmemacherin, Hamburg; Oshra Danker, feministische Psychologin und Therapeutin, Hamburg; Ingeborg Glock, Lehrerin, Hamburg; Wolfgang Grell, Pastor i. R., Latendorf, Prof. Dr. jur. Norman Paech, Hamburg; Dr. med. Lutz Rosenkötter, Nervenarzt und Psychoanalytiker, Frankfurt/M.; Rosita Timm, BSH-Leiterin, Hamburg.

25. "Gemeinsam die richtigen Antworten finden." Rede von Günter Sonnerberg auf der Demo am 20.6.92 in Bonn

Rede von Günther Sonnenberg auf der Demo am 20.6.1992 in Bonn

Rubrik: Haftbedingungen; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:05

Seit dem 15. Mai bin ich frei. Uns so möchte ich mich bei all den Menschen bedanken, die die ganzen 15 Jahre und zwei Wochen über, die ich im Knast war, für meine Freilassung gekämpft haben. All die verschiedenen Initiativen und Kampagnen, die zu meiner Freilassung geführt wurden, waren ein Schutz gegenüber dem Vernichtungsprogramm des Staates während der mehr als 15 Jahre Knast - und sie sind auch der Grund, warum ich heute vor euch stehen kann.

Für alle, die dafür gekämpft haben, ist es wichtig festzustellen, daß all die Anstrengungen und all die Arbeit Erfolg hatten. Dafür waren jede öffentliche Initiative und jede politische und militante Aktion wichtig. An dieser Stelle möchte ich mich besonders bei den Anwältinnen und Anwälten und bei der Angehörigengruppe bedanken. Sie haben mit großem Einsatz über die ganzen Jahre daran festgehalten, meine Situation und die aller politischen Gefangenen öffentlich zu machen und das gegen uns laufende Vernichtungsprogramm des BRD-Staates anzuprangern. Daß ich jetzt hier stehen kann, war kein Geschenk des Staates, wir haben das zusammen erkämpft. Es ist jetzt unsere Sache - die, die wir in Freiheit sind - dafür zu sorgen, daß alle unsere Genossinnen und Genossen, die noch in den Knästen sitzen, freikommen.

Als erstes müssen die sofort rauskommen, die schwer krank sind: Bernd Rößner, Isabel Jakob und Ali Jansen. Bernd ist seit 17 Jahren im Knast. Er war im Kommando Holger Meins, das die westdeutsche Botschaft in Stockholm besetzt hatte, um politische Gefangene zu befreien. Er war lange Jahre streng isoliert und er ist immer noch von allen anderen politischen Gefangenen getrennt.

Seit 1983 ist Bernd krank. Schon damals stellte die Anstaltsärztin fest, daß seine Krankheit auf die damals achtjährige Isolationsfolter zurückzuführen ist. Im Juli 1988 kommt sie zu dem Ergebnis, daß Bernd nach allgemeinärztlichen Kriterien haftunfähig ist. Das war vor fast vier Jahren! - Bis heute kämpft Bernd um seine Identität. Er ist ungebrochen. Sein Körper und seine psychische Konstitution sind durch die krankmachende Knastsituation so schwer angegriffen, daß Professor Rasch in seinem Gutachten vom Mai 1992 zu dem Ergebnis kommt, daß jeder weitere Tag und jede weitere Woche in Gefangenschaft die Gefahr vergrößert, daß es bei ihm "tatsächlich zur Verbüßung einer lebenslangen Freiheitsstrafe kommt", das heißt im Klartext, Bernd befindet sich in permanenter Lebensgefahr, solange er nicht draußen ist.

Die Bundesanwaltschaft und das Oberlandesgericht Düsseldorf weigern sich, ihn rauszulassen. Sie arbeiten neue Vollzugspläne aus, das heißt, sie arbeiten weiter daran, Bernd zu zerstören und seine Identität zu brechen. Wenn es überhaupt um die Überlegung bei ihnen geht, ihn aus dem Knast zu lassen, dann denken sie an geschlossene Psychiatrie. Es gibt seit Jahren ein gezieltes Programm, um Bernd zu psychiatrisieren. Das setzt sich bis heute fort.

Seine Freilassung ist für uns zentral. Die weiteren Schritte in bezug auf die Freilassung anderer Gefangener hängen davon ab. Das heißt, kein Gefangener wird juristisch-politische Schritte in die Wege leiten, solange Bernd nicht frei ist.

Die Freiheit aller Gefangenen zu erkämpfen steht für uns in der Kontinuität unseres revolutionären Kampfes um die Befreiung aus dem imperialistischen System und aus den Klauen des Staates. Sie steht aber auch in tiefer Verbundenheit mit den Auseinandersetzungen, die zur Zeit hier draußen stattfinden - dem antirassistischen Kampf, den Mobilisierungen gegen den Weltwirtschaftsgipfel, der Kampagne "500 Jahre Kolonialismus und Widerstand", aber auch mit dem Häuserkampf gegen die Wohnungsnot. Die Ziele und Werte, für die wir gekämpft haben und eingesperrt wurden, finden wir wieder bei denjenigen Menschen, die heute in Mannheim von den Bullen niedergeknüppelt werden.

Daß wir heute hier in der Art und Weise demonstrieren können, wurde hart erkämpft. Viele sind die Jahre über in den Knast gekommen, weil sie politische Arbeit zu den Gefangenen machten. Die Polizeiknüppel in Mannheim,der Ausnahmezustand dort, den sie auch für den Weltwirtschaftsgipfel in München planen und die Isolationsfolter im Knast gegen uns haben die Absicht, uns von unseren Zielen und Kämpfen für eine menschliche Gesellschaft abzubringen. Die Folter im Knast soll zerstören und zum Abschwören bringen, hier draußen zerschlagen sie die Knochen der jungen Antifaschistinnen und Antifaschisten, um Angst und Schrecken, Kapitulation und Aufgabe zu bewirken. Es gibt vieles, was uns vereint und gemeinsam ist.

In zahlreichen Ländern ist das Volk damit konfrontiert, daß ihm der Imperialismus jede Existenzberechtigung und jeden Raum zum Leben abschneidet. Die BRD ist daran maßgeblich beteiligt.

Ein Beispiel: In Kurdistan werden mit Waffen aus der BRD von der türkischen Regierung die Dörfer zerstört und Kurden ermordet. 500 Jahre Kolonialismus sind genug.

Durch den proletarischen Internationalismus, die Aktionen, die daraus bestimmt waren, wurden revolutionäre Gruppen in der BRD ein ernstzunehmender Faktor auch für die Befreiungsbewegungen im Trikont. Was wir bisher getan haben, hat nicht gereicht, den Imperialismus zurückzudrängen. Aber die bisherigen Kämpfe begründen die Beziehungen zu den Revolutionärinnen und Revolutionären aus anderen Ländern. Wir treffen hier ständig Menschen aus anderen Ländern, die in den letzten zwei Jahrzehnten im Knast waren. Sie kämpfen wie wir darum, ihre noch gefangenen Genossinnen und Genossen aus den Klauen des Staates zu befreien.

Gleichzeitig geht es darum, Neuorientierung im weiteren revolutionären Kampf zu entwickeln. Die Ähnlichkeit ihrer und unserer Erfahrungen und Gemeinsamkeiten in diesen Begegnungen geben uns große Hoffnung, daß wir zusammen unter den veränderten weltweiten Bedingungen eine neue revolutionäre Front gegen die Zerstörung von Menschen und Völkern und ihrer Lebensgrundlagen entwickeln können.

Es sind Menschen aus allen Teilen der Welt, die entweder hier leben müssen und den revolutionären Kampf für ihr Land und Volk von hier aus weiterführen oder die hier herkommen, um mit uns zu diskutieren.

Wir haben alle inzwischen einen großen Reichtum von Erfahrungen, die wir austauschen, Erfahrungen aus unserem Kampf in der Guerilla, im Knast und unserer politischen Praxis jetzt. Aus diesem Austausch wird unser Horizont größer. So können wir auch die komplexen Probleme und Widersprüche der Welt, die sich in unserem Land widerspiegeln, erfassen und gemeinsam die richtigen Antworten finden.

Eine Antwort muß sein, alle gefangenen Revolutionärinnen und Revolutionäre müssen freikommen.

Stellvertretend für alle, will ich einige nennen: Leonard Poltier, Mumia Abu Jamal, Irmgard Möller, Alan Bergmann, Geronimo Pratt, Nathalie Menignon, Dylcia Pagan, Susan Rosenberg, Manuel Hernandez und viele andere mehr.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

26. Vom Wettlauf mit der Zeit (Kuba)

Rubrik: Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:17

In den Kuba-Berichten deutscher Zeitungen läßt sich heute noch nachvollziehen, was kalter Krieg ist. Denn dieser hat, zumindest für das derzeit ums Überleben kämpfende Kuba, noch lange nicht aufgehört zu existieren. Das Land zieht den Zorn der Imperien auf sich, weil seine Existenz die Geschichte der Sieger beeinträchtigt und in Frage stellen könnte, indem es den lebendigen Beweis erbringt, daß anfallende gesellschaftliche Probleme auf anderem Wege als über den Markt und dessen Konkurrenz "freier Individuen" angegangen werden können, ja gerade deshalb lösbar sind. Es darf kein Exempel mehr für die Tatsache geben, daß Hunger eine soziale Frage ist, die vom Menschen hervorgebracht wurde, und daher von ihm auch wieder überwunden werden kann und daß eine relativ gleichmäßige Grundversorgung aller in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wohnung, Kultur etc. selbst in einem armen Land möglich ist.

"Sozialismus oder Tod", die Parole Fidels, erregt die meisten Gemüter nicht deshalb, weil sie keine Alternative zum Sozialismus anbietet, sondern, weil ihr Inhalt vom Wunsch kündet, einen eigenen Weg zur Lösung anstehender Schwierigkeiten zu suchen, und weil der Commandante selbst für die Verheißungen von ein paar Millionen nicht bereit ist, zur Sozialdemokratie zu konvertieren, wie es viele bürokratische Sozialisten Osteuropas vor ihm taten. Nein, er besitzt weiterhin die Dreistigkeit zu behaupten, daß die realexistierende Alternative Kapitalismus, zumindest im Trikont, gar keine ist.

Doch zu Optimismus besteht wenig Anlaß. Das Ende des RGW und der Zerfall der UdSSR haben ökonomische und politische Probleme Kubas drastisch verschärft, so daß Ende 1990 die "periodo especial" (besondere Periode) ausgerufen werden mußte. Das Ende des sozialistischen Kubas ist, so die fast einhellige Meinung außenstehender BeobachterInnen, damit nur noch eine Frage der Zeit.

Bereits 1990 verteilten Exil-KubanerInnen in Miami Sticker mit der Aufschrift "nächste Weihnacht in Havanna". Journalisten, Kubanologen und Exilanten liefern sich einen Wettlauf in Sachen "Post-Castro-Kuba". Das Herbeireden des Zusammenbruchs ist inzwischen kaum gebetsmühlenhafter als das von der unausweichlichen Krise des kapitalistischen Systems durch ehemalige K-Gruppen in Westeuropa.

Wenige nur machen sich die Mühe eines vergleichenden Blickes in den Süden des amerikanischen Kontinents. Aus Angst, den sozialen Inhalt dessen vorzufinden, was man Demokratie zu nennen pflegt. Gen Norden schweift der Blick öfter. Ins Wirtschaftswunder, in das jährlich Tausende KubanerInnen emigrieren. Dem reichen und mächtigen Nachbar, der jedem 10. Bürger Lebensmittelmarken ausgeben muß, und der mit einer Million Inhaftierter die höchste Gefangenenrate der Welt vorweisen kann, zu deren Verwahrung er fast soviel Mittel ausgeben muß, wie der Wert des gesamten Sozialprodukts Kubas beträgt.

Über das erste und momentan einzige sozialistische Land Amerikas wird seit den Umbrüchen in Osteuropa wieder vermehrt diskutiert. Es formieren sich neue Solidaritätsinitiativen mit den Schwerpunkten materielle Unterstützung und gegen die Boykott- und Subversionspolitik der USA. Auch innerhalb der Exilanten Miamis gibt es Gruppen, die sich gegen die US-Blockade aussprechen. Eine Exilgruppe mobilisierte bereits zu kleineren Demonstrationen in der Stadt und forderte verbesserte Reise- und Kommunikationsmöglichkeiten sowie das Recht, finanzielle und humanitäre Hilfe an Familienangehörige in Kuba schicken zu dürfen. Punkte, die von der US-Regierung eingeschränkt werden.

Doch die Mehrzahl der Exilanten will, ebenso wie die offizielle Politik, die Gunst der Stunde nutzen und ein für alle mal das Land in die "freie Welt" zurückzuholen. Wie ernst sie es mit "Demokratie" meinen, zeigen folgende Ereignisse.

Am letzten Januarwochenende 1992 fanden in New York zwei Demonstrationen am selben Ort, zur selben Zeit und zum selben Thema statt. Auf der einen sprachen sich u.a. KünstlerInnen für die Entsendung humanitärer Hilfe nach Kuba aus und sammelten dafür Dollars. Auf der anderen protestierten Tausende, teils aus Miami eingeflogene Exil-KubanerInnen und einige US-Kongreßabgeordnete, gegen diese Aktion und kündigten die Intensivierung des politischen und ökonomischen Druckes auf die Insel an, um den Sturz Castros noch in diesem Jahr zu erreichen. J.M. Canosa, Vorsitzender der "Kubanisch-Amerikanischen Nationalstiftung" (FNCA), mächtigste Lobby der Exilgemeinde in den Vereinigten Staaten, sprach sich gegen Hilfssendungen

aus, da sie niemals das Volk erreichen würden und nur dazu dienen könnten, Castros Position zu festigen und die Agonie des Kubanischen Volkes zu verlängern. (El Pais 26.1.92, S.5) Doch es wird nicht nur demonstriert.

Einen richtigen Krieg

Während in den Sümpfen Floridas Exilanten wieder verstärkt für Interventionen und Sabotage in Kuba trainieren, bietet das "Research Institute for Kuban Studies" (USA) unter dem Motto "Planning for Change in Kuba" seine Dienste an. Ein Vorschlag für den "ökonomischen Wiederaufbau" nach Eliminierung des kommunistischen Systems liegt in Buchform bereits vor. Eine in der Schweiz ansässige Consulting, deren Ziel es ist, aus einer möglichen "Neuordnung" Kubas Kapital zu schlagen, verspricht Riesengewinne und verweist dabei auf die I.G.Farben in Liquidation. Canosa verkauft, für 10.000 US-Dollar im Jahr, "Optionsscheine für ein freies Kuba", mit denen sich Geschäftsleute ein Stück Mitbestimmung - z.B. bei der Ausarbeitung einer neuen Verfassung - erwerben können. "Kubanologe" J. Suchlicki ließ bereits ein Kataster der Eigentumsverhältnisse von 1959 erstellen. Private Fluglinien nehmen Reservierungen für Flüge zur "Stunde Null" in Höhe von mehreren Tausend Dollar entgegen, Cuppies (kubanische Yuppies) werden auf ihren Einsatz trainiert. Unter Maklern in Miami herrscht Goldgräberstimmung und Gewinnerwartungen aus Bodenspekulationen werden hochgerechnet. (FR 11.5.92, S.6)

Rodolfo Fromenta, Comandante der terroristischen "Alpa 66", brüstet sich damit, in den letzten zehn Jahren 27.000 Mann für eine Invasion gegen Kuba ausgebildet zu haben. Tony Cuesta, Chef des "Comando L", der schon mehrmals illegal in Kuba eindrang und verhaftet wurde, möchte gerne "einen richtigen Krieg" gegen die Insel. Vertreter von vier paramilitärischen Organisationen behaupten, ihnen seien 1991 rund 33 "Expeditionen" nach Kuba gelungen.

Eine Radiostation von Exilanten "Radio Mambi" fordert, ebenso wie 15 militante Exilorganisationen, von US-Präsident Bush die Annulierung des Gesetzes, das in den USA lebenden Personen untersagt, bewaffnete Aktionen und Angriffe gegen ein Land zu unternehmen, mit dem sich die Supermacht nicht im erklärten Kriegszustand befindet. (ND 9.3.92, S.5)

Erwähnter Canosa, Multimillionär da "erfolgreicher Geschäftsmann", wird allgemein als aussichtsreichster Kandidat für das Präsidentenamt eines "gewendeten Post-Castro-Kubas" angesehen. Sein Einfluß ist hoch, seine Kontakte sind weitläufig. Er finanzierte beispielsweise schon 1989 eine Reise Jelzins in die USA (um Einfluß auf die UdSSR zu nehmen, damit diese die Handelsbeziehungen für Kuba verschlechtere) und unterhält in Moskau ein Büro. Er gab der Öffentlichkeit bekannt, daß sein Verein die finanziellen Möglichkeiten besäße, halb Kuba aufzukaufen. Vorauseilend wie der ehemalige Schweinebuchtveteran ist, verhandelte er bereits mit europäischen Magnaten und der Wall Street.

Verstärkte Blockade

Doch bevor die eigenen Geschäfte beginnen können, müssen sie für andere erst einmal gestoppt werden. Die seit 31 Jahren bestehende US-Wirtschaftsblockade verhindert nicht nur den direkten Austausch beider Staaten, sondern behindert auch massiv Kubas Außenhandel mit anderen Ländern. So ist der Import beliebiger Waren aus Drittländern in die USA untersagt in denen kubanisches Nickel enthalten ist; Kanadische Getränkehersteller müssen in für die USA bestimmten Lieferungen nachweisen, daß kein kubanischer Zucker darin enthalten ist; das Gesetz verbietet US-Touristen auf Kuba Dollars auszugeben; und immer wieder werden einzelne Firmen oder Länder unter Druck gesetzt, die mit Kuba wirtschaftliche Beziehungen unterhielten oder anstrebten. (1) (FR 21.4.92, S.5; BZ 22.11.91)

Nicht nur die FNCA unterstützt parlamentarische Versuche, die bestehende Blockade gegen Kuba noch zu verschärfen. Das "Mack-Amendment" fordert ein Verbot jeglichen Handels, der von US-Konzernen über Tochtergesellschaften via Drittländer nach Kuba abgewickelt wird (ein Geschäft, welches nach dem Zusammenbruch des Osthandels stark anstieg und sich 1991 auf mehrere hundert Mio. US-Dollar belief). Noch weiter geht eine Vorlage des Kongreßabgeordneten R. Torricelli (Demokraten) der nicht nur Sanktionen gegen alle Firmen, die mit Kuba handeln, fordert sondern ebenfalls die Einstellung von US-Hilfen für all jene Länder erwirken will, die mit Kuba eng zusammenarbeiten.

Bush kündigte vorsorglich sein Veto gegen ein solches Gesetz an. Sicherlich nicht, weil (wie nach einer jüngsten Umfrage bekannt wurde) die Mehrheit aller US-AmerikanerInnen sich für normale Beziehungen mit

Kuba aussprechen und fast ein Drittel angibt, daß die karibische Insel keine Bedrohung mehr für sie darstelle. Vielmehr deshalb, weil sich der Präsident im Klaren sein dürfte, daß ein solches Gesetz niemals durchgesetzt werden könnte, ohne sich in offen imperialer Herrenmanier in die Angelegenheiten befreundeter Staaten einzumischen. Denn zu wichtigen Handelspartnern Kubas gehören heute neben Westeuropa auch die beiden Länder mit denen ein nordamerikanischer Markt geplant wird, Kanada und Mexiko. Kanadas Regierung erließ schon 1991 eine Anweisung, einem solchen Gesetz nicht Folge zu leisten und über Drohungen zu berichten.

Der US-Präsident lehnt jedoch Verschärfungen nicht grundsätzlich ab. Am Osterwochenende '92 ordnete er an, daß in Zukunft im Kuba-Handel verkehrende Schiffe US-Häfen nicht mehr anlaufen dürfen, es sei denn, sie können eine Sondergenehmigung des Washingtoner Finanzministeriums vorweisen. Zweck dieser Maßnahme, so ein US-Beamter, ist die Behinderung Kubas bei seinen Bemühungen nach Handelsausweitung und einem Ausbau des Kreuzschiffahrtstourismus.

Als im Januar diesen Jahres der "Miami Herald" ein Editorial veröffentlichte, in dem er sich gegen eine verschärfte Blockade aussprach, ließ die Reaktion nicht lange auf sich warten. Canosa, "Caudillo in spe" (taz 26.10.91, S.18), beschuldigte die Zeitung, ein Werkzeug Castros zu sein. Anhänger seiner Denkrichtung starteten kleinere Sabotageakte und Bombendrohungen gegen das Blatt und seine Mitarbeiter. Inzwischen fahren in der Stadt 60 Busse mit der Aufschrift "I don't believe the Miami Herald" umher; eine Medienkampagne in Funk und Fernsehen gegen die Zeitung wurde angekündigt (The Economist 28.3.92, S.53). Selbst innerhalb der Exilgemeinde gibt es Differenzen über diese Gesetzentwürfe. Ein Politiker sprach sich für das Konzept "Wandel durch Handel" aus und verglich das Torricelli-Gesetz mit dem Platt-Amendement. (2)

Trotz des erwähnten Stimmungswandels der Bevölkerung in den USA, trotz erstmals laut werdender Kritik am Wirtschaftsboykott durch diverse US-Firmen (3), will die vorherrschende Politik der USA die Konfrontation nicht beenden. Man will kein reformiertes Kuba sondern fordert ein ergebenes Land; ein Land, das für die Herausforderung im Hinterhof des mächtigen Imperiums zu bezahlen hat. Auf einem Colloqium von "Kubanologen" an einer Universität in Washington berichtete ein Beteiligter über fundamentale Veränderungen, die in Kuba stattfänden (z.B. in der Außenpolitik ein Ende der militärischen Afrikapolitik und der Unterstützung von Befreiungsbewegungen), doch in den USA würde dies niemand registrieren. "Kuba könne machen, was es wolle, Washington werde seine Forderungen immer weiter hochschrauben, denn es ist auf Crash aus". (ND 23.3.92, S.5)

Im März 1992 verglich Bush auf einer Veranstaltung zur US-Präsidentschaftswahl Castro mit Stalin, und er sprach davon, sich sich darauf zu freuen, der erste Präsident der USA zu werden, der seinen Fuß auf ein ("freies") Post-Castro-Kuba wird setzen können. Sein rechter Rivale Pat Buchanan erklärte im Februar 1992, daß er sich im Falle seiner Wahl zum Präsidenten nicht um eine Intervention drücken werde. In der "Berliner Zeitung" können wir von Gerüchten, wie sie in Washington kursieren, über mögliche Militäraktionen noch vor der Wahl, lesen. Mögliche Ziele: Kuba, in einer Reihe mit dem Irak und Libyen. (BZ 7.3.92, S.2)

Aufholjagd

Diese "Demokraten" verschaffen uns eine Vorstellung von den Folgen einer Eliminierung des jetzigen Systems auf Kuba. Ihnen geht es dabei nicht um Reformen sondern um die Einführung des in Lateinamerika "bewährten" Kapitalismus. Nicht um "freie Wahlen", sondern um die Abwahl des Sozialismus (den sie, selbst als er "frei" gewählt wurde, niemals akzeptierten, Bsp. Chile); nicht um ein Mehrparteiensystem an sich, sondern um das Ende der KP Kubas. Man wünscht einen besiegten Castro als Strafe für die drei Jahrzehnte erfolgte Provokation der Supermacht USA.

Zur Bildung der "öffentlichen Meinung" über Kuba, und damit auch der präventiven Rechtfertigung von Unternehmungen, die sich gegen das Land richten, wurde und wird gerne von der Realität abgesehen.

Die bestgehandelten Schlagworte sind Ineffizienz, Mißwirtschaft, Steinzeitkommunismus. Auch große Teile der deutschen Presse mischen dabei kräftig mit.

Am 29.12.91 berichtete C.D. Goerdeler in der "Zeit", daß inzwischen jeder auf Kuba wisse, daß die Tage des "Bärtigen" gezählt seien. Zuvor bescheinigte er der kubanischen Entwicklung innerhalb von wenigen Monaten den Sprung vom "Steinzeit-Sozialismus auf der Zuckerinsel" (so im Tagesspiegel vom 18.7.91) zum

"Steinzeitkommunismus", in den Kuba versinken würde ("Zeit" 11.10.91). Den KubanerInnen gehe es heutzutage schlechter als vor der Revolution (ebd.). Wer so weit nicht gehen will, erwähnt einige Errungenschaften der Revolution, bewertet sie aber entweder als gering, außenfinanziert oder kontraproduktiv (die Gleichmacherei beispielsweise).

Was diese Kommentatoren eint, ist ihr eigener Wettlauf mit der Zeit. Sie wissen es alle: Der Sozialismus hat versagt, ist ein Auslaufmodell. Um zu zeigen, daß sie selbst auf der richtigen Seite der Geschichte stehen und es schon immer gewußt haben, zeichnen sie ihr Objekt in den schwärzesten Farben, die zulässig erscheinen. Die Unverbesserlichen, die noch immer an den überholten Dingen festhalten, sind selbst überholt durch den unaufhaltsamen Lauf der Geschichte. Jeder will der Erste sein, der es vermelden kann: Castro am Ende. Kuba wird kapitalistisch, denn für eine andere Alternative gibt es wahrlich keinen Platz mehr auf dieser "einen Welt". Jeder will es eigenhändig faxen können mit dem Zusatz, es schon immer vorhergesagt zu haben.

Auch D. Hoffmann nähert sich in seinen Artikeln in den Lateinamerika-Nachrichten (LN 211 und 212) dieser Tendenz an. Für ihn ist Kuba "auf dem Weg in eine Agrargesellschaft auf dem technologischen Niveau des vorherigen Jahrhunderts" (LN 211, S.36). Schenkungen von Öl, wie sie in einem von ihm kritisierten Aufruf der Solidaritätsbewegung propagiert werden, können seiner Meinung nach "die Agonie auf der Insel nur verlängern" (LN 212, S.23). Da Kuba angeblich ein Ressourcen verschwendendes Wirtschaftsmodell besitzt, sei es folglich vergebens zu spenden, zumal wenn hinzukomme, daß jedes Faß Öl nur die "Ein-Personen-Herrschaft" (ebd.) Castros fördere und sich gegen die Interessen der Bevölkerung richte. J.M. Canosa läßt grüßen. Statt dessen müßten, so Hoffmann, alternative Kleinprojekte gefördert werden, denn sie entsprächen dem, was wir hier in Europa für richtig erachten. Das erinnert an BMZ oder Caritas und erlaubt den Spendern im nachhinein genaue Kontrolle über das Objekt ihrer "Hilfe".

Die Zeiten europäischer Besserwisserei dauern schon etwas länger. Als Mitte der 80er Jahre in der UdSSR Reformen auf die Tagesordnung gesetzt wurden, begannen westliche AutorInnen damit, das zu fordern, was sie zuvor immer unterstellten und verurteilten. Kuba solle, da es ein abhängiger Staat sei, dem Kurs der Reform unverzüglich Folge leisten. Sonst wäre seine Zeit gekommen. Fidel Castro, Gegner der Perestroika, wurde fortan als "Dinosaurier" bezeichnet, der sich gegen das "Rad der Geschichte" stemme. Es waren sowohl RatgeberInnen, die sich von der Politik Gorbatschows einen erneuerten Sozialismus versprachen, als auch jene, welche die Herrschaft des Marktes für ein Naturgesetz hielten. Im Laufe der Jahre reihten sich auch KritikerInnen aus Osteuropa in diesen Chor ein. Betrachtet man heute die Weltkarte, muß man zu dem Schluß kommen, daß, vom Blickwinkel einer souveränes Landes betrachtet, der Weg Kubas der erfolgreichere war. Noch 1989 schrieb P. Gey: "Früher oder später wird der frische Wind aus der Sowjetunion auch die Karibik erreichen und erstmals in der Geschichte der sowjetischen Außenpolitik Reformen mit sich führen." (4)

Neben der Wirtschaftsmisere ist in der Berichterstattung der Medien das subjektive Empfinden des/r JournalistIn oder eineR von ihm/ihr befragten KubanerIn herausragendstes Merkmal.

Diese Art der Betrachtungsweise treibt daher oft seltsame Blüten und behindert, zusätzlich zur schwierigen Informationslage, die Herausarbeitung einer "ausgewogenen" Position, besitzt aber einen entscheidenden Vorteil: man kann die Dinge so erzählen (lassen), wie sie am besten in eigene Argumentationsmuster passen:

1. Während ein Redakteur der BZ (28.12.91) von einem stinkenden, verfallenden Havanna redet, berichtet die NZZ (21.2.91) noch von einer Hauptstadt, die im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Städten "fast durchweg sauber und aufgeräumt" ist. Brasilianische Touristen kämen in wochenlang vorher ausgebuchten Flügen auf die Karibikinsel, weil ihre Strände im Unterschied zum eigenen Land "sauber, natürlich und ungefährlich" sind.

2. Um zu betonen, wie repressiv die Regierung sei, erwähnt S. Purcell (Foreign Affairs 1/92, S.135), daß die Regierung keine Kontakte zwischen KubanerInnen und TouristInnen erlaube. In der FR (27.3.92, S.29) dagegen kann man lesen, daß durch Havanna schlendernde Paare von KubanerInnen und Touris ganz offensichtlich von Ausweiskontrollen verschont blieben. Warum? Weil der Regierung unterstellt werden soll, sie fördere Prostitution.

Die schwierige Anpassung an den Weltmarkt

Das Ende der UdSSR hat die wirtschaftliche Krise Kubas verschärft, die durch den Wegfall der größten Ex- und Importmärkte und einen Einbruch der terms of trade im (bedeutendsten) Austausch von Zucker gegen Öl gekennzeichnet ist und die Lieferung von notwendigen Vorprodukten, Maschinen und Ersatzteilen, fast zum Erliegen brachte. Es kursieren Zahlen über die Höhe des zurückgegangenen Sozialprodukts um bis zu 24% für 1991.

Das Land ist zu drastischen Rationierungen, Preiserhöhungen, Einsparungen bei Dienstleistungen und Stillegungen von Fabriken gezwungen. Devisen fehlen an allen Ecken und Enden. Vorfinanzierungen wären nötig, sind aber kaum noch möglich. (5) Es gibt keine Alternative zur Ersetzung von Importen durch eigene Produkte, zu einer internen und externen Umstrukturierung von Märkten, während das Land gleichzeitig der äußeren Bedrohung widerstehen und die Lasten der Austeritätspolitik relativ gleichmäßig abwälzen muß, ohne die Politik der garantierten Minimalversorgung aufzugeben.

Zu solchen Umstrukturierungen ist Kuba nicht das erste Mal gezwungen. Doch im Gegensatz zur Situation in den Anfangsjahren der Revolution gibt es in der heutigen "neuen Weltordnung" kein Land mehr, das bereit und in der Lage wäre, den verlorenen Haupthandelspartner zu ersetzen. 1991 reisten monatelang Beauftragte Kubas durch die UdSSR, um neue Verträge auszuhandeln. Eine mühselige Aufgabe, die oftmals, konnte mit einem Betrieb oder einer Institution ein Abkommen erzielt werden, durch die Auflösung derselben Behörde, des Betriebes, am Ende des gesamten Staates zunichte gemacht wurde. Mit mehreren GUS-Staaten kamen Verträge für 1992, teilweise längerfristig, zustande. Doch der Gesamtumfang ist gering und die Konditionen für Kuba sind schlecht; d.h. sie sind auf Weltmarktbedingungen oder darunter angekommen.

Für Kuba bringt der bewußte Versuch und der Zwang zur Eingliederung in den kapitalistischen Weltmarkt zwar auch Vorteile, beispielsweise eine höhere Qualität von Importprodukten (6), die Nachteile jedoch, v.a. geringere Einnahmen beim Hauptexportprodukt Zucker, überwiegen. (Es wird mit einer Halbierung der Exporterlöse gerechnet.) Zudem werden Kuba, anders als anderen ehemaligen RGW-Ländern, weder Milliardenkredite noch Schuldenerlasse angeboten, und es bleibt weiterhin der US-Blockade unterworfen.

Ein Dilemma Kubas besteht darin, daß auf der einen Seite neue Absatzmärkte für Exporte erst "erobert" werden müssen, auf der anderen Seite neue Lieferanten gefunden werden müssen. So läuft beispielsweise eine erst kürzlich fertiggestellte Ölraffinerie mit nur zehnprozentiger Auslastung, da weniger Öl als erwartet importiert werden konnte, und das sowjetische Personal, das beim Aufbau half und im Betrieb mitarbeiten sollte, abgezogen wurde. Es wird deshalb mit verschiedensten lateinamerikanischen Ländern verhandelt, um freie Verarbeitungskapazität gegen Öl zu tauschen. Zementfabriken arbeiten nur zu 30%, weil Energie und Absatzmärkte fehlen (Proceso 7.10.91, S.43).

Ein ähnliches Bild ergibt sich aus Angeboten kubanischer Unternehmen an Firmen in der BRD. Eine Akkumulatorenfabrik sucht Rohmaterialien, ebenso eine Textilfabrik, die Inputs benötigt und Kapazität anbietet. Daneben werden Erntemaschinen für Zuckerrohr, verschiedene Medikamente und medizintechnische Geräte offeriert.

Wege aus der Krise

Einer der wenigen, bekanntgewordenen neuen Kredite wird von Mexiko gestellt, das sich in punkto Kuba nicht vollständig der US-Linie unterworfen hat. Um trotz Devisenmangels den Austausch beider Länder zu fördern, wurde von einer mexikanischen Bank ein Kredit über 300 Mio. US-Dollar bereitgestellt, der als rotierender Fond genutzt werden kann. (proceso ebd.)

Joint-Ventures und andere Formen internationaler Kooperation werden propagiert, denn man erhofft sich dadurch den Zugang zu Technologie, Know-How und Märkten, sowie einen Ersatz für die unzähligen Projekte osteuropäischer Länder. Auf einer Messe, die im November in Havanna stattfand, wurden mit 80 Firmen Verträge und Absichtserklärungen über Joint-Ventures und Kooperationsabkommen geschlossen, weitere 60 Angebote werden geprüft (GRS 17.11.91, S.13).

Nach neuesten kubanischen Angaben ist in Prioritätssektoren der Wirtschaft im ersten Quartal 1992 eine Erholung eingetreten. (7) Neben dem Tourismus, dessen Einnahmen (und soziale Probleme) auch dieses Jahr steigen werden, und der Biotechnologie ist die Lebensmittelproduktion ein weiterer Schwerpunktbereich. Mittels neuer und diversifizierter Anbauflächen, erhöhter Selbstversorgung von Betrieben und verbesserter

dezentralisierter Verteilung soll mittelfristig eine ausreichende Ernährung der Bevölkerung erreicht werden. Der Aufwand ist hoch (momentan regelmäßig 20.000 Mobilisierte), um die ersten Erfolge zu verzeichnen: eine um 11% gestiegene Lebensmittelproduktion und eine verbesserte Versorgung der Metropole Havanna. Doch der gesamtwirtschaftliche Einbruch ist noch nicht an einem Wendepunkt angelangt.

Neben Umbau und Wiederinbetriebnahme von Fabriken ist die Weiterentwicklung bestimmter Nischentechnologien (Medizintechnik, Informatik, Zuckerderivate, Biotechnologie, letztere oft gekennzeichnet von für uns unvorstellbarer Fortschrittsgläubigkeit) ein prioritärer Bereich, dessen Entwicklung von der Bildungs- und Investitionspolitik der letzten Jahre erst ermöglicht wurde. Man bemerkt, daß auf dem Weltmarkt eine weitgehende Spezialisierung erforderlich ist, um bestehen zu können. Hinzu treten Probleme bei der Kommerzialisierung von Produkten. "Wir müssen agiler und schneller sein", so der Direktor eines biotechnologischen Forschungszentrums. Es fehlen Erfahrungen in Werbung, Förderung und Handelsführung. Daneben existieren natürlich dieselben Schwierigkeiten, die jedes kleine Land der Dritten Welt mit der protektionistischen Politik der Industrieländer und den Zahlungsschwierigkeiten anderer armer Länder hat, bei gleichzeitigem Wettbewerb mit ungleich stärkeren transnationalen Konzernen.

Szenenwechsel

Was hat der Sozialismus auf Kuba erreicht? Eine geradezu ketzerische Frage. Denn mit dem Wort und seiner Negativsteigerung Kommunismus wird heutzutage nur noch Mißwirtschaft verbunden. Zugegeben, die Versorgungslage ist momentan äußerst angespannt und die Gefahr von Revolten nimmt zu.

Die momentan äußerst knappen Lebensmittel sind weniger das Ergebnis einer grundsätzlich verfehlten Politik bzw. deren Ineffizienz (obwohl bekannt ist, daß ein hoher Prozentsatz an Lebensmitteln bei Verteilung und Lagerung abhanden kommt und verrottet), sondern vor allem Folge des relativ schnellen Abbruchs eines großteils der Handelsbeziehungen Kubas bzw. deren Umstellung auf Weltmarktbedingungen.

C. Aldana (Mitglied des Politbüros) erklärte in der Parteizeitung "Granma", daß jedes andere Land, das in so kurzer Zeit vergleichbaren Einschränkungen hinnehmen müßte, sozial explodiert wäre. (Resumen Semanal, GRS 9.2.92, S.8)

Was unterscheidet Kuba von den anderen Ländern?

Es sind vor allem zwei Dinge. Zum einen gibt es weder die prall gefüllten Schaufenster kapitalistischer Supermarktparadiese, noch die sich ihr bedienende, reiche Mittel/Oberschicht. Es existieren keine edlen Geschäftsstraßen in Havanna, deren Zutritt für die verarmten Massen Lateinamerikas allein mittels der unsichtbaren, aber unüberwindbaren Mauer Geld, geregelt wird. Dafür sieht man in Havanna noch immer weniger zerlumpte Elendsgestalten als in mancher Großstadt Europas.

Dies führt zum zweiten wichtigen Unterschied, dem Fehlen typisch neoliberaler Schockprogramme. Die Austeritätsmaßnahmen, die in Kuba eingeführt werden mußten, sind nur selten Maßnahmen gewesen, die sich über Subventionsabbau, Arbeitslosigkeit, Verteuerungen usw. vor allem gegen die Armen richteten. Weiterhin wird versucht, das Wenige, was es gibt, so zu verteilen, daß allen das Notwendigste zur Verfügung steht. Auch wenn fehlende Importmöglichkeiten größere Löcher ins soziale Netz rissen, bleibt der Wunsch bestehen, die Erfüllung von Grundbedürfnissen als ein allgemeingültiges Recht anzusehen, dessen Erwerb nicht an den Besitz einer bestimmten Menge Geld gekoppelt ist, wie dies in kapitalistischen Ländern der Fall ist.

Noch immer genießt Fidel ein hohes Maß an Ansehen und Vertrauen in Kuba, das sich u.a. auch auf den kubanischen Sozialismus (8) gründet, der den Menschen erstmals zu einer eigenen Identität und Würde verhalf; der die vorrevolutionären Zustände von exzessiver Korruption und Militärputschen überwand und den Armen Hoffnung gab, indem er den Kreislauf von Armut und Unterentwicklung aufbrach. Das revolutionäre Kuba hat im Laufe seiner 30jährigen Geschichte mehr Reformen durchgeführt als der Kapitalismus in 100 Jahren, so eine offizielle Antwort auf stetig die von außen vorgetragenen Forderungen nach Umgestaltung.

Kuba ein Paradies? Beileibe nicht. Es existiert Machismo, Rassismus, Privilegierung (wenn auch von geringerer Qualität als in anderen Ländern). Offensichtlich ist die eingeschränkt-partizipatorische Funktion von Massenorganisationen, schlecht die Presse. Es fehlen die eigenständigen Gewerkschaften, und trotzdem haben die ArbeiterInnen bessere Bedingungen als in vielen kapitalistischen Ländern (kein Druck durch Arbeitslosigkeit, ein Monat Jahresurlaub, Miete max. 10% des Einkommens, etc.). Obwohl es keine

unabhängige Frauenbewegung gibt, muß keine Frau gegen ein Verbot der Abtreibung auf die Straße gehen. Es gibt keine Bauernmärkte mehr, aber es muß auch niemand gegen Vertreibung kämpfen, sich mittels Saisonarbeit über Wasser halten. Für KooperativistInnen gibt es neben einem geregelten Arbeitstag eine gesicherte Rente. Die Versorgung mit Bildung, Gesundheitsdiensten, Kultur und Sport muß hinzugezählt werden, um zu verstehen, was die Menschen zu verlieren hätten, sollten die Exilanten und die USA Kontrolle über das Land erlangen, es auf lateinamerikanische Verhältnisse zurückwerfen und einen sozialen und politischen roll back einleiten. Da viele KubanerInnen ihre Wohnungen besitzen, gäbe es für sie auch hier nichts zu gewinnen, sollte die von J.M. Canosa propagierte Eigentumsrückübertragung auf vorrevolutionären Stand gelingen.

Von großer Wichtigkeit für den immer noch politisch stabilen Zustand ist das Fehlen einer wirklichen Alternative. Die Opposition, die im Ausland mehr als in Kuba beachtet wird, hat weder Persönlichkeiten, noch Programme oder neue Modelle zu bieten. Der "Dritte Weg" von dem vielen EuropäerInnen wieder sprechen, existiert nur als Wunschtraum.

Die veränderte Zuckerökonomie

Entgegen der allgemein geäußerten These, daß sich Kubas Abhängigkeit vom Zucker quantitativ nicht vermindert hätte (9), hat sich ihr Inhalt qualitativ verändert. Kuba ist heute kein Land mehr, in dem, wie vor der Revolution, ein isolierter Zuckersektor (von US-Technologie betrieben) extensiv bewirtschaftet wird. Dessen mangelnde Intensivierung bei Anbau und Ernte hatte lange dafür sorgte, daß eine riesige Anzahl nur saisonal beschäftigter Landarbeiter (deren Lohn in schlechten Jahren an Weltmarktpreise gekoppelt war!) zu geringen Löhnen schnitt, verlud und verarbeitete (was noch heute in vielen vergleichbaren karibischen Ländern der Fall ist). Im Zuge der Revolution wurde die Ernte des Zuckerrohrs mechanisiert, was nicht nur zu stabileren und qualifizierteren Arbeitsverhältnissen führte (heute kann mit einem Fünftel an Arbeitskräften eine um ca. 50% erhöhte Menge an Zuckerrohr geerntet werden), sondern auch eines der Fundamente für die Verbesserung der zuvor erbärmlichen ländlichen Lebensverhältnisse legte. Darüber hinaus wurden Erntemaschinen und Verarbeitungsanlagen in Kuba entworfen und gebaut. Neben der Herstellung einer breiten Palette von Zuckerrohrnebenprodukten (Spanplatten, Biogas, Viehfutter ... insgesamt 36 Produkte), deren Durchbruch 1963 begann und deren Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft sind, kooperierte Kuba im Rahmen von Süd-Süd Hilfe mit 23 Trikontländern in den Bereichen Technologie, Fachkräfte und Ausbildung (10).

Der Zuckersektor verlor seine Anrüchigkeit und hörte auf, ein technologisch isolierter Bereich, eine Ökonomie, die auf der einen Seite Paläste und Zuckerbäcker nährte, aber ebenso den Habenichtsen auch noch Land und Nahrung entzog und ihnen keinerlei Perspektive versprach, zu sein.

In einem kürzlich erschienenen Überblick über die Lage von Umwelt und Entwicklung (Latin American Special Report, London, 4/92) läßt sich nachvollziehen, welch großen Teil von sozialen Problemen die Karibikinsel hinter sich gelassen hat. (Die Zahlen beziehen sich auf die Zeit vor der "periodo especial")

- In keinem anderen Land Lateinamerikas ist das Verhältnis von erwartetem Bevölkerungswachstum, Anstieg des Ackerlandes sowie der durchschnittlichen Kalorienversorgung so günstig wie in Kuba. (11)

- Nur in Uruguay wird bis zum Jahr 2000 die städtische Bevölkerung weniger wachsen als in Kuba; in Brasilien und Kuba ist die Versorgung mit Wohnraum besser als in jedem anderen Land.

- In elf Ländern wird, unter gleichbleibenden Bedingungen, der existierende Wald in weniger als 50 Jahren abgeholzt sein. Kuba hat das günstigste Verhältnis (dort würde es über 1000 Jahre dauern).

- In Bezug auf Zugang zu fließendem Wasser liegt Kuba nicht in einer Spitzenposition; doch allgemein gute Bedingungen und der Zugang aller zum Gesundheitssystem führt, neben Costa Rica, zur niedrigsten Rate von Todesfällen durch Infektionskrankheiten und Parasitenbefall.

Es gibt keine Alternative zur Revolution. (Fidel 1991)

Nur wenige Menschen außerhalb Kubas bemerken, daß auf der "Insel stalinistischer Seeligkeit" (so "ostdeutsche Handelsexperten" im Handelsblatt, 13.12.90, S.8) Veränderungen vor sich gehen. (12) Dazu gehört eine breitere Diskussion innerhalb der Kommunistischen Partei, zukünftig direkt ausgeführte Wahlen zu den Provinz- und der Nationalversammlung, bei gleichzeitiger Zulassung von oppositionellen Einzelkandidaten

und Veränderungen an der Basisstruktur der "poder popular" (Volksvertretung). Teile von Handel und Produktion werden dezentralisiert. Die Weltmarktanpassung und eine steigende Zahl von Joint-Ventures und Kooperationen führen zwangsläufig zu einer Internalisierung bestehender kapitalistischer Mechanismen. Im Landwirtschaftsbereich wird der Gebrauch von Chemie reduziert und die Anwendung anderer Mittel erprobt. In der Medizin werden Medikamente auf pflanzlicher Basis wiederentdeckt. LKW- und Autofahrer werden aufgefordert Anhalter mitzunehmen, und aus Material- und Energiemangel wird das Fahrrad als Alternative propagiert. Auch Anstrengungen im Bereich alternativer Energiegewinnung werden verstärkt gefördert. Vieles davon entspringt nicht aus einem der Überflußgesellschaft entspringendem Ökologismus, sondern kruder ökonomischer Notwendigkeit.

Vielleicht konnte ich deutlich machen, daß der Sozialismus auf Kuba, allen Fehlern zum Trotz, die Lösung drängender Probleme ermöglichte und ebenso die Chance bietet, wenn auch nach einer langen und entbehrungsreichen Austeritätsphase, viele der jetzigen Probleme zu lösen.

Momentan geht es in Kuba ums Überleben. Doch die Möglichkeit besteht, daß aus der Herausforderung gegenüber dem Weltmarkt und dem Zwang eigene Modelle zu entwickeln, ein verändertes Kuba entsteht, daß die "besondere Periode" sich in einen "besonderen Anreiz" verwandelt (so die kubanische Zeitschrift "Bohemia"), der genügend Kraft entfaltet, um einen Weg in Richtung Ökotopia einzuschlagen. Einen Entwicklungsweg, der weiterhin "den Ländern mit freien Marktwirtschaften auf dem Felde der ökonomischen und sozialen Rechte überlegen ist". (13)

Unter der Einschränkung, daß das kubanische Modell nicht einfach übertragbar ist, folgert G. Koschwitz, Mitarbeiter der "Fördergesellschaft für angepaßte Techniken in der Dritten Welt" (FAKT): "Wenn es Kuba gelingt, aus der augenblicklichen extrem kritischen Situation mit eigenen Kräften einen Entwicklungsweg zu beschreiten, so kann es Hoffnungsträger für viele Länder der armen Welt werden." (14)

M.S.

Anmerkungen

1) Eine brasilianische Firma unterließ deshalb den Einstieg bei der kubanischen Fluggesellschaft Cubana. In anderen Fällen, z.B. bei großen europäischen Tourismusbetrieben, zeigte dies nicht immer eine so eindeutige Wirkung. In den letzten Wochen wurde ein neuer Fall bekannt: die USA setzte Indien unter Druck, einer Nachfrage Kubas nach Lebensmittellieferungen nicht nachzukommen.

2) Dies war ein 1901 von den USA erzwungener Zusatz zur kubanischen Verfassung, der die Souveränität Kubas einschränkte und der Hegemonialmacht ein Interventionsrecht zusprach.

3) Angesichts verstärkter Investitionen europäischen und lateinamerikanischen Kapitals bleibt den US-Betrieben der profitable, neue Markt weitgehend verschlossen; direkte Investitionen verbietet die USA. Nichtsdestotrotz gab es 1991-92 allein 14 Rundreisen nordamerikanischer Unternehmer, die den neuen Markt sondieren wollten, so verlautete es aus der Kubanischen Außenhandelskammer.

4) P. Gey S. 67 in: K. Fritsche. Verlorene Träume, Stuttgart 1989. Wie schnell aus frischen Winden Stürme werden können, zeigen Bürgerkriege und Carepakete in Osteuropa.

5) Da Kuba seit 1986 die Zahlung seiner Devisenschuld nahezu eingestellt hat, erhält es kaum noch Kredite. Eine Unterordnung unter die Vorschriften des IWF wird weiterhin strikt abgelehnt.

6) Das gilt nicht nur für Konsum, sondern auch für Investitionsgüter. Bestes Beispiel die Nickelindustrie, die 1990 zu weniger als 70% arbeitete, wurde 1991 wegen Energie- und Ersatzteilmangel noch weniger ausgelastet. Eine Folge sind geringere Exporterlöse. Unsicherheiten bei Öllieferungen behindern auch weitere Planungen über den Aus- und Umbau der Produktion, u.a. existiert das Vorhaben eines westlichen Unternehmens, 1,2 Mrd. US-Dollar in neue Anlagen zu investieren, die mit weniger Energieverbrauch ein qualitativ hochwertigeres Nickel erzeugen.

7) In diesem Jahr wird mit einem Rekord in der Nickelproduktion gerechnet, nachdem den Verarbeitungsanlagen ein begrenztes Außenhandelsrecht eingeräumt wurde, um notwendige Inputs, die zuvor aus dem RGW kamen, anzuschaffen.

8) Der Kubanische Sozialismus hat sich nie zu einer vollständig starren Ideologie entwickelt. Soziale Gleichheit, Unabhängigkeit und Internationalismus/Antiimperialismus waren zentral für sein Entstehen - und blieben es. Er ist weniger ein dogmatischer Marxismus, sondern eine an diesen Idealen orientierte und von Personen wie J. Marti, Che u.a. geprägte Politik.

9) Obwohl eine genaue Betrachtung dazu führen würde, daß selbst bei Berücksichtigung der realen Werte der Anteil des Zuckers am Sozialprodukt wie am Exportwert zurückging, wenn auch weniger als beabsichtigt.

10) Im größten Projekt dieser Art wurde unter Mitarbeit von 400 KubanerInnen eine Zuckermühle und Bewässerungsanlagen in Nicaragua aufgebaut, finanziert mittels eines kubanischen Kredits von 50 Mio. US-Dollar, der später erlassen wurde. J. Perez-Lopez in: Food Policy 2/1990: S.86-89.

11) Kuba ist auch das beste Beispiel dafür, daß nicht eine sexistische und rassistische Bevölkerungspolitik, sondern soziale Bedingungen die Faktoren sind, die eine "demographische Wende" einläuten.

12) Eine der wenigen positiven Ausnahmen sind die Artikel in der ila, Nr. 153 und 154

13) So W. Benson, Zeit 17.4.92: S.17

14) "So entsteht ein Netzwerk", ein Bericht der TeilnehmerInnen an einer Studienreise zum Thema erneuerbare Energien und Ökologie in Kuba 1991

27. Verhandlungen suspendiert. Die Politik der Guerilla Kolumbiens (Teil 3)

Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:33

"Herzlich willkommen in der Vergangenheit!" titelte Colombia Reporta: die Morde an Aktivisten der Linken nehmen erneut zu; der Strom wurde rationiert, Telefon und Fernsehen waren durch Streiks tagelang lahmgelegt. Zu diesem düsteren Bild paßt die Suspendierung der Verhandlungen zwischen der Guerillakoordination "Simón Bolívar" (CGSB) und der Regierung Kolumbiens. Im Anschluß an zwei Verhandlungsrunden, die im Juni und November 1991 in Caracas (Venezuela) stattfanden, wurden die Unterredungen vom 10. März - 4. Mai in Tlaxcala (México) fortgesetzt. Um den völligen Bruch zu vermeiden, wurden die Gespräche bis zum 31. Oktober vertagt. Indessen deutet sich eine Verschärfung der militärischen und sozialen Auseinandersetzungen an.

Wir berichten über die dritte Verhandlungsrunde und stellen die aktuellen Positionen von Regierung und Guerilla vor. In vorhergegangenen Artikeln (ak 339, Februar 1992; ak 340, März 1992) wurde die Politik der Guerillagruppen Kolumbiens bereits in den Grundzügen dargestellt.

Caracas (Juni/November 1991).In der Hauptstadt Venezuelas wurde im Juni und November 1991 der Rahmen für die Gespräche zwischen der Regierung Kolumbiens und der "Guerillakoordination Simón Bolívar" (CGSB) abgesteckt. Sie finden ohne Vorbedingungen statt, und die Regierung akzeptiert die Delegation der aus drei Organisationen bestehenden Guerillakoordination CGSB als kollektiven Ansprechpartner. Bei allen vorhergegangenen Dialogrunden, die zwischen der Regierung und den Aufständischen stattgefunden hatten, hatte die Regierung jeweils nur mit Einzelorganisationen separate Abkommen ausgehandelt. (1)

Im Unterschied zu den Abkommen mit den ehemaligen Guerillagruppen M-19, PRT, Quintín Lame und EPL/Gutiérrez, die 1990/91 die Waffen niederlegten und sich in das legale Leben reintegrierten, geht es nicht nur um die Frage der Waffenniederlegung, sondern um ein Globalabkommen im Stile El Salvadors. In Caracas wurde die Notwendigkeit des Dialogs von beiden Seiten akzeptiert, eine Tagesordnung mit zehn Punkten verabschiedet und im Prinzip einer internationalen Überwachung möglicher Vereinbarungen zugestimmt. Auf Drängen des Leiters der Regierungsdelegation, Jesús Bejarano, stand im November 1991 als erster konkreter Punkt das Waffenstillstandsabkommen und die Demobilisierung der Guerilla zur Debatte. Als Ergebnis konnte jedoch lediglich der Dissens in vielen Einzelaspekten festgehalten werden.

Von Caracas nach Tlaxcala

In den vier Monaten bis zur nächsten Dialogrunde änderte sich die Lage:

- die Guerilla stellte im Januar 1992 in einem Brief an den Kongreß ein Grundsatzpapier vor: "Zwölf Punkte für eine Strategie des Friedens";

- die Regierung ersetzte den inkompetenten Delegationsleiter Jesús Bejarano durch den intellektuell flexibleren Horacio Serpa Uribe;

- der innenpolitische Prestigeverlust der Regierung Gaviria wirkte sich auf den Dialogprozeß aus;

- die Wiederaufnahme der Gespräche wurde mehrmals verschoben, und der Verhandlungsort mußte von Caracas (Venzuela) nach Tlaxcala (México) verlegt werden, da die rechtssozialdemokratische Regierung von Carlos Andrés Pérez durch einen fehlgeschlagenen Militärputsch so geschwächt war, daß sie die Sicherheit der Delegationen nicht mehr garantieren konnte.

Tlaxcala - die Erste

(10. März - 21. März 1992)

Die Armee verstärkte seit Anfang des Jahres im Rahmen einer großangelegten Offensive ihre Operationen gegen das Hauptquartier der kommunistischen FARC, der größten Organisation innerhalb der Guerillakoordination. Im selben Zeitraum nahm der innenpolitische Druck gegen die Regierung Gaviria beträchtlich zu. Die legalen Basisorganisationen begannen sich zunehmend gegen die Folgen der

wirtschaftlichen Schockpolitik und den Ausverkauf der Staatsunternehmen an internationales Kapital zur Wehr zu setzen.

Vor diesem Hintergrund stimmten nach einem einleitenden Meinungsaustausch am 13. März beide Seiten einem Kommuniqué zu, wonach in Tlaxcala in Arbeitssitzungen als erster Punkt die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu diskutieren sei. Die Korruption von Amtsinhabern, Menschenrechte, die Folgen der Konfrontation für die Zivilbevölkerung (u.a. Entführungen, "Verschwindenlassen", willkürliche Verhaftungen), Staat, Demokratie, politisches System und die neue Verfassung sollten folgen. Diese Tagesordnung stellte für die Guerilla einen wichtigen Erfolg dar. Denn auf diese Weise konnte sie die neoliberale und massenfeindliche Wirtschaftspolitik der Regierung ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Das Anliegen der Regierung, den Dialog de facto auf den Waffenstillstand bzw. die Demobilisierung der Guerillagruppen einzuschränken, wurde damit unterlaufen. Die Regierung war erstmals mit mehreren Ministern am Dialogprozeß beteiligt und wertete ihn damit auf. Ein weiterer Erfolg für die Guerilla. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik, Steuer- und Zollpolitik, Privatisierung und Ausverkauf von staatlichen Unternehmen wurden mehrere Tage lang heftig debattiert. Schließlich ging die staatliche Delegation auf eine weitere Forderung der Aufständischen ein: die Teilnahme von Ökonomen und Gewerkschaftsführern mit regierungskritischen Positionen. Die Dialogrunde hätte bis zu diesem Zeitpunkt für die Guerilla kaum besser laufen können. Der Rückschlag kam am Freitag, den 20. März, als bekannt wurde, daß eine Front des "Volksbefreiungsheers" (EPL) den konservativen Ex-Minister Dr. Argelino Durán Quintero entführt hatte. Die Regierungsdelegation forderte eine eintägige Aussetzung der Verhandlungen, um Informationen einzuholen. Am folgenden Tag meldete die EPL-Front, daß der Entführte an einem Herzversagen gestorben war. Die Regierungsdelegation reiste am 21. März ohne weitere Kontaktaufnahme mit der Guerilla nach Kolumbien ab. Die Guerillakoordination reagierte am selben Tag mit einem Kommuniqué, in dem sich allein das EPL für die Vorgänge verantwortlich erklärte, die Guerillakoordination sich vorsichtig distanzierte und den Fortgang der Gespräche einforderte. Dennoch war der Krug im Brunnen. In Kolumbien brach von seiten der Verhandlungsgegner und der Massenmedien eine massive Kampagne über die Guerilla herein, die sie letztlich als kriminelle Entführer abstempelte. Die Regierung brauchte nichts mehr zum Thema "Wirtschaft und Soziales" zu sagen, weil sie sich hinter den umstrittenen Entführungsaktionen der Guerilla verstecken konnte. Mit dem Hinweis auf das offizielle Schweigen bei der Vielzahl von "verschwundenen" und ermordeten Linken kritisierte die Guerilla die Doppelmoral der Regierung. Diese Schelte ist zwar von der Sache her grundsätzlich berechtigt, ändert jedoch nichts daran, daß diese Entführungsaktion den Verhandlungsgegnern einen vortrefflichen Vorwand für ihren Rückzug lieferte. Ohnehin ist es kaum verständlich, daß sich die Guerilla - in diesem Fall das militärisch unter Druck stehende "Volksbefreiungsheer" (EPL) - Aktionsformen bedient, bei denen angesichts weitverbreiteter Erpressungspraktiken der Drogenmafia die Grenze zu gewöhnlicher Kriminalität verschwimmt.

"Willkommen in der Vergangenheit"

Die Guerilladelegation blieb in Wartestellung und machte die Regierung, zunächst ohne große Resonanz, für den einseitigen Abbruch der Verhandlungen verantwortlich. Der Verhandlungsführer der Regierung, der sich in Kolumbien befand, wurde von Kriegsbefürwortern weit in die Defensive gedrängt. In einem offenen Brief an die Parteien trat er jedoch für die Fortführung des Dialogs ein. Horacio Serpa Uribe: "Ich ziehe es vor, auf der Suche nach Frieden Fehler zu machen, als mit Erfolg Krieg zu führen." (2)

Indessen nutzten Armee und Todesschwadronen die öffentliche Aufregung, um eine Welle der Repression auszulösen und die militärische Niederschlagung der "Banditen" zu fordern. Unter dem Titel "Abril muertos mil" (tausend Tote im April) veröffentlichte die Wochenzeitung der KP, Voz, eine Übersicht von Vorfällen, die wir kurz zusammenfassen, um das politische Klima im Land zu dokumentieren:

- mindestens 14 leitende Mitglieder der legalen Basisbewegung "A Luchar", die dem "Nationalen Befreiungsheer" (ELN) nahesteht, wurden im April allein im Departament del Valle ermordet oder "verschwanden";

- in der Bananenzone von Urabá, traditionell Aktionsgebiet des "Volksbefreiungsheers" (EPL), gingen die Morde unter den Anhängern des Gutiézrrez-Flügels der EPL weiter. Am 1. März 1991 hatten etwa 2000 die Waffen niedergelegt und sich in die Legalität begeben. Die Regierung setzte jedoch die versprochenen Programme der sozialen Reintegration nie in die Tat um. Statt dessen wurden seither mindestens 90 Ex-EPL-Guerillas getötet; (3)

- in mehreren Departaments wurden wieder Angehörige der Patriotischen Union (UP) umgebracht, die der Kommunistischen Partei nahesteht. Seit 1985, dem Beginn ihrer legalen Arbeit, verlor die UP nach eigenen Angaben 2143 Mitglieder;

- im Departament Antioquia konnten aufgrund heftiger Kampfhandlungen 40.000 Einwohner ihre Häuser nicht mehr verlassen, viele flohen. Die Armee versucht, die Präsenz des Internationalen Roten Kreuzes (IRK) im Konfliktgebiet zu verhindern. (4)

Die Übersicht zeigt deutlich, daß die legalen linken Bewegungen, unabhängig von ihrer speziellen politischen Tendenz, hart verfolgt werden. Die Verantwortlichen sind in aller Regel Geheimdienste, Armee, Polizei und die mit diesen eng zusammenarbeitenden Todesschwadronen. Die Regierung des liberalen Präsidenten Gaviria tut nichts, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und diese Verfolgung einzudämmen. Insofern muß ihre verlautbarte Bereitschaft, mit der Guerilla weiter über ein zukünftiges demokratisches Kolumbien zu verhandeln, in deren Ohren sehr hohl klingen.

Tlaxcala - die Zweite

(22. April - 4. Mai)

Die dritte Verhandlungsrunde lag durch die einseitige Abreise der Regierungsdelegation einen Monat lang auf Eis. Die Guerilladelegation blieb in Tlaxcala, kritisierte die Einseitigkeit der Entscheidung, forderte die Regierungsseite auf, die Verhandlungen gemäß den unterzeichneten Vereinbarungen fortzuführen, und entfaltete vielfältige Aktivitäten, um unter dem Einsatz von Vermittlern die Wiederaufnahme der Unterredungen zu erreichen.

Die Regierung erklärte sich dazu im Prinzip bereit, forderte jedoch ultimativ die Veränderung der Tagesordnung. Als erste Punkte müßten der Waffenstillstand und die Freilassung der von der Guerilla Entführten stehen, forderte Präsident Gaviría in einer Grundsatzrede vom 26. März, die im Fernsehen übertragen wurde. Damit fiel die Regierung wieder auf ihre unflexiblen Positionen von Caracas II zurück. Es war klar, daß sich die CGSB auf diese Forderung nicht einlassen konnte - schon gar nicht als Vorbedingung für die Fortführung der Gespräche!

Die "Guerillakoordination Simón Bolívar" reagierte vier Tage später mit einer ausführlichen Stellungnahme, in der sie die Regierung und ihre Wirtschaftspolitik hart angriff und die Forderung nach einseitigen Zugeständnissen zurückwies. Gleichzeitig verdeutlichte sie die Bereitschaft, über alle Punkte zu reden - auch über Waffenstillstand und Entführungen. "Seien wir realistisch. Wir sind dazu verpflichtet, den Dialog fortzuführen. Kolumbien sollte keine andere Alternative haben, als kollektiv einen friedlichen Weg zur Lösung seiner Konflikte zu suchen." (5)

Während sich rechte Meinungsführer bei Massenmedien, Armee, Unternehmern und Politikern gegen die Fortführung des Dialogs aussprachen, weil die Exekutive damit kapituliere, befürworteten ihn die linke und demokratische Opposition. Schließlich stieg die katholische Kirche Kolumbiens als Vermittlerin ein. Der Priester Nel Beltrán reiste in ihrem Auftrag zu Gesprächen mit der Guerilla nach México. Als er am 14. April seinen Abschlußbericht vorlegte, stellte er darin lakonisch fest, daß die Guerillakoordination am Verhandlungstisch alle Vorschläge zu diskutieren bereit sei und außerdem zugesichert habe, alles Notwendige zu tun, um die Schwierigkeiten für den Friedensprozeß aus dem Weg zu räumen. Nun blieb der Regierung nichts mehr übrig, als wieder nach Tlaxcala zu reisen, wollte sie nicht das Gesicht verlieren. Indessen hatten sich die bewaffneten Zusammenstöße zwischen Armee und Guerilla verschärft. Anzahl und Bedeutung von Arbeitsniederlegungen sowie von Menschenrechtsverletzungen hatten zugenommen. (6)

Die Unterredungen wurden am 22. April wieder aufgenommen. Es gelang jedoch nicht, sich konkret auf ein weiteres Vorgehen zu einigen. Während die Guerilla die Einhaltung der Vereinbarungen forderte, die sie und die Regierung zu Beginn der Runde am 13. März unterzeichnet hatten, wollte diese die Tagesordnung wieder verändern und zuerst über Waffenstillstand und Entführungen reden. Am 4. Mai gaben beide Seiten in einem kurzen gemeinsamen Kommuniqué bekannt, daß die Verhandlungen suspendiert seien und spätestens bis zum 31. Oktober in México wieder aufgenommen würden. Zwischenzeitlich bleiben beide in direktem Kontakt. Die Regierung sicherte den Delegierten der Aufständischen darüberhinaus dieselben Garatien (keine

polizeiliche und militärische Verfolgung in einem definierten Zeitraum) für die Rückkehr nach Kolumbien zu wie in der Vergangenheit.

Am selben Tag warf die Regierungsdelegation der Guerilla in einer Stellungnahme vor, aufgrund ihrer "Unnachgiebigkeit" die Verantwortung für die Aussetzung des Dialogs zu haben. Die CGSB gab den Schwarzen Peter zurück und erklärte, daß die Regierung mit ihrem Ansinnen, die bereits unterschriebenen Punkte zu modifizieren und Bedingungen zu stellen, die Schuld am Abbruch der Gespräche treffe. Die Guerillakoordination erneuerte dabei den Vorschlag, die internationale Überwachung der Abkommen zu paktieren, um den Respekt der Vereinbarungen zu garantieren.

Vorwärts, rückwärts

Ein Jahr nach Beginn des Dialogs ist man damit wieder ziemlich genau an den Ausgangspunkt zurückgekehrt: Die Regierung will im Grunde nur über die Entwaffnung der Aufständischen reden, während diese umfassende gesellschaftliche Reformen aushandeln möchten, welche die politischen und sozio-ökonomischen Grundlagen verändern sollen, die Ursache des Guerillakampfes sind. Für die Regierung hat sich die Lage insofern geändert, als der liberale Präsident Gaviría enorm an Prestige verloren hat, die sozialen Spannungen im Lande anwachsen und auf der anderen Seite der Druck von den Militärs zunimmt, eine "kriegerische Lösung" zu suchen. Die Guerilla konnte sich trotz einzelner, zum Teil selbstverschuldeter Rückschläge, im großen und ganzen als gleichberechtigter Dialogpartner behaupten. Der Zusammenhalt ihrer aus im Grunde recht unterschiedlichen Kräften zusammengesetzten Guerilladelegation ist enger geworden, was die Geschlossenheit beweist, mit der sie auf Regierungsdruck reagierte. Außerdem gelang es der Guerillakoordination, gemeinsame programmatische Vorschläge zu entwickeln, die einen Ausweg aus der jahrzehntelangen Kriegssituation aufzeigen. Damit konnte sie verdeutlichen, daß sich ihre spezielle Rolle nicht auf die Bereitschaft zur Anwendung bewaffneter Gewalt beschränkt, sondern daß sie eine politische Perspektive mittels tiefgreifender gesellschaftlicher Umwälzungen sucht, die sich deutlich von sozialdemokratisch-populistischen Optionen wie der AD M-19 unterscheidet. Die Guerilla konnte demonstrieren, daß sie nicht nur ein militärischer, sondern in erster Linie ein politischer Faktor ist, ohne dessen Zustimmung der Konflikt in Kolumbien nicht gelöst werden kann.

Frieden oder Krieg?

Nach der dritten Verhandlungsrunde akzentuierten sich die Alternativen, vor denen Kolumbien steht:

- Die Armee setzt, unterstützt von Massenmedien und Teilen der herrschenden Eliten, auf den militärischen Sieg. Diesen will sie mit Hilfe großangelegter Militäroperationen erringen. Ihr Nahziel: die Zerstörung der Führungsstrukturen der bewaffneten Organisationen, vor allem der FARC. Gegen alle drei Guerillahauptquartiere sind heftige Militäroffensiven im Gange. Deren Abschluß ist bis zum Herbst vorgesehen. Sollte die Armee bis dahin keine deutlichen Erfolge erzielen (Zerstörung wichtiger Stützpunkte, Tötung oder Festnahme von Führungskadern), ist zu vermuten, daß eine heftige Diskussion über die "militärische Option" einsetzen wird. Um so mehr, als diese zum Teil mit einer extra "Kriegssteuer" (die heißt wirklich so!!) finanziert wird und die weitere Erhebung dieser Steuer vom Parlament genehmigt werden muß. Sollte die Armee bis dahin größere Erfolge einfahren, ist ein "totaler Krieg" gegen die Guerilla nicht mehr auszuschließen. Die Streitkräfte lassen den Politikern einen Spielraum für Gespräche mit den Aufständischen. Allerdings unter der Bedingung, daß diese lediglich über die Waffenniederlegung verhandeln.

- Die Guerillakoordination setzt ihre Bemühungen fort, den Konflikt zu entmilitarisieren; d.h., auch in den Verhandlungen soll nicht in erster Linie über militärische Fragen geredet werden, sondern über die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ursachen, die dem Konflikt zugrundeliegen. Folgerichtig sollen alle gesellschaftlich relevanten Kräfte an einer "großen nationalen Debatte" (gran mesa nacional) teilnehmen, um gemeinsam eine nationale Friedensvereinbarung zu erarbeiten. Die CGSB stieß mit diesem Vorschlag, der auch regionale Friedensforen als ein Element beinhaltet, im Parlament auf offene Ohren. Als vertrauensbildende Maßnahme kündigte sie zudem die Freilassung von zwölf Kriegsgefangenen an. Der Präsident des Kongresses traf sich in México mittlerweile mit den Unterhändlern der Aufständischen. Er präsentierte am 2. Juni im Parlament einen Vorschlag, der ebenfalls auf die Ausweitung des Dialogs und die Einbeziehung aller wichtigen Sektoren hinausläuft.

Die Regierung lehnte mittlerweile jedoch sowohl die Parlamentsinitiative als auch den neuen Guerillavorschlag ab. In den nächsten zwei, drei Monaten wird neben dem Ergebnis der militärischen Kämpfe die Intensität der sozialen Auseinandersetzungen entscheiden, ob das Pendel eher zur Verschärfung des Krieges oder zur Wiederaufnahme ernsthafter Friedensverhandlungen ausschlägt.

Al., Nürnberg (18. Juni 1992)

Anmerkungen:

1) Siehe: Wolfgang S. Heinz, Guerillas, Friedensprozeß und politische Gewalt in Kolumbien (1980 - 1988), in: Lateinamerika - Analysen, Daten, Dokumentation, Beiheft Nr. 6, Hamburg 6/1989

2) Siehe: Unico camino para la paz, in: Voz, Bogotá 9. April 1992; De Caracas a Tlaxcala, in: Voz, Bogotá 2. April 1992

3) Zum Problem der Waffenniederlegung des Gutiérrez-Flügels des EPL: C. Krauthausen, El proceso de reinserción del EPL: Un modelo a no imitar, in: Colombia Informa Nr. 100, Bogotá April 1992, S. 12 -14

4) Alle Angaben nach: Voz, Bogotá 30. April 1992; Colombia Reporta (Boletín Semanal), Bogotá: Ausgaben vom 20. April - 29. Mai 1992

5) Coordinadora Guerillera Simón Bolívar, Por una paz digna - cumplamos lo acordado, México 30.03.1992

6) Siehe: Colombia Reporta (Boletín Semanal), Bogotá: Ausgaben vom 20. April - 29. Mai 1992

28. "... hier ist es leichter Guerillagruppen aufzubauen als Gewerkschaften ..." Interview mit Asdrúbal Jiménez (EPL, Kolumbien)

Interview mit Asdrúbal Jiménez, Vertreter des "Volksbefreiungsheeres" (EPL)

Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:34

Die kolumbianische "Guerillakoordination Simón Bolívar" (CGSB) besteht aus den drei Organisationen FARC, ELN und EPL. Delegierte aller drei Organisationen bilden die entscheidungsbefugte Delegation der Guerillakoordination, die seit Juni 1991 mit der Regierung über eine politische Lösung des bewaffneten Konfliktes verhandelt. Asdrúbal Jiménez vertritt dabei das EPL. Er nahm sowohl an den Dialogrunden in Caracas als auch in Tlaxcala teil.

In einem ausführlichen Gespräch erzählte er einige Details aus seiner persönlichen Geschichte, nahm umfassend zur Verhandlungsstrategie der Guerilla Stellung und ging auf die Spaltung des EPL ein.

Asdrúbal, Du hast jahrelang als Anwalt die Bananenarbeitergewerkschaft SITRAINAGRO vertreten. Unter welchen Bedingungen hast Du da gearbeitet?

Solange ich in der Region Urabá für SITRAINAGRO arbeitete, war ich ständigen Drohungen ausgesetzt. Das ging soweit, daß die Organisation, der ich angehöre, entschied, daß es besser sei, in die Hauptstadt Bogotá zu gehen, um zu verhindern, daß ich in Urabá ermordet würde.

Was hast Du in Bogotá gemacht?

Dort war ich 1987/88 vor allem in der legalen politischen Organisation "Frente Popular" (Volksfront) aktiv. Diese war infolge der Waffenstillstandsverhandlungen zwischen dem "Volksbefreiungsheer" (EPL) und der Regierung Betancur im Jahr 1984 entstanden. Nach sieben Monaten, auf dem Weg von Bogotá nach Medellin, wurde ein Attentat auf mich verübt. Als ich vor dem Haus ankam, hielten zwei Männer auf einem Motorrad, schossen und ließen mich in dem Glauben zurück, ich sei tot.

Das war am 4. April 1988. Man brachte mich sofort in eine Klinik. Dort wurde eine Notoperation durchgeführt. Die Ärzte dachten, ich würde dennoch sterben. Da haben sie sich glücklicherweise geirrt. Der Klinik-Direktion, den Ärzten und Krankenschwestern wurde so heftig bedroht, daß sie anordneten, daß ich vier Tage nach der Operation das Haus verlassen mußte. Andernfalls wäre das Leben weiterer Menschen gefährdet gewesen.

Mit Hilfe des regionalen Verantwortlichen im Gesundheitswesen, Dr. Betancur, einem Angehörigen der "Liberalen Partei", mit dem ich früher in Urabá bei mehreren Gelegenheiten zusammengearbeitet hatte, konnte ich geheim in eine Klinik nach Bogotá verlegt werden. Dort blieb ich 20 Tage, bis amnesty international meine Ausreise ins Exil nach England ermöglichte. Am 20. Mai 1988 kam ich in London an.

Konntest Du von dort aus weiterarbeiten?

Ich nahm 1988 aktiv an einer Kampagne von amnesty international teil, die sich gegen die Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien richtete. Ich bereiste fast ganz Großbritannien, um an meinem Fall zu demonstrieren - ich war damals noch fast völlig invalide -, wie schlimm die Situation in Kolumbien ist.

Du nahmst sehr exponierte Positionen in legalen sozialen Bewegungen ein. Das macht man in Kolumbien nicht mal eben so. Welche Rolle spielte dabei Deine Zugehörigkeit zur KP(ML)?

Seit ich in Medellin studierte und dort aus der Universität geschmissen wurde, trat ich mit der "Kommunistischen Partei(ML)" in Verbindung. In dieser Partei, die 1964 gegründet wurde und seither im Untergrund agiert, machte ich meine politische Laufbahn. Die KP(ML) geht davon aus, daß es in unserem Land lediglich eine formale, jedoch keine wirkliche Demokratie gibt. Es gibt es zwei Verfassungen: eine, die in Buchhandlungen verkauft wird und eine andere, welche die Militärs anwenden.

Wann bist Du in die KP (ML) eingetreten?

1971.

Hast Du immer Massenarbeit gemacht oder auch militärische?

Ich war immer im legalen Bereich aktiv: 1971/72 in der Führung der Studentenbewegung, in Kampagnen gegen die Privatisierung der Schulausbildung, bei SITRAINAGRO etc.

Welche Funktion hast Du heute in der KP(ML) bzw. im EPL?

Die KP(ML) ist eine politische Partei und orientiert bzw. führt das "Volksbefreiungsheer"(EPL), das sie 1967 als ihren bewaffneten Arm gründete. Als die "Guerillakoordination Simón Bolívar", welcher das EPL angehört, es letztes Jahr erreichte, daß die Regierung mit ihr zu verhandeln begann, wurde ich zusammen mit dem Kommandanten Diego Ruiz als Vertreter des EPL berufen.

Noch eine sehr persönliche Frage, Asdrúbal. Während Du in Tlaxcala (México) mit der Regierung verhandelt hast, wurde in Urabá Dein Bruder ermordet. Kannst Du dazu näheres sagen?

Mein Bruder hatte in dieser Region an politischen Aktivitäten teilgenommen. Deshalb wurde er inhaftiert. Als ein Flügel des EPL die Waffen niederlegte, lautete eine der Übereinkünfte mit der Regierung, daß Gefangene entlassen werden sollten. In der Liste der Freizulassenden waren zwei meiner Brüder. Im vergangenen Dezember kamen sie raus. Mein Bruder, der noch sehr jung war, hat sich in dieser kurzen Zeit seinem Privatleben gewidmet und war politisch nicht aktiv. Den Mord verstehe ich als Rache, als Preis, den er für meine Teilnahme an den Verhandlungen bezahlen mußte.

Wer ist dafür verantwortlich?

Vermutlich eine Allianz aus Regierung, Repressionskräften und den "Freunden" aus dem Teil des EPL, der 1991 die Waffen niedergelegt hat. Denn diese unternahmen alles, was in ihren Möglichkeiten stand, damit ich Ihre Linie einschlug. Ich wies dies jedoch zurück, weil ich davon ausgehe, daß es in Kolumbien keine wirklich demokratischen Bedingungen und keine sozialen Voraussetzungen gibt, die die Demobilisierung der Guerilla rechtfertigen würden.

Verhandlung erst nach Abgabe der Waffen?

Kommen wir zu den Verhandlungen. Man könnte sagen, daß der gegenwärtige Verhandlungsprozeß im Grunde damit begann, daß die Regierung Barco am 1. September 1988 inmitten einer großen Repressionswelle einen Friedensplan hervorzauberte. Er sah kosmetische Korrekturen am politischen System und die Amnestie der Guerilla vor und verlangte im Gegenzug die Waffenniederlegung. War die Guerillakoordination damals unvorbereitet und überrascht?

Zunächst einmal: die Friedensinitiative ging immer von der Guerillakoordination aus, nicht von der Regierung. So wurden 1984 auf Initiative der Guerilla zeitlich befristete und an Bedingungen geknüpfte Waffenstillstandsverträge unterzeichnet. Die Abkommen zwischen FARC, M-19, EPL und der Regierung wurden von dieser gebrochen. Sie erlaubten der Guerilla dennoch, die Szene als politische Kraft zu betreten.

Die Guerilla konnte ihr militärisches Gewicht wenigstens zum Teil in politischen Einfluß ummünzen ...

Ganz genau. Die Guerilla vertiefte ihren sozialen Einfluß in der Phase des Waffenstillstandes. Unglücklicherweise kostete uns diese Periode ziemlich viele Todesopfer. Fast alle Sprecher und Aktivisten, die sich in der Öffentlichkeit zu erkennen gaben, wurden ermordet: das betraf das EPL, FARC und Patriotische Union sowie die M-19. Dennoch bedeutete diese Phase für uns einen politischen Fortschritt. Seit damals vertrat die Guerilla das Konzept einer politischen Lösung des Konfliktes. Die Regierung suchte immer einen militärischen Sieg.

Einverstanden, aber Barco ging mit der überraschenden Friedensinitiative an die Öffentlichkeit ...

Wir haben dies als einen Vorstoß gesehen, der direkt auf die M-19 zugeschnitten war.

Wer ist in diesem Fall mit "wir" gemeint?

Die "Guerillakoordination Simón Bolívar".

... deren Mitglied die M-19 zu jener Zeit noch war ...

Stimmt. Die M-19 war in einer sehr schwierigen militärischen und politischen Situation. Nach der Erstürmung des Justizpalastes durch die Armee im November 1985 war die M-19 militärisch geschlagen. Davon konnte sie sich nie mehr erholen. Diese Initiative war so etwas wie eine lebensrettende Maßnahme für die M-19, von der sich die Regierung natürlich auch etwas versprach.

Gab es denn in der Führung der Guerillakoordination Streit darüber, wie mit dem Regierungsvorstoß umzugehen sei oder war von vorneherein klar, daß daran nur die M-19 Interesse hatte?

Innerhalb der Guerillakoordination gab es viele Diskussionen. Man einigte sich, daß keine Kraft einzeln mit der Regierung verhandeln solle.

Aber genau das hat die M-19 gemacht.

Ja, sie hatte der Regierung gegenüber schon Verpflichtungen eingegangen. Aber die M-19 sicherte der Guerillakoordination zu, daß sie lediglich den Raum für Verhandlungen schaffen werde, um dann gemeinsam mit den übrigen Organisationen weiterzuverhandeln.

Während die M-19 allein weiterverhandelte, fand der fünfte "Gipfel" der Guerillakoordination statt. Was wurde da beschlossen?

Die M-19 nahm daran nicht teil, schickte jedoch ein Dokument, in dem sie zusicherte, alle Ergebnisse dieser Versammlung zu akzeptieren. Man einigte sich darauf, mit der Regierung zu sprechen, aber nur gemeinsam.

Im März 1990 legte die M-19 endgültig die Waffen nieder. Aber sie blieb ja nicht allein. Auch andere Gruppen wie Qunitín Lame, PRT und auch Deine Organisation, das EPL, begannen im Windschatten der M-19 Gespräche mit der Regierung zu suchen - und zwar jeweils für sich! Daraus schließe ich, daß es nicht nur bei der M-19 den Widerspruch gab zwischen einer "harten Position", die verbal vertreten wurde und der Bereitschaft Zugeständnis zu machen, die in der Praxis nahezu keine Grenzen kannte. Beschlüsse der Guerillakoordination hin oder her.

Es gelang der M-19 im Zusammenwirken mit der Regierung eine Menge Hoffnungen und Erwartungen zu wecken. Viele hatten die Illusion, daß die Regierung genügend Garantien dafür gäbe, daß man ein legales politisches Projekt aufbauen könne, daß in Konfrontation gegen das Regime gehen könne.

Was mir auffällt: auch die anderen sprachen jeweils individuell mit der Regierung, trotz anderslautender Beschlüsse!

Man einigte sich in der CGSB darauf, daß alle individuell Kontakt mit der Regierung suchen könnten, daß der Beginn der Verhandlungen jedoch kollektiv erfolgen sollte. Als Bernardo Gutiérrez dann im Namen des EPL nach der Kontaktaufnahme mit der Regierung bereits Verhandlungen begann, verließ er die vereinbarte Linie. Der Chefkommandant des EPL, Francisco Caraballo, mußte daraufhin in einem Dokument darauf hinweisen, daß dies lediglich die Position von B. Gutiérrez, jedoch nicht des EPL als Organisation war.

Wann wurde denn für Dich deutlich, daß sich innerhalb des EPL zwei völlig verschiedene Linien herauskristallisierten? Die Leute um Gutiérrez wollten im Stile der M-19 die Waffenabgabe gegen Legalisierung eintauschen; der Flügel um Caraballo hingegen wollte über tiefgreifende soziale und politische Umwälzungen verhandeln.

Das wurde im Januar, Februar 1990 deutlich, als Gutierrez in der Praxis die Bedingungen der Regierung zu akzeptieren begann.

Gutiérrez vertrat seine Position zunächst ja nicht öffentlich. Woran wurde deutlich, daß er bereits auf einem ganz anderen Dampfer war?

Er begann von der Konzentration der Kämpfer in bestimmten Zonen zu reden. In versteckter Form begann er die Demobilisierung zu vertreten, indem er beispielsweise behauptete, der bewaffnete Kampf, der sich auf die Campesinos stütze, sei isoliert. Man müsse die bewaffneten Strukturen auf dem Land auflösen und statt dessen in der Stadt neue bewaffnete Strukturen aufbauen.

Wo wurde über diese Dinge diskutiert? In der Führung von Partei und EPL, oder auch an der Basis?

Zuerst auf einer Versammlung, die Anfang 1990 in Bogotá durchgeführt wurde. Danach begann Gutiérrez im Lager Pueblo Nuevo, Urabá, die Kämpfer zu konzentrieren. Dort war eine der stärksten EPL-Fronten.

Du sagst, daß im Januar/Februar 1990 sich schon abzeichnete, ich nehme an, für die Führung von KP(ML) und EPL, wohin die Strömung um Gutiérrez wollte. Warum wurde das in der Partei und an der Basis des EPL nicht offen diskutiert?

Es gab eine gewisse Unachtsamkeit, was die Kontrolle der Organisation betraf. Man vertraute zu sehr darauf, daß Gutiérrez die Leute nicht täuschen könnte. Wir schenkten der Arbeit mit der Basis nicht genügend Aufmerksamkeit und als wir es machten, merkten wir, daß Gutiérrez die Auflösung schon weit vorangetrieben hatte. Außerdem wurde die Unterstützung unterschätzt, die er von der M-19 und der Regierung hatte.

Was ich nicht nachvollziehen kann: Wenn sich das alles schon seit Beginn 1990 so abzeichnete, wie Du sagst, warum veröffentlichte Caraballo dann noch Ende April einen gemeinsamen Brief mit Gutiérrez, in dem sie Presseveröffentlichungen als völlig falsch zurückwiesen, die über eine sich anbahnende Spaltung des EPL an der Verhandlungsfrage berichteten?

Wir glaubten einfach, daß wir das Problem in einer internen Diskussion hätten lösen können. Da die Führung die Positionen von Gutiérrez mehrheitlich ablehnte, glaubten wir, daß er sich der Mehrheitsentscheidung unterordnen werde.

Ich nehme an, daß sich natürlich auch die Basis des EPL fragte, ob man nach der Waffenabgabe von M-19 und anderen nun auch die Waffen strecken sollte oder nicht. Da kann ich nicht verstehen, daß diese Diskussion, die ja durch zwei deutlich unterschiedliche Linien polarisiert war, nicht an die Basis verwiesen wurde. Während Gutiérrez dort längst für seine Ideen warb, dachtet ihr immer noch an eine Regelung auf höchster Ebene.

Um Schaden von der Guerillakoordination abzuwenden, mußten wir auf eine härtere Konfrontation mit Gutiérrez verzichten. Es kommt noch dazu, daß diese Strömung ihre Position nicht offen vertrat. Während sie die Guerilla von der Basis her auflösten, stimmten sie in Sitzungen der Führungsgremien immer noch der Möglichkeit einer Verhandlungslösung im Sinne der Guerillakoordination zu.

Kannst Du kurz zusammenfassen, warum ihr, damit meine ich auch FARC und ELN, nicht mit der Linie derjenigen einverstanden wart, die 1990/91 die Waffen niederlegten?

Für uns, die CGSB, ist klar, daß der bewaffnete Kampf in Kolumbien politische und soziale Ursachen hat: u.a. die Armut, die politische Ausgrenzung der Bevölkerungsmehrheit und die gewalttätige Form der Machtausübung durch die herrschenden Eliten. Die Verhandlungen müssen also darauf abzielen, diese Ursachen zu beseitigen, erst dann kann auch der bewaffnete Kampf eingestellt werden, der sich ja gerade zur Aufgabe gemacht hat, die Verhältnisse zu verändern. Sich einfach zu ergeben, ohne daß wir etwas dafür bekommen, löst die Probleme unseres Landes in keiner Weise.

Die Verhandlungen

Mir scheint es so, daß die CGSB 1990/1991 nach der Waffenniederlegung einiger Gruppen, der Verfassungsreform und der Regierungsübernahme durch Präsident Gaviría innenpolitisch nahezu total isoliert war. Dazu kamen der Zusammenbruch des "realen Sozialismus" und die Friedensverhandlungen in Mittelamerika. War die Verhandlungsinitiative der Guerilla in dieser Situation die verzweifelte Flucht nach vorne, um wieder politischen Spielraum zu gewinnen?

Jene politische Konstellation, die Du zutreffend charakterisierst, war für unseren Vorstoß nicht ursächlich verantwortlich. Wir hielten es jedoch in diesem Moment für sehr angebracht, die Verhandlungsinitiative aufzugreifen und diese Idee voranzubringen. Denn es gab eine heftige Propaganda gegen uns, die Sozialdemokratie wurde sehr aktiv und es gab eine verbreitete Illusion, mit der bloßen Demobilisierung einen demokratischen Ausweg aus der Krise zu finden.

Hat die Guerillakordination ihr Verhandlungsprojekt als Gegenpol zur politischen Modernisierungsoffensive des herrschenden politischen Systems verstanden?

Nein, zunächst nicht. Wir verlangten ja, mit eigenen Delegierten an der Verfassungsgebenden Versammlung beteiligt zu sein. Als das abgelehnt wurde, die Armee das Hauptquartier der FARC angriff und die Guerilla als Antwort eine Offensive durchführte, betonten wir, daß es keine Lösung der gesellschaftlichen Konflikte ohne die Guerillakoordination geben könnte. Deshalb schlugen wir Verhandlungen vor.

Hat die Guerillakoordination ein Konzept, das ein Globalabkommen im Stile El Salvadors vorsieht: mit Waffenstillstand, tiefgreifenden Reformen und schließlich der Waffenübergabe der Guerilla, die dann auf der politischen Ebene weiter für ihre Ziele kämpft?

Die Guerillakoordination hatte zu keinem Zeitpunkt die Niederlegung der Waffen oder die Demobilisierung als Teil dessen gesehen, was zur Verhandlung steht. Wir wollen Abkommen, um die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und militärischen Ursachen zu überwinden, welche zur bewaffneten Konfrontation führten. Erst wenn diese überwunden sind, wäre der bewaffnete Kampf nicht mehr nötig und kann deshalb aufhören.

Das ist eine Strategie, die im Grunde derjenigen von 1984 ähnelt: Dialog, Waffenstillstand, die Guerilla behält die Waffen, während die Gespräche um tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzungen weitergehen. Die Guerilla versucht auf diese Weise ihr politisches und vielleicht sogar auch ihr militärisches Gewicht zu erhöhen. Dann geht der Kampf auf einer höheren Stufe weiter.

Damit hast Du unsere Position gut interpretiert. Wenn wir Abkommen erzielen, welche die Demokratisierung des Landes vorantreiben und wenn es sich zeigt, daß der bewaffnete Kampf nicht mehr die einzig wirkungsvolle Form ist, um unseren Zielen näherzukommen, dann kann der bewaffnete Kampf verschwinden. Aber das ist ein gradueller Prozeß, der eng mit der politischen und sozialen Transformation des Landes zusammenhängt.

Dann ist das eine sehr langfristige Sache. Denn realistisch gesehen wird z. B. die wirtschaftliche Ungerechtigkeit nicht so schnell verschwinden.

Richtig. Wir fordern aber nicht, daß auf einen Schlag alles geändert werden muß. Eine wirkliche Demokratisierung ist für uns grundlegend. Das heißt, daß wir legal Politik machen können, ohne das Risiko, daß sie uns umbringen. Weiter, daß die Wirtschaftspolitik die breiten Mehrheiten begünstigt und nicht, wie jetzt, die ohnehin reiche Minderheit und die multinationalen Konzerne. Die Entmilitarisierung des Alltagslebens und der sozialen Konflikte sind ebenso von fundamentaler Bedeutung. Denn gegenwärtig greifen Polizei oder Armee sofort in jeden Streik ein. Unter diesen Umständen kann man ohne Todesrisiko keine demokratische Politik entfalten. Hier behält der bewaffnete Kampf seine Gültigkeit. Die Sicherheitsapparate müssen umstrukturiert werden und die Armee muß die "Doktrin der nationalen Sicherheit" aufgeben, die den Kampf gegen den "inneren Feind" vorsieht.

Kommen wir zu den Gesprächsrunden, die im Juni 1991 begannen. Warum nahmen keine Vertreter der Armee teil?

Wir haben immer gefordert, daß an den Gesprächen nicht nur Regierung und Guerilla, sondern alle sozialen Sektoren teilnehmen sollen, auch die Militärs. Wenn die Militärs nicht zustimmen, ist die Pazifizierung des Landes unmöglich.

Das scheint mir auch logisch. Denn welchen Sinn haben Verhandlungen, an denen der gegnerische militärische Apparat nicht dabei ist?

Das sehen wir auch so. Wir wollen aber mehr: Der Prozeß muß entmilitarisiert werden. Denn es geht im Kern nicht um den Konflikt zwischen zwei ausschließlich militärischen Gegnern, sondern um eine soziale Auseinandersetzung. Deshalb müssen unserer Meinung nach alle sozialen Sektoren an den Verhandlungen teilnehmen, für ihre Forderungen kämpfen und die Abkommen tragen. Sonst wird es kaum möglich sein, einen Frieden mit sozialer Gerechtigkeit zu erreichen.

In wenigen Worten: Was waren für Dich die wichtigsten Ergebnisse von Caracas I?

Wir schafften es, die Regierungsblockade aufzubrechen, die bis dahin als einzigen Weg die militärische Lösung ansah. Wir einigten uns auf eine Tagesordnung, auf weitere Gespräche ohne Vorbedingungen, wobei die Guerillakoordination als kollektiver Partner anerkannt wurde. Wir ventilierten die Notwendigkeit, daß

weitere Sektoren sich beteiligten. Einige waren in Caracas. Am Rande der offiziellen Gespräche trafen wir uns mit Industriellen, humanitären Organisationen, Gewerkschaftsleuten etc.

Im November, bei Caracas II, sprach man auf Drängen der Regierung nahezu ausschließlich über den Waffenstillstand. Man identifizierte 16 Teilaspekte des Problems, konnte im Konkreten jedoch lediglich den Dissens festschreiben. Warum?

Wir gingen von zwei völlig unterschiedlichen Ausgangspunkten aus: Die Regierung sah das Ganze als eminent militärisches Problem, deshalb war für sie ein Waffenstillstand das zentrale Ziel. Die Guerilla sah die Notwendigkeit, über soziale Themen zu diskutieren. Als wir das Anliegen der Regierung akzeptierten, über den Waffenstillstand zu reden, gab es Differenzen. Die Regierung versuchte den Waffenstillstand mit Bedingungen zu verknüpfen, die ihr politische und militärische Vorteile gebracht hätten. In dieser Frage konnten wir zu diesem Zeitpunkt keinerlei Konzessionen machen, schon gar keine militärischen. Die Regierung forderte unsere Konzentration an bestimmten Punkten. Das hätte der Armee militärische Vorteile gebracht und überdies hätten wir die Bevölkerung in den geräumten Zonen der Gnade der Armee und der Paramilitärs ausgeliefert. Wir sind weder politisch noch militärisch besiegt, deshalb konnten wir dies nicht annehmen. Solange die paramilitärischen Gruppen nicht aufgelöst sind und die Offensive gegen die Hauptquartiere der Guerilla nicht eingestellt wird, halten wir das Waffenstillstandsangebot der Regierung nicht für ernsthaft.

Bewertest Du Caracas II unter dem Strich deshalb als Fehlschlag?

Nein, diese Runde war sehr wichtig. Es gelang uns, die Erwartung der Regierung aufzubrechen, sie könnte uns so behandeln, wie die anderen Gruppen, welche die Waffen ohne größere Gegenleistung niedergelegt hatten. Beide Seiten waren sich darüber im Klaren, daß der Prozeß sehr kompliziert ist und daß wir keine schnellen Lösungen erwarten können. Diese Runde trug auch dazu bei, daß die Verhandlungen in Kolumbien von weiteren Kreisen als wichtig eingeschätzt und unterstützt wurden. Die Verhandlungen wurden nun als wirkliche Alternative gesehen.

Die dritte Runde wurde mehrmals verschoben. Gab es neben externen Faktoren - dem Putsch im Gastgeberland Venezuela - auch interne Faktoren? Signalisierte die mehrmalige Verschiebung bereits eine verhärtete Regierungsposition?

Für die Verzögerung gab es mehrere Gründe: Die Regierungsdelegation geriet in eine Krise, ihre Zusammensetzung wurde geändert und mit Dr. Serpa Uribe ein neuer Leiter bestellt. Die Guerillakoordination wollte erst ihren "sechsten Gipfel" durchführen, um die Ergebnisse von Caracas gemeinsam zu analysieren und die weitere Gesprächsstrategie festzulegen. Der versuchte Putsch in Venezuela führte dazu, daß zunächst kein geeigneter Ort für das nächste Treffen zur Verfügung stand.

Die dritte Runde, die vom 10. März - 4. Mai schließlich in Tlaxcala (México) stattfand, hatte zwei Seiten: Einem für die Guerilla sehr positiven Beginn folgte ein negatives Ende. Zunächst zur Diskussion über die Wirtschaftspolitik: Welches Echo rief diese Diskussion im Land hervor?

Die Wiederaufnahme der Gespräche war nicht nur für die Guerilla, sondern für das ganze Land sehr positiv. Denn in der Debatte über die Politik der wirtschaftlichen Öffnung und ihre sozialen Folgen trafen sich die Interessen des Landes mit denen, die in Tlaxcala verhandelten. Auch die Teilnahme von Wirtschaftsspezialisten - Verteidigern und Kritikern der Regierungspolitik - an unserer Diskussion war sehr wichtig. Auf diese Weise wollten wir klären, ob die neoliberale Politik positiv oder negativ ist. Die reaktionären Teile der Bourgeoisie, die Presse und die Militaristen fielen über den Leiter der Regierungsdelegation her, weil er sich mit uns auf diese Diskussion überhaupt eingelassen hatte. Auch mächtige Unternehmergremien, die zum Teil gegen die Regierungspolitik eingestellt sind, kritisierten die Regierung, weil sie sich immer geweigert hatte, mit ihnen über dieses Thema zu reden, während sie nun der Guerilla gegenüber Rechenschaft ablegte. Das brachte die Regierung in eine sehr komplizierte Lage.

Mit diesem Thema gelang es in den Verhandlungen erstmals, zum Zentrum der Probleme des Landes vorzudringen. Das blieb niemandem verborgen. Deshalb scheint es mir auch nicht verwunderlich, daß es so viel Aufregung darum gab.

Das war sehr positiv. Aber die Gegner einer politischen Lösung versuchten hier anzusetzen und den Prozeß zu sabotieren. Es gelang ihnen auch. Denn schon am am Tag nach Beginn dieser Diskussion suchte die

Regierungsseite vielerlei Ausflüchte, um die Debatte wieder abzubrechen. Sie dauerte kaum drei Tage und lediglich die regierungsnahen Spezialisten waren zu Wort gekommen, als sie endete.

Hier kommen wir zur negativen Seite von Tlaxcala. Nach der Entführung konservativen Ex-Ministers Dr. Durán Quintero durch eine Front des EPL, Deiner Organisation, unterbrach die Regierungsseite die Unterredungen und fuhr schließlich einfach nach Hause. Deutete sich das schon vorher an?

Aus Regierungssicht zeichnete sich die Notwendigkeit der Suspension der Gespräche in dem Moment ab, als im Land die heftige Kritik an ihrer Verhandlungstaktik laut wurde. Zuerst reagierte die Delegation sehr wütend auf ein kritisches Papier, das wir zur neoliberalen Wirtschaftspolitik der Regierung veröffentlicht hatten, dann forderten sie die eintägige Aussetzung der Runde und schließlich verbanden sie die Fortführung der Gespräche mit der Bedingung, daß Durán Quintero freigelassen werde.

Meinst Du, daß der Tod von Durán Quintero, der tags darauf bekannt wurde, nur ein Vorwand für den Rückzug war?

Das war ein Vorwand, der überdimensional aufgeblasen wurde.

Aber einen besseren Vorwand konnte man ihnen auch nicht liefern. Warum hat denn das EPL den Ex-Minister überhaupt entführt?

In der Information für die Kommandantur hieß es, daß es keine Entführung war, sondern eine politische In-Gewahrsam-Nahme (retención política) für zwei oder drei Tage, um mit diesem Herrn über die Militarisierung und die Repression in der Gegend von Santander und besonders von Catatumbo zu sprechen. Man hatte vor, ihn zwei oder drei Tage später wieder zu übergeben. Aber die massive Militärpräsenz verhinderte seine sofortige Freilassung, als diese Gespräche beendet waren. Zwei Genossen, die losmarschiert waren, um Möglichkeiten auszukundschaften, wurden von den Sicherheitskräften gefangengenommen, ermordet und verbrannt.

Das Thema Gefangene und Entführte war bereits in Caracas II ein sehr kontroverses Thema. Wie viele Soldaten und Zivilisten hat denn die Guerillakoordination überhaupt in ihren Händen?

Es ist schwierig, genaue Zahlen für die ganze Guerillakoordination zu nennen. Ich kann etwas zum EPL sagen ...

... gut, dann reden wir über das EPL.

Wir hatten zwei. Den besagten Durán Quintero und Norberto Morales Ballesteros. Durán Quintero starb tragischerweise an einem Herzversagen. Norberto Morales Ballesteros wurde ein Volksprozeß gemacht. Er wurde dazu verurteilt, einen großen Teil seines Geldes, das er aus öffentlichen Mitteln zur Seite gebracht hatte, für Zwecke der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Außerdem muß er zugunsten der Guerillakoordination eine Kriegssteuer entrichten. Danach wurde er freigelassen.

Aber das EPL ist nicht die einzige Organisation, die auf diese Aktionsform zurückgreift. Warum entführt die Guerilla überhaupt Leute, wenn dies doch an sich schon sehr schwer von kriminellen Aktionen zu differenzieren ist. Um so mehr, als in Kolumbien massenhaft Leute entführt werden.

In Kolumbien haben sich Entführungen in ein Geschäft verwandelt. Deshalb ist es ja auch so schwierig exakte Zahlen über die Personen zu erhalten, die sich in Händen der Guerilla befinden.

Aber genau daraufhin zielt doch meine Frage! Wie kann denn die Guerilla, gerade in dieser Situation, in der die Mafia mit Entführungen Riesengeschäfte macht, diese Aktionsform anwenden?

Vor allem, um ökonomische Forderungen durchzusetzen. Denn die Revolution kostet viel Geld und es sollen sie diejenigen finanzieren, die auch das Geld haben. In anderen Fällen als Sanktionsmaßnahme gegen Industrielle oder hohe Staatsbeamte, wegen Korruption oder Diebstahl zu Lasten öffentlicher Gelder. Und auch als Mittel zur politischen Agitation, oder um mit einflußreichen Personen in bestimmten Regionen konkrete Probleme zu lösen. Es kommt auch vor, daß die Bevölkerung in einem bestimmten Gebiet mit dieser Forderung an uns herantritt, wenn sie sich gegen lokale Despoten nicht mehr anders zu helfen weiß.

Glaubst Du nicht, daß diese Aktionsform an sich schon die Gefahr in sich birgt, zum Banditenunwesen zu degenerieren oder vom politischen Gegner ausgeschlachtet zu werden?

Es stimmt, dabei handelt es sich um eine zweischneidige Waffe. Das ist eine sehr komplizierte Sache: manchmal ist ihr Einsatz nur schwer zu rechtfertigen und manchmal kann man sie kaum ablehnen.

Sei es, wie es sei. Schlußendlich hat die Entführung von Durán Quintero nicht nur das Klima in Tlaxcala völlig verändert, sondern auch die Themen. Denn die Regierung beharrte darauf, wieder über Entführungen und Waffenniederlegung zu reden. Es gelang der Regierung von der für sie sehr unangenehmen Wirtschaftsdebatte abzulenken.

Das ist richtig, aber man darf nicht übersehen, daß dieses Resultat von der EPL-Front "Livardo Mora Toro" nicht gewünscht war. Unglücklicherweise passierte es und torpedierte den Verhandlungsprozeß. Die Regierung machte es sich zunutze.

Nach Vermittlung durch die katholische Kirche kam die Regierungsdelegation schlußendlich wieder nach Tlaxcala zurück, auf dem Verhandlungstisch bewegte sich jedoch nichts mehr. Man einigte sich darauf, die Gespräche bis zum 31. Oktober auszusetzen. Wie schätzt Du die dritte Runde insgesamt ein?

Es gelang uns aufgrund dieses Vorfalls letzlich nicht, die Wirtschaftspolitik der Regierung zu diskutieren und damit die übrigen sozialen Sektoren an den Verhandlungsprozeß zu binden. Das ist sehr negativ.

Ein klassisches Eigentor!

Ja. Aber es gibt auch positive Momente. Als die Regierung begann Bedingungen zu stellen, gelang es der Guerillakoordination dagegen einheitliche Kriterien zu entwickeln und auch durchzusetzen. In diesem Prozeß sind bisher zwei Seiten involviert, wir hoffen, daß es in Zukunft viele sein werden. Allen Übereinkünfte müssen deshalb beide Seiten zustimmen und nur beide Seiten gemeinsam können ihre Veränderung beschließen. Eine Seite allein kann nicht einfach ihre Position durchsetzen. Nur so kann ein ernsthafter Dialog stattfinden. Dazu kommt die internationale Überwachung, die wir für erforderlich halten, damit nachvollziehbar ist, wer bereit ist, sich an die getroffenen Vereinbarungen zu halten und wer nicht.

Welche Bedeutung hat die Einbeziehung der Kirche und des Kongresses?

Das sind zwei außerordentlich wichtige Elemente. Die Kirche hat in der Gesellschaft großen Einfluß und Teile der Kirche arbeiten sehr eng mit den Volksorganisationen zusammen, deshalb wünschen wir ihre Teilnahme am Dialog. Das Parlament ist die Instanz, die letztlich die Gesetze verabschiedet, die notwendig sind, um jedwedes Abkommen in die Praxis umzusetzen. Deshalb wollen wir es direkt einbeziehen.

Eine abschließende Einschätzung: meinst Du, daß die Regierung ernsthaft verhandeln, also Zugeständnisse machen will? Oder will sie lediglich, daß ihr die Waffen abgebt, wie andere zuvor?

Sie wollen, daß wir uns ergeben. Sie wollen unsere Waffen, so billig wie möglich. Deshalb befürchten wir, daß der Prozeß scheitern kann, wenn er nur zwischen Regierung und Guerilla stattfindet. Nur die Beteiligung anderer Sektoren kann die Verhandlungen retten und positive Ergebnisse zeitigen. Aus diesem Grund waren für uns die Gespräche mit dem Präsidenten des Senats so wichtig.

In den letzten Wochen verschärfte sich der Krieg und die Menschenrechtsverletzungen nahmen zu, während die sozialdemokratisch-populistische "Demokratische Aktion M-19" weiter geschwächt wurde. Die Konfrontation spitzt sich auf allen Ebenen zu und demokratische Spielräume werden geringer. Haltet Ihr unter diesen Bedingungen eine politische Lösung des Konflikts für möglich?

Alles hängt davon ab, ob wir die ganze Gesellschaft an dem Prozeß beteiligen können oder nicht. Hier liegt der Schlüssel für Erfolg oder Mißerfolg. Die Regierung hat eine Kriegsstrategie, die "Operación tricolor 90", die im Dezember 1990 mit dem Angriff auf das Hauptquartier der FARC begann und zum Ziel hat, der Führung der FARC einen Schlag zu versetzen. Wenn diese Operation, die kurz vor ihrem Abschluß steht, scheitert, wird es für die Regierung sehr schwer sein, ihre Kriegsstrategie weiter durchzuführen. Noch ein Punkt: Die Regierung Gaviría hat sehr viel an Ansehen verloren. Für den Präsidenten ist es natürlich wesentlich einfacher, die Idee eines Friedens als einer Fortführung des Krieges zu verkaufen.

In welchem Zeitraum haltet Ihr eine neue Runde für möglich?

In zwei, drei Monaten wird diese Militäroperation beendet sein. Danach wird es andere Bedingungen geben. Vor dem 31. Oktober wird es schwierig, aber letztlich ist alles möglich. Denn es gibt zum Beispiel eine breite Debatte im Parlament, in der die Wiederaufnahme des Dialogs gefordert wird.

Wirst Du wieder dabei sein?

(Lacht) Ich bin auf der entsprechenden Liste schon vorgemerkt.

Die Politik des "Volksbefreiungsheeres" (EPL)

Im Juli 1990 spaltete sich das 1967 gegründete EPL. Der Streit wurde scheinbar um unterschiedliche Ansichten über die innerorganisatorische Demokratie geführt. Ich denke, daß es in Wirklichkeit jedoch um die völlig unterschiedliche Schlußfolgerungen ging, wie mit dem Gesprächsangebot der Regierung umzugehen sei. Warum legten Deiner Meinung nach etwa 2000 Guerillas, die Mehrheit des EPL, die Waffen nieder?

Es war nicht die Mehrheit. Sie blähten ihre Zahlen auf, indem sie in letzter Minute einfache Campesinos rekrutierten. Es schlossen sich ihnen auch Leute an, die lediglich in den Genuß finanzieller Zuwendungen kommen wollten, welchen den Ex-Guerillas versprochen wurden. In Wirklichkeit hatte Gutiérrez etwa 40% der EPL-Mitglieder hinter sich. Alle EPL-Strukturen blieben jedoch intakt. Heute hat sich das EPL wieder erholt und wächst schneller als vorher.

Aber warum hat der Gutiérrez-Flügel die Waffen abgegeben?

Sie waren ideologisch am Ende. Sie hatten die Perspektive im revolutionären Kampf verloren. Mit einer sozialdemokratischen Konzeption wollten sie sich in das Establishment eingliedern und hofften auf Vorteile. Heute sind lediglich noch die Führungsmitglieder dieses Flügels mit dem System in enger Beziehung. Die Basis hat sich entweder wieder in das EPL reintegriert, andere arbeiten leider mit den Paramilitärs zusammen oder verwandelten sich in kriminelle Banden.

Zum Stichwort "ideologische Niederlage": Welche Rolle spielte dabei der Zusammenbruch in Osteuropa und besonders die Vorgänge in Albanien?

Eine wesentliche Rolle! Er demoralisierte die einen und erlaubte anderen, ihre Positionen öffentlich zu vertreten, die sie schon vorher innehatten.

Ist es richtig, daß Führungsmitglieder Deiner Organisation Albanien besucht hatten und auch selbst erlebten, wie die KP-Herrschaft dort zusammenbrach?

Nun, es stimmt, daß einige Genossen Albanien kannten und dort auch eine gewisse Zeit verbrachten. Aber auch diese Kader spalteten sich: Ein Teil demobilisierte sich, während andere weiter in der Organisation blieben.

Aber die Vorfälle in Albanien waren politisches Streitthema?

Natürlich wurden sowohl die Vorgänge in Osteuropa als auch in Albanien in der Partei diskutiert. Schon in den sechziger Jahren diskutierte die Partei über Osteuropa und sah dort Bürokratisierung, Auflösungserscheinungen und eine Abweichung vom Weg zum Sozialismus. Dennoch war man der Meinung, daß in Albanien noch einige Prinzipien bewahrt wurden, die für den Aufbau des Sozialismus wichtig sind.

Auf welchem innerparteilichen Niveau wurde darüber debattiert?

In allen nationalen und regionalen Führungsgremien und auch in Zellen an der Basis. Dabei spielte die Zeitung eine Rolle. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, daß unsere Militanten vielfach Analphabeten sind. Für sie sind all diese Veränderungen sehr schwierig zu verstehen, vor allem Dinge, die sehr weit von ihrer Realität entfernt sind. Deshalb ist es häufig so einfach, sie zu manipulieren, für die eine oder die andere Seite.

Mir scheint es so, daß die politisch-ideologische Debatte darüber, welche Schlußfolgerungen nun aus dieser Lage zu ziehen seien, hauptsächlich auf Führungsebene stattfand und daß es dort zu einer Spaltung kam. Die Strömung um Gutiérrez konnte an der Basis viele Anhänger um sich sammeln, ohne daß diese jedoch an dieser politischen Debatte selbst teilgenommen hätte. Stimmt dieser Eindruck?

In gewisser Weise hast Du recht. Die Diskussionsbedingungen für eine Organisation, die im Untergrund arbeitet, sind sehr begrenzt. Die Zeitung kann nur illegal zirkulieren. Es ist sehr schwierig, breit zu diskutieren und so beschränkt sich die Debatte oft auf kleine Zirkel. In letzter Zeit gab es Fragen und Debatten über Albanien, aber es fehlte die nötige Klarheit. Die Beziehungen wurden nicht abgebrochen. Dies diente den Liquidatoren als Vorwand. Sie sagten, nun sei alles gelaufen, die letzte Bastion sei gefallen etc., nun müßten wir einen anderen Weg einschlagen.

Letztlich haben nicht nur einige Führungskader sondern auch viele, Du sagst 40%, der Parteimitglieder und Guerillas die Waffen abgegeben.

Von den Parteimitgliedern waren es wenige, die Parteistrukturen blieben fast in allen Regionen intakt. Den größten Schaden hatten wir im EPL, wobei nicht alle EPL-Guerillas notwendigerweise Parteimitglieder sind! Urabá war die Ausnahme. Dort gingen nicht nur die EPL-Kämpfer, sondern auch Parteimitglieder und Führung.

Urabá war immer die Hochburg des EPL ...

Aber die Basis kommt ins EPL und in die Partei zurück, weil sie von den Führern der Spaltung enttäuscht sind. Diese sind heute entweder Staatsbürokraten oder arbeiten für die Besitzer der Bananenplantagen. Sie haben sogar mit dem staatlichen Sicherheitsdienst D.A.S. (wesentlich mitverantwortlich für Menschenrechtsverletzungen, Anm. Al.) vereinbart, daß Ex-Guerillas als Leibwächter und Wachleute für die Bananenplantagen ausgebildet werden.

Wie viele Fronten hat das EPL gegenwärtig?

Vierzehn.

Und wieviele Guerillas?

Nun, da kann man keine exakten Zahlen angeben, zumal die Fronten schnell wachsen. Ich kann das an einigen Beispielen verdeutlichen: an der "Front Livardo Mora Toro" blieben nach der Spaltung von vorher 130 Guerillas etwa 60 übrig. Heute kämpfen dort mehr als 200. In Urabá blieben nach der Spaltung lediglich 10 übrig, heute hat diese Front ungefähr 120 Leute. Überhaupt ist das mit diesen Zahlen so eine Sache. Denn es ist in Kolumbien wesentlich einfacher, eine Guerillafront aufzubauen als eine Gewerkschaft. Für die Guerillagruppe brauchst Du nur Waffen und die Leute ziehen mit. Um eine Gewerkschaft aufzubauen, mußt Du viel Überzeugungsarbeit machen, mußt Du in der Legalität aus der Illegalität heraus arbeiten und läufst jederzeit Gefahr, daß sie Dich an der nächsten Ecke umbringen. Im Gegensatz dazu die Guerilla: Kolumbien hat eine lange Tradition des Guerillakrieges, letztlich 150 Jahre. Die Leute ziehen es vor, mit der Waffe in der Hand im Gefecht zu sterben, als sich hinterrücks in einer legalen Aktion ermorden zu lassen.

Das EPL hat immer für die Machtübernahme und den Aufbau eines sozialistischen Systems gekämpft. Darin unterschied sich das EPL lange Jahre von der FARC, dem militärischen Arm der an Moskau orientierten KP. Gilt das immer noch?

Dafür kämpfen wir immer noch. Wir meinen, daß die Völker das Recht haben, für eine bessere Welt zu kämpfen und daß diese bessere Welt im Sozialismus verwirklicht werden kann. Jedoch in einem anderen Sozialismus, als in Osteuropa.

In einem Brief, den die Guerillakoordination unlängst an den Kongreß richtete, werden die Ziele wesentlich moderater formuliert: dort steht nichts von Sozialismus oder Zerstörung des herrschenden Systems, sondern von einer wirklichen Demokratie, gesicherten Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit. Ist die Guerillakoordination eine Art "bewaffneter Sozialdemokratie"?

(Lacht). Nein, nein. Wir haben keine sozialdemokratische Konzeption. Im gegenwärtigen Moment ist aufgrund nationaler und internationaler Bedingungen ein revolutionärer Triumph, so wie wir in gerne wollten, kaum möglich. Es ist jedoch unserer Meinung nach möglich, die Bedingungen für ein demokratisches System mit sozialer Gerechtigkeit zu schaffen, welches die Fortsetzung des Kampfes für weitere Phasen der Revolution ermöglicht.

Vielen Dank für das Gespräch.

Albert Sterr (Nürnberg, 21.6.1992)

29. Jugoslawische Lösung

Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:37

Im letzten ak vertritt Heinz aus Bielefeld die Auffassung, die Suche der Politiker Bosnien-Hercegovinas und Makedoniens nach einer "jugoslawischen Lösung" sei in erster Linie von der deutschen Bundesregierung durchkreuzt worden. (1) Ähnlich hatte Heinz schon vor einigen Monaten in einem Artikel zu Makedonien die Dinge dargestellt. (2) Auffallend ist, daß der Autor unter den Faktoren, an denen eine "jugoslawische Lösung" gescheitert sei, die serbische Politik überhaupt nicht erwähnt. Im gleichen Tenor hatte er schon vor einigen Monaten behauptet, es seien "Bonn, Zagreb und Ljubljana", die Makedonien wider dessen Willen zur Unabhängigkeitserklärung getrieben hätten. Von Belgrad kein Wort. Da haben sogar serbische Politiker heute schon eine etwas selbstkritischere Sichtweise.

Wie Heinz zutreffend schreibt, hatten sich Bosnien-Hercegovina und Makedonien 1991 partiell mit der Bundesregierung von Ante Markovic zusammengetan, um angesichts der angekündigten Sezession Sloweniens und Kroatiens für einen Zusammenhalt Jugoslawiens auf erneuerter Basis einzutreten. Jedoch, so der Autor: "Die von Deutschland gegenüber den anderen EG-Staaten durchgepeitschte Anerkennungspolitik gegenüber Kroatien und Slowenien hat der Politik der Regierung Izetbegovic die Grundlage entzogen. Der Unterstützung, die die beiden reichsten Republiken durch Deutschland erfuhren, hatte das Gespann Bosnien/Mazedonien/Markovic-Regierung nichts gleichwertiges entgegenzusetzen. Vor allem die deutsche Regierung hat deren Bemühen um einen Erhalt einer jugoslawischen Föderation immer wieder erfolgreich bekämpft, indem diese als serbisch dominiert diffamiert wurde. Die Versuche des Dreiergespanns, im Sommer 1991 die Initiative in der jugoslawischen Frage zu übernehmen, wurden vor allem von Deutschland abgeblockt, dem es darauf ankam, die Regierungen in Zagreb und Ljubljana aufzuwerten."

Leider bleibt Heinz bei seiner Beschreibung dieser Dinge seltsam kurz und ungenau, obwohl er sich ansonsten in seinem Artikel, wie schon in dem zu Makedonien, als sehr sachkundig und detailfreudig zeigt. Worin das Bemühen des "Dreiergespanns" eigentlich konkret bestand und wodurch es von Deutschland abgeblockt wurde, ist dem Artikel nicht zu entnehmen. Außerdem leidet der Text, soweit es um die "jugoslawische Lösung" geht, darunter, daß der Autor überhaupt nicht erklärt, wann eigentlich was geschah. Die Angabe "im Sommer 1991" ist viel zu allgemein. Durch diese Ungenauigkeit geht dann auch verloren, daß in zeitlicher Abfolge Entwicklungen stattfanden, so daß sich die Voraussetzungen und Konsequenzen bestimmter politischer Optionen innerhalb kurzer Zeit sehr veränderten.

Im Prozeß der Suche nach einer politischen Lösung der jugoslawischen Krise müssen grundsätzlich zwei Zeitabschnitte auseinandergehalten werden: vor der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens, und danach; und ebenso: vor dem militärischen Eingreifen der Bundesarmee und danach. Diese Ereignisse, Ende Juni/Anfang Juli 1991, veränderten die Rahmenbedingungen für eine "jugoslawische Lösung" nämlich total.

Nachdem in Slowenien die ersten Schüsse gefallen waren, war von einer Rettung Jugoslawiens im Sinne einer politischen Verhandlungslösung nicht einmal mehr hypothetisch zu sprechen. Andererseits: Es ist nicht bekannt, daß die deutsche Bundesregierung Slowenien und Kroatien vor dem Inkrafttreten ihrer Unabhängigkeitserklärungen zu diesem Schritt ermutigt hat. (3) Ebensowenig wird man in der Lage sein, irgendeine konkrete Handlung zu nennen, mit der Bonn eine "jugoslawische Lösung" abgeblockt hat, solange diese noch Verhandlungsgegenstand war, also vor dem Beginn der kriegerischen Konfrontation. (4)

Im übrigen setzt der Versuch, die BRD für das Scheitern einer "jugoslawischen Lösung" hauptverantwortlich zu machen, selbstverständlich voraus, daß ohne diesen äußerlichen Faktor eine Rettung der Föderation noch möglich gewesen wäre. Dies aber schlüssig zu beweisen, ist selbstverständlich ganz unmöglich, nachdem die Ereignisse den gegenteiligen Weg genommen haben. "Was gewesen wäre, wenn" bleibt in der Geschichtsbetrachtung zwangsläufig immer eine Sache der Spekulation. Fragt sich also, ob für die Hypothese einer möglichen Verhandlungslösung denn wenigstens ein erhebliches Maß an Plausibilität geltend gemacht werden kann. Diesen Nachweis hat Heinz jedoch nicht einmal ansatzweise unternommen.

Elefant und Porzellanladen

Aus Sicht der Gruppe K sind die Gründe für die "Zerschlagung" Jugoslawiens denkbar einfach und sehr einseitig verteilt: Die beiden "reichen" Republiken Slowenien und Kroatien haben, verlockt von den Freuden

der kapitalistischen Marktwirtschaft, angezogen von den Fleischtöpfen der EG und aufgestachelt vom großdeutschen Imperialismus, sich von den ärmeren Landesteilen abgekoppelt, um schneller voranzukommen. Die serbische Führung verteidigt dagegen den Status quo, was erstens so schlecht sowieso nicht sein kann, und zweitens sogar fortschrittlich und richtig ist, weil es sich gegen die großdeutschen Hegemonialpläne richtet. Daß die beiden "reichen" Republiken etwa so arm wie Portugal sind, oder noch etwas ärmer - und zwar schon ohne den Krieg -, wird von unseren "Linksradikalen" gern übersehen.

Es soll hier nicht bestritten werden, daß das wirtschaftliche Gefälle zwischen den jugoslawischen Landesteilen und der Wunsch der Nordrepubliken, zum eigenen Wohl das "sinkende Schiff" zu verlassen, bei der Auflösung Jugoslawiens eine erhebliche Rolle gespielt hat. (5) Dennoch ist es eine unzulässige Verkürzung, nur diese Seite der Sache wahrzunehmen.

Ausgelöst wurde die jugoslawische Krise dadurch, daß die Führung in der serbischen KP 1987/88 von der Gruppe um Milosevic übernommen wurde, die massiv vom Mittel der nationalistischen Mobilisierung und Aufhetzung Gebrauch machte. Zum Haßobjekt wurden die Albaner des Kosovo gemacht, denen Milosevic immer wieder vorwarf, sie würden serbische Frauen vergewaltigen und einen Genozid am serbischen Volk verüben. Die Anhänger von Milosevic reagierten mit Parolen wie "Tod den Albanern" und dem Ruf nach Waffen.

Es folgte die Aufhebung der in der jugoslawischen Verfassung verankerten Autonomie der serbischen Provinzen Kosovo und Vojvodina. Es folgte außerdem der Sturz der Regierung von Montenegro durch Massenaktionen, die von der serbischen Führung gesteuert wurden. Diese Vorgänge zerstörten die Geschäftsgrundlage des jugoslawischen Bundesstaates, die auf einer Balance der Kräfte begründet war. Faktisch besaß die serbische Führung plötzlich in den Bundesgremien drei sichere Stimmen mehr, nämlich die Montenegros und die der beiden Provinzen, deren Autonomie zwar kassiert worden war, aber deren Stimmrecht - das natürlich nur in Zusammenhang mit der Autonomie gerechtfertigt gewesen war - nun Belgrad für sich in Anspruch nahm.

Selbstverständlich waren Kroatien und Slowenien nicht in der Situation unterdrückter oder kolonialisierter Völker, was zwar von der Gruppe K hartnäckig als mein Denkansatz suggeriert wird, aber was ich nie behauptet habe. Übrigens habe ich auch weder von einer "gerechten Sache Kroatiens" noch von einem "Befreiungskampf" geschrieben, was mir ebenfalls permanent und penetrant unterstellt wird.

Dennoch ist nachvollziehbar, daß die innere Situation eines multinationalen Staates "umkippt", wenn die größte der Gruppen das komplizierte Gleichgewicht, auf dem dieser Staat bis dahin basierte, zu ihren Gunsten erheblich - und mit teilweise putschistischen Mitteln - verändert. Die anderen Gruppen werden dadurch nicht gleich zu "unterdrückten Nationen", aber sie sehen sich doch einer ihnen aufgezwungenen Veränderung der Gesamtsituation und einer schwerwiegenden Minderung ihrer Rolle in Staat und Gesellschaft gegenüber. Sich dagegen zu wehren, ist per se noch kein Zeichen von nationalem Fanatismus, auch wenn die Verschärfung des Konflikts zu diesem führen kann.

Der serbische Nationalismus ist nicht "besser" und nicht "schlechter" als irgendein anderer. Das Problem ist, daß er sich aufgrund der realen Kräfteverhältnisse in Jugoslawien sehr viel schlimmer auswirken mußte als die chauvinistischen Eskapaden irgendeiner anderen Gruppe. Nicht nur sind die Serben die größte Einzelnation mit dem größten Territorium, sondern sie stellen auch in zwei anderen Republiken (Kroatien und Bosnien-Hercegovina) solide Minderheiten mit geschlossenen Siedlungsgebieten dar. In dem Moment, wo in Serbien Kräfte die Macht übernahmen, die für ihre Nation die führende Rolle im jugoslawischen Bundesstaat beanspruchten, standen die Grundlagen der Föderation - Gleichgewicht und Gleichberechtigung - auf dem Spiel.

Ohne Tito kein Jugoslawien

Im Gegensatz zur Auffassung von Kurt (6) war Jugoslawien nicht ein geradezu naturwüchsiger, durch "jahrhundertealte Traditionen" friedlichen interethnischen Zusammenlebens geprägter "internationalistischer Staat". Der nach dem Ersten Weltkrieg entstandene Staat war so übermäßig von serbischen Interessen dominiert worden, daß die jugoslawische KP für seine Auflösung eingetreten war.

Im sozialistischen Jugoslawien wurde, sicher auch aufgrund dieser historischen Erfahrungen, das Recht auf Austritt der Republiken in die Verfassung aufgenommen. Allerdings muß man wohl sagen, daß dieses Recht nur in der Theorie bestand. In der Praxis wurde der gemeinsame Bestand nicht nur durch den freien Willen der Bevölkerung zusammengehalten, sondern auch mit repressiven Eingriffen der Zentrale, wo immer und sobald sich Ansätze von "nationalistischen Abweichungen" zeigten. So wurde Anfang der siebziger Jahre die kroatische Führung abgesetzt, als sie mit einer nationalen Oppositionsbewegung paktierte. Im Gegenzug traf ein ähnliches Schicksal aber auch einige "Nationalisten" in der serbischen Führung.

Diese Art von demonstrativer Symmetrie war bezeichnend für das titoistische System. Der Bundesstaat wurde mit großer Strenge verteidigt, aber das geschah gleichermaßen nach allen Seiten. So konnte man den Maßnahmen der Zentrale wenigstens eine ausgleichende Gerechtigkeit und eine "neutrale" Schiedsrichterrolle nicht absprechen. Diese Rolle konnte letztlich doch von allen Völkern Jugoslawiens mehr oder weniger akzeptiert werden. (Die besondere Problematik des Kosovo lasse ich dabei außer acht.)

Andererseits entbehrt es auch nicht der Logik, daß Tito heute fast überall in Jugoslawien "untendurch" ist und daß anscheinend fast alle Nationalitäten der Meinung sind, er habe gerade sie benachteiligt und ihre Gegner bevorzugt. Denn Tito ist allen Sonderinteressen irgendwann einmal empfindlich "auf die Füße getreten". Es ist bezeichnend, daß man gerade auch in Serbien und Montenegro, die doch vorgeben, die Kontinuität des titoistischen Staates zu verkörpern, das Andenken an den Staatsgründer zerstört.

Es wirkte sich nach dem Tod Titos verheerend aus, daß die Zentralorgane eine "überparteiliche" und ausgleichende Funktion immer weniger wahrnahmen. Vielleicht kann man im Rückblick sagen, daß die fast kritiklose Hinnahme der chauvinistischen Exzesse der serbischen Führung (ab 1988) das "Aus" für den Bundesstaat bedeutete. Er verlor durch sein Schweigen und seine Passivität praktisch jede politische Glaubwürdigkeit und moralische Integrität. Im Grunde spielte die Zentralregierung schon seit den späten achtziger Jahren kaum noch eine Rolle. Das zeigte sich auch, als Markovic 1990 versuchte, eine neue Partei auf die Beine zu stellen, deren einziger spezifischer Programmpunkt der "Jugoslawismus" war. Landesweit kam sie noch nicht einmal auf 10 Prozent, und man hat seither nicht mehr viel von ihr gehört.

Von der KP zur Armee

Die zweite, und wohl die wichtigste Institution, in der sich der Bundesstaat verkörperte, war die jugoslawische KP, dort Bund der Kommunisten genannt. Der BdKJ aber löste sich im Laufe des Jahres 1990 in seine Republik-Bestandteile auf. Treibende Kraft waren zweifellos die slowenischen Kommunisten, denen sich die kroatischen anschlossen. Bezeichnend war aber schon damals, daß die Kommunisten von Bosnien-Hercegovina und Makedonien zwar um den Erhalt der Bundespartei kämpften, aber andererseits überhaupt nicht geneigt waren, den BdKJ allein mit Serben und Montenegrinern als Quartett fortzuführen. Das nahm bereits die Haltung vorweg, die diese zwei Republiken ein Jahr später gegenüber der Krise des Bundesstaates einnahmen. Man fürchtete, daß ohne das Gegengewicht der Slowenen und Kroaten die serbische Seite absolut dominierend werden würde - und zog angesichts dieser Perspektive einen Alleingang als scheinbar geringeres Übel vor. War das eine unbegründete Annahme, vielleicht aus nationalistischer Paranoia geboren? Heinz scheint das zu glauben, wenn er das Problem der serbischen Dominanz nur als Produkt großdeutscher Hetze sieht - ganz so, als hätten die Politiker in Skopje und Sarajevo sich ihre Meinung aus den Kommentaren der "FAZ" gebildet und nicht vorwiegend aus eigener Erfahrung und eigenen Interessen.

Mit dem Fortfall der einheitlichen KP war der zentrale politisch-ideologische und organisatorische Motor der Föderation ausgeschaltet. Denn die Annahme ist ja nicht unbegründet, daß der zweite jugoslawische Staat ohne die Tradition des von der KP geführten antifaschistischen Partisanenkampfs, ohne den sozialistischen Orientierungsrahmen und ohne die leitende Rolle der KP überhaupt nicht zu denken gewesen wäre. Ein Jugoslawien ohne BdKJ war wahrscheinlich genauso unrealistisch wie eine Sowjetunion ohne KPdSU.

Praktisch blieb nach dem Funktionsverlust der Bundesregierung und dem Zerfall der KP nur noch eine einzige zentrale Institution übrig: die Armee. Bereits daraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß eine "jugoslawische Lösung" 1990/91 nur mit Hilfe der Armee möglich gewesen wäre. Noch deutlicher gesagt: Nachdem in Slowenien und Kroatien sich die große Mehrheit der Bevölkerung in Referenden für die Unabhängigkeit

ausgesprochen hatte, wurde "jugoslawische Lösung" gleichbedeutend mit einem repressiven Ordnungsstaat, in dem die Rolle des Militärs erheblich hätte sein müssen.

Um eine "jugoslawische Rolle" zu spielen, hätte die Bundesarmee jedoch in der Lage und bereit sein müssen, ähnlich wie früher die titoistische KP eine gegenüber den Sonderinteressen der Republiken relativ autonome Schiedsrichterfunktion zu übernehmen. Auf ideologischer Ebene gab sich die Armeespitze tatsächlich diesen Anstrich, am schrillsten ausgedrückt in dem Versuch, eine von namhaften Generälen repräsentierte Nachfolge-Organisation des BdKJ aus der Taufe zu heben. Mehr als musealen Wert gewann diese Schöpfung nicht.

Einen Moment lang schienen Teile der Armeespitze es sogar darauf anzulegen, die Macht zu übernehmen: Am 27. Juni 1991, zwei Tage nach den Unabhängigkeitserklärungen, hatten Bundestruppen versucht, mit Gewalt die Kontrolle über die slowenischen Grenzübergänge zurückzugewinnen. Diese Intervention verlief für die Armee unvorteilhaft. Die EG setzte einen Waffenstillstand und die Wahl des Kroaten Mesic zum Staatspräsidenten durch. Am gleichen Tag, dem 1. Juli, beschuldigte Regierungschef Markovic die Armeeführung, sie habe auf eigene Faust gehandelt und in Slowenien ihre Befugnisse überschritten. Am Abend des folgenden Tages hielt General Adzic im Fernsehen eine Ansprache, die praktisch einer Putschproklamation gleichkam: Die Armee sei zum Kampf gezwungen worden. Diesen Krieg werde sie "bis zum Ende" führen und sich davon weder durch Verhandlungen noch durch "Verrat" (das bezog sich offenbar vor allem auf Markovic) abbringen lassen. - Diese Krise wurde erst am Nachmittag des 3. Juli dadurch beigelegt, daß der zuständige Kommandeur des 5. Armeebezirks, Raseta, eine Feuerpause anordnete und erklärte, die Armee unterstehe dem Oberbefehl des neuen Präsidenten Mesic.

Was aber wirklich geschah, war folgendes: Erstens beschloß das Staatspräsidium am 18. Juli, die Bundestruppen aus Slowenien abzuziehen, also diese Republik ziehen zu lassen. Mesic stimmte gegen den Beschluß, da er richtig voraussah, daß die Armee sich nun voll gegen Kroatien wenden würde. Zweitens: die Armee griff seit Ende Juli massiv kroatische Orte an, wobei sie jeden "überparteilichen" Anspruch aufgab und nur noch als verlängerter Arm großserbischer Politik agierte.

Man mag das (wieder einmal) für einen Ausdruck meiner "anti-serbischen Voreingenommenheit" halten. Es gibt aber für diese These einen einfachen Beweis: Jede Armee, die sich mit dem ernsthaften Willen nach Unparteilichkeit in einen Bürgerkrieg einmischt, gerät zwangsläufig mit beiden Seiten mehr oder weniger in Konflikt. Mal fühlt sich die eine Seite ungerecht behandelt, dann wieder die andere oder alle beide. Es hat aber in Kroatien von den serbischen Milizen in keinem Fall ernsthafte Kritik am Vorgehen der Bundestruppen gegeben, ebenso auch keine nennenswerten Gefechte zwischen serbischen Milizen und Armeeeinheiten.

Die Parteinahme des Militärs hatte zwangsläufig eine Änderung der Haltung der Regierung von Sarajevo zur Folge: Im Juli 1991 appellierte sie noch an die Bundesarmee, die Neutralität Bosnien-Hercegovinas gegen serbische und kroatische Übergriffe zu verteidigen - natürlich erfolgslos, soweit es jedenfalls die serbische Seite anging. Im September 1991 jedoch untersagte die Regierung Izetbegovic die Rekrutierung zur Armee in ihrer Republik. Außerdem forderte sie von der Armee (vergeblich), in Bosnien-Hercegovina keine Operationen und Bewegungen mehr ohne ihre Zustimmung durchzuführen.

Heinz erwähnt nun zwar die Appelle vom Juli 1991, erklärt aber nicht die völlig gewandelte Haltung Sarajevos nur sechs Wochen später. Praktisch zog die Regierung Izetbegovic damit die logische Schlußfolgerung aus der Erkenntnis, daß die Bundesarmee für eine überparteiliche Schiedsrichterrolle, also als Garantin einer "jugoslawischen Lösung", nicht zur Verfügung stand. Damit kam für Sarajevo nur noch der Versuch einer "bosnisch-hercegovinischen Lösung" in Frage. Der aber hätte strikte Neutralität der Republik gegenüber dem serbisch-kroatischen Bürgerkrieg vorausgesetzt, und diese Neutralität war primär durch die massive Präsenz der Armee gefährdet, die von hier aus ihren Krieg gegen Kroatien führte.

Gescheiterte Verhandlungslösung

Die Sezession Sloweniens und Kroatiens kam nicht aus heiterem Himmel, und sie wurde eingeleitet lange bevor erstmals ein BRD-Politiker laut über die Anerkennungsoption nachdachte.

Zur Erinnerung: Das Parlament in Ljubljana verabschiedete am 2. Juli 1990 eine "Deklaration über die Souveränität des Staates Slowenien". Damit wurde der Anspruch erhoben, eine eigene Außen-,

Verteidigungs-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Finanzpolitik zu gestalten. Am 23. Dezember 1990 fand ein Referendum statt, dessen Frage lautete: "Soll die Republik Slowenien ein selbständiger und unabhängiger Staat werden?" 88,5 Prozent der WählerInnen stimmten mit Ja.

Mit dem Referendum verbunden war der Auftrag an die slowenische Regierung, innerhalb von sechs Monaten alle noch fehlenden Voraussetzungen für die staatliche Unabhängigkeit zu schaffen. Am 20. Februar 1991 beschloß das Parlament in Ljubljana die Trennung von Jugoslawien und die Konstituierung als eigener Staat.

Kroatien vollzog einen Tag später diesen Schritt teilweise nach, indem es den Vorrang der Republikgesetze vor denen des Bundes proklamierte. Am 19. Mai 1991 wurde auch in Kroatien über die Unabhängigkeit abgestimmt. 93,2 Prozent der WählerInnen stimmten dafür, bei Boykott der serbischen Minderheit. Am 15. Juni 1991 schließlich verständigten sich die beiden Republiken auf den 26. Juni als Datum ihrer Unabhängigkeitserklärung.

Bis zu diesem Zeitpunkt wäre wenigstens rein hypothetisch noch eine "jugoslawische" Verhandlungslösung möglich gewesen. Nach Lage der Dinge hätte diese aber nur in einer Konföderation mit ganz schwacher Zentrale und sehr starken Republiken bestehen können. Slowenien und Kroatien gaben sich, mit diesem Vorbehalt, verhandlungsbereit, während Serbien jedes Gespräch über eine Dezentralisierung Jugoslawiens abblockte. Die Führungen von Makedonien und Bosnien-Hercegovina strebten einen Kompromiß an.

Tatsächlich kam Anfang Juni 1991 doch noch eine Vereinbarung zustande, die die Umwandlung Jugoslawiens in einen "Bund souveräner Republiken" vorsah. Das Papier war in sich selbst allerdings äußerst widersprüchlich. Indem es beiden Positionen Rechnung zu tragen versuchte, führte es sich schon selbst ad absurdum. So sollte einerseits die Kompetenz für Außenpolitik und Verteidigung bei der Bundesregierung liegen; andererseits sollten aber die Republiken das Recht auf eigene Streitkräfte und eine selbständige Außenpolitik haben. Alle wesentlichen Beschlüsse würden von den sechs Republiken gemeinsam gefaßt werden müssen, was die Zentralorgane praktisch vermutlich lahmgelegt hätte. In Intervallen von fünf oder zehn Jahren hätte über die Erneuerung des Föderationsvertrags entschieden werden sollen.

Dieses Abkommen wurde, das muß festgehalten werden, von Serbien zwei Tage später wieder aufgekündigt. Die deutsche Bundesregierung hatte, wie die anderen EG-Staaten auch, die Einigung als "ermutigenden Schritt zurück zu einer verfassungsmäßigen Ordnung und zum friedlichen Dialog" begrüßt.

Daß es Serbien war, das gleich wieder aus dem Vertrag ausstieg, wird hier nicht als Vorwurf erwähnt. Offenbar war der Kompromiß so faul und offen nach allen Seiten, daß er für eine gemeinsame Praxis wirklich untauglich war. Nur zeigt dies eben auch, daß die Gründe für das Scheitern einer "jugoslawischen" Verhandlungslösung primär intern waren: Die Vorstellungen waren bereits so kontrovers, daß ein gangbarer Mittelweg nicht mehr zu finden war. Die Alternative war nur noch, die beiden Republiken ziehen zu lassen und damit die Tür für ein friedliches Nebeneinander offenzuhalten, oder militärische Mittel einzusetzen, um die Abspaltung gewaltsam niederzuwerfen. Ab Ende Juni 1991 war "jugoslawische Lösung" nur noch ein dekorativeres Wort für Krieg. (7)

Das war ein Widerspruch in sich selbst, denn Jugoslawien durch Krieg retten zu wollen, bedeutete zugleich die endgültige Zerstörung der titoistischen Staatsidee und, unabhängig vom exakten Kriegsausgang, eine langfristige Vergiftung der Beziehungen zwischen den Völkern Jugoslawiens.

Krieg oder Frieden?

Im ak 333 (26. August 1991) schrieb ich: "Es müßte von Linken akzeptiert werden, daß keine Nation in einem Staatsverband gehalten werden sollte, in dem sie nicht freiwillig bleiben will. Freiwillig werden Nationen in einem Staatsverband bleiben, solange sie sich davon Nutzen versprechen. Wenn dieser entfällt oder nicht mehr gesehen wird, kann der Staatsverband nur noch durch inneren und/oder äußeren Druck und Gewalt aufrecht erhalten werden. Je mehr die Gewalt gesteigert wird, um so weniger wird den Unterworfenen noch ein freiwillig zu akzeptierender Nutzen der Föderation vor Augen stehen.

Den neuen Republiken die Anerkennung zu versagen, macht nur Sinn, wenn man den Zentralmächten (Moskau und Belgrad) die Fähigkeit zutraut, die Republiken in absehbarer Zeit irgendwie wieder zu integrieren. Wobei 'irgendwie' nach Lage der Dinge die Anwendung massiver militärischer und repressiver Gewalt einschließt, wovor ehrlicherweise niemand mehr die Augen verschließen kann...". (7)

Leider hat dazu keiner der K-Autoren Stellung genommen. Der einzige Kommentar dazu bestand in dem akademischen Vorwurf, ich hätte den Begriff der Nation "falsch" verwendet. In Anbetracht der Sache, um die es geht, scheint mir das ein ganz und gar blödsinniger Einwand zu sein, sofern es eben der einzige war.

Ich neige dazu, Kurt recht zu geben, wenn er im letzten ak schreibt, der Krieg in Jugoslawien sei "ein nützlicher Krieg für Deutschland", d.h. für das deutsche Hegemonialstreben. Aber das wäre doch, ernstgenommen, ein Argument gegen diesen Krieg, und nicht etwa für ihn. Also wäre es auch unter diesem Blickpunkt richtig gewesen, den Krieg unbedingt zu vermeiden und die Sezession der beiden Republiken, vielleicht auch eine einvernehmliche Auflösung Jugoslawiens, als das kleinere von zwei Übeln zu betrachten. Gibt es denn irgendetwas, was durch diesen mißglückten Versuch, militärisch eine "jugoslawische Lösung" zu erzwingen, gewonnen worden ist?

Aber sogar, wenn wir einmal alle moralischen Kategorien beiseite lassen, so war doch in der Realität schon ab Juli oder August 1991, eigentlich schon seit der Niederlage der Bundesarmee in Slowenien, offensichtlich, daß eine militärische Option für eine "jugoslawische Lösung" gar nicht mehr bestand: Die Bundesarmee zeigte sich zu schwach, um eine schnelle Kapitulation der beiden abgespaltenen Republiken zu erzwingen. Spätestens von da an mußte das Beharren auf einer "jugoslawischen Lösung" auch realpolitisch zum Fiasko führen.

Aus diesem Grund, und nicht aus den von Heinz angeführten, entschlossen sich Makedonien (Mitte August 1991) und Bosnien-Hercegovina (Mitte September 1991), aus dem Dreierbündnis mit der Regierung Markovic auszusteigen und der Kriegführung der Bundesarmee jede weitere Unterstützung zu entziehen. Bis zum Jahresende 1991 war dann auch die Regierung Markovic selbst zusammengebrochen, zurückgetreten oder abgesetzt, nicht einmal mehr eine leere Hülle. Die Bundesarmee war auf ihren serbisch-montenegrinischen Kern zusammengeschmolzen.

Nun meint aber Heinz, erst das Übergreifen des Bürgerkriegs auf Bosnien-Hercegovina habe "jeder Art von jugoslawischen Lösung endgültig die Grundlage entzogen". Bis dahin wäre sie also noch möglich gewesen? Was für eine Art von Lösung denn, nachdem der serbisch-kroatische Bürgerkrieg schon den Haß und die nationalistische Radikalisierung auf beiden Seiten angeheizt hatte? Als ob das, was bis zum Sommer 1991 im friedlichen Einvernehmen nicht zu erreichen war, nach einem solchen Krieg plötzlich besser lösbar sein könnte?

Dolchstoßlegende

Autoren der Gruppe K sprechen nicht von der Auflösung, sondern von der "Zerschlagung" Jugoslawiens, natürlich mit der deutschen Bundesregierung und Herrn Reißmüller in den Hauptrollen. Ganz wie die Altdenker im "Neuen Deutschland" scheint man zu glauben, daß die Konflikte in Jugoslawien erstens überhaupt nicht entstanden, und zweitens schon lange beigelegt wären, wenn sie nicht von außen immer wieder "angeheizt" worden wären.

Diese Theorie nimmt sich im Falle Jugoslawiens noch vergleichsweise plausibel aus, da die deutsche Einmischung dort inzwischen tatsächlich enorm und die anti-serbische Hetze hemmungslos geworden ist. Ich habe jedoch oben zu zeigen versucht, daß die Ursachen für das Scheitern des zweitens jugoslawischen Staates nicht primär in äußerer Einmischung, sondern in inneren Faktoren zu suchen sind.

Dabei scheint mir auch ein generelles Problem der "realsozialistischen" Gesellschaften deutlich zu werden: Neben den faktisch allein und oppositionslos herrschenden Staatsparteien konnten keine parallelen landesweiten Strukturen entstehen, die im Falle eines Zusammenbruchs der Staatspartei Auffangfunktionen hätten ausüben können. Soweit es sich um multinationale Staaten handelte, verkörperte sich die Einheit des Staates ausschließlich durch die Partei. Alternativ hätte an deren Stelle nur noch die Armee treten können, die dazu aber offensichtlich auch nicht mehr in der Lage war. (Siehe 19. August 1991 in der Sowjetunion)

Im vergangenen Jahr ist nicht nur Jugoslawien, sondern auch die Sowjetunion untergegangen. Da ist mit "Zerschlagungs"- und "Aufheizungs"-Theorien nicht sehr weit zu kommen. Denn offensichtlich sind auch Konflikte militärisch eskaliert, wo das für Jugoslawien noch scheinbar halbwegs stimmige Erklärungsmuster (Großdeutschland greift mit Hilfe seiner faschistischen Satrappen aus dem Zweiten Weltkrieg wieder nach der Weltherrschaft) nicht funktioniert. Zu vielen dieser Konflikte gibt es weder Brandreden deutscher Politiker, noch Kommentare von Reißmüller, noch diplomatische Interventionen der EG - aber sie hören "trotzdem" nicht auf

und lassen kein Ende absehen. Sogar die Tschechoslowakei scheint sich wider alle Vernunft zu desintegrieren, ohne daß dafür Ermutigungen aus Bonn auszumachen sind. (8)

Das Ende des realen Sozialismus weltweit ist keine Veranstaltung, die ihre Schaltstelle in Bonn hat. Es muß von seinen inneren Ursachen, seinen Voraussetzungen und seiner Geschichte her untersucht und begriffen werden. Das hätte für uns als Linke vermutlich auch eine Menge mit Selbstkritik zu tun und ist darum nicht erwünscht. Publikationen dazu müßte man - wie ein ehemaliger Redakteur dieser Zeitung zu sagen pflegte - "mit der Lupe suchen". Von seiten der Gruppe K ist mir dazu noch nichts bekannt.

Kt.

Anmerkungen

1) "Freiheitskämpfer" auf Eroberungstour. ak 343, S. 16-17.

2) Der Konföderationsgedanke hat Vorrang. ak 338, S. 7-8.

3) Hr. behauptete in ak 334 nicht nur, Deutschland habe "den Konflikt bewußt angeheizt" (wohlgemerkt: schon vor der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens!), sondern habe sogar auf die beiden Republiken einen "massiven Lostrennungsdruck" entwickelt. (S. 11) Von mir darauf hingewiesen, daß er den Beweis für diese Behauptung schuldig bleiben muß (ak 336, S. 25), machte Hr. einen Rückzieher: er sei sich zwar "völlig sicher", daß es diesen Druck gab, könne es aber "einstweilen nicht beweisen, weil die deutsch-kroatische Connection alt, aber konspirativ ist (für Hinweise wäre ich i.Ü. dankbar)." (ak 338, S. 11) - Anscheinend sind die Geheimakten, die ihm aus der Verlegenheit helfen würden, aber immer noch nicht bei Hr. eingetroffen. Fazit: Fakten sind Fakten, aber Vermutungen sind eben nur Vermutungen.

4) Unglücklicherweise hat es sich als praktisch unmöglich erwiesen, über diesen Sachverhalt im ak argumentativ zu streiten. So wird man mir wahrscheinlich auch diesmal wieder entgegenhalten, ich sei "pro-deutsch" und "pro-imperialistisch", ohne mich in der Sache selbst zu widerlegen. Vgl. dazu insbesondere Hr.s Artikel in ak 338, S. 10-12, und jw.'s Text in ak 338, Leserbriefseite. Leider hat auch Heinz nicht darauf verzichten können, mir im Vorspann seines letzten Artikels "deutschnationale Interessen" zu unterstellen. In seinem gesamten Text von sechs ak-Spalten bezieht er sich allerdings nur zweimal nebenbei und oberflächlich auf Äußerungen von mir, und beide Male gibt er sie falsch wieder. Grober Ton geht leider allzu oft mit Mangel an Substanz einher.

5) vgl. den Artikel von Kurt, Westberlin: Selbstverwaltungssozialismus versus Weltmarktintegration. ak 340, S. 16-17. Kurt beschreibt die ökonomische Entwicklung sehr ausführlich, blendet allerdings die Entwicklung der nationalen Widersprüche, die in Jugoslawien eben nicht erst 1980 oder 1990 begonnen hat, nahezu total aus. Und wenn er einerseits die anti-albanische Politik im Kosovo erwähnt, andererseits aber Jugoslawien als einen "internationalistischen" Staat bezeichnet, so fragt sich, welchen Sinn eigentlich Worte noch machen.

6) vgl. den unter Anm. 4 genannten Artikel, sowie: Eurozentrismus, Selbstbestimmungsrecht, Internationalismus. ak 338, S. 9-10.

7) Europas Landkarte wird geändert. ak 333, S. 7-8.

8) Hr. wird wahrscheinlich sagen, daß er trotzdem an die Existenz solcher Ermutigungen glaubt, die eben sehr geheim seien, und wird das mit der deutsch-slowakischen "Partnerschaft" unter dem Faschismus beweisen.

30. Gibt es eine Linke in Rußland? Interview mit Kagarlitzky und Buzgalin (Übersetzung aus "Il manifesto")

Interview mit Alexander Buzgalin und Boris Kagarlitzky

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:01

(aus: Il manifesto, 29.5.92)

Gibt es noch eine Linke im Hauptteil dessen, was einmal die Sowjetunion war, Herz und Brieftasche aller "offiziellen" Linken der Welt? Vielleicht, obwohl es nicht leicht ist, sie zu finden. Groß ist die semantische Konfusion - in dieser Gegend werden rechts und links auf eine vom Westen ziemlich verschiedene Weise gebraucht; "links" war historisch, wer, unter welcher Bezeichnung auch immer, gegen die Diktatur der KPdSU kämpfte, und "rechts", wer unter wechselnden Namen sie verteidigte - und groß ist die Konfusion der Ideen: auf den Demonstrationen ist es normal, "Kommunisten" zu sehen, die rote Fahnen schwenken, dabei faschistische Zeitungen in der Tasche haben und Porträts jenes Nikolaus II. hochhalten, den der Oktober zu Tode brachte. Und während vor dem Verfassungsgerichtshof in Moskau der Prozeß gegen die KPdSU wegen der von ihr in den 70 Jahren ihrer Herrschaft verursachten Schäden vorbereitet wird, streiten sich die verstreuten Erben derselben Partei (zusammen mit manchem ehemaligen Gegner) darüber, was heute Linkssein in Rußland bedeutet und vor allem, wer sich so nennen darf.

Um die verwirrende Gruppierung der russischen politischen Kräfte besser zu verstehen, wandten wir uns an Alexander Buzgalin, Professor für politische Ökonomie an der Moskauer Universität und außerdem - zusammen mit Boris Kagarlitzky - Präsident der neugegründeten Partei der Arbeit, einer Organisation, die verschiedene politische Markenzeichen zusammenführt, von denen einige nach dem Kollaps der KPdSU entstanden, während andere schon existierten. Das Schema, das Buzgalin und Kagarlitzky erläutern, enthält eine vertikale Unterteilung - rechts-links im klassischen Sinne - und eine sie überlagernde horizontale Unterteilung - Demokraten-Autoritäre im russischen Sinne - in einem Raum, der entsprechend in vier Sektoren eingeteilt ist: autoritäre Rechte, demokratische Rechte, demokratische Linke und autoritäre Linke. Jeder Sektor grenzt an die anderen drei, und die gegenseitigen Grenzen sind ziemlich verwischt und durchlässig. Die Tatsache, daß alle vier Felder ihre Wurzeln in der alten Struktur der KPdSU haben, macht Übergänge von einem zum anderen umso leichter und häufiger möglich.

Die vier Felder werden heute von einigen größeren politischen Formationen repräsentiert, die versuchen, sich gegen die anderen durchzusetzen, sagt Buzgalin. Die autoritäre Linke z.B. wird von der russischen kommunistischen Partei der Arbeiter um Anpilov und Sergejew, von der Union der Kommunisten um Prigarin und von der pansowjetischen kommunistischen Partei der Bolschewiken um Nina Andrejewa und von anderen kleineren stalinistischen Gruppen dominiert. Sie sind zwar extrem aktiv und organisiert, aber nicht sehr zahlreich: höchstens einige Zehntausend im ganzen Land. Zur Zeit sind sie über die Gruppierung der sogenannten "Patrioten" eng mit den Formationen verbunden, die den zweiten Sektor bilden, die autoritäre Rechte: die Monarchisten, die liberal-demokratische (parafaschistische) Partei Zhirinowskys, die rassistischen und antisemitischen Gruppen vom Typ Pamjat. Die "patriotische" Allianz umfaßt aber auch ein paar Gruppierungen, die Teil des folgenden Sektors sind, der demokratischen Rechten: die Bewegung der russischen christlichen Demokraten und die Partei der konstitutionellen Demokraten (mit den russischen Anfangsbuchstaben K und D, daher der Begriff "Kadetten") um Astafiev; was in gewisser Weise dazu beiträgt, die Allianz selbst besser vorzeigbar zu machen. Alle zusammen, von den Demokraten über die Monarchisten zu den Stalinisten, bilden heute die harte Opposition gegen Jelzin - auf den Plätzen wie im Parlament.

Die unbedingte Unterstützung für den Präsidenten kommt aus derselben Zone der demokratischen Rechten, zu der auch einige Opponenten gehören: es ist im wesentlichen die Vereinigung demokratisches Rußland, bestehend aus der sozialdemokratischen Partei von Romanzow, der republikanischen Partei Rußlands um Lysenko, der christdemokratischen Partei (einem von der oben zitierten verschiedener Flügel) und anderen von Zolotarev geführten "Kadetten". Ebenfalls in derselben "Region" der demokratischen Rechten, sind drei andere wichtige Kräfte angesiedelt, die von Fall zu Fall die Regierung unterstützen: die Volkspartei "Freies

Rußland" um Vizepräsident Rutzkoj; die Bewegung für demokratische Reformen von Popow, Sobtschak, Jakowlew, Schewardnadse und anderen prominenten Persönlichkeiten; die demokratische Partei Trawkins. Diese drei Kräfte, die sich in einem "Zentrumsblock" zu vereinigen suchen, sind aber als ambivalent definierbar, weil sie auch mehr oder weniger stark im Bereich des Autoritarismus und teilweise in dem der demokratischen Linken vertreten sind.

Dieser letzte Sektor schließlich hat - neben der Partei der Arbeit unserer Gesprächspartner, den Grünen und kleineren kommunistischen und anarchistischen Gruppierungen - eine wesentliche Kraft: die sozialistische Partei der Arbeiter von Medwedjew, die - sagt Kagarlitzky - "die Unterstützung breiter Bevölkerungs schichten hat, besonders in den ländlichen Gebieten und den Kleinstädten, vom Standpunkt politischer Aktivität aber praktisch nicht existiert; sie ist unsichtbar und tut nichts".

"Il manifesto": Wir haben gesehen, wie sich das russische politische Spektrum artikuliert. Aber worin besteht heute die Linke?

Buzgalin / Kagarlitzky: Wir glauben, daß links und Demokratie untrennbar sind, während sie in unserem Lande leider zwei auf anomale Weise getrennte Konzepte sind. Wenn es wahr ist, daß die politische Linke bei uns schwach erscheint, ist es auch wahr, daß ein sehr viel breiterer Bereich existiert, der als "links" definierbar ist und der gewerkschaftliche Vereinigungen und Bewegungen umfaßt, Gruppen, die zur Umwelt arbeiten, positive demokratische Kräfte, die besondere, vielleicht lokale Zielsetzungen verfolgen...

Aus dem vorher betrachteten allgemeinen Panorama geht hervor, daß die Opposition gegen Jelzin vor allem rechts und autoritär ist. Ist das so?

Nein, es gibt auch linke Opposition. Nicht so sehr auf der Leitungsebene, weil die Allianz der neostalinistischen Kräfte und extremen Kommunisten mit der Rechten zeigt, daß sie effektiv reaktionär sind, als vielmehr auf Basisebene. Unter den Leuten, die mit diesen rot-braunen Fahnen gegen Jelzin auf die Straße gehen, gibt es auch eine echte Basislinke, die etwas verändern will und die ermutigt wird. Man muß ihr nur ein würdigeres, weniger kompromittiertes und weniger Verrat und Enttäuschungen bereit haltendes politisches Terrain anbieten.

Die Verbindung zwischen extremer Rechter und extremer Linker, die aus eurem Schema hervorgeht, aber noch eindrucksvoller auf der Straße erscheint, wie manifestiert sie sich auf der Ebene der leitenden Gruppen und auf der Ebene der einfachen Militanten?

Diese Verbindung hat Wurzeln in der Geschichte unseres Landes und in der dominierenden konformistischen und passiven Mentalität. Für sehr viele ist es schwierig, sich über die eigene Verantwortung, die eigenen individuellen Aufgaben bei der Veränderung der Gesellschaft, die man sich wünscht, klar zu werden; es ist einfacher, auf einen neuen guten Zaren zu warten, einen kleinen Vater, der für die Lösung aller Probleme sorgt und den man nur in allem, was er tut, unterstützen muß. Ob dieser Retter rechts oder links ist, ist im Grunde unwichtig. Darüberhinaus hat die bürokratische, übereilte und unbekümmerte Art der Wirtschaftsreform eine derartige Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen bewirkt, die viele nach einer starken Hand rufen läßt, um die Dinge wieder zu richten, "den Sozialismus zurückzubekommen" und das "Imperium zurückzubekommen". Alles vermischt. Trotzdem muß man unterscheiden zwischen den leitenden Gruppen, wo das Bündnis zwischen extremer Rechter und extremer Linker gemacht wird, das fast immer eine echte Verständigung unter Reaktionären darstellt, und den Militanten von der Basis, die unter dramatischen Bedingungen kämpfen müssen, wenn sie etwas gegen den existierenden Zustand der Dinge tun wollen, und die oft gezwungen sind, in unbekannte und unangenehme Richtungen zu laufen. Es wird auch gesagt, daß es linke Führer gibt, die die in dieser Allianz dominierende chauvinistische Linie nicht teilen, aber keine andere Möglichkeiten des Kampfes sehen. Sie glauben, daß jetzt vor allem dieses rechtsliberale Regime gestürzt werden muß und daß man dann positiv zu arbeiten beginnen kann.

Mir erscheint das als ziemlich gefährliche Taktik ...

Das ist sie auch. Es ist klar, daß, wenn dieses Bündnis über den Sturz Jelzins an die Macht käme, die erste Sache, die passieren würde, die Ausschaltung der demokratischen Kommunisten und der "sozialen" Linken im allgemeinen wäre.

Besteht nicht die Gefahr, daß am Ende der Entwicklung die linke Komponente dieser autoritären Allianz entfällt, daß ihre Unterstützer sich auch subjektiv in Parteigänger des Faschismus verwandeln?

Das ist ein reales Risiko. Deshalb denken wir, muß alles getan werden, um die Menschen von dieser Allianz fernzuhalten. Es ist nur eine schwierige Arbeit: Die Elite der Arbeiter und Intellektuellen, die Kern einer demokratischen Linken und Anziehungspunkt für andere soziale Schichten sein müßte, hat noch zu großen Teilen Vertrauen in Jelzin und seine Reformen, glaubt noch, daß hier Freiheit für jeden herrsche; die Desillusionierung bricht sich nur in einigen Bereichen mit extremer Langsamkeit Bahn. Gleichwohl scheint die extreme Rechte selbst nicht sehr gefährlich. Die Gefahr ist eine andere.

Und die wäre?

Die Gefahr ist, daß der rechte-linke Extremismus mit seiner Beharrlichkeit, seiner Gewalt, seiner Entschiedenheit eine Bresche schlägt; und daß dann ein anderes Subjekt mit vollen Segeln in diese Bresche dringt, dieser Zentrumsblock (Rutzkoj oder Popow), der mit Müh und Not seine autoritären Bestrebungen verhüllt und der im geeigneten Moment zur neuen dominierende Kraft aufsteigen könnte, die mit allen politischen Lagern verbunden ist und ein Projekt des "patriotischen Kapitalismus" oder des "zivilisierten Chauvinismus" vertritt. Es ist unter anderem nicht einmal auszuschließen, daß Jelzin selbst von den durch die extremistische Allianz gegen ihn vorgetragenen Kopfstöße profitiert und sich selbst an die Spitze eines autoritären Blocks setzt, der das selbe soziale und wirtschaftliche Programm verfolgt wie das jetzt herrschende Regime.

Welche Möglichkeiten gibt es, die KPdSU zu rekonstituieren?

Eine Partei dieses Typs heute zu rekonstituieren, ist unmöglich, und die Versuche, den 29. Parteitag zu organisieren, erscheinen albern. Es wäre jedenfalls eine Partei, die sofort in tausend rivalisierende Fraktionen zerfallen müßte - oder es wäre nicht mehr die KPdSU, sondern eine andere Partei gleichen Namens. Mehr Sinn hätte die Konstituierung einer neuen Partei, die aus der Vereinigung der aktuellen Linken hervorginge; das könnte eine Massenpartei werden für eine effektivere Opposition gegen das Regime.

Wo würdet ihr Gorbatschow im Spektrum der Linken einordnen? Kann er noch ein Führer sein?

Eher als in die Linke könnte man ihn heute in die demokratische Rechte einordnen, beispielsweise in die sozialdemokratische Partei. Gorbatschow ist kein mit einer eindeutigen politischen Position, sondern ein mit einer bestimmten sozialen Schicht identifizierbarer Führer: der bürokratischen Elite, dem intelligentesten und lebendigsten Teil der Nomenklatura. Wo diese Elite sich postiert, postiert sich Gorbatschow. Aber es ist offensichtlich unmöglich, die Herrschaft dieser sozialen Schicht ebenso zu garantieren wie eine echte demokratische Reform des Landes - was Gorbatschow immer versucht hat und immer noch will. Deshalb sind seine Versuche gescheitert, und deshalb hat er auch in Zukunft keine Erfolgschancen.

Übersetzung: Js.

31. Linke in Rußland - eine Skizze

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:28

Wer sich als westdeutscher Linker in Rußland politisch orientieren will, hat so seine Schwierigkeiten. Die stürmische Entwicklung der letzten Jahre (Perestroika, Putsch und Gegenputsch) führte auch im Spektrum der Linken zu viel Bewegung. Es gab und gibt Neugründungen, Spaltungen und Umbenennungen. Heute gibt es ein großes Spektrum kleinerer und einiger größerer Gruppen und Organisationen, von denen die wichtigsten im folgenden Text kurz skizziert werden sollen. Die Zusammenstellung ist nicht vollständig.

Was ist eigentlich links in Rußland? Wenn mit "links" das Eintreten für soziale Gerechtigkeit gemeint ist, dann könnte man von einer Linken sprechen, die mehrere hunderttausend Unterstützer zählt. Zum Beispiel am 1. Mai. Während ich auf der Gewerkschaftskundgebung am Gorki Park nur ca. 10.000 Menschen zählte, waren es auf der Demonstration von Trudavaja Rossija (Arbeitendes Rußland) an die 100.000, meist unter roten Fahnen. Über die Forderungen und Plakate der Demonstranten war ich jedoch ziemlich erschrocken. Mensch demonstrierte nicht nur gegen Privatisierung und sozialen Kahlschlag, sondern auch für die "nationalen Interessen" Rußlands, gegen den Ausverkauf der Nation an die westlichen Kapitalisten, gegen den "Verzicht" auf Gebiete mit russischsprachigen Bevölkerungsmehrheiten, für den Wiederaufbau der Sowjetunion. Ich sah Fahnen der Monarchisten, die einträglich neben den roten mit Hammer und Sichel im Wind flatterten. Und auf den mitgeführten Plakaten sah ich zahlreiche antisemitische Karikaturen und Parolen.

Die Frage ist, sollte man solche Bewegungen wie Trudavaja Rossija rechts liegen lassen? Meine Gesprächspartner in Moskau (Sozialisten, Anarchisten und Trotzkisten) waren nicht dieser Meinung.

Sie ermöglichten mir einen interessanten Einblick in die Szene der mittleren und kleineren linken Gruppen. Der politische Einfluß dieser Gruppen ist z. Zt. noch gering. Das Feld beherrschen patriotische Kommunisten und "Demokraten". Ob die kleineren Organisationen angesichts der sich verschärfenden sozialen Krise ihren Einfluß ausweiten können, ist noch völlig offen. Vadim Damier (im folgenden: V.D.), ein junger Anarchokommunist, dem ich den Großteil der Informationen verdanke, erklärte mir: "Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder wird das Volk still weiter verelenden, oder es wird revoltieren. Diese Revolte ist sowohl eine Chance als auch eine Gefahr. Eine Gefahr, weil linksradikale Ideen zu wenig verbreitet sind, rechtsradikale Ideen vielleicht mehr. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Revolte nicht linksradikal, sondern rechtsradikal wird." Damier ist Gesellschaftswissenschaftler und Mitglied der "Initiative revolutionäre Anarchisten" (IREAN).

Ein weiterer Gesprächspartner war Boris Kagarlitzki (im folgenden: B.K.), dem ak-Leser u.a. durch ein Interview bekannt (ak 310, 18.9.89). Kagarlitzki ist Mitbegründer der Partei der Arbeit. 1990 wurde er in den Stadtsowjet von Moskau gewählt. Er meint, in der Linken gäbe es drei wesentliche Kräfte: die Russische Kommunistische Arbeiterpartei (RKRP, Hauptkraft in der Massenorganisation Trudavaja Rossija), die Sozialistische Partei der Arbeit (SPT) um Roy Medwedjew und die Partei der Arbeit, der er selbst angehört.

Was in meiner Übersicht u.a. fehlt, sind die Bürgerrechtsgruppen wie die Demokratische Union und Memorial. Obwohl sie nicht in die traditionelle Rubrik "links" fallen, hätte ich sie hier gerne mitaufgeführt. Meine Informationen waren jedoch zu spärlich.

1. Radikale Organisationen (nach dem Putsch von der KPdSU abgespalten)

Die größten von den Gruppen, die die Politik und den Namen der KPdSU fortführen, haben zwar weit über hunderttausend Unterstützer, aber nur noch einige tausend Aktivisten (V.D.). Damier: "Die Masse ist praktisch verloren." Außerdem merkt er an: "Alle Organisationen, die aus der KPdSU hervorgegangen sind, bis auf die Bolschewistische Tendenz, sind mehr oder weniger für einige marktwirtschaftliche Elemente. Die Bolschewistische Tendenz ist mehr oder weniger für die Wiedereinführung des alten Systems, obwohl sie das so offen nicht sagt."

1.1. Kommunistische Partei der Bolschewiken VKP(B); pansowjetisch; namhafte Vertreterin ist Nina Andrejeva aus St. Petersburg.

1.2. Bolschewistische Plattform; will keine eigene Partei gründen, sondern die KPdSU wiederherstellen.

1.3. Russische Kommunistische Arbeiterpartei (RKRP); größte Nachfolgeorganisation der KPdSU. Nach eigenen Angaben hat sie 150.000 Mitglieder. Die RKRP, die wohl Kaderpartei sein will, ist der Hauptträger von Trudavaja Moskwa und Trudavaja Rossija (Arbeitendes Moskau/Rußland; 250.000 Unterstützer, B.K.). Damier: "Sie kanalisieren jetzt ein Protestpotential in Moskau." Prominente Mitglieder der RKRP sind: Viktor Anpilov (Journalist; früher bei Radio Moskau Sprecher für Lateinamerika; aktiv in der Vereinigten Front der Werktätigen (OFT); Deputierter im Moskauer Stadtsowjet; jetzt Vorsitzender von Trudavaja Moskwa), Makaschov (ehemaliger General, bei der Präsidentschaftswahl im Juni 1991 bekam er 4% der Stimmen) und Sergejew. Damier: "Anpilov, Sergejew und Makaschov sind die strikten Befürworter des Bündnisses mit den Ultrarechten. Der Haupttheoretiker der RKRP, Kasalapov, ist mehr traditionalistisch orientiert."

Einige Beispiele für den Antisemitismus in der RKRP: Ende April initiierte die Partei eine Unterschriftensammlung für ein Referendum gegen Jelzin. In dem Aufruf zu der Unterschriftensammlung steht: Wem gefällt Jelzin? Den arbeitenden Leuten von Rußland nicht, sondern den Amerikanern und den Israelis. Am 1. Mai stand ein Mann auf dem Roten Platz mit einem großen Plakat: "Verbannen wir die Demokraten in die Synagogen." Im Stabsquartier von Trudavaja Moskwa sprach ich mit einigen RKRP-Aktivisten. Daß es in der Sowjetunion Antisemitismus gab bzw. gibt, davon wollten sie überhaupt nichts wissen. Die Gefahr, die von solchen Gruppen wie Pamjat ausgeht, spielten sie konsequent herunter. Das seien Provokateure, die die Auswanderung sowjetischer Juden nach Israel fördern wollen, meinten die RKRPler.

Antisemitische Denkweisen haben in der ehemaligen Sowjetunion Tradition. Damier: "Uns erklärte man seinerzeit, daß der amerikanische Imperialismus allen Ländern der Welt seine Position diktiert. Israel und die Zionisten ihrerseits würden die Politik der Vereinigten Staaten diktieren. Das konnte man mehr oder weniger offen in den Zeitungen lesen." Einschränkend merkt Damier an: "Nicht alle, die an den Demonstrationen (von Trudavaja Rossija) teilnehmen, sind Stalinisten." Kagarlitzki berichtete, in der Partei der Arbeit werde diskutiert, ob man bei Wahlen mit der RKRP Abkommen treffen solle. Als ich ihn fragte, ob der Antisemitismus in Rußland nicht eine große Gefahr darstelle, meinte er: "Rußland war immer ein antisemitisches Land, und es wird auch in Zukunft ein antisemitisches Land sein. Diese Einstellung ist stabil. Man sollte nicht denken, dies sei ein Hauptfaktor in der Politik."

Warum für Linke eine Zusammenarbeit mit der RKRP schwierig ist, begründet Damier wie folgt: "In der RKRP existieren verschiedene Gruppen. Einige sind mehr traditionalistisch, mehr rot, andere orientieren mehr auf die Zusammenarbeit mit den Ultrarechten. Die tragenden Säulen des rechts-linken Bündnisses (RKRP und Ultrarechte) sind zwei Dinge: Großstaatlichkeit und Antisemitismus. Die Traditionalisten in der RKRP wissen, daß das Bündnis mit den Rechten im Prinzip eine Absage an ihre Theorien und ihre Ideologie ist. Die RKRP will zu den Ultrarechten jedoch keine Trennungsposition einnehmen. Das stört jede Zusammenarbeit (der Linken mit der RKRP). Wir Anarchokommunisten nehmen an gemeinsamen Aktionen teil mit allen Kräften, die die Regierung von links kritisieren, mit einer Vorbedingung: keine Rechten, keine Zusammenarbeit mit Ultrarechten."

Und so zog am 1. Mai eine recht kleine Gruppe von Anarchisten allein durch Moskau. Die trotzkistische Gruppe Arbeiterdemokratie, die ursprünglich gemeinsam mit den Anarchisten demonstrieren wollte, hatte sich entschieden, auf der Demonstration von Trudavaja Rossija ihre Zeitung zu verkaufen.

Die Tatsache, daß Monarchisten und Stalinisten gemeinsam demonstrieren, erklärt Damier so: "Ich vermute, daß die Leitungen der RKRP und der Monarchisten jeweils denken, daß sie später siegen werden. Aber jetzt sei es wichtig, zusammen gegen die antinationale Regierung zu kämpfen."

"Die Tradition" - so Damier - "spricht für die Leiter von Trudavaja Moskwa und nicht für uns. Ich nenne mal ein Beispiel. Als wir im Juni des vorigen Jahres im Zentrum von Moskau eine Mahnwache für den Boykott der Präsidentschaftswahlen in Rußland initiierten, standen wir dort unter der Parole: ‚Boykottieren Sie die Präsidentschaftswahlen, alle Kandidaten sind gleich. Unsere Alternative heißt Selbstverwaltung`. Da kamen die Leute und fragten: ‚Was ist Selbstverwaltung? Wir verstehen das nicht.`"

2. Gemäßigtere Organisationen (nach dem Putsch von der KPdSU abgespalten)

Die Organisationen 2.1. bis 2.3. kommen aus der ehemaligen Marxistischen Plattform in der KPdSU.

2.1. Partei der Kommunisten

2.2. Union der Kommunisten um Prigarin; Traditionalisten im sowjetischen Sinne

2.3. Marxismus 21 um Busgalin (Selbstverwaltungskonzept) und Kalganov; jetzt ist Marxismus 21 aktiv in der Partei der Arbeit.

Zu den gemäßigteren Gruppen gehört auch die

2.4. Sozialistische Partei der Arbeit (SPT); gegründet von Roy Medwedjew und Teilen der KPdSU-Nomenklatura; 60.000 Mitglieder, die aber keine Aktivisten sind (B.K.); Damier: "Eine sozialdemokratische Gruppierung. Man kann sagen: Gorbatschowisten ohne Gorbatschow."

3. Die Linke des Dritten Weges (ohne Vergangenheit in der KPdSU)

3.1. Sozialdemokratische Partei Rußlands (SDPR); offiziell 10-15.000, andere meinen: 3.000 Mitglieder; es gibt drei Vorsitzende; der bekannteste ist Oleg Romanzow (um die 30, früher Wissenschaftler, jetzt Sekretär der Verfassungskommission des russischen Parlaments); weitere Promis: Pawel Kudjukin (Vizearbeitsminister) und Sergeij Chramow (Vorsitzender der neuen, unabhängigen Gewerkschaft Sotsprof).

Die SDPR gilt unter den Linken als liberale Partei. Damier: "Die sind so sozialdemokratisch wie Cavaco Silva in Portugal sozialdemokratisch ist. Aber es gibt dort auch einen linkeren Flügel. Dessen Anhänger sind für marktwirtschaftliche Selbstverwaltung. Aber diese Gruppe ist sehr minoritär. Eine weitere kleine Gruppe, die die antisoziale Politik bekämpft, kann wohl als konsequent links bezeichnet werden. Auch im zentristischen Flügel der Partei entsteht zur Zeit eine Opposition gegen die Jelzin-Regierung wegen ihrer antisozialen Politik."

Die SDPR wird von der SPD unterstützt. Kagarlitzki meint, die SDPR sei so liberal, daß "selbst der rechte Flügel der Labour Party" in Großbritannien die SDPR nicht "verträgt".

3.2. Partei der Arbeit; gegründet im Spätsommer 1991; etwa 1.000 Mitglieder (B.K.); Damier: "Am Anfang war das ein Projekt der Vereinigung der ganzen Linken, die keine Verbindungen mit der KPdSU hatten. Die hatten alle eingeladen. Von Sozialdemokraten bis Anarchisten." Geblieben seien schließlich:

a) die Mehrheit der alten Sozialistischen Partei um Kagarlitzki;

b) Marxismus 21 (Busgalin und Kalganov), die sich jetzt "Kommunisten für die Partei der Arbeit" nennen. Busgalin selbst sagt, er stehe in der Partei der Arbeit auf der äußersten Linken (für Selbstverwaltung, im Prinzip gegen Marktwirtschaft);

c) offizielle Gewerkschaftsleute wie der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation von Moskau; Kagarlitzki: "Wir haben eine sehr starke Unterstützung von der reformistischen Tendenz in den Gewerkschaften. (...) Die zentralen Leute in den Gewerkschaften sind der Partei der Arbeit gegenüber aber feindlich eingestellt. (...) Sie sagen, wir bringen sie in Schwierigkeiten, weil wir versuchen, sie in Gegensatz zur Regierung zu bringen." Damier: "Für die Führung der offiziellen Gewerkschaften ist die Partei der Arbeit im Prinzip noch nicht interessant, obwohl einige der Leiter der offiziellen Gewerkschaften sich an der Partei beteiligen";

Die Wochenzeitung Solidarnost, ein halboffizielles Organ der Moskauer Gewerkschaften, gegründet im November 1990, steht der Partei der Arbeit nahe. Zu den Autoren gehören Leute wie Kagarlitzki, Anarchisten und Grüne.

d) einige Prominente der Konföderation der Anarchosyndikalisten (KASS);

e) einzelne Mitglieder der "Gesellschaftspolitischen Vereinigung der Arbeiter" (OPOR; ging aus verschiedenen Arbeiterklubs hervor).

Das ökonomische Konzept der Partei der Arbeit skizziert Kagarlitzki wie folgt: Man will einen großen öffentlichen Wirtschaftssektor, der aber nicht zentral kontrolliert werden soll. Ein öffentlicher Investitionsfonds soll von demokratischen Institutionen auf lokaler und sektoraler Ebene kontrolliert werden. Es könne auch private Investitionen geben. Diese werden dann aber durch die öffentlichen Investitionen vorbestimmt sein. Aktuell kämpft die Partei der Arbeit gegen die Privatisierung, denn dieser Kurs zerstöre die Ökonomie, so Kagarlitzki.

Damier beurteilt die Partei der Arbeit mit einem gewissen Abstand. Er berichtet, es habe in der Partei der Arbeit einen Streit gegeben, ob man sich mehr wie die brasilianische Partei der Arbeit oder mehr wie die Labour Party in Großbritannien entwickeln solle. Schließlich habe sich die Labour-Party-Tendenz durchgesetzt. Kagarlitzki bestätigt, daß die Labour Party in Großbritannien bevorzugte Kontakte zur Partei der Arbeit unterhält. Seine Partei habe außerdem Kontakte zur PDS in Deutschland, den Sozialistischen Parteien in Norwegen und Dänemark, der Campaign Group und Tribune Group in Großbritannien sowie zu einigen trotzkistischen Gruppen. Es gäbe keine offiziellen Kontakte mit der SPD und der Sozialistischen Internationale. Als ich anmerkte, mit dieser Haltung sei man ja radikaler als die Sandinisten, antwortete Kagarlitzki: "Das Problem ist, daß die Sandinisten die Revolution hinter sich haben. Wir haben unsere Revolution aber wahrscheinlich noch vor uns." Bündnismöglichkeiten sieht Kagarlitzki mit der Sozialistischen Partei der Arbeit um Medwedjew und der RKRP. Auf Wahlebene werde man u. U. eine gemeinsame Liste mit der Sozialistischen Partei der Arbeit eingehen. Mit der RKRP werde man für die Wahlen u.U. ein Abkommen machen.

3.3. Neue Linke. Der Teil der ehemaligen Sozialistischen Partei, der nicht zur Partei der Arbeit gegangen ist, bildete die "Neue Linke". Diese Strömung (ohne Struktur, B.K.) besteht wiederum aus zwei Flügeln: Ein Flügel will Selbstverwaltung und Sozialismus. Das Staatseigentum soll auf die Staatsbürger verteilt werden, jeder bekommt eine Aktie, ganz egalitär. Dann kann man mit der Aktie machen, was man will. Zur Zeit werde versucht, in Moskau eine Konsumentenbewegung zu organisieren. Der andere Flügel der "Neuen Linken" meint, man müsse nicht nur die Interessen der Werktätigen schützen, sondern auch die der nationalen, produzierenden Kapitalisten.

3.4. Arbeiterpartei; einige hundert Aktivisten; versteht sich selbst als Gegenspieler der Partei der Arbeit (V.D.); Initiatoren kamen aus der Sozialistischen Partei; u.a. Abowin (alter Dissident, Sozialist, Emigration nach Frankreich, dort Mitglied des linken Flügels der SP, Abowin ist für Selbstverwaltung); beteiligt sind außerdem linke Sozialdemokraten und Arbeiterklubs ("linkssozialistische und stalinistische" (V.D.)).

3.5. Anarchisten. Zuerst - so Damier - waren alle Anarchisten in der KASS vereinigt. Dann kam es zu mehrfachen Spaltungen. Jetzt gäbe es vier Haupttendenzen.

3.5.1. Konföderation der Anarcho-Syndikalisten (KASS); 120-150 Mitglieder im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion; Damier: die Mehrheit ist für marktwirtschaftlichen Sozialismus: Betriebe sollen Eigentum der Belegschaft sein und miteinander marktwirtschaftlich kooperieren.

3.5.2. "Anarchoindividualistische Tendenz" (anarchokapitalistisch, V.D.); außerhalb von KASS; Einzelpersonen.

3.5.3. Anarchodemokratische Union (in der KASS) der anarchokapitalistischen Tendenz nahestehend, aber nicht gegen die Arbeiterbewegung (V.D.)

3.5.4. Zur Anarchokommunistischen Tendenz gehören: Föderation der Revolutionären Anarchisten (FRAN); gegründet im Januar 1991; 40 Mitglieder in Moskau; Initiative der revolutionären Anarchisten (IREAN); etwa 14 Mitglieder; für libertären Kommunismus; "jeder nach seinen Fähigkeiten - jeder nach seinen Bedürfnissen"; Gesellschaft als Föderation der freien Kommunen; Assoziationen der Produzenten, Konsumenten und Einwohner; koordinierende Planung von unten.

3.5.5. Assoziation der Bewegungen der Anarchisten (ADA); Informationsnetz der verschiedenen anarchistischen Gruppen aus verschiedenen Städten.

3.6. Grüne. In Moskau wurden die Grünen vom linken, radikalen, nicht-parlamentsorientierten Flügel (V.D.) der ökologischen Bewegung gegründet (Anarchosyndikalisten und Linksradikale). Nach der Gründung der Partei kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Radikalen und Gemäßigten, schließlich zur Spaltung. Jetzt gibt es die Liga der Grünen Parteien und die Russische Partei der Grünen. Wie die Sozialdemokratische Partei Rußlands so ist auch die Grüne Partei in der Frage, ob man gegen Jelzin opponieren soll oder nicht, gespalten.

3.6.1. Liga der Grünen Parteien; ökologische Anarchisten bis ökologische Liberale; lose Vereinigung mit Koordinationsrat; Gruppen in Rußland, Mittelasien und der Ukraine.

3.6.2. Russische Partei der Grünen ("marktwirtschaftliche Sozialisten bis Ökofaschisten", V.D.); gegründet im März 1990; 30 Gruppen mit rund 1000 Mitgliedern; 40 Mitglieder in Moskau, 800 in St. Petersburg. Dort sollen laut Meinungsumfrage 10% der Einwohner die Grünen unterstützen. Im Moskauer Stadtsowjet sind die Grünen mit zwei Deputierten vertreten. Außerdem gibt es noch ökologisch orientierte Kandidaten, die die Partei unterstützen. In ganz Rußland hat die Grüne Partei in den lokalen Parlamenten 15-20 Deputierte.

3.7. Trotzkisten

3.7.1. Arbeiterdemokratie; steht der Militant Tendency in Großbritannien nahe; nach eigenen Angaben 100 Anhänger; von ihrer Zeitung "Arbeiterdemokratie" werden 2.000 Exemplare verkauft; Zusammenarbeit mit anderen Linken; zum Jahrestag der Oktoberrevolution gemeinsame Demo mit den Anarchisten; aktiv auch in Trudavaja Rossija und im neugegründeten Komsomol (150 Mitglieder).

3.7.2. Sozialistische Arbeiter Union/Arbeiterinternationale für die 4. Internationale

3.7.3. Arbeiterkampf (St. Petersburg); orientiert an Socialist Workers Party (Großbritannien)

3.7.4. Spartakisten (Internationale Kommunistische Liga - Vierte Internationale). "Führende Sprecherin" der IKL "in der Sowjetunion" war Martha Phillips, eine US-amerikanische Jüdin. Sie wurde Anfang Februar ermordet aufgefunden. In der Moskauer Linken hält man es für möglich, daß sie von Faschisten umgebracht wurde. Die IKL spricht von der Möglichkeit eines "politischen Verbrechens".

uh

ak-LeserInnen, die an Hintergrundinformationen und Einschätzungen über die politische und linke Szene in der Sowjetunion/Rußland interessiert sind, möchte ich zwei Bücher empfehlen:

Kai Ehlers: Sowjetunion. Mit Gewalt zur Demokratie? Im Labyrinth der nationalen Wiedergeburt zwischen Asien und Europa, Hamburg 1991, 19,80 DM;

Boris Kagarlitzki: Die Quadratur des Kreises. Russische Innenansichten, Berlin 1992, 24,80 DM

32. Karabach und der Pantürkismus

Rubrik: Türkei; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:31

Eine Woche nach den Wahlen in Aserbaidschan gingen aserbaidschanische Truppen erneut gegen Karabach vor, nahmen etwa 20 Dörfer ein, die sie nach armenischen Angaben zerstörten. Nach armenischen Beschuldigungen wurde die aserbaidschanische Offensive von türkischen Militärexperten vorbereitet. Die Gesellschaft für bedrohte Völker behauptet, daß von Deutschland an die Türkei gelieferte Waffen (Maschinenpistolen sowie Boden-Boden- und Boden-Luft-Raketen aus NVA-Beständen) von den Aserbaidschanern eingesetzt wurden. Die armenische Regierung appellierte an die internationale Gemeinschaft, "geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine sofortige Einstellung der Kampfoperationen zu erreichen, die die völlige physische Vernichtung der Bevölkerung von Berg-Karabach zum Ziel haben". Aber auch Aserbaidschan forderte die UNO auf, "der armenischen Aggression ein Ende zu setzen".

Am 18.6. lautete die Schlagzeile der türkischen Zeitung "Milliyet": "Der neue Militärattaché hat Glück gebracht". Ende Mai sei ein neuer Militärattaché der Türkei nach Baku gekommen. Normalerweise werde ein geringerer Dienstgrad geschickt. Es bedeute eine Aufwertung für Aserbaidschan, daß die Türkei einen Brigadegeneral geschickt habe, der Pressesprecher der Eingreiftruppe in Diyarbakir z.Zt. des Golfkrieges gewesen sei. In der gleichen Ausgabe werden Vorwürfe dementiert, türkisches Militär sei in Aserbaidschan aktiv.

Die NATO hat sich inzwischen zu "friedenserhaltenden Missionen" (FAZ, 5.6.) bereit erklärt und in diesem Zusammenhang mit einer "Nebenbemerkung" auch den Konflikt um Karabach bedacht. Diejenigen NATO-Mitglieder, die Nachbarn der Konfliktparteien seien, könnten dort friedensstiftend wirken. Nun ist das einzige NATO-Mitglied der Region aber fatalerweise die Türkei, die zu diesem Konflikt sehr parteilich beiträgt.

In diesem Artikel wird zunächst ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung der Krise seit Jahresanfang gegeben, dann die Person des neuen aserbaidschanischen Präsidenten beleuchtet, und schließlich werden Meldungen und Kommentare der türkischen Presse zur Rolle ihres Landes in dem Konflikt zusammengestellt.

Eine kleine Chronologie

Seit dem 13. Februar stand Stepanakert, die Hauptstadt Berg-Karabachs, unter aserbaidschanischem Raketen- und Artilleriebeschuß. Die Karabach-Armenier eroberten den strategisch wichtigen Ort Chodschaly. Die Aserbaidschaner behaupteten, dabei hätten Massaker gegen die Zivilbevölkerung stattgefunden. Armenische Repräsentanten erklärten das für eine propagandistische Erfindung.

Am 17. Februar fordert Aserbaidschan internationale Sanktionen gegen Armenien, da es den Krieg um Berg-Karabach weiterführe.

25. Februar: Laut "Moskau News" wurde Stepanakert bereits zu 70 % zerstört.

6. März: Der aserbaidschanische Präsident Mutalibow muß wegen der Niederlagen in Karabach zurücktreten. Noch in der "Jubelstimmung" (taz) überbieten sich die Vertreter der Volksfront mit nationalistischen Äußerungen. Aliasker Siyabali: "Nagorny Karabach gehört zu Aserbaidschan. Als Volksfront geben wir den Armeniern dort Garantien für ihre kulturelle Autonomie. Die bewaffneten armenischen Banden aber müssen raus." - Der Vizepräsident der Volksfront servierte in der taz vom 9.3. eine Dolchstoßlegende auf aserbaidschanisch: "Es hat in der Vergangenheit an dem Willen gefehlt, das Problem Nagorny Karabach zu lösen. Wir haben als Volksfront gesagt, daß wir die Region binnen einer Woche von den armenischen Kommandos säubern. Doch unsere Freiwilligen haben nicht nur gegen die armenischen Kommandos gekämpft. Die Russen schlugen auf uns ein, und auch Mutalibow feuerte hinterrücks auf uns."

Bis zum 4. März ziehen sich die Truppen der GUS, denen von beiden Seiten vorgeworfen wurde, für die jeweils andere Seite Partei zu ergreifen, aus der Region zurück.

Anfang Mai bittet Berg-Karabach dringend um Hilfe, da ein extremer Mangel an Lebensmitteln, Medikamenten, Wasser und Strom herrsche. Die Sperrung von Trinkwasser wird von Aserbaidschan schon seit Anfang 1990 eingesetzt, um die Armenier aus Nord-Karabach zu vertreiben.

21.5.: Was die Türkei schon lange als Option für ihr militärisches Eingreifen zugunsten Aserbaidschans nannte, das wirft sie Armenien im Mai vor: den Angriff auf die zu Aserbaidschan gehörige Exklave

Nachitschewan. Schon in der "Milliyet" vom 27.2. war Ecevit folgendermaßen zitiert worden: "Falls die Kampfhandlungen auf Nachitschewan übergreifen, kann man nicht erwarten, daß wir indifferent bleiben".

Die Türkei beruft sich dabei auf die Verträge von Moskau und Kars 1921, die der Türkei "Rechte eines Garanten und das Recht auf militärische Intervention bei einer Änderung des Status von Nachitschewan" zusichern. - 1890 hatte Nachitschewan noch eine armenische Bevölkerungsmehrheit. 1918 wurde es von Großbritannien Armenien zugesprochen, 1920 jedoch Aserbaidschan überlassen, woraufhin es zu Pogromen an Armeniern kam.

Nach den angeblichen Angriffen Armeniens auf Nachitschewan schalten sich die USA: Sie verkünden, Grenzen seien unantastbar, und sie würden eine Veränderung derselben im kaukasischen Raum nicht zulassen.

NATO und EG, die sich bisher kaum um die Aushungerungspolitik gegen Karabach kümmerten, fordern ein Ende der Kämpfe im Kaukasus. Auch Rußland verurteilt Armenien wegen der "Annexion fremder Gebiete".

18. Mai: Die auf aserbaidschanischem Boden gelegene Stadt Latschin wird von armenischen Verbänden eingenommen. Damit ist der "Korridor" für Lieferungen nach Karabach frei.

Ein grauer Wolf im Schafspelz

"Ebulfez Elcibey, der Wahlsieger bei den aserbaidschanischen Präsidentschaftswahlen, erinnert mehr an einen dozierenden Hochschullehrer, denn an einen Politiker. ‚Demokratie` und ‚Unabhängigkeit Aserbaidschans` sind seine Lieblingswortpaare. Der Historiker und Orientalist kann stundenlange Vorträge über die Vorzüge der pluralistischen Demokratie, der Hoheit des Rechtsstaates und die Bedeutung der Individualrechte halten. Und es ist nicht nur billiges Politikergeschwätz."

So preist der taz-Journalist Ömer Erzeren den neuen aserbaidschanischen Präsidenten Elcibey als aufrechten Kämpfer für die Demokratie an, der "wegen seiner politischen Auffassungen einst in Arbeitslager und Gefängnis einsaß". (taz, 10.6.)

Die FAZ vom 11.6. legt sogar nahe, Elcibey könne als Gelehrter vielleicht zu feinsinnig für die harte Politik sein: "Kann ein geistvoller Wissenschaftler vom Schlage Elcibeys jene taktische Härte und Klugheit aufbringen, die jetzt notwendig sind? Die Art und Weise, wie er im Mai den Putsch Mutalibows vereitelte und für die termingemäße Abhaltung der Wahlen stritt, strafte die Skeptiker fürs erste Lügen."

Nachdem Elcibeys wichtigster Konkurrent, Mamedow, seine Kandidatur zurückzog, hat Elcibey die Wahlen vom 8. Juni mit höherem Stimmanteil als erwartet gewonnen: bei 75% Wahlbeteiligung mit über 60% der Stimmen, in Nachitschewan sogar 95%.

In der "Milliyet" vom 9.5. antwortete der von taz und FAZ als Demokrat bezeichnete Staatspräsident auf die Frage, welcher politische Führer der Türkei ihm am meisten gefalle, es "sei der Führer der Partei der Nationalen Arbeit (MCP), Alparslan Türkes."

Die faschistische Partei war in der Türkei mit ihren Schlägerbanden, den Grauen Wölfen, nach dem Putsch verboten worden, existiert aber seit 1989 unter dem Namen MCP wieder legal und ist sogar im Parlament vertreten. Die MCP ist seit einigen Jahren auch in Aserbaidschan aktiv. In der MCP-nahen Zeitschrift "Ocak" hieß es schon im März 1990 zu Aserbaidschan: "Eigentlich müssen wir beschämt sein. Während wir hier mit unseren Gedanken hinter dem Berg halten, finden wir dort die Wolfsflagge ganz offen an der Spitze von Demonstrationszügen; das Bild unseres Führers hängt in jeder Niederlassung der Nationalen Front."

Auch in Elcibeys Zimmer im Hauptquartier der Volksfront finden sich die entsprechenden Symbole, wie die "Cumhuriyet" am 12.3. fasziniert beschrieb: "Die aus einem Atatürk-Porträt, einem grauen Wolf in der Mitte eines Halbmondes, dem Schriftzug 'Gott beschütze die Türken' und der aserbaidschanischen Fahne bestehende Dekoration zieht unsere Aufmerksamkeit auf sich."

Lobend äußert sich Elcibey aber auch über den Führer der Partei der Demokratischen Linken in der Türkei (DSP), Bülent Ecevit, der große Verdienste erworben habe bei der "Befreiung der Türkischen Republik von Nord-Zypern".

Ecevit versucht seit einiger Zeit, die Rechten in Sachen Nationalismus noch zu übertreffen. So forderte er schon im März, zur Abschreckung türkisches Militär an der Grenze aufmarschieren zu lassen und militärisches Gerät für Aserbaidschan bereitzustellen. ("Hürriyet", 15.3.)

In der "Hürriyet" vom 20.5. ist ein ausführliches Interview mit Elcibey abgedruckt. Auf die Frage, ob er ein Radikaler sei und ob die Befürchtung berechtigt sei, er werde Aserbaidschan in einen totalen Krieg hineinziehen, antwortet Elcibey: "Das Hineinziehen Aserbaidschans in einen totalen Krieg und die Behauptungen vom Turanismus, Pantürkismus sind Worte von außen. Wir haben ein Ideal: Die Rückkehr zum Türkentum. Man muß das Türkentum an eine zeitgenössische Denkweise heranführen und den Anschluß an die Welt finden. Dann kann uns keiner als Wilde bezeichnen."

In der Überschrift wird behauptet, Elcibey sei "Türkist, aber kein Turanist". Mit solchen feinen Unterscheidungen wird man auch noch Schönhuber als "Demokraten" charakterisieren können. ("Turan" ist das anvisierte Großreich des Pantürkismus, mit einer Reichweite bis zur chinesischen Mauer, in dem sich nach der "Befreiung der Brüder im Ausland" alle Türken zusammenschließen sollen. "Die in Asien nebeneinander wohnenden türkischen Stämme werden sich unter der türkischen Fahne sammeln und ein großes Kaiserreich bilden. Turan ist das Vaterland des Großtürkentums." - Tekin Alp, 1915 - Turan nennt sich auch die Nachrichtenagentur Aserbaidschans.)

Der türkische Premierminister Demirel kam der herrschenden nationalistischen Stimmung bei seiner Reise durch den Kaukasus und Zentralasien (Anfang Juni diesen Jahres) entgegen. In einer Rede, die er vor turkmenischen Honoratioren hielt, sagte er: "Ihr seid nicht nur ein Volk von vier Millionen. Es gibt eine gewaltige Welt des Türkentums von der Adria bis zur chinesischen Mauer." (taz, 4.6.) Ähnliches gab er in Nachitschewan und Aserbaidschan von sich.

Übrigens veröffentlicht die "Moskau News" (Juli 1992) ein Gespräch mit Elcibey. Vorweg werden folgende angebliche Eigenschaften des Präsidenten aufgezählt: Menschenliebe, Herzensgüte und Gerechtigkeitssinn. Auf die Feststellung der Zeitschrift, er sei "einer der wenigen politischen Gefangenen Aserbaidschans" gewesen, antwortet Elcibey: "Ich war und bin Antikommunist und habe wirklich Propaganda für die Ideen der Unabhängigkeit und nationalen Wiedergeburt gemacht." - Die Frage,ob Demokratie und Islam einander nicht ausschließen, beantwortet er unter direktem Bezug auf den Pantürkismus: "Die Wiedergeburt des aserbaidschanischen Volkes ist aber eng mit dem Pantürkismus und mit der islamischen Zivilisation verbunden, in deren Schoß sich die Turkvölker entwickelten. Darum sind diese drei Prinzipien (gemeint sind: Demokratie, Türkismus und Islam) logisch."

Selbst die "Hürriyet" behauptet zwar einerseits, Elcibey sei trotz seiner Milizen, der Grauen Wölfe, kein Faschist, wendet aber dann ein, daß es schwierig sei, eine Trennlinie zu ziehen. "Der offen größte Unterstützer Elcibeys ist, wenn es auch nicht offiziell gesagt wird, die Türkei, insbesondere die Idealisten (Anhänger der MCP, der Faschisten, d.Ü.) in der Türkei ..."

Es fragt sich, warum der taz-Journalist Ömer Erzeren, der aus Baku direkt berichtet, es also besser wissen müßte, trotzdem behauptet, die im Westen verbreitete Vorstellung, "Elcibey sei nicht weit von Faschisten entfernt", sei "Unsinn". (taz, 9.6.)

Erzeren entschuldigt den Nationalismus der Volksfront als "Reaktion auf die Herrschaftsmechanismen des Russischen Reiches und später der Sowjetunion". Wenige Tage zuvor (am 6.6.) hatte Ömer Erzeren noch selber in der taz geschrieben: "Der bezüglich Berg-Karabach als nationalistischer Falke angesehene Elcibey hat angesichts der militärischen Niederlagen diplomatischere Töne angeschlagen. (...) Doch wie alle anderen Kandidaten läßt er keinen Zweifel an seiner Position: ‚Berg-Karabach gehört zu Aserbaidschan`."

In Ömer Erzerens Porträt (taz, 10.6.) wird deutlich, daß Elcibey vor allem Realpolitiker ist. Auf die Frage, ob Aserbaidschan ein Militärbündnis mit der Türkei abschließen wolle, antwortete er: "Wissen Sie, am liebsten würde ich ein Militärbündnis mit den USA abschließen. Denn die USA sind die politische Kraft, die zählt."

Die USA sind mit der vom CIA finanzierten Zeitschrift "Yeni Forum" (Neues Forum) schon seit Anfang der 80er Jahre in den islamischen Sowjetrepubliken, vor allem in Aserbaidschan, aktiv. (Nach "Blätter des iz3w", März/April 92: "Alle zwei Wochen (...) erschienen Berichte über eine der Republiken, vorwiegend

Aserbaidschan, Übersetzungen oder Übernahmen aus Veröffentlichungen, die meistens ‚türkische Identität` zum Thema hatten.")

Tatsächlich ist es durchaus "Standard" unter Anhängern des Pantürkismus und türkischen Rechtsextremen, sich am Westen zu orientieren. Der Westen müsse "seine Furcht vor dem Pantürkismus abwerfen und erkennen, daß das türkische Modell auch für ihn das beste ist." ("Tercuman", 17.1., zitiert nach "iz3w")

Ähnlich falsch wie mit seiner Beurteilung Elcibeys lag Erzeren mit seiner Einschätzung über die Auswirkungen der Wahl: "Doch der Historiker Elcibey ist ein gewiefter politischer Stratege, der unmittelbar keine Eskalation in Berg-Karabach vorantreiben wird." "Die ersten freien Wahlen in Aserbaidschan sind auch eine Chance für eine friedliche Beendigung des Berg-Karabach-Konflikts. Es ist zu hoffen, daß Armenien nun politische Konzessionen macht, wie die Rückgabe des besetzten aserbaidschanischen Territoriums um die Stadt Latschin, um diesen Prozeß zu fördern." (taz, 9.6.)

Nicht einmal eine Woche nach der Wahl starteten aserbaidschanische Verbände eine Großoffensive gegen Karabach.

Deutsche Waffen in Aserbaidschan?

"Aserbaidschan hat bei der Offensive gegen Nagornyj Karabach nach Angaben der Göttinger ‚Gesellschaft für bedrohte Völker` auch Waffen aus Beständen der ehemaligen Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR eingesetzt. Die Organisation berichtete am Montag unter Berufung auf Informationen aus Stepanakert vom Vortag, Aserbaidschan habe die NVA-Waffen von der Türkei erhalten; darunter seien Maschinenpistolen sowie Boden-Boden- und Boden-Luft-Raketen. Sie forderte Außenminister Kinkel auf, Waffenlieferungen an die Türkei zu stoppen."

Diese Meldung befindet sich in der FAZ vom 16.6.92. Ähnlich schrieben FR, taz und andere. Der Vorwurf, die Türkei habe Waffen an Aserbaidschan weitergeleitet, besteht schon seit langem. Eine Anfrage der PDS an die Bundesregierung wurde am 20.2.92 so beantwortet: "Der türkische Generalstab hat erklärt, daß alle gelieferten Rüstungsgüter aus Beständen der Bundeswehr nachweisbar im Besitz der türkischen Streitkräfte seien."

Nun wurde zwar auch der Einsatz von Waffen aus NVA-Beständen gegen Kurden so lange abgeleugnet, bis es nicht mehr möglich war, doch hat das noch keine Beweiskraft, den Einsatz dieser Waffen in Karabach betreffend.

An dieser Stelle sollen nun Forderungen türkischer Politiker nach Waffenunterstützung für Aserbaidschan oder sogar direktem militärischen Eingreifen der Türkei in Karabach sowie widersprechende Äußerungen in der türkischen Presse dargestellt werden.

Am 14.2. berichtete die "Milliyet" über den Besuch Demirels in Washington. "Als Demirel bei den Unterredungen seine Sorgen über den Kaukasus darlegt, verteidigt er den Standpunkt, daß der US-Präsident die Unterstützung Armeniens durch Europa unterbinden müsse ... Der Ministerpräsident teilte mit, daß nur Amerika oder Rußland die Eskalation der armenisch-aserbaidschanischen Ereignisse durch friedliche Maßnahmen aufhalten können und daß die Türkei alles in ihrer Macht stehende tun werde, dies zu unterstützen."

"Hohe Militärbehörden betonen auch, daß die geheimen Waffenlieferungen aus der Türkei, die als erster Staat die Unabhängigkeit Aserbaidschans anerkannt hat, an Baku vollkommen erdichtet sind. (...) ‚Während der Visite des aserbaidschanischen Staatspräsidenten gab es mit Sicherheit keine Forderung nach Waffen und Munition. Sie baten uns lediglich um Militäruniformen und Offiziersausbildung. Diese werden wir auch schicken.`"

Demirel habe mit Bezug auf den Krieg um Karabach gewarnt, "keine zweite arabisch-israelische Angelegenheit" zuzulassen. "Präsident Bush jedoch, obwohl er die von einer Instabilität in der Region hervorgehenden Probleme betont, bevorzugt eine ‚vorsichtige` Vorgehensweise, wie sie Demirel in der Irak-Frage an den Tag gelegt habe."

Die "Milliyet" zitiert in derselben Ausgabe aus einem Brief von Bush: "Aus der Sicht der Schaffung einer stabilen Lage für den Erfolg der mittelasiatischen Republiken auf dem Weg von Reformen für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung bin ich der Meinung, daß wir mit der Türkei eine innige und intensive

Zusammenarbeit eingehen können. Die Türkei wird für diese Republiken ein wichtiges Modell darstellen können."

Am 22.2. berichtete "Milliyet": "Der armenische Abgeordnete Zirij Balayan, der sich zur Fühlungsaufnahme in Bonn aufhält, hat sich mit der Behauptung, die Türkei sei im aserbaidschanisch-armenischen Konflikt parteiisch und würde den Aseris Waffen liefern, bei den Deutschen über die Türkei beschwert. ‚Der russische Generalstabschef General Samsanov sagte mir, daß die Türkei im letzten Dezember in Konvois Waffen aus der Türkei über die Brücke nach Sadarak geliefert hat`, sagte Balayan und behauptete, daß die Türkei in der Karabach-Frage kein Vermittler sein könne." "Der SPD-Abgeordnete Dietmar Sperling, der sich Anfang Februar zu Sondierungszwecken in Armenien und Aserbaidschan aufhielt, drückte aus, er glaube nicht, daß die Türkei der aserbaidschanischen Armee Hilfe leisten würde und sagte: ‚Der große Fehler des Westens ist, die Bakuer Seite zu vernachlässigen.`"

"Die Armee steht bereit"

In der "Milliyet" vom 27.2. findet sich der wohl "ausgewogenste" Kommentar der türkischen Presse zu Armenien und Karabach (von Sahin Alpay). Behandelt wird, wie in vielen anderen Kommentaren, die Frage, ob Armenien "das Israel des Kaukasus" werden könne, sozusagen ein zweiter Stachel des Westens im Fleische der islamischen Welt: "Im Gegensatz zu Israel, das der gesamten arabischen Welt die Stirn bieten kann, ist Armenien - gleich aus welchem Blickwinkel man es auch betrachtet - in einer großen Schwäche. Um auf den Beinen zu stehen und sich zu entwickeln, braucht es in vielerlei Hinsicht seines einzig verläßlichen Nachbarn, der Türkei. Israel ist kein Feind der Türkei. Auch Armenien braucht kein Feind der Türkei sein."

Am 14.3. werden in der "Milliyet" Optionen durchgespielt, wie die Türkei auf die militärischen Erfolge der armenischen Seite reagieren sollte. "Hilferuf aus Baku - Aserische Führer sagten: ‚Die Armenier marschieren auf aserbaidschanischem Boden. Die Lage ist besorgniserregend. Tut, was ihr tun müßt.` ... Die Armee steht bereit - Telefonisch wurden Inönü in Paris, Cetin in Lissabon unterrichtet. Demirel stürzte sich ans Telefon, um Bush zu informieren, und Inönü, um Mitterand zu informieren. Es war zu erfahren, daß Armeegeneral Güres bei den wöchentlichen Zusammenkünften Özal gegenüber sagte: ‚Falls erforderlich, können wir in Aserbaidschan Soldaten zusammenziehen.` Demirel brachte Özal davon ab, nach Baku zu gehen."

Demirel hat laut "Milliyet" die Haltung vertreten, solange die Grenzen der Türkei nicht verletzt würden, nicht auf militärische Lösungen zu setzen, sondern auf diplomatische Weise vorzugehen. Für den Fall, daß die armenischen Angriffe nicht gestoppt werden könnten, würde die Türkei, wenn auch ungewollt, in den Krieg hineingezogen werden.

"Milliyet" zitiert "eine militärische Quelle": "Es wäre ein großer Fehler, wenn die Armenier glauben, daß die Türkei nicht in einen Krieg verwickelt werden will und sich dadurch ermutigt fühlen." "Die nach Aserbaidschan verschickte Hilfe wird um ein Vielfaches erhöht, und dadurch wird de facto bewiesen, daß die Aseris in diesem Kampf nicht allein sind. Die von den mittelasiatischen Ländern begonnene Aktion, Freiwillige zu rekrutieren, wird unterstützt."

Man setze auf die öffentliche Meinung in den USA und den Ländern Europas, und als "Repressionsmaßnahme gegenüber den Armeniern", sollte das nicht helfen, könnte die Türkei gezwungen sein, eine "Anzahl Waffen und Munition nach Aserbaidschan" zu schicken. Als letzte Option behalte sich die Türkei vor, "militärische Maßnahmen anzuwenden".

"Machen wir dem Armenier Angst"

Am 5.3. fragt ein Necati Dogru in der "Milliyet", warum kein Transportstreik gegen Armenien begonnen werde: "In den letzten 3 Tagen starben 700 aserische Türken (...) (es folgt eine ausführliche Schilderung, wie bestialisch das angeblich geschehen sei) Und im Hafen von Mersin angelandete Güter werden lammfromm für Armenien auf den Weg gebracht. Sind wir mit Sprüchen oder in Wahrheit auf der Seite der Aseris?"

Am 6.3. wird Ecevit von der Partei der Demokratischen Linken (DSP) mit dem "bemerkenswerten Vorschlag" zitiert, militärisches Gerät nach Aserbaidschan zu schicken und deutlich zu machen, daß ein Angriff auf Nachitschewan einen Angriff auf die Türkei darstelle. Weiter schlug Ecevit eine Blockade vor, bis sich Armenien aus Karabach zurückzieht. Außerdem müßten "Grenzregulierungen" vorgenommen werden, die für beide Seiten verträglich seien.

"Milliyet", 7.3.: "Özal: ‚Machen wir dem Armenier Angst` ... Staatspräsident Turgut Özal erklärte, daß die Türkei im Zusammenhang mit Karabach einiges unternehmen könne, und sagte: ‚Wir müssen sie ein wenig erschrecken.`" - Auch Özal schlug Blockademaßnahmen gegen Armenien vor. Am selben Tag wird in der "Milliyet" berichtet, daß die Hafenarbeiter-Gewerkschaft die Entladung einer Hilfsgüter-Lieferung für Armenien bestreikte.

"Milliyet", 9.3.: "Demirel ist zurückhaltend (...) Die schwersten Vorwürfe gegen die von Demirel verfolgte Politik sowie die Forderung nach härteren Maßnahmen kamen vom Führer der Partei der Demokratischen Linken, Bülent Ecevit."

"Hürriyet", 15.3.: "Ecevit: An der Grenze soll Militär zusammengezogen werden." - Die Regierung verliere nur Zeit, wenn sie sich bemühe, die USA, EG, NATO "und sogar Frankreich" einzuschalten: "Zur Abschreckung muß man unverzüglich das Militär an die Grenzen Armeniens und Aserbaidschans aufmarschieren lassen."

In der "Milliyet" vom 17.3. werden "Kaukasische Szenarien" vorgestellt: "Die Bush-Regierung, die die türkische Presse und die Reaktion der Bevölkerung täglich verfolgt, fürchtet, daß die Demirel-Regierung aufgrund des Drucks aus der Bevölkerung gegen Armenien Front machen könnte. Die gemeinsame Ansicht der in Washington entwickelten Szenarien ist, daß die Türkei zwischen dem Westen und dem Osten in Bedrängnis geraten wird."

Eine Möglichkeit sei, daß sich ein Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan entwickelt, Aserbaidschan zu unterliegen droht, die Türkei sich einschaltet, wodurch sich die Beziehungen zur USA verschlechtern würden. Die andere Möglichkeit wäre, daß Armenien unterliegt, der Westen sich zu seinen Gunsten einschaltet, und ... Dritte Möglichkeit: der Iran könnte einen Moment ausnutzen, in dem die Türkei sich bemüht, das Gleichgewicht zu bewahren, um das Vakuum im armenisch-aserischen Krieg auszufüllen.

Die "Hürriyet" vom 19.3. klärt unter der Rubrik "Meinungen" darüber auf, daß nur der Iran hinter den armenischen Erfolgen in Karabach stecken könne, da nur an dieser Stelle eine Lücke in der Blockade sei, um Waffen an Armenien zu liefern. Der Iran habe Angst vor den Aserbaidschanern im eigenen Land (die in diesem Falle auf 12-15 Millionen beziffert werden, in anderen Fällen auf 10 oder 20 Millionen), darum unterstütze er Armenien.

In der "Milliyet" vom 28.3. kritisierte der Ex-Finanzminister Adnan Kahveci (ANAP), die Aserbaidschan- und Armenien-Politik der Regierung sei inhaltslos. "Warum hält die Regierung die vielen Dutzend Flugzeuge voller Güter - auch wenn es keine Waffen sind - nicht auf? Akzeptiert sie nicht, daß Armenien ein Aggressor ist?"

Nationalismus von Links

Die linke Zeitschrift "2000é Dogru" machte in ihrer Ausgabe vom 24.5. angebliche Waffenlieferungen vom US-Stützpunkt Incirlik nach Armenien zum Titelthema. Wenn eine Zeitschrift solch einen Aufmacher benutzt, sollte mensch annehmen können, daß handfeste Informationen dahinter stehen. Tatsächlich aber kann "2000é Dogru" nur auf eine Meldung aus dem Publikationsorgan des Informationsvereins Aserbaidschan verweisen: "Ein Vertreter der Volksfront, der der Zeitung eine Erklärung abgab, sagte, daß es in den Händen der Armenier ‚modernste Waffen` gebe. Der Volksfrontvertreter sagte, daß die am meisten eingesetzten Waffen ‚in Amerika hergestellte MI 24 und MI 8 Cobra Hubschrauber` seien."

Mehr hat "2000é Dogru" nicht zu bieten. Alles andere ist Spekulation. Und selbst an dieser kurzen Meldung ist die Hauptinformation falsch: MI 8 und MI 24 sind sowjetische Hubschraubermodelle, eine amerikanische MI 8 Cobra gibt es nicht.

Die "sozialistische" Zeitschrift erleichtert sich die Spekulation, indem sie feststellt, daß nicht einmal der regionale Vorsitzende des türkischen Geheimdienstes Incirlik von innen kenne. "Was noch besorgniserregender ist: Im Stützpunkt Incirlik gibt es Bereiche, die die Angehörigen der türkischen Streitkräfte nicht betreten können. Wenn die ‚humanitäre Hilfe`, die verschiedene armenische Institutionen in der Türkei und in Europa gesammelt haben, nicht ans Ziel gebracht werden kann, wendet man sich an Incirlik. Von hier aus wird sie verschickt. Diese Information gibt ein armenischer Geistlicher an ‚2000é Dogru`."

Das nun ist eine besonders perfide und absurde Behauptung. Die Armenier in der Türkei sind viel zu eingeschüchtert, um auch nur an die Möglichkeit zu denken, Waffen nach Armenien zu schmuggeln. In einem

Gespräch, das die "Milliyet" am 9.3. mit dem armenischen Patriarchen in der Türkei führte, wird das besonders deutlich: "Kazanciyan (...) wiederholte während unseres Gespräches des öfteren, daß er Angst davor habe, falsch verstanden zu werden. Im Gespräch sagte Patriarch Kazanciyan, er sei türkischer Staatsbürger, und seine Hauptaufgabe sei, jedweden Angriff auf die Türkei abzuwehren. Er fügte hinzu: ‚Sie müssen wissen, daß die in der Türkei lebenden Armenier sich wie türkische Staatsbürger fühlen. Sie sagen, daß sich ihre Herkunft hier befindet. Es ist falsch, sie irgendeinem Verdacht auszusetzen. Die Armenier hier denken wie die Türken.`"

Zurück zu "2000é Dogru": Nachdem diese Zeitschrift glücklich "bewiesen" hat, daß von Incirlik aus Waffen nach Armenien geflogen werden, widmet sie sich der innenpolitischen Lage: "Die Gemeinsamkeiten von Demirel und Özal - ‚Demirel ist ängstlich. Demirel geht kein Risiko ein. Wenn es Özal wäre, wären wir in Nachitschewan wie in Karabach einmarschiert.` So ‚analysieren` Kolumnisten, die Özal-Anhänger sind, die Situation. Das Problem wird zu einem Gegensatz zwischen dem in der Außenpolitik ‚wagemutigen` Özal und Demirel, der es nicht ist, reduziert. Es kommt niemandem in den Sinn, daß der eigentliche Faktor für die indifferente Haltung der Türkei bei der Gebundenheit per Nabelschnur an die USA zu suchen ist."

Nur die armen geschlagenen Muslime außerhalb würden noch daran glauben, daß Özal ein Falke ist; in Wirklichkeit bestimme die USA die Politik, und gerade Özal sei doch der "amerikanischte" der türkischen Politiker. Die materielle Grundlage der türkischen Außenpolitik finde sich in dem "Faktor der Auslandschulden". Diese würden von den USA schon seit der Zypern-Krise als Druckmittel eingesetzt.

Ein anderer Aspekt sei die Konkurrenz zwischen Türkei und Iran in Aserbaidschan. "Die meisten Waffen gelangen vom Iran aus in die Region. Deutschland wiederum unterstützt den Iran, um die USA zu schwächen", wird ein Hochschul-Professor zitiert. Nur dürftige "Beweise" auch in diesem Fall.

Was andere türkische Zeitungen eher plump nationalistisch behandeln, das wird hier, z.B. durch Verweise darauf, daß der Sicherheitsberater des armenischen Präsidenten aus den USA stammt (viele Armenier flüchteten nach dem Genozid 1915 in die USA) in eine antiamerikanische Stoßrichtung gelenkt. Es fällt schwer, zu entscheiden, welche Form des Nationalismus gefährlicher ist.

Zum Schluß, als Anregung, die leider wohl erst in sehr fernliegenden Zeiten angenommen werden wird, zwei Zitate aus einem Buch Arnold Zweigs, in dem es um die Entstehung des Konflikts zwischen Palästinensern und Israelis geht (womit dieser Konflikt nicht auf eine Stufe mit jenem gestellt, nur eine Ähnlichkeit genannt sein soll):

"Ein Rechnung zwischen Arabern und Juden schien aufgemacht zu sein, die nie wieder beglichen werden konnte. Der Geisteszustand der Menschen, ihre Aufregung, ihre Empörung gegeneinander, die Fragwürdigkeit des Besitzes und der Zukunft für jeden einzelnen, das wilde und planlose Umsichschlagen mit Drohungen, Ratschlägen und Verzweiflungsmaßnahmen - all das schuf eine Atmosphäre von Krieg."

",Und was soll nachher werden?`, fragte sie, als Frau auch das Kommende bedenkend. ‚Wir müssen doch mit ihnen wieder zusammenleben.` - Er nickte finster. ‚Niemand wünscht mehr als ich, alles ginge gut vorüber. Natürlich müssen wir mit ihnen zusammenleben. Und wir wollen es auch; sie und wir zusammen, das ist das Land. Aber sie müssen das erst begreifen.` - ‚Viele von den unseren auch`, ergänzte sie." (Arnold Zweig, De Vriendt kehrt heim)

jur.

33. "Der Friedensprozeß ist festgefahren." Gespräch mit dem Leiter der palästinensischen Verhandlungsdelegation, Haidar Abdel Shafi

Rubrik: Israel / Palästina; PLO · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:26

Der Leiter der palästinensischen Delegation bei den bilateralen Friedensgesprächen, Dr. Haidar Abdel Shafi aus Gasa, absolvierte auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD im Juni einen Besuch in der BRD. In Bonn traf er mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses und Präsidiumsmitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Hans Stercken, und anderen Parlamentariern zusammen. - Das Gespräch mit Abdel Shafi führte Georg Stein am 3. Juni.

Georg Stein: Abdel Shafi, die multilateralen Friedensgespräche wurden kürzlich auf Herbst verschoben und die bilateralen Gesprächsrunden endeten mehr oder weniger ergebnislos. Ist der Friedensprozeß tot?

Abdel Shafi: Nein, ich würde ihn nicht als tot bezeichnen, aber der Friedensprozeß und die Verhandlungen sind festgefahren. Beide Seiten haben den Friedensprozeß nicht boykottiert, denn beide haben sich auf weitere Verhandlungen festgelegt. Daher ist der Friedensprozeß nicht tot, aber er ist im Moment zum Stillstand gekommen.

Was sind denn im Hinblick auf die israelische Politik die entscheidenden Voraussetzungen für einen erfolgversprechenderen Fortgang der Friedensgespräche?

Ich glaube, daß der Grund für den Stillstand die unnachgiebige Haltung der israelischen Regierung in Bezug auf die Interimsphase ist, wobei sie unerbittlich dagegen ist, daß die palästinensische Interimsregierung in einigen Fragen grundlegende Autorität erhält, wie zum Beispiel im Bereich der Wasserressourcen oder daß sie legislative Gewalt haben sollte. Diese Forderungen werden von israelischer Seite abgelehnt. Die Israelis bestehen darauf, daß diese Dinge unter der Kontrolle der Besatzungsmacht bleiben. Auch das jetzige Rechtssystem soll in Kraft bleiben. An dieser Stelle sollte ich vielleicht darauf hinweisen, daß Israel das Rechtssystem nach der Besetzung unter Verletzung der Grundsätze der Genfer Konvention ergänzt hat. Israel hat auch viele Militärerlasse eingeführt, die Gesetzeskraft haben und ein System der Diskriminierung etablieren, so daß wir auf keinen Fall den israelischen Standpunkten zustimmen können. Deswegen sind jetzt die Verhandlungen völlig festgefahren. Die israelische Position bedeutet einfach die Fortsetzung der Besatzung und eine Stärkung der Kontrolle über die palästinensischen Bewohner.

Arafat hat sich kürzlich im Hinblick auf die multilateralen Verhandlungen wenig optimistisch geäußert. Dennoch hat er sich bereit erklärt, den israelischen Ministerpräsidenten auf "neutralem Boden" und "unter internationaler Schirmherrschaft" zu treffen. Zielt dieser Vorschlag vor allem auf den israelischen Wahlkampf?

Nein, das denke ich nicht. Es ist eine weitere Geste von palästinensischer Seite, die direkt von Arafat kommt, um die palästinensische Bereitschaft und Ernsthaftigkeit zu zeigen, Frieden zu schaffen, einen gerechten und ernsthaften Frieden. Diese Erklärung stellt eine Herausforderung an Herrn Schamir dar. Ich sehe nicht, wie Herr Schamir weiterhin Friedensangebote auf diese unrealistische und ungerechtfertigte Weise abschlagen kann, indem er auf seinem Standpunkt beharrt. Dies darf wirklich nicht länger toleriert werden. Deshalb sage ich, daß die eine echte Anforderung an Herrn Schamir ist, und ich weiß, daß Arafat es ernst meint, wenn er diese Geste macht. Ich denke nicht, daß dies etwas mit den Wahlen in Israel zu tun hat.

Schamir hat vor wenigen Tagen erneut betont, daß die israelische Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten einen palästinensischen Staat verhindern wird. Wie kann denn Israels Siedlungsexpansion - ein Haupthindernis auf dem Weg zum Frieden - gestoppt werden?

Schamir kann das nur auf der Grundlage von nackter Gewalt sagen. In der Tat beruht Israels andauernde Existenz in den besetzten Gebieten und sein gesamtes Verhalten von Anfang bis Ende auf Gewalt. Sie beruht nicht auf irgendeiner Gesetzlichkeit oder Rechtmäßigkeit. Deshalb, wenn Sie mich fragen, wie wir das machen werden, sage ich Ihnen, daß wir nicht die Macht haben, Israels Politik zu stoppen. Aber ich denke, Schamirs Haltung ist nicht nur für uns eine Herausforderung, sondern eine für die Weltöffentlichkeit, eine Herausforderung für die westlichen Demokratien, die sich zu den Werten der internationalen Legitimität, den

Menschenrechten und den Resolutionen der Vereinten Nationen bekennen. Deshalb warten wir eigentlich darauf, deren Antwort auf Schamirs Politik zu hören.

Jitzchak Rabin, Kandidat der israelischen Arbeitspartei für das Amt des Ministerpräsidenten, sieht in der ungelösten Palästinafrage mittlerweile ja immerhin das Hauptproblem im arabisch-israelischen Konflikt. Rabin hat vorgeschlagen, zuerst den Palästinensern ihre Autonomie zu geben und dann Frieden zu schließen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten. Gibt es mehr Hoffnung auf einen Frieden, wenn die Arbeiterpartei die Wahlen in Israel gewinnt?

Zunächst einmal stimme ich mit Herrn Rabin darin überein, daß die Ursache der Friedensprobleme in dem Gebiet der israelisch-palästinensische Konflikt ist. Ich denke, daß jede gerechte Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts sofort den Weg ebnen würde für eine Lösung der arabisch- israelischen Probleme. Ich denke, wir haben uns schon eingesetzt für eine Interimsphase, in der eine autonome palästinensische Regierung etabliert werden soll. Wir sehen das aber nicht als eine endgültige Lösung des Konflikts, sondern nur als eine Zwischenphase, und wir können sicherlich nicht unser Recht auf Selbstbestimmung und auf Gründung unseres eigenen unabhängigen Staates aufgeben. Und sicherlich akzeptieren wir das Interimsprinzip, bei dem der Wechsel, der Transfer von Autorität langsam und vorsichtig weitergehen sollte, und bei dem alle Sorgen Israels und seine legitimen Sicherheitsinteressen berücksichtigt und respektiert werden sollten.

Das Friedensprogramm der PLO vom November 1988 hat für die Palästinenser bislang wenig konkrete politische Veränderungen bewirkt. Darüber - aber auch über die seit Madrid ergebnislosen Verhandlungen - sind viele Palästinenser frustriert. Beeinträchtigt das die politische Unterstützung für die PLO in den besetzten Gebieten?

Nein. Ich denke, die PLO hat eine wirkliche Anstrengung in Hinsicht auf die Realisierung eines gerechten Friedens im Nahen Osten unternommen. Ich denke, die Seite, der der Mangel an Fortschritt vorzuwerfen ist, ist Israel. Das ist offensichtlich. Deshalb glaube ich nicht, daß die PLO Rückschläge wegen der undurchsichtigen Haltung Israels zu erleiden hat. Ich denke, daß die Palästinenser das sehr gut verstehen. Es gibt keinen Grund dafür, daß die Unterstützung der PLO unter den Palästinensern allgemein abnehmen sollte. Sicherlich soll das nicht heißen, daß es keinen Raum für Verbesserungen in den palästinensischen Bemühungen um Frieden gibt.

Es scheint aber eine politische Tatsache zu sein, daß immer mehr Palästinenser in den besetzten Gebieten gegen die ergebnislosen Verhandlungen sind. Auch innerhalb der PLO gibt es Widerstand dagegen, vor allem von Volksfront des George Habash. In den besetzten Gebieten zeigt sich die politische Enttäuschung übrigens auch im zunehmenden Einfluß islamischer Gruppierung wie Hamas oder Dschihad Islami.

Das stimmt ohne Zweifel. Die Entwicklung gibt den Menschen Grund, vom Friedensprozeß enttäuscht zu sein und reduziert die Glaubwürdigkeit des Friedensprozesses und der Verhandlungen. Das bringt sicherlich mich und die palästinensische Delegation in eine kritische Lage. Ich bin sicher, daß wir unsere Position nicht länger halten können, wenn die Situation noch lange so bleibt. Wie ich schon sagte: Wir warten jetzt auf die Antwort der Vereinten Nationen, und ich weiß, daß diese erst nach den Wahlen in Israel kommen wird. Wir warten auch auf die Antwort der Europäer auf die unnachgiebige Haltung Israels, und wir hoffen, daß die westlichen Demokratien nicht über die drastische Verletzung der Demokratie durch Israel hinwegsehen werden.

In Ihrem Gespräch mit Staatssekretär Helmut Schäfer vom Auswärtigen Amt warnten Sie vor weiteren deutschen Krediten an Israel; vor allem deswegen, weil diese Gelder sowieso nur der israelischen Siedlungsausdehnung dienen. Sie haben von der Bundesregierung und der EG mehr wirtschaftlichen Druck auf Israel verlangt. Wie kann der konkret aussehen?

Ich denke, daß Deutschland weiterhin Israel unterstützt wie es das zuvor getan hat, aber ich ich gehe davon aus, daß die Deutschen durch die Repressalien Israels gegenüber den Menschen in den besetzten Gebieten irritiert sind. Die Bundesregierung ist sehr unzufrieden mit der Siedlungspolitik, da man weiß, daß sie im Widerspruch mit den Aussichten auf Frieden steht. Die deutsche Regierung versucht, eine ausgewogene Haltung einzunehmen, und ich glaube, wenn man nicht bereit ist, Israel weitere Kredite zu geben, dann ist das einfach deswegen, weil man gegen die israelisch Siedlungspolitik ist. Ansonsten ist Deutschland nicht dagegen, Israel anderweitig zu unterstützen, obwohl es aus meiner Sicht und wegen des Friedens im Nahen

Osten nötig ist, alle möglichen Druckmittel zu nutzen, die Israel dazu bringen könnten, von seiner unnachgiebigen Politik Abstand zu nehmen.

In den letzten Wochen (im Mai - Anm. AK) hat sich die Situation in den besetzten Gebieten noch mehr verschärft. Auf der anderen Seite hat es manchmal den Anschein, als habe die Intifada ihren Höhepunkt überschritten. Produziert der Aufstand noch genügend politischen Druck oder ist die Intifada am Ende?

Nein. Die Intifada wird weitergehen. Sie wird nicht verschwinden, es sei denn, es käme zur Realisierung der Ziele des Aufstands, wie dem Ende der Besatzung und der Durchsetzung des palästinensischen Rechts auf Selbstbestimmung. Die Gewaltakte, zu denen es im Augenblick kommt, resultieren aus der Frustration durch die politische Lage und dem Leiden unter der Besatzung. All diese Gewaltakte sind individuell, nicht geplant, entstehen aus individuellen Frustrationen, aus der Verzweiflung. Dennoch beutet Israel dies unheilvoll aus, indem es überreagiert und mit dem Prinzip der Kollektivstrafe antwortet. Vor der Weltöffentlichkeit beschuldigt Israel die Palästinenser, dabei ist doch Israel für die Gewaltakte verantwortlich, selbst für den Mord an dem Mädchen in Bat Yam. Wegen der andauernden Besatzung liegt die Verantwortung für die scheußliche Tat indirekt auf den Schultern Israels. Diese Gewaltakte sollten kein Anlaß sein dürfen für die schrecklichen Reaktionen vieler Israelis, die Slogans wie "Tod den Arabern" rufen, und die zu soviel Zerstörungen von arabischem Eigentum führen. Diese unverhältnismäßige Reaktion zeigt nur, wie sehr Israel in seiner Pflicht versagt, die Menschen, besonders die arabischen Menschen zu schützen. Das macht es für uns sicher dringlich, immer wieder nach dem Schutz der Vereinten Nationen zu rufen.

Israel feierte kürzlich die Besetzung Ost-Jerusalems vor 25 Jahren. Wie kann denn eine politische Lösung für die Jerusalem-Frage - einem Hauptproblem des Konflikts - aussehen?

Ost-Jerusalem wird von den Vereinten Nationen, von allen Staaten, einschließlich der Vereinigten Staaten als besetztes palästinensisches Territorium anerkannt. Und deshalb sollte es als solches behandelt werden. Ich glaube, das Thema Ost-Jerusalem wird auf den Verhandlungstisch kommen. Die Palästinenser nehmen eine offene Haltung ein in Hinsicht auf das Ergebnis der Verhandlungen. Wir sind nicht prinzipiell dagegen, daß Jerusalem eine offene Stadt bleibt, daß es keine Teilung geben soll, aber natürlich können wir nicht unser Recht auf Ost-Jerusalem aufgeben.

Arafats Flugzeugabsturz im April hat erneut die Frage über die Zukunft der PLO aufgeworfen. Wie wird es einmal ohne Arafat weitergehen?

Nun, ich glaube, im Moment hat Arafat eine besondere Rolle in der PLO inne. Die Tatsache, daß er eine friedvolle Lösung wirklich unterstützt, gibt ihm eine besondere Stellung in dieser Hinsicht. Alle Palästinenser aber fordern eine Aktivierung des demokratischen Prozesses in der PLO, so daß Arafat nicht mehr unersetzbar wäre. Es ist ganz natürlich: Man muß damit rechnen, ob man will oder nicht, daß es eine Zeit geben wird, in der Arafat nicht mehr zur Verfügung steht. Damit das aber zu keinem Problem wird, bedarf es eines wirklichen Demokratisierungsprozesses in der PLO.

34. Jitzchak folgt Jitzchak (Kommentar zu den Wahlen in Israel)

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:53

Im 25. Jahr der Besetzung von Westbank, Gasastreifen, Ostjerusalem und Golanhöhen, im fünften Jahr der Intifada, in der nach den (tiefgestapelten) Angaben des israelischen Militärs 755 PalästinenserInnen "bei Gefechten" getötet wurden, errang die pragmatischere der beiden Besetzerparteien Likud und Arbeitspartei einen deutlichen Sieg: Jitzchak Rabins Arbeitspartei wird 44 (1988: 39) der insgesamt 120 Knesset-Sitze einnehmen, Jitzchak Schamirs Likud 32 (1988: 40). Der zu diesen Wahlen erfolgte Zusammenschluß dreier kleinerer sozialdemokratischer bzw. liberaler Parteien (Mapam, Ratz und Schinui) zur Meretz (Schwung) gewann 12 Sitze (1988, als diese Parteien einzeln kandidierten, 10). Arbeitspartei und Meretz, die schon vor den Wahlen im Falle eines Siegs der Arbeitspartei ihre Koalitionswilligkeit signalisiert hatte, halten zusammen 56 Sitze. Die zur Mehrheit fehlenden Sitze könnten leicht von Chadasch (KP-geführte Demokratische Front für Gleichheit und Frieden) (3 Sitze) und der Arabischen Demokratischen Partei (2) gestellt werden. Eine Koalition mit diesen Parteien wird jedoch von Rabin dezidiert ausgeschlossen; er beabsichtigt, mit der sefardisch-orthodoxen Schas und der rechtsradikalen Tzomet Koalitionsabkommen zu unterzeichnen. Zwar hat Meretz prinzipiell keine Einwände gegen eine Koalition auch mit solchen Kräften ("sofern sie sich an die Koalitionsprinzipien halten", heißt es strahlend blauäugig), war aber dennoch pikiert, daß Rabin nicht zuerst mit ihr bindende Absprachen getroffen hat. Meretz verstünde dies besser als ersten und deutlichen Hinweis darauf, daß sie in einer von Rabin geführten Koalition eh nur noch linksliberale Staffage sein wird, während die in ihr nun zusammengeschlossenen Parteien, solange sie eigenständig als linkszionistische Parteien aus der Opposition heraus operierten, eine wichtige Funktion für die Wahrung der Bürger- und Menschenrechte und auch für einen friedlichen Ausgleich mit den Palästinensern hatten.

Was stand überhaupt zur Wahl? Eine politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts - der auch für die jüdischen Israelis viele (wenn auch selbstverschuldete) Beschwernisse mit sich bringt und die wirtschaftlich desaströse Lage des Landes noch verschlimmert - gegen eine endlose Verlängerung dieses Konflikts? Wer der bundesdeutschen Presse nur entnehmen konnte, daß Rabin palästinensische Autonomie und Siedlungsstopp zugesagt habe, könnte einen solchen Eindruck gewonnen haben.

Mit Rabin, dem führenden rechten Repräsentanten der Arbeitspartei, hatte die Mitgliedschaft dieser Partei einen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten bestimmt, der nicht primär für Frieden steht, sondern für Sicherheit - was in Israel heißt: für militärische Stärke, für das enge Bündnis mit den USA. Rabin, hochrangiger Militär wie viele andere Politiker Israels, hatte seine Qualifikation oft genug unter Beweis gestellt: Während des sog. Abnutzungskrieges mit Ägypten empfahl er 1970 die Bombardierung Kairos; als Premier ließ er zahlreiche Siedlungen in den besetzten Gebieten errichten; während des Libanonkriegs riet er dem damaligen Kriegsminister Scharon, die Belagerung Beiruts zu verschärfen, während die Luftwaffe die Stadt bombardierte; als Verteidigungsminister der großen Koalition von Likud und Arbeitspartei rief er nach Ausbruch der Intifada Soldaten auf, gewalttätigen Palästinensern "die Knochen zu brechen", und ließ zahlreiche Palästinenser deportieren.

Schamir hingegen, von der US-Regierung ohnehin nicht gern gesehen, hatte durch seine insbesondere während des letzten Jahres immens forcierte Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten diesen wichtigsten Mäzen Israels so verprellt, daß der zur Finanzierung der sowjet-jüdischen Masseneinwanderung dringend benötigte und auch zugesagte Zehn-Milliarden-Dollar-Kredit von den USA eingefroren wurde. Nun ist der großen Masse der jüdischen Israelis die Siedlungspolitik zwar ziemlich egal, nicht aber, daß die Arbeitslosigkeit immense Ausmaße angenommen hat und die allgemeine Lebenshaltung immer kostspieliger wird, wofür Schamir nicht zuletzt wegen seiner Bockbeinigkeit gegenüber den USA verantwortlich gemacht wurde.

Rabin stand in diesen Wahlen damit nicht nur für "Sicherheit" und eine Schamirs Haltung sehr ähnliche Abweisung einer politischen Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts, sondern auch für den Ausgleich mit den USA, für die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, für das neuerliche Fließen der Kredite und Subventionen. Dies erklärt auch, weshalb die Arbeitspartei von einem erheblichen Teil der sowjet-jüdischen Einwanderer - denen vor ein, zwei Jahren noch unbedingt rechte Neigungen nachgesagt

worden waren - und auch von einem Teil der klassischen Likud-Klientel, orientalische Juden und Bewohner der sog. Entwicklungsstädte, gewählt wurde.

Eine Alternative bestand bei diesen Wahlen also durchaus - aber allein für die jüdischen Israelis. (Die palästinensischen Israelis, die immerhin über 12 Prozent aller israelischen Wähler stellen, haben wie üblich ihre Stimmen wirkungslos auf diverse Parteien, darunter auch Likud und sogar jüdische religiöse, verteilt.) Eine relevante Förderung des Friedens zwischen Palästinensern und Israel stand nicht zur Wahl. Schon Rabins Wahlversprechen ließen daran keinen Zweifel. "Sofortiger Siedlungsstopp" meint nur den Stopp der Errichtung weiterer "politischer Siedlungen" in den besetzten Gebieten, die "strategische" Besiedlung der Jordansenke und der Golanhöhen (auch wenn ein Friedensvertrag mit Syrien geschlossen würde) soll dagegen vorangetrieben werden; die Aufgabe bestehender jüdischer Siedlungen schließt Rabin aus. Den Palästinensern in den besetzten Gebieten solle binnen neun Monaten nach Antritt der neuen Regierung eine Teil-Autonomie zuerkannt werden, die jedoch - da Rabin die sogar von der Likud-Regierung mehrfach angekündigte Durchführung von Kommunalwahlen in der Westbank und im Gasastreifen ablehnt - kaum über die Bestimmung der Mülltonnengröße und der Öffnungszeiten der Postämter hinausgehen dürfte. "Territorialen Kompromissen" ist Rabin "im Prinzip" nicht abgeneigt, allerdings bleibe der Jordan "Israels Verteidigungslinie im Osten". Palästinensische Selbstbestimmung geschweige denn ein Staat Palästina an der Seite Israels haben im Realzionismus Israels absolut keinen Raum.

Klaus Mellenthin

35. Los Angeles: "Die Mehrheit der Beteiligten bezeichnet es als eine Rebellion." Interview mit Mike Davis (aus: Cov. Act. Inf. Bull.)

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:03

Das im folgenden dokumentierte Interview erschien im Mai dieses Jahres in der Nummer 41 der US-amerikanischen Zeitschrift "Covert Action Information Bulletin" und ist im Original etwa doppelt so lang. Es wurde übersetzt, bearbeitet und mit Anmerkungen versehen von Michael Hahn.

Covert Action Information Bulletin: Was geschah in Los Angeles? War es ein Riot, ein Aufstand oder eine Rebellion, und warum würdest Du es wie bezeichnen?

Mike Davis: Die Mehrheit der Beteiligten, besonders die Jugendlichen, die angefangen haben, bezeichnen es als eine Rebellion. Als ich Mitte Mai auf einem Treffen der Crips und Bloods in Inglewood (1) war, wurde es als "Sklavenrebellion" bezeichnet.

Jedenfalls kannst Du die Ereignisse nicht auf einen einzigen Kern reduzieren. L.A. war eine soziale Revolte mit drei wichtigen Dimensionen. Es war ein revolutionärer, demokratischer Protest - charakteristisch in der afro-amerikanischen Geschichte immer dann, wenn Forderungen nach Gleichberechtigung von den wesentlichen Institutionen erstickt wurden. Zugleich war es ein großer postmoderner Brot-riot - ein Aufstand nicht einfach aller Armen, sondern besonders von denjenigen Schichten der Armen in Südkalifornien, die am schlimmsten von der Rezession betroffen sind. Und drittens war es ein Konflikt zwischen ethnischen Gruppen - besonders die systematische Zerstörung und Entwurzelung von koreanischen Geschäften in den schwarzen Vierteln.

Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten gab es zwischen 1965 (dem Aufstand in Watts in Süd-L.A., M.H.) und 1992?

Die Staatsanwaltschaft versucht, das Ganze als Aktion krimineller Randgruppen darzustellen. Das klingt wie die regierungsoffizielle McCone-Kommission von 1965 zur Untersuchung von Watts, die behauptete, es gäbe keine echten Ursachen, auf die Straße zu gehen. Nachdem der McCone-Bericht veröffentlicht worden war, haben allerdings Leute von der Uni ausführliche Untersuchungen angestellt. Sie fanden heraus, daß der Watts-Aufstand alles andere als eine Aktion krimineller Randgruppen war, die Rebellion 1965 war extrem populär. Mindestens 22.000 Leute waren aktiv an den Plünderungen, Brandstiftungen und Kämpfen gegen die Polizei beteiligt. Weitere 50-60.000 Leute waren auf der Straße und haben sie angefeuert. Also waren insgesamt etwa 75.000 Leute beteiligt.

Ich würde sagen, daß mindestens doppelt so viele an der jetzigen Rebellion beteiligt waren - wahrscheinlich in einem ähnlichen Verhältnis zwischen Aktiven und Passiven. Von den ersten 5.000 Verhafteten waren 52% Latinos, und nur 39% Schwarze. (2) Deswegen ist es klar, daß es ebensosehr eine Latino-Rebellion war wie eine schwarze Rebellion, was Plünderungen und einen Teil der Brandstiftungen angeht. Um das zu verstehen, mußt Du begreifen, wie ernst die gegenwärtige ökonomische Krise in L.A. ist. Da gibt es eine klare Beziehung, die von den Massenmedien aber fast nie hergestellt wird. Was zu diesem Ausbruch geführt hat, sind nicht allgemeine strukturelle Tendenzen, sondern spezifische ökonomische Bedingungen: Wir befinden uns hier in Südkalifornien in der schlimmsten Rezession seit den 30er Jahren. Aber die Medien berichten nur über arbeitslose Flugzeug-Techniker. (3)

Nach zwei Jahren Rezession hat sich die Arbeitslosigkeit in den Einwanderungsvierteln L.A.'s verdreifacht. An Weihnachten warteten mehr als 20.000 Menschen (überwiegend Latino-Frauen und Kinder) die ganze Nacht in der Kälte, um einen kostenlosen Truthahn und eine Decke von Wohltätigkeitseinrichtungen abzuholen. Ein weiteres Barometer der Verzweiflung sind die rapide anwachsenden Obdachlosenkolonien am Zementflußbett des L.A.-River, wo die Leute mit Abwasser kochen und sich darin waschen müssen.

Wie Watts 1965 müssen auch L.A. 1992 und die möglichen Folge-Rebellionen als Aufstände gegen ein unerträgliches politisch-ökonomisches System verstanden werden. Selbst die "Los Angeles Times", der wichtigste Vorjubler für die "World City L.A.", muß inzwischen zugeben, daß die "Globalisierung von Los

Angeles eine vernichtende Armut für diejenigen mit wenig Fähigkeiten und Ressourcen" produziert hat. Die strukturelle Krise der "gemeinsamen Wohlstandssphäre" Japan-Kalifornien droht die Klassenwidersprüche in Konflikte zwischen ethnischen Gruppen zu übersetzen.

Kulturell spezifische "Zwischenhändler"-Gruppen laufen in Gefahr, daß sie als die Verkörperung der unsichtbaren Hand gesehen werden, die den örtlichen "communities" ihre wirtschaftliche Autonomie entzogen hat. Im Fall von L.A. war es das koreanische Alkoholgeschäft an der Straßenecke, das als Symbol der verhaßten "Neuen Weltordnung" gesehen wurde, und nicht die wolkenkratzenden Konzern-Festungen im Stadtzentrum. (4)

Die Rezession ist besonders schlimm für die neuesten ImmigrantInnen aus Mexiko und Zentralamerika. Deswegen haben die schwersten Plünderungen außerhalb der schwarzen Gebiete in der überwiegend mexikanischen östlichen Hälfte von South Central L.A. stattgefunden und in zentralamerikanischen Vierteln wie Hollywood und McArthur Park.

Viele Leute aus Zentralamerika, die im Kriegszustand lebten, wissen, daß Du sofort zugreifen mußt, sobald es in einer solchen chaotischen Situation eine Gelegenheit gibt, an Lebensmittel heranzukommen. Du kannst nie wissen, wie lange das Chaos dauern wird, und Du und Deine Familie können in der Zwischenzeit verhungern.

Genau. Ich habe diese Plünderungen in mehreren Gebieten sehr genau beobachtet und habe Stunden unter den PlündererInnen zugebracht. Es gab natürlich eine große Begeisterung für Turnschuhe, aber besonders im McArthur Park-Viertel haben sich die Leute Grundnahrungsmittel besorgt. Ich habe Leute plündern gesehen und habe dann beobachtet, wie sie eine Autoladung von Lebensmitteln und Windeln unter ihren NachbarInnen verteilt haben.

Zweifellos gab es auch Gelegenheitsplünderungen (Yuppies in BMWs und eine ganze Bandbreite von Leuten), aber die Hauptschubkraft war die Notwendigkeit von Verbrauchsgütern. Viele Leute konnten drei oder vier Tage lang keine Dinge wie Milch, Windeln oder Brot mehr kaufen. Die Elektrizität war ausgefallen, und die Lebensmittel verdarben. Die Leute wollten nicht, sondern waren gezwungen zu plündern.

Welche Folgen hat der Aufstand für ZentralamerikanerInnen gehabt? Hat die INS (Einwanderungsbehörde, M.H.) die Gelegenheit ausgenützt? Gab es Abschiebungen?

Vorneweg, von einem sehr frühen Zeitpunkt an wurde die Repression von Bundesebene aus ausgeübt. Zwei Tage nach Beginn der Rebellion strömten 1.000 INS- und Grenzpolizisten (z.T. aus Texas eingeflogen) in die Viertel und errichteten eine Kommandozentrale. Sie haben bereits fast 700 Leute abgeschoben. (5) Die Massenverhaftungen haben Familien auseinandergerissen und Schrecken in den zentralamerikanischen Vierteln verbreitet. Viele der Verhafteten waren Tagelöhner, die an denselben Straßenecken wie immer standen. Selbst ein 14jähriges geistesbehindertes Mädchen wurde nach Mexiko abgeschoben. In direkter Verletzung der städtischen Regelungen unterstützte die LAPD (Los Angeles Police Department, M.H.) direkt die INS und die Grenzpolizei. INS-Agenten wurden in LAPD-Autos herumgefahren, angeblich als Übersetzer.

Es ist eindeutig, daß INS und Grenzpolizei den Aufstand dazu benützen, Leute in den Vierteln einfach "auszufegen". Sie haben die Gelegenheit nicht nur dazu genutzt, eine große Anzahl von Leuten abzuschieben, sondern auch um Furcht zu verbreiten. Es ist eine Schreckensherrschaft.

Dies wurde mit politischen Angriffen ergänzt, nicht nur gegen die schwarze Bevölkerung, sondern zu einem überraschenden Ausmaß auch gegen ZentralamerikanerInnen. Die US-Bundesanwaltschaft behauptete sehr früh, daß ein Drittel der Verhafteten illegale EinwanderInnen seien. Obwohl diese Zahl schlicht und einfach nicht stimmt, wurde sie von allen rechten PolitikerInnen breitgetreten. Selbst manche angeblich liberalen Chicano-PolitikerInnen versuchten, sich von den Latino-Plünderungen zu distanzieren. (6) Obwohl viele Tausende mexikanische ImmigrantInnen daran teilnahmen, versuchten manche dieser PolitikerInnen, die Schuld auf SalvadorianerInnen abzuwälzen, die "Flüchtlinge" seien, und keine "richtigen EinwanderInnen", wie die MexikanerInnen.

Wem nützt und wem schadet ein Aufstand wie in L.A.? Nach Watts 1965 entstand die Black Panther Party, aber wurde anschließend durch massive Repression zerschlagen. Siehst Du eine ähnliche Entwicklung?

Diese Rebellion wird sehr gemischte Folgen haben. Auf der guten Seite wurden die Banden weiter politisiert. Politisches Bewußtsein hat schon immer existiert in dem Sinn, daß viele mit schwarzer nationalistischer Ideologie sympathisierten und die unerbittliche Logik des Bandenkriegs verstanden, der immer destruktiver wurde. Aber bis zur Rebellion gab es nie eine Möglichkeit zu einem ersten Schritt um den Teufelskreis zu durchbrechen.

Die Rebellion bot diese Möglichkeit, und was wir seither gesehen haben, ist erstaunlich. Es gab Versammlungen von Hunderten von Crips- und Bloods-Mitgliedern, 500, 600, 700 auf einmal. Selbst wenn der Waffenstillstand zusammenbrechen sollte, ist es für viele nicht mehr "in", Bandenmitglied zu sein. Jetzt ist es gewissermaßen "in", Befreiungskämpfer zu sein.

Verschiedene "einheimische" Gruppen haben diesen Politisierungsprozeß beeinflußt. Es gibt alte Banden-"Veteranen", die im Gefängnis und anderswo politisiert wurden und eine Art von revolutionärer schwarzer Politik nach den Panthern verkörpern. Auch die Nation of Islam ist sehr wichtig (Louis Farrakhan ist wahrscheinlich die einzige Person auf nationaler Ebene, die von den Jugendlichen einigermaßen beachtet wird). (7) Die Nation of Islam spielte eine sehr konstruktive Rolle in der Förderung des Banden-Friedens. Aber die wissen auch, daß sie Angriffsziel sind, und daß Provokationen ausgeübt werden.

Gibt es Beispiele von Polizeiunterwanderung in die Banden oder von Provokateuren?

Eine der Hauptkritiken aus dem Establishment an dem Verhalten der Polizei zielt auf das Versagen des LAPD, das Ausmaß der Rebellion oder das Zusammenkommen der Banden vorherzusehen. Sowohl Willie Williams (neuer LAPD-Chef), als auch der ehemalige FBI- und CIA-Chef William Webster (Vorsitzender der Kommission zur Untersuchung des Polizeiverhaltens während der Rebellion) haben betont, es sei vorrangig, den Erkennungsdienst der Polizei zu verbessern. Das wird weniger auf verdeckte Ermittlungen gegen die Banden herauslaufen, als vielmehr auf eine rücksichtslose Eskalierung gegen kleine DrogenverbraucherInnen, die mit Bandenmitgliedern befreundet oder verwandt sind.

Eine der billigsten Methoden, massenweise Spitzel zu produzieren, ist der sogenannte "umgekehrte Einkauf". Die Polizei spielt Drogenverkäufer, um Kunden in die Falle zu locken. Diese Kunden können dann wählen, ob sie in den Knast gehen oder Spitzel werden wollen.

In der Zwischenzeit versuchen das LAPD und die Sheriffs (8) alles mögliche, um den Einigungsprozeß der Banden zu stören. Mit verschiedenen Vorwänden haben sie jede Massenversammlung angegriffen und unzählige Jugendliche verhaftet, meistens wegen Kleinigkeiten. Die Banden weigern sich allerdings, sich in gewaltsame Konfrontationen mit der Polizei hineinziehen zu lassen. (9) Sie verhalten sich klug, konzentrieren sich auf Vereinheitlichung. Diese Reaktion macht natürlich die Polizei rasend, die nichts so sehr zu fürchten scheint wie eine Einheit der Banden.

In L.A. haben wir gesehen, wie Polizei und Regierung ein hohes Niveau von Informationssammlung und Repressionstechnologie verwenden. Welche Rolle hat diese Hochentwicklung gespielt, und was können wir in Zukunft erwarten?

Die auf die Rebellion folgenden Massenverhaftungen beruhten auf den vereinten Datenverarbeitungskapazitäten des FBI und der örtlichen Polizeien. Die umfassenden Dateien über schwarze und Latino-Jugendliche, die das LAPD und die Sheriffs während des vergangenen Jahrzehnts angelegt haben, wurden durch FBI-Sachverständige in Sachen Video- und Foto-Analyse noch verbessert. (10)

Es ist jetzt klar, daß es eine der Hauptfunktionen der "Anti-Banden"-Schleppnetze (z.B. der "Operation Hammer" des LAPD (11)) war, Daten über praktisch alle jungen schwarzen Männer in der Stadt zu sammeln. Es werden nicht nur Daten über diejenigen gespeichert, die verhaftet werden, sondern umgekehrt, Leute werden vorübergehend festgenommen aus dem einzigen Grund, neue Daten erheben zu können.

Wegen der Massenverhaftungen ist die Bandendatei des LAPD und der Sheriffs in den letzten fünf Jahren von 14.000 auf 150.000 Akten angewachsen. Diese Anhäufung erlaubte dem Staatsanwalt die übertriebene Behauptung, daß 47% aller jungen schwarzen Männer im Landkreis L.A. aktive Bandenmitglieder seien. Diese Akten werden selbstverständlich nicht nur dazu verwendet, Verdächtige zu identifizieren, sondern sie sind eine richtige "schwarze Liste" geworden (mit der die Jugendlichen erpreßt werden können, M.H.). Z.B. kann unter dem kalifornischen "Gesetz zur Bekämpfung und Prävention des Straßenterrorismus" schon die Mitgliedschaft

in einer Bande zum Straftatbestand werden. Die Mitgliedschaft wird angeblich damit bewiesen, daß jemand in der Banden-Datei gespeichert ist.

Die großangelegten Operationen nach Mitternacht, ausgeführt von Polizei und Nationalgarde, basieren auf zwei Grundlagen: auf den "We Tip"-Telefonnummern, die angeblich eintausend nützliche Hinweise über PlündererInnen und BrandstifterInnen eingebracht haben, und natürlich auf den Banden-Dateien der Polizei. Unter dem Vorwand, nach gestohlenem Eigentum zu suchen, suchen FBI-Agenten nach den Tausenden von gestohlenen Schußwaffen. Dabei sind sie nicht sehr erfolgreich, auch nicht bei der Suche nach den 400 Polizeiuniformen (die bei der Plünderung einer kommerziellen Wäscherei gestohlen wurden, M.H.).

In meiner Nachbarschaft am Rande des zentralamerikanischen McArthur Park-Viertels durchkämmten sie das ganze Viertel, klopften an die Türen und gingen einfach rein. In manchen Fällen wurden Leute verhaftet, die in ihren Wohnzimmern saßen und nicht in der Lage waren, eine Quittung für ihren Fernseher oder ihre Couch vorzulegen.

Ich denke, daß L.A. mit Belfast oder der Westbank vergleichbar werden wird, wo Polizeifunktionen in vollständige Aufstandsbekämpfung (oder "Low Intensity"-Kriegsführung, wie es das Militär nennt) verwandelt worden sind, gegen eine ganze soziale Schicht oder ethnische Gruppe gerichtet. Das bedeutet, daß praktisch jedes Mitglied einer "terroristischen" Bevölkerung auf die eine oder andere Art von der Polizei "verwaltet" wird: entweder durch buchstäbliches Einsperren, oder durch neues Beschränkungen der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit. Die Folge ist so, als ob ein permanenter Kriegsrechtszustand über bestimmte Viertel verhängt worden wäre.

In L.A. haben die Gerichte sehr bereitwillig der Polizei erlaubt, heimlich die Autos von Verdächtigen mit Minisendern zu versehen (um ihre Bewegung elektronisch überwachen zu können, M.H.). Die Vorstellung ist nicht besonders weit hergeholt, daß in ein paar Jahren alle, die auf Bewährung draußen sind, auf irgendeine Art unter elektronischer Rund-um-die-Uhr-Überwachung gehalten werden. Wir werden bald sehen, daß die Polizei über die Technologie verfügt, eine Art "elektronisches Armband" (12) über ganze soziale Gruppen zu verhängen. Das wird den Trend verstärkten, daß bestimmte Stadtviertel praktisch zu Gefängnissen unter freiem Himmel werden.

Wie haben die örtliche und die Bundesebene zusammengearbeitet und welche Rolle spielen das FBI und das Justice Department?

Dies ist die schwerste innerer Repression seit der Nixon-Ära (1969-1974, M.H.) und sie wurde innerhalb von 48 Stunden auf die Bundesebene übertragen. Die Bundesregierung hat die Initiative ergriffen, um L.A. zum Beispiel ihrer militarisierten Neuen Städtischen Ordnung zu machen. Manche Aspekte der Repression in L.A. erinnern an die schlimmste "Fließband"-Justiz, die die Aufstände in den 60er Jahren begleitete. Aber andere Aspekte, vor allem die größere Rolle der Bundesregierung, stellen eine neue Ebene der städtischen Aufstandsbekämpfung dar, sowohl im Ausmaß der Verhaftungen als auch in den durchgängigen "Über-Anklagen".

Zum Beispiel wären die meisten Plündernden normalerweise wegen Diebstahls angeklagt worden. Seit dem Aufstand jedoch wurden die meisten wegen Einbruchs angeklagt. Sie müssen jetzt mit zwei- oder dreijährigen Gefängnisstrafen rechnen, anstelle einer Geldstrafe. Gleichzeitig werden die Leute, die die Ausgangssperre verletzt haben (viele davon sind Obdachlose oder spanischsprechende ImmigrantInnen, die von der Ausgangssperre nichts wußten), nur gegen 8.000 Dollar Kaution freigelassen, eine astronomische Summe für solch eine geringfügige Gesetzesverletzung. Dies wird noch verlogener dadurch, daß die offiziell über die ganze Stadt verhängte Ausgangssperre nur in den "Minderheiten"-Vierteln durchgesetzt wurde. Ich habe Belege dafür, daß in der vierten Nacht eine Gruppe von städtischen AnwältInnen eine wilde Party weit in die Ausgangssperre hinein veranstalteten. Am Montagmorgen dann sind sie vor Gericht erschienen und haben 30tägige Strafen für die wegen der Ausgangssperre Verhafteten gefordert.

Auch wenn solche Sachen zum Kotzen sind, sind sie nichts Neues. Aber die Rolle der Bundesregierung hat dem noch mindestens drei neue und verhängnisvolle Elemente hinzugefügt. Erstens haben wir die innenpolitische Version der Schnellen Eingreiftruppe zu sehen bekommen. Wir können annehmen, daß von jetzt an die Eliteeinheiten von Armee und Militär schnell in jeden größeren städtischen Unruheherd geschickt werden, und nicht nur als letzte Notlösung, wie z.B. 1967 in Detroit. Zweitens wurde das militärische Eingreifen

von einem noch nie dagewesenen massiven Einsatz von allen Abteilungen der Bundessicherheitskräfte begleitet, einschließlich des FBI, der Drogenpolizei, Grenzpolizei und des Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms.

Werden die Ereignisse in L.A. Auswirkungen auf die kommenden Präsidentschaftswahlen haben?

Eindeutig. George Bush wird sich als der Präsident darstellen, der die Truppen nach L.A. geschickt hat, und die Bundesanwaltschaft gleich hinterher. Er wird dem Land erzählen, daß nur ein republikanischer Präsident in der Lage ist, die (kleinbürgerlichen weißen, M.H.) Vorstädte zu beschützen und für Gesetz und Ordnung zu sorgen.

Anmerkungen:

1) Crips und Bloods sind die beiden wichtigsten Netzwerke von rivalisierenden Banden in L.A.; Inglewood ist ein mehrheitlich von Schwarzen bewohntes Viertel am Stadtrand von L.A.

2) Nach Polizeiangaben wurden insgesamt 18.807 Menschen verhaftet (Washington Post, 20. Mai 1992).

3) Südkalifornien ist das Zentrum der Militär-, Flugzeug- und High-Tech-Branchen in den USA. Die Region um L.A. war in den 80er Jahren von einem beispiellosen Boom gekennzeichnet, der auf den massiven Aufrüstungsprogrammen Jimmy Carters und Ronald Reagans beruhte.

4) Diese drei Absätze stammen aus einem Artikel von Mike Davis in der Wochenzeitung "The Nation".

5) Angabe vom 17.6.92

6) Mit "Chicanos" sind hier diejenigen "Latinos" gemeint, die schon seit mehreren Generationen in den USA leben. Viele Chicanos können ihre Ahnenreihen auf diejenige Bevölkerung zurückverfolgen, die bereits vor der Annexion Nord-Mexikos durch die USA vor etwa 150 Jahren auf dem Gebiet des heutigen US-Südwestens lebten.

7) Trotz ihrer kämpferischen und anti-imperialistischen Rhetorik und ihres radikalen Ansehens in der US-Öffentlichkeit rekrutiert sich die Nation of Islam vor allem aus der schwarzen Mittelschicht. Die NOI unterhält zahlreiche Firmen und propagiert "schwarzen Kapitalismus". Ihre Programmatik ist frauenfeindlich, heterosexistisch und antisemitisch.

8) Das LAPD ist für die Stadt L.A. zuständig, die Sheriffs für den Landkreis.

9) Auch während der Rebellion hielten sich die oft schwerbewaffneten Banden zurück. Die Polizei hatte kein einziges Todesopfer und nur wenige schwere Verletzungen in ihren Reihen zu beklagen.

10) Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen FBI und örtlichen Polizeikräften begann bereits vor der Rebellion in L.A. Im Januar 1992 teilte der US-Bundesanwalt mit, daß 300 FBI-Agenten von der Spionageabwehr zur "Bandenbekämpfung" übergewechselt seien - ein Teil der "Friedensdividende" nach dem Zerfall der Sowjetunion.

11) Im Rahmen der berüchtigten "Operation Hammer" wurden wiederholt mehrere Straßenzüge abgeriegelt und nach Verdächtigen durchkämmt. Von 1987 bis 1990 wurden so mehrere Zehntausend Jugendliche festgenommen.

12) Das "elektronische Armband" (oder Fußknöchelband) erfreut sich im US-Repressionsapparat wachsender Beliebtheit. Es wird bisher v.a. Leuten angelegt, die vorzeitig aus dem Knast entlassen und unter Hausarrest gestellt werden, um die katastrophale Überbelastung der US-Gefängnisse zu lindern. Das Armband kann nicht entfernt werden und enthält einen Minisender, der mit dem Privattelefonanschluß des/der Gefangenen in Verbindung steht. Wenn sich der Sender weiter als 50 Meter vom Telefon entfernt, empfängt der Polizeizentralcomputer ein Alarmsignal. Zur Zeit werden US-weit ca. 12.000 Menschen per elektronischem Armband überwacht (New York Times, 7. Juni 1992).

Mike Davis ist Politökonom und Historiker und lehrt Stadttheorie am Southern California Institute of Architecture. Er ist Autor von "Phönix im Sturzflug" und von "City of Quartz: Excavating the Future of Los Angeles" (London/New York 1990).

Das "Covert Action Information Bulletin" erscheint vierteljährlich, Jahresabos in der BRD kosten 30 US-Dollar. Adresse: Covert Action, 1500 Massachusetts Ave NW, Room 732, Washington, DC 20005. Im vergangenen Jahr erschienen Schwerpunkthefte über "Rassismus und der Nationale Sicherheitsstaat", Aufstandsbekämpfung durch "humanitäre" US-Agenturen und 500 Jahre indigener Widerstand.

36. Auschwitz: Ein verzerrter Antikapitalismus? Zu Moishe Postones Theorie des Antisemitismus

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:27

Jahrzehntelang hat der Großteil der Linken die zentrale Bedeutung, die dem deutschen Völkermord an den Juden in der Politik der Nazis zukam, ignoriert. Während etwa die Unterdrückung der Schwarzen in den USA um ihrer selbst willen kritisiert wurde, mochte man den gleichen Maßstab auf das eigene Land nicht anwenden. Im Antisemitismus der Nazis wurde lediglich ein Mittel zur Ablenkung vom Klassenkampf gesehen. Juden waren demnach gewissermaßen nur zufällige, die Arbeiterbewegung hingegen das eigentliche Opfer der Nazis. In den letzten Jahren haben sich zumindest Teile der Linken um eine Korrektur dieses Bildes bemüht. Allerdings steht der nun allerorten eingeklagten Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus im allgemeinen und dem Holocaust im speziellen keine Kenntnis ebendesselben und des NS-Regimes gegenüber. Überdies fällt die Beschäftigung mit dem Antisemitismus in eine Zeit, in der vor dem Hintergrund des vollständiges Sieges des Westens im kalten Krieg und der nationalistischen Renaissance Deutschlands für viele Linke der angebliche oder tatsächliche liberale Kapitalismus der USA an Attraktivität gewinnt. Anstelle einer breiten Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus, Antisemitismus und deutschem Imperialismus haben deshalb nun auch allerlei geschlossene theoretische Konzepte Konjunktur, die zwar das Bedürfnis nach einer umfassenden Theorie befriedigen, in ihrer politischen Konsequenz jedoch eher zu einer Verharmlosung als zur Kritik des alten wie des neuen deutschen Imperialismus beitragen. Das trifft u.a. auch auf die von Moishe Postone im AK 340 vorgestellten Überlegungen zu. Entgegen der in der Überschrift "Opposition in einer Großmacht" gemachten Ankündigung war gerade zum Komplex "Nationalsozialismus und Antisemitismus" von Großmacht nicht mehr die Rede. Im folgenden soll es deshalb keineswegs um einen umfassenden, alle Aspekte des Holocaust berührende Betrachtung gehen, noch um eine umfassende Theorie zum Antisemitismus. Zunächst versuche ich, die Theorie Postones in die bisherige marxistische Diskussion einzuordnen, um zu zeigen, daß er weniger die Schwachstellen dieser Diskussion beseitigt, als daß er sie weiter verschärft. Im Anschluß daran will ich am Verhältnis des NS-Antisemitismus zum Imperialismus zeigen, daß die Theorie vom verzerrten Antikapitalismus wichtige Momente der Nazi-Politik ausklammert und nicht erklärt.

Eine Erneuerung linker Theorie?

Antisemitisches Bewußtsein als womöglich gar unbewußt antikapitalistischer Reflex auf die kapitalistische Ökonomie ist in der marxistischen Theorie nichts neues. Für Engels resultiert der Antisemitismus wesentlich daraus, daß die Ursache für die vom Kapitalismus erzeugte Entfremdung in der Zirkulationssphäre statt in der Produktion ausgemacht wird. Träger dieser Bewegung waren nach Engels vor allem von der großkapitalistischen Konkurrenz zum Untergang verdammte Schichten der Kleinbürger und Zunfthandwerker auf der einen Seite, und der vor dem wirtschaftlichen Ruin stehende Kleinadel, das Junkertum in Preußen, andererseits. Es war somit "eine Reaktion mittelalterlicher, untergehender Gesellschaftsschichten gegen die moderne Gesellschaft", "eine Abart des feudalen Sozialismus". Antisemitismus trat seiner Meinung nach vor allem dort auf, wo sich der Kapitalismus noch nicht vollständig durchgesetzt hatte, wo das Kapital noch zu schwach war, sich der ganzen nationalen Produktion zu bemächtigen, also in Preußen, Österreich und Rußland. In den fortgeschrittensten Staaten wie Frankreich, USA und England, dagegen wäre aufgrund des entfalteten Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit dem Antisemitismus die Grundlage entzogen. Dort, wo unter den führenden Kapitalisten auch kaum noch Juden wären, würde kaum noch einer auf die Idee kommen, die Wurzel der kapitalistischen Ausbeutung in der Zirkulationssphäre zu suchen. Bebel prägte das Schlagwort vom "Sozialismus der dummen Kerle". Da er, aufgrund der rasanten industriellen Entwicklung im Kaiserreich, Deutschland mit den USA und England bereits für vergleichbar hielt, ging er davon aus, daß der Antisemitismus in Deutschland keine Chance der Durchsetzung mehr hätte.

Auch für Kautsky war er nichts anderes als "ein Produkt des Verzweifelungskampfes niedergehender Volksschichten". Kautsky hat sich eingehender mit dem Problem beschäftigt. Er sah die Ursache dafür, daß die Antisemiten sich gerade die Juden als Opfer ausgeguckt haben, darin, daß Juden seiner Meinung nach im wesentlichen keine nationale oder religiöse Gruppe darstellten, sondern eine "Volksklasse" bildeten; und zwar

eine Volksklasse deshalb, weil sie eine bestimmte soziale Funktion wahrnahmen. Sie waren seiner Ansicht nach nämlich Träger der Geldwirtschaft und des Handels im Feudalismus. Nur aufgrund dieser in dieser Gesellschaftsform notwendigen sozialen Funktion haben sich seiner Meinung nach Juden überhaupt als Juden, also als eine besondere gesellschaftliche Gruppe, innerhalb einer ansonsten christlichen Umwelt, erhalten. Aufgrund dieser gesellschaftlichen Funktion, die mit der Entstehung des Kapitalismus nicht unmittelbar verschwindet, erschienen die Juden nun als ausgewählte Vertreter des Handels- und Geldkapitals. Mit der fortschreitenden Entwicklung des Kapitalismus würde diese soziale Funktion jedoch zunehmend entfallen, weshalb sich die Juden als gesonderte soziale Gruppe bald auflösen und in die Mehrheitsgesellschaft integrieren würden. Damit würde auch der Antisemitismus verschwinden. Kautsky mußte zwar selbst irritiert feststellen, daß seine Überlegungen auf die russische Situation übertragen zu einigen Widersprüchlichkeiten führte. So räumte er auch ein, daß man hier kaum von einer Volksklasse reden konnte, angesichts der großen Masse jüdischer Handwerker und Proletarier, darunter die Ärmsten der Armen. Er blieb jedoch bei seiner Theorie und übernahm für die russischen Verhältnisse einfach die von ihm ansonsten kritisierte liberale Ansicht, daß der Judenhaß hier, unabhängig von tatsächlichen materiellen Interessensgegensätzen, Ausdruck primitiver traditioneller Verhältnisse, wo jedes Fremdartige den Haß und die Abneigung der Menschen auf sich ziehe.

Unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Massenmorde hat sich der vom Zionismus zum Trotzkismus konvertierte Leon Abraham in seinem Werk "Kapitalismus und Judenfrage" eingehend mit dem Problem befaßt, warum im entwickelten Kapitalismus der Antisemitismus nicht verschwindet, sondern im Nazi-Reich mit bisher unvorstellbarer Grausamkeit die Gesellschaft dominiert. Im wesentlich versucht Abraham die Theorie von den Juden als "Volksklasse" durch zahlreiche Beispiele aus der Geschichte zu untermauern. (1) Den auf die totale Ausrottung der Juden gerichteten Antisemitismus der Nazis versucht er damit zu erklären, daß der Niedergang des Kapitalismus, der durch chronische Krisen und Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist, der von Engels bis Kautsky prophezeiten Assimilierung der Juden entgegensteht. Zugleich sei die früher notwendige ökonomische Funktion der Juden mit der vollen Entfaltung des Kapitalismus überflüssig geworden. Der früher gebremste Antisemitismus könne sich nun ohne Rücksichtnahme auf ökonomische Notwendigkeiten durchsetzen.

Postones Überlegungen sind sowohl in der Tradition als auch in der Auseinandersetzung mit diesen Theorien zu sehen. Anknüpfend an Marx und Engels sieht er die Ursache des Antisemitismus in dem Widerspruch zwischen dem Wesen der kapitalistischen Verhältnisse und dem durch ihre Erscheinungsform bedingten Bewußtsein der Menschen. Während Marx und Engels jedoch davon ausgehen, daß mit der fortschreitenden Entwicklung des Kapitalismus Elemente, die den Blick auf sein Wesen verstellen - etwa, daß in der Anlaufphase dieser Produktionsweise vor allem fremde Gruppen oder Ausländer, wie Hugenotten, Juden etc. Träger der kapitalistischen Produktionsweise sind -verschwinden und zugleich durch die Entfaltung des Klassenkampfes immer mehr Menschen der Blick auf das eigentliche Wesen des Kapitalismus ermöglicht wird, sieht Postone dies anders. Von seinen orthodoxen Vorläufern unterscheidet er sich darin, daß er in antisemitischem Bewußtsein einen dauernden Begleiter kapitalistischer Ökonomie erblickt, der im Übergang vom liberalen zum organisierten Kapitalismus noch verstärkt wirksam wird. Antisemitismus wird damit zum fast naturgesetzlich erzeugten Bewußtsein in einer Gesellschaft mit kapitalistischer Ökonomie, zu einem Bewußtsein, das nahezu alle Mitglieder der Gesellschaft in gleicher Weise umfaßt - unabhängig von ihren Klasseninteressen und ihrer Klassenlage. Antisemitismus steht so auch nicht in Zusammenhang mit besonderen Interessen, kann demnach auch keine unterschiedliche Gestalt und Inhalt annehmen. Darin liegt ein wesentlicher Unterschied zu Engels, für den dies auch eine Ideologie war, in der sich vor allem die Interessen bestimmter Klassen manifestierten, der Junker und der von der Deklassierung bedrohten Zunfthandwerker und Kleinbürger. Wandel von Form und Inhalt des Antisemitismus, Klassenkämpfe als Faktor der Bewußtseinsbildung, das alles taucht bei Postone kaum oder nur noch am Rande auf. In seiner Theorie findet dies keinen Niederschlag.

Revolte oder Herrschaftsideologie

Welche unterschiedlichen Interessen sich im Antisemitismus ausdrücken können und welche verschiedenen Inhalte und Formen er annehmen kann, soll deshalb an einem Beispiel gezeigt werden. Seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts hat der Verein für Sozialpolitik mehrere Erhebungen in Pommern, Posen und anderswo durchgeführt, die zeigen sollten, daß die Bauern durch jüdische Händler zu Ratenkäufen und

Kreditaufnahmen veranlaßt worden waren, die bei weitem ihre finanziellen Verhältnisse überstiegen. Den Untersuchungen vorangegangen waren mehrere Pogrome und Ausschreitungen gegen Juden in Pommern. Ähnliche Erhebungen stellte der Verein an, die beweisen sollten, daß die deutschen Arbeiter in der Konkurrenz gegen die billigeren polnischen Arbeiter nicht bestehen könnten. Bei den Bauern dieser Gegend wird man zweifelsohne in erheblichem Umfang die von Postone beschriebenen Bewußtseinsmomente finden, die Juden mit Geld und Handel gleichzusetzen. Den Verein für Sozialpolitik trieben jedoch ganz andere Beweggründe zu seinen Untersuchungen. Dort waren die antisemitischen sog. Kathedersozialisten organisiert. Der Name Kathedersozialisten, der ihnen von ihren Gegnern gegeben wurde, täuscht dabei eine Gegnerschaft zum Kapitalismus vor, die tatsächlich dort nicht zu finden ist. Sie waren in aller Regel Mitglieder oder Anhänger der Nationalliberalen Partei oder der Freikonservativen, d.h. derjenigen Parteien, die die eigentlichen Interessenvertreter des Bürgertums und des Großkapitals waren. Die Mitglieder des Vereins waren keineswegs einfache Kritiker des liberalen Manchesterliberalismus, sie wollten ihn vielmehr mit Hilfe von Sozialpolitik ergänzen und die politische Herrschaft in der bürgerlichen Gesellschaft damit besser absichern. Sie gingen nämlich davon aus, daß die Bindekräfte des Marktes allein dazu nicht ausreichen. Ihre politischen Theorien sind nicht in erster Linie Ausdruck eines durch die ökonomische Basis determinierten Bewußtseins, sondern die politische Lehre aus verschiedenen als für die herrschenden Klassen bedrohlich eingeschätzten Entwicklungen, gegen den drohenden Klassenkampf von unten. Diese Entwicklungen waren:

1. Die bereits in der 48er Revolution sich manifestierende Furcht vor einer proletarischen Revolution. Im Kaiserreich steigerte sich diese Furcht angesichts der anhaltenden Wahlerfolge der SPD zu einem allgemeinen Gefühl des Belagertseins im Bürgertum. Bismarcks Furcht, "Die Hungrigen ... die werden uns fressen", steigerte sich in großen Teilen des Bürgertums zu einer völlig übertriebenen Revolutionsfurcht.

2. Vor allem in national gemischten Gebieten wie dem deutschen Osten und dem vom Reich besetzt gehaltenen Westpolen fürchteten die deutschen Oberschichten, von der polnischen nationalen Bewegung langfristig entmachtet zu werden.

Antisemitismus, Polenhaß, Idealisierung des Mittelalters und des angeblich über der Wirtschaft stehenden preußischen Staates und Sozialpolitik waren die Antwort der Kathedersozialisten auf die von ihnen analysierten Krisenphänomene, die die bürgerliche Herrschaft in Deutschland gefährdeten. In der nationalen Homogenität sahen sie ein wichtiges Mittel der politischen Kontrolle der Untertanen. Die theoretischen Überlegungen von Werner Sombart, der während des 1. Weltkrieges das Buch "Händler und Helden" schrieb (2), sind dafür symptomatisch. Er hat sich mehrfach über den angeblich jüdischen Geist des Kapitalismus ausgelassen. Nach Sombart war die Entwicklung des Kapitalismus wesentlich den Juden zuzuschreiben, die aufgrund ihres angeblichen Volkscharakters dafür besonders prädestiniert wären. In der aktuellen Phase des Kapitalismus (ausgehendes Kaiserreich und Weimarer Republik) wären die von ihm für die Vergangenheit als positiv eingeschätzten Eigenschaften der Juden jedoch schädlich. Nach Abschluß der Innovationsphase des Kapitalismus gelte es nun, durch Staatsintervention und Sozialpolitik die Unterschichten an ihrer politischen Emanzipation zu hindern und besser einzubinden. Der jüdische Geist, der auf Abenteuer und Risiko setze, wäre dafür schädlich. Der jüdische Einfluß in der Wirtschaft müsse deshalb wesentlich zurückgedrängt werden. Am besten wäre es, die Juden zur Auswanderung und Gründung eines eigenen Staates zu bewegen, damit sich die deutsche Gesellschaft national homogenisieren könne.

Der Vorwurf der nationalen Unzuverlässigkeit gehörte weiterhin zu den wichtigsten antisemitischen Vorwürfen aus diesem Kreis. Seit der Diskussion um die Judenemanzipation im Gefolge der Französischen Revolution wurde den Juden von den herrschen Kreisen immer wieder vorgeworfen, doppelte Loyalitäten zu pflegen. Anstatt daß die Juden, die damals als gefährliches Unruhepotential und soziale Unterschicht angesehen wurden und nicht als Träger der Geldwirtschaft, brave Untertanen ihres Staates würden, würden sie sich im Konfliktfalle eher an die Weisungen der Rabbiner halten, die quer zu den nationalstaatlichen Grenzen organisiert seien. Seit der stetig zunehmenden Flucht und Auswanderung der Juden aus Osteuropa kam dazu noch der Haß und die Abneigung gegen die als soziale Unterschicht abgelehnten Ostjuden. Die Furcht vor einer proletarischen Revolution, die Angst, daß die Oberschichten in einer zahlenmäßig immer größeren Unterschicht irgendwann einfach untergehen würden, steigerte den Haß auf das ostjüdische Armutsproletariat (und führte auf der anderen Seite auch zu einer verschärften Diskussion um Eugenik und Euthanasie). Im Ersten Weltkrieg fand diese Debatte einen Höhepunkt in der Diskussion um die Grenzsperre für Ostjuden. Angesichts der weitgespannten Annexionsvorstellungen fürchteten große Teile der deutschnationalen

Öffentlichkeit zugleich, daß die zahlreiche verelendete Bevölkerung, allen voran die Juden, sich nun auf der Suche nach einer halbwegs menschenwürdigen Existenz auf den Weg ins deutsche Reich machen würden. Die massenhafte Konfrontation deutscher Soldaten mit dem ostjüdischen Armutsproletariat leistete der Verknüpfung des imperialistischen Rassengedankens mit dem traditionellen Antisemitismus bei zahlreichen Deutschen Vorschub. Der Haß gegen die Ostjuden schlug dabei auch auf die deutschen Juden zurück. Die deutschen Juden mit ihrem angeblich so großen Einfluß in der Presse etc. hätten aufgrund national-jüdischer Loyalitäten immer wieder eine energische Politik in der Frage der Grenzsperre verhindert. Von einem verzerrten Antikapitalismus kann bei alle dem nicht die Rede sein.

Die von Postone gewählte Methode, die im Kern darauf hinaus läuft, die Kategorien Interesse und Klassenkampf aus dem Marxismus zu verbannen, erweist sich hier als Hindernis auf dem Weg der Erkenntnis. Wo Klasseninteressen keine Rolle mehr spielen, da erübrigt sich auch die Frage, ob im Falle des Antisemitismus von Engels und Kautsky das Klasseninteresse überhaupt richtig bestimmt worden ist. Der wesentliche Fehler, den die Marxisten traditionell machen, ist aber gerade, die Träger des Antisemitismus immer bei den von der kapitalistischen Entwicklung zum Untergang verurteilten Klassen auszumachen und gerade daraus zu schlußfolgern, daß der Antisemitismus im Kapitalismus keine Perspektive mehr habe.

Antisemitismus, Imperialismus und deutscher Sonderweg

Da für Postone antisemitisches Bewußtsein direkter Reflex auf die Ökonomie ist, kann er zwischen den verschiedenen Formen des Antisemitismus keine wirkliche Differenzierung vornehmen. Der nationalsozialistische Holocaust läßt sich nicht allein aus dem Antisemitismus erklären. Antisemitismus und Pogrome gab es überall in Osteuropa. Im zaristischen Rußland gab es über 100 Bestimmungen und Gesetze, die die Rechte der Juden einschränkten. In keinem Land war der Antisemitismus in der Bevölkerung so verankert wie in Polen. Den Holocaust hat es jedoch nur durch Deutschland gegeben. Postone hat deshalb ein Hilfskonstrukt in seine Theorie eingebaut, indem er das Maß des Antisemitismus in der Gesellschaft zusätzlich mit der Rolle des Staates bei der Durchsetzung des Kapitalismus in Verbindung bringt. Dort, wo der Staat eine größere Rolle bei der Einführung des Kapitalismus gespielt hat, soll angeblich auch der Antisemitismus ausgeprägter sein. Nicht nur, daß er nicht genau erklärt, was damit gemeint ist, es haben die USA beispielsweise nie einen völlig liberalen Markt gekannt, ihre Wirtschaft haben sie immer mit weit massiveren Schutzzöllen gegen die ausländische Konkurrenz abgeschirmt, als Deutschland etwa. Die Erklärung überzeugt nicht. Die Welt besteht nicht nur aus den liberalkapitalistischen USA und England und den staatsfixierten Ländern Deutschland und Frankreich. In Rußland hat der Staat eine weit größere Rolle bei der Kapitalisierung eingenommen als in Deutschland, und doch ist der Holocaust eine deutsche Tat. Postones Theorie kann beim besten Willen nicht erklären, warum die wohl alles andere als klassisch liberalkapitalistischen Staaten wie Mussolinis Italien und das faschistische Bulgarien, beides Verbündete von Nazi-Deutschland, sich nicht an dem NS-Völkermord beteiligten. Im Gegenteil haben beide Regime die Einbeziehung ihrer jüdischen Staatsbürger in den Völkermord teilweise verhindert.

Mit Postones Theorie zu diesem Punkt im Gepäck wird es schwierig, den Geschichtsrevisionisten aus dem Historikerstreit um Ernst Nolte wirklich grundlegend entgegenzutreten. Ein wesentlicher Strang von Noltes Argumentation ist ja gerade, daß Deutschland eigentlich, im Gegensatz zu Rußland, zum liberal-kapitalistischen bürgerlichen Westen gehört. Ihm geht es darum, zu zeigen, daß die Nazis im Grunde im "Weltbürgerkrieg" auf der richtigen Seite des Westens gekämpft hätten. Aus Angst vor einem russischen Angriff und dem in Rußland praktizierten Klassenmord hätten sie sich jedoch zu einem der deutschen, wie der westlich-liberalen Tradition völlig fremden, "asiatisch-russischen" Tat hinreißen lassen. Joachim Fest, Mitstreiter von Nolte, freut sich deshalb auch in der FAZ vom 13.6.92: Die Linke, so führt Fest aus, habe sich deshalb so von der Bildfläche der politischen Auseinandersetzung verabschiedet, weil sie nach dem Zusammenbruch des Ostblocks feststellen müsse, daß ihre Kritik an Deutschland im Grunde viel mehr auf die Staaten des ehemaligen RGW zutreffe, als auf Deutschland.

Der eigentliche Kern des deutschen Sonderweges läßt sich aber nicht mit der Rolle des Staates bei der Durchsetzung des Kapitalismus erklären. Er liegt vielmehr im besonderen Wesen des deutschen Imperialismus begründet. Als zu spät gekommener Imperialismus konnte er auf eine friedliche Aufteilung der Welt nicht rechnen. Großbritannien ließ seine Kolonialkriege hauptsächlich von unter britischem Oberbefehl stehenden Eingeborenentruppen ausfechten. Eine innere Militarisierung der Gesellschaft war dafür nicht notwendig. Deutschland konnte darauf nicht zurückgreifen und stand in einer imperialistisch aufgeteilten Welt

stärkeren Kräften entgegen. Das erforderte eine durchgreifende Militarisierung der Gesellschaft, zu der Deutschland nach dem verlorenen ersten Weltkrieg denn auch tatkräftig schritt. Ähnliches gilt für die Rassentheorien. In England und den USA dienten diese Theorien während des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhundert als Hilfsmittel bei der Eroberung kolonialer oder sehr schwacher Staaten. Diese Theorien dienten nicht zur Organisierung der Gesellschaften im Inneren. Die deutsche Expansion richtete sich jedoch gegen mächtigere Staaten. Die angestrebte Umverteilung der Welt war ohne massive Waffengewalt, ohne ungeheure Aufwendungen von Blut und Geld nicht zu bewerkstelligen. Dazu wurde eine Ideologie gebraucht, die diese Anstrengungen rechtfertigte. Hitlers Vorstellungen über die Funktion der Ideologie - "Der marxistische Internationalismus wird nur gebrochen werden durch einen fanatischen extremen Nationalismus"(3) - galt auch für den Kampf nach außen. Die Theorie von der angeblichen Überlegenheit der deutschen Rasse erfüllte diese Funktion. Mit ihr konnte auch die politische und soziale Organisation des eroberten Raumes gerechtfertigt werden, die auf einer an der Volkszugehörigkeit orientierten Hierarchie basierte. Da Antisemitismus nicht einfach eine Form des Rassismus ist, ist damit noch nichts über den Zusammenhang zum Imperialismus gesagt.

Postone thematisiert erst gar nicht den imperialistischen Zusammenhang, in dem der Aufstieg des Nationalsozialismus erfolgt. "Plötzlich war die Währung nichts mehr wert, plötzlich gab es Arbeitslosigkeit und Überproduktion. Die Nazis haben gedacht, sie würden die Welt retten", heißt es im AK-Interview. Das ist die geradezu klassische Schulbucherklärung für den Aufstieg der Nazis. Die Keimzellen der Nazibewegung standen jedoch nicht fassungslos vor der kapitalistischen Krise und wollten die Welt retten. Geprägt waren sie vor allem durch ganz andere Umstände.

Die Ideologie des Nationalsozialismus wurde vor allem in den Grenzgebieten des Deutschen Reiches ausgeprägt, in denen die deutschen Oberschichten in zunehmendem Maße mit den nationalen Ansprüchen der andersnationalen Unterschichten konfrontiert wurden: Im Sudetenland, in Posen, Westpreußen etc. In Österreich war das Bürgertum vor allem im Kärnten im Grenzgebiet zu Jugoslawien zunächst deutschnational und dann nationalsozialistisch. So hat sich auch heute der Nazi Jörg Haider hier seine ersten politischen Sporen im Kampf gegen die slowenische Minderheit verdient. In allen diesen Gegenden war der Antisemitismus fester Bestandteil der rassistischen Ideologie. Das jüdische Bürgertum galt als lästige Konkurrenz der Deutschen. Zugleich wurden die Juden verdächtigt, mit den slawischen Nationalbewegungen zu sympathisieren. Die zweite Keimzelle waren vor allem jene Freikorpskämpfer, die sich mit der Niederlage im Weltkrieg nicht anfreunden wollten und die, angesichts der kurzfristigen Erfahrung, weite Teile Rußlands erobert zu haben, Blut geleckt hatten. Im Baltikum trafen beide Teile der Entwicklung zusammen. Zahlreiche rechtsextreme Politiker der Weimarer Republik wie Kapp und Lüttwitz, NS-Ideologen wie Alfred Rosenberg, H. P. Seraphim, Autor eines 5-bändigen NS-Standardwerkes zur "Judenfrage": sie alle stammten entweder aus dem Baltikum oder gehörten zu den antibolschewistischen deutschen Interventionstruppen. Deutschbalten und "weiße" konterrevolutionäre Russen haben denn auch die berüchtigten "Protokolle der Weisen von Zion" nach Deutschland eingeführt.

Antisemitismus: Ideologie des deutschen Imperialismus

In den "Protokollen der Weisen von Zion" wurde der liberale Nationalismus, der den Juden ihre vermeintliche Nationalabsonderung zum Vorwurf machte, weiterentwickelt. Die Sinnlosigkeit, die Juden zur Anpassung an die Völker, in denen sie lebten, bewegen zu wollen, wurde mit Rasseeigenschaften erklärt. Für diese Antisemiten stellte sich deshalb das nationalistische Problem, daß die Juden der angestrebten Geschlossenheit der Völker im Wege standen. "Sie sind stets das Ferment gewesen, das die Völker gegeneinander aufhetzt", heißt es dazu bei Hitler (4). In den "Protokollen" wurde daraus die Theorie von der internationalen jüdischen Weltverschwörung kreiert. In Hitlers zweitem Buch von 1928 wurden Antisemitismus und "Lebensraum"-Imperialismus untrennbar miteinander verknüpft. In Anlehnung an sein Ideal einer Kolonialherrschaft, das er in Großbritanniens Regime in Indien sah, sollte der ganze Westen der SU in vier "Staatsgebilde" mit deutschen Vizekönigen aufgeteilt werden. Die besten Gebiete sollten der deutschen Kolonisation vorbehalten bleiben. Allein damit die deutsche Wehrmacht ausschließlich aus Rußland selbst versorgt werden könnte, sollten nach dem "Generalplan Ost" mehrere zehn Millionen sowjetische Menschen in den sicheren Hungertod getrieben werden. Die überlebenden slawischen Massen sollten in einen dumpfen, blinden Gehorsam gegenüber der deutschen Herrenmenschenschicht versetzt werden, denen jede Erinnerung an einen russischen oder sowjetischen Staat ausgetrieben werden sollte. Dazu war nach Ansicht der

NS-Theoretiker die Ausrottung der "jüdisch-bolschewistischen" Führungsschicht einschließlich ihrer angeblichen biologischen Wurzel, der Millionen Juden im Ostmitteleuropa notwendig. "Das wesentliche Ziel des Feldzuges gegen das jüdisch-bolschewistische System", hieß es im Befehl des Oberbefehlshabers der 6. Armee Generalfeldmarschall v. Reichenau vom 10.10.41, "ist die völlige Zerschlagung der Machtmittel und die Ausrottung des asiatischen Einflusses im europäischen Kulturkreis. ... Deshalb muß der Soldat für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum volles Verständnis haben. Sie haben den weiteren Zweck, Erhebungen im Rücken der Wehrmacht, die erfahrungsgemäß stets von Juden angezettelt werden, im Keime zu ersticken ..." (5) Die angebliche Gefahr, die von den Juden ausgehe, weil sie sich nicht nur national absonderten, sondern darüberhinaus auch noch über die Grenzen hinwegorganisierten, das klassische Bild von den deutschen Juden als Agenten der Ostjuden hinter dem Rücken der deutschen Front aus dem ersten Weltkrieg taucht immer wieder auf: "Das Judentum bildet den Mittelsmann zwischen dem Feind im Rücken und den noch kämpfenden Resten der Roten Wehrmacht und der Roten Führung", heißt es im Befehl vom 20.11.41 von General von Manstein. (6)

Auch in Bezug auf die deutschen Juden haben die Nazis immer wieder eine direkte Linie gezogen zwischen Kommunismus, Revolution und Juden. "Ich habe das Judentum aus seinen Stellungen herausgedrängt, und zwar rücksichtslos ... Damit habe ich der breiten Masse den letzten Katalysator weggenommen. Indem ich den Juden entfernte, habe ich in Deutschland die Möglichkeit irgendeiner revolutionären Kernbildung oder Keimzellenbildung beseitigt ..."(7), verkündete Hitler.

Nach Stalingrad erhielt der Holocaust entscheidende Bedeutung für die Weiterführung des Krieges. Wie die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD nach dem Überfall auf Polen mit ihren Massakern und Erschießungsaktionen hinter der Frontlinie jeden Versuch der NS-Diplomatie eine irgendwie geartete Reststaatlichkeit Polens zu erhalten, hintertreiben wollten, so diente der Holocaust nun dazu, alle Teile des Regimes und der Bevölkerung wieder zusammenzuschweißen. Der rumänische Marschall Antonescu berichtete über eine Unterredung mit Hitler: "Er ... breche lieber alle Brücken hinter sich ab, da der jüdische Haß sowieso riesengroß sei. In Deutschland habe man infolge der Bereinigung der Judenfrage ein geschlossenes Volk ohne Opposition zur Verfügung. Allerdings gäbe es auch kein Zurück auf dem einmal eingeschlagenen Weg." (8) Die auf Befehl der Nazis von immer breiteren Schichten des deutschen Volkes praktizierte Verfolgung der Juden verwickelte diese in eine kollektive Schuld. Die Teilnahme an diesem Verbrechen machte es daher unmöglich, das Naziboot zu verlassen, obwohl sich der Kriegsverlauf immer mehr zuungunsten Deutschlands veränderte. Auch die Teile des Regimes, die auf eigene Faust, unter Umgehung der obersten NS-Führung, eine separate West-Lösung anstrebten, wurden so an Hitler und Himmler gekettet, die damit rechnen mußten, daß auch irgendeine Form des Separatfriedens ihren Kopf nicht gerettet hätte.

Hinter all diesen zumeist nationalistischen oder antikommunistischen Begründungen der Nazis für ihren Antisemitismus die einheitliche Grundlage einer Revolte gegen das Wertgesetz zu sehen scheint mir doch mehr als spekulativ. Der Erklärungswert dieser Theorie bleibt m.E. schleierhaft. Eindeutig keine Rolle spielt dieser Grund jedoch für die Personengruppe, auf die Götz Aly, Susanne Heim, Karl Heinz Roth etc. mit ihren Forschungen aufmerksam machen (siehe AK-Interview mit Susanne Heim im AK 338). So wenig diese Gruppe bisher überzeugend nachweisen konnte, daß die Bevölkerungspolitik die alles umfassende Erklärung hinter den NS-Morden war, so wenig ihre Theorie auch die Ermordung der deutschen, französischen Juden etc. erklärt, die ja vor ihrer Entrechtung durch die Nazis keineswegs ein öffentlich besonders sichtbarer Teil der Armut waren, so wenig konnten sie vor allem bisher wirklich beweisen, daß der von ihnen behandelte Personenkreis tatsächlich entscheidenden Einfluß auf den Gang des Holocaust genommen hat.

Wahrscheinlicher ist doch wohl, daß sie mit ihren Vorschlägen die Forderung nach direkter politischer Beteiligung an der Behandlung der Beute unterstreichen wollten.

Eins zeigen ihre Forschungen mit Sicherheit: Die Beweggründe dieser "Berater der Macht" waren alles andere als eine Revolte gegen die Erscheinungsform des Kapitalismus. Diesen "Experten" ging es ja gerade um die Durchsetzung der kapitalistischen Marktwirtschaft unter deutscher Hegemonie in den Bereichen, in denen bisher hauptsächlich für den Eigenbedarf produziert wurde. Eine Revolte gegen das Wertgesetz wird auch Otto Ohlendorf, einer der größten SS-Schlächter, Mörder von mindestens 90.000 Menschen, nicht im Kopf gehabt haben, als sich Ludwig Erhard 1943 unter seiner Protektion daran machte, die Grundlinien der

Nachkriegswirtschaftspolitik, der sog. "Sozialen Marktwirtschaft", in der Schrift "Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung" zu erstellen.

Was die Linke derzeit zur Frage des Antisemitismus und des Holocaust braucht, ist nicht ein geschlossenes Theoriegebäude. Information und Aufklärung zu diesem bisher von den Linken außen vor gelassen Themen scheint mir erheblich wichtiger zu sein. Nur auf der Basis größerer empirischer Kenntnis läßt sich sinnvoll eine theoretische Diskussion führen. Das schließt auch die Auseinandersetzung mit den von bürgerlichen und linksliberalen Wissenschaftlern in den letzten Jahren gemachten Forschungen mit ein. Warum eigentlich zieht Postone so eine scharfe Grenze zwischen der Eugenik und der Euthanasiepraxis der Nazis und dem Holocaust, wo doch alle, von Dan Diner bis Susanne Heim, in den letzten Jahren gerade auf den engen Zusammenhang beider Aktionen hinweisen? Nicht einmal eine Auseinandersetzung mit diesen Überlegungen gibt es bei Postone. Sollte es etwa so sein, daß sein Theoriegebäude ihm da im Wege steht?

Heinz/Bielefeld

Anmerkungen:

1) Die deutsche, im Trikont-Verlag erschienene, Ausgabe enthielt leider nicht das Vorwort der französischen Neuauflage von Maxim Rodinson. Rodinson kritisiert darin die Theorie der Volksklasse. Er weist vor allem daraufhin, daß das theoretische Problem von Marx und Engels, warum haben sich die Juden als eigenständige Gruppe überhaupt erhalten können, im Kontext der arabischen Welt überhaupt nicht verständlich ist. Da dort neben dem Islam zahlreiche religiöse und religiös-nationale Gruppierungen existierten, kam dort niemand auf die Idee, eine solche Frage überhaupt aufzuwerfen.

2) Darauf spielt Postone im AK-Interview an, als es um die Frage des Zusammenhangs von Antisemitismus und Antiamerikanismus geht.

3) Zit. nach: Timothy Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen, 1978, S. 23.

4) Zit. nach: M. Broszat, Hitler und die Genesis der "Endlösung", in: VfZ 25/77, S. 758.

5) Zit. nach: Andreas Hillgruber, Die "Endlösung und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus in: VfZ 18/70, S. 146.

6) Ebenda, S. 146.

7) Zit. nach: Broszat, S. 772, Anm. 69.

8) Ebenda, Anm. 71.

37. Der Anti-Imperialismus als höchstes Stadium des falschen Anti-Kapitalismus

Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:09

Statt einer Einleitung: Polemik gegen das Stehenbleiben auf halbem Weg. Kein Zweifel: An einer bestimmten, den Imperativen des "links-ist-out"-Zeitgeistes streng verpflichteten "Kritik" des linken Anti-Imperialismus besteht wahrlich kein Mangel. Seit etwa 15 Jahren betreibt die deutsche Linke eine als "Selbstkritik" feilgebotene, mit zerfurchter Stirn und redlicher Betroffenheitsmiene vorgetragene Abrechnung mit ihren antiimperialistischen Aktivitäten, deren prächtige Resultate man in gebündelter Form in bestimmten Stellungnahmen ehemaliger Linker zum Golfkrieg bewundern konnte; insofern, aber auch nur insofern hat die Rede von einem modischen "Anti-Anti-Imperialismus" durchaus ihre Berechtigung.

Kein Zweifel besteht aber auch, daß die Kritik dieses sogenannten "Anti-Anti-Imperialismus" im Ganzen eine bornierte und damit falsche ist, weil sie nicht einzusehen vermag, daß der "Anti-Anti-Imperialismus" selber nur enttäuschter Anti-Imperialismus und damit dessen Negativfolie ist. Wenn ehemalige Linke sich auf einmal fürchterlich darüber empören, daß die antiimperialistische "Befreiung" zum Teil recht üble Gangster-Regimes ans Ruder gebracht hat und die "befreiten Völker" sich auch ohne das Dazwischenfunken der "Imperialisten" recht entschlossen massakrieren können, dann ist diese zutreffende Feststellung, wenn sie denn als Empörung vorgetragen wird, die in ihr Gegenteil umgeschlagene und schon immer falsche Idee, wonach diejenigen, die im System weltweiter Kapitalakkumulation die Geschädigten sind, auch noch die besseren Menschen zu sein haben, einer Haltung somit, die heute sowenig wie damals etwas von Nationalismus- und Staatskritik wissen wollte, mit deren Hilfe man vermutlich schon viel früher zu einer wesentlich nüchterneren und realistischeren Sicht des sogenannten "Befreiungsnationalismus" gekommen wäre. Wer also den "Anti-Anti-Imperialismus" treffen will, kommt um eine Kritik des Anti-Imperialismus gar nicht herum - dies ist festzuhalten gegen eine oberflächliche "Kritik" des "Anti-Anti-Imperialismus", die sich darauf beschränkt, den Anti-Imperialismus gegen die logischen Konsequenzen hochzuhalten, die aus ihm gezogen werden.

Nun ist es allerdings auch so, daß selbst jene Linken, die den althergebrachten linken Anti-Imperialismus eher zu verteidigen geneigt sind - von einigen marxistisch-leninistischen Karnevalsvereinen einmal abgesehen - freimütig einräumen würden, daß an diesem Politikfeld der Linken etwas faul, schief, korrekturbedürftig oder was auch immer sei. Weil "Selbstkritik" also allerorten zur Zeit einen hohen Kurswert aufweist, scheint eine grundsätzliche Kritik des Anti-Imperialismus einzufordern und zu führen, dem Verdacht sich auszusetzen, offene Türen einzurennen, wenn nicht gar überflüssig zu sein.

Sieht man sich die Sache aber etwas genauer an, so stellt man fest, daß das, was von Linken bislang an Kritik des Anti-Imperialismus vorgebracht wurde, über eine halbherzige Manöverkritik nicht hinausgeht. Das heißt: man bekennt - genauso subjektivistisch, wie man früher zum "nationalen Befreiungskampf" des xy-Volkes sich bekannt hat - daß man "Fehler gemacht" habe, und bescheidet sich im übrigen damit, oberflächlich und unsystematisch ganz besonders deutlich ins Auge springende Unappetitlich- und Dämlichkeiten ins Visier zu nehmen, also z.B. den "Antizionismus" und die völkelnde Palästina-Solidarität, das Hineinprojizieren eigener Revolutionsträumereien in ferne Länder, eine begrifflose Schwärmerei für "nationale Befreiungskämpfe", ohne nach deren Zielen zu fragen etc. Anders gefaßt: die bislang geleistete "Kritik" erhebt sich aus Gründen, über die hier keine Mutmaßungen angestellt werden sollen, auf der kommunikativ beschwiegenen Grundlage, genau die systematische Bedingung nicht zur Sprache zu bringen, die die kritisierten Phänomene zuallererst konstituiert. Es handelt sich dabei um nichts anderes als um einen seinerseits falschen Begriff dessen, was gemeinhin als "Imperialismus" bezeichnet wird.

Dies dürfte jedoch die beliebte Frage hervorrufen, ob "die" Linke jemals über einen ausgewiesenen Begriff des Imperialismus verfügte und ob es nicht "zu allgemein" sei, in diesem Zusammenhang von "der" Linken zu sprechen. Darauf wäre zu entgegnen, daß in dem Sinne kein Imperialismus-Begriff vorlag und vorliegt, als "die" Linke oder auch nur relevante Teile derselben sich um eine analytische Durchdringung des gemeinten Phänomens bemüht und aus den gewonnenen Einsichten Konsequenzen für das eigene politische Handeln gezogen hätten. Als Imperialismus-Begriff kann und muß vielmehr das Ensemble all jener stillschweigend vorausgesetzten oder ausdrücklich genannten Aussagen und Annahmen über den Imperialismus gelten, welches sich aus den von ihren Erscheinungsformen her durchaus verschiedenen anti-imperialistischen

Agitations- und Aktionsformen ableiten läßt. Auf diese so gefaßte Imperialismus-Theorie, die im folgenden zur Kritik steht, müssen die Linken verschiedenster Couleur sich festnageln lassen. Das Argument, so sei das ja alles nicht gemeint und außerdem müsse differenziert werden nach den verschiedenen linken Gruppen, nach Ort, Zeit und Entstehungsbedingungen der Aussagen zum Imperialismus, ist de facto eine faule Ausrede, um gegen Kritik sich zu immunisieren.

I.

Bis heute zeichnet linke Theoriebildung sich dadurch aus, daß sie über keinen Begriff der kapitalistisch produzierenden, staatlich verfaßten bürgerlichen Gesellschaft als eines gesamtgesellschaftlichen Verhältnisses verfügt. Statt gegen den Kapitalismus als solchen kämpfen Linke im Grunde immerzu nur gegen dessen Erscheinungsformen - Repression, Militarismus, Rassismus -, was seinen praktischen Niederschlag darin findet, daß das Agieren der Linken sich in diverseste Bereichsarbeiten zersplittert, deren Gemeinsamkeit nur noch als deklamatorische Phrase vorgetragen werden kann, nach dem Motto: irgendwie hat ja doch jede Bereichsarbeit etwas mit Anti-Kapitalismus zu tun - ein abstrakt-moralisches Postulat offensichtlich, weil die Bereichsthemen theoretisch-systematisch unvermittelt bleiben und nicht selten auch bleiben müssen. Der Theorie fällt in diesem Zusammenhang die Aufgabe zu, die Bereichsarbeiten mit Fakten, Hintergrundwissen und je nachdem mit einigen wegweisenden Perspektiven und schnittigen Losungen zu versorgen.

II.

Die Internationalismus-Arbeit ist ein fester Bestandteil dieses Bereichspolitikertums, welche ihren Ausdruck im Anti-Imperialismus findet, womit ein Moment eines nach Spiegelstrichen geordneten Selbstverständnisses der Linken sowie eine bestimmte Art und Weise, die globale Verfaßtheit der Welt zu begreifen und ein bestimmter Bezug auf die sie tragenden Kräfte gemeint ist. Dem Anti-Imperialismus geht es gerade nicht darum, eine kritische Theorie der nationalstaatlich vermittelten Kapitalakkumulation im Weltmarktzusammenhang zu formulieren und aus gewonnener Einsicht Konsequenzen für das eigene Agieren abzuleiten. Soweit er als Theorie auftritt, konzentriert sich der Anti-Imperialismus, wie in unzähligen Artikeln, Broschüren und Büchern nachzulesen ist, auf die empirische, länder- oder regionenspezifische Beschreibung der Verarmungsprozesse in der sog. "Dritten Welt", und, sofern gegeben, auf die "solidarisch-kritische" Begleitung, um nicht zu sagen, Abfeierung der um ihre "Selbstbestimmung" kämpfenden Subjekte, der "nationalen Befreiungsbewegungen". Soweit er als Praxis auftritt, meint Anti-Imperialismus dementsprechend die praktische Unterstützung dieser Bewegungen in Form zünftiger Soli-Feten mit authentischer Folklore, exotischen Grillspezialitäten und stehenden Ovationen für den Vertreter der Befreiungsbewegung xy genauso wie in der Verschickung von Soli-Brigaden in bereits "befreite" Länder und andere Dinge mehr.

III.

Wie der Empirismus sich stets selbst dementiert, da auch die angeblich reinsten Beschreibungen gesellschaftstheoretische Kategorien selbstverständlich beinhalten, allerdings nicht als bewußt ausgesprochene, sondern als bewußtlos mitgeschleppte, so basiert auch der Anti-Imperialismus auf bestimmten Theoremen über die gesellschaftliche Verfaßtheit weltweit, die aufgrund, wie gleich zu zeigen sein wird, ihrer Holzschnittartigkeit, mühelos aus den antiimperialistischen Deklamationen zu entziffern sind.

Auffällig ist zunächst, daß im Anti-Imperialismus davon ausgegangen wird, alles Elend in der "Dritten Welt" - ein durchaus zweifelhafter Begriff übrigens - sei zurückzuführen auf einen Verursacher, welcher es bewußt und mit böser Absicht produziert und aufrechterhält. Dieses finstere Subjekt soll nun der "Imperialismus" sein. Wenn Linke also vom "Imperialismus" reden, dann ist mit diesem Begriff weder, wie bei Lenin, ein bestimmtes "Stadium" in der Entwicklung des Kapitalismus noch, wie eine lexikalische Definition uns lehrt, Expansions- und Machtstreben, also eine Eigenschaft von Staaten gemeint. Vielmehr ist "Imperialismus" der Name für ein weltweit handelndes Subjekt, das zwar als bewußt und selbstbewußt handelndes auf der Weltbühne auftritt, als solches aber merkwürdig blaß und unbestimmt bleibt und somit greifbar nur ist an seinen Erscheinungsformen: skrupellosen Multis, fiesen Bankern, finsteren counterinsurgency-Strategen, stiernackigen Militärs, gegen welche Schurken dann auch antiimperialistischerseits mit großer moralischer Verve zu Felde gezogen wird und welche, zusammenaddiert, das Subjekt "Imperialismus" ergeben.

IV.

Konstitutiv für den gemeinplätzlichen linken Imperialismus-Begriff ist also die Annahme, die unmittelbaren Nutznießer und Profiteure der bürgerlichen Gesellschaft seien die bewußten und selbstbewußten Subjekte dieser Gesellschaftsordnung. Diese Annahme gründet wiederum in einem soziologistischen Verständnis des Kapitalverhältnisses und der bürgerlichen Gesellschaft, welches nicht das Kapital als das "automatische Subjekt" des sich selbst verwertenden Werts ins Zentrum der Kritik rückt, sondern welches den letzten Bestimmungsgrund bürgerlicher Gesellschaft darin erblickt, daß sich in ihr verschiedene Kollektiv-Subjekte gegenübertreten, die an und für sich nichts miteinander zu tun haben und sich nur äußerlich, durch ihre jeweiligen kollektiven Interessens- und Willenshandlungen aufeinander beziehen. Innergesellschaftlich betrachtet handelt es sich bei diesen Kollektiv-Subjekten um die beliebten "Klassen": um die "Kapitalisten" einerseits, denen das, was sie als Charaktermasken in Konkurrenz zueinander bei Strafe ihres jeweiligen Untergangs mit Bewußtsein zu exekutieren gezwungen sind: Plusmacherei als bloß ihrem bösem Willen entspringend angedichtet wird, als subjektive "Profitgier", und die "Arbeiter" andererseits, die nicht als vorab schon integraler Bestandteil des Kapitals selbst, als variables Kapital und Quelle wertschaffender abstrakter Arbeit auftreten, sondern als "eigentlich" unversöhnlicher Antagonist der "Kapitalisten". Weil zudem unbegriffen bleibt, daß "Kapitalisten" und "Arbeiter" nicht nur scheinbar, sondern in der Tat und freie und gleiche Geld- und Rechtssubjekte sind und Ausbeutung und Herrschaft sich aufgrund des freien und gleichen Tauschs vollziehen und nicht unter deren "Verletzung", kann Unterdrückung nur als unmittelbare Gewaltanwendung, Ausbeutung nur als bewußt geplante, "ungerechte" Wegnahme per Gewalt, als "Diebstahl" des von den Arbeitern redlich erwirtschafteten Mehrprodukts verstanden werden; und genauso, wie die "Kapitalisten" bewußt und willentlich die "Arbeiter" unterdrücken und ausbeuten, so bewußt bedienen sie sich dabei des Staates, welcher somit als unmittelbarer Erfüllungsgehilfe der "Kapitalisten", also rein funktionalistisch als Herrschaftsinstrument, womit übrigens zugleich schon unterstellt ist, daß es eine andere, proletarische oder revolutionäre Bezugnahme auf den Staat geben könne, verstanden wird. Das Kapital-Verhältnis wird damit auf das herrschaftliche Privileg der "Kapitalisten" reduziert, den "Arbeitern" sozusagen eine Tributpflicht aufzuerlegen. Kapitalismus-Kritik verkommt vor diesem Hintergrund notwendig zu einer moralischen Anklage der Wenigen, die sich "ungerechterweise" die Früchte der Arbeit von Vielen aneignen, ohne selbst einen Finger zu rühren - ein Moralismus, der sich darin ausdrückt, daß zur Denunziation des Kapitalismus in aller Regel ein empörter Fingerzeig auf dessen extreme Erscheinungsformen - besonders brutale Repression, besonders skrupelloses Geschäftsgebaren etc. - herhalten muß, so, als wäre der "normale" kapitalistische Geschäftsgang nicht schon genug Anlaß für Kritik und als handele es sich bei jenen Dingen um etwas ganz Außergewöhnliches und nicht um die Wahrheit über den Normalfall.

V.

Nun ist aber der feiste, schmerbäuchige Kapitalist, wie er in Karikaturen des 19. Jahrhunderts zuhauf zu finden ist und dessen Erscheinung ein solch eben skizziertes Gesellschaftsverständnis zwar nicht rechtfertigt, aber doch erklärt, genauso von der historischen Bühne abgetreten, wie die Totengräber des Kapitals ihren Spaten offenbar durch die Farbfernseher-Fernbedienung eingetauscht haben. Damit ist ein soziologistisches Gesellschaftsverständnis, wie es eben versucht wurde, zu skizzieren, samt der in ihm implizierten moralischen Kapitalismuskritik und der kernigen Klassenkampfrhetorik unwiderruflich vernichtet, mit der Konsequenz, daß den Linken, die in diesem gesellschaftstheoretischen Bezugsrahmen nach wie vor befangen sind, außer Klagen über die integrierte Arbeiterklasse und hilflosen Beschwörungsformeln meist nichts mehr einfällt.

Dafür darf sich die moralisierende Kritik umso mehr am Thema Imperialismus schadlos halten. Dieses Themengebiet ist eine Art wohlfeiler Rückzugsfront der moralisierenden Kritik, selbst für jene, die am Kapitalismus eigentlich gar nichts mehr auszusetzen haben, was z.B. ein längliches, von vier Ex-KB-Mehrheitlern in AK 335 veröffentlichtes Papier schlagend demonstriert. Hier kann das soziologistische Gesellschaftsverständnis wieder ganz mit sich im reinen zu sein, scheint man es doch beim Verhältnis Imperialismus/"Dritte Welt" nicht nur mit einem unmittelbaren Gewaltverhältnis zu tun, sondern einem Gewaltverhältnis, das zudem den unschätzbaren Vorteil bietet, daß es in seiner ganzen Nacktheit bloßzuliegen scheint, bei dem also keine diffizile theoretische Tüftelarbeit vonnöten, sondern der bloße Augenschein zu genügen scheint, um es als solches zu erkennen. Man scheint es also einerseits beim "Imperialismus" oder den "Imperialisten" noch mit echten Schurken alten Kalibers wie aus dem Bilderbuch zu tun zu haben, welche man scheinbar bequem dingfest machen und als Verantwortliche verurteilen kann; und man scheint es andererseits in der Dritten Welt mit einem vom Imperialismus hervorgebrachten derart krassen Elend zu tun zu haben, daß jede Befreiung davon keinerlei Begründung mehr bedarf, sondern sich selbst durch die Tat

rechtfertigt, was umgekehrt auch heißt, daß sich eine Kritik an den Zielen der Befreiung geradezu blasphemisch ausnimmt und sofort in den Verdacht gerät, in objektiver Komplizenschaft zum "Imperialismus" zu stehen.

VI.

Obwohl also das soziologistische Gesellschaftsverständnis mit all seinen Implikationen im antiimperialistischen Imperialismus-Verständnis nicht nur beibehalten, sondern auf die Spitze getrieben ist, vor allem, was den moralischen Impetus anbetrifft, so besteht doch die wesentliche inhaltliche Differenz zum innergesellschaftlichen Soziologismus darin, daß der Gegensatz oder "Grundwiderspruch", der aufgemacht wird, keiner mehr zwischen "Klassen" ist, sondern der zwischen dem Moloch "Imperialismus", der, wie gesagt, in Form von Konzernen, Banken, Politikern, aber auch als mehrere "imperialistische Nationen" auftreten kann, und den Völkern der "Dritten Welt", deren Elend darauf beruhen soll, daß sie vom "Imperialismus" fremdbestimmt werden, wobei es den Antiimperialisten nichts zur Sache tut, ob diese Fremdbestimmung nun unmittelbar vom "Imperialismus" oder dessen Handlangern in Form von Kompradoren-Bourgeoisien ausgeübt wird. Bereits, wenn man ihn nur sprachkritisch unter die Lupe nimmt, transportiert der Begriff der "Fremdbestimmung", der das Wesentliche am "Imperialismus" sein soll, die miefende Gemütlichkeit des Bei-sich-selber-bleiben-wollens, des Mit-sich-ich-im-reinen-sein-wollens, kurz: die Option auf Identität, in welcher unmittelbar impliziert ist das rohe und barbarische Ressentiment gegen das Fremde, Unvertraute und Vermittelte. Den Begriff der "Fremdbestimmung" zeichnet ferner aus, daß er an sich selbst völlig unbestimmt ist und sich deshalb allen nur denkbaren Phänomenen überstülpen läßt - was von Antiimperialisten denn auch weidlich ausgenützt wird, wenn dem "Imperialismus" nicht nur vorgeworfen wird, daß er die Völker der "Dritten Welt" aushungere, sondern ihnen vor allem verwehre, ihr Dasein ihren eigenen Sitten, Gebräuchen und "gewachsenen" Kulturen gemäß zu fristen. In der Agitation gegen den "Imperialismus" als "Fremdbestimmung" der Völker erscheint zudem in Reinkultur jenes pseudokritische Gewäsch, in welchem über die "Kälte" und "Entfremdung" im Kapitalismus, die auf Rationalität, Abstraktion und Universalismus zurückzuführen sei, lamentiert wird - ein Gejammer, welches zum einen das starke Engagement von "linken" Friedenschristen, die es schon immer mit der "Entfremdung" in den Marxschen Frühschriften hatten, in Dritt-Welt-Angelegenheiten erklärt und welches die Verkehrsberuhigungs-Ini aus Bietigheim-Bissingen, den Großteil der Linken und die RAF mit der Neuen Rechten zusammenschweißt.

VII.

Wo einerseits "Imperialismus" als "Fremdbestimmung" buchstabiert wird und andererseits alles Elend dieser Welt davon kommen soll, daß die Völker sich nicht selbst bestimmen können, da heißt die logische Konsequenz aus dieser Diagnose, daß die Völker als Völker sich selbst zu affirmieren und zu befreien haben. Damit wird "Befreiung" als borniert-nationale, partikulare und nicht, was sie ihrem Anspruch nach stets zu sein hat, universelle gefaßt. Statt den Bruch mit allen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen zu vollziehen, werden in dieser "nationalen Befreiung" nur die "fremden" gegen die einheimischen Ausbeutungsverhältnisse eingetauscht, die in gar nicht so wenigen Fällen "befreiter Nationen" noch bestialischer ausfielen als die vorherige "Fremdbestimmung", was eine Linke mit starker Vorliebe fürs Kernige, Derbe und Unverfälschte veranlaßte, diese Dinge auch noch zu begrüßen. "Nationale Befreiung", der Versuch, sich mittels der politischen Formbestimmung des Weltmarkts, dem Nationalstaat, sich gegen eben diesen Weltmarkt abzuschotten, mag nach Lage der Dinge seit den späten 40er Jahren ein historisch unvermeidlicher Prozeß gewesen sei: Jedenfalls bestand und besteht für Linke kein Grund, sich in aus der Not geborene Kämpfe mit feuchten Augen und El-Condor-Pasa-Gesängen auf den Lippen begeistert einzumengen und entschlossen Partei zu ergreifen, sondern nicht nur die Verfaßtheit der Welt zu denunzieren, die sich in Nationalstaaten fragmentiert, sondern, gemessen an der Perspektive sozialrevolutionärer Emanzipation, auch alle Bestrebungen, in und vermittels Kategorien wie Nation und Staat, die Ausdruck objektiven Zwangs sind und sonst nichts, Befreiung vollziehen zu wollen, der Kritik zu unterziehen.

Der Einwand, daß manche Linke nicht immer so "plump" argumentiert hätten - als handele es sich um subjektive Unzulänglichkeiten und nicht um das Befangensein in den Kategorien der Vergesellschaftung, die man verbal zu bekämpfen vorgibt - und gerade die soziale Komponente der "nationalen Befreiung" betont hätten, ändert daran gar nichts. Die vielgerühmte "Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung" unterstellt nämlich, man könne a priori den Gang des "Befreiungs"-Prozesses in seinen aufeinander folgenden Etappen gleichsam vorausberechnen, unterstellt mithin, es gebe ein jenseits der handelnden Subjekte wirkendes

Gesetz, eine objektive Vernunft, die die nationale in die soziale Befreiung umschlagen läßt und damit den guten Ausgang des Ganzen garantiert. Abgesehen davon, daß es sich einigermaßen komisch ausnimmt, wenn Linke, die stets aufs "Subjekt", den "subjektiven Faktor" etc. abonniert sind und beim Insistieren auf den objektiven Zwangsgesetzlichkeiten kapitalistischer Vergesellschaftung, also dann, wenn diese Rede gerade ihre Berechtigung hat, recht schnell mit "Objektivismus"- und "Determinismus"-Vorwürfen bei der Hand sind, just dann, wenn es um Befreiung geht, die Subjekte zu bloßen Trägern eines "dialektischen Gesetzes" degradieren lassen wollen - abgesehen also von dieser zutiefst unemanzipatorischen Auffassung gibt es ein solches "Gesetz der Befreiung" nicht. Was es demgegenüber gibt, ist das höchst reale Gesetz, daß jeder Versuch sozialer oder gar sozialistischer Befreiung, sei er von noch so lauteren Absichten getragen, Ausbeutung und Herrschaft produzieren muß, wenn er sich in Kategorien von Nation, Volk und Staat artikuliert.

VIII.

Der sogenannte "Antizionismus" ist ein Spezialfall des Anti-Imperialismus - Spezialfall nicht in dem Sinne, daß in ihm entscheidende Determinanten des Anti-Imperialismus modifiziert wären, sondern in dem Sinne, daß er die traurige Wahrheit über diesen ist, da hier der latent völkische Gehalt des Anti-Imperialismus manifest wird und gerade hier die durchgehende Ignoranz materialistischer Kapital- und vor allem Staatskritik gegenüber sich am schlagendsten zeigt. Bemerkenswert ist zunächst, daß das Objekt der "antizionistischen" Solidaritätsbemühungen, die PLO, erklärtermaßen die sogenannte "nationale Befreiung" nicht einmal mit sozialen oder gar sozialistischen Inhalten verbindet - insofern unfreiwillig ehrlich -, sondern eine Bewegung darstellt, der es fast ausschließlich darum zu tun ist, ein Stück Land zu beanspruchen, um darauf einen Nationalstaat mit eigener Flagge, Währung, Nationalhymne und eigenem Militär zu errichten. Als der Feind par excellence, der diesem Ansinnen auf "nationale Selbstbestimmung" im Weg steht, wird der Staat Israel ausgemacht, dem dann insbesondere deutsche "Antizionisten" mit einer selbst an ihren sonstigen Maßstäben gemessen maßlosen Denunziation begegnen, die sich ausnahmslos aus bereits aufgezeigten Arsenal antiimperialistischer Agitation speist und es radikalisiert. Die Rede vom "Imperialismus" als "Fremdbestimmung" erscheint im "Antizionismus" vor allem in der Agitation gegen Israel als "Siedlerkolonialismus", oft verknüpft mit der Anmerkung, mit der Existenz des israelischen Staates sei ein "europäisches Problem in den arabischen Raum exportiert" worden - als sei die Massenvernichtung der Juden im Nationalsozialismus ein "Problem", wie man vom Ozonloch als von einem "Problem" spricht, als sei die Massenvernichtung ferner keine Sache, die sich zwar in Deutschland ereignet hat, aus der als "Zivilisationsbruch" aber die universelle, jedermann betreffende Verpflichtung erwächst, sein "Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe" (Adorno, Negative Dialektik, S. 358). Der Staat Israel wird also bezichtigt, eine raum- und volksfremde Macht zu sein, ein gewaltsamer Eindringling, ein Staat, der, so die Logik dieser Parolen, mangels "organischer" Verbundenheit mit der arabischen Scholle sowie den arabischen Völkern und ihrer Kultur im Nahen Osten nichts zu suchen habe und deswegen, so die beliebte "antizionistische" Kampflosung, "verschwinden" müsse. Abgesehen davon, daß diese These sich strukturell in nichts von derjenigen unterscheidet, wonach Türken aufgrund ihrer "ganz anderen Kultur" gar nicht zu den Deutschen paßten und deswegen abgeschoben gehörten, spricht aus ihr kaum mehr verblümt die völkische Vorstellung, daß ein Staat das gleichsam "organische" Produkt der ebenso "organischen Verwurzelung" eines Volkes in seinem Heimatboden sei bzw. umgekehrt, daß aus der innigen Verbundenheit von Volk und Land sich allein das "Recht auf nationale Selbstbestimmung" herleiten läßt. Weil aber diese Vorstellung, die der objektiven Selbstideologisierung bereits installierter staatlicher Souveränität entstammt, am Beispiel Israel sich gänzlich blamiert - was schlicht darauf zurückzuführen ist, daß in der Gründung dieses Staates, die sich nicht im Rahmen einer bereits konstituierten Souveränität vollzog, eben deshalb die Tatsache, daß Staaten nicht durch Rechtstitel, sondern durch nackte Gewalt sich begründen, nur besonders deutlich zur Erscheinung kommt - sind die Freunde des authentischen Volksstaats gezwungen, die Konstitutionsgewalt des Staates Israel, die sich in der Unterdrückung bestimmter Menschen, die darüber erst zu "Palästinensern" gemacht werden, perpetuiert, als vermeintlich ganz außergewöhnliches und besonderes "Unrecht" auf die schlechten subjektiven "Eigenschaften" der Juden zurückzuführen. Aus dieser Logik ergibt sich dann ganz zwanglos die Polemik gegen Israel als "zionistisches Gebilde", was heißt, der Staat Israel sei eigentlich gar kein "richtiger" Staat, kein richtiger Volksstaat zumal, sondern ein - das Wort "Gebilde" suggeriert dies - bloß künstliches Produkt, ein infames Machwerk und vor allem die Materialisierung einer abstrakten Idee, des "Zionismus", der sich unter kräftiger Unterstützung jüdischer Finanziers den konkreten Boden Palästinas einverleibt und die Palästinenser damit "entwurzelt" habe (vgl. dazu ISF, Das

Ende des Sozialismus, die Zukunft der Revolution, S. 108), womit endgültig nichts anderes als die Grundbestimmungen des modernen Antisemitismus, die Aversion gegen die unfaßbaren Mächte des Abstrakten, gegen Geld und Geist, Aufklärung und Kosmopolitismus, transportiert werden. Nichts diskreditiert den Anti-Imperialismus unwiderruflicher als sein traurigster Ableger, der "Antizionismus", und nichts beweist zugleich schlagender die Notwendigkeit, daß die Juden sich gerade in Form gewaltbewehrter staatlicher Souveränität organisieren.

IX.

Nicht zu leugnen ist, daß das in ferne Länder verlagerte Partei-Ergreifen für "nationale Befreiung" und die Agitation gegen "imperialistische Fremdbestimmung" seine handfesten Konsequenzen auch für das Agieren der Linken, der deutschen zumal, gegen Erscheinungen in den Metropolen selbst hatte. Im Kampf der von den Linken allseits hofierten "neuen sozialen Bewegungen" gegen technologische Großprojekte, das "Sterben" des deutschen Waldes und die Raketen der amerikanischen "Besatzer", die mit der Wiederentdeckung von derbem Brauchtum, ursprünglicher Mundart und dem angeblich vierschrötig-eigensinnigen Widerständlertum der "ganz normalen Leute" einherging - ein Prozeß, der seine akademische Veredelung in dem wohl nicht zufällig so gewählten Habermasschen Wort von der "Kolonisierung(!) der Lebenswelt" findet, kündigte sich die breite Renaissance des deutschen Nationalismus an, und wurden die in anderem Zusammenhang erprobten Kategorien nun auch vor der eigenen Haustüre schöpferisch angewandt. So begriffen, war der Anti-Imperialismus zwar nicht die entscheidende, aber doch eine der entscheidenden Voraussetzungen der Befürwortung der "nationalen Selbstbestimmung" Deutschlands, der "Wiedervereinigung" seitens der deutschen Linken, die sich damit intellektuell und politisch endgültig verabschiedet hat. Es ist dieser Zusammenhang, der auch in der ansonsten immer noch lesens- und verteidigenswerten LG-Erklärung des damaligen KB vom Dezember 1989 unbegriffen bleibt, worin gesagt wird, es gebe eben kein "Recht auf Imperialismus", und Deutschland sei keine Kolonie. Anstatt von der Forderung nach "nationaler Selbstbestimmung" der Deutschen, die die Apologie ihrer vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Schandtaten impliziert, ein Licht auf diese Parole im allgemeinen fallen zu lassen und jede nationale Souveränität als objektive Bedingung einer ähnlichen Gewalt zu begreifen, wird hier abermals die Illusion aufgefahren, wonach "nationale Selbstbestimmung" an sich weder gut noch schlecht sei, es komme nur darauf an, wer sie in Anspruch nehme und verwirkliche.

X.

Jene Rest-Linken, die auch heute noch an der Notwendigkeit sozialrevolutionärer Emanzipation festhalten, hätten den schon längst überfälligen Abschied vom Anti-Imperialismus und all seinen Erscheinungsformen sowie dem in ihm systematisch unterstellten Begriff des "Imperialismus" zu nehmen, allerdings nicht in dem Sinne, wie man sich auch schon in der Vergangenheit immer mal wieder von den diversesten Aktivitäten aus Resignation, Frust und dem Gefühl, "gescheitert" zu sein ab-, und sich neuen zuwandte. Der resolute Bruch wäre vielmehr mit dem linken "Politik-Machen" selbst zu vollziehen, unter welches auch der Anti-Imperialismus fällt, ein Bruch mit einer ihrer selbst unbewußten Praxis, deren Dreh- und Angelpunkt das emsige Aufspüren vermeintlicher "kämpfender" Bewegungs-Subjekte, egal wo, ist und der die gesellschaftlichen Verhältnisse nur als äußerlicher Anlaß der Aktion und als den "Subjekten" angeblich disponibles Instrument gelten. Es wäre statt dessen und endlich der gesellschaftliche Objektivitätszusammenhang staatlich organisierter kapitalistischer Vergesellschaftung selbst, der die "Subjekte" zuallererst konstituiert, zum Gegenstand theoretischer Kritik zu machen, welche unter anderem die Kategorien "Volk" und "Nation" als etwas Abzuschaffendes und jegliche affirmative Rede davon als ideologische Reproduktion von Herrschaft und Zwang zu denunzieren hätte, und welche den Nachweis zu führen hätte, daß jeder Versuch, den nationalen Staat als Hebel von Befreiung instrumentalisieren zu wollen, etwa als "proletarischer Staat" oder auch nur als "Übergangsstaat", in sein Gegenteil, in Herrschaft umschlagen muß.

cl., Westberlin

38. Über den sozialdemokratischen Objektivismus des Herrn Kurz

Autor: Gerd Kuhnen und Holger Schlüter · Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:40

Im Winter 1991/92, als Karl Marx gerade gestorben war und Jesus dessen Nachfolge antrat, entdeckten FR und Zeit beim Beseitigen der in Trümmer gegangenen marxistischen Theorie plötzlich mit freudigem Entzücken in all dem Abraum gediegenes Edelmetall: die wertkritische Zusammenbruchstheorie des Robert Kurz.

Als ein "überlegener Kopf" (Eichborn Verlag) gepriesen, wurde der in dieser Öffentlichkeit bisher gänzlich unbekannte Cheftheoretiker einer Nürnberger Politsekte für würdig befunden, eine bisher noch nicht besetzte Rolle beim Triumphfest der kalten Kriegsgewinnler und -gewinner zu übernehmen. Pünktlich wie das Gespenst der Pest beim Fest des Fürsten Prospero von E.A. Poe, das um Mitternacht den Untergang der gesamten Festgesellschaft ankündigt, schob man ihn genau in dem Augenblick auf die Bühne, als die Fete ihren Höhepunkt erreicht hatte.

"Soviel Ende war nie." hub er an (in: Der Kollaps der Modernisierung, S. 5) und malte, indem er den ökonomischen Kollaps der staatskapitalistischen Länder des Ostblocks als Beginn einer allgemeinen Weltkrise interpretierte, dem sich dabei wohlig gruselnden Publikum das Menetekel des eigenen gesellschaftlichen Untergangs an die Wand: "Die Logik der Krise rückt von der Peripherie her in die Zentren vor. Nach den Zusammenbrüchen der Dritten Welt in den achtziger und des Realsozialismus im Anfang der neunziger Jahre ist nun der Westen selber reif." (Kollaps, S. 238)

Nachdem die Bevölkerung der industriellen Metropolen - die die Früchte, die ihr auf Grund ihrer privilegierten Lage zufallen, offenbar nicht ohne die Beigabe apokalyptischer Tagträume genießen kann - seit ca. 20 Jahren nahezu nur noch mit Weltuntergangsszenarien ökologischer Provenienz unterhalten wird, kam den etwas Anspruchsvolleren etwas Abwechslung gerade recht.

Immerhin bietet Robert Kurz sowohl die Summe aller bekannten Szenarien als auch deren Erklärung und Zusammenfassung in einem. Es handelt sich dabei um den in den letzten Jahren fast gänzlich in Vergessenheit geratenen, uralt-sozialdemokratischen Glaubenssatz vom ökonomischen Zusammenbruch des Kapitalismus, resultierend aus dem Zwang seiner objektiven Logik - ehernes Dogma aller Objektivisten innerhalb der frühen Sozialdemokratie.

Dabei war es keineswegs deren revolutionärer Flügel (v.a. Rosa Luxemburg) allein, der den Kapitalismus auf Grund seines objektiven Wesens bereits vor dem 1. Weltkrieg an seinem Ende angekommen sah. Die erste ausgesprochene Zusammenbruchs- und Krisentheorie begründete der spätere Erzreformist Heinrich Cunowll 1898 in der "Neuen Zeit" (vgl. die Darstellung in: Karl Korsch, Politische Texte). Kautsky konstatierte im Vorwort zur fünften Auflage von Engels' "Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" nüchtern die unmittelbar bevorstehende Todeskrise des kapitalistischen Systems, bei der "diesmal keine Aussicht besteht, daß sie je wieder auf kapitalistischer Grundlage durch eine neue Ära der Prosperität gemildert wird!" (zitiert nach Korsch, S. 263) Beim neuesten Künder der Finsternis klingt das so: "Es ist also zu erwarten, daß die bürgerliche Welt des totalen Geldes und der modernen Ware, deren Logik die sogenannte Neuzeit mit immer aufsteigender Dynamik konstituiert hat, noch vor dem Ende des 20. Jahrhunderts in ein dunkles Zeitalter (Hervorheb. von Kurz) von Chaos und Zerfall gesellschaftlicher Strukturen eintritt, wie es noch niemals in der Weltgeschichte dagewesen ist." (Kollaps, S. 257)

Mit der Ankündigung von in der bisherigen Weltgeschichte noch niemals Dagewesenem dürfte Kurz nicht falsch liegen - nach zwei Weltkriegen, jahrzehntelangen Kolonialkriegen und der fabrikmäßigen Vernichtung von Millionen Juden darf man dem Kapitalismus mit gutem Grund noch einiges zutrauen. Wider die konkrete Geschichte der letzten hundert Jahre, in der die Menschen die Krisen des Kapitalismus auf sehr unterschiedliche Art zu spüren bekamen, bleibt Kurz aber mit seinen objektivistischen Vorstellungen eines realen Krisenautomatismus bei der Erkenntnisebene stehen, die Marx als "die abstrakteste Form der Krise (und daher die formelle Möglichkeit der Krise)" definierte, die "die Metamorphose der Ware selbst ist, worin nur als entwickelte Bewegung der in der Einheit der Ware eingeschlossene Widerspruch von Tauschwert und

Gebrauchswert, weiter von Ware und Geld enthalten ist." (MEW 26/2, S. 510) Indem Kurz diese bloß formelle Möglichkeit, die abstrakteste Form der Krise, als die Analyse der realen nimmt, wird ihm der weitere Verlauf der Ereignisse buchstäblich berechenbar.

Der Preis, den er für die gewonnene Kalkulierbarkeit zu zahlen hat, ist die Reduktion des wirklichen Lebens auf das mechanische Klappern der abstrakten Kategorien der Warenproduktion, die zwar deren Begriff und Wesen ausmachen, nicht aber die Totalität der Erscheinungen beschreiben können. Dafür gehts bei ihm gemütlicher zu als in der Realität. Wie Pohrt analysierte: "Wo Marx von wirklichen Krisen spricht, treten immer der allgemeinen Theorie kontigente Wechselfälle hinzu: Mißernten, Kriege, Dauerhaftigkeit des capital fixe etc. Daß diese dem Kapitalverhältnis kontingent sind und unberechenbar wie Naturerscheinungen in es hineinbrechen, ist gerade die Essenz der Krise. Daß die Wissenschaftler sich mit dieser Unberechenbarkeit nicht abfinden wollen, ist verständlich; naiv hingegen, daß sie diese abschaffen wollen, indem sie an der Theorie herumfeilen." (Pohrt, Theorie des Gebrauchswerts, S. 216) Die gemütliche Berechenbarkeit der Kurzschen Wissenschaft ist letztlich auch der tiefere Grund, weshalb sie trotz ihrer drohenden Prophetie vom "dunklen Zeitalter" in der bürgerlichen Presse so gerne goutiert wird. Wie alle objektivistischen Theorien gewinnt auch die spezielle des Robert Kurz ihre Schlüssigkeit, indem sie von den wirklichen, handelnden Menschen abstrahiert und sich ganz in den "notwendigen, immanenten Tendenzen" der gesellschaftlich produzierten Welt der Dinge herumtreibt. Deren Eigenleben "entlarvt" er an etwa 400 Stellen seines Buches als ein scheinbares, d.h. als Resultat der Projektion gesellschaftlicher Verhältnisse in die derart totemisierten und fetischisierten Dinge, ohne auch nur einen einzigen Schritt aus diesen Abstraktionen herauszutreten.

Sein Auftritt als "marxistischer" Fetenschreck gelingt auch nur aus diesem Grund: Er verharrt in der Welt der wildgewordenen Dinge und der automatisch wuchernden Produktivkräfte, die die reale Welt ihrem Begriff nach schon recht lange ist, verbannt aber jeden Gedanken an das, was mit diesem Begriff nicht identisch wäre: "die größte Produktivkraft, die revolutionäre Masse selbst" (Marx, MEW 4, S. 181). Das genau weist ihn als "überlegenen Kopf" aus und qualifiziert ihn für seine neue Rolle.

Geübt hat er für diese Rolle schon geraume Zeit. Vor einigen Jahren ließ er in der Broschüre "Fetisch Unmittelbarkeit" vernehmen: "Es zeigt sich, daß das Kapital nach wie vor an sich selbst seine eigene Krise ist, daß der Feind dieser Gesellschaftsordnung nicht im Osten oder Süden steht, sondern sie sich selbst ihr fürchterlichster Feind bleibt." (S. 27) Das klingt beruhigend, spielt sich doch letztlich alles in den eigenen vier Wänden ab.

Dennoch dürfe man, so Kurz in seinem neuesten Werk, die eigentlichen Opfer und Verlierer dieser Gesellschaftsordnung nicht aus dem Auge verlieren: "Das Spiel des Weltmarkts, der alle andern Formen aufsaugt und sich anverwandelt hat, läßt die Verlierer anschließend nicht mehr gemütlich nach Hause, sondern vernichtet sukzessive jede menschenwürdige Existenz für sie. Wenn diese Menschen, Völker, Regionen und Staaten bemerken, daß sie nie wieder eine Gewinnerchance haben werden und daß das unaufhaltsame weitere Verlieren ihnen jede Lebensmöglichkeit rauben muß, werden sie früher oder später das Spielbrett vom Tisch werfen und" - vielleicht die Spielregeln durchschauend, dem Spiel ein revolutionäres Ende bereiten? - nein, sondern vielmehr, das aber mit absoluter Sicherheit - "auf alle ‚Spielregeln` der sogenannten Weltzivilisation pfeifen." (Kollaps, S. 230)

Was soll man von Barbaren auch anderes erwarten. Sind doch diese "demokratischen Spielregeln der bürgerlichen, aufklärerischen Weltvernunft ihrem innersten Wesen nach abstrakt und unsinnlich, weil ihre wahre Grundlage die abstrakte und entsinnlichte Selbstbewegung des Geldes ist ..." (ebd). Was uns sagen soll, daß Zivilisation nur dort existiert, wo diese "Selbstbewegung" noch funktioniert. Die Menschen der vom Kapital jahrhundertelang geplünderten Länder werden als Verhungernde und an Krieg und Seuchen elend Krepierende mit dem Etikett "nicht entwicklungsfähig" versehen, und wie ausgepreßte Zitronen weggeworfen; indem sie als an der "Selbstbewegung" nicht mehr beteiligt gelten, sind sie automatisch, so muß man Kurz wohl verstehen, von jedem zivilisierten Denken abgeschnitten.

Diese Inhumanität des Objektivisten, die den Verzweifelten auch noch die Möglichkeit, Befreiung auch nur zu denken, abstreitet, ist Reflex der prozessierenden Inhumanität, die zu kritisieren Kurz angetreten war. Er bestätigt damit das Verdikt Lenins über den Objektivisten Struve, dem jener seinen aktivistisch-materialistischen Standpunkt gegenübergestellt hat: "Wenn der Objektivist die Notwendigkeit einer gegebenen Reihe von Tatsachen nachweist, so läuft er stets Gefahr, auf den Standpunkt eines Apologeten

(Verteidigers) dieser Tatsachen zu geraten.." (hier zitiert nach Korsch, S. 270) "Der Objektivist spricht von der Notwendigkeit des gegebenen historischen Prozesses; der Materialist trifft genaue Feststellungen über die gegebene sozialökonomische Formation und die von ihr erzeugten antagonistischen Verhältnisse." (Lenin Bd.I, S. 414)

Indem R. Kurz den Abermillionen aus der kapitalistischen Vernutzung herausgefallenen Menschen die kalte Schulter zeigt und sie nur noch als ausgestoßene Schlacke des von ihm weiter fasziniert begutachteten Kapitalverwertungsprozesses deklariert, wiederholt er das vom Imperialismus an den Verdammten dieser Erde begangene Unrecht in seiner Theorie. Was aus der Verwertung herausgefallen ist, hat keine Geschichte mehr. "Pogrome und Bürgerkriege auf der Basis eines Verteilungskampfes in den postkatastrophalen Gesellschaften" (Kollaps, S. 232) sind für ihn deren heutige "natürliche" Daseinsweise - etwas anderes darf nicht einmal gedacht werden.

Wenn dann die der "Weltzivilisation" zugehörigen - weil noch kapitalverwertenden - Länder "eine kapitalistische Planetenpolizei" aufstellen, um "mit barbarischen Mitteln die barbarische Reaktion der Mehrheit von Verlierern für längere Zeit niederzuzwingen" (ebd), ist das dann nur konsequent, auch wenn Kurz auch solchen politischen Manövern längerfristig keine Chance gibt - schreitet doch der Untergang mit ehernem Schritt und, wie bereits bekannt, unaufhaltsam voran. An dessen Ende zündet uns Kurz dann doch ein Kerzchen an, das Hoffnung bringen soll. Nach der letzten Umdrehung der klappernden Maschine regt sich dann doch noch Menschliches. Bevor dieser Schein näher untersucht werden kann, bleibt es uns aber leider nicht erspart, zwecks besseren Verständnisses vorher einen Blick in den Konstruktionsplan der Kurzschen Untergangsmechanik zu werfen.

Herr Kurz entdeckt die Mechanik des Untergangs. An Marx anknüpfend bestimmt er die Vergänglichkeit der kapitalistischen Produktionsweise als notwendiges Resultat der mit deren Ausbreitung notwendig erfolgenden Steigerung der Produktivkräfte. Diese Tendenz zur "freie(n), ungehemmte(n), progressive(n) und universelle(n) Entwicklung der Produktivkräfte, die das Kapital hat, aber die zugleich ihm selbst als einer bornierten Produktionsform widerspricht und es damit zu seiner Auflösung treibt - unterscheidet das Kapital von allen früheren Produktionsweisen und enthält zugleich das in sich, daß es als bloßer Übergangspunkt gesetzt ist." (Marx, MEW 42, S. 438) Unter anderem im dritten Band des Kapital führt Marx aus, daß die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit sich als ständige Zunahme des in die Maschinerie fixierten Kapitalanteils verwirklicht. Die ständige Zunahme im Verhältnis zum in lebendiger Arbeitskraft angelegten, variablen Kapitalanteil führt zum tendenziellen Fall der Profitrate. In diesem relativen Rückgang des angewandten variablen Kapitalanteils aber sieht Kurz nun das kontinuierliche Gefälle, das das Kapital mit eherner Notwendigkeit, wie auf Schienen laufend, seiner letzten Krise entgegeneilen läßt: "Der Krisengrund aber ist für das gesamte warenproduzierende Weltsystem in allen seinen Teilen ein und derselbe: der historische Rückgang der abstrakten ‚Arbeits`-Substanz infolge der konkurrenzvermittelten Produktivität (‚Produktivkraft Wissenschaft`). Das warenproduzierende System ist jedoch an seinen tautologischen Selbstzweck gebunden und auf ein ewiges Weiterwachsen dieser ‚Arbeits`-Substanz im Weltmaßstab angewiesen. Die Krise des westlichen Subsystems, die für die neunziger Jahre zu erwarten ist, wird diesen historischen Sachverhalt unbarmherzig ans Licht bringen." (Kollaps, S. 254 f.)

Die oben zitierte Kritik Pohrts, der fünfzehn Jahre vor der Veröffentlichung der Kurzschen Eingebungen bestimmten Wissenschaftlern vorwarf, die "abstrakte Form der Krise", deren "formelle Möglichkeit", mit ihrer Wirklichkeit identisch zu setzen, um diese Wirklichkeit berechenbar zu machen, ist ohne Abstriche auf Kurz anzuwenden: Die Entdeckung des tendenziellen Falls der Profitrate ist eine Präzisierung "der entwickelten Bewegung", des "in der Einheit der Ware eingeschlossene(n) Widerspruch(s) von Tauschwert und Gebrauchswert" (Marx s.o.) auf eben dem Niveau der bloß "formellen Möglichkeit".

Aus dem relativen Verschwinden des variablen Kapitalanteils wird bei R. Kurz eine praktische, lineare Krisen-Entwicklung, die ab einem ganz bestimmten historischen Punkt (mit der sogenannten Schuldenkrise der 3. Welt vor ca. 15 Jahren) eingesetzt hat und sich seitdem von der Peripherie in die Zentren der kapitalistischen Produktion vorarbeitet. Wie ehemals Hannibal die Pforten Roms, hat die letzte Krise des Kapitals inzwischen diese Zentren erreicht und beginnt mit der Belagerung. Da der Feind aber in der Festung selbst sitzt, die Kapitalverwertung "sich selbst ihr fürchterlichster Feind ist" (Kurz s.o.), gibt es für das heutige Rom kein Entrinnen. Mit seiner letzten Krise zieht sich das Kapital, nachdem es sich die gesamte Erde Untertan gemacht hat, zu seinem historischen Ausgangspunkt in die Metropolen zurück, und wir erleben in

seiner letzten Krise die Götterdämmerung. Nach Hegel fliegt die Eule der Minerva nur in der Dämmerung, und als solche dreht jetzt Robert Kurz seine Runden und enthüllt dem staunenden Publikum, daß alle politischen Anstrengungen und Katastrophen der letzten hundert Jahren alle politischen Systeme, ob Liberalismus, Faschismus oder real existierender Sozialismus, sämtlich nach gut Hegelscher Manier vernünftig waren - vernünftig, weil notwendig, trugen sie doch allesamt unbewußt mit dazu bei, "daß sich - hinter ihrem Rücken - die kapitalistische Akkumulation bis zum historisch bestimmten point of return entfalten konnte." So erhalten alle Bestialitäten, die das Kapital in seinem bisherigen Überlebenskampf ausbrütete, noch ihren tieferen Sinn.

Wie Herr Kurz in kürzester Frist alle bisherige Theorie überwindet. Da alle Beteiligten unbewußt oder bestenfalls halbbewußt am großen Werk teilhatten, waren alle ihre Kategorien und sämtliche ihr Handeln bestimmende Vorstellungen im Mittag dieses Prozesses notwendig fetischistisch, d.h. lassen sich allesamt als ideologischer Ausdruck der nicht begriffenen Verwertungslogik abstrakter Arbeit entlarven. Jetzt, in der Dämmerung, enthüllt uns Robert Kurz dieses großartige Prinzip. Anarchisten, Leninisten, Stalinisten, Sozialdemokraten, kritische Theorie - alles, was ihm in die Finger gerät, schlägt er über diesen Leisten, und alles ist wert, dabei zugrunde zu gehen.

Dieses Kunststück gelingt dem modernen Alleszertrümmerer durch eine z.T. grauenhafte Reduktion u. Simplifizierung, die er seinen Objekten antut. Mit geschultem Blick erkennt er z.B. das Wesen der kritischen Theorie, die vor seinem Blick zu einem einheitlichen Gebilde gerinnt ("wie bei Horkheimer u. den Seinen" - Kollaps, S. 267), und er zertrümmert sie mit einem einzigen Keulenschlag: "All diese Konstrukte entspringen dem Aufklärungsdenken, das mit dem warenproduzierenden System zusammen an sein Ende gelangen muß, weil es selber warenförmig ist und die Welt verkehrt herum, nämlich durch die warenförmige Abstraktion vom sinnlichen Inhalt, betrachtet und wahrnimmt." (Kollaps, S. 267)

Damit diese seine einzige Waffe der Kritik, die er gleichermaßen gegen alles führt, auch trifft, ist er aus dieser Not heraus gezwungen, seine Objekte beim Gang durch seine Wahrnehmung hindurch abscheulich zu verstümmeln. "Horkheimer und den Seinen" wirft er, um beim Bespiel zu bleiben, vor, sie verträten die Meinung, zur Überwindung des Kapitalverhältnisses müsse das ",ganz Andere` (...), aus einer transzendenten absoluten Vernunft ins davon bislang unberührte Leben des diesseitigen ‚Schlechten` gerufen werden." (ebd.) Allerdings handelt es sich hier nicht mal mehr um eine Verstümmelung Horkheimers. Jenem den Glauben an eine transzendente absolute Vernunft zu unterstellen, die außerhalb der lebendigen Wirklichkeit ihr Dasein hätte, bedarf es entweder einer gehörigen Portion Frechheit - das Publikum, an das man sich wendet, hat sowieso keine Ahnung und glaubt ohnehin alles; oder aber einer Unkenntnis der Sache, die für einen heute noch umtriebigen Alt-68er sehr ungewöhnlich wäre, aber umso gründlicher zu sein hätte. Nur der Form halber ein Zitat von hundert möglichen aus Horkheimers "Zur Kritik der instrumentellen Vernunft", die Kurz' "Interpretation" als baren Unsinn denunziert: "Vernunft kann ihre Vernünftigkeit nur durch Reflexion auf die Krankheit der Welt verwirklichen, wie sie durch den Menschen produziert und reproduziert wird, in solcher Selbstkritik wird Vernunft zugleich sich selbst treu bleiben, indem sie am Prinzip der Wahrheit festhält, das wir allein der Vernunft verdanken und sich an kein sonstiges Motiv wendet." (S. 165) Die Reflexion auf die "Krankheit der Welt" ist also die Selbstkritik der Vernunft, nur so hält sie am Prinzip der Wahrheit fest - das ist nun allerdings etwas gänzlich anderes als der Horkheimer unterstellte Ruf an eine "transzendentale absolute Vernunft", ins bisher "davon unberührte Leben" zu treten. Lassen wir es damit genug sein - es ist hier nicht der Platz, alles von Kurz zerschlagene Porzellan zu kitten und allen seinen Opfern zu ihrem Recht zu verhelfen.

Herr Kurz entdeckt den "Kommunismus der Sachen". Zurück zu der Kraft, die den Kurzschen Gesellschaftsautomaten in den Abgrund treibt: zur "Produktivkraft Wissenschaft". Entsprechend Hölderlins Vermutung, daß, wo die Not am größten, auch die Rettung ganz nahe ist, erfüllt die Wissenschaft zwei Aufgaben gleichzeitig: Sie treibt das Kapital an sein Ende und tritt dann, ganz Deus ex machina, als der Retter auf, der sein Erlösungswerk von allen unbemerkt schon längst vorbereitet hat: "Die Menschheit ist damit konfrontiert, daß sie durch die selbstgeschaffenen Produktivkräfte hinter ihrem Rücken auf der inhaltlich-stofflichen und ‚technischen` Ebene kommunistisch vergesellschaftet wurde. Dieser objektive Zustand ist mit den konträren Subjektformen an der gesellschaftlichen Oberfläche unvereinbar." (Kollaps, S. 265) Und jetzt kommt's noch dicker: Kommunismus "... ist schon da, er ist das Allernächstliegende zu der Wirklichkeit selbst, freilich in verkehrter, negativer Form innerhalb der kapitalistischen Hülle des warenproduzierenden Weltsystems: nämlich als verkehrter Kommunismus der Sachen, als globale Vernetzung

des Inhalts der menschlichen Reproduktion; gesteuert jedoch durch die blinde und tautologische Selbstbewegungsstruktur des Geldes die ..." usw., das kennen wir ja schon.

Bis auf Robert Kurz hat das noch niemand gemerkt. Und warum nicht? "Weil der ‚Kommunismus der Arbeit`, der immer nur eine rigide bürgerliche Modernisierungsideologie war" - wie letztlich ja alle Theorie, seit der Erfindung des Geldes bis zum Erscheinen von Robert Kurz, im Fetischcharakter der Waren befangen war - "tatsächlich endgültig obsolet geworden ist und keinen Grund mehr in der Wirklichkeit findet, wird die kommunistische Realität ‚hinter dem eigenen Rücken` ignoriert. Sie sieht freilich ganz anders aus als der Sozialismus, den die alte Arbeiterbewegung erwartet hat. Sie wurde nämlich nicht vom Proletariat, sondern von der ‚Produktivkraft Wissenschaft` hervorgerufen. Auf dieser beruht sie, und mit der alten, bloß vermeintlich antikapitalistischen Ontologie der Arbeit hat sie nichts mehr zu tun." (Kollaps, S. 266) Die "Produktivkraft Wissenschaft" leistet also gleichzeitig zweierlei: Zum einem treibt sie das Kapitalverhältnis ab einem bestimmten historischen Punkt, der in der jüngsten Vergangenheit liegt, systematisch in seine eigentliche historische Krise, die sich als ökonomischer Zusammenbruch von der Peripherie in die Zentren vorarbeitet. Zum anderen entfaltet sie "hinter dem Rücken" der agierenden, vom Wertfetisch geblendeten Menschen eine "kommunistische Realität" der Sachen (die obzwar noch "verkehrt", immerhin doch ein verkehrter Kommunismus ist), die in der "globale(n) Vernetzung des Inhalts der menschlichen Produktion" bestehen soll.

Hinter der bösen irdischen Form erscheint Herrn Kurz nun deren himmlische Potenz. Diese unterschiedlichen Leistungen vollbringt die "Produktivkraft Wissenschaft" allerdings nicht in ein und derselben Gestalt, sondern sie teilt sich dazu in eine gute himmlische "allgemein gesellschaftliche" Potenz, und eine böse irdische "dinglich -technische" Form. Deren unterschiedliche Qualität gewinnt Kurz auf eine recht konfuse Art - er schreibt: "In der Marx'schen Kritik der Politischen Ökonomie stellen die ‚Produktivkräfte` vor allem eine gesellschaftliche Potenz, ein gesellschaftliches Vermögen dar, das sich auf allgemeine Naturerkenntnis gründet. Wie es nun auf der Ebene der einzelnen, individuellen Arbeit innerhalb der gesellschaftlichen Gesamtarbeit nötig ist, einen Unterschied zu machen zwischen ‚Arbeitskraft` (als Potenz, Vermögen) einerseits und ‚ausgeführter Arbeit` (wie sie sich gesellschaftlich-fiktiv in den Produkten ‚vergegenständlicht`), so wäre derselbe Unterschied analytisch auf der Ebene der gesellschaftlichen Gesamtreproduktion herauszuarbeiten zwischen ‚Produktivkräften` und ‚Produktionsmitteln` im unmittelbaren Sinne. Eine bestimmte Höhe der gesellschaftlichen Naturerkenntnis und deren allgemeine Vermittlung mit der Produktion erzeugt auch eine bestimmte Höhe der Produktivkraft als eine allgemeiner gesellschaftlicher Potenz.

Die dinglich - ‚technische` Form aber, in der diese gesellschaftliche Potenz erscheint, ist notwendig geprägt von den Produktionsverhältnissen, d.h. von den innergesellschaftlichen Beziehungen in den Reproduktionsprozessen." (Kurz, Marxistische Kritik Bd. 2, S. 57)

Arbeitskraft als Potenz und ausgeführte Arbeit als deren Vergegenständlichung, beide auf der "Ebene der individuellen Arbeit" angesiedelt, haben also nach Kurz je ihr Pendant auf der "Ebene der gesellschaftlichen Gesamtproduktion", einmal in der guten, "allgemein gesellschaftliche(n) Potenz Produktivkraft", und zum anderen in deren böser, "dinglich-technische(n) Form", den Produktionsmitteln.

Bevor wir uns ansehen, welche Aufgabe diese Ebenenkonstruktion im Kurzschen Gesamtplan zukommt, müssen wir noch eine Ungereimtheit innerhalb der Konstruktion überwinden, da sonst die gerade erst gezimmerten Ebenen sofort wieder durcheinanderpurzeln. Probleme macht der oben zitierte, von Kurz in Klammern gefaßte Halbsatz, der präzisieren soll, wie die Potenz Arbeitskraft "ausgeführte Arbeit" wird: "... (wie sie sich gesellschaftlich-fiktiv in den Produkten ‚vergegenständlicht`)".

Der Unterschied zwischen der Arbeitskraft als Potenz und der ausgeführten Arbeit ist aber der zwischen Schichtbeginn und Schichtende. Die in der Zwischenzeit stattfindende Vergegenständlichung der Potenz ist keineswegs "gesellschaftlich-fiktiv", sondern höchst sinnlich-real, weshalb bei Marx der Begriff "vergegenständlicht" in diesem Zusammenhang nie - wie oben - in Anführungszeichen daherkommen könnte. Von "Potenz der Arbeitskraft" zu reden hat nur Sinn, wenn sie in Bezug auf einen realen Gegenstand, den sie verändern kann, gedacht wird. Sollte Kurz mit dem "gesellschaftlich fiktiven ‚Vergegenständlichen` der Arbeitskraft" den dem Produkt im Produktionsprozeß durch die Arbeit zugefügten Wertzuwachs meinen, so ist dieser dabei zum einen an eben die reale Veränderung des Produkts gebunden, zum anderen als gesellschaftliches Verhältnis gerade nicht fiktiv. "Fiktiv" könnte höchstens genannt werden, wenn mit diesem gesellschaftlich definierten Tauschwert eine Eigenschaft des Produkts gemeint ist.

Kurz' Ebenenkonstruktion trägt auch innerhalb seines Systems nur dann, wenn die beiden Potenzen (Potenz "Arbeitskraft" und Potenz "Produktivkraft") jede auf ihrer Ebene mit Blick auf die stoffliche Seite (und nicht auf den Wert hin) bezogen werden. Die Potenz Produktivkraft darf nämlich, wie wir noch sehen werden, im Kurzschen System auf gar keinen Fall mit dem Tauschwert auch nur in Berührung kommen. Er selbst wird nicht müde, ständig zu betonen, daß nur "der ‚produktive Gesamtarbeiter` innerhalb der Sphäre der täglich sich reproduzierenden Arbeit" Wert und Mehrwert schaffe, und daß er deshalb zu unterscheiden sei vom ",gesellschaftlichen Gesamtarbeiter`, der hinter und über der eigentlichen Produktion herausgebildeten riesigen Logistik des Verwissenschaftlichungsprozesses, die als solche nicht kapitalproduktiv ist, (...) und auch nicht als ‚Tauschwert` erscheint." (Kurz, Manifest, S. 54)

Der zitierte Klammersatz kann also nur Blödsinn sein, weshalb wir ihn einfach vergessen: Potenz Arbeitskraft und allgemeine gesellschaftliche Potenz Produktivkraft sind im Kurzschen System beides nicht Potenzen in der Sphäre des Tauschwerts und Mehrwerts, sondern nur, wenn man ihre stoffliche Seite betrachtet (oder besser formuliert: die Seite, wo sie nicht Kapital sind).

Nun zu dem, was die Konstruktion leisten soll: Beginnt man mit der Betrachtung der Potenz auf der "Ebene der einzelnen, individuellen Arbeit" fällt sofort auf, daß diese Potenz, als die "Ebenen" verlost wurden, Pech hatte. Marx schrieb: "Die Arbeit als das Nicht-Kapital, als solches gesetzt, ist: Nicht-Rohstoff, Nicht-Arbeitsinstrument, Nicht-Rohprodukt: die von allen Arbeitsmitteln und Arbeitsgegenständen, von ihrer ganzen Objektivität getrennten Arbeit. (...) diese völlige Entblößung, aller Objektivität bare, rein subjektive Existenz der Arbeit. Die Arbeit als die absolute Armut: die Arbeit nicht als Mangel, sondern als völliges Ausschließen des gegenständlichen Reichtums." (MEW 42, S. 203) Erscheint die Arbeit also als reine objektlose Naturkraft, so steht ihr ihre gesellschaftliche Bestimmung als eine von ihr getrennte Welt von Dingen, als automatisches Subjekt, "als Kapital, als Herrschaft über das lebendige Arbeitsvermögen, als mit eigener Macht und Willen begabter Wert (...) gegenüber" (ebd. S. 357). Diese reale, vom Kapital historisch produzierte Trennung der Arbeitskraft von ihren Instrumenten, bei der der Mensch zur Naturkraft regrediert, seiner Gesellschaftlichkeit als einem scheinbaren Eigenleben von Dingen gegenübersteht, wiederholt Kurz nun ideell auf seiner zweiten Ebene, um die dort angesiedelte Potenz rein zu gewinnen. Dieser geht es dort aber viel besser als der Kollegin auf der tieferen Etage. Zwar steht auch "der Produktivkraft" die konkrete Gesellschaft, äußerlich gegenüber, als "Produktionsmittel", die "notwendig geprägt (sind) von den Produktionsverhältnissen". (Kurz s.o.) Diese durch die schlechten Verhältnisse gezeichneten Produktionsmittel sind aber nur "die dinglich technische Form" der "Potenz Produktivkraft" selbst, die als solche eben deshalb, weil sich ihre Form die Finger schmutzig macht, an Haupt und Gliedern sauber bleibt.

Uns fällt bei solchen Konstruktionen der Idealismus Hegels ein: "Es sind noch die zwei Welten im Gegensatz, die eine ein Reich der Subjektivität in den reinen Räumen des durchsichtigen Gedankens, die andere ein Reich der Objektivität, in dem Elemente einer äußerlich mannigfaltigen Wirklichkeit, die ein unaufgeschlossenes Reich der Finsternis ist." (Hegel Werke 6, S. 544) Aufgeschlossen wird dieses Reich der Finsternis bei Hegel durch den durchsichtigen Gedanken, den Weltgeist, der sich peu à peu im Reich der Objektivität verwirklicht und dabei zu sich selbst kommt, indem er an den Dingen, und so durch diese vermittelt, erscheint. Genau so funktioniert das bei Kurz wenn er schreibt: "Eine bestimmte Höhe der gesellschaftlichen Naturerkenntnis und deren allgemeine Vermittlung mit der Produktion erzeugt auch eine bestimmte Höhe der Produktivkräfte als einer allgemeinen gesellschaftlichen Potenz. Die dinglich-‚technische` Form aber, in der diese gesellschaftliche Potenz erscheint, ist notwendig geprägt von den Produktionsverhältnissen ..." (Kurz, s.o.) Nachdem Kurz mit allen Warenmystikern und Wertfetischisten abgerechnet hat, kreiert er der bangen Gemeinde nun eine Religion, die natürlich weit über das "abgetakelte Aufklärungsdenken" von "Horkheimer und den Seinen" hinaus ist: die gesellschaftliche Naturerkenntnis sendet aus lichter Höhe die "Produktivkraft Wissenschaft" - Fleisch von ihrem Fleische - hinab ins Jammertal der "innergesellschaftlichen Beziehungen in den Reproduktionsprozessen", wo diese, damit sie von den Menschen gesehen werden kann, in dinglich -"technischer" Form das Erlösungswerk "hinter den Rücken" der achtlosen Menschheit vorbereitet, ja es inzwischen als "Kommunismus der Sachen" bereits vorbereitet hat, um im Augenblick, wo die Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit am größten, den "stofflichen Inhalt der erreichten Vergesellschaftungspotenzen radikal von der historischen Form zu befreien" (Kollaps, S. 269), und mit der gläubigen Gemeinde als gereinigtes reines Wesen seine Auferstehung und deren Erlösung zu feiern.

Daß im "Kommunismus der Sachen" der global vernetzte Inhalt der menschlichen Reproduktion inzwischen von seiner historischen Form "vergiftet und bis zum höchsten Grade destruktiv gemacht" (ebd.) wurde, gibt Kurz zwar zu; da es sich bei diesem Inhalt aber nicht um den reinen Geist, die gesellschaftliche Naturerkenntnis, handelt, sondern eben nur um deren böse, dinglich "technische Form", nimmt das Prinzip keinen Schaden. "Die blinde und tautologische Selbstbewegungsstruktur des Geldes" ... ‚steuert` aber nicht nur den "Kommunismus der Sachen", wie Kurz sich ausdrückt, sondern mischt sich inzwischen so ziemlich überall ein. So reicht ihr Einfluß inzwischen sogar in jene luziden Gefilde, in die "reinen Räume des durchsichtigen Gedankens" (Hegel), die sie ebenfalls "vergiftet und bis zum höchsten Grade destruktiv gemacht hat."

Mehr noch: "Die Wertabstraktion ist das innergeschichtliche a priori der technischen Vernunft, der Wert ist idealisierte Naturbeherrschung", schreibt Krahl (Konstitution und Klassenkampf, S. 122), und Kurz, der ihn zitiert (Mat. Kritik 2, S. 49), verliert dabei natürlich gänzlich die Fassung: immerhin begeht Krahl hier eine gotteslästerliche Todsünde, indem er die höchste Potenz als Abkömmling des Bösen, der Wertabstraktion, denunziert. Dabei begibt sich Kurz selbst schon sehr nahe an die Gefahrenzone des Bösen und setzt sich der Versuchung aus, wenn er im oben zitierten Abschnitt zuerst von der "allgemeinen Naturerkenntnis" als gesellschaftliche Potenz spricht, einen Satz weiter aber plötzlich eine "gesellschaftliche Naturerkenntnis" erwähnt. Der Teufel ist ein Eichhörnchen, und manchmal nur ein Adjektiv. Natürlich kann sich Kurz herausreden - er stellt klar, daß er mit dem Adjektiv "gesellschaftlich" nur an eine bestimmte, sich zu einem konkreten gesellschaftlichen Zeitpunkt darstellende Quantität, an eine zu bestimmter Höhe gestapelte allgemeine Substanz gedacht hat. Daß sowohl Art und Weise des Erkenntnisprozesses als auch diese Erkenntnisse selbst durch die Gesellschaft vermittelt sind, und daher wie diese historischen Veränderungen unterliegen, darf er natürlich nicht gemeint haben.

Interessant ist, wie nach Robert Kurz die Gesellschaft in den Besitz der allgemeinen Potenz kommt: der Kapitalismus hat die Produktivkraft Wissenschaft "selbst blind hervorgetrieben." (Kollaps, S. 263) Nun findet ein blindes Huhn bekanntlich hin und wieder auch ein Korn; wie aber der Kapitalismus blind tastend zu dieser ungeheuren, im capital fixe sichtbar akkumulierten Fülle von technologischem Wissen gekommen sein soll, kann man sich beim besten Willen nicht vorstellen. Blind oder gleichgültig zeigt sich das Kapital häufig gegen die sozialen, ökologischen und sonstigen Auswirkungen seiner Entwicklungsprozesse, keineswegs aber steht es den technologischen Grundlagen seiner Verwertung so uninteressiert gegenüber.

Es zeigt sich an dieser Stelle auch, wieso der Kurzsche Kunstgriff die im Kapitalismus reale Trennung der Arbeitskraft von ihren Produktionsmitteln, das reale quidproquo, das die Arbeitskraft als reine Natur und die Gesellschaft auf Seiten der Dinge erscheinen läßt, noch einmal auf der "Ebene" der Produktivkräfte ideell zu vollstrecken, mißlingen mußte. Die von Kurz dabei gewonnene "allgemeine Naturerkenntnis" ist längst gesellschaftlich auch im unmittelbaren Sinne geworden. Mittelbar gesellschaftlich ist von vornherein jede historische Form der Naturerkenntnis, heute am ehesten noch dort, wo sie es nicht wahrhaben will.

Der Erkenntnisinhalt - auch wenn er seine Objekte in von Gesellschaft unabhängigen und bislang noch unberührten, auch nie erreichbaren, Sphären hat - wird wesentlich durch die spezifische gesellschaftlich geformte Wahrnehmung, durch die er hindurch muß, bestimmt. Auf diesen Zusammenhang verweist Marx, wenn er "nebenbei bemerkt": "Descartes mit seiner Definition der Tiere als bloßer Maschinen sieht mit den Augen der Manufakturperiode im Unterschied zum Mittelalter, dem das Tier als Gehilfe des Menschen galt ..." (MEW 23, S. 411)

Dem wertkritischen Propheten Kurz entgeht hier die Verwertung seines messianischen Subjekts. Mit der Entfesselung der Produktivkräfte bleiben die allgemeinen Naturerkenntnisse immer weniger gesellschaftliche und allgemeine Produktivkräfte der Arbeit, die als allgemeines Wissen dem Kapitel kostenlos zur Verfügung stehen, und im Produktionsprozeß als Eigenschaft des Kapitals erscheinen. Die Produktivkraft Wissenschaft verliert ihre gesellschaftliche "Allgemeinheit" in dem Maße, wie sie als Technologie, als wuchernde capital fixe, unmittelbar an dessen Entfesselung gebunden und damit dem Kapital real subsumiert ist. "Die Entwicklung der Maschinerie auf diesem Weg tritt jedoch erst ein, sobald die große Industrie schon höhere Stufen erreicht hat und die sämtlichen Wissenschaften in den Dienst des Kapitals gefangen genommen sind; andererseits die vorhandene Maschinerie selbst schon große Ressourcen gewährt. Die Erfindung wird dann ein Geschäft und die Anwendung der Wissenschaft auf die unmittelbar Produktion ein für sie bestimmender und sie sollizitierender (sie antreibender, d.V.) Gesichtspunkt." (Marx, MEW 42, S.591) Die Eigenschaft des Kapitals

als "In-sich-Absorbierer und Aneigner (Personifizierung) der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit und der allgemeinen gesellschaftlichen Produktivkräfte, wie der Wissenschaft" (MEW 26/1, S. 368) verändert die Wissenschaft auf höherer Stufe der Industrie in eine Gefangene des Kapitals; sie wird im Dienst der unmittelbaren Produktion selbst zum Geschäft, d.h. kapitalproduktiv. Da sie damit noch den letzten Schein der Unschuld verliert, die Kurz ihr erhalten muß, um sie als die reine Potenz zu bewahren, die ihr erst in die erhabene Rolle des Messias zu schlüpfen erlaubt, wehrt er sich vehement dagegen, diese historische Veränderung überhaupt wahrzunehmen. Ihm erscheint Wissenschaft als reiner Gebrauchswert des Kapitals, der diesem kostenlos zu Verfügung steht, und deshalb nicht als Tauschwert, auch nicht an den Produkten: "Zum einen ist die allgemein-qualifikatorische und infrastrukturelle ebenso wie ein Großteil der wissenschaftlichen Arbeit weder direkt noch indirekt produkt- und also wertspezifisch, sondern unmittelbar gesamtgesellschaftlich. Sie geht unspezifisch in alle Produkte gleichermaßen und daher eben nicht in die Tauschverhältnisse ein (...) Zum anderen ist aber auch die direkt oder indirekt-produktspezifische wissenschaftliche Arbeit keine, die sich fortpflanzend im Produktionsprozeß weiter reproduziert. Mit der Entdeckung und Konstruktion eines neuen Verfahrens etc. erlischt diese Arbeit; ihre Steigerung der jeweils spezifischen stofflichen Produktivität eines bestimmten Arbeitsprozesses steht in keinen Verhältnis zu ihrem ‚Wiedererscheinen` als gesellschaftlicher Wert-Abstraktion an den Millionen und Milliarden von Produkten, das praktisch gleich Null ist." (Manifest ... S. 53 f)

Um die Unschuld seiner Substanz zu retten, begeht Kurz hier die komischsten Verrenkungen. Gegenüber solchen Ökonomen, die, wie Kurz, die Produktivität oder Nichtproduktivität einer bestimmten Arbeit für das Kapital aus deren konkreten Art oder ihrem Gebrauchswert für einen beliebigen Käufer herleiten wollen, trat schon Adam Smith auf, "der die Sache selbst begrifflich erschöpft, den Nagel auf den Kopf getroffen (...), daß er die produktive Arbeit als Arbeit bestimmt, die sich unmittelbar mit dem Kapital austauscht, d.h. durch Austausch, womit die Produktionsbedingungen der Arbeit und Wert überhaupt, Geld oder Ware, sich erst in Kapital verwandeln" (MEW 26/1, S. 127). Entscheidend ist also die Form der Aneignung durch das Kapital, nicht der stoffliche Inhalt der Arbeit. "Ein Schauspieler z.B., selbst ein Clown, ist hiernach ein produktiver Arbeiter, wenn er im Dienst eines Kapitalisten arbeitet, dem er mehr Arbeit zurückgibt, als er in der Form des Salairs von ihm erhält, während ein Flickschneider, der dem Kapitalisten ins Haus kommt und ihm seine Hose flickt, ihm einen bloßen Gebrauchswert schafft, ein unproduktiver Arbeiter ist. Die Arbeit des ersten tauscht sich gegen das Kapital aus, die des zweiten gegen Revenue." (ebd.)

Und das ist der springende Punkt, den Kurz zum Gelingen seines Rettungsmanövers übersehen muß. Wissenschaft unmittelbar in den Dienst des Kapitals genommen - ob als direkte Anstellung von mit ihrer Produktion Beschäftigten oder als gekauftes Forschungsergebnis eines beliebigen Instituts - ist damit produktive Arbeit. Ob sie sich für das Kapital letztlich lohnt, ob der Kauf von Wissenschaft billiger war, als die mit ihrem Einsatz erzielte Kosteneinsparung, macht zwar ihren Gebrauchswert für das Kapital aus, ein etwaiges Mißlingen ändert aber nichts an ihrer Stellung als produktive Arbeit im Dienst des Kapitals - wie die mißlungenen Faxen des von Marx angeführten Clowns nichts daran ändern, daß ihn das Publikum in der Funktion des produktiven Arbeiters von der Bühne holt. - "Sprechen wir also von produktiver Arbeit, so sprechen wir von gesellschaftlich bestimmter Arbeit. Arbeit, die ein ganz bestimmtes Verhältnis zwischen dem Käufer und Verkäufer der Arbeit einschließt." (ebd. S. 372) Natürlich setzt der Käufer den Preis der erworbenen wissenschaftlichen Arbeit ebenso in seine Gesamtrechnung, wie z.B. den seiner Rohstoffe, und ebenso wie dieser geht er in den Wert seiner Produkte ein.

Kurz' höchste Potenz erscheint jetzt also doppelt besudelt: Einmal stellt sie keine bloß quantitative zunehmende Menge reiner Erkenntnissubstanz dar, die sich die kapitalistische Gesellschaft peu à peu "blind" aneignet, sondern zeigt sich - im entwickelten Zustand wesentlich deutlicher als früher - als gesellschaftsspezifisches Produkt, das nach den Bedürfnissen der Kapitalverwertung, geschneidert ist. Weiterhin erscheint sie längst als dem Kapital unmittelbar subsumierte Produktivkraft, als dessen "Gefangene", auch als Produkt im Sinne der Verwertungslogik, dessen Herstellung selbst ein Geschäft ist.

Soviel zur Kurzschen Religion der Wertfreiheit der Wissenschaft, die, wie jetzt deutlich sichtbar wird, nur eine letzte Bastion ist, in der das alte sozialdemokratische Fortschrittsdenken, das in der Entwicklung der Technik, "Verbesserung der Arbeit", seinen "neuen Heiland" (Dietzgen) sah, in verdünnter, spiritualisierter Form, sich verschanzt hat.

Zum schlechten Schluß stolpert Herr Kurz über querliegende reziproke global-regionale neue Loyalitäten. Genauso konsequent wie vor etwa 100 Jahren die rechten Sozialdemokraten degradiert der Objektivist Kurz, nachdem er den Motor des gesellschaftlichen Fortschritt entdeckt zu haben glaubt, die lebendigen Menschen zu dessen Anhängsel, die vom progressiven Gang der Dinge bewußtlos mitgeschleppt werden. Allerdings widerfährt dieses Privileg, wie wir bereits gesehen haben, nur den Bewohnern der Metropolen, da ja nach Kurz' Zusammenbruchstheorie der schäbige Rest der Menschheit nur halbfertigbearbeitet auf der verbrannten Erde, von der sich das Kapital zurückgezogen hat, naturgesetzmäßig der Barbarei frönt.

Naht dann aber endlich die Götterdämmerung des Kapitals, deren Vorboten Kurz bereits überall sieht, bleibt den bis dahin glücklich Mitgeschleiften die Aufgabe, ihre eigene bis dahin passiv erlebte Vergesellschaftung in Richtung "absolute(r) gesellschaftliche(r) Monade" (Manifest, S. 58) als ihre letzte vorgeschichtliche Entwicklungsstufe zu begreifen und in "einer bewußten gesellschaftlichen Aufhebungsbewegung" (Kollaps, S. 260) ihre Puppenhülle zu sprengen, um als Schmetterlinge das neue Zeitalter zu begrüßen. Bis zu diesem Zeitpunkt allerdings, zu dem die "Produktivkraft Wissenschaft" alle dafür notwendigen Elemente zusammengetragen hat, ist jeder Gedanke an Freiheit bereits Illusion. Mit der gleichen dümmlichen Arroganz, mit der der "überlegene Kopf" aus Nürnberg glaubt, sämtliche Theorien, die seiner Erkenntnis zeitlich vorausgingen, entgegentreten zu müssen, traktiert er auch das Bewußtsein und den Willen aller revolutionär gesinnten Menschen, die den Kapitalismus bereits zerschlagen wollten, bevor Kurz' dessen objektives Ende verkündet hatte:

"Kritik der Willensillusion heißt ja nicht etwa Negation des Willens oder der Subjektivität überhaupt, sondern Einsicht in die Determiniertheit alles bloß empirisch vorgefundenen Willens durch die untergehende Wertform, die gesprengt werden muß, und Kritik eines Bewußtseins, das von Subjektivität faselt, ohne diesen Stier bei den Hörnern zu packen." (Manifest, S.46) Indem Kurz sämtlichen "bloß empirisch vorgefundenen" Willen, jede Subjektivität als durch die Wertform vollständig determiniert verunglimpft, beweist er erneut seine Religiosität, seinen unerschütterlichen Glauben an die "Auspizien einer allpfiffigen Vorsehung" (Marx, MEW 23, S. 190), in denen der metaphysische Wille der Kurzschen "allgemeinen Potenz" sich nur seinen höchsten Priestern offenbart. Erst wenn das empirische Subjekt nach dem metaphysischen Willen der allgemeinen Naturerkenntnis seinen Kreuzzug zu Ende gegangen ist, offenbart sich jenem der ganze Sinn seines Leidensweges, und erst jetzt kann sein "bloß empirischer Wille" seine Determiniertheit abstreifen - der metaphysische Wille kommt dann im empirische Willen zu sich selbst und versöhnt sich so mit der Realität. Dem empirischen Willen kommt nun die Aufgabe zu, die Wertform zu sprengen.

In einem in der FR v. 4.1.92 erschienenen Artikel mit der Überschrift "One World und jüngster Nationalismus" entwickelt R. Kurz u.a. Teile eines Szenariums, wie diese Aufgabe möglicherweise praktisch politisch zu lösen sei. Spätestens dabei beweist sich der marxistische "überlegene Kopf" als ganz normaler sozialdemokratischer trotteliger Spießer, der sich nur notdürftig im Kostüm des allwissenden Untergangspropheten versteckt hatte.

Eine entscheidende Rolle beim Sprengen der Wertform spielt nämlich - man kann soviel Naivität bald nicht fassen - die UN. Dazu muß sie sich natürlich ändern - sie braucht nämlich mehr Macht: "Wenn die UN als Weltinstanz legitim werden sollen, dann müssen zuallererst die westlichen Staaten und Blöcke selber ‚Souveränität` an sie abgeben." (Kurz, FR 4.1.92) Wer bisher geglaubt hatte, das Aufsprengen der Wertform könne wirklich erst beginnen, wenn die kapitalistische Willkürherrschaft in den Metropolen zerstört ist, darf Neues lernen: Die solcherart von "westlichen Staaten und Blöcken" legitimierte UN hat andere Gegner. Kurz direkt nach dem oben zitierten Satz: "Und die Polizeiaktionen der Blauhelme wären zuallererst (Herv. v. uns) gegen die obskuren Großgrundbesitzerclans in Lateinamerika, Asien und Arabien nötig, um durch deren Zwangsenteignung und die längst überfälligen Landreformen wenigstens das gröbste Elend zu beseitigen" (ebd.)

Man könnte fast glauben, unser "überlegener Kopf" sei ein ganz gewöhnlicher Kläffer für den Imperialismus, hätte er nicht noch ein paar andere Jobs für die Jungs: "Darüber hinaus müßten die so legitimierten UN dazu übergehen, internationalen Ressourcentransfers jenseits des Konkurrenz- und Rentabilitätsprinzips der Warenlogik zu organisieren. Wenn eine Verallgemeinerung des westlichen Industrialisierungsgrades und Produktivitätsstandards den sofortigen ökologischen Kollaps der Erde bedeuten würde, andererseits aber alle Länder, die diesen Standard bringen können, aus jeder lebensfähigen Reproduktion geschleudert werden, dann ist der ‚Äquivalententausch` warenproduzierender Systeme ad absurdum geführt. Die UN als reale Weltinstanz müßten also dafür sorgen, daß ohne Rücksicht auf die Standards des Warensystems in allen

Ländern lebensnotwendige Produktionen erhalten bleiben und im internationalen Verkehr jedes Land nur das zu geben braucht, was es eben billigerweise geben kann."

Das Argumentationsmuster geht dann weiter wie zu Zeiten, als die Realo-Grünen noch glaubten, sich rechtfertigen zu müssen. Die Verhältnisse zwingen die Institutionen sowieso zu vernünftigem Handeln: "... Und die grenzüberschreitenden ökologischen Katastrophen zwingen ohnehin zu sowohl ‚unrentablen` als auch supranationalen Maßnahmen." (ebd.) Und was natürlich nicht fehlen darf, damit diese sowohl unrentablen als auch supranationalen Maßnahmen sich nicht im Werfen von Atombomben erschöpfen: "Diese Änderung müßte auch von ‚unten` kommen und in der Handlungsreichweite der Individuen liegen." (ebd) "Auch" von "unten" - jetzt endlich schlägt die Stunde des von der Wertdeterminiertheit befreiten empirischen Willens. Aber wie: "Erst ein weltoffener, emanzipatorischer, sozialökologischer und multikultureller Regionalismus (...) könnte eine neue Reziprozität von globaler und regionaler Loyalität stiften, die querliegt zu den traditionellen westlichen Institutionen." (ebd.)

Und damit soll's auch genug sein mit diesem Szenario von Regionalismus à la Cohn-Bendit, neuer Reziprozität und querliegender Loyalität, die schwerlich jemand mit Revolution verwechseln kann. Deren möglichen Ablauf hier zu entwickeln fällt uns nicht ein, wir sind nicht im Bunde mit der "allpfiffigen Vorsehung". Denkbar ist jedoch, daß die Verdammten dieser Erde im Trikont, der Peripherie und in den Slums der Metropolen ihr elendes Dasein unterm Diktat einer historisch längst überholten Produktionsweise so gründlich satt haben, daß ihnen ihr Leben unter diesen Bedingungen nur noch Wert ist, es im Einsatz gegen die die Kapitalverwertung schützenden, modernen Söldnerbanden zu wagen. Ob es soweit kommt entscheidet nicht die Arbeit der "Produktivkraft Wissenschaft", sondern der "bloß empirische Wille" der Unterdrückten und Beleidigten, die dann ihren wirklichen Feind erkannt haben und ihn aufstöbern. Deren Produktivkraft aber ist die Gewalt: "... der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz." (Marx, MEW 23, S. 779)

Mai 1992

Gerd Kuhnen

Holger Schlüter

39. Abschied von Arbeiter-Marxismus und Wertform (Rezension von Robert Kurz: Der Kollaps der Modernisierung)

Rubrik: Theorie; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:19

Nur wenige andere Bücher sorgten 1991 für soviel Wirbel. Von der "Frankfurter Rundschau" bis zur "Kommune", von der "Sozialismus" bis zur "Frankfurter Allgemeinen" wurde das Werk des Erlanger Marxisten Robert Kurz besprochen und (meist) verrissen. Innerhalb der radikalen Linken dagegen scheint es sich größten Interesses zu erfreuen und wurde sogar als (bereits vergriffener) Raubdruck aufgelegt. Die Existenz von Lesekreisen in mehreren Städten deutet an, daß Robert Kurz zumindest diskutable Thesen bietet.

Gleich zu Beginn stellt er seine zentrale Behauptung vor: der "Zusammenbruch des Kasernensozialismus" ist der Beginn der Krise der Arbeitsgesellschaft bzw. der wertproduzierenden Gesellschaftsformation. Die Arbeit in der Moderne, deren historischen Anfang Kurz ungefähr in der Renaissance datiert, unterscheide sich von der "konkreten, unmittelbaren sinnlichen Gestalt", in der sie in "allen vorhergehenden Gesellschaftsformationen der menschlichen Geschichte" erschien. Während darin Arbeit "naturgegebenen Notwendigkeit" war, hat sich nun "die Logik der Notwendigkeit verkehrt: In dem Maße, wie die Produktivkräfte durch Industrialisierung und Verwissenschaftlichung Zwang und Bann der ‚ersten Natur` sprengen, werden sie wiederum eingebannt in einen bewußtlos hervorgebrachten gesellschaftlichen Sekundärzwang. Die gesellschaftliche Reproduktionsform der Ware wird zur ‚zweiten Natur` (vgl. Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 86 - fo.), deren Notwendigkeit den Individuen ebenso blind und fordernd gegenübersteht wie diejenige der ‚ersten Natur`, obwohl sie rein gesellschaftlich entstanden ist" (S. 16). Im Produktionsprozeß der modernen Ware erscheine der Wert "in der vorher noch nie zum Produktionsverhältnis erhobenen Gestalt des Mehrwerts keineswegs bloß als gesellschaftlich vermittelnde Form der sinnlichen Gebrauchswerte (wie in der einfachen Warenproduktion - fo.), sondern bezieht sich im Gegenteil tautologisch auf sich selbst: Der Fetischismus ist selbstreflexiv geworden und konstituiert dadurch die abstrakte Arbeit als Selbstzweckmaschine" (S. 18).

Kurz beschreibt die staatlichen Eingriffe bei der Herausbildung des Kapitalismus (Merkantilismus, Wirtschaftspolitik nach der Französischen Revolution) und weist auf den Keynesianismus als Form des das Wertverhältnis erhaltenden Etatismus hin. Die "Systemdifferenz" zwischen Nominalsozialismus und Kapitalismus war nur "oberflächlich betrachtet" ein Unterschied zwischen staatlicher Planung und Marktgesetzlichkeiten: Der Realsozialismus war und ist (China) selbst ein "vorbürgerliches, steckengebliebenes Übergangsregime zur Moderne" und hat die Logik der Warenproduktion nie überwunden. Diese Schlußfolgerung ist nicht mehr originell, aber sie erfährt bei Kurz eine durchaus überzeugende argumentative Zuspitzung.

Den Zusammenbruch des Nominalsozialismus führt Kurz auf die Austauschbeziehungen zurück, in die die staatsgelenkten Ökonomien mit den kapitalistischen Ländern treten mußten, weil "sich kein Industriesystem moderner Warenproduktion völlig autark halten" kann. "Industrielle Produktionen auf großer Stufenleiter erfordern eine derartige Fülle von Ingredienzien und Verknüpfungen, daß selbst das größte Land nicht in der Lage ist, ganz aus sich heraus zu produzieren" (S. 148). Mit dem Eintritt in den Weltmarkt sind auch die "realsozialistischen" Waren dessen Gesetzen unterworfen. Der "Weltmaßstab ‚gesellschaftlich durchschnittlich notwendiger Arbeit`" orientiert sich "an den fortgeschrittenen Volkswirtschaften". Lange Zeit hielten die RGW-Staaten diese Spannung aus. "Dies änderte sich dramatisch, als die westlichen Rationalisierungs- und Produktivitätsschübe der siebziger und achtziger Jahre ... den Realsozialismus auf dem Weltmarkt ins Bodenlose fallen ließen, da er aufgrund seiner stagnativen Binnenstruktur diesen Schüben nicht mehr zu folgen vermochte" (S. 149 f.). Die Spirale von Exportsubventionen, Devisenmangel, Verschuldung trat in eine beschleunigte und für die RGW- Wirtschaften abwärtsgerichtete Rotationsbewegung ein, das "Stadium der Ausblutung" wurde erreicht (S. 153).

Den Zusammenbruch des Kasernensozialismus nimmt Kurz nicht zum Anlaß, ein Hohelied auf die Marktwirtschaft und Kopfgeburten vom Marktsozialismus zu singen. Schon der genauere Blick auf die Gestalt der "Weltmarktgewinner" BRD und Japan zeige deren "eigene innere Massenarmut". Je weiter mensch sich von diesen Zentren entferne, über die anderen Staaten der G-7-Gruppe zur kapitalistischen Peripherie bis

hinein in die Dritte Welt zu den "Weltsozialfällen" Afrikas und Lateinamerikas werde das Ausmaß des Elends und Sterbens deutlich. Nun drohe auch dem Osten "die Einweisung in das vorletzte oder teilweise sogar in das letzte und unterste Segment der Weltmarktpyramide" (S. 173). Einen weiteren kapitalistischen Modernisierungsschub wird es nicht mehr geben, weil die weltmarktbestimmenden Produktionszentren aufgrund der stetig höhere Stufenleitern erklimmenden Verwissenschaftlichung und Technisierung immer weniger menschliche Arbeitskraft aufsaugen. Deshalb "leiden die Massen der Dritten Welt heute ... nicht an der guten alten kapitalistischen Ausbeutung ihrer produktiven Arbeiten, sondern im Gegenteil an deren Ausbleiben" (S. 225). Die Verlierer des Südens und des Ostens begreifen nicht, daß sie die Modernisierung bereits hinter sich haben, "und zwar die einzige, die es für sie im Bezugsrahmen des warenproduzierenden Weltsystems historisch überhaupt geben konnte. Ihr folgt keine ‚Metamodernisierung` mehr, sondern nur noch das endlose Grauen der postkatastrophalen Gesellschaften" (S. 227).

Kurz prognostiziert eine weltumspannende Krise der Überakkumulation, eine Periode regionaler Kriege, perspektivloser religiöser und ethnischer Fundalismen, Wanderungsbewegungen in neuen Dimensionen: "Es ist also zu erwarten, daß die bürgerliche Welt des totalen Geldes und der modernen Ware, deren Logik die sogenannte Neuzeit mit immer aufsteigender Dynamik konstituiert hat, noch vor dem Ende des 20. Jahrhunderts in ein dunkles Zeitalter von Chaos und Zerfall gesellschaftlicher Strukturen eintritt, wie es noch niemals in der Weltgeschichte dagewesen ist" (S. 257). Auf der Seite "systemkonformer Reaktionen" werde das staatsterroristische und krisenverwaltende Handlungen zur Folge haben, die die "immanente Zerstörungslogik" des Wertverhältnisses nicht bewältigen werden.

"Die Krise wäre nur zu überwinden, wenn der bloßen Krisenverwaltung eine bewußte gesellschaftliche Aufhebungsbewegung entgegenträte, die diese Apparate wohl auch mehr oder weniger gewaltsam überrennen müßte", denn "das Töten von Personen, die bloße Charaktermasken von Verhältnissen sind, (kann) diese Verhältnisse nicht beseitigen", aber "die subjektlose Herrschaft des abstrakten ökonomischen Werts (muß) auch empirisch gebrochen werden" (S. 260 f.). Die Zeit für reformerische Schritte im Rahmen des Wertverhältnisses ist vorbei: "Die Menschheit ist damit konfrontiert, daß sie durch die selbstgeschaffenen Produktivkräfte hinter ihrem Rücken auf der inhaltlich-stofflichen und ‚technischen` Ebene kommunistisch vergesellschaftet wurde" (S. 265), aber eben unter den Vorzeichen des Wertverhältnisses, verkehrt herum, unter Entfaltung aller der der besinnungslosen Konkurrenz innewohnenden Zerstörungskräfte, die alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringen: von der individuellen und psychischen Verfaßtheit bis zu den gesellschaftlichen Naturverhältnissen.

Die in der Linken üblich gewordene Sitte, gegen das Versagen des bürokratischen Staates den Markt, gegen dessen Auswüchse staatliche Interventionen anzurufen, hält Kurz für zwecklos, "weil die gesellschaftliche Reproduktionsform der Moderne ihre Funktions- und Integrationsfähigkeit von Grund auf eingebüßt hat". Auch Kurz nimmt nicht für sich in Anspruch, "heute ein Aufhebungsprogramm der modernen Ware aus dem Hut zaubern" zu können, aber endlich müsse der "Anfang einer einschlägigen Diskussion" gemacht werden (S. 272).

Der sehr anregende Ansatz von Kurz, dessen theoretische Grundlagen ausführlich in zahlreichen Aufsätzen in der Zeitschrift "Krisis" (früher: Marxistische Kritik) nachzulesen sind, trägt auch über die Ärgernisse und Lücken des Buches hinweg. So nimmt er Bahros "Alternative" lediglich als Stichwortgeber, um die Theorie der "asiatischen Produktionsweise", die im Stalinismus fortgeführt worden sei, vom Tisch zu wischen, und verstellt sich so den Zugang zu dem Bahro, der auf die Ähnlichkeiten ursprünglicher Akkumulation in beiden Systemen und auf Konkretionen der Aufhebungsbewegung hinwies. Hinweise auf die Vermittlung zwischen der Vorgeschichte der Menschheit, in der das Wertverhältnis die Rolle eines "automatischen Subjekts" eingenommen habe, und ihrer Überschreitung hin zur bewußten Vergesellschaftung, also der Erhebung des Menschen zur kollektiven Subjektivität, fehlen und lassen sich aus dem theoretischen Ansatz von Kurz nur schwer erschließen. Es sind aber gerade nicht diese ungelösten Probleme jeder revolutionären Bewegung, die ein Rudolf Hickel (SPD), Joachim Bischof (Sozialismus) und der Rezensent der "Kommune" Robert Kurz vorwerfen, sondern sie stören sich an seiner Kritik des selbst noch warenförmigen Reformismus. Grund genug also, das Buch zu lesen und zu diskutieren.

fo., Bremen

Robert Kurz, Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie, Eichborn Verlag, Frankfurt 1991, 289 S., Ladenpreis: DM 36,-.

Die Bestelladresse für die Zeitschrift "Krisis" der Initiative Marxistische Kritik lautet: Verlag Marxistische Kritik, PF 2111, W-8520 Erlangen.

40. Wir müssen so radikal sein wie die Wirklichkeit. Erklärung der Revolutionären Zellen

Rubrik: Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:02

geflogen ist der vogel, und nun

weiß er nicht,

wo er sich hinsetzen soll.

denn

das haus von dem er aufgestiegen

ist,

hat ein erdbeben zerstört;

und die anderen häuser sind

alles staubbedeckte fremde ...

(Gesang, iranischer lyriker maftun)

Angesichts der Veröffentlichungen der letzten Zeit, den Stellungnahmen zu unserer Erklärung zur Ermordung von Gerd sowie der Selbstauflösungserklärung einer Gruppe aus unseren Zusammenhängen, wollen wir uns mit diesem Beitrag ein weiteres Mal in die öffentliche Debatte einmischen.

Ein Teil der Stellungnahmen zu unserer Erklärung ergeht sich in Spekulationen über die Authentizität des Textes oder fordert Aufklärung im Detail. Wir können und wollen diese Art "Informationsbedürfnis" nicht befriedigen.

Wir bleiben aber bei unserer Feststellung, daß im Verlauf der Entebbe-Aktion selektiert worden ist, daß z.B. die in Entebbe ermordete Dora Bloch Jüdin und belgische Staatsbürgerin war. Daß die Tatsache, daß ein Genosse umgebracht wurde, bestenfalls zur Kenntnis genommen und darauf sogleich zum politischen Tagesgeschäft übergegangen wird, ohne sich veranlaßt zu sehen, zu diesem Mord in den eigenen Reihen Stellung zu beziehen, hat uns überrascht. Absurd ist es aber, uns zu unterstellen, den Mord an Gerd für unsere politischen Zwecke zu funktionalisieren. Sozusagen in der Logik, daß diejenigen im Recht seien, die überleben; Gerd, Bony und Brigitte sich praktisch ihr eigenes Grab geschaufelt hätten. Dies ist nicht unsere Logik. Vielmehr haben wir in dem Text geschrieben, welche Entscheidungen wir getroffen haben. Und wir haben der Gegenposition, die u.a. die Position von Gerd war, reichlich Raum gegeben, weil wir uns der Problematik unserer Entscheidung bewußt sind und weil wir überzeugt sind, daß es in dieser Frage die eine Wahrheit nicht gibt.

Zu zwei Aspekten der Diskussion wollen wir noch einmal Stellung beziehen:

1. Eine neue Bestimmung unseres Verhältnisses zu nationalen Befreiungsbewegungen

Es geht uns nicht um die Verurteilung anderer Bewegungen oder Organisationen, die unter anderen Voraussetzungen und materiellen Bedingungen kämpfen. Unser Bezugspunkt sind nicht mehr die Kämpfe der 70er Jahre. Die konkreten politischen Veränderungen zwingen uns eine Neubestimmung unseres Verhältnisses zum Befreiungsnationalismus auf. Dieser kämpft mit dem Rücken zur Wand oder hat sich längst an den Verhandlungstisch begeben. Es geht uns um eine Neubestimmung antiimperialistischer Solidarität, in der das Maß an Unterstützung für Befreiungsbewegungen nicht von ihrer Bewertung - sind es in unseren Augen die jeweils Guten oder Bösen - abhängig gemacht wird. Die Ziele trikontinentaler Befreiungsbewegungen und metropolitanen Kampfes sind nicht dieselben, die Existenz eines gemeinsamen Gegners reicht nicht aus. Aus dem klaren Bewußtsein dieser Differenz ergeben sich für uns die Chancen und Grenzen einer möglichen Kooperation.

In der Diskussion wird uns vorgeworfen, diese Unterschiede aus metropolitaner Selbstgefälligkeit so zu betonen und damit letztlich zu einer Aufrechterhaltung metropolitaner Herrschaft beizutragen, statt uns vorbehaltlos auf die Seite derjenigen zu stellen, die gegen diese Herrschaft kämpfen. Dabei gibt es für uns keine Zweifel, auf welcher Seite wir stehen. Wir wollen uns aber nicht (mehr) orientieren an der Machtfrage, sondern an Prozessen sozialer Konfliktualität. Und dafür scheint es uns unerläßlich, eigene Kriterien zu entwickeln, an denen wir unsere Vorstellung von Befreiung messen: dies sind die Bedeutung der Befreiung der Frauen und die Hierarchisierung bzw. das Weiterexistieren von oben und unten.

Wenn der Anspruch auf eine befreite Gesellschaft sich auf die Nationenbildung mit einem eigenständigen Staatsgebiet konzentriert und dabei noch zwei Ethnien dasselbe Stück Land für sich beanspruchen, so geraten zwangsläufig die Inhalte sozialrevolutionärer Veränderungen in den Hintergrund; dies heißt in der Konsequenz, daß es in einem solchen Konflikt zwischen zwei Ethnien keine revolutionäre Lösung gibt, weil er gar keine Dimension mehr von oben und unten hat! Zumindest entsprechen alle bisherigen historischen Erfahrungen dem. Die Folge war bislang die Herausbildung neuer nationaler und das heißt männlicher Eliten (in aller Regel die alten militärischen Kader) und damit letztendlich die Verlängerung patriarchaler Herrschaft. Wesentliche Anstöße für diese Erkenntnis haben wir aus der feministisch begründeten Kritik an dem männlich dominiertem Befreiungsnationalismus erhalten, wie sie ja auch schon in die IWF-Kampagne einfloß. Die aktuellen Beispiele (Algerien) belegen nur zu deutlich die scheinbar unausweichliche Entwicklung an die Macht gelangter nationaler Befreiungsorganisationen, die den ihnen dann zur Verfügung stehenden staatlichen Machtapparat zur eigenen Machterhaltung instrumentalisieren, statt ihn aufzulösen und damit eine Voraussetzung zur Umsetzung ihrer ursprünglich formulierten Utopien von Befreiung zu schaffen. Darüber hinaus wird Staatsbildung als solche von uns kritisiert, weil die Herstellung zentraler Souveränität die Voraussetzung nachholender Kapitalakkumulation bezogen auf die Weltgesellschaft ist.

Allein die Benutzung des Begriffes "national" in einem emanzipatorisch verstandenen Kontext erfordert eine unzumutbare gedankliche Akrobatik. Mit der Bildung einer Nation untrennbar verbunden sind die nationalistische und rassistische Ausgrenzung anderer, und dies geht immer einher mit Raub, Plünderungen und Vergewaltigungen. Daß Nationalstaaten immer ein Instrument patriarchaler Macht- und Herrschaftsorganisation waren, macht es uns unmöglich, in ihnen eine Perspektive für revolutionäre Veränderung sehen zu können.

Die Aufregung, die die Veröffentlichung dieser nun wirklich nicht besonders neuen Gedanken ausgelöst hat, wird uns jedoch nur dadurch erklärbar, daß wir sie nicht beispielsweise in Zusammenhang mit der Nationenbildung in Jugoslawien dargestellt haben, sondern in Zusammenhang mit Palästina. Und dies hängt mit dem zweiten Punkt zusammen, den wir hier noch einmal ansprechen wollen:

2. Dem linken Antizionismus

Israel ist nicht zuletzt das Produkt des Befreiungsnationalismus der Juden. "Kein Machtstaat, sondern die Hoffnung auf Gerechtigkeit am Ende der Welt hieß Judentum. Sie waren ein Volk und das Gegenteil, der Vorwurf aller Völker. Jetzt beansprucht ein Staat, fürs Judentum zu sprechen, das Judentum zu sein. (...) Es bezahlt sein Fortbestehen mit dem Tribut ans Gesetz der Welt, wie sie ist ... Es hat sich dem Zustand der Welt assimiliert." (Horkheimer) Wir sind mittlerweile davon überzeugt, daß in Sachen Antisemitismus für uns ein immenser Nachholbedarf besteht. Dies insbesondere, weil der Antisemitismus keineswegs eine beliebige Erscheinungsform des Rassismus, sondern ein spezifisches Gewaltverhältnis ist. Die Entstehungs- und Wirkungsmechanismen, die gesellschaftlichen Strukturen, die rassistische Ausgrenzung, die den modernen Antisemitismus hervorgebracht haben, bestehen weiterhin. Wir werden mit ihnen genauso tagtäglich konfrontiert, wie wir auch von ihnen geprägt sind. Sich von diesen nur abzugrenzen und die eigene Position als antizionistische zu deklarieren, heißt, sich nicht mit der gesellschaftlichen Funktion des Antisemitismus auseinanderzusetzen. Der linke Antizionismus ist keineswegs so unschuldig wie er sich gibt. Er ist zu einem Erkennungszeichen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten subkulturellen Milieu der radikalen Linken geworden. Er gilt als Loyalitätstest. Die Tatsache, daß der Artikel als unser Abschied vom Internationalismus gelesen wird, ist nur zu verstehen, wenn mensch unsere Fragen zu Palästina bereits als Abkehr und Verrat begreift. Hinterfragen wollen wir die scheinbaren Gewißheiten, mit denen wir wie der Großteil der Linken in den vergangenen zwei Jahrzehnten zum israelisch-palästinensischen Konflikt Stellung bezogen haben. Hinterfragt werden Begriffe wie "Kampf um Selbstbestimmung","Recht auf Boden", "Agentur des US-Imperialismus" etc., die uns zu Sprechblasen geworden sind. Hinterfragt wird die Selbstverständlichkeit, mit der die grundsätzliche

Differenz zwischen Antizionismus und Antisemitismus von links behauptet wird. Wenn das schon als Umkippen in das andere Extrem charakterisiert wird, trifft es genau das, was Gegenstand der Kritik ist: warum reagieren deutsche Linke besonders empfindlich und hellhörig, sobald das Verhältnis von Israel und Palästina nicht nur schwarzweiß, sondern in Zwischentönen beschrieben wird? Wieso fühlt mensch sich bemüßigt, mit aller Vehemenz zu wiederholen, daß Israel imperialistischer Vorposten ist und bleibt, wenn wir uns gerade mal wieder in Erinnerung rufen, daß es auch Zufluchtsstätte ist? Wieso können wir gerade in diesem Konflikt nicht aushalten, daß er uns in ein Dilemma stürzt, während wir uns zu anderen Konflikten vergleichbarer Art absolut ignorant verhalten?

Warum fällt es keinem und keiner auf, daß die deutsche Bundesregierung gerade eine deutsche Republik auf sowjetischem Boden, die "Autonome deutsche Wolgarepublik", mit aller wirtschaftlichen Gewalt durchpowert. Wo bleibt die vehemente Bekämpfung des deutschen Imperialismus?

Es wundert uns, daß unsere ersten Gehversuche in diese Richtung sogleich gekontert werden, indem die alten, längst nicht mehr oder gar nie stimmigen Argumente dagegen mobilisiert werden.

"Mensch braucht nicht mehr zu hoffen, um so zu handeln, als würde mensch hoffen."

Die Erklärung zur Selbstauflösung einer Gruppe aus unseren Zusammenhängen trifft uns in einer Phase des Versuchs einer Neubestimmung unserer Politik. Sie wirkt umso nachhaltiger, als sie schließlich von Menschen kommt, mit denen wir über Jahre gemeinsam diskutiert, gestritten und gekämpft haben und sie muß auch als ein Eingeständnis unseres Unvermögens gewertet werden, interne Widersprüche konstruktiv als ein Moment unserer Weiterentwicklung handhaben zu können. Natürlich bedeutet sie einen erheblichen Rückschlag.

Den Zeitpunkt ihres Rückzuges aus gemeinsamen Zusammenhängen finden wir nicht schlüssig begründet. Dies umso mehr, als es ausgesprochen schwer fällt, die Entwicklung nachzuvollziehen, die zwischen ihren eigenen Aussagen im Sommer 1991 "Militante Aktionen haben zum Ziel die gesellschaftlichen Widersprüche zu verschärfen ... Militante Aktionen ... sind ein unverzichtbares Mittel politischer Intervention." (This is not a love song) und ihrer jetzigen Erklärung liegen? Wenn die Verfasser dieses Textes heute so grundlegend verunsichert sind, woher haben sie dann ihre Sicherheit, daß der bewaffnete Kampf passé ist? Es waren nie ausschließlich objektive Gründe, die Menschen zur Aufnahme dieser Art des Kampfes veranlaßt haben. Es war das subjektive Gefühl und die persönliche Erfahrung, z.B. in den legalen Zusammenhängen an Grenzen gestoßen zu sein, die mensch nicht mehr akzeptieren wollte. Wir hätten im Lauf der Jahre viele objektive Gründe gehabt aufzugeben. Wir haben heute genausoviele objektive Gründe weiterzumachen. Diese Entscheidung wird uns nicht objektiv abgenommen, wir müssen sie subjektiv für uns treffen. Und genau darin liegt unser größtes Dilemma mit dem Text: Anstatt die Krise aus der Sicht ihrer Gruppe, ihrer Region und ihres politischen Umfeldes zu beschreiben, um daraus die persönlichen Schlußfolgerungen zu ziehen, mußte dem Abschied historische Tragweite verliehen werden !

Weitere wichtige Unterschiede sehen wir in der Einschätzung zu den Auswirkungen des 18.12., in der Bedeutung sowie in den Zielen und in den Mängeln der Flüchtlingskampagne und in unserem Verständnis von einem anti-patriarchalen Politikansatz; daraus ergeben sich natürlich auch andere Konsequenzen.

- Völlig unverständlich ist für uns, ausgerechnet die Flüchtlingskampagne zum Anfang vom Ende umzudeuten. Trotz aller Differenzen im Vorfeld über die einzusetzenden Mittel und die anzugreifenden Ziele waren wir uns doch immer einig, mit unserer gemeinsamen Entscheidung einen Versuch zu unternehmen, aus den Konjunkturzyklen von Bewegungen (wie der Anti-AKW-Bewegung, dem Häuserkampf, der Friedensbewegung u.a.) herauszukommen und eine unserer Meinung nach zentrale Thematik aufzugreifen. Es ging uns nicht darum, wie suggeriert wird, die Flüchtlinge daran zu beteiligen oder sie gar daran zu organisieren. Genausowenig wie die Flüchtlinge für uns die neuen Hoffnungsträger für revolutionäre Prozesse waren. Wir wollten auf dem Hintergrund der Auseinandersetzungen und Kämpfe von Flüchtlingen einen eigenständigen Kampfansatz entwickeln, der natürlich in einem Wechselverhältnis zu dem Kampf der Flüchtlinge steht, aber der berücksichtigt, daß die Ziele der Flüchtlinge und unsere nicht identisch sein müssen. Wir sehen in erster Linie in der Flüchtlingskampagne die Möglichkeit, hier in der Metropole einen konkreten Antiimperialismus zu entwickeln. Und wir sind davon ausgegangen, daß wir den staatlichen Rassismus aufzeigen und angreifen können. Wir denken, daß wir in diesen Bereichen durchaus praktisch und politisch wirksam Ansätze in die

Auseinandersetzung eingebracht haben, sowie auch selber unverzichtbare Erfahrungs- und Lernprozesse gemacht haben.

Die Mängel sehen wir heute u.a. darin, daß wir unseren Kampf nur auf den staatlichen Rassismus bezogen haben, auf die Ausländerämter, die Gerichte, auf die Täter von Ausweisung und Abschiebung. Den Rassismus großer Teile der Bevölkerung haben wir zur Kenntnis genommen, den Rassismus innerhalb der Linken nicht einmal thematisiert. Und es ist unser eigener Rassismus, aus dem heraus wir uns ein Bild von einem "ideellen Gesamtflüchtling" geschaffen haben. In diesem Sinn stimmt der Vorwurf einer "Flüchtlingskampagne ohne Flüchtlinge".

Das breite Bündnis gegen rassistische Gewalt, gegen die Pogrome und Morde auf der Straße kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich gegen diese Gewalt der Vertreibung richtet. Vorverlegung der Grenzen in die Herkunftsländer, Schnellverfahren gegen Asylsuchende und sofortige Abschiebung mit staatlicher Gewalt stößt kaum auf Protest; und noch weniger wird praktischer Schutz geboten. So richtig wir die Parole "Für freies Fluten" nach wie vor finden, so offensichtlich ist daran aber auch geworden, wie sehr die Metropolenlinke an den materiellen Vorteilen dieses imperialistischen Systems hängt. Wer die Widersprüche allein zwischen dem Staat und der ihn tragenden Bevölkerung auf der einen Seite und Flüchtlingen und Linken auf der anderen Seite sieht, verhindert real die Auseinandersetzung und Konfrontation mit den Flüchtlingen, in denen unsere Widersprüche offenbar werden. Wir formulieren uns selbst schnell auf die Seite revolutionärer Prozesse, ohne unsere eigene Gebrochenheit zu diesen Prozessen begriffen zu haben.

Trotzdem, an der Aktualität, Bedeutung und zunehmenden Wichtigkeit dieser Thematik für die Entwicklung einer militanten Politik in der Metropole besteht kein Zweifel.

- Als Reaktion und in der Zeit nach dem 18.12.1987, als das BKA versuchte die Rote Zora, uns und andere, die sich im Kampf gegen Gentechnologie, Bevölkerungspolitik und Flüchtlingspolitik engagiert hatten, zum Stillschweigen zu bringen, waren wir eher überrascht, in welcher Breite die kriminalisierten Themen aufgenommen und weitergetragen wurden. Ganz offensichtlich hatte das BKA recht früh die politische Brisanz dieser Themen begriffen und versucht, durch Kriminalisierung und Verfolgungsdruck eine mögliche Verbreiterung zu verhindern. Die Fehler und Mängel liegen hier bei uns und unserer politisch-organisatorischen Konzeption. Wir waren es, die sich für lange Zeit nicht mehr zu Wort meldeten. Uns fehlten konzeptionelle Vorstellungen, uns an dieser breiten Auseinandersetzung zu beteiligen und daraus sogar politische Stärke zu entwickeln. Wenn es aber überhaupt in unserer Geschichte ein Beispiel dafür gibt, daß wir nicht isoliert sind, dann ist es dieses Datum.

- Es ist unsere Entscheidung, wann wir uns zum antipatriarchalen Kampf öffentlich äußern wollen. Daß wir dies bislang nicht getan haben, liegt daran, daß wir am Anfang des Diskussionsprozesses sind. Deshalb finden wir es ausgesprochen ärgerlich, daß die Jungs sich bemüßigt fühlten, "unsere" Position schon mal vorwegzunehmen, um sich davon abgrenzen zu können. Für deren "männliches Elend" eine Mitverantwortung zu übernehmen und im nächsten Atemzug darin aber "keinen politikfähigen Ansatz" zu erkennen, sondern das als "Selbstentmündigung und Entpolitisierung" zu begreifen, spiegelt die männliche Arroganz eines Artur, der verächtlich auf "HerMann" herabblickt, der mit Frauen diskutiert und dabei versucht, das Problem männlicher Definitionsmacht zu thematisieren ("This is not a love song"). Die Behauptung, daß ein "emanzipatorischer Beitrag zur Patriarchats(!)diskussion" nicht mehr geleistet werden kann, weil die Frauen der Roten Zora sich von uns getrennt haben und keine gemeinsame Politik mehr mit uns machen, beweist ein völliges Unverständnis von antipatriarchaler Politik. Ebenso wie die Hierarchie- oder Zentralitätsvorstellung, die in der Feststellung angelegt ist: "jedenfalls hilft der Antipatriarchalismus nicht über das dringlichste Problem, über die fehlende Bedingung hinweg, daß der militante Widerstand und der bewaffnete Kampf, so wie wir ihn zu entwickeln versucht haben, eine Angelegenheit von immer weniger Leuten geworden ist und keine soziale Basis mehr zu haben scheint."

Angesichts der allgemeinen Rat- und Perspektivlosigkeit ist die Versuchung groß, die Antipatriarchatsdebatte als Vehikel zu benutzen, um der Krise HERR zu werden. Die Diskussion über die schwarze Frau als "unterstes Klassensegment" war ein Beispiel dafür, auf welche Weise durch den bloßen Austausch der Subjekte ein im übrigen nicht angetastetes Gedankengebäude hinübergerettet werden kann. Das erste Resultat einer konsequent geführten Antipatriarchatsdebatte kann nur die Zerstörung lieb gewordener Gewißheiten sein. Wir begeben uns bewußt und sehenden Auges in einen Prozeß, dessen erklärtes Ziel die Verunsicherung und

Demontage männlich dominierten Denkens und Handelns ist. Wenn es richtig ist, daß der Sexismus mit unserer Ignoranz gegenüber patriarchaler Gewalt beginnt, und wenn es stimmt, daß wir auf diesem Auge blind sind, weil es um unsere Interessen geht, dann werden uns erstmal die Felle davonschwimmen, bevor wir zu einem von grundauf neuen Verständnis unserer Rolle im Prozeß radikaler Veränderungen vorgedrungen sein werden, dann liegen zwischen der bloßen Erkenntnis und der Fähigkeit, im Einklang mit dieser Erkenntnis zu leben, noch Welten, denn wir haben weder die Wahl, unsere eigenen Anteile an patriarchaler Gewalt zu eliminieren, indem wir uns im Büßerhemd der Hegemonie kämpfender Frauen unterwerfen, noch die Möglichkeit, die eigene Desorientierung zu kompensieren, indem wir uns dem Widerstand von Frauen anhängen.

Es reicht auch nicht, in den Institutionen von Staat und Kapital den Sexismus da zu entdecken, wo er Frauen benachteiligt. In der Auseinandersetzung um eine antipatriarchale Politik müssen wir einen Begriff davon entwickeln, daß der gewaltsamen sozialen Organisierung der geschlechtlichen Differenz schlechthin die zentrale Bedeutung bei der Entfaltung gesellschaftlicher Widersprüche zukommt.

Bei der Entwicklung eines antipatriarchalen Kampfansatzes in der Metropole geht es uns auch darum, inwieweit wir selbst mit unseren patriarchalen Verhaltensweisen Strukturen geprägt haben, die unser Politikmuster und Verständnis immer wieder reproduziert haben, ohne das wir zu einer Veränderung in der Lage gewesen wären. Eine unserer Möglichkeiten, uns nicht in den mainstream politischer Resignation fallen und treiben zu lassen, sehen wir in dem Versuch, unseren Teil zu einer grundlegenden Debatte über die Neubestimmung linksradikaler Politik beizutragen. Eine Notwendigkeit wird es sein, unsere Strukturen aufrecht zu erhalten, damit unsere Beiträge sich nicht auf die Veröffentlichung von Diskussionspapieren beschränken müssen; dabei wird die Antipatriarchatsdebatte einen zentralen Stellenwert einnehmen. Dies steht für uns außer Frage. Zur Disposition steht unsere politisch-organisatorische Konzeption; allerdings erst dann, wenn sie sich bei dieser radikalen Neubestimmung mehr als unvermeidbar hinderlich erweisen sollte.

"Woran arbeiten sie ?" wurde Herr K. gefragt. Herr K. antwortete, "Ich habe viel Mühe, ich bereite meinen nächsten Irrtum vor."

B. Brecht

revolutionaere zellen, mai 1992

Klarstellungen und

Diskussionsangebote

Einen Diskussionsbeitrag zur hier dokumentierten RZ-Erklärung in der gebotenen Kürze zu schreiben, ist natürlich nicht möglich. Trotzdem soll auf einige Punkte des Textes hingewiesen werden, die meiner Meinungnach durchaus bedeutsam für linke Diskussionen sind.

Zunächst der Hinweis, daß die RZ weiterhin daran festhalten, es sei bei der Flugzeugentführung nach Entebbe im Juni 1976 selektiert worden. Unter anderem im ak 338, in dem die RZ-Erklärung "Gerd Albartus ist tot" dokumentiert ist, war diese Darstellung massiv bezweifelt worden ("Fragen und Anmerkungen zum RZ-Papier" von "GenossInnen aus der Mehrheit") und anhand diverser Passagier- und Geisel"berechnungen" behauptet worden, im RZ-Papier handele es sich um "propagandistische Zuspitzung". Damit hatten die "GenossInnen aus der Mehrheit" einen Zentralpunkt des RZ-Papiers auch sofort wieder aus der Diskussion herausgenommen (und standen damit durchaus nicht allein): die Frage nach linkem Antisemitismus im antizionistischen Gewand. Wie dringend notwendig diese Diskussion ist, wie groß auch die Leerstellen (und Denkblockaden, siehe auch die untenstehende Ankündigung der "RedakteurInnen der Mehrheit") innerhalb der Linken sind, darauf weist das RZ-Papier ein weiteres Mal hin. Daß es damit nicht getan ist, versteht sich von selbst; daß dabei auch eine gründliche Auseinandersetzung mit nationalistisch fundierten Denkweisen inbegriffen ist, belegen die GenossInnen.

Der zweite Teil des Textes - eine Auseinandersetzung mit der Selbstauflösungserklärung einer RZ-Gruppe (dokumentiert u.a. in "konkret" 3/92) - argumentiert dafür, daß es möglich ist, ungeklärte Fragen zu diskutieren, ohne sich dabei aus der Linken zu verabschieden. An den Differenzen, die verschiedene RZ-Gruppen über die Einschätzung ihrer "Flüchtlingskampagne" haben, zeigt sich, wie groß die Unsicherheiten heute in Bezug auf

zentrale Bereiche radikaler Politik sind (und der Bericht in diesem ak über die Proteste gegen die Angriffe auf ein Mannheimer Flüchtlingssammellager bestätigt dies aus meiner Sicht ausdrücklich).

Auch die Anmerkungen zur Diskussion um die Entwicklung eines anti-patriarchalen Politikansatzes machen deutlich, daß kein Weg daran vorbei führen wird, bisher "lieb gewordene" Gewißheiten gründlich zu befragen, wenn es tatsächlich eine Weiterentwicklung linksradikaler Politik geben soll. Alles andere bedeutet Stillstand oder Zerfall.

kla./Gruppe K

Wer so radikal sein will wie die Wirklichkeit, wird nicht umhin kommen, die Wirklichkeit auch zur Kenntnis zu nehmen und gewissenhaft zu analysieren. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der vorliegenden Erklärung der RZ müssen wir deshalb auf die nächste Ausgabe unserer Zeitung verschieben. Wir wollen dabei insbesondere auf die Frage eingehen, die schon einmal Gegenstand kontroverser Bewertungen gewesen ist: Die Behauptung, "daß im Verlauf der Entebbe-Aktion selektiert worden ist".

Diese Frage ist komplexer, als der scheinbar schlüssige Verweis auf die "Selektion" der belgischen Jüdin Dora Bloch nahelegt.

RedakteurInnen der Mehrheit

41. Nicht die konstruktive Debatte, die Abgrenzung stand im Vordergrund. Brief der RedakteurInnen der Mehrheit an die Gruppe K

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:21

Brief an die Gruppe K

Nicht die konstruktive Debatte, die Abgrenzung stand im Vordergrund.

Liebe GenossInnen der Gruppe K,

wie schon in der Beschreibung der Beschlußlage vom letzten Mehrheitstreffen erläutert, sind wir auf diesem Treffen zu der Überzeugung gelangt, daß uns eine weitere Kooperation im Sinne der vor einem Jahr getroffenen Dach-ak-Vereinbarung nicht sinnvoll erscheint. Auf dem Treffen selbst wurde kein Entschließungsantrag vorgelegt, aufgrund der einhelligen Meinung auf der Tagung wurde eine Gruppe beauftragt, die Beschlußlage zu formulieren.

Wir möchten dabei auf einige Aspekte besonders hinweisen, da sie in einer solchen Auseinandersetzung immer Gefahr laufen unterzugehen.

Auf der Versammlung ist ausdrücklich nur von einer Nichtfortsetzung dieser Kooperation die Rede gewesen, nicht von Kündigung, schon gar nicht von Rausschmiß o.ä. Wir sind in dieser Debatte davon ausgegangen, vor einem Jahr einen Kooperationsvertrag mit einer Befristung von einem Jahr geschlossen zu haben, an dessen Ende an beide Seiten die Frage zu stellen ist, ob er zu beiderseitigem und zu einem gemeinsamen Vorteil beigetragen hat. Dies ist von unserer Seite verneint worden, und wir nahmen auch an, daß dies von Euch nicht anders gesehen würde, worin uns nachträglich auch Euer Bilanzartikel in ak 343 bestätigt. Deshalb wurde ebenso ausdrücklich darauf insistiert, an Euch mit der Bitte heranzutreten, diese Kooperation in beiderseitigem Einvernehmen zu beenden.

Manche von Euch mögen dies als Wortklauberei abtun, und die zu erwartende Polemik um die jetzt endgültig zu vollziehende Trennung mag dazu verführen, dies als "Heuchelei" abzutun. Nur sei Euch schon jetzt versichert, daß von dieser Mehrheitsversammlung keinerlei Interesse für eine Neuauflage der alten Spaltungsdebatte bestand.

Dies nur vorausgeschickt, weil sich jetzt schon erkennbar in Eurer Debatte die Meinung festsetzt, es hätte sich in der Mehrheit die "zupackende Fraktion" durchgesetzt, die die Gruppe K endgültig rausschmeißen wolle.

Es gibt in der Mehrheit unterschiedliche Einschätzungen über die jetzt zehn Monate laufende Kooperation, so wie es unterschiedliche Meinungen zum Dach-ak überhaupt immer gegeben hat. Dennoch ist das Ergebnis, daß letztlich niemand für eine Fortsetzung votiert hat, auch wenn es Bedenken in der Hinsicht gegeben hat, ob ein eigenständiger Weg mit einer Zeitung gangbar ist. Insofern werden sicherlich auch bei uns einige der von Euch in Eurem Bilanzartikel vorgetragenen pragmatischen Gründe dafür, an der Kooperation festzuhalten, geteilt. Bzw. es wurde gefordert, diese ernsthaft abzuwägen, was jedoch letztlich die politischen Gründe für eine Trennung nicht aufwiegen konnte.

Es gibt unterschiedliche Gründe, die Kooperation nicht fortzuführen. Deshalb wird die folgende Begründung nur von den Unterzeichnenden getragen, obwohl wir davon ausgehen, daß sie auch das Bild der Mehrheit widerspiegeln.

Es gibt heute keine Stimme, die ernsthaft eine Neukonstituierung des alten KB aus den beiden Restgruppen fordern würde. Es gibt nicht einmal Stimmen, die die damalige Spaltung für unsinnig erklären würden. Warum? Sicherlich deshalb, weil augenscheinlich unterschiedliche politische Ansätze verfolgt werden, auch ohne dies auf die platte Ebene "PDS-Option" versus "RL-Option" herabzuwürdigen. Aber noch vor eineinhalb Jahren habt Ihr gegen die sich abzeichnende Spaltung heftig polemisiert, wobei Ihr dies öffentlich vor allem als "Spaltungskurs der Mehrheit" denunziert habt. Scheinbar als letzter Notbehelf gegen diesen "Spaltungskurs" wurde der Dach-ak ins Feld geführt. Gegen den "Spaltungskurs der Mehrheit" sollte die Gemeinsamkeit gesetzt werden. Wir wollen über diesen Punkt gar nicht noch einmal streiten. Nur schreibt Ihr heute in Eurem

Bilanzartikel die Geschichte eben ganz anders. Jetzt soll für Euch schon von Anfang an klar gewesen sein, daß es sich beim Dach-ak lediglich um einen pragmatischen Vorschlag handeln konnte, getragen von der Erkenntnis, daß keine Seite allein zu einer eigenständigen Publizistik in der Lage gewesen wäre. Uns unterstellt Ihr, das genauso gesehen zu haben.

Um der Wahrheit willen müssen wir dem widersprechen. Zwar hat es unter uns diese Auffassung auch gegeben, zwar hat es - wie auch bei Euch - Stimmen gegeben, die gänzlich abgeraten haben, aber als wir uns nach langer Debatte für den Dach-ak entschieden haben, war damit auch die Vorstellung verbunden, gemeinsam (gemeinsam auch mit Euch!) eine politische Debatte entwickeln zu können, die der Linken etwas weiterhelfen könnte. (Immer noch in der Erkenntnis, daß beide Gruppen im Gesamtspektrum der Gesellschaft weit linksaußen angesiedelt sind, im engeren Sinne jedoch zwei Pole gebildet haben.) Diese Vorstellung ist nicht eingetreten. Es hat keine gemeinsame Beratung der Herausgebergruppen über die Zeitung gegeben, es hat nicht eine gemeinsame Sitzung der beiden Redaktionsteile gegeben, und es hat bis auf ganz wenige Ausnahmen keinerlei Absprachen über Arbeitsprojekte gegeben. Letztendlich war der ak im vergangenen Jahr die Zeitung zweier unabhängig voneinander (und gegeneinander) operierender Gruppen, wobei sich gerade mal über die Gestaltung der Titelseite unterhalten wurde, da diese für beide Teile Aushängeschild sein sollte. Diskutiert haben wir aber auch darüber nicht mit dem Ziel optimaler Gestaltung, sondern nur im Sinne des Minimalkonsenses: können beide Teile mit dieser Titelseite "leben"?

Sieht man es nur vom pragmatischen Gesichtspunkt, hat sich der Dach-ak teilweise auch bewährt. Er hat ein Jahr lang beiden Gruppen die Möglichkeit geboten, politische Überlegungen aus den eigenen Reihen zu veröffentlichen. Sieht man es von der Politik her, so gilt dies nur noch sehr eingeschränkt. Wir möchten dies an einer von Euch selbst aufgeworfenen Frage deutlich machen. In einer redaktionellen Mitteilung gebt Ihr den LeserInnen bekannt, daß Ihr nur mit Zähneknirschen dem Abdruck eines Artikels unseres Redakteurs kt. zu Jugoslawien zugestimmt habt. Zwar wurde dies öffentlich einschränkend noch auf die Frage "Leitartikel" beschränkt, intern wurde aber auch durchaus argumentiert, daß "solche Artikel" eigentlich gar nichts im ak zu suchen hätten. Begründet wurde das im Gegenartikel von hr.: kt. sei ein Pro-Imperialist, ein deutscher Nationalist usw.. Der ganze Ansatz, so wie kt. über die Entwicklung in Europa nachzudenken, so zu analysieren, geht Euch so sehr gegen den eigenen politischen Strich, daß Ihr Euch genötigt saht, Euren Anhängern und den LeserInnen zu erklären, daß Ihr so etwas am liebsten verhindern würdet, aber aufgrund der Konstellationen darauf verzichten müßt.

Nun wollen wir Euch gar keine besondere Intoleranz vorwerfen, denn in dieser Frage zeigt sich offensichtlich ein unterschiedliches politisches Interesse, das gerade dann tragend wird, wenn man eine politische Zeitung machen will, wenn man mit einer Zeitung politisch eingreifen will, wenn es einem dann auch nicht egal sein kann, ob in der selben Zeitung in völlig entgegengesetzte Richtungen gezogen wird. Wenn man also einen Schreiber der Mehrheit als Pro-Imperialisten erkannt hat und dies auch öffentlich so benennt, man sich selbst aber als Antiimperialisten begreift und dies auch als praktisch-politische Aufgabe sieht, dann muß man diesem Schreiber entweder die Möglichkeit entziehen, weiter zu schreiben, oder aber eine massive Kampagne in der selben Zeitung gegen solche Auffassungen organisieren. Zu beidem wart Ihr nicht in der Lage; letztlich verbot sich dies auch unter dem Gesichtspunkt des Pragmatismus, unter politischen Gesichtspunkten war es jedoch für Euch eine Katastrophe. Dieses Beispiel ließe sich auch auf die Themenkreise Nationalismus, Antisemitismus - hierbei insbesondere den linken -, Rassismus, deutsche Frage usw. übertragen.

Diese Haltung hat schließlich auch dazu geführt, daß eine konstruktive Debatte an den schon bei Beginn des Dach-ak bekannten Widersprüchen gar nicht aufkommen konnte, denn gerade von Eurer Seite stand nicht die Debatte, sondern die Abgrenzung im Vordergrund.

Wir denken jedoch, daß die Differenzen noch tiefer oder vielleicht auf anderer Ebene angesiedelt sind. Es geht um die Frage, wie man in dieser Zeit und in dieser Gesellschaft Politik machen will.

Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus ist die gesamte mittel-, südost- und osteuropäische Region von bespiellosem Zerfall gekennzeichnet. Lange verdeckte innere Widersprüche treiben Staaten- und Nationenbünde auseinander, die Erringung nationaler Unabhängigkeit wird zum Dreh- und Angelpunkt der Neuordnung dieser Regionen. Darin drückt sich sowohl die Forderung nach Unabhängigkeit von bisherigen Machtstrukturen als auch alter und neuer Nationalismus und Chauvinismus aus. Dies geht einher mit den Versuchen verschiedener imperialistischer Mächte, Einfluß zu nehmen und durch Gewinnung des einen oder

anderen Partners die Machtverhältnisse neu zu regeln. U.E. ist es für linke Politik entscheidend, zu analysieren, welche verschiedenen Interessen hier aufeinanderprallen, wo die Forderung nach staatlicher und nationaler Unabhängigkeit eine Wendung gegen alte Machtstrukturen ist, wo sie nationalistisch und chauvinistisch umschlägt, wo sie sich mit neuem Regionalmachtstreben paart, wo imperialistische Mächte die bestehenden Widersprüche nutzen und zum eigenen Vorteil anheizen. Wir sehen in der Aufteilung der bis heute bestehenden Staaten- und Nationenbünde keinen Fortschritt, können aber auch nicht darüber hinwegsehen, daß die unveränderte Beibehaltung in der Regel nur alte Herrschaftsverhältnisse zementieren würde. Wenn der Bestand eines multinationalen Staates nur dadurch aufrecht erhalten werden kann, daß ein Bürgerkrieg geführt wird, dann würden wir eine einvernehmliche Auflösung für das geringere Übel halten. Ihr seht nur den Nationalismus, seht nur Völker, die barbarisch aufeinander einschlagen, als hätten "die da drüben im Osten" nie etwas anderes gelernt. Oder Ihr seht nur den deutschen Imperialismus, der die Völker aufeinanderhetzt, und seid damit in der Analyse keinen Schritt weiter als die KPD, der KBW oder die KPD/ML, die weiland in der Auseinandersetzung zwischen der MPLA und der Unita in Angola auch nichts anderes sehen konnten als den Stellvertreterkrieg zwischen den Supermächten. Ihr seid so konsequent "antideutsch", daß Ihr Euch für diese ganze Region nichts anderes mehr denken könnt als deutsche Politik. Für Euch kann so kein anderes als das deutsche Interesse existieren. Und wenn denn Serbien nicht die Unterstützung Deutschlands hat, dann können in "logischer Fortsetzung" alle gegen die serbische Herrschaft gerichteten Interessen nur deutsche Interessen sein. Das ist nicht Analyse, sondern Agitation. Mit dieser Haltung macht Ihr Euch unfähig, eine Entwicklung, die so ganz und gar nicht in das bisherige Weltbild paßt, zu begreifen. Und damit klärt Ihr eben nicht auf, sondern verdummt.

Szenenwechsel: Die westlichen Gesellschaften geraten in eine Krise. Die gerade eben noch strahlenden Sieger über den Sozialismus haben enorme Probleme in den eigenen Gesellschaften. Der weltweit und geschichtlich unvergleichlich große aufgehäufte und täglich produzierte Reichtum reicht systembedingt nicht einmal aus, um in diesen wenigen Ländern zufriedenstellende soziale Verhältnisse herzustellen. Der Unterschied zwischen Arm und Reich wird weltweit nicht mehr als gegeben hingenommen wird. Die Menschen der Dritten fordern von der Ersten Welt. Sie fordern wegen der durch die Weltwirtschaftsordnung produzierten Verhältnisse, sie fordern - wie auf dem Gipfel in Rio - wegen der Zerstörung der Lebensgrundlagen durch die hochindustrialisierten Länder, und sie fordern durch ihre faktische Einwanderung in diese Länder. Die westlichen Staaten reagieren mit Abschottung und einer Grenzziehung, die die von ihnen verursachten Probleme nicht in die eigenen Gesellschaften hineinlassen soll. Ein zunehmender Teil der Gesellschaft reagiert mit Ab- und Ausgrenzung, mit Chauvinismus, Rassismus, Nationalismus und Gewalt, schlimmstenfalls mit faschistisch organisierter Gewalt. In allen westlichen Gesellschaften haben rechte, nationalistische und faschistische Gruppierungen Zulauf. Jeder fortschrittlich denkende Mensch erstickt fast jeden Tag an diesem Dreck, der da hochkommt.

Was wäre nun linke Politik in einer solchen Situation? Auf unsere Differenzen bezogen: Ihr seht Euch bestätigt im Bild der Deutschen - die waren so und werden immer so bleiben. Ihr seht die Volksgemeinschaft der Deutschen, die sich wieder formiert zu ihrer "eigentlichen Aufgabe" in der Kontinuität des Faschismus. Wir sehen dies anders. Niemand wird als "Deutscher" geboren und niemand verändert sich niemals. Politik, und insbesondere linke, muß von Widersprüchen und möglichen Veränderungen ausgehen. Wenn ein ganzes Volk, bis auf die wenigen rühmlichen Ausnahmen (wen würdet Ihr außer Euch selbst noch dazurechnen?), als faschistisch begriffen wird, dann fehlt auch der Wille zur Veränderung. D.h. für linke Politik beispielsweise, daß sie sich unter den gegenwärtigen Bedingungen zu allererst darum bemühen müßte, alle Gegner des Rassismus und Fremdenhasses anzusprechen und diese nicht als Komplizen des Staates oder der Rechten zu denunzieren, auch wenn sie andere Auffassungen und Interessen haben. D.h., um ein Beispiel zu nennen, daß man einen Menschen wie Helmut Frenz im ak nicht grobschlächtig als Mitläufer des Rassismus denunziert, sondern auch seine problematische Lage in einer "normalen Kirchengemeinde" mit reflektiert. Dies alles mag für Euch im "unmittelbaren Kampf" unerheblich sein, die Folgen sind jedoch erheblich: Keine Kirchengemeinde, wie fortschrittlich der jeweilige Pastor auch immer sein sollte, wird eine solche Aufnahme von Flüchtlingen wie in Norderstedt in absehbarer Zeit noch einmal machen, und kein Mensch wie Helmut Frenz wird für die Linke für eine solche Aktion ansprechbar sein. Das ist auch Ergebnis der undifferenzierten Betrachtungsweise, in der es nur Gegner gibt.

Aber auch dieses Beispiel soll noch mehr aufzeigen. In der westdeutschen Gesellschaft zeigt sich gegenwärtig ein zunehmender Zug zu reaktionären und faschistischen Lösungen. Dies mag einen in der Überzeugung

bestätigen, daß "die Deutschen" eben so sind. Es verkennt jedoch zweierlei. Erstens, daß dies - bei aller Besonderheit der Rolle Deutschlands, vor allem seiner Geschichte - ein westeuropäisches Problem ist und insofern auch so analysiert gehört. Zweitens, daß es auch in der BRD einmal eine gegenläufige Phase gegeben hat. Zwar ist links niemals die Mehrheit gewesen, aber es war gesellschaftlich prägend. Dies sagt nur, daß Veränderungen möglich sind. Voraussetzung dafür wäre allerdings ein intensives Nachdenken über die heute von Linken zu betreibende Bündnispolitik - aus Eurer Sicht ein Synonym für Anpassung nach rechts. Daß wir auf diesem Sektor bisher wenig Konkretes zu bieten haben, müssen wir leider zugeben.

Weshalb diese Ausführungen, die Euch als Belehrung erscheinen mögen? Nur um Euch deutlich zu machen, daß Ihr und wir kontrovers an die bestehenden und kommenden Konflikte herangehen, die wir dann selbstverständlich auch anders im ak behandeln würden. Uns reicht die Anklage gegen die Deutschen, gegen das ewige Deutschtum, gegen die auferstehende Geschichte nicht aus, auch wenn wir sie manchmal durchaus gern lesen. Sie reicht uns nicht, weil damit in Wirklichkeit kein Problem der heutigen Gesellschaft analysiert wird.

Wir erkennen an, daß von der Gruppe K wichtige Themen im ak behandelt wurden, deren Bearbeitung - auch mit Hilfe von AutorInnen der Gruppe K - fortgesetzt werden sollte. Wenn wir heute die Unfruchtbarkeit der in den vergangenen zehn Monaten im ak geführten Polemiken feststellen, so heißt das nicht, daß wir Eure Standpunkte künftig aus der Zeitung heraushalten wollen. Sie sind für uns auch weiterhin Bestandteil der linken Debatte, die im ak ausgetragen und dokumentiert werden muß. Nur sind wir der Ansicht, daß dies nicht unter dem Schild einer gemeinsamen Redaktion geschehen sollte.

Selbstverständlich wird von Eurer Seite innerhalb dieser Auseinandersetzung wieder angeführt werden, wir wollten Euch ausgrenzen. Seid ehrlich wie in der Bilanz Eurer RedakteurInnen: der Zusammenhang war ein rein pragmatischer. Wir versprechen uns nichts mehr von einer gemeinsamen Zeitung. Jetzt seid Ihr am Zug: Begründet bitte, weshalb der Pragmatismus in einer Zeit der ständigen Umwälzung Oberhand gewinnen sollte.

Zum Schluß noch ein Wort zum Geld und zur Macht: Populistisch (um es nicht wie gewohnt demagogisch zu nennen) erwähnt Ihr in Eurem Bilanzartikel, daß nun das Geld (der Mehrheit) die Macht gewinnen wird. Ihr vergeßt, den LeserInnen mitzuteilen, daß:

1. das alte KB-Vermögen zu gleichen Teilen aufgeteilt wurde und Ihr auf eigenen Wunsch in Bargeld ausgezahlt worden seid (die Mehrheit erhielt Bargeld und Sachwerte);

2. Ihr zur Finanzierung des ak über die vergangenen zwölf Monate nur in einem Verhältnis von 10:22:27 (Gruppe K:Mehrheit:andere Personen/Spenden) bereit wart;

3. Ihr zu der von allen als notwendig erachteten Spendensammlung DM 0.-, in Worten Null, beigetragen habt.

Hamburg, den 18.6.1992

Die RedakteurInnen der Mehrheit

42. Eine abschließende Antwort. Zum Brief der RedakteurInnen der "Ex-KB-Mehrheit" von den RedakteurInnen der Gruppe K

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/48a.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:48a

Die in der "Ex-KB-Mehrheit" formulierten Bedenken, ob eine von ihr eigenständig herausgegebene Nachfolgezeitung des ak auf längere Sicht machbar ist, teilen wir. Die auch bei ihrem Treffen formulierten Überlegungen, die pragmatischen Motive der gemeinsamen ak-Weiterführung gegenüber dem Risiko einer neuen, von ihr alleine getragenen Zeitung sorgfältig abzuwägen, sind gut nachvollziehbar. Wenn die "Ex-KB-Mehrheit" nach Abwägung dieser Gesichtspunkte "einhellig" dennoch entschieden hat, den Dach-ak so früh wie möglich zu beenden - bitte schön.

Während wir uns bemühen, für einige wesentliche neue Fragestellungen die Debatten zu organisieren, scheinen nach ihrem "Brief an die Gruppe K" vom 18.6. die RedakteurInnen der "Ex-KB-Mehrheit" da Antworten bereits gefunden zu haben. So schreiben sie im Hinblick auf den Bürgerkrieg in Jugoslawien in ihrem Brief: "Wenn die Wahl bei der Brechung alter Herrschaftsverhältnisse zwischen dem Bürgerkrieg und der staatlichen Unabhängigkeit besteht, dann würden wir uns für das letztere entscheiden." (1) Das einfache Rezept: Wer auf Seiten der "Selbstbestimmung" steht, steht auf Seiten des Rechts, und wer das Recht hat - ist auch friedlich. Abgesehen davon, daß solche Logik im Windschatten des deutschen Imperialismus segelt: Wie ausgerechnet aus einer Eskalation nationalistischen Denkens, wie sie unter der Parole des "Selbstbestimmungsrechts" daherkommt, z.B. der Bürgerkrieg im multinational bewohnten Bosnien "realpolitisch" hätte vermieden werden sollen, bleibt wohl nicht nur uns schleierhaft.

Wer, wie die "Ex-KB-Mehrheit", heutzutage zur Politik gegen Rassismus vor allem anderen hervorhebt, "daß sie sich unter den gegenwärtigen Bedingungen zu allererst darum bemühen müßte, alle Gegner des Rassismus und Fremdenhasses anzusprechen und diese nicht als Komplizen des Staates oder der Rechten zu denunzieren", und solcher "Realpolitik" umstandslos auch eine Forderung wie die nach "Offenen Grenzen" unterzuordnen bereit ist (2), unterschlägt das Nachdenken über rassistische und nationalistische Massenkonsense in dieser Gesellschaft, und muß daraus wohl zum Ressentiment kommen, Positionen wie die der Gruppe K als antinational-selbstindoktriniert wahrzunehmen. Und wo im Brief die Rede davon ist, daß sich "in der westdeutschen Gesellschaft ... ein zunehmender Zug zu reaktionären und faschistischen Lösungen" zeige, da folgt die Selbstberuhigung auf dem Fuße: Erstens sei dies kein deutsches sondern ein westeuropäisches Phänomen und gehöre "auch so analysiert". Und zweitens sei in der Bundesrepublik früher, zu APO-Zeiten und folgende, schließlich auch mal "links ... gesellschaftlich prägend" gewesen. Wenn die Gruppe K dennoch "gegen die Deutschen, gegen das ewige Deutschtum, gegen die auferstehende Geschichte" Stellung beziehe, so werde "damit in Wirklichkeit kein Problem der heutigen Gesellschaft analysiert."

Die Bedeutung der Beschäftigung mit Kontinuitäten von NS-Geschichte wird ohne einen Anflug von Zweifel geleugnet, indem die Problematik in den idiotischen Gegensatz "Alle sind Faschisten" versus "Niemand wird als Deutscher geboren" gepreßt wird. Über eine solche Verballhornung werden verschiedenste Fragestellungen und Ansätze entsorgt, die eine theoretische Leerstelle in Bezug auf Nachwirkungen und Kontinuitäten der NS-Politik und des "Epochenbruchs" Auschwitz zu schließen suchen - Themen, an denen die Gruppe K im ak zu arbeiten suchte. Die Beschäftigung mit Traditionslinien der deutschen Ost- und Europapolitik gilt da als ebenso ersparenswürdig, wie die Frage nach besonderen Traditionen einer wiedererstehenden Weltmacht Deutschland und ihres Nationalismus; die auf bevölkerungspolitische Erklärungen zielenden Ansätze Heim/Alys interessieren dann ebensowenig, wie das Ringen um eine Theorie des Antisemitismus, und eine theoretische Bestimmung des Geschichtsereignisses Auschwitz; die Frage nach einer Massenpsychologie der Schuldverdrängung gilt als so überflüssig, wie die Abwehr von Historisierungsversuchen der NS-Vergangenheit. Ereignisse wie die Auseinandersetzung um den jüdischen Friedhof in Ottensen, antisemitische Ausfälle im "Spiegel" oder der Waldheimbesuch werden als Randglossen, und als nicht bedeutsam für die deutsche Gegenwart begriffen. Das Versagen, das viele Linke, auch die Gruppe K, in Bezug auf ein Ereignis wie Bitburg aufzuarbeiten haben, reproduziert die "Ex-KB-Mehrheit" hier

auf einem Betrachtungsniveau, das die historischen Ausgangspunkte des KB - die APO-Beschäftigung mit dem Faschismusthema, die KB-Faschisierungsthese - bei weitem unterschreitet.

Es ist, als solle bebildert werden, wie gering die Folgen der "rebellischen" Jahre, der gesellschaftlich gegenläufigen Phase der 68er ff, geblieben sind. Gerade an Themen wie Antisemitismus und Rassismus und dem Umgang mit ihrer höchst realen Brisanz läßt sich erkennen, wie oberflächlich und konsequenzlos Theorie und Praxis vieler Linker über all die Jahre gewesen sein müssen - was nicht zuletzt zu großen Lücken in der Analyse dieser Strukturelemente der Gesellschaft geführt hat.

Ob die Deutlichkeit, in der die "Ex-KB-Mehrheit" ihre Ignoranz zum Ausdruck gebracht hat, die Funktion hat, uns, der Gruppe K, den Abgang zu erleichtern, wissen wir nicht. Abschließend zeigt sich da jedenfalls ein Kernwiderspruch in wünschenswerter Klarheit.

PS.: Wie das ak-Nachfolgeprojekt mittelfristig aussehen wird, entzieht sich naturgemäß unserer Kenntnis. Eine Zeitung wie die taz, mit linksradikalem Anspruch angetreten, veränderte sich beispielsweise über längere Zeiträume. Der durch die "Ex-KB-Mehrheit" verfolgte Einschnitt, der Gruppe K Mitherausgabe und damit Mitverfügung über die bisher gemeinsame Zeitung zu entziehen, dient aber jedenfalls dem erklärten Zweck, allzu linksradikale, und (ignorant) als bloß "antideutsch" begriffene Themen tendenziell aus der Zeitung zu halten. Eine Weiterführung des Namens wäre daher ein Etikettenschwindel. "Im Falle einer vorzeitigen oder vertragsgemäßen Beendigung der Zusammenarbeit", hieß es im Vertrag, den "Ex-KB-Mehrheit" und Gruppe K am 25.8.91 über einen Dach-ak vereinbarten, "ist die Weiterführung des ak-Titels nur mit Zustimmung der anderen Seite möglich." Eine solche Zustimmung der Gruppe K gibt es nicht.

RedakteurInnen der Gruppe K

Anmerkungen:

1) Zitiert nach dem Brief vom 18.6., wie er mit dem Zusatz "Artikelentwurf für ak 344" der Gruppe K zugegangen ist. Die für den ak geänderte Textfassung sucht zu relativieren, daß die "Ex-Mehrheit" tatsächlich in der Logik einer solchen "Alternative" argumentierte, wenn Beiträge z.B. die EG-Anerkennungspolitik gegenüber Kroatien als zu zögerlich kritisierten.

2) Vgl. in ak 336, Mehrheits-Red. He: Man müsse, "will man wirklich etwas gegen den Naziterror erreichen, mit Menschen demonstrieren und agieren..., die die Forderung nach ‚Offenen Grenzen` nicht unterstützen", anstatt "in Abgrenzung weg(zu)tauchen"..

3)Die Klausel 9 der Vereinbarung im vollen Wortlaut: "Im Fall einer vorzeitigen oder vertraggemäßen Beendigung der Zusammenarbeit ist die Weiterführung des AK-Titels durch eine Herausgebergruppe nur mit Zustimmung der anderen Seite möglich. In diesem Fall oder bei einer Einstellung des Projektes werden die verbliebenen Redaktionsmittel auf die Gruppen verteilt. Die Einschränkung in Satz 1 ist im Falle der Auflösung einer der beiden Gruppen gegenstandslos.".

43. Pragmatismus als Politikersatz? Anmerkungen zur Bilanz der Gruppe K. von Andreas Skrypietz

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:36

Im Zuge der Auflösung des KB entschlossen sich die Nachfolgegruppen, die Zeitung des vormaligen KB - den ak - weiter gemeinsam herauszugeben. Dies ist und war etwas Besonderes in der Geschichte der Nach-68er-Linken in der BRD. Bei dieser Idee, diesem Versuch, ging es um die Fortführung einer Tradition, eines Namens, eines Renommees. Ein Jahr lang sollte die Zeitung als Dach-ak publiziert werden, als Dach fungieren für die Hütte, in der die beiden Gruppen hausen. Doch der Einzug fand erst gar nicht statt, denn die Sache war schon schief, bevor sie richtig gerade hing.

Nach einem kurzen, aber heftigen Streit über ein gemeinsames Redaktionsstatut wurde seitens der Gruppe K der gerade geschlossene Vertrag so weit außer Kraft gesetzt, daß mensch sich zwar als Teil der Redaktion begreift, aber mit dem gesamten Bereich der Herausgeberschaft nichts am Hute haben wollte. Dieses Verhalten paßt auch wesentlich besser ins Konzept als der Versuch, ausgerechnet mit der Mehrheit den ernsthaften Versuch einer Zusammenarbeit zu starten.

Denn die wahren, die echten KBlerInnen sitzen nun mal in der Gruppe K und zudem hat sich schon im KB-Streit gezeigt, was die spätere Mehrheit in Wahrheit ist: Eine Gruppe von alten und neuen Apparatschiks, die an ihren Stühlen und der Macht in der Organisation bzw. der Zeitung kleben. Von daher ist es nur logisch und konsequent, das gesamte Agieren der Mehrheit als Machtpolitik zu denunzieren. Die Gruppe K ist davon natürlich frei, da sie keine Apparatschiks hat und gegen Machtpolitik qua eigenem Politikverständnis gefeit ist.

Aus dieser Grundannahme heraus ist es dann auch folgerichtig, zu meinen, es seien stets die Mehrheit resp. ihre AgentInnen, die am Nichtzustandekommen irgendeiner Sache, die sich die Gruppe K auf die Fahnen geschrieben hat, die Verantwortung tragen. Denn stets ist es die Machtpolitik dieser Gruppierung, die die Gruppe K am inhaltlichen Arbeiten hindert und von sinnvollem politischen Agieren abhält. Wie anders sind weite Teile des Rechenschaftsberichtes im letzten ak zu verstehen, wenn nicht so?

Wie dem auch sei, es hat diesen Versuch Dach-ak gegeben, und er war aus meiner Sicht richtig; ihn aber ausschließlich aus der in ak 343 gebotenen Perspektive zu bewerten, ist schlicht und ergreifend selbstgefällig.

Mit Ruhm bekleckert hat sich die Mehrheit in dieser Zeit sicherlich auch nicht, nur, es ist nicht nur nervig, sondern trägt politisch nicht die Bohne aus, zum xten Male die Leier anzustimmen: die arme, kleine Minderheit, jetzt die Gruppe K, der die allgegenwärtige und allmächtige Mehrheit fast jeden Atemzug verwehrt. Gleichzeitig war und ist mensch aber dazu in der Lage, innerhalb und außerhalb der Zeitung die MehrheitsgenossInnen sowohl als "Partner" im ak als auch insgesamt politisch als Schweine darzustellen. Mensch ist nicht so blöde, die Mehrheit resp. einige ihrer VertreterInnen einerseits als Nationalisten, Imperialistenfreunde, Antisemiten und dergleichen beschimpfen und andererseits in einer Mischung aus gespielter Naivität und bodenloser Dreistigkeit davon auszugehen, daß die so Beschimpften dies schon veröffentlichen werden, der Vertrag verpflichtet ... (really?)

Selbst als in einer Manier, die an den alten Cato (1) erinnert, gefragt wurde, wie lange noch die Gruppe K mit Menschen wie uns zusammenarbeiten müsse resp. wolle, waren die RedakteurInnen jener Gruppe der Ansicht, daß dies halt Teil der Debatte sei und selbstredend im ak veröffentlicht gehört. Meines Erachtens hat dies nichts, aber auch rein gar nichts mit einer wie auch immer gearteten linken Diskussion zu tun, sondern dient allein dazu, sich selbst in eine moralisch integre Position zu manövrieren und stets der Mehrheit den schwarzen Peter zuzuschieben. (Sollte die dann fordern, solche Art unter die Gürtellinie zielende Kritik nicht zu veröffentlichen, kann man wunderbar die rote Karte "Zensur" zücken!) Hinzu kommt, daß die Gruppe K bzw. ihre VertreterInnen die Überraschten mimen, gerade so, als hätte das historische Karthago nicht mit einem Angriff der Römer rechnen müssen.

Was macht es eigentlich für einen Sinn, mit einer Gruppe zusammenzuarbeiten, die es sich unter anderem zum Ziel gesetzt hat, den vermeintlichen Partner politisch zu demontieren, ja, ihn fast zum Hauptfeind seiner politischen Agitation und Propaganda macht? Ich bin nicht der Ansicht, daß bei einer derartigen Zusammenarbeit eine weitgehende Übereinstimmung vonnöten ist, dennoch sollte eigentlich klar sein, daß

unter Partnern sogenannte ehrabschneidende Betitelungen unterbleiben sollten. Dies war aber im letzten Jahr seitens der Gruppe K keineswegs der Fall. Statt sich mit uns zusammenzusetzen und vernünftig darüber zu reden, wie eine, wenn schon nicht gedeihliche, so doch erträgliche Zusammenarbeit zu bewerkstelligen sei, wird auf die moralische Tube gedrückt und mit Argumenten gearbeitet, die nur verstehen kann, wer den KB-Streit von innen erlebt hat. Druck auf uns auszuüben ist der alleinige Zweck des Vorgehens. Fast so, als hätte die Mehrheit die historische Schuld abzutragen, werden wir mit moralischen Argumenten aller Couleur daran "erinnert", der Gruppe K auch ja eine Publizistik im Rahmen des ak zu ermöglichen. Dies ist auch eine Form machtpolitischer Auseinandersetzung, zu der sich die Gruppe K eigentlich nicht herablassen wollte und will, rekapituliert mensch ihre diversen Stellungnahmen zu diesem Thema.

Der vorgelegte Rechenschaftsbericht läßt erkennen, daß bei einer Weiterführung des Dach-ak die bisherige Praxis der Diffamierung und Verleumdung von Mitgliedern der Mehrheit fortgesetzt werden soll, ebenso wie das Gebaren, eigentlich eine eigenen Zeitung zu machen. Konkret hieße dies: Die Wurschtelei des letzten Jahres, die in Pragmatismus gegossene Stagnation soll verlängert werden. Weder wir sehen einen Sinn in der Verlängerung diese Zustands noch die Gruppe K, liest mensch ihren Bericht. Denn außer Pragmatismus wird nichts geboten.

Dies ist auch angesichts des desolaten Zustands der Linken, der gesellschaftlichen Verhältnisse und einer die gesamte Linke umfassenden Perspektivlosigkeit nicht weiter verwunderlich. Doch deswegen den bisherigen Pragmatismus als Ersatz für nicht zu realisierende Politik anzubieten, ist verlogen, da damit über die bestehende Hilfslosigkeit angesichts der herrschenden Verhältnisse hinweggegangen werden soll. Niemand hat im Moment eine Antwort auf die Frage, wie raus aus diesem Dilemma. Da macht es wenig Sinn, sich in bewährter (?) Manier einzuigeln und auf bessere Zeiten zu hoffen. Überwintern stand schon einmal auf der Tagesordnung des KB, das war eine Losung für die innerorganisatorische Stabilisierung nach dem Streit mit der Gruppe Z. Jetzt ist gesellschaftliches Überwintern angesagt, und da helfen irgendwelche Formen von Durchhalteparolen nicht eine Sekunde.

Die Linke muß sich insgesamt auf die neuen Verhältnisse in Europa und der Welt nach dem Scheitern des Realen Sozialismus einstellen, sowohl neue Formen der Politik, der Organisation müssen gefunden werden, wie auch manche inhaltliche Konzeption einer kritischen Hinterfragung bedarf. Unterlassen sollte mensch dabei allerdings eine allseits beliebte Vorgehensweise: mensch ist der Bauchnabel der Bewegung resp. der Welt. Denn wie heißt es schon in einem alten Satz: Wenn die Sonne der Kultur (bzw. linker Politik) niedrig steht, werfen sogar Zwerge große Schatten!

Andreas Skrypietz, Bristol

1) Marcus Porcius Cato Censorius, Cato der Zensor, besser bekannt als Cato der Ältere, lebte von 234 bis 149 vor der hier gültigen Zeitrechnung. Der Nachwelt ist er vor allem durch seine ständigen Erinnerungen an die Gefährlichkeit des Reiches von Karthago bekannt. In seinen letzten Lebensjahren pflege er alle seine Reden mit folgendem Satz zu beenden: "Ceterum censeo Carthaginem esse delendam." Zu deutsch: "Und im übrigen bin ich der Ansicht, daß Karthago zerstört werden muß."

44. Das Ende des AK - Zukunft einer neuen Publizistik? Bericht vom Bundestreffen der Gruppe K in Berlin

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:48

Mit dem Vorhaben, untereinander und mit anderen linken Kräften in die Diskussion um mögliche Perspektiven eines neuen linken Zeitungsprojekts einzutreten, endete ein bundesweites Treffen der Gruppe K am 20./21.6. in Berlin. Weiteres wichtiges Ergebnis für LeserInnen dieser Zeitung: Die Gruppe K faßte den Beschluß, mit dem Ende des "Dach-AK" auch das Zeitungsprojekt "AK" insgesamt für beendet zu erklären. Hält sich die "Ex-KB-Mehrheit" an die vor einem Jahr getroffenen Vereinbarungen, ist diese Nummer 344 die letzte Ausgabe der Zeitung dieses Namens (eine Stellungnahme zum Papier der "Ex-KB-Mehrheit" und eine Begründung dieses Beschlusses vgl. in nebenstehendem Kasten).

Im Vorlauf des Treffens hatten die RedakteurInnen der Gruppe K in einem Papier die politischen Differenzen zur "Ex-KB-Mehrheit" als gravierend eingestuft, und das Projekt "AK" als eine Zeitung mit Gegenwart, aber ohne Zukunft eingeschätzt - aus pragmatischen Gründen jedoch dennoch für eine Fortsetzung des "Dach-AK" optiert. Mittlerweile hatte aber ein Treffen der "Ex-KB-Mehrheit" bereits den Beschluß gefaßt, den auf ein Jahr geschlossenen Vertrag mit der Gruppe K nicht zu verlängern und damit die gemeinsame Herausgabe der Zeitung AK aufgekündigt. So beschäftigte sich das Treffen der Gruppe K nur noch kurz mit den "AK-Fragen", bestätigte den Tenor der Gruppe K-Redaktionserklärung (abgedruckt in AK 343, S. 39) und lehnte ebenso einstimmig den Wunsch der "Ex-KB-Mehrheit" ab, ihre Folgezeitung unter dem Titel "AK" fortzuführen.

Breiteren Raum nahm dagegen die Frage ein, ob und wie die Diskussion um ein eventuelles neues Zeitungskonzept geführt werden müßte. Die Skepsis, ob ein solches Projekt in Zeiten linken Niedergangs überhaupt eine Chance haben könne, überwog in vielen Beiträgen. Skeptisch wurde auch beurteilt, ob andere linksradikale Gruppen und Einzelpersonen überhaupt in eine Debatte um ein solches Projekt einsteigen würden. Eine Zeitung der Gruppe K "im Alleingang" wurde aber weder als realistisch angesehen, noch als wünschenswert: Erst die Bündelung verschiedener Kräfte und Ansätze könnte dazu führen, daß eine neue Publikation tatsächlich ein bundesweit relevantes Medium für eine neue Fundierung linksradikaler Politik werden könnte. Sollte ein solches politisches Projekt nicht zustande kommen, bliebe der Gruppe K die Möglichkeit, einen Diskussionsrundbrief auszubauen und sich auf die Herausgabe von Broschüren zu beschränken.

Unter den Anwesenden weitestgehend klar war, daß es nicht um ein politisch möglichst breites Sammlungsprojekt gehen dürfe, sondern die Diskussion mit den Teilen der Linken gesucht wird, die die mit dem Mauerfall verbundene Zäsur für fortschrittliche Politik in Deutschland in den Mittelpunkt von Analyse und Debatte rückt, um die Herausbildung von radikaler Opposition gegen die sich entwickelnde deutsche Großmacht zu befördern; die die Historisierung des Nationalsozialismus als eine wichtige, durch die Linke analytisch bei weitem nicht beantwortete Herausforderung begreifen, also insbesondere Analysen zum Zentralereignis Auschwitz und zum Thema Antisemitismus als wesentlich betrachten; die in ihre Analysen aufzunehmen suchen, daß rassistische und nationalistische Konsense quer stehen zu Konzepten, die im heutigen Deutschland linke Massenpolitik hochhalten wollen. Daß ein überkommenes Publikationskonzept, wie das des "AK", nicht unmittelbares Vorbild für ein neues sein kann, wurde auf dem Berliner Treffen in Beiträgen betont - der in dieser Zeitung teilweise überhandnehmende Drang, theoretische Defizite durch die Anhäufung von Fakten überdecken zu wollen, was zur Reproduktion bürgerlicher Denkmuster führen muß, wäre nur ein Beispiel für zu vermeidende Schwächen. Eine konkretere und schriftliche Formulierung dieser und anderer Punkte durch die Gruppe K steht aber noch aus.

Neben und quer zu solchen gemeinsamen Haltungen wurde in der Diskussion aber auch deutlich, wie vorläufig Vorstellungen über ein neues Projekt bislang sind, und daß darüber hinaus über ein Zeitungskonzept und seine politischen Grundlagen auch wichtige Widersprüche bestehen. Die Versammlung stellte sich und der Gruppe K die Aufgabe, über den Sommer in einen intensiven Diskussionsprozeß einzutreten, der klären soll, ob die Gruppe K überhaupt ein initiatives Element in Debatten um eine neue Publizistik sein kann.

Erarbeitung einer politischen und konzeptionellen Grundlage für ein Publikationsprojekt angestrebt

Von einigen wurde in der Diskussion eine weitergehende Vereinheitlichung der Gruppe K gefordert, auf deren Grundlage sich überhaupt erst sinnvoll über Zeitungsprojekte reden ließe. Die Diskussion darum, ob z.B. von "Imperialismus" und "Antiimperialismus" überhaupt die Rede sein solle, müsse sehr grundsätzlich geklärt werden; daran seien Klärungen zum Begriff der "Nations", zum "Selbstbestimmungsrecht der Völker" und zum Antizionismus zu knüpfen, um ein neues, gemeinsames Konzept radikaler Gesellschaftskritik zu entwickeln.

Tatsächlich stellt sich die Gruppe K heute nicht mehr, sondern weniger vereinheitlicht dar, als bei ihrer Gründung im Juli 1991 - es bewahrheitet sich, daß, wie in der Gründungserklärung stand, "die Summe der als offen erkannten Fragen schneller zu wachsen scheint als die Summe unserer Antworten." Dennoch wurde gegen die Vorstellung, zunächst müsse auf eine theoretisch sehr kohärente Gruppe K hin diskutiert werden, die Gegenposition vertreten, die Klärung innerer Widersprüche, die mit der Debatte um Grundlagen linker Politik gleichzusetzen sei, könne nicht aus dem Rahmen der Gruppe K in kürzerer Frist geleistet werden. Die Erarbeitung einer theoretischen Erneuerung müsse vielmehr als längerfristiges Projekt begriffen werden, das darüberhinaus nur im Diskussionsprozeß mit anderen angegangen werden könne. Theoretische Auseinandersetzung und eine Debatte um Publizistik solle daher parallel betrieben, und ersteres solle gerade als Bestandteil eines angestrebten Zeitungsprojektes begriffen werden.

Ergebnis der Diskussion war: Es sollen über den Sommer Papiere für eine publizistische Konzeption erarbeitet und auf einem Bundestreffen der Gruppe K am 5./6. September in Hamburg diskutiert werden. (Sie müssen dafür spätestens am 17. August für eine Publizierung in einer neuen "Bahama-News" vorliegen.) Die Erarbeitung soll der inhaltlichen Selbstverständigung dienen, es soll eine formulierte Substanz an Gemeinsamkeiten entwickelt werden, um auf solcher Grundlage mit anderen in Debatten um Publizistik eintreten zu können. Es sollen Vorlagen erarbeitet werden, die publizistische Vorstellungen der Gruppe K für DiskussionspartnerInnen durchschaubar und diskutierbar machen sollen. Es soll deutlich gemacht werden, mit welchen politischen Spektren sich die Gruppe K Diskussionen vorstellen könnte, ohne solche Debatten bereits vorwegzunehmen.

Ob sich dann, nach Erarbeitung solcher Papiere, Planungen für ein Publikationsprojekt konkretisieren lassen, wird nicht zuletzt vom Interesse anderer Linker abhängen - über möglichst frühzeitige Kontaktaufnahme und Gespräche würden wir uns jedenfalls freuen.

Beginn einer Debatte um Imperialismus und Antiimperialismus

Daß von einer kohärenten, geschlossenen Theoriebasis der Gruppe K aktuell kaum die Rede sein kann, erwies sich auf dem Berliner Bundestreffen insbesondere am Diskussionspunkt Imperialismus/ Antiimperialismus. Die Debatte war allerdings - trotz knapper Vorbereitungszeit - auch mit dem Anspruch angesetzt worden, einen ersten Einstieg in die komplexe Thematik zu finden. Entsprechend widersprüchlich stellten sich Ansätze und Aussagen vorgelegter Referate und Papiere dar.

Im wesentlichen unumstritten war, daß ein unmittelbarer Bezug auf Lenins Schrift "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", dem traditionellen Schulungs- und Grundlagentext der leninistischen Linken, kaum als theoretische Fundierung einer schlüssigen Imperialismustheorie taugt. Viele ihrer Inhalte wurden als zeitbedingt, der sozialdemokratischen Diskussionstradition verhaftet, und eher agitatorisch als theoretisch-analysierend eingestuft. Als wenig schlüssig ist beispielsweise anzusehen, wenn Lenin das Monopol "über und neben" der kapitalistischen Konkurrenz ansiedelt, und - trotz widersprüchlicher Textstellen - insgesamt nicht als in die fortwährende Konkurrenz eingebettet hat. Aus solcher Definition von Monopol leitet Lenin aber ab, dem Imperialismus wohne "unvermeidlich die Tendenz zur Stagnation und Fäulnis" inne und bescheinigt ihm, bereits deutliche Züge einer "Übergangserscheinung" (was nur meinen kann: zum Sozialismus) in sich zu tragen. Solcher Optimismus geht einher mit einer Unterschätzung der technologischen Innovativkraft des Imperialismus, die sich unter anderem in der Beschreibung imperialistischer "Rentiers" mit Zügen des Feudaladels ausdrückt.

Wurde insoweit einer Kritik an Lenins Imperialismustext auf dem Treffen jedenfalls nicht widersprochen, entzündeten sich Kontroversen an der weitergehend vorgetragenen Forderung, Lenins gedankliches System als geschlossenes zu begreifen und von seinen theoretisch-philosophischen Ausgangspunkten her insgesamt der Kritik zu unterziehen. Seine "empiristische" Methode sei mit seinen falschen Vorstellungen vom "Arbeitssozialismus", einer Auftrennung von Bank- und Industriekapital (und der Rechtfertigung des

Industriekapitals) und bürgerlichem Rechtsdenken untrennbar verknüpft. (vgl. zu dieser Position den auch in diesem AK abgedruckten Beitrag von Cl., Gruppe K Berlin).

Die Gegenposition betrachtete dagegen die grundsätzliche Kritik am empirischen Teil von Lenins Analysen, und die Verwerfung aller von ihm entwickelten Begrifflichkeiten als unberechtigt. Der Begriff des Finanzkapitals, wurde beispielsweise eingewandt, beschreibe richtig veränderte Machtbeziehungen innerhalb der Bourgeoisie - eine Verschränkung von Banken und Industriekapital, und eine zunehmende Steuerungsfunktion durch die Banken - die auch heute noch einer Analyse des Imperialismus zugrundzulegen sei.

Weitere Debatten betrafen die Frage, inwieweit "Staat" als verselbständigter Ausdruck von "Macht" gegenüber dem "Kapital" betrachtet werden könne; in einzelnen Beiträgen zur Disposition gestellt wurde auch, inwieweit Linke heute einen positiven Begriff von "Politik" aufrechtzuerhalten hätten und inwieweit eine neue Revolutionsstrategie Zielpunkt linksradikaler Theoriebildung bleiben solle.

Auch die Papiere zum Thema "Antiimperialismus" machten unterschiedliche Herangehensweisen deutlich. Gegen eine grundsätzliche Kritik des "Antiimperialismus"-Begriffs als Ausdruck einer an Politik und Staatlichkeit verhafteten Linken (vgl. Papier CL.'s in diesem AK) standen Papiere und Beiträge, die Traditionen des "Antiimperialismus" aus den Veränderungen der Weltlage infragegestellt sehen und aus dieser Sichtweise zu überprüfen suchen (Vorlagen und Thesenpapiere wurden z.T. in einer vor dem Treffen zusammengestellten "Bahama-News" gesammelt, weitere Papiere werden in einer weiteren Nummer veröffentlicht - Bezug über das Büro der Gruppe K).

Beteiligung an "Kritik und Krise" abgelehnt

Dem Treffen lag ein Angebot der "Initiative Sozialistisches Forum" aus Freiburg vor, sich an der Herausgabe ihrer Zeitschrift "Kritik und Krise" zu beteiligen. Darin drückte die ISF die Hoffnung aus, die Gruppe K werde nach dem Ende des AK mit Traditionen des "konterrevolutionären Denkens und Politisierens" in leninistischer Tradition brechen. Die Linke müsse eine Haltung des "marxistischen Antileninismus" in Tradition des kommunistischen Anarchismus und des Rätekommunismus begründen und darüber hinaus den "blinden Fleck des Sozialdemokraten Marx", eine "Ignoranz gegen die Form Staat", kritisch überwinden. Die ISF definiert darin ihre Haltung als "negativistische Strömung der kritischen Theorie", die Modelle der Vermittlung von Theorie und Praxis in eine "Dialektik von Kritik und Krise" transformieren wolle - woraus abgeleitet wird, die Zeit der Politik sei "abgelaufen".

Auf dem Treffen der Gruppe K vertrat eine Gruppe die Auffassung, das Angebot der ISF sei zum jetzigen Zeitpunkt abzulehnen, es solle jedoch nach einer Phase vertiefender Diskussionen in der Gruppe K neu erörtert werden. Demgegenüber ging eine große Mehrheit der Versammlung davon aus, der zwischen Gruppe K und ISF liegende Dissens sei in wesentlichen Fragen zu gravierend, um in einigen Monaten "abgearbeitet" werden zu können. Das "tabula-rasa"-Verfahren, alle bisherige kommunistische Politik umstandslos als "konterrevolutionär" oder "sozialdemokratisch" abzutun, widerspreche dem eigenen Anspruch, eine Erneuerung radikal linker Politik aus einer Bestimmung der Stärken und Schwächen der bisherigen abzuleiten. Der Bezug auf ein neues geschlossenes Denksystem (und auf ein entsprechend geschlossenes publizistisches Projekt) des Anarchosyndikalismus und der negativistischen kritischen Theorie in einer Zeit, in der ein ganzer Sack neuer Fragen zu bearbeiten sei, wurde als Tendenz zu einer vorschnellen "neuen Linie" eingeschätzt. Die Beschränkung auf "Kritik", die - auf jeden Wahrheitsanspruch und Praxisbezug verzichtend - aus sich heraus in eine Dialektik zur "Krise" treten zu können glaubt, wurde in Beiträgen grundsätzlich kritisiert. Ein Zeitungsprojekt, wurde betont, solle die inhaltliche Erneuerung fortschrittlicher Politik durchaus auch in Hinblick auf die Schaffung eines neuen politischen Projekts betreiben.

Die Versammlung beschloß, der ISF die Ablehnung ihres Angebotes und den Debattenverlauf in einem Antwortbrief bekanntzumachen, darin andererseits auch das Interesse an einigen Fragestellungen der ISF und an der Diskussion mit ihr zu bekunden.

Be, Gruppe K Hamburg

Neue Adresse Gruppe K

Das Projekt "AK" ist beendet, eine unmittelbare Nachfolgezeitung wird allein von der "Ex-KB-Mehrheit" herausgegeben. Das heißt auch: Ab Juli wird die Gruppe K endgültig über die "Hamburger Satz- und Verlagskooperative" nicht mehr erreichbar sein. Wir bitten daher alle Interessierten, spätestens jetzt die Büroadresse der Gruppe K in ihre Verteiler und Notizkalender aufzunehmen:

Büro Gruppe K

Karolinenstr. 21/ Haus 2

2000 Hamburg 36

Tel.: 040/ 43 88 46

Mo-Do 17.30-19 Uhr

Wir hoffen, nunmehr insbesondere vom Informationsfluß der klandestinen Gruppen nicht abgeschnitten zu werden, da wir gerade hier an der Diskussion sehr interessiert sind.

Wer in der nächsten Zeit über Debatten innerhalb der Gruppe K auf dem laufenden bleiben möchte, kann das über ein Abonnement des Diskussionszirkulars "Bahama-News" gewährleisten (Anfragen bitte ans Büro.)

45. Wie ein Dieb in der Nacht. John Cornwells Buch über den Tod von Papst Johannes Paul I.

Rubrik: Italien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:10

Albino Luciani, besser bekannt als Papst Johannes Paul I., war gerade 33 Tage im Amt, als er im Alter von 65 Jahren am 29. September 1978 starb. Die Umstände seines plötzlichen Todes sind bis heute nicht eindeutig geklärt. Sie waren und sind Anlaß zu vielerlei Spekulationen. Für Aufruhr im Vatikan sorgte vor allem die These, daß der Papst umgebracht worden sei. Sie wird am eindrucksvollsten von David Yallop in seinem Buch "Im Namen Gottes ?" vertreten (siehe auch ak 254). Yallop sieht die These von der Ermordung Lucianis durch eine Fülle von Indizien, die von ihm in einen durchaus logischen und einsichtigen Zusammenhang gebracht werden, bestätigt. Von seiten des Vatikans ist bis heute nichts unternommen worden, um das Geheimnis der Todesumstände des 33-Tage-Papstes zu lüften und damit Beweise für den vom Vatikan gegen alle Zweifel behaupteten natürlichen Tod dieses Papstes zu erbringen.

Nun liegt ein Buch vor, das, aus dem Herzen des Vatikans kommend, diese Aufgabe übernehmen will. Der Autor, der sieben Jahre lang im Priesterseminar verbracht hat, kam nicht von selbst auf die Idee. Bei der Begegnung mit John Foley, dem PR-Chef des Vatikans, sagte ihm dieser, "...wenn ein bona-fide-Journalist versuchen würde, die Wahrheit über jene Nacht (die Todesnacht von Luciani; Anm. Li.) zu schreiben...,ich könnte ihm den Vatikan öffnen." Er hat sein Versprechen gehalten. John Cornwell hatte die Möglichkeit, u.a. mit Bischof Paul Casimir Marcinkus, dem vatikanischen Bankchef, für den es ein Auslieferungsgesuch des italienischen Staates gibt, mit beiden Privatsekretären von Luciani, sowie mit Dr. Buzzonetti, dem damaligen stellvertretenden Leiter des vatikanischen Gesundheitsdienstes, zu sprechen. Und last but not least spendete selbst der Nachfolger von Luciani, Karol Wojtyla, dem Autor in einer Privataudienz seinen Segen und versicherte ihn seiner Unterstützung.

Cornwell betont im Vorwort seines Buches, daß ihm weder für seine Nachforschungen noch für seine Schlußfolgerungen "irgendwelche Auflagen gemacht" worden seien, und er sagt: "Ich vertrete nicht die Sache der römisch-katholischen Kirche, des Vatikans oder einzelner Vertreter dieser Institutionen." (S.4)

Ob es ein natürlicher Tod war oder Mord, hängt davon ab, wie die verschiedenen Berichte über die Todesumstände bewertet werden. Es gibt entscheidende Differenzen hinsichtlich der Umstände, unter denen der Tote gefunden wurde. Wer hat ihn entdeckt - Schwester Vicenza, die sich darüber wunderte, daß Luciani sich seinen Morgenkaffee nicht abgeholt hatte, wie es Yallop behauptet; oder war es der Privatsekretär Pater Magee, wie es offizielle Verlautbarungen sagen? Auch die Angaben über den Zeitpunkt, wann der Tote aufgefunden wurde, differieren um ca. eine Stunde. Ein Zeitraum, in dem zur Vertuschung eines gewaltsamen Todes private Sachen aus dem Schlafzimmer herausgeschafft worden sein könnten. Zumal es außerdem differierende Angaben darüber gibt, was der Papst zum Zeitpunkt seines Todes in den Händen gehalten hat. Die offizielle Version lautet: Es war das erbauliche Werk De imitatione Christi. Die Presseagentur ANSA und mit ihr Yallop sagen, es hätte sich um eine Liste mit den Personen aus dem Vatikan gehandelt, die Luciani am nächsten Tag entlassen wollte. Daß keine Autopsie stattgefunden hat, wird von Vertretern der Mordtheorie ebenfalls als Beleg für Vertuschung gewertet. Auch der Gesundheitszustand des Papstes wird unterschiedlich beurteilt. Während sein Hausarzt Da Rosa von einem guten Allgemeinzustand sprach, gibt es andere Quellen, die sagen, der Papst sei schon zum Zeitpunkt seiner Wahl schwer krank gewesen. Diese Fragen stellt Cornwell an den Beginn seiner Untersuchungen, denn "von hier aus nahm das Geheimnis der Geschichte seinen Anfang und würde aller Wahrscheinlichkeit nach auch wieder aufgelöst." (S. 31)

Die Interviews, die der Autor führt, werden eingebettet in die Geschichte seiner Recherchen dargestellt. Dabei fällt auf, daß selbst die Interviews nicht als solche erscheinen, sondern durchsetzt sind mit Erzählungen über das Interieur des Raumes, die Stärke des Händedrucks, ob der Interviewpartner rauchte, Kaffee trank. Cornwell versucht den jeweiligen Interviewpartner als "Menschen" darzustellen, was zeitweise den Eindruck erweckt, mensch halte eine Klatschzeitung über Päpste, Priester und Popen in der Hand. Hinzu kommt auch die Geschwätzigkeit der heiligen Männer, der vom Autor breiter Raum gegeben wird. Fakten werden kaum benannt, Widersprüche treten zwar auf, werden aber nicht für gravierend befunden, denn eines haben die Männer alle gemeinsam: Sie halten einen Mord für völlig absurd, und jeder hat seine eigenen Gründe. Marcinkus verweist auf seine Ergebenheit dem Papst gegenüber, Dr. Buzzonetti sagt, es sei ein

Myokardinfarkt und Luciani sei schon krank gewesen. Sein italienischer Privatsekretär ist immer noch entsetzt, daß der Papst starb, ohne die Sterbesakramente erhalten zu haben. Mord? Ausgeschlossen.

Für Cornwells Geheimnisaufklärung sind seine Gespräche mit dem damaligen Privatsekretär und jetzigen Bischof in Irland, Magee, und mit der Nichte des Papstes entscheidend. Lina Petri, selbst Ärztin, wertet Lucianis Gesundheitszustand als den eines normalen alten Mannes. Sie nennt als mögliche Todesursache eine Lungenembolie und leitet sie von einer vergangenen Krankheit und den Medikamenten, die von Luciani möglicherweise vergessen wurden, her. Cornwell klärt diese Möglichkeit mit anderen Ärzten ab und rekonstruiert den Ablauf des letzten Tages von Luciani im Hinblick auf diese Hypothese. So wie Cornwell es darstellt, ist sie nicht ganz von der Hand zu weisen. Er schreibt: "Johannes Paul ist mit ziemlicher Sicherheit an einer Lungenembolie gestorben, die aufgrund eines abnormalen Gerinnungsfaktors des Blutes eintrat." (S.380) Mit dieser Annahme ist die Mordthese vom Tisch, die oben genannten Widersprüche sind damit nicht erklärt. Wenn Luciani an einer Lungenembolie gestorben ist, warum wurde dann keine Autopsie - wie auch sonst üblich - veranlaßt? Warum stellt Dr. Buzzonetti eine Sterbeurkunde aus, in der er als Todesursache Myokardinfarkt einträgt? Warum kommt nur eine Verwandte von Luciani auf die Idee einer Lungenembolie und weder der von Yallop befragte venezianische Hausarzt Lucianis noch der von Cornwell befragte medizinische Chef des Vatikans? Wenn denn alles so einfach ist, wie es Cornwell letztlich macht, wieso hat der Vatikan es dann nötig, eine solche Aufregung überhaupt erst zustande kommen zu lassen? Fragen, die Cornwell gar nicht erst stellt. Aufgrund aller Aussagen der von ihm befragten Personen aus dem Vatikan wird eines deutlich: Die Einschätzung, die sie von Luciani als Papst haben, deckt sich in keiner Weise mit der, wie sie in der Öffentlichkeit vertreten wurde. Nach diesen Aussagen war Luciani von seinen Aufgaben als Papst heillos überfordert. Eine Theorie, die kampagnenartig auch schon kurz nach dem Tod von Luciani in diversen Kommentaren verbreitet wurde. Gestützt wird diese Theorie meist mit dem Hinweis darauf, daß Luciani die Wahl nach dem ersten Wahlgang ablehnte und erst im zweiten Wahlgang - wozu er dann verpflichtet war, mann darf nur einmal ablehnen - Papst wurde.

Magee erzählt aus dem Alltagsleben des Papstes Begebenheiten, die ihn als einen verwirrten, hilflosen Menschen darstellen, der zudem noch unter stark geschwollenen Beinen litt und nur noch den Wunsch hatte zu sterben. "Er sprach immer wieder vom Tod, er erinnerte uns immer daran, daß sein Pontifikat von kurzer Dauer sein würde. Sagte immer wieder, daß er abtreten müßte und daß er von dem ‚Ausländer`ersetzt würde." (S.272) Zu dem Bild gehört auch die Geschichte, daß Luciani bei der gemeinsamen morgendlichen Messe dreimal den Wunsch äußerte, Ministrant zu sein, während Magee die Messe lesen sollte. Eine Ungeheurlichkeit für den römisch-katholischen Kader. Wiewohl gerade diese Geschichte geradezu klassisch in das Bild paßt, das die Öffentlichkeit von Johannes Paul I. hatte. Ein Papst, der auf die Sänfte und den pluralis maiestatis verzichtete, der lieber Seelenhirte als Manager sein wollte, was ihm zumindest nach außen in 33 Tagen eine Popularität einbrachte, die oft mit der von Johannes XXIII. verglichen wird.

Cornwell läßt sich in seinen Schlußfolgerungen aber keineswegs auf eine Diskussion zwischen dem "öffentlichen und dem vatikanischen" Bild Lucianis ein. Er übernimmt die Bewertung von Lucianis Verhalten, wie sie ihm Magee und die anderen liefern. Cornwell erklärt: "Es gibt hinreichende Beweise für einen Zusammenhang zwischen dem Verlust des Lebenswillen und plötzlichem Tod. (..) Es gibt keinen Beweis, daß Johannes Paul I. sich der Verzweiflung überließ, aber er war bereit zu sterben, und da gab es nicht nur ein Gefühl, es sei an der Zeit zu sterben, sondern auch ein starkes Verlangen. (...) Er starb mitten im Herzen der größten christlichen Gemeinde ganz allein. Er starb ohne Sterbesakramente. Er starb an Vernachlässigung und Mangel an Liebe." (S.383,384)

Nach Cornwell gibt es also zwei Todesursachen: die medizinische und die psychologische. Beide klären nicht eine einzige der von Cornwell selbst angeschnittenen Fragen, sondern decken über das Geheimnis der Todesumstände Lucianis noch das Geheimnis der mangelnden Nächstenliebe im Vatikan. Die ziemlich reißerische Verlagswerbung auf der Rückseite des Buches, Cornwells Rechercheergebnisse seien "beunruhigender für den Vatikan als alle bisherigen Vermutungen", hält der Wirklichkeit nicht stand. Es ist nicht schwer sich vorzustellen, daß Cornwells Auftraggeber mit dem Vorwurf mangelnder Nächstenliebe ganz gut leben können. Und eine Lungenembolie ist auch allemal besser als ein mittelalterlich anmutender Papstmord. Vielleicht hat hier ja der Segen von Wojtyla gewirkt ?

Li., Hamburg

John Cornwell: Wie ein Dieb in der Nacht. Der Tod von Johannes Paul I., München (Serie Piper) 1991, DM 16,80.

46. Kampf zweier Linien im Vatikan?

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:11

Der Zusammenbruch des realen Sozialismus hat nicht nur die Linke ratlos gemacht. Auch die größte K-Gruppe, die katholische Kirche, hat Orientierungsschwierigkeiten. Ihre Bemühungen, nicht links, nicht rechts, sondern vorn zu erscheinen, haben allzu oft etwas Beliebiges. Ob der gläubige Mensch da noch mitkommt? Im folgenden eine Auswahl vatikanischer Verlautbarungen und Aktivitäten des vergangenen Jahres:

Die Anfang Mai 1991 veröffentlichte Sozialenzyklika warnte mit deutlichen Worten vor den neuen Gefahren, die den Kommunismus als Weltbedrohung Nr. 1 abgelöst haben. Auf Kommunismus folgt Konsumismus, eine "radikale kapitalistische Ideologie", die in den westlichen Gesellschaften zum "Verlust des Lebenssinnes" führe. Der Heilige Vater scheint seine Zweifel zu haben, ob dem Sieg des Jahres 1989, errungen durch "grenzenloses Vertrauen in Gott, den Herrn der Geschichte", demnächst ein weiterer Triumph des Guten folgen wird. Der "Vergötzung des Marktes" ist trotz allen Gottvertrauens nur schwer beizukommen.

Nach mehrmonatigen Reflexionen über dieses Problem fand Johannes Paul es anläßlich seines Polenbesuchs im August angezeigt, den katholischen historischen Determinismus - "der Herrgott (der Geschichte) wird's schon richten" - ein wenig zu relativieren. Wesentliche Ursache für den Zusammenbruch des Realsozialismus sei das "Gute im Menschen" gewesen. Konkretere Hinweise auf die richtige Nutzung dieses spirituellen Potentials im Kampf gegen den menschheitsbedrohenden Konsumismus stehen seitdem freilich noch aus. Fast scheint es, als sei im Vatikan ein erbitterter Machtkampf entbrannt, in dem der Papst - entgegen seinen neugewonnenen Überzeugungen - als Sprachrohr der im alten Denken befangenen Gerontokratie mißbraucht wird.

Seine Interventionen und Aktivitäten ab Oktober 1991 wirken wie vom reformunfähigen Ratzinger-Flügel diktiert. In Brasilien eiferte er wie in alten Zeiten gegen Ehescheidung, Abtreibung und Empfängnisverhütung und empfahl das Familienleben als Mittel zur Lösung sozialer Probleme: "Ohne eine respektierte und stabile Familie kann es keinen gesunden sozialen Organismus geben."

Die italienischen Jesuiten hörten die Botschaft mit Wohlgefallen und stießen mit der Forderung nach, nicht nur die zeitlich befristete irdische, sondern auch die jenseitige Hölle, den Ort ewiger Verdammnis, verstärkt zum Gegenstand der Agitation zu machen. Die Gläubigen müßten wieder "heilsame Angst" vor dem Aufenthalt der Unseligen empfinden, schrieb das jesuitische Zentralorgan Cività cattolica im April. Die Doktrin von der Hölle sei zentraler Bestandteil der katholischen Lehre und dürfe nicht länger von den Bischöfen und Priestern mit dem Mantel des Schweigens zugedeckt werden. Die Zeitschrift erinnert an die fünf unabänderlichen Grundsätze: "Die Hölle existiert, sie ist ewig, sie ist das Schicksal derjenigen, die im Stande der Todsünde sterben, sie folgt unmittelbar auf den Tod, sie ist eine fürchterliche Strafe, insbesondere wegen der Abwesenheit Gottes."

Während an einer päpstlichen Stellungnahme zu der von den Jesuiten geforderten Höllenkampagne noch gearbeitet wird, hat der Papst auf seiner jüngsten Afrikareise die Entscheidung zwischen Fortschritt und Reaktion weiter offengehalten. Seine 20 Grußadressen, Ansprachen und Predigten enthielten eine bunte Mischung: Einerseits Warnungen vor "sinnlicher Begierde" und "allem, was den Menschen verdirbt", kritiklose Verteidigung der fünfhundertjährigen Geschichte der Christianisierung Afrikas und Lobpreisung der "Werte der angolanischen Familie"; daneben aber auch Appelle zu "sozialer Gleichheit und brüderlicher Solidarität".

Zu Hause in Rom ist es mit derartigen Formelkompromissen nicht immer getan. Hier werden an den Pontifex zuweilen auch höchst unangenehme Ansinnen herangetragen, die entschieden werden müssen. So hat jüngst die offenbar christdemokratisch verfilzte Diözese von Trento, ermutigt durch die Seligsprechung Josemaria Escrivu de Balaguers, des Gründers der kircheneigenen Mafia Opus Dei, offiziell beantragt, den Gründer der Democrazia cristiana, Alcide De Gasperi, selig zu sprechen. Ein ziemlich schwieriges Unternehmen, wenn die von der römischen Heiligen-Kongregation formulierten Bedingungen angewendet werden. Der Kandidat muß "im Ruf der Heiligkeit stehen, die christlichen Tugenden heldenhaft gelebt haben, und es dürfen keine unüberwindbaren Hindernisse existieren gegen die Kanonisierung".

De Gasperi (1881-1954), italienischer Ministerpräsident von Dezember 1945 bis Juni 1953, ist ein "Heiliger" besonderer Art. "Heldenhaft" war vor allem sein Kampf gegen den Kommunismus. Nach einer zweiwöchigen

USA-Reise im Januar 1947 warf er Sozialisten und Kommunisten aus der Regierung und eröffnete einen antikommunistischen Kreuzzug, der von der Kirche tatkräftig unterstützt wurde. Die Seligsprechung dieses Feldherrn des Kalten Krieges wäre ein schwerer Rückfall in altes Denken.

Js.

47. "Schweiz wir kommen". Neonazis und ihre Hintergründe in der Schweiz (Buchbesprechung)

Buchbesprechung: "Schweiz wir kommen"

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Schweiz; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:04

"Schweiz wir kommen" - so heißt ein Buch des in antifaschistischen Kreisen gut bekannten Schweizer Autors Jürg Frischknecht, das für die letzten fünf bis sechs Jahre die rechtsradikale und neonazistische Szene der deutschsprachigen Schweiz ausleuchtet.

Kenner der deutschen Szene werden darin ihnen Bekanntes in vielen Einzelheiten wiederfinden: So tauchen z.B. die Braunschweiger NSDAP-Terroristen Otte und Lepzien (ja, der VS-Agent in der Szene) auf, die sich 1983 in der Schweiz mit Waffen und Sprengstoff eindeckten; auch der Fall des Frankfurter Nazis Frank Schubert von der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands (VSBD) wird aus Schweizer Sicht aufgerollt, der 1980 beim Versuch, Waffen in die BRD zu schmuggeln, ertappt wurde und einen Schweizer Grenzer erschoß. Sowohl der unmittelbare Kontaktmann Schuberts beim Waffenkauf wird vorgestellt, als auch erwähnt, daß Schubert damals offenbar bei Gesinnungsfreunden von der Nationalen Basis Schweiz genächtigt hatte. Benannt wird, daß Kühnen zu den Ziehvätern der Neonazigruppen in der Schweiz gehörte, so wie umgekehrt u.a. G. Amaudruz aus Lausanne nicht nur zu den Nestoren der Schweizer Jungmannen gehörte, sondern seit Jahrzehnten zu den Zentralfiguren der internationalen Naziszene ("Europäische Neuordnung" - ENO) zählt und u.a. das Christophersen Pamphlet "Die Auschwitz-Lüge" vertreibt.

Diese Verbindungslinien Schweizer Nazis ins deutsche Ausland beschränken sich beileibe nicht auf die heutigen Neonazigruppen - sie reichen zurück bis in die 30er Jahre, wo die schweizerischen Fronten eng mit der NSDAP und bis hinein in hochnoble Bürger- und Industriellenkreise hinein gemeinsame Sache machten. Nach Frischknecht liegen hier die Wurzeln für die typisch schweizerischen Verdrängungsmechanismen der Nachkriegszeit. Ein Beispiel für diese Verdrängung ist dabei u.a. der Fall der Familie Villiger, den meisten eher bekannt als Produzenten der gleichnamigen Villiger-Kiel Zigarillos und - nachdem der Tabak nicht mehr so recht geht - ziemlich guter Fahrräder und Elektromobile. Entgegen der offiziellen Sichtweise, derzufolge sich die Familie jederzeit von den Nazis aufs schärfste distanziert hätte - wie der Schweizer Verteidigungsminister Villiger zur Ehrenrettung seines Vaters behauptete - hatten diese Fröntler damals in Deutschland den großen Reibach gemacht - bis hin zum Arisierung genannten Raub jüdischer Firmen.

Doch diese für den deutschen Leser hochinteressante Verquickung der "neutralen Schweiz" mit NS-Deutschland bildet nur den notwendigen Hintergrund für den eigentlichen Inhalt des Buches: Eine detaillierte Darstellung der Personen, Gruppen und Aktionen der seit Mitte der 80er Jahre entstandenen bzw. erst seit da in die Öffentlichkeit tretenden Neonazigruppen der deutschsprachigen Schweiz. Frischknecht beschränkt sich dabei nicht auf diese Darstellung, er benennt vielmehr Verbindungslinien hinein in weniger anrüchige Parteien (Nationale Aktion, etwa der NPD vergleichbar, Schweizerische Volkspartei - SVP, etwa der CDU gleichzusetzen, mit offen rassistischer Demagogie), er dokumentiert die skandalöse Art und Weise, wie die Strafverfolgungsbehörden Rechtsextreme laufen lassen oder die Ermittlungen verschleppen, während andererseits Opfer, insbesondere Asylbewerber, von der Polizei veranlaßt werden, keine Anzeige zu erstatten. Er setzt sich mit Richtern auseinander, die besoffene Neonazischläger mit schöner Regelmäßigkeit als alkoholisiert und deshalb strafmildernd behandeln usw. usf. Die auch in der Schweiz geführte Debatte des militanten Vorgehens gegen Faschisten vs. sozialpädagogischer Integrationsversuche wird von ihm mit eigenen Argumenten kommentiert.

Eine umfangreiche Chronologie rechtsradikaler Übergriffe seit Sommer 1989 macht deutlich, daß auch in der Schweiz die Opfer der Nazischläger dieselben sind wie hierzulande: Ausländer und Asylbewerber, die überfallen, angeschossen, zusammengeschlagen oder ermordet werden. Die "Festung Schweiz" soll - so ein Fazit des Buches - überführt werden in die "Festung Europa", in die EG. Und folgerichtig endet das Buch auch nicht mit einer Betrachtung der Schweizer Neonazis, sondern der offiziellen Politik der Schweiz: "Im Frühjahr 1991 hat der Bundesrat mit seinem EG-orientierten neuen Dreikategorien-Modell den Wechsel zu einer rassistisch geprägten Politik gegenüber Ausländern und Ausländerinnen vollzogen. Das neue Modell markiert

einen gravierenden Paradigmenwechsel in der schweizerischen Politik. ... Künftig soll also Brüssel entscheiden, ob das europäische Boot voll ist. Die Festung Europa hält sich im Rest der Welt ihre Homelands. In Südafrika ist die Apartheidpolitik ihrem Ende nahe, weltweit erlebt sie eine Renaissance."

Ein umfangreiches Personenregister erleichtert den Umgang mit dem Buch; von Nachteil ist leider, daß keine Quellen angegeben sind - das Archiv des Autors scheint aber zuverlässig zu sein. Und mit wenigen Ausnahmen war nach einer gewissen Eingewöhnungszeit das Schweizerdeutsch für den Rezensenten verständlich. Lediglich der Titel einer Fernsehsendung, in der einer der Obernazis, Marcel Strebel, auftreten durfte, blieb mir bis zuletzt unerschließbar: Was bloß ist der "Zischtigsclub"?

ES, Hamburg

Jürg Frischknecht: "Schweiz wir kommen"; Limmat-Verlag Zürich; ISBN 3 85791 166 2

48. Farbe bekennen. Beschluß der 14. ordentlichen Bundesversammlung der GRÜNEN in Berlin am 16.5.92 (Auszug: Asylrecht)

Beschluß der 14. ordentlichen Bundesversammlung der GRÜNEN Berlin 16. Mai 1992 (Auszug)

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:12

Berlin 16. Mai 1992 (Auszug)

Wolfgang Gehrke, Bundesgeschäftsführer der PDS, ist ein auf sympathische Weise selbstkritischer Mensch. "Der Autor hat sich in der Vergangenheit, was die Grünen angeht, häufiger getäuscht", schreibt er am Ende seines Kommentars zum Berliner Parteitag der Grünen (ak 344, S.9). Dasselbe gilt auch für den Autor dieser Zeilen. Die "unberechenbare grüne Seele" (Anmerkung der "taz" zum Dortmunder Parteitag 1990) dürfte auch noch in Zukunft für Überraschungen gut sein. Vorsicht ist also geboten beim Aufspüren historischer Zäsuren, die aus den Grünen angeblich unwiederbringlich etwas definitiv Neues machen. "Die Grünen, wie sie sich Mitte der siebziger Jahre in der BRD herausgebildet hatten und wie sie über fünfzehn Jahre mit überraschenden Vorschlägen und Aktionen der offiziellen Politik das Fürchten beibrachten, gibt es nicht mehr", schreibt Gehrke und ermittelt als Zeitpunkt für den qualitativen Sprung nach rechts drei Tage im Mai des Jahres 1992, an denen die Grünen die Fusion mit dem Bündnis 90 beschlossen. Andere Linke haben den entscheidenden Rechtsruck früher angesetzt: Thomas Ebermann und Rainer Trampert irgendwann vor 1990, Jutta Ditfurth auf dem Parteitag von Neumünster im April 1991.

Es soll hier kein weiteres Datum in die Debatte geworfen werden, dessen Auswahl ebenso beliebig wäre. Die Prognose, daß ohne die nun ein für allemal domestizierten Grünen "künftig Regierungsbildungen schwer werden" (Gehrke) ist genausowenig zwingend wie die Gegenposition, die kurioserweise in den "Informationen des Bundesgeschäftsführers" der PDS vom 22.5. abgedruckt ist. "Kommt es zu einem Umbruch in der Parteienlandschaft, wäre eine Kraft wie die GRÜNEN/Bündnis 90 möglicherweise ein wichtiger Gegenpol zur neokonservativen Modernisierungsstrategie", schlußfolgert dort Horst Dietzel aus der gar nicht so sensationellen Tatsache, daß die Grünen immer noch auch für eine Reihe linker Positionen stehen, die mit denen der PDS übereinstimmen. Diese Übereinstimmung stellt auch Wolfgang Gehrke fest, erwähnt aber den von den Realos und der "taz" als negatives Signal begeiferten Parteitagsbeschluß zum Asylrecht nur am Rande. Die prompte Ankündigung der Landesverbände Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und Saarland, diesen "gemeingefährlichen Unfug" (Daniel Cohn-Bendit) auf der nächsten Bundesversammlung außer Kraft zu setzen, könnte den eintönig gewordenen Parteialltag noch einmal beleben. Auch wenn der Ausgang des Streits zugunsten der Quotierungspolitiker vorgezeichnet ist - dafür spricht allein schon der Einigungszwang mit dem Bündnis 90 - hat die "neue" grüne Partei hier noch einmal ein Zeichen gesetzt wie in "alten" Zeiten.

Wir dokumentieren den Beschluß der Grünen zum Asylrecht in Auszügen. Die hier nicht abgedruckten Teile I und II thematisieren die "Rassistische Kampagne und ihre Folgen" und "Die Halbwahrheiten und Ablenkungsmanöver der Altparteien".

Js.

III. GRÜNE Asyl- und Flüchtlingspolitik 1. Hände weg vom Asylrecht

- Die Grünen lehnen jede Änderung des in Art. 16 GG verankerten Grundrechts auf politisches Asyl ab.

Darüber hinaus treten wir für eine Erweiterung des Fluchtbegriffes ein. Denn selbst die veraltete Definition der Genfer Flüchtlingskonvention verkennt, daß meist ein Konglomerat an ökonomischen, politischen, sozialen und ökologischen Ursachen zu menschenrechtsverletzenden Repressionen führen und die Menschen zur Flucht veranlassen. Die BRD muß daher im europäischen Kontext zu einer Flüchtlingskonvention kommen, die etwa dem der OAU entspricht. Auch Hunger, Bürgerkrieg, Vertreibung, konkrete Diskriminierung ethnischer und anderer Minderheiten sowie die Verfolgung aufgrund sexueller Identität oder Orientierung müssen zur Asylanerkennung führen.

- Menschen, die vor Bürgerkriegen im Libanon, in der Türkei, in Jugoslawien oder vor Pogromen wie die Roma in Rumänien flüchten, müssen sofort und nicht erst nach Durchlaufen des Asylverfahrens ein sicheres Bleiberecht bekommen.

- Die GRÜNEN lehnen europäische Lösungen ab, die unter dem angeblichen Harmonisierungsdruck das individuelle Recht auf Asyl abschaffen wollen und deren Konsequenz eine koordinierte "Flüchtlingsabschreckungspolitik" ist.

Die GRÜNEN wenden sich gegen eine EG, die systematisch Mauern gegen Menschen errichtet, die Hilfe und Zuflucht suchen und die mit dem "Modell Bari" eine Militarisierung des Flüchtlingsproblems einläutet. "Reichtum teilen statt einmauern" muß das historisch verantwortliche Prinzip dieses Kontinents sein.

2. Fluchtursachen bekämpfen: Außen- und Wirtschaftspolitik ändern!

Ins Zentrum der Politik muß die Bekämpfung von Fluchtursachen gerückt werden. Flucht hat nicht nur Ursachen, sondern auch Verursacher. Dabei tragen die BRD und die anderen westlichen Industrienationen maßgebliche Verantwortung: Deutsche Waffen machen Kriege anderswo erst möglich, Regimes, die Menschenrechte mit Füßen treten, werden unterstützt und die BRD profitiert von einer ungerechten, ausbeuterischen Weltwirtschaftsordnung. Unser Wohlstand hier beruht auf Hunger und Armut anderswo!

Nur eine solidarische Weltwirtschaftsordnung statt kapitalistischer Ausbeutung von Menschen und Natur sowie eine weltweite Abrüstung wird die tatsächlichen Ursachen für Flucht und Vertreibung beseitigen können. Als erste Schritte in diese Richtung müssen die westlichen Industrieländer den Staaten der Dritten Welt und Osteuropas einen umfassenden Schuldenerlaß gewähren und beträchtliche Kapital- und Technologiehilfen zum Anschieben einer binnen- und grundbedürfnisorientierten Entwicklung bereitstellen. Das heißt, daß wir unseren Konsum einschränken müssen, damit das Öko-System Erde nicht aus den Fugen gerät. Der UN-Flüchtlingskommissar ist mit erheblich größeren Finanzmitteln auszustatten, um jene armen Länder wirksam unterstützen zu können, die die große Mehrheit der weltweit Flüchtenden beherbergt. Insbesondere muß Deutschland und die EG jegliche Unterstützung für autoritäre Regimes und Diktaturen beenden - auch wenn es sich um NATO-Mitgliedsstaaten handelt - und alle Waffenexporte einstellen.

3. Gleiche BürgerInnenrechte für alle statt Ausgrenzung und Haß

DIE GRÜNEN fordern, daß es angesichts der wachsenden Gewalt rechtsextremer Gruppierungen gegen ausländische Menschen und zunehmender Ausländerfeindlichkeit vordringliche Aufgabe staatlichen Handelns sein muß, der weiteren Ausbreitung von Ressentiments, Ausländerhaß und Rassismus entschieden entgegenzutreten. Unabdingbare Voraussetzung einer solchen Politik aber ist es, endlich anzuerkennen, daß die BRD längst ein Einwanderungsland ist.

Dazu gehört, daß die willkürliche weitgehend völkische Einwanderungspolitik in Form des Bundesvertriebenengesetzes und des Art. 116 GG durch Streichung der entsprechenden Vorschriften beendet wird.

Statt dessen muß auch Menschen anderer Herkunft - jenseits der Alternative von illegaler Einwanderung und Asylantrag - eine legale Möglichkeit der Zuwanderung und Niederlassung eröffnet werden:

- Das bedeutet die staatlich sanktionierte Ausgrenzungspolitik in Form der bestehenden Ausländergesetzgebung durch eine konsequente Politik der sozialen und rechtlichen Gleichstellung der bereits in der BRD lebenden Migranten zu ersetzen. Das bestehende Ausländergesetz und Ausländerrecht muß in diesem Sinne abgeschafft werden. Die Grünen fordern, das Wahlrecht auf allen Ebenen nicht länger von der Nationalität abhängig zu machen und statt dessen ein Recht zur Niederlassung nach fünf Jahren in Verbindung mit dem Erhalt des allgemeinen Wahlrechts einzuführen.

Die Möglichkeit der Einbürgerung muß erleichtert, das Recht der Doppelstaatsbürgerschaft möglich werden. Ein Antidiskriminierungsgesetz muß wie in den USA als Grundlage staatlichen Handelns zur Bekämpfung des offenen wie strukturellen Rassismus dienen.

Nur auf der Grundlage gleicher Rechte aller hier Lebenden kann erwartet werden, daß die gesellschaftliche Akzeptanz für ein solidarisches Miteinander verschiedener Kulturen und Traditionen wächst.

- Die Grünen wenden sich dabei entschieden gegen Einwanderungsquoten, die nach bestimmten Kriterien Einwanderung selektieren wollen. Denn Quoten und Kriterienbildung beinhalten gleichzeitig Abschottung und Verschärfung der Grenzkontrollen und werden letztlich nicht ohne Rückwirkung auf das Grundrecht auf Asyl bleiben. Sie stellen vielmehr den hilflosen Versuch dar, mit juristisch-bürokratischen Steuerungsinstrumenten das komplexe Problem existentieller Fluchtursachen lösen zu wollen.

- Anzuerkennen, daß die BRD ein Einwanderungsland ist, heißt auch die Kommunen nicht länger mit der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge alleine zu lassen. Gerade die Nöte vor Ort bieten interessierten Kräften immer wieder Anknüpfungspunkte für rassistische Kampagnen.

Die Grünen fordern daher ein Bund-Länder-Programm zur Flüchtlingsvorsorge, das den Kommunen eine eigenständige Flüchtlingspolitik erlaubt. Dazu gehören folgende Punkte:

3.1 Sozialhilfe: Wir fordern die Gleichbehandlung aller Menschen, deshalb ist sofort die diskriminierende Behandlung der Flüchtlinge durch Sachleistungen und Kürzungen bei der Sozialhilfe einzustellen. Darüber hinaus sind weitere Diskriminierungen von Asylsuchenden durch die Einschränkung von Leistungsgesetzen zu beenden.

3.2 Vorläufige Unterbringung: Die Einrichtung von zentralen Anlaufstellen sowie die Unterbringung in Massenunterkünften und Sammellagern führt zu Ausgrenzungen und Stigmatisierung, die fremdenfeindliche Übergriffe fördert. Darüber hinaus führt diese Art der Unterbringung bei den Betroffenen zu schwerwiegenden psychischen Folgen. Wir fordern kurzfristig ein Konzept zur Unterbringung der Flüchtlinge, das dezentrale, kleine Wohneinheiten mit ausreichender Fläche vorsieht.

3.3 Wohnungspolitik: Der soziale und ökologische Wohnungsbau muß intensiv von Bund und Ländern gefördert werden, wobei Kooperations- und Genossenschafts-

modelle, Möglichkeiten zur Einbringung von Eigenleistung gerade für sozial schwache und Arbeitslose vordringlich zu fördern sind. Durch eine antispekulative Bodenvorratspolitik sollen Gemeinden den notwendigen Grund für sozial geförderten Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Durch die Erhebung von Abgaben auf gewerblich genutzten Wohnraum soll die Rückumwandlung in Mietwohnraum gefördert werden. Auch Flüchtlingen muß der Abschluß privater Mietverträge wieder erlaubt werden.

3.4 Flüchtlingskinder: Kindern von Flüchtlingen ist die schulische Integration zu ermöglichen. In die sozialpädagogische Betreuung müssen auch freie Träger ausreichend einbezogen werden. Dadurch soll die frühe Integration in Kindergärten und Schulen ergänzt und die Aufarbeitung der psychosozialen Folgen der Flucht erleichtert werden.

3.5 Sprachkurse: Intensive Sprachkurse für Flüchtlinge sollen die Voraussetzungen für Intergration und soziale Kontakte zur deutschen Bevölkerung fördern.

3.6 Freie Initiativen: Bund, Länder und Gemeinden müssen durch Zuschüsse auch freie Initiativen der Vereine, Gruppen und Verbände fördern, wenn sie der Verständigung mit oder Unterstützung der Flüchtlinge dienen.

3.7 Zuweisung von Flüchtlingen: Bund und Länder werden aufgefordert, ihre "Verteilungspolitik" so zu ändern, daß nicht Menschen verteilt werden, sondern daß Gemeinden, die mehr Flüchtlinge aufnehmen wollen, finanzielle Ausgleichszahlungen erhalten und jede Intensivierung flüchtlingsfreundlicher Politik auch finanziell belohnt wird. Nachträgliche Umverteilungen bereits integrierter Flüchtlinge aufgrund des Länderschlüssels sind inhuman und müssen möglichst vermieden werden.

3.8 "Runder Tisch": Wir fordern die BürgermeisterInnen und VertreterInnen der Kirchen und Gewerkschaften auf, die Initiative zur Einrichtung von "Runden Tischen" mit Flüchtlingen und AusländerInnen zu ergreifen, um so den Dialog zwischen allen Beteiligten herbeizuführen und Entscheidungen im Interesse der Verständigung mit Flüchtlingen und hier lebenden AusländerInnen zu ermöglichen.

3.9 Statt der Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl muß die Neuverteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in den Mittelpunkt der politischen Diskussion gerückt werden. Es kann nicht angehen, daß die Verantwortung für die verfehlte Verteilung öffentlicher Mittel auf dem Rücken von Flüchtlingen, EinwanderInnen und sozial Schwachen ausgetragen wird.

4. Aktionsbündnis gegen Rassismus

Die Grünen werden daher in Zusammenarbeit mit Flüchtlingsräten und Bürgerrechtsorganisationen, Kirchen und Gewerkschaften eine Kampagne starten, um dem Fremdenhaß, den Überfällen und der Demagogie der anderen Parteien entgegenzutreten.

Mit Initiativen und Kulturschaffenden werden wir durch Aktionen wie Gutscheinumtausch, Familienpatenschaften, Schutz von Asylbewerberheimen, Veranstaltungen und Demonstrationen versuchen, Gegenöffentlichkeit herzustellen. Wir schlagen daher auch vor, daß sich solche Gruppen zu einem bundesweiten Netz zusammenschließen sollten.

49. Yo! Rap Revolution (Buchbesprechung)

Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:49

Das im Mai erschienene Buch Yo! Rap Revolution nähert sich dem facettenreichen Thema Rap-Musik von zwei Seiten. Im ersten, weitaus umfangreichsten Teil, einer Übersetzung aus dem Französischen, trägt David Dufresne umfangreiches Datenmaterial zu Musik und Gruppen, sowie Hintergründe und Gerüchte zusammen. Im zweiten Teil, dem "up-date", diskutiert Günther Jacob die Rap-Musik in ihrem gesellschaftspolitischen Zusammenhang.

Wer sich in Sachen Rap auskennt, hat mit dem Buch ein Nachschlagewerk in der Hand, das Denkanstöße über den Tellerrand der Musik hinaus gibt. EinsteigerInnen bekommen einen Überblick über die Szene, müssen sich allerdings mit Hilfe des leider zu klein geratenen Glossars durch die Rap-Szenesprache wühlen. Dufresne bedient sich nicht nur des "Rap-Vokabulars", er übernimmt auch die musikalische Technik des "Samples", indem er Zitate von Rappern als Versatzstücke in den eigenen Text einbaut und sie in "Ton und Rhythmus" nach eigenem Gusto verändert.

Lesefreundlich wirkt sich die Gliederung des Buches in viele kleine Abschnitte und das Lay-Out mit vielen Fotos aus, eine Einladung zum Blättern; ärgerlich hingegen, daß die Übersetzung aus dem Französischen offensichtlich nicht redigiert wurde.

Der den ersten Teil bestreitende David Dufresne bezieht keine Position, analysiert nicht; er stellt die verschiedenen Erscheinungsformen des Rap einfach dar, das aber gründlich. So ziemlich alle Gruppen von Rang und Namen werden ausführlich behandelt, die Themen und verwendeten Musikstile ihrer Platten besprochen, auf Querverbindungen zu anderen Gruppen verwiesen, Streitereien ausgebreitet. Es wird aber auch auf die Geschichte der Schwarzen in den USA, das "schwarze Kino", Islamismus und Antisemitismus in der Rap-Szene, die Musikindustrie, das gesellschaftspolitische Engagement von Rap-Gruppen, Graffitis und vieles mehr eingegangen.

Im zweiten Teil, dem "up-date" von Günther Jacob, wird die Geschichte des Rap seit Veröffentlichung der französischen Ausgabe bis ins Frühjahr 1992 fortgeschrieben. Doch Günther Jacob geht einen Schritt weiter, er bewertet, ordnet die Rap-Bewegung gesellschaftlich ein und bildet damit einen Kontrapunkt zum vorhergehenden Teil. Das in der Warengesellschaft vereinzelte Individuum auf der Suche nach dem unverbrauchten neuen Ding, die Selbstbehauptung im schwarzen Ghetto, die kapitalistische Durchdringung der Rap-Szene, Sexismus in der Musik, die rassistische Rezeption des Rap und die grausigen Versuche deutscher Volksbarden, mit krampfhafter Albernheit Rap-Titel zu produzieren, sind seine Themen. Seine Analyse ist dabei leider oft nur stichworthaft, was wohl der Kürze des Textes geschuldet ist; dennoch, genug Stoff zum Nach- und Weiterdenken.

ol, gruppe k

David Dufresne, Yo! Rap Revolution, mit einem up-date von Günther Jacob, 215 S., Großformat, Mai 1992, 34 DM (ISBN 3-925077-14-6)

50. Unsere Sommerbuch-Empfehlung: Die Enttarnung eines Nahost-Experten

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Nahost allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak344/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:51

Fast allabendlich schwadronierten Deutschlands führende "Nahost-Experten", die Konzelmanns und Scholl-Latours, während des Golfkriegs in zahllosen Talkshows und sog. Dokumentationen über "die Araber" und "den Islam" und trieben es dabei so toll, daß der Tübinger Islamwissenschaftler Heinz Halm - Angehöriger einer Zunft, die sonst kaum je an der öffentlichen Debatte teilnimmt - seinen Zorn in einem heftigen Artikel ablud: "Die Panikmacher. Wie im Westen der Islam zum neuen Feindbild aufgebaut wird" (SZ, 16./17.2.92). Was, ein paar Zwischenschritte, die in dem hier angezeigten Buch nachzulesen sind, ausgelassen, den in Hamburg lehrenden Professor für Gegenwartsbezogene Orient-Wissenschaft, Gernot Rotter, veranlaßte, mit seinem Prinzip zu brechen, die Bücher bestimmter Autoren - insbesondere solche von TV-"Experten" - nicht zu lesen. Darunter selbstverständlich: Konzelmann.

Daß dieser Konzelmann sich seit rund dreißig Jahren über Islam und arabische Welt öffentlich verbreitet; mehrere Jahre Nahost-Korrespondent bundesdeutscher Rundfunk- und Fernsehanstalten in Kairo und Beirut war; in gut zwanzig Jahren zwei Dutzend Bücher zu Nahost-Themen, von denen etliche als Bestseller rangierten, abgefaßt hatte - also offensichtlich einen beträchtlichen Einfluß auf das bundesdeutsche Bild der arabischen Welt ausübt, dies hatte Rotter bisher sowenig wie fast alle seine Fachkollegen interessieren können.

So ereilte ihn dann, das Prinzip einmal gebrochen und Konzelmanns Mohammed. Allahs Prophet und Feldherr während einer Bahnfahrt vom Ort der Lehre ins heimische Basbek-Osten mehr aus Langeweile hervorgeholt ... Aber hören wir ihn selbst: "Das erste Kapitel trägt die Überschrift: Die Stunde der ersten Offenbarung und beginnt mit dem Satz: ‚Bewahrt in der Überlieferung sind die Worte, mit denen Mohammed selbst jenes Ereignis schildert.` Und dann, ja dann - der Zug fuhr gerade in den Bahnhof von Buxtehude ein - hatte ich selbst meine erste Offenbarung, denn der Text, den Konzelmann darauf folgen ließ, kam mir geradezu penetrant bekannt vor. Hatte der schwäbische Schlawiner wirklich aus meiner 1976 erschienenen Übersetzung des frühen arabischen Geschichtsschreibers Ibn Ishaq einfach abgeschrieben, ohne auch nur mit einem Sterbenswörtchen darauf hinzuweisen?"

Konzelmann hatte - nicht nur in diesem einen Buch, und nicht nur von Rotter. Den von Rotter so aufschlußreich wie amüsant erzählten Gang der Nachforschung hier überschlagen, kam er nach der Lektüre von rund einem Viertel der als "Sachbücher" angebotenen Werke des Experten zu dem Ergebnis: "Rund ein Drittel seiner die Geschichte der arabischen Welt behandelnden Werke beziehungsweise Kapitel bestehen aus wörtlichen oder fast wörtlichen Plagiaten aus (meist deutschen) Übersetzungen arabischer Autoren. (...) Ein zweites Drittel läßt sich leicht als Paraphrase oder Nacherzählung anderer Quellen identifizieren. Das restliche Drittel besteht aus Konzelmanns eigenen Interpretationen und Erfindungen, wobei primitive Vorurteile, einfältig Banales und schlichter Unsinn eine groteske Verbindung eingegangen sind (...)." Nachdem der Plagiatsskandal bekannt geworden und auffällig begierig von Konzelmanns Journalistenkollegen aufgegriffen worden war, ist Konzelmann nun kaum noch als "der intimste Kenner Arabiens" (Verlagswerbung), der "den Islam für alle verständlich gemacht" habe (Eigendarstellung), zu verkaufen. Konzelmanns Verleger mußten einzelne Titel ganz zurückziehen; Buchhandlungen retournierten die "Konzelate" (eine Rottersche Wortneuschöpfung).

So ärgerlich Konzelmanns hemmungsloses Plagiieren für die Beraubten auch ist, weitaus bedeutender ist, wie er diese Plagiate einsetzt und - mehr noch - die Prüfung seiner eigenen Interpretationen und Erfindungen.

Konzelmann ließ auf dem Umschlag seines Sachbuchs Die großen Kalifen mitteilen, der Autor habe sich der "Schätze der Museen und Archive der arabischen Hauptstädte" bedienen können. "Er konnte unveröffentlichte Dokumente auswerten. Bislang nicht bekannte Korrespondenzen aus den Kanzleien des Propheten und der Kalifen erbrachten bestechende historische Erkenntnisse." Den schuldlos unkundigen Leser, kommentiert Rotter, "mußte derlei Unsinn überzeugen: Konzelmann schleicht sich, arabisch gewandet, durch die Katakomben ehemaliger Kalifenpaläste, blättert in vergilbten Pergamenten, entdeckt den

Steuerausgleichsantrag der ersten Frau des Propheten, macht sich heimlich Notizen und unterbreitet all dies der staunenden abendländischen Öffentlichkeit." Nur eben dumm, daß es gar keine Archive gibt, in denen die behaupteten Korrespondenzen zu finden wären. Hingegen gibt es eine große Anzahl von Dokumenten, die in jeder Handschriftenbibliothek des Nahen Ostens einzusehen sind. Hier ist Konzelmann der Zugang aber ebenso unmöglich als handelte es sich um die nicht-existenten Archive. Denn anders als von einem seit Jahrzehnten tätigen Nahost-Experten zu erwarten, ist er nicht einmal der Anfangsgründe des Arabischen mächtig.

Wo also hat Konzelmann - außer bei Rotter und bei Weil, einem Arabisch-Übersetzer aus dem 19. Jh. - die "intimen Kenntnisse", hier: über das Liebesleben des Kalifen Harun ar-Raschid, geklaut, scheint doch sein Eigenanteil an der Kalifen-Geschichte nicht erheblich über frei erfundene Koran-Verse hinauszugehen? Hat er etwa ...? Ja: Abgeschrieben aus den Märchen aus Tausendundeiner Nacht, und das Machwerk dann verkauft als "Sachbuch" zur Kalifen-Geschichte! Rotter kann es kaum fassen: "Man stelle sich vor, ein arabischer Auslandskorrespondent lebt ein paar Jahre in Bonn, ist daselbst unfähig, auch nur eine deutsche Zeile zu lesen, kehrt als gefeierter Deutschlandexperte nach Kairo zurück, nimmt sich dort Grimms Märchen, dazu vielleicht auch noch das Nibelungenlied (beides in arabischer Übersetzung) sowie eine ‚Geschichte des deutschen Mittelalters` von einem arabischen Gelehrten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, mischt alles kräftig durcheinander und verkauft den ganzen Unsinn als Sachbuch - mit allen männermordenden Krimhilds, vergifteten Äpfeln, verwunschenen Prinzessinnen, Lebkuchenhäuschen, Tarnkappen und geilen Zwergen, die sich mit frei erfundenen Bibelworten um die Gunst Schneewittchens streiten!"

Betrügt Konzelmann seine Leser schon um die erwarteten und versprochenen geschichtlicher Tatsachen, geht die eigentlich verderbliche Wirkung von jenen Passagen seiner Bücher aus, in denen er geklaute Übersetzungen und eigene Erfindungen auf sein Feindbild von Arabern und Islam zurechtschneidet: arabische Geilheit und arabische Brutalität.

Wird in der von Rotter übersetzten Mohammed-Biografie von Ibn Ishaq berichtet, der Prophet habe sich einen kleinen Jungen auf den Esel reichen lassen, und zwar als Ausdruck des Mitgefühls für diesen Jungen, dessen Vater gefallen war, plaudert Konzelmann, Berichte aus dem Leben des Propheten enthielten Episoden, "die seine Neigung zu Kindern, und ganz besonders zu männlichen Kindern zeigen". Heißt es bei Ibn Ishaq, daß nach einer Niederlage Mohammeds vor Mekka Frauen aus der Stadt den Gefallenen "Ohren und Nasen ab(schnitten)", erweitert Konzelmann: "und Geschlechtsteile". Ein Meisterwerk der Feindbildzeichnung liefert Konzelmann dort, wo (in diesem Falle aus einer Übersetzung von Weil geklaut) von der Tötung eines Kindes des ermordeten Husain die Rede ist, ein weiteres seiner Kinder aber von einem Angreifer aus dem Gefecht gerettet und seinen Frauen, die nach Kufa gebracht wurden, gar nichts geschehen sei. Das liest sich dann bei dem "intimsten Kenner Arabiens" so: "(...) Die Frauen waren hilflos den Angreifern preisgegeben; sie mußten zusehen, wie ihre Kinder im Sand zertreten wurden (...) Die Gier nach Blut vernebelte die Hirne (...)." Als dann die "malträtierten Frauen" nach Kufa gebracht wurden, beeinflußte deren Anblick "die Stimmung der wankelmütigen Gemüter sofort. (...) Die Frauen am Straßenrand zerkratzten sich die Brüste. Zum ersten Mal sind die gellenden tierischen Schreie zu hören, die seither Jahr für Jahr Huseins Todestag begleiten. In selbstquälerischen Posen, in Verrenkungen kauerten Männer und Frauen am Boden (...)." Konzelmanns Elaborat biete, kommentiert Rotter, "geradezu einen Katalog für das gesamte Feindbildregister, das sich das christliche Abendland über die Jahrhunderte hinweg gegenüber der arabischen Welt zurechtgelegt hat: Brutalität, Unzuverlässigkeit, Geilheit, Irrationalität, Hysterie."

Rotter verschweigt nicht, daß der beträchtliche Einfluß von "Experten" wie Scholl-Latour und Konzelmann auf das Nahost-Bild der Bundesdeutschen auch damit zu tun hat, daß die bundesdeutschen Orient-Wissenschaftler, anders als ihre Kollegen in Frankreich und England, die öffentlichen Debatte (bzw. Meinung) über Araber und Islam bisher weitgehend ignoriert haben. Einem Journalisten, der die Frage stellte, "ob die sogenannten Experten aus den Gelehrtenstuben wirklich triftige Gründe haben, dem Journalismus prinzipiell den Vorwurf der Inkompetenz" zu machen, antwortet Rotter erst mit einer (noch netten) Retourkutsche: "um diese Frage zu beantworten, sollten wohl die entsprechenden Journalisten die entsprechenden Wissenschaftler gnadenlos in die Pflicht nehmen, statt ständig - aus Minderwertigkeitskomplexen heraus - einen weiten Bogen um sie zu machen"; konzediert aber zugleich, daß es leider noch immer viel zu viele Geisteswissenschaftler gebe, "die ihre Alma Mater zu betrügen glauben, wenn sie einmal journalistisch oder auch nur populärwissenschaftlich fremdgehen. Sie sind dies meines

Erachtens in unserem Medienzeitalter aber sowohl dem aufklärerischen Auftrag ihrer Wissenschaft als auch dem Steuerzahler, von dem sie in der Regel leben, schuldig."

Also ist bei so ernsten Worten und einem so schwierigen Thema wie dem Islam Allahs Plagiator auch ein sehr ernstes und "schweres" Buch? Ernst ist es sehr wohl, aber zugleich - schließlich kann Rotter erzählen wie man sich, wäre es nicht so abgedroschen, noch am ehesten einen orientalischen Erzähler auf dem Basar vorstellen könnte - eine höchst heitere Schrift: die Empfehlung für diesen Sommer eben!

Klaus Mellenthin

Gernot Rotter: Allahs Plagiator. Die publizistischen Raubzüge des "Nahostexperten" Gerhard Konzelmann. Heidelberg (Palmyra Verlag) 1992. 180 S., 26.80 DM

51. Quelldatei 25.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak344/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:25

aufgeblättert

Cuba

Das Überleben der cubanischen Revolution, heißt es in der jüngsten Ausgabe von Cuba libre, der Zeitschrift der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, hänge nicht nur von der Lösung der wirtschaftlichen Probleme ab, "sondern auch - wahrscheinlich entscheidend - davon, ob der politische Diskurs in Cuba dazu führt, daß die Mehrheit der Bevölkerung das sozialistische Projekt weiterhin zumindest annähernd in dem bisherigen Umfang unterstützt." Teile dieses politischen Diskurses werden in Form von Interviews, Redeauszügen und Kongreßberichten, die in der cubanischen Presse erschienen sind, in cuba libre dokumentiert. Nach den vielen Artikeln über Cuba einmal die Möglichkeit, die dortige Debatte anhand authentischer Quellen nachzuvollziehen.

Cuba libre, Nr. 2/1992 (Juni 92). 48 S., 5 DM. - Bezug über: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Theodor-Heuss-Ring 26, 5000 Köln 1

Imperialismus

Den Themenschwerpunkt der Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung (in der sowohl alte wie mehr oder weniger erneuerte MarxistInnen publizieren) bildet die Diskussion um das "500jährige Reich", die Vergangenheit und Gegenwart des Kolonialismus und Imperialismus. Neben Artikeln zum "globalen Fluchtproblem" und "Deutschlands neuer Rolle in der Welt" werden "Überlegungen zur weiteren Handhabung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus" angestellt, und es wird die Frage erörtert: "Was bleibt von Lenins Imperialismusbegriff?"

Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Nr. 10, Juni 1992. 206 S., 15 DM (Einzelpreis, Jahresabo mit vier Ausgaben 45 DM). - Bezug über: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt am Main 1

Menschenrechte

Das amnesty international info eröffnet die Juni- Ausgabe mit einem ausführlichen Bericht über Chinas "Eisernes Regime in Tibet", die Unterdrückung der tibetanischen Unabhängigkeitsbewegung mit Polizeigewalt, Haft, Folter und Mord. Ein weiterer Bericht gilt der gegenwärtigen Hinrichtungswelle in den USA: Bis Mitte Mai 92 waren 16 Delinquenten hingerichtet worden, damit bereits zwei mehr als im gesamten Vorjahr. In weiteren Artikeln wird über die "Geheimhaft in ‚Geisterhäusern`" im Sudan, Folter in italienischen und südlibanesischen Gefängnissen informiert.

ai-info, Nr. 6, Juni 92. 32 S, Jahresabo mit 12 Ausgaben 30 DM. Bezug über: amnesty international, Postf. 170229, 5300 Bonn 1

Rassismus

Im November 90 wurden der Angolaner Amadeu Antonio und einige seiner Arbeitskollegen in Eberswalde (ehem. DDR) "von einer Gruppe Neonazis, Skinheads und ihrem Anhang" überfallen. Seine Kollegen entkamen, Amadeu Antonio starb an den ihm zugefügten Verletzungen am 16.12.90. Der Prozeß um diesen Totschlag beginnt - nach einiger Verzögerung - im Juli. Die Berliner Antirassistische Initiative hat zusammen mit dem AusländerInnenreferat des AStA der FU und dem Berlin Black Liberation Sound System in einer Broschüre eine Reihe von Artikeln aus der Presse eine Dokumentation vorgelegt.

Der Mord an Amadeu Antonio. Dokumentation. 20 S., 2 DM (inkl. Porto). Bezug über: Antirassistische Initiative e.V., c/o Fabrik Osloer Straße, Osloer Str. 12, 1000 Berlin 65

Bevölkerungskontrolle

"Der Mythos von der ‚Überbevölkerung' als Problem in bestimmten Teilen der Welt hat einigen Einfluß auf die öffentliche Meinung des Westens und in manchen Bevölkerungsschichten der ‚Dritten Welt`", schreibt Sumati

Nair in der Einleitung ihrer Arbeit Imperialismus und die Kontrolle der weiblichen Fruchtbarkeit. Das sog. Bevölkerungsproblem könne jedoch nicht auf "Frauen und Verhütungsmittel" reduziert werden. "Bevölkerungspolitik ist eines der Mittel, mit denen die imperialistischen Mächte versuchen, die Kontrolle über die heutige Welt zu gewinnen und zu halten." Sumati Nair informiert über neue hormonelle Verhütungsmittel, Familienplanungsprogramme, Begründungen für eine Politik der Bevölkerungskontrolle und deren Profiteure sowie über die Rolle der WHO bei der Bevölkerungskontrolle. - Die Autorin ist in Hyderabad (Indien) aufgewachsen und hat nach ihrem Studium zur Gesundheits- und Lebenssituation im Zusammenhang mit einem kommunalen Gesundheitsprojekt in Bombay geforscht. Seit 1982 ist sie Mitglied der Frauengruppe Stree Shakti Sanghatana, einer Gruppe mit sozialistisch- feministischen Perspektiven. - Die Redaktion von E.coli-bri hat die 1989 als Buch erschienene Originalausgabe (Imperialism and the Control of Women's Fertility. New Hormonal Contraceptives, Population Control and the WHO) übersetzt und, was die Arbeit außerordentlich preisgünstig macht, als reguläres Heft von E.coli-bri herausgegeben. Vorangestellt ist der Arbeit ein Gespräch mit Sumati Nair über ihre Person und ihre Arbeit in Indien und den Niederlanden.

E.coli-bri, Nr. 8, 1992. 56 S., 5 DM. Bezug (gegen Vorauszahlung per Scheck oder in Briefmarken) über: E.coli-bri, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

52. Quelldatei 44.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak344/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:44

LeserInnenbriefe

Tadel

Betr.: "Verteidigung oder Kollaboration? - ‚Telegraph' wirft Gregor Gysi Mandantenverrat bei der Verteidigung Rudolf Bahros vor" (AK 343)

In ihren Ausführungen zu den Vorwürfen der DDR- Oppositionszeitung "telegraph" gegen Gregor Gysi und dessen vermeintlicher Kollaboration mit der Stasi während seines Mandats für Rudolf Bahro kommt die Autorin Claudia Gohde nach der Gegenüberstellung einiger "telegraph"-Auszüge und Erklärungen Gysis zu dem Schluß, daß "was bleibt, Denunziation und Persönlichkeitsdemontage eines politischen Gegners von einer sich links verstehenden Zeitschrift (ist)". Unabhängig von der Frage nach der Relevanz dieser Stasi- Diskussion und davon, ob die vorliegenden Gegenüberstellungen der Zitate hinreichend sind, die Vorwürfe des "telegraph" dahingehend zu entkräften, daß Denunziation und Demontage alles sei, "was bleibt", bleibt dem Leser der Eindruck, Claudia Gohde bemühe sich, ihr subjektives Interesse an Gysis Ehrenrettung als möglichst objektiv aussehende, vergleichende Rezension herauszuputzen. Hierbei bedient sie sich genau des gleichen Mittels, welches sie dem "telegraph" unterstellt - der Denunziation in einer sich links verstehenden Zeitschrift: Gleich zu Beginn ihres Artikels entdeckt sie in einer detektivischen Meisterleistung, daß ein auch Herrn Gysi vorliegendes Dokument beim "telegraph" in einer dem Original näheren Version existiert - es handelt sich um die MfS-Begründung der beabsichtigten Anwerbung Gysis. Daraus leitet sie munter den Vorwurf der Kollaboration des "telegraph" mit den deutschen Staatsbehörden ab, indem sie vollen Ernstes auf einen "Aktenfluß zwischen Gauck-Behörde und den ‚telegraph'- MacherInnen" schließt. Es scheint zwar eine Gemeinsamkeit zwischen der DDR-Opposition und den westdeutschen, parteigründungswütigen Linken zu sein, daß sie hinter jeder Überraschung sofort Verschwörung und Kollaboration wittern, v.a. wenn das Interesse groß ist, potentiellen Konkurrenten im Kampf um die Meinungsführerschaft links von der SPD ein Schnippchen zu schlagen. Hinsichtlich der MfS-Akten sind solche Phantastereien allerdings lächerlich: In Berlin pfeifen es die Spatzen von den Dächern, woher die Akten stammen. Selbst der BILD-Leser weiß, daß sich nicht nur die BRD- Nachrichtendienste bedient haben, sondern auch für das Fußvolk noch etwas vom großen Kuchen abfiel. Insofern wäre es sicherlich ein entzückendes Schauspiel, wenn die Autorin und ihre (zukünftige?) Partei der Herkunft des Materials nachspüren und bei eingehender Presserecherche fündig würden, um zum beunruhigenden Schluß zu gelangen, daß möglicherweise noch eine ganze Reihe von Dokumenten in unverantwortlichen - weil nicht parteiorganisierten - Händen liegt. Vielleicht ist diese vage Ahnung auch der Grund, der Frau Gohde selbst zum Mittel der Denunziation greifen läßt, um möglichen Folgepublikationen aus der Sparte des Enthüllungsjournalismus vorab die Glaubwürdigkeit zu nehmen. In diesem Sinne hoffen wir mit ihr, "daß die angesprochenen LeserInnen tatsächlich sich selbst ein Urteil bilden".

Gruppe L, Berlin - 16.6.92

Lob

betr.: AK 343

Ein dickes Lob für den AK 343! Endlich auch kulturpolitische Themen in der notwendigen Ausführlichkeit. Dazu noch die erfreuliche Nachricht, daß das Dachmodell ausläuft und den LeserInnen künftig die Ergüsse eines jw, der den Titel "Wolfgang Pohrt des AK" verdient, erspart bleiben. - Weiter so!

H.K., Nürnberg

53. Quelldatei 47.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak344/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:47

KALENDER

Feindbild Islam

Mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten und der Auflösung des bis dahin für die westliche Welt wichtigsten Feindbildes "der Kommunismus", das gleichermaßen der Abwehr einer "roten Gefahr" galt wie der Selbstbestätigung als "der freien Welt", tritt an dessen Stelle ein Feindbild, das in der abendländischen Tradition tief verwurzelt ist: der Araber, der Orient - zusammengefaßt im ("fundamentalischen") Islam. Der sog. Nord-Süd-Konflikt konkretisiert sich in den Massen, die, den westlichen Besitzstand bedrohend, unter dem Banner des Islam und im Zeichen des Heiligen Krieges den Sturm auf das Abendland vorbereiten. - In einer Diskussionsrunde der Ex- KB-Mehrheit - die, wie üblich, auch Nicht-(Ex-)KBlerInnen offensteht - soll dem einleitenden Referat zur Entwicklung vom Anti-Kommunismus zum Anti-Islamismus die Erörterung des aktuellen Feindbilds Islam folgen.

Mittwoch, 15.7.92, 19.30 Uhr, Haus für Alle, Amandastraße, Hamburg

Revolutionary Ideas

Die britische Revolutionary Communist Party veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift "Living Marxism" in London eine bunte Konferenzwoche unter dem Motto "Towards 2000 - Revolutionary ideas for today". Geboten werden "An introduction into Marxism - a course that looks at the problems of everyday life and draws out the relevance of Marxism to resolving them"; zahlreiche Kurse u.a. zu den Themen "From Cold War to race war", "Tradition and morality", "The rewriting of history", "The culture of imperialism" sowie "workshops and discussions on everything", die auch im zur Verfügung stehenden Swimmingpool absolviert werden können.

24.-30.7.92, University of London, Students' Union, Malet Street, London WC1. - Eine Info- Broschüre kann angefordert werden bei: RCP, BM RCP, London WC1N 3XX.

54. Auf Kuba beginnt der Wettlauf mit der Zeit

CD-Datei: daten/aksuche/ak344/cuba.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:cuba

Bereits 1990 verteilten ExilkubanerInnen in Miami Sticker mit der Aufschrift "Nächste Weihnachten in Havanna". Journalisten, Kuba-Experten und Exilanten liefern sich einen Wettlauf in Sachen Post-Castro-Kuba. Jeder möchte als erster die Sensationsmeldung bringen: Castro am Ende, Sieg des Kapitalismus auf Kuba!

Unser Autor beantwortet differenziert die "geradezu ketzerische Frage", was drei Jahrzehnte Sozialismus auf Kuba bewirkt haben. Einerseits habe das revolutionäre Kuba in 30 Jahren mehr Reformen durchgeführt als der Kapitalismus in einem ganzen Jahrhundert. Andererseits sei das Land keineswegs ein Paradies. Es existieren Machismo, Rassismus und Privilegien; dennoch haben die Arbeitenden auch ohne eigenständige Gewerkschaften bessere soziale Standards als in vielen kapitalistischen Ländern.

"Es gibt keine Alternative zur Revolution", sagt Fidel Castro. Die vorsichtige Demokratisierung sowie die Dezentralisierung von Teilen der Produktion und des Handels könnten ein verändertes Kuba entstehen lassen, das dem imperialistischen Druck auch weiterhin standhält: "Wenn es Kuba gelingt, aus der augenblicklich extrem kritischen Situation mit eigenen Kräften einen Entwicklungsweg zu beschreiten, so kann es Hoffnungsträger für viele Länder der armen Welt werden". Seite 22

55. Auf Wiedersehen nach den Ferien!

CD-Datei: daten/aksuche/ak344/ferien.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:ferien

Die nächste Ausgabe des ak erscheint - nach der üblichen Sommerpause - am 26. August. Zwar mit der gewohnten politischen Orientierung und Qualität, aber möglicherweise unter neuem Namen. Denn am 31. Juli läuft das Experiment "Dach-ak" aus und wird von uns nicht fortgesetzt (Begründung in diesem ak auf Seite 41).

Die Gruppe K, die bisher Mitherausgeberin war, revanchiert sich auf ihre Art, indem sie uns die Weiterführung des Namens ak verbietet. Sie beruft sich dabei auf den Vertrag über den "Dach-ak", in dem es heißt: "Im Falle einer vorzeitigen oder vertragsgemäßen Beendigung der Zusammenarbeit ist die Weiterführung des ak-Titels durch eine Herausgebergruppe nur mit Zustimmung der anderen Seite möglich".

Gedacht war diese Abmachung, um einen Namensstreit für den Fall zu vermeiden, daß nach einer definitiven Trennnung beide Trägergruppen eine konzeptionell ähnliche Zeitung unter dem Namen ak herausgeben wollen. Das trifft für die Gruppe K nicht zu. Es wäre bedauerlich, wenn aus purer Trotzreaktion der Name dieser Zeitung, unter dem sie schon seit 1971 erscheint, aus der linken Publizistik verbannt würde. Andererseits wird dies zwangsläufig die mehrmals begonnene und nicht zu Ende geführte Diskussion um einen neuen Namen beleben.

Sicher ist jedenfalls heute schon, unter welchem Namen auch immer, den ak wird es weiter geben, im gewohnten Umfang und mit einem breiten Spektrum an Informationen und Meinungen. Wir hoffen, daß dann auch AutorInnen aus der Gruppe K von unserer Einladung Gebrauch machen, weiter in dieser Zeitung zu schreiben.

Die RedakteurInnen der Mehrheit

56. Zusammenbruch

Robert Kurz

CD-Datei: daten/aksuche/ak344/kurz.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:kurz

In der Kritik

Robert Kurz

Zusammenbruch

Seit dem Renner "Der Kollaps der Modernisierung" ist er in aller Munde: Robert Kurz, Prophet des Untergangs der kapitalistischen Weltordnung. Die Kritik in diesem AK betrachtet seine Szenarien als Humbug. Sie sieht Kurz in der Tradition sozialdemokratischer Zusammenbruchs- und Fortschrittsgläubigkeit. Aus Marx' allgemeiner Bestimmung vom Fall der Profitrate, so die Autoren, bastle Kurz eine konkrete Krisenprognose. Die "Produktivkraft Wissenschaft", aus der bei Kurz ein "Kommunismus der Sachen" entstehe, sei längst kapitalistisch determiniert. Und wenn Kurz auf Unterdrückte der "3. Welt" herabschaue, und auf eine UNO-Weltregierung hoffe, entlarve er sich endgültig als sozialdemokratischer Spießer.

Auf Seite 37

57. Rassistischer Mob und deutsche Polizei - Hand in Hand

Mannheim-Schönau:

CD-Datei: daten/aksuche/ak344/mann-tit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:mann-tit

Vom 26. Mai an wurde im Mannheimer Stadtteil Schönau ein Flüchtlingssammellager von deutschem, rassistischen Mob belagert. Mehrere Hundert Menschen aller Altersgruppen, hauptsächlich Männer, versuchten über Tage und Nächte hinweg, die dort untergebrachten Flüchtlinge anzugreifen. Nur massive Polizeiabsperrungen verhinderten direkte, physische Gewalt. Diese Engagierten für ein "schönes Deutschland" machten aus ihren Zielen keinen Hehl: in sommerlichen Bermudashorts, die Bierbüchsen in der Händen, verkündeten sie ihre Lynchabsichten jedem, der es noch nicht wußte. Der Mannheimer SPD-Bürgermeister seinerseits hatte andere Vorschläge: er rief den Pöbel (die "lieben Bürgerinnen und Bürger") zur "Besonnenheit" auf und versprach "Sofortmaßnahmen" gegen "Provokationen" und "Lärmbelästigung" - es ist mittlerweile in diesem Land selbstverständlich, daß damit die Flüchtlinge gemeint sind. Auch die Medien interessiert der Vorgang nicht - anders als noch in Hoyerswerda, wo es neben vielen verständnisheischenden Berichten über die Lage der Deutschen in Sachsen immerhin auch Informationen über das Ausmaß der damaligen Angriffe zu lesen und zu sehen gab. Und wenn aus Mannheim berichtet wurde, dann anläßlich der Proteste gegen die rassistische Gewalt. Diese wurden von der baden-württembergischen Polizei mit einer Gewalt zerschlagen, wie sie schon länger nicht mehr zu erleben war.

Einen ausführlichen Bericht sowie Einschätzungen und Thesen ab S. 4

58. Atomopoly auf dem WWG

BRD rückt vor auf GUS

CD-Datei: daten/aksuche/ak344/mopoly.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:mopoly

Nachdem sich Umweltminister Töpfer auf dem "Erdgipfel" vom niemandem beim Schützen der Umwelt übertreffen lassen wollte, kann er beim Weltwirtschaftsgipfel das Abkassieren bundesdeutscher Atomfirmen unter dem Mäntelchen des Umweltschutzes organisieren. "Schwerpunktthema" des WWG soll nach Bonner Plänen ein international zu koordinierendes Nachrüstungsprogramm für osteuropäische AKW's werden. Inclusive Stillegung und Neubau "veralteter" Reaktoren werden dafür Kosten in Höhe von 100 Milliarden DM gehandelt. Finanziert werden sollen sie über Kredite, wobei gilt, daß letztlich der Betreiber die Sanierung zahlen soll - d.h. eine neue Verschuldungsrunde für Osteuropa wird eingeläutet. Bayerns Umweltminister Gauweiler möchte "die Finanzierung durch Beteiligung der deutschen Firmen an GUS-Energieunternehmen und deren Gewinnen" absichern. Damit macht man Osteuropa langfristig zum billigen Stromlieferanten.

Näheres über diese Atomgeschäfte samt Übersicht über osteuropäische AKW's auf Seiten 14 und 15

59. Power von der East-Side?

CD-Datei: daten/aksuche/ak344/ost.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:ost

Die Spekulationen um die Gründung einer Ostpartei haben hüben wie drüben für Aufregung gesorgt. Für die einen sind Gysi und Diestel die "Spalter der Nation", für die anderen schlicht die Nachfolger der Nationalen Front. Dabei ist die Zustimmung zu dem Gedanken einer "Liga-Ost" auf dem Gebiet der ehemaligen DDR enorm: Zwischen dreizig und fünzig Prozent würden die Gründung einer Institution begrüßen, die "ostdeutsche" Interessen in Bonn besser vertritt.

Heute zeigt sich, daß die Versprechen, die Marktwirtschaft sei in der Lage, in kurzer Zeit gleiche Lebensbedingungen für die Menschen in Ost und West zu schaffen, mehr als gelogen war. Etwa die Hälfte der Erwerbstätigen aus der Zeit der DDR sind arbeitslos, verdingen sich als West-Pendler, sind "freigesetzt". Hinzu kommen die kolonialistischen Herrschaftsgebaren, nach der Recht nur aus dem Westen kommen kann. Die Stimmung, Ost gegen West, ist im Osten groß, das Gefühl, BürgerInnen zweiter Klasse zu sein, wächst.

Der Unmut über diese Verhältnisse hat sich in den Berliner Kommunalwahlen und der Abstimmung zur brandenburger Verfassung deutlich gezeigt. Beides wurde zu einer eindeutigen Demonstration gegen die CDU. Aber es gibt auch Beispiele des Beginns sozialer Kämpfe, z.B. an der Wohnungsfrage und den Hochschulen.

Wir berichten in diesem ak über das Für und Wider einer ostdeutschen Bewegung (Seite 18), über den Kampf um ein Volksbegehren für Mitpreisstop in Dresden (Seite 16) und über Streikaktionen an den ostdeutschen Hochschulen gegen die Einführung eines Hochschulgesetzes nach BRD-Muster (Seite 17).

60. Fauler

CD-Datei: daten/aksuche/ak344/para218.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:para218

§ 218

Fauler

Kompromiß

Das vom Fuldaer Erzbischof veranstaltete "Mahnläuten für das ungeborene Leben" konnte die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten nicht mehr umstimmen. Mit 357 von 657 Stimmen erhielt der von SPD, FDP und einigen ParlamentarierInnen der CDU eingebrachte Gruppenantrag zum § 218 eine deutliche Mehrheit. Das in der Öffentlichkeit als große Reform gefeierte neue Gesetz erweist sich bei genauerem Hinsehen als fauler Kompromiß. Den Frauen aus der ehemaligen DDR bringt die Neufassung der §§ 218 und 219 eine eindeutige Verschlechterung, den Westfrauen unterm Strich keine Verbesserung. Insbesondere die Beratungspflicht - "staatlich kontrollierter Gewissens-TÜV" - bedeutet fortgesetzte Entmündigung und Demütigung der Frauen, die abtreiben wollen. Seite 4

61. Antisemitismus

Moishe Postone

CD-Datei: daten/aksuche/ak344/postone.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:postone

In der Kritik

Moishe Postone

Antisemitismus

In AK 340 wurde sie im Interview vorgestellt: Postones Theorie des modernen Antisemitismus. Die kapitalistische Ökonomie, so die These, erzeuge eine Tendenz zu romantischen Weltanschauungen - im modernen Antisemitismus würden die Juden "für ökonomische Krisen verantwortlich gemacht ..., die mit der raschen Industriealisierung einhergehen." Die Kritik in diesem AK erkennt darin die schlechte marxistische Tradition, Antisemitismus als verzerrten Antikapitalismus wahrzunehmen. Aufgabe sei, in konkreter Ideologiegeschichte Ausprägungen antisemitischen Denkens zu untersuchen. Anhand von Beispielen kommt der Autor zum Schluß, der NS-Antisemitismus sei eng mit imperialistischen Herrschaftsinteressen verzahnt gewesen.

Auf Seite 34

62. Quelldatei rio.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak344/rio.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:rio

"Eure Kultur funktioniert irgendwie nicht gut", befand Marcos Terena, Repräsentant von 92 Indianerstämmen aus fünf Kontinenten, angesichts der unter der Herrschaft des weißen Mannes weltweit angerichteten Katastrophen. Daß die UN-Konferenz von Rio den Menschen der Dritten Welt nichts gebracht hat, wird in diesem ak in Berichten und Hintergrundanalysen nachgewiesen. Ein Diskussionsbeitrag thematisiert den Öko-Imperialismus der reichen Länder des Westens: ihren Versuch, die globale Umweltkrise unter Beibehaltung der internationalen Machtstrukturen beherrschbar zu machen. Seiten 8 und 9

63. Das Ende des ak - Zukunft einer neuen Publizistik?

CD-Datei: daten/aksuche/ak344/vorbei.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:344:vorbei

Die "Ex-KB-Mehrheit" hat das Ende des "Dach-ak" beschlossen und damit die gemeinsame Herausgabe der Zeitung aufgekündigt. Der Bruch wurde begründet mit politischen Differenzen, die sich auch auf Form und Inhalt der gewünschten Publizistik auswirken. Um diesen Einschnitt nicht zu kaschieren, lehnt die gruppe k die Forderung der "Ex-KB-Mehrheit" ab, ihre Folgezeitung unter dem Titel "ak" fortführen zu können. Obwohl diese Möglichkeit der politischen Entscheidung im Dach-ak-Vertrag festgehalten ist, haben sich während der Verhandlung um diesen Punkt Redakteure der "Ex-KB-Mehrheit" ausdrücklich offengehalten, den Namen "ak" unter Bruch des Vertrags weiter zu nutzen.

Die gruppe k kann noch kein neues publizistisches Projekt ankündigen. Auf ihrem Treffen wurde aber beschlossen, einen Diskussionsprozeß um die Frage, welches publizistische Konzept der politischen Lage und den eigenen Kräften angemessen ist, mit anderen linken Gruppen und Einzelpersonen anzuschieben. Im Vordergrund stand dabei weniger die eigene Schwäche, eine Zeitschrift alleine nicht herausgeben zu können, als vielmehr die Einsicht darin, daß der Terrainverlust durch das ak-Ende im Zusammenhang mit dem Zerfallsprozeß der radikalen Linken insgesamt zu sehen ist. Die dadurch entstandenen Lücken zu füllen, die aufgebrochenen "neuen Fragen" zu bearbeiten, das anzugehen, können wir uns nur als politisches Projekt gemeinsam mit anderen vorstellen. Ein Bericht vom Treffen der gruppe k auf Seite 43

RedakteurInnen der gruppe k